

Budget 2015
Finanzplan 2015–2018

Inhaltsverzeichnis

Bericht und Antrag des Regierungsrates	5	2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	160	
		2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	164	
		2031	Arbeitslosenkasse	168	
Detailinformationen		2035	Amt für öffentlichen Verkehr	171	
Kennzahlen	31	2040	Sozialversicherungen	176	
Laufende Rechnung		2050	Landwirtschaftsamt	177	
– Total pro Direktion	32	2065	Amt für Wohnungswesen	182	
– Saldo pro Amt	33	2067	Amt für wirtschaftliche Landesversorgung	185	
– Artengliederung	35	2070	Handelsregisteramt	186	
Investitionsrechnung		2071	Konkursamt	189	
– Total pro Direktion	39				
– Saldo pro Amt	40				
– Artengliederung	42	30	Baudirektion		
			Direktionsübersicht	193	
		3000	Direktionssekretariat	194	
Institutionelle Gliederung		3020	Tiefbauamt	198	
10		3023	Strassenunterhalt	210	
Gesetzgebende Behörden		3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	211	
1000	Kantonsrat	47	3031	Kantonsstrassen	212
			3032	Nationalstrassen	215
11			3050	Amt für Umweltschutz	216
Allgemeine Verwaltung			3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	222
Übersicht	49		3060	Hochbauamt	223
1100	Regierungsrat	50	3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	231
1120	Staatskanzlei	51	3080	Amt für Raumplanung	233
1126	Staatsarchiv	54			
1128	Ombudsstelle	58			
1129	Datenschutz	59			
			35	Sicherheitsdirektion	
15				Direktionsübersicht	239
Direktion des Innern			3500	Direktionssekretariat	240
Direktionsübersicht	61		3540	Amt für Zivilschutz und Militär	245
1500	Direktionssekretariat	62	3541	Stabsstelle Notorganisation	249
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	67	3542	Zivilschutz Spezialfinanzierung	252
1530	Amt für Wald und Wild	72	3581	Strassenverkehrsamt	253
1550	Sozialamt	78	3587	Amt für Feuerschutz	258
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	85	3590	Zuger Polizei	259
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	89	3592	Amt für Migration	268
			3595	Strafanstalt	271
17			3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	274
Direktion für Bildung und Kultur					
Direktionsübersicht	95		40	Gesundheitsdirektion	
1700	Direktionssekretariat	96		Direktionsübersicht	277
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	100	4000	Direktionssekretariat	278
1733	Kantonsschule Zug	104	4005	Amt für Verbraucherschutz	283
1734	Kantonsschule Menzingen	109	4021	Rettungsdienst	288
1736	Fachmittelschule Zug	113	4030	Spitäler	293
1740	Amt für gemeindliche Schulen	116	4050	Amt für Gesundheit	294
1777	Amt für Berufsberatung	122	4055	Gesundheitsamt	300
1780	Amt für Sport	127	4060	Medizinalamt	301
1790	Amt für Kultur	131	4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	302
20					
Volkswirtschaftsdirektion					
Direktionsübersicht	135				
2000	Direktionssekretariat	137			
2011	Amt für Berufsbildung	141			
2012	Amt für Brückenangebote	145			
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	149			
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	155			

Inhaltsverzeichnis

50	Finanzdirektion		6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	351
	Direktionsübersicht	307	6111	Obergericht: Verwaltung	352
5000	Direktionssekretariat	309	6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	353
5001	Finanzkontrolle	314	6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	354
5010	Personalamt	317	6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	355
5011	Allgemeiner Personalaufwand	321	6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	356
5020	Finanzverwaltung	322	6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	357
5022	Allgemeiner Finanzbereich	327	6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	358
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	329	6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	359
5050	Amt für Informatik und Organisation	330	6183	Schätzungskommission	360
5060	Steuerverwaltung	336			
5065	Kantonssteuern	343		Selbstständig öffentlich-rechtliche Anstalten	
5068	Bundessteuern	344		Pädagogische Hochschule Zug	363
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	345		Interkantonale Strafanstalt Bostadel	367
				Gebäudeversicherung Zug	369
61	Richterliche Behörden				
	Übersicht	347			
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	348			
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	349			
6106	Strafgericht: Verwaltung	350			

Häufig verwendete Abkürzungen

Abs.	Absatz	KR	Kantonsrat
Abw.	Abweichung	KRB	Kantonsratsbeschluss
BD	Baudirektion	PE	Personaleinheit
BGS	Bereinigte Gesetzessammlung	RR	Regierungsrat
Bst.	Buchstabe	RRB	Regierungsratsbeschluss
DBK	Direktion für Bildung und Kultur	SD	Sicherheitsdirektion
DI	Direktion des Innern	SKA	Staatskanzlei
FD	Finanzdirektion	SR	Systematische Rechtssammlung (des Bundes)
FV	Finanzvermögen	VD	Volkswirtschaftsdirektion
GD	Gesundheitsdirektion	VV	Verwaltungsvermögen
GEVER	Geschäftsverwaltungsprogramm		
HRM	Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden		

Publiziert auch im Internet

www.zg.ch > Behörden > Regierungsrat > Finanzen und Geschäftsberichte

Bericht und Antrag des Regierungsrates

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 16. September 2014

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf § 41 Bst. h der Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894 (BGS 111.1), § 7 Abs. 5 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1) und §§ 21 und 22 sowie § 35 Abs. 1 und Abs. 2a des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz) vom 31. August 2006 (BGS 611.1) unterbreiten wir Ihnen hiermit das Budget 2015 und den Finanzplan 2015–2018 des Kantons Zug.

Wir beantragen Ihnen,

1. auf das Budget 2015 einzutreten und es zu genehmigen;
2. die von der Datenschutzstelle beantragte Personalstellenerhöhung von 20 Prozent abzulehnen (siehe dazu Ziffer 5.1.1 des Berichts);
3. die Leistungsaufträge 2015 zu genehmigen;
4. den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2015 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;
5. das Budget 2015 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen;
6. den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2015 unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen;
7. den Finanzplan 2015–2018 zur Kenntnis zu nehmen;
8. die Finanzierungsprognose bis 2030 zu kantonalen Investitionsprojekten zur Kenntnis zu nehmen (siehe dazu Ziffer 7 des Berichts).

Zug, 16. September 2014

Mit vorzüglicher Hochachtung

Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Beat Villiger
Der Landschreiber: Tobias Moser

1 In Kürze

**Die Finanzaussichten für den Kanton Zug haben sich verdüstert. Der Regierungsrat hat das vorliegende Budget in mehreren Spar-
runden entlastet und Reserven aufgelöst. Trotzdem muss im Jahr 2015 mit einem Aufwandüberschuss von 139,1 Millionen Franken
gerechnet werden. Die Ergebnisse der Planjahre 2016–2018 weisen ebenfalls sehr hohe Defizite auf. Mit einem Entlastungs-
programm soll der Staatshaushalt bis im Jahr 2018 wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.**

Das Budget 2015 weist mit 139,1 Millionen Franken einen um 68,3 Millionen Franken höheren Aufwandüberschuss aus als im Vorjahr. Dabei ist eine Entnahme aus der Ressourcenausgleichsreserve von 40,0 Millionen Franken eingerechnet. Auf der Aufwandseite ist der Beitrag an den Nationalen Finanzausgleich um 37,1 Millionen Franken gestiegen. Beim Zuger Finanzausgleich übernimmt der Kanton ab 2015 während drei Jahren je 4,5 Millionen Franken. Auf der Ertragsseite werden um 44,7 Millionen Franken tiefere Fiskalerträge erwartet und auch der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer nimmt um 6,0 Millionen Franken ab. Zudem entfällt die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 9,6 Millionen Franken.

Entlastungsprogramm 2015–2018 ist eingeleitet

Im Juli 2014 hat der Regierungsrat ein umfassendes Entlastungsprogramm initiiert mit dem Ziel, den Zuger Finanzhaushalt bis im Jahr 2018 wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung soll dauerhaft um 80 bis 100 Millionen Franken entlastet werden. Dazu werden geeignete Massnahmen ermittelt und die notwendigen Entscheidungsgrundlagen sowie allfällige Gesetzesanpassungen erarbeitet. Im Budget 2015 hat der Regierungsrat bereits Sofortmassnahmen berücksichtigt. Er entscheidet anfangs 2015 darüber, welche weiteren Massnahmen umgesetzt werden sollen. Die mittelfristigen Auswirkungen werden im Budget 2016 ersichtlich sein; die längerfristigen in den Budgets 2017 und 2018.

Eckwerte des Entlastungsprogramms 2015–2018

Für das Entlastungsprogramm hat der Regierungsrat festgelegt, dass bei der Leistungserbringung konsequent Notwendiges/Wesentliches von Wünschbarem/Unwesentlichem zu trennen ist. Bundesvorgaben gelten für die kantonalen Leistungen als Referenzgrössen. Der Bericht der BAK Basel betreffend Evaluation des Finanzhaushalts des Kantons Zug ist eines der Instrumente zur Identifikation von Entlastungsmassnahmen. Insbesondere sind der Personalaufwand und die Investitionsausgaben zu beschränken. Es gibt zurzeit keine Erhöhung des Steuerfusses, während Gebührenerhöhungen denkbar sind.

Sofortmassnahmen sind bereits umgesetzt

Der Regierungsrat hat in verschiedenen Sparrunden sowohl den Sachaufwand als auch die Investitionsausgaben im Budget 2015 auf den Durchschnitt der letzten drei Rechnungsjahre gesenkt. Gegenüber dem Vorjahr werden keine zusätzlichen Personalstellen bewilligt. Neue oder zunehmende Aufgaben müssen mit dem gleichen Personalbestand wie bisher bewältigt werden.

Entwicklung der Steuererträge ist mit Unsicherheiten behaftet

Im aktuellen Finanzhaushaltsmodell rechnet das Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Basel mit markant höheren Steuererträgen als der Regierungsrat. BAK Basel erwartet, dass sich die einsetzende weltwirtschaftliche Belebung positiv auf die Zuger Wirtschaft und somit auf die Steuereinnahmen der juristischen und natürlichen Personen auswirken werde. Der Regierungsrat bleibt bei seiner vorsichtigen Einschätzung, denn es zeichnet sich ab, dass die Steuererträge im Vorjahresbudget zu optimistisch budgetiert worden waren. Neben der schwierigen Wirtschaftssituation wirken sich auch die Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre auf kantonaler und Bundesebene aus.

Grosse Investitionsprojekte belasten den Staatshaushalt

Die Nettoinvestitionen im Budget 2015 betragen 89,8 Millionen Franken, 9,1 Millionen weniger als im Vorjahr. Jedoch hat der Kantonsrat in den letzten Jahren grosse Investitionsprojekte genehmigt. Die dafür geplanten Nettoausgaben belaufen sich bis ins Jahr 2018 auf insgesamt 717,1 Millionen Franken. Im Strassenbau werden insbesondere die Tangente Zug/Baar und die Umfahrung Cham-Hünenberg hohe Kosten auslösen. Im Hochbau wird das Amt für Verbraucherschutz in Steinhausen neu gebaut und beim Kantonalen Gymnasium Menzingen, beim Gewerblich-industriellen Bildungszentrum und bei der Kantonsschule Zug werden grosse Bauprojekte realisiert. Die gesamten Abschreibungen belasten die Laufende Rechnung über den ganzen Planungshorizont 2015–2018 mit insgesamt 511,9 Millionen Franken.

2 Übersicht über die Legislaturziele 2015–2018

Der Kanton Zug belegt seit Jahren eine Spitzenposition als starker Wirtschaftsstandort mit einer hohen Lebensqualität. Dieses Niveau gilt es zu bewahren. Dazu hat der Regierungsrat für die Legislatur 2015–2018 ein umfassendes Programm mit 33 Punkten erarbeitet, die sich an den übergeordneten Zielen der Strategie 2010–2018 orientieren und zentrale Projekte in den Bereichen Infrastruktur, Finanzen, Bildung, Gesellschaft und Zusammenarbeit enthalten.

Die sechs zentralen Herausforderungen sind weiterhin:

- 1) Balance zwischen Wachstum und Wahrung natürlicher Ressourcen
- 2) Spitzenposition im Standortwettbewerb
- 3) Vernetzte, eigenverantwortliche Gesellschaft
- 4) Attraktiver Wohn- und Lebensraum
- 5) Aktive Kooperation
- 6) Kurze Wege zu Behörden und Verwaltung

Die Legislaturziele definieren die Handlungsfelder, um die übergeordneten strategischen Ziele zu erreichen und zeigen auf, wie die einzelnen Bereiche und damit auch die Arbeit der Direktionen ineinandergreifen. Auf den nächsten beiden Seiten findet sich eine Übersicht.

Legislatur 2015–2018	Federführende Direktion
1 Balance zwischen Wachstum und Wahrung natürlicher Ressourcen	
Der Kanton Zug strebt ein Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum an, das kleiner als bisher ist	
L1 Überarbeitung Raumordnungskonzept	Baudirektion
Der Kanton Zug ermöglicht eine gute Verdichtung im bestehenden Siedlungsgebiet	
Der Kanton Zug fördert den sparsamen und nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Landschaften	
2 Spitzenposition im Standortwettbewerb	
Der Kanton investiert gezielt und wirksam in Schlüsselinfrastrukturen	
L2 Planung und Überbauung Areal an der Aa	Baudirektion
L3 Konzentration kantonale Verwaltung am Standort Aabachstrasse und Umgebung	Baudirektion
L4 Ausbau Mittelschulen	Baudirektion
Der Kanton Zug sichert eine gute Erschliessung	
L5 Ausbau Strassen für Privatverkehr, öV und Langsamverkehr: Tangente Zug Baar, Umfahrung Cham Hünenberg, Stadttunnel Zug	Baudirektion
L6 Sicherung Netzzugang Stadtbahn Zug	Volkswirtschaftsdirektion
L7 Verbesserung Bahnverbindungen Zürich–Zug–Luzern	Volkswirtschaftsdirektion
Der Kanton Zug hat Steuern, die für natürliche und juristische Personen zu den tiefsten der Schweiz gehören und im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig sind	
L8 Sicherung konkurrenzfähige Unternehmenssteuern nach Unternehmenssteuerreform III	Finanzdirektion
Der Kanton Zug verfolgt eine berechenbare und stabile Steuerpolitik	
Der Kanton Zug erhebt angemessene Gebühren	
Der Kanton Zug hat einen langfristig ausgeglichenen Staatshaushalt	
L9 Reduktion NFA-Belastung	Finanzdirektion
L10 Verhinderung strukturelle Defizite	Finanzdirektion
Der Kanton Zug sorgt dafür, dass das Bildungsniveau der Bevölkerung hoch ist	
L11 Stärkung schulischer Weg über Sekundarschule und Entlastung Langzeitgymnasium	Direktion für Bildung und Kultur
L12 Aufbau Departement Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz in Zug	Volkswirtschaftsdirektion
Der Kanton Zug richtet sein Berufsbildungsangebot auf die Wirtschaft der Region aus	
L13 Aufbau Höhere Fachschule für Zahntechnik	Volkswirtschaftsdirektion
L14 Stärkere Nutzung Fachkräftepotenzial	Volkswirtschaftsdirektion
L15 Aufbau «Berufsbildung International Zug»	Volkswirtschaftsdirektion
3 Vernetzte, eigenverantwortliche Gesellschaft	
Der Kanton Zug bietet seinen Einwohnerinnen und Einwohnern Perspektiven, die sie nutzen und in deren Rahmen sie sich engagieren, weiterentwickeln und austauschen	
L16 Entwicklung Leitbild und Konzept für Kinder- und Jugendförderung mit Gemeinden und Organisationen	Direktion des Innern
L17 Ausbau Kulturwerkstatt Theiler-Haus	Direktion für Bildung und Kultur

Legislatur 2015–2018		Federführende Direktion
Der Kanton Zug fördert Toleranz und Respekt und gewährleistet die Sicherheit		
L18	Verbundlösung für Bewältigung ausserordentlicher Ereignisse	Sicherheitsdirektion
L19	Stärkung polizeiliche Präsenz im virtuellen Raum	Sicherheitsdirektion
Der Kanton Zug beteiligt Bevölkerung und Unternehmen aktiv an der Weiterentwicklung des hiesigen Lebens- und Wirtschaftsraums		
L20	Förderung Freiwilligenarbeit	Direktion des Innern
Der Kanton Zug fördert private Bestrebungen zur Aufwertung des Lebens- und Wirtschaftsraums		
L21	Unterstützung private Trägerschaft bei Planung und Bau neues «Kunsthause am See»	Baudirektion
L22	Unterstützung Technologieinnovation durch Mitwirkung an «technologycluster-zug»	Volkswirtschaftsdirektion
4 Attraktiver Wohn- und Lebensraum		
Der Kanton Zug schafft Rahmenbedingungen, die breiten Bevölkerungskreisen angemessenes Wohnen und sinnvolle Freizeitaktivitäten ermöglichen		
L23	Aufbau Zug als Testregion für modernes öV-Zugangssystem	Volkswirtschaftsdirektion
Der Kanton Zug fördert einen vielfältigen und wertschöpfungsintensiven Arbeitsmarkt sowie ein breites Angebot an Ausbildungsplätzen		
Der Kanton Zug schafft gute Rahmenbedingungen für verschiedene Familienformen		
Der Kanton Zug geht die Herausforderungen der Alterung der Gesellschaft proaktiv an		
L24	Entwicklung Konzept für Unterstützung der Betreuungs- und Pflegeleistungen Angehöriger	Gesundheitsdirektion
L25	Nutzung Potenzial der älteren Bevölkerung	Direktion für Bildung und Kultur
Der Kanton Zug ermöglicht den Austausch unter den Generationen und nutzt das Potenzial der älteren Bevölkerung		
5 Aktive Kooperation		
Der Kanton Zug beteiligt sich aktiv an überkantonalen, nationalen und internationalen Kooperationen, hauptsächlich mit den Räumen Zürich und Zentralschweiz		
L26	Sicherstellung bedarfsgerechte stationäre und ambulante Versorgung mit Kooperationen	Gesundheitsdirektion
L27	Stärkung «psychische Gesundheit» und Aufbau integrierte Psychiatrieversorgung mit Uri und Schwyz	Gesundheitsdirektion
L28	Intensivierung interkantonale Polizeizusammenarbeit	Sicherheitsdirektion
L29	Sicherstellung bedarfsgerechte Haftinfrastruktur und Strafvollzugsregelungen	Sicherheitsdirektion
L30	Mitgestaltung beim Projekt «Stärkung des Produktionsstandorts» der Metropolitankonferenz Zürich	Volkswirtschaftsdirektion
Der Kanton pflegt eine aktive Zusammenarbeit und einen regelmässigen Austausch mit den Einwohnergemeinden		
L31	Klärung Zusammenarbeit Kanton und Gemeinden im Bereich Informatik	Finanzdirektion
6 Kurze Wege zu Behörden und Verwaltung		
Der Kanton Zug pflegt die kurzen Wege zur leistungsfähigen Verwaltung mit einem hohen Service public und sehr guten Dienstleistungen		
L32	Ausbau E-Government	Finanzdirektion
Der Kanton Zug ist ein attraktiver Arbeitgeber, der das Potenzial seiner Mitarbeitenden nutzt und fördert		
L33	Aktualisierung kantonale Personalstrategie für Erhaltung Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit als Arbeitgeber	Finanzdirektion

3 Entlastungsprogramm 2015–2018

3.1 Eckwerte

Um den Staatshaushalt bis 2018 wieder ins Gleichgewicht zu bringen, hat der Regierungsrat ein Entlastungsprogramm initiiert. Bis ins Jahr 2018 soll das Ergebnis der Laufenden Rechnung dauerhaft um 80 bis 100 Millionen Franken entlastet werden. Mit dem Budget 2015 wurden bereits Sofortmassnahmen umgesetzt. Weiterreichende Massnahmen werden in den Budgets 2016, 2017 und 2018 zum Tragen kommen.

Als Basis für das Entlastungsprogramm 2015–2018 gelten folgende Eckwerte:

- Bei der Leistungserbringung ist Notwendiges/Wesentliches von Wünschbarem/Unwesentlichem zu trennen.
- Der Bericht der BAK Basel betreffend Evaluation des Finanzhaushalts des Kantons Zug vom 17. Juni 2014 ist eines der Instrumente zur Identifikation von Entlastungsmassnahmen.
- Alle müssen sparen.
- Es gibt zurzeit keine Steuererhöhungen. Gebührenerhöhungen sind denkbar.
- Bundesvorgaben oder –leistungen gelten für das kantonale Handeln und kantonale Leistungen als Referenzgrössen.
- Der Personalaufwand ist zu beschränken.
- Die Investitionsausgaben sind zu beschränken.

Am 9. September 2014 hat der Regierungsrat einen ganztägigen Workshop durchgeführt, an dem mittel- bis langfristige Massnahmen diskutiert wurden. Teilgenommen haben die Generalsekretärinnen und Generalsekretäre, die Amtsleiterinnen und Amtsleiter, die Rektorinnen und Rektoren sowie die Präsidien der Gerichte. Bereits im Vorfeld konnten zum eigenen oder zu fremden Fachbereichen Vorschläge für Entlastungsmassnahmen eingereicht werden. Das Ergebnis der Veranstaltung sind mögliche Massnahmen, welche die Teilnehmenden auf deren Relevanz und Durchführbarkeit bewertet haben. Über 200 Massnahmen wurden als prüfenswert beurteilt. Der Regierungsrat wird anfangs 2015 darüber entscheiden, welche Massnahmen weiter verfolgt werden.

3.2 Im Budget 2015 bereits umgesetzte Entlastungsmassnahmen

Im Rahmen der Budgetvorbereitung hat der Regierungsrat mehrere Sparrunden durchgeführt und folgende Reduktionen beschlossen:

3.2.1 Personal

Im Personalbereich wurden konsequent keine neuen Stellen bewilligt. Die Führungsverantwortlichen müssen die zur Verfügung stehenden Personalressourcen bewirtschaften, wobei nicht besetzte oder nicht voll ausgelastete Personalstellen intern verschoben werden können. Davon ausgenommen sind die Schulen. Wenn es weniger Klassen gibt, dürfen nicht mehr benötigte Stellen für Lehrpersonen nicht andernorts, zum Beispiel beim Verwaltungspersonal, verwendet werden, sondern sind einzusparen. Die Amtsleitenden haben zu hinterfragen, welche Arbeiten nicht oder nicht in der gleichen Intensität erledigt werden können, wobei die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen in jedem Fall zu erbringen sind.

Gegenüber den ersten Budgeteingaben der Direktionen konnte der Personalaufwand um insgesamt 3,4 Millionen Franken reduziert werden.

Der Regierungsrat hat auch eine einmalige Aussetzung der Beförderungen für kantonale Angestellte geprüft. Gemäss § 48 des Personalgesetzes vom 1. September 1994 (BGS 154.21), die einschlägige Rechtsprechung und ein internes Rechtsgutachten bestehen keine wohlverwobenen Rechte. Durch eine (auch sofort in Kraft tretende) Nichtgewährung eines Klassen- oder Stufenanstieges würden die Mitarbeitenden nicht in schwerwiegender Weise getroffen. Das private Interesse der Mitarbeitenden an einem Stufenanstieg wiege auch nicht schwerer als das öffentliche Interesse an der sofortigen Umsetzung der notwendigen Entlastungsmassnahme.

Anderer Meinung ist ein vom Regierungsrat in Auftrag gegebenes externes Rechtsgutachten. Dieses kommt zum Schluss, dass ein Beförderungsstopp, der nichts mit der Leistung der einzelnen Mitarbeitenden zu tun habe, nicht zulässig sei. Selbst ein einmaliger allgemeiner Beförderungsstopp setze eine Anpassung des Personalgesetzes voraus.

Die Finanzdirektion hat die Personalverbände an einer Aussprache am 2. September 2014 über einen allfälligen Verzicht auf Beförderungen im Jahr 2015 informiert.

Am 16. September hat der Regierungsrat entschieden, die Beförderungen im üblichen Rahmen durchzuführen und die dafür notwendigen 2,6 Millionen Franken im Budget zu belassen. Aufgrund des externen Rechtsgutachtens erachtet er die gesetzliche Grundlage für einen vollständigen Verzicht auf Beförderungen als zu unsicher. Mögliche Rechtsstreitigkeiten mit dem Personal sollen vermieden werden. Die Massnahme ist im weiteren Verlauf des Entlastungsprogramms vertieft zu prüfen.

3.2.2 Sach- und übriger Betriebsaufwand

Beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand hat der Regierungsrat die Budgetvorgaben zusätzlich verschärft, indem sie nicht höher als der Durchschnitt der letzten drei Rechnungsjahre ausfallen durften. Namentlich waren die Dienstleistungen Dritter und Honorare betroffen um zu vermeiden, dass die nicht bewilligten Personalstellen zu einer Erhöhung der extern vergebenen Arbeiten führten. Gegenüber den ersten Budgeteingaben der Direktionen konnte der Sachaufwand um insgesamt 6,3 Millionen Franken reduziert werden.

3.2.3 Investitionen

Auch die Nettoinvestitionen mussten sich an den Durchschnittswerten der letzten drei Rechnungsjahre orientieren. Sämtliche Projekte wurden auf ihre Notwendigkeit und Dringlichkeit überprüft. Gegenüber den ersten Budgeteingaben der Direktionen konnten die Nettoinvestitionen um insgesamt 69,9 Millionen Franken reduziert werden. Dies hatte einen um 26,5 Millionen tieferen Abschreibungsaufwand zur Folge.

4 Budget 2015 und Finanzplan 2015–2018

4.1 Neuerungen

Der Regierungsrat hat die Leistungsaufträge überprüfen lassen, um eine einheitliche Systematik über die ganze Verwaltung sicherzustellen. Unter anderem ging es dabei um die Zieldefinitionen oder die Messbarkeit von Indikatoren und Zielgrössen. Die Leistungsaufträge haben bezüglich Qualität, Aussagekraft und Einheitlichkeit nochmals gewonnen.

Gegenüber dem Vorjahr wurde der bisherige Leistungsauftrag «3023 Strassenunterhalt» in denjenigen des Tiefbauamtes mit der Amtsnummer 3020 integriert. Dies führt zu einer administrativen Vereinfachung und besseren Kostenzuteilung auf einzelne Investitionsprojekte.

Aus Transparenzgründen wird die Reserve für Zivilschutzaufwendungen aus dem Amt für Zivilschutz und Militär ausgegliedert und unter der neuen Kostenstelle 3542 «Zivilschutz Spezialfinanzierung» geführt.

Ebenfalls neu ist die Kostenstelle 4050 «Amt für Gesundheit», das aus der Zusammenlegung des Gesundheitsamtes (Kostenstelle 4055) und des Medizinalamtes (Kostenstelle 4060) hervorgeht.

In Ziffer 7 findet sich neu die Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten bis ins Jahr 2030, die dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.

4.2 Wirtschaftliches Umfeld

BAK Basel schreibt in ihrem Kommentar zum Finanzhaushaltsmodell, dass die Zuger Volkswirtschaft im vergangenen Jahr im schweizweiten Vergleich mit einem Wachstum des realen BIP von 1,7 Prozent unterdurchschnittlich expandierte. Dabei gab es sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor Branchen, die unter den immer noch schwierigen weltwirtschaftlichen Bedingungen zu leiden hatten. So vermeldeten einige Unternehmen den Abbau von Stellen oder den Wegzug aus dem Kanton. Im laufenden Jahr dürfte sich die Lage wieder aufhellen. Für 2014 wird mit einer deutlichen Beschleunigung des BIP-Wachstums um 3,0 Prozent gerechnet.

Durch den weltwirtschaftlichen Aufwärtstrend dürften der Grosshandel, die unternehmensbezogenen Dienstleistungen und die Investitionsgüterindustrie wieder deutlich mehr zum Wachstum der Zuger Wirtschaft beitragen und dafür sorgen, dass diese mit einem Plus von 3,8 Prozent wieder deutlich stärker zulegen kann als der nationale Durchschnitt.

Über drei Viertel der Wirtschaftsleistung im Kanton Zug wird vom tertiären Sektor erbracht. Die Unternehmensberatungen, die Informatikdienste (jeweils unternehmensbezogene Dienstleistungen) und der Grosshandel sind dabei besonders stark vertreten. Obwohl der Grosshandel im vergangenen Jahr vergleichsweise bescheiden gewachsen ist, trägt er – neben den öffentlichen Dienstleistungen – immer noch am meisten zur Gesamtwertschöpfung bei. Im laufenden Jahr dürfte sich der Grosshandel mit Hilfe der weltweiten Aufwärtstendenz markant verbessern und dürfte damit fast zu den Wachstumsraten der Vorkrisenjahre zurückfinden.

4.3 Übersicht über die Finanzaufgaben

Übersicht Laufende Rechnung in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-1'391.6	-1'430.7	-1'471.0	-40.2	2.8	-1'561.7	-1'588.7	-1'601.1
Total Ertrag	1'371.1	1'360.0	1'331.9	-28.1	-2.1	1'442.4	1'489.8	1'528.7
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-20.5	-70.7	-139.1	-68.3	96.6	-119.3	-98.8	-72.4

Trotz der bereits beschlossenen Reduktionen weist das Budget 2015 einen ausserordentlich hohen Aufwandüberschuss aus. Dieser ist um 68,3 Millionen Franken höher als im Vorjahr. Dabei ist eine Entnahme aus der Ressourcenausgleichsreserve von 40,0 Millionen Franken eingerechnet. Die Verschlechterung zum Vorjahr beträgt somit effektiv 108,3 Millionen Franken. Auf der Aufwandseite ist der Beitrag an den Nationalen Finanzausgleich um 37,1 Millionen Franken gestiegen. Beim Zuger Finanzausgleich übernimmt der Kanton ab 2015 während drei Jahren je 4,5 Millionen Franken. Auf der Ertragsseite werden um 44,7 Millionen Franken tiefere Fiskalerträge erwartet, und auch der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer nimmt um 6,0 Millionen Franken ab. Zudem entfällt die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 9,6 Millionen Franken.

Insgesamt sind folgende Reserveentnahmen eingestellt, um den Mehraufwand beim Nationalen Finanzausgleich (NFA) gegenüber dem Jahr 2013 zu kompensieren:

40,0 Millionen Franken im Jahr 2015 (Stand der NFA-Reserve: 340,0 Millionen Franken);

46,0 Millionen Franken im Jahr 2016 (Stand der NFA-Reserve: 294,0 Millionen Franken);

52,0 Millionen Franken im Jahr 2017 (Stand der NFA-Reserve: 242,0 Millionen Franken);

27,0 Millionen Franken im Jahr 2018 (Stand der NFA-Reserve: 215,0 Millionen Franken).

Die Reserveentnahmen sind in der Laufenden Rechnung jeweils als ausserordentlicher Ertrag ausgewiesen.

Gemäss § 2 Abs. 2 des Finanzhaushaltgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) ist die Laufende Rechnung mittelfristig, in der Regel innert fünf Jahren, auszugleichen. Ein Vergleich der Mittelwerte über je fünf Jahre zeigt folgendes Bild:

Mehrjahresbetrachtung in Mio. Franken	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Ergebnis Laufende Rechnung	84.8	6.0	-20.5	-70.7	-139.1	-119.3	-98.8	-72.4
Mittelwert über letzte fünf Jahre	70.2	38.9	14.4	8.5	-27.9	-68.7	-89.7	-100.1

Im Budgetjahr 2015 ist die Laufende Rechnung über die letzten fünf Jahre betrachtet nicht mehr ausgeglichen. Dies ist ein weiterer Indikator darauf, dass ein Entlastungsprogramm nötig ist. Zwar wäre es möglich, eine noch höhere Reserveentnahme zu budgetieren, um das ausgewiesene Ergebnis zu verbessern. Darauf wird jedoch verzichtet. Die Reserven wurden in wirtschaftlich guten Zeiten aus den Ertragsüberschüssen gebildet und geäufnet. Auch damals wurde die gesetzliche Vorschrift des Finanzhaushaltgesetzes nicht eingehalten, weil regelmässige hohe Ertragsüberschüsse ausgewiesen werden konnten.

5 Informationen zu den wichtigsten Positionen

5.1 Personalaufwand

Personalaufwand in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total	-303.7	-318.0	-322.9	-330.8	-341.7	-352.8
Abweichung zum Vorjahr			-4.9	-7.9	-10.9	-11.1
Abweichung zum Vorjahr in %			1.5 %	2.4 %	3.3 %	3.2 %
Vorgabe Finanzstrategie in %			2.1 %	2.7 %	3.4 %	3.4 %

Für das Budget 2015 ist keine Vorjahresteueringerechnet. Die strategische Vorgabe von 2,1 Prozent setzt sich aus dem generellen Wachstum von 1,1 Prozent und der individuellen Entwicklung von 1,0 Prozent zusammen. Diese Vorgabe wird unterschritten.

Obwohl keine neuen Stellen bewilligt worden sind, steigt der Personalaufwand gegenüber dem Budget 2014 um 4,9 Millionen Franken an. Dies ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Fr. 2,7 Mio. Weil sich die Einführung des neuen Pensionskassengesetzes verzögert hatte, konnte im Budget 2014 eine Reduktion durch den Wegfall des Zusatzbeitrages berücksichtigt werden. Im Budget 2015 muss neu der Umlagebeitrag eingestellt werden.
- Fr. 1,0 Mio. werden durch Erträge für drittfinanzierte Stellen kompensiert. Im Budget 2015 sind bei der Zuger Polizei und bei der Staatskanzlei insgesamt fünf Personaleinheiten eingestellt, die von Dritten finanziert werden.
- Fr. 0,5 Mio. betreffen die Treue- und Erfahrungszulage;
- Fr. 0,4 Mio. Die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge aufgrund des neuen Pensionskassengesetzes vom 29. August 2013 (BGS 154.31) beläuft sich im Budget 2015 auf 2,8 Millionen Franken. Im Budget 2014 waren dafür bereits 2,4 Millionen pauschal eingestellt, allerdings unter dem Vorbehalt, dass in diesem Betrag die effektive altersmässige Zusammensetzung noch nicht bekannt war.
- Fr. 0,3 Mio. hängen mit Mehraufwendungen für Fachpersonen zusammen, insbesondere im Bildungsbereich.

In den Planjahren liegen die Abweichungen jeweils knapp unter den strategischen Vorgaben.

Für das Budget 2015 hat der Regierungsrat in den Budgetvorgaben die Berechnungsgrundlage für die Wachstumsvorgabe um 2,1 Millionen Franken reduziert. Dies ergibt folgende Berechnung:

Personalaufwand	Mio. Fr.
Budget 2014	-318.0
Reduktion Berechnungsbasis gemäss Budgetvorgaben des Regierungsrates vom 25. März 2014	2.1
Berechnungsgrundlage für Wachstum	-315.9
Rechnerisch erlaubtes Budget 2015 (+ 2.1 %)	-322.5
Beantragtes Budget 2015	-322.9
Effektive Überschreitung der Vorgabe	-0.4

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Die Überschreitung der strategischen Vorgabe wird durch die oben erwähnten Erträge für drittfinanzierte Stellen kompensiert.

5.1.1 Antrag der Datenschutzstelle

Die Datenschutzstelle hat einen Antrag um Aufstockung von 0,2 Personaleinheiten gestellt und begründet dies wie folgt:

«Der Kantonsrat hat im März 2014 mit einem Stelleninserat eine Datenschutzbeauftragte oder einen Datenschutzbeauftragten mit einem Pensum von 80–100 Prozent gesucht. Anlässlich der Gespräche mit der Justizprüfungskommission (JPK) hat sich die später gewählte Kandidatin auf die ausdrückliche Frage nach dem Pensum dahingehend geäußert, dass für sie nur ein 100-Prozent-Pensum in Frage komme (diesbezüglich kann das entsprechende Protokoll der JPK beigezogen werden). Im gleichen Sinn hat sich die Kandidatin auch anlässlich der Präsentationen bei den Fraktionen geäußert. Sie hätte demnach die Wahl mit einem Pensum von 80 Prozent nicht angenommen beziehungsweise sich gar nicht um das Amt beworben, wenn es mit einem Pensum von 80 Prozent ausgeschrieben gewesen wäre. Auch die zweite Kandidatin stand übrigens offenbar nur im Rahmen eines 100-Prozent-Pensums zur Verfügung. Nachdem zwischen der JPK (beziehungsweise in der Folge durch den Kantonsrat) und der neuen Datenschutzbeauftragten ein Pensum von 100 Prozent vereinbart ist, ist dies für 2015 entsprechend zu budgetieren.»

In § 18c des Datenschutzgesetzes vom 28. September 2000 (BGS 157.1):

¹ Die Datenschutzstelle erstellt ein eigenes Budget und leitet es an den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats weiter. Der Regierungsrat kann dem Kantonsrat einen davon abweichenden Antrag vorlegen.

Der Regierungsrat hat beschlossen, im Budget 2015 keine neuen Personalstellen zu bewilligen. Somit fallen alle zusätzlich beantragten Stellen weg, auch die Erhöhung um 0,2 Personaleinheiten bei der Datenschutzstelle. Der Kantonsrat hat bei der Wahl der Datenschutzbeauftragten am 22. Mai 2014 keinen Beschluss bezüglich des Pensums gefällt. Im Kantonsratsprotokoll hält der Präsident der JPK auf Seite 2471 fest, dass es der künftigen Datenschützerin überlassen bleibe, wie sie ihre Arbeit und die Stellenprozente insgesamt organisiere.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Aufgaben des Datenschutzes mit den bereits bewilligten und budgetierten 1,60 Personaleinheiten erfüllt werden können und beantragt dem Kantonsrat, den Antrag der Datenschutzstelle abzulehnen (siehe Anträge).

5.2 Dienstleistungen Dritter und Honorare

Für die drei Kontengruppen

- 313 Dienstleistungen Dritter und Honorare
- 314 Baulicher Unterhalt für Grundstücke im Verwaltungsvermögen
- 315 Unterhalt Mobilien

muss sich die Wachstumsrate gemäss Finanzstrategie im Rahmen der prognostizierten Vorjahresteuern bewegen, wobei direkt zusammenhängende Erträge berücksichtigt werden können. Es ergibt sich folgendes Bild:

Dienstleistungen Dritter und Honorare in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total	-63.2	-70.8	-66.9	-70.7	-71.1	-71.7
Abweichung zum Vorjahr in %			-5.6 %	5.7 %	0.6 %	0.8 %
Vorgabe Finanzstrategie in %			0.2 %	0.6 %	1.3 %	1.3 %

Im Budget 2015 kann die strategische Vorgabe aufgrund der durchgeführten Sparrunden um 4,0 Millionen Franken unterschritten werden. In den Planjahren wurden die entsprechenden Reduktionen noch nicht berücksichtigt, weshalb im Planjahr 2016 eine markante Erhöhung zu verzeichnen ist.

5.3 Ausgleichszahlungen an andere Kantone

Nationaler Finanzausgleich in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Ressourcenausgleich	-274.9	-277.9	-315.0	-37.1	13.4	-321.2	-326.7	-302.4
Härteausgleich	-1.6	-1.6	-1.6	0.0	0.0	-1.6	-1.6	-1.6
Total	-276.5	-279.5	-316.6	-37.1	13.3	-322.9	-328.3	-304.0
Anteil der Gemeinden	39.3	35.9	36.4	0.5	1.4	39.2	37.2	38.8

Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Erhöhung im Budget 2015 37,1 Millionen Franken, was einem Anstieg von 13,3 Prozent entspricht. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Beiträge für den Nationalen Finanzausgleich (NFA) vom Bund aufgrund der Parameter der letzten vier bis sechs Jahre berechnet werden. Im 2015 kommt der Sondereffekt aus dem Jahr 2011 erstmals zum Tragen. Im Planjahr 2018 fällt er wieder weg, was zu einer Reduktion des Kantonsbeitrags führen wird.

5.4 Fiskalertrag (Kontengruppe 40)

Fiskalertrag in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Einkommenssteuern	302.0	343.0	315.4	-27.6	-8.0	325.5	346.5	362.5
Vermögenssteuern	76.0	82.0	84.0	2.0	2.4	88.0	91.0	95.0
Quellensteuern	20.5	33.6	24.0	-9.6	-28.6	26.2	27.4	28.6
Total direkte Steuern natürliche Personen	398.5	458.6	423.4	-35.2	-7.7	439.7	464.9	486.1
Gewinnsteuern	189.8	182.0	171.0	-11.0	-6.0	179.0	187.0	195.0
Kapitalsteuern	22.2	21.1	21.2	0.1	0.5	22.2	23.2	24.3
Total direkte Steuern juristische Personen	212.0	203.1	192.2	-10.9	-5.4	201.2	210.2	219.3
Übrige direkte Steuern (Nach- und Steuerstrafen)	6.9	2.0	3.0	1.0	50.0	3.0	3.0	3.0
Total direkte Steuern	617.4	663.7	618.6	-45.1	-6.8	643.9	678.1	708.4
Besitz- und Aufwandsteuern (Verkehrsabgaben)	29.5	30.0	30.4	0.4	1.3	30.8	31.2	31.6
Total Fiskalertrag	646.9	693.7	649.0	-44.7	-6.4	674.7	709.3	740.0

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Im Budget 2015 fallen die Steuererträge tiefer aus als im Vorjahr. Bei den natürlichen Personen ist dies auf eine zu optimistische Einschätzung im Vorjahresbudget 2014 zurückzuführen, die jetzt korrigiert werden musste. Weitere Informationen finden sich bei der Kostenstelle 5065 Kantonssteuerertrag.

Ausgehend vom tieferen Niveau des Jahres 2015 beträgt die durchschnittliche Steigerungsrate in den Planjahren 4,5 Prozent pro Jahr.

5.5 Kantonsanteil an Erträgen des Bundes

Anteile an Bundessteuern in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Anteil an Direkter Bundessteuer	234.9	258.5	252.5	-6.0	-2.3	267.0	280.0	293.0
Anteil an Verrechnungssteuer	7.7	6.9	7.1	0.2	2.9	7.3	7.5	7.7
Anteil an EU-Zinsbesteuerung	0.2	0.2	0.2	0.0	0.0	0.2	0.2	0.2
Total	242.9	265.6	259.8	-5.8	-2.2	274.5	287.7	300.9

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Im laufenden Jahr 2014 werden die budgetierten Erträge voraussichtlich nicht ganz erreicht. Im Budget 2015 muss die erwartete Zunahme von rund vier bis fünf Prozent deshalb von einem tieferen Niveau berechnet werden, was zu einer Reduktion von 6,0 Millionen Franken führt. Über den gesamten Planungshorizont beträgt die durchschnittliche Steigerungsrate zwischen 2015 und 2018 5,0 Prozent pro Jahr.

5.6 Investitionen, Abschreibungen und Selbstfinanzierungsgrad

Nettoinvestitionen in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total	-77.0	-98.8	-89.8	9.1	-9.2	-202.8	-195.7	-228.8
Abweichung zum Vorjahr						-113.0	7.1	-33.1
Abweichung zum Vorjahr in %						125.8 %	-3.5 %	16.9 %

Im Budget 2015 konnten die Investitionen als Folge der Sofortmassnahmen aus dem Entlastungsprogramm auf 89,8 Millionen Franken reduziert werden. Jedoch zeigt sich, dass damit zum Teil eine zeitliche Verschiebung in die Planjahre verbunden war. Die Entlastungs-massnahmen werden zeigen, wie weit das Investitionsvolumen mittel- bis langfristig gesenkt werden kann. Details zu den wesentlichsten Investitionsprojekten finden sich im Kapitel 7 bei den Finanzierungsprognosen und in der Tabelle 8 im Kapitel 8.

Der Abschreibungsaufwand hängt direkt mit den Investitionsvorhaben in den nächsten Jahren zusammen und entwickelt sich wie folgt:

Abschreibungen VV in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Sachanlagen	-33.9	-42.9	-40.4	2.6	-6.0	-46.6	-49.4	-49.9
Spezialfinanzierung Strassenbau	-30.5	-29.1	-24.1	5.0	-17.2	-79.3	-74.1	-84.3
Zwischentotal (Konten 33)	-64.4	-72.0	-64.4	7.6	-10.5	-125.9	-123.5	-134.2
Investitionsbeiträge	-10.0	-11.3	-10.4	0.8	-7.4	-11.4	-14.3	-20.6
Zusätzliche Abschreibungen	-8.5		-1.3	-1.3			-2.0	-4.0
Total	-83.0	-83.3	-76.2	7.1	-8.5	-137.3	-139.7	-158.7
Abweichung zum Vorjahr						-61.1	-2.4	-19.0
Abweichung zum Vorjahr in %						80.2 %	1.7 %	13.6 %

Aufgrund der gegenüber dem Vorjahr tieferen Investitionsausgaben fallen im Budget 2015 auch die Abschreibungen tiefer aus. In den Planjahren erhöhen sich die Abschreibungen der Sachanlagen aufgrund der höheren Investitionen. Zu beachten ist die Entwicklung der Abschreibungen zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau, weil diese Investitionen immer sofort zu 100 Prozent abgeschrieben werden.

Gemäss Finanzstrategie sollte der Selbstfinanzierungsgrad durchschnittlich bei 100 Prozent liegen. Der Vergleich über die letzten fünf Jahre zeigt folgendes Bild:

Selbstfinanzierungsgrad in %	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Mehrjahresbetrachtung	159.2	105.5	13.9	18.7	-101.7	-34.5	-25.0	4.3
Mittelwert über letzte fünf Jahre	206.4	170.4	120.8	81.5	39.1	0.4	-25.7	-27.6

Ab dem Budget 2014 kann das strategische Ziel von 100 Prozent nicht mehr erreicht werden. Die Finanzstrategie sieht jedoch vor, dass es bei grossen Investitionsprojekten möglich sein muss, von diesem Grundsatz abzuweichen.

6 Vergleich mit dem Finanzhaushaltsmodell der BAK Basel

Die BAK Basel hat das Finanzhaushaltsmodell für den Kanton Zug (FHMM) per September 2014 aktualisiert. Der Bericht dazu findet sich im Internet unter www.zg.ch > Behörden > Finanzdirektion > Direkt zu Strategische Finanzplanung.

Ein Vergleich mit unseren Budget- und Finanzplanzahlen zeigt folgendes Bild:

Vergleich mit FHMM BAK Basel in Mio. Franken	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Aufwand Regierungsrat	-1'430.7	-1'471.0	-1'561.7	-1'588.7	-1'601.1
Aufwand BAK Basel	-1'407.3	-1'469.7	-1'572.2	-1'618.3	-1'647.4
Differenz beim Aufwand	23.4	1.3	-10.5	-29.6	-46.3
Ertrag Regierungsrat	1'360.0	1'331.9	1'442.4	1'489.8	1'528.7
Ertrag BAK Basel	1'302.3	1'334.1	1'452.1	1'507.9	1'583.9
Differenz beim Ertrag	-57.7	2.2	9.7	18.1	55.2
Ergebnis Regierungsrat	-70.7	-139.1	-119.3	-98.8	-72.4
Ergebnis BAK Basel	-105.0	-135.6	-120.1	-110.4	-63.5
Differenz beim Ergebnis	-34.3	3.5	-0.8	-11.6	8.9

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

In den Saldi der Laufenden Rechnung zeigen sich im Budget und den Planjahren keine markanten Abweichungen, obwohl BAK Basel in ihrem Modell natürlich keine Reserveentnahmen eingeplant hat. Die Differenzen beim Aufwand und Ertrag in den Planjahren sind auf eine unterschiedliche Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung zurückzuführen. BAK Basel erwartet, dass sich die einsetzende weltwirtschaftliche Belebung positiv auf die Zuger Wirtschaft und somit auf die Steuereinnahmen der juristischen und natürlichen Personen auswirken werde. Der Regierungsrat hält an seiner vorsichtigen Einschätzung fest, denn es zeichnet sich ab, dass die Steuererträge im Vorjahresbudget zu optimistisch budgetiert worden waren. Neben der schwierigen Wirtschaftssituation wirken sich auch die Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre auf kantonaler und Bundesebene aus.

7 Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten

Am 10. April 2014 hat der Kantonsrat die Motion der CVP-Fraktion betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Kanton Zug vom 26. September 2013 teilweise erheblich erklärt und den Regierungsrat beauftragt, dem Kantonsrat für die geplanten Investitionen jeweils zusammen mit dem Finanzplan die «Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten» zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Nach § 38 Bst. f und g des Finanzhaushaltgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) beschafft die Finanzdirektion die liquiden Mittel und bewirtschaftet das Finanzvermögen. Die Finanzdirektion prüft jeweils mit der Finanzierungsprognose, inwieweit der Kanton die geplanten Investitionen langfristig ohne Fremdverschuldung finanzieren kann. Es geht dabei um eine langfristige Beurteilung der Liquiditätssituation des Kantons. Die Finanzierungsseite stützt sich auf das Budget, den Finanzplan sowie die Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts BAK Basel. Auf der Kostenseite werden die Kostenprognosen zu den wichtigsten Investitionsprojekten berücksichtigt, die vornehmlich von der Baudirektion und der Volkswirtschaftsdirektion geliefert werden. Die entsprechenden Aufstellungen finden sich auf den nächsten beiden Seiten.

7.1 Finanzierungsprognose 2015–2018

Gemäss Budget und Finanzplan fallen in diesem Zeitraum Nettoinvestitionen von 717,1 Millionen Franken an. Aufgrund der Aufwandüberschüsse kann die Laufende Rechnung in den Jahren 2015–2017 keine Finanzierungsbeiträge liefern. Erst im Jahr 2018 wird wieder ein kleiner positiver Finanzierungsbeitrag resultieren.

Für die Jahre 2015–2018 ergibt sich folgende Finanzierungsprognose:

Fr. - 717,1 Mio. Finanzierungsbedarf
Fr. - 189,4 Mio. Finanzierungsbeiträge der Laufenden Rechnungen
Fr. - 906,5 Mio. Abnahme der Liquidität

Der Bestand an liquiden Mitteln per Ende Jahr 2014 wird rund 950 Millionen Franken betragen. Gemäss den obigen Prognosen könnten somit alle geplanten Investitionen gerade noch ohne Fremdverschuldung finanziert werden. Die Liquidität per Ende 2018 wird noch 43,5 Millionen Franken betragen.

7.2 Finanzierungsprognose 2019–2030

Gemäss den Kostenprognosen fallen in den Jahren 2019 bis 2030 Nettoinvestitionen von 2303,9 Millionen Franken an. BAK Basel prognostiziert in diesem Zeitraum Finanzierungsbeiträge der Laufenden Rechnung von insgesamt 633,3 Millionen Franken. Somit ergibt sich folgende Rechnung:

Fr. 43,5 Mio. Liquidität per Ende 2018
Fr. - 2'303,9 Mio. Finanzierungsbedarf 2019–2030
Fr. 633,3 Mio. Finanzierungsbeiträge der Laufenden Rechnungen
Fr. - 1'627,1 Mio. Fremdfinanzierung per 2030

Eine Fremdfinanzierung von insgesamt rund 1,6 Milliarden Franken bis ins Jahr 2030 würde für den Staatshaushalt eine zu hohe Verschuldung darstellen, auch wenn es aufgrund der Bonität des Kantons Zug möglich wäre, dieses Kapital zu beschaffen.

In den obigen Annahmen sind weder Steuererhöhungen noch mittel- oder langfristige Massnahmen aus dem Entlastungsprogramm 2015–2018 eingerechnet. Die Finanzierungsprognose weist darauf hin, dass das Entlastungsprogramm angezeigt und notwendig ist.

Investitionsprojekte 2015–2030 > Fr. 5.0 Mio.		Gemäss Budget und Finanzplan 2015–2018								Aktuelle Einschätzung								Total	
Amts-nummer	Projekt Kurzbezeichnung	In Mio. Fr.	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2015–2030
	Sozialwesen																		
1550	D1150.0030 Investitionsbeitrag Wohnheim Eichholz, Neubau	Ausgaben	-1.0	-7.0	-7.5														-15.5
		Einnahmen																	0.0
	Öffentlicher Verkehr																		
2035	VD2035.0011 ÖV Feinverteiler	Ausgaben					-10.0	-11.0	-10.0	-10.0	-10.0	-10.0	-10.0	-10.0					-81.0
		Einnahmen																	0.0
2035	VD2035.0013 Investitionsbeitrag Verknüpfungspunkte	Ausgaben				-0.5		-1.0	-1.0	-3.0	-3.0								-8.5
		Einnahmen																	0.0
2035	VD (neu) Investitionsbeitrag Stadtbahn Zug, 2. Teilergänzung	Ausgaben					-0.4	-2.2	-20.7	-30.5	-30.3	-18.7							-102.8
		Einnahmen																	0.0
2035	VD2035.0023 Investitionsbeitrag Darlehen Vorfinanzierung	Ausgaben																	0.0
		Einnahmen	6.0	6.6															12.6
2035	VD (neu) Investitionsbeitrag Bahnhof Cham	Ausgaben					-2.5	-2.4	-1.1										-6.0
		Einnahmen																	0.0
2035	VD2035.0028 Investitionsbeitrag Bahninfrastrukturfonds BIF	Ausgaben					-5.6	-5.6	-5.6	-5.6	-5.6	-5.6	-5.6	-5.6	-5.6	-5.6	-5.6	-5.6	-84.0
		Einnahmen																	0.0
2035	VD2035.0029 Investitionsbeitrag Neues Ticketsystem	Ausgaben	-0.5	-5.0	-5.0	-1.0													-11.5
		Einnahmen																	0.0
	Tiefbau																		
3020/3031	TB (diverse Projekte) Strassenbauprogramm 2004-2014	Ausgaben	-14.0	-7.0	-5.5	-8.0													-37.0
		Einnahmen	1.0																1.0
3020/3031	TB (diverse Projekte) Strassenbauprogramm 2014-2022	Ausgaben	-7.5	-21.0	-32.0	-31.0	-46.0	-43.0	-37.0	-21.0	-13.0	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0	-300.5
		Einnahmen		2.0	2.0	2.0	11.0	6.0	5.0	5.0	1.0								34.0
3020/3031	TB (diverse Projekte) Bundesbeiträge für Hauptstrassen	Ausgaben																	0.0
		Einnahmen	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	9.6
3031	TB3031.0039 Umfahrung Cham-Hünenberg	Ausgaben	-0.5	-1.0	-2.0	-10.0	-80.0	-50.0	-23.0	-10.0	-1.0								-177.5
		Einnahmen				4.0	1.0	16.0	10.0	6.0									37.0
3031	TB3031.0047 Tangente Zug/Baar	Ausgaben	-3.0	-40.0	-40.0	-40.0	-50.0	-11.0	-10.0										-194.0
		Einnahmen																	0.0
3020	TB3020.0263 Stadttunnel Zug (Spezialfinanzierung)	Ausgaben	-1.5	-11.5	-1.0	-1.0	-8.5	-5.5	-12.0	-40.0	-65.0	-65.0	-65.0	-65.0	-60.0	-30.0	-10.0	-4.0	-445.0
		Einnahmen								13.0			13.5				13.5		40.0
3020	TB3020.0263 Stadttunnel Zug (Allgemeine Staatsrechnung)	Ausgaben	-1.5	-11.5	-1.0	-1.0	-8.5	-5.5	-12.0	-40.0	-65.0	-65.0	-65.0	-65.0	-60.0	-30.0	-10.0	-4.0	-445.0
		Einnahmen								13.0			13.5				13.5		40.0
3020	TB (diverse Projekte) Wasserbau	Ausgaben	-1.0	-1.5	-7.5	-5.0	-4.0	-3.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-37.5
		Einnahmen	0.5	0.5	2.0	1.5	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	16.5
3020/3031	Anpassungen Tiefbau gemäss Budgetbesprechung	Ausgaben	9.3	-2.2	1.4	0.4													8.9
		Einnahmen																	0.0

Investitionsprojekte 2015–2030 > Fr. 5,0 Mio.		Gemäss Budget und Finanzplan 2015–2018										Aktuelle Einschätzung										Total
Amts-nummer	Projekt Kurzbezeichnung	In Mio. Fr.	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2015–2030			
	Hochbau																					
3060	HB3060.0105 AVS Steinhausen: Bauausführung	Ausgaben	-6.0	-11.0	-4.8														-21.8			
		Einnahmen																	0.0			
3060	HB3060.0106 KSMI Menzingen: Bauausführung inkl. Landerwerb	Ausgaben	-8.0	-32.0	-30.0	-26.0													-96.0			
		Einnahmen																	0.0			
3060	HB3060.0115 Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)	Ausgaben	-4.2																-4.2			
		Einnahmen																	0.0			
3060	HB3060.0151 Investitionsbeitrag Fokus: Hauptstützpunkt ZVB Bauausführung	Ausgaben			-19.5	-60.0	-80.0	-50.0	-40.0										-249.5			
		Einnahmen																	0.0			
3060	HB3060.0117 Erweiterungsbau GIBZ, Trakt 5	Ausgaben	-1.0	-7.5	-10.0	-6.7													-25.2			
		Einnahmen																	0.0			
3060	HB3060.0119 Kantonsschule Zug, Provisorien	Ausgaben	-4.0	-5.0	-1.0														-10.0			
		Einnahmen																	0.0			
3060	HB3060.0120 Kantonsschule Zug, Turnhalle	Ausgaben		-3.0	-2.7	-4.8													-10.5			
		Einnahmen																	0.0			
3060	HB3060.0121 Brückenangebot KBA; Aufstockung Trakt 1 GIBZ	Ausgaben	-3.5	-3.5	-0.5														-7.5			
		Einnahmen																	0.0			
3060	HB3060.0138 Instandsetzung AZ Schönau: Bauausführung	Ausgaben			-3.0	-6.0	-6.8												-15.8			
		Einnahmen			1.0	2.0	2.0												5.0			
3060	HB3060.0150 Kauf und bauliche Massnahmen Chamau	Ausgaben		-2.8	-6.8														-9.6			
		Einnahmen																	0.0			
3060	HB3060.0101 Kulturwerkstatt Theilerhaus	Ausgaben		-7.6	-4.0	-3.0													-14.6			
		Einnahmen																	0.0			
	Sicherheit																					
3590	SD3590.0044 Polycom Umsetzung	Ausgaben	-7.8	-1.2					-2.0										-11.0			
		Einnahmen	1.6	0.8															2.4			
3590	SD (neu) Polycom Weiterentwicklung	Ausgaben															-3.0	-3.0	-6.0			
		Einnahmen																	0.0			
3590	(neu) Erweiterungsbauten Leitzentralen und IT-Forensik	Ausgaben					-0.5	-2.5	-2.0										-5.0			
		Einnahmen																	0.0			
3590	(neu) Planungskredit Erweiterungsbauten	Ausgaben														-0.5	-3.0	-3.0	-6.5			
		Einnahmen																	0.0			
	Total Investitionen > Fr. 5,0 Mio.	netto	-51.0	-171.0	-175.3	-206.6	-287.2	-172.1	-161.3	-123.0	-191.8	-171.2	-125.5	-152.5	-132.5	-73.0	-11.5	-26.5	-2'232.0			
	Restliche Investitionen	netto	-38.8	-31.8	-20.4	-22.2	-24.0	-21.8	-17.0	-57.0	-57.0	-57.0	-67.0	-67.0	-77.0	-77.0	-77.0	-77.0	-789.0			
	Total Investitionen Kanton	netto	-89.8	-202.8	-195.7	-228.8	-311.2	-193.9	-178.3	-180.0	-248.8	-228.2	-192.5	-219.5	-209.5	-150.0	-88.5	-103.5	-3'021.0			
	Total Investitionen Kanton	brutto	-102.8	-219.6	-214.1	-244.4	-389.0	-242.4	-222.9	-225.0	-311.0	-285.3	-240.6	-274.4	-261.9	-187.5	-110.6	-129.4	-3'660.8			

8 Tabellen

Die Gliederung in den Tabellen richtet sich nach dem Kontenrahmen gemäss HRM2:

Bilanz		Laufende Rechnung		Investitionsrechnung							
1	Aktiven	2	Passiven	3	Aufwand	4	Ertrag	5	Investitions-Ausgaben	6	Investitions-Einnahmen
10	Finanzvermögen	20	Fremdkapital	30	Personalaufwand	40	Fiskalertrag	50	Sachanlagen	60	Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen
14	Verwaltungsvermögen	29	Eigenkapital	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	41	Regalien und Konzessionen	51	Investitionen auf Rechnung Dritter	61	Rückerstattungen
				32	Rüstungsaufwand (nur Bund)	42	Entgelte	52	Immaterielle Anlagen	62	Abgang immaterielle Anlagen
				33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	43	Verschiedene Erträge			63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung
				34	Finanzaufwand	44	Finanzertrag	54	Darlehen	64	Rückzahlung von Darlehen
				35	Einlagen in Spezialfinanzierungen	45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	55	Beteiligungen und Grundkapitalien	65	Übertragung von Beteiligungen
				36	Transferaufwand	46	Transferertrag	56	Eigene Investitionsbeiträge	66	Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge
				37	Durchlaufende Beiträge	47	Durchlaufende Beiträge	57	Durchlaufende Investitionsbeiträge	67	Durchlaufende Investitionsbeiträge
				38	Ausserordentlicher Aufwand	48	Ausserordentlicher Ertrag	58	Ausserordentliche Investitionen	68	Ausserordentliche Investitions-einnahmen
				39	Interne Verrechnungen	49	Interne Verrechnungen	59	Übertrag an Bilanz	69	Übertrag an Bilanz

Die nachfolgenden Tabellen 1–11 geben eine umfassende Übersicht über die wichtigsten Entwicklungen im Finanzhaushalt des Kantons. Die Kommentare beziehen sich jeweils auf die Veränderungen zwischen den Budgets 2015 und 2014, wobei die Abweichungen sowohl in Franken als auch in Prozenten angegeben sind.

Tabelle 1: Laufende Rechnung – Überblick

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-1'391.6	-1'430.7	-1'471.0	-40.2	2.8	-1'561.7	-1'588.7	-1'601.1
Total Ertrag	1'371.1	1'360.0	1'331.9	-28.1	-2.1	1'442.4	1'489.8	1'528.7
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-20.5	-70.7	-139.1	-68.3	96.6	-119.3	-98.8	-72.4

Pro memoria: Gegenüber dem gedruckten Budget 2014 (Antrag des Regierungsrates) hat der Kantonsrat am 28. November 2013 folgende Änderungen beschlossen:

Budget 2014	Aufwand	Ertrag	Saldo
Antrag des Regierungsrates	-1'431.1	1'360.0	-71.1
Änderungen durch KR	0.4		0.4
Durch KR beschlossenes Budget	-1'430.7	1'360.0	-70.7

Tabelle 2: Laufende Rechnung – Gestufter Erfolgsausweis

Laufende Rechnung In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
30 Personalaufwand	-303.7	-318.0	-322.9	-4.9	1.5	-330.8	-341.7	-352.8
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-107.0	-118.4	-112.7	5.7	-4.8	-116.9	-118.0	-118.6
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64.4	-72.0	-64.4	7.6	-10.5	-125.9	-123.5	-134.2
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen	-4.5	-5.9	-11.6	-5.7	97.6	-0.9	-1.0	-1.1
36 Transferaufwand	-806.8	-818.0	-856.4	-38.4	4.7	-882.6	-895.8	-881.9
37 Durchlaufende Beiträge	-80.7	-82.7	-86.3	-3.6	4.4	-88.0	-89.7	-91.4
39 Interne Verrechnungen	-3.9	-3.1	-3.2	-0.0	1.5	-4.4	-4.8	-5.0
Total betrieblicher Aufwand	-1'371.0	-1'418.2	-1'457.5	-39.3	2.8	-1'549.5	-1'574.5	-1'584.9
40 Fiskalertrag	646.9	693.7	649.0	-44.7	-6.4	674.7	709.3	740.0
41 Regalien und Konzessionen	11.9	11.7	2.2	-9.5	-81.5	11.9	11.8	11.8
42 Entgelte	66.5	65.3	67.0	1.7	2.6	66.8	66.8	67.1
43 Verschiedene Erträge	6.2	6.9	6.6	-0.3	-3.9	6.7	6.8	6.9
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen						42.9	38.8	50.5
46 Transferertrag	452.1	453.2	435.5	-17.8	-3.9	458.6	466.4	484.7
47 Durchlaufende Beiträge	80.7	82.7	86.3	3.6	4.4	88.0	89.7	91.4
49 Interne Verrechnungen	3.9	3.1	3.2	0.0	1.5	4.4	4.8	5.0
Total betrieblicher Ertrag	1'268.1	1'316.7	1'249.8	-66.9	-5.1	1'353.9	1'394.5	1'457.5
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-102.8	-101.5	-207.7	-106.2	104.6	-195.6	-180.0	-127.5
34 Finanzaufwand	-11.7	-12.4	-12.1	0.2	-1.9	-12.2	-12.2	-12.2
44 Finanzertrag	46.2	43.2	42.1	-1.1	-2.6	42.5	43.4	44.2
Ergebnis aus Finanzierung	34.6	30.8	30.0	-0.9	-2.8	30.3	31.2	32.0
Operatives Ergebnis	-68.3	-70.7	-177.8	-107.1	151.4	-165.3	-148.8	-95.4
38 Ausserordentlicher Aufwand	-9.0	-0.2	-1.3	-1.1	664.5		-2.0	-4.0
48 Ausserordentlicher Ertrag	56.7	0.1	40.0	39.9	30'094.5	46.0	52.0	27.0
Ausserordentliches Ergebnis	47.8	-0.0	38.7	38.7	-100'272.5	46.0	50.0	23.0
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-20.5	-70.7	-139.1	-68.3	96.6	-119.3	-98.8	-72.4

Tabelle 3: Laufende Rechnung – Prozentuale Aufteilung des Aufwandes

In Mio. Franken	Budget 2014	in % vom Total	Budget 2015	in % vom Total
Personalaufwand	-318.0	22.2	-322.9	22.0
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-118.4	8.3	-112.7	7.7
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-72.0	5.0	-64.4	4.4
Finanzaufwand	-12.4	0.9	-12.1	0.8
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-5.9	0.4	-11.6	0.8
Transferaufwand	-818.0	57.2	-856.4	58.2
Durchlaufende Beiträge	-82.7	5.8	-86.3	5.9
Ausserordentlicher Aufwand	-0.2	0.0	-1.3	0.1
Interne Verrechnungen	-3.1	0.2	-3.2	0.2
Total Aufwand	-1'430.7	100.0	-1'471.0	100.0

Tabelle 4: Laufende Rechnung – Aufwand nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Personalaufwand	-318.0	-322.9	-4.9	1.5	Siehe Kapitel «Personalaufwand»
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-118.4	-112.7	5.7	-4.8	Zunahme: Unterhalt Mobilien 1,8 Mio. Franken Abnahmen: Material- und Warenaufwand 0,6 Mio. Franken, Nicht aktivierbare Anlagen 1,4 Mio. Franken, Dienstleistungen und Honorare 4,8 Mio. Franken, Unterhalt Grundstücke VV 0,9 Mio. Franken
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-72.0	-64.4	7.6	-10.5	Abnahme: Hochbauten 0,5 Mio. Franken, Mobilien 0,7 Mio. Franken, Informatik 1,8 Mio. Franken, Spezialfinanzierung Strassenbau 5,0 Mio. Franken
Finanzaufwand	-12.4	-12.1	0.2	-1.9	Abnahme: Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen 0,2 Mio. Franken
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-5.9	-11.6	-5.7	97.6	Zunahme: Spezialfinanzierung Strassenbau 5,3 Mio. Franken
Transferaufwand	-818.0	-856.4	-38.4	4.7	Zunahmen: Ressourcenausgleich 37,1 Mio. Franken, Innerkantonaler Finanzausgleich Kanton an Gemeinden 4,5 Mio. Franken, Beiträge an Gemeinwesen und Dritte 12,7 Mio. Franken (davon 1,7 Mio. Franken Sozialamt, 1,0 Mio. Franken Amt für gemeindliche Schulen, 3,5 Mio. Franken Sozialversicherungen, 5,1 Mio. Franken Spitäler) Abnahme: Innerkantonaler Finanzausgleich Gemeinden an Gemeinden 15,4 Mio. Franken (erfolgsneutral siehe Transferertrag)
Durchlaufende Beiträge	-82.7	-86.3	-3.6	4.4	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Aufwand	-0.2	-1.3	-1.1	664.5	Zunahme: Zusätzliche Abschreibung auf Beteiligung ZVB 1,3 Mio. Franken
Interne Verrechnungen	-3.1	-3.2	-0.0	1.5	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Interne Verrechnungen)

Tabelle 5: Laufende Rechnung – Prozentuale Aufteilung des Ertrages

In Mio. Franken	Budget 2014	in % vom Total	Budget 2015	in % vom Total
Fiskalertrag	693.7	51.0	649.0	48.7
Regalien und Konzessionen	11.7	0.9	2.2	0.2
Entgelte	65.3	4.8	67.0	5.0
Verschiedene Erträge	6.9	0.5	6.6	0.5
Finanzertrag	43.2	3.2	42.1	3.2
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen		0.0		0.0
Transferertrag	453.2	33.3	435.5	32.7
Durchlaufende Beiträge	82.7	6.1	86.3	6.5
Ausserordentlicher Ertrag	0.1	0.0	40.0	3.0
Interne Verrechnungen	3.1	0.2	3.2	0.2
Total Ertrag	1'360.0	100.0	1'331.9	100.0

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Tabelle 6: Laufende Rechnung – Ertrag nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Fiskalertrag	693.7	649.0	-44.7	-6.4	Zunahme: Übrige direkte Steuern 1,0 Mio. Franken Abnahmen: Direkte Steuern natürliche Personen 35,2 Mio. Franken, Direkte Steuern juristische Personen 10,9 Mio. Franken
Regalien und Konzessionen	11.7	2.2	-9.5	-81.5	Abnahme: Anteil am Reingewinn der SNB 9,6 Mio. Franken
Entgelte	65.3	67.0	1.7	2.6	Zunahmen: Gebühren für Amtshandlungen 0,6 Mio. Franken, Bussen 1,8 Mio. Franken Abnahme: Rückerstattungen von Versicherungen 0,8 Mio. Franken
Verschiedene Erträge	6.9	6.6	-0.3	-3.9	Abnahme: Aktivierbare Eigenleistungen (Tiefbauamt) 0,3 Mio. Franken
Finanzertrag	43.2	42.1	-1.1	-2.6	Abnahme: Zinsertrag 1,2 Mio. Franken
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen					Keine Entnahme geplant
Transferertrag	453.2	435.5	-17.8	-3.9	Zunahmen: Ressourcenausgleich Anteil Gemeinden 0,5 Mio. Franken, Entschädigungen vom Bund 1,0 Mio. Franken, Beiträge vom Bund 1,8 Mio. Franken Abnahmen: Anteil an Direkter Bundessteuer 6,0 Mio. Franken, Innerkantonaler Finanzausgleich Gemeinden an Gemeinden 15,4 Mio. Franken (erfolgsneutral siehe Transferaufwand)
Durchlaufende Beiträge	82.7	86.3	3.6	4.4	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Ertrag	0.1	40.0	39.9	30'094.5	Zunahme: Entnahme aus Ressourcenausgleichreserve 40,0 Mio. Franken
Interne Verrechnungen	3.1	3.2	0.0	1.5	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Interne Verrechnungen)

Tabelle 7: Investitionsrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Investitionsausgaben	-89.3	-122.6	-102.8	19.8	-16.1	-219.6	-214.1	-244.4
Investitionseinnahmen	12.3	23.8	13.1	-10.7	-45.1	16.7	18.4	15.5
Nettoinvestitionen	-77.0	-98.8	-89.8	9.1	-9.2	-202.8	-195.7	-228.8

Pro memoria:

Gegenüber dem gedruckten Budget 2014 (Antrag des Regierungsrates) hat der Kantonsrat am 28. November 2013 keine Änderungen beschlossen:

Budget 2014	Ausgaben	Einnahmen	Netto
Antrag des Regierungsrates	-122.6	23.8	-98.8
Keine Änderungen durch KR			
Durch KR beschlossenes Budget	-122.6	23.8	-98.8

Tabelle 8: Wesentlichste Investitionsprojekte in den Jahren 2015–2018

In Mio. Franken

Budget 2015		Betrag
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-24.1
KSM Menzingen	Bauausführung inkl. Landerwerb	-8.0
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-6.4
Zuger Polizei	Polycom, Ersatz Funksystem	-6.2
Amt für Verbraucherschutz, Steinhausen	Bauausführung	-6.0
Alle übrigen Projekte		-39.1
Total Nettoinvestitionen		-89.8

In Mio. Franken

Plan 2016		Betrag
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-79.3
KSM Menzingen	Bauausführung inkl. Landerwerb	-32.0
Stadttunnel Zug	50 % Anteil ausserhalb Spezialfinanzierung	-11.5
Amt für Verbraucherschutz, Steinhausen	Bauausführung	-11.0
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-9.1
Alle übrigen Projekte		-59.9
Total Nettoinvestitionen		-202.8

In Mio. Franken

Plan 2017		Betrag
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-74.1
KSM Menzingen	Bauausführung inkl. Landerwerb	-30.0
Fokus: Hauptstützpunkt ZVB	Bauausführung	-19.5
Erweiterungsbau GIBZ	Trakt 5	-10.0
Beitrag Wohnheim Eichholz	Neubau	-7.0
Alle übrigen Projekte		-55.1
Total Nettoinvestitionen		-195.7

In Mio. Franken

Plan 2018		Betrag
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-84.3
Fokus: Hauptstützpunkt ZVB	Bauausführung	-60.0
KSM Menzingen	Bauausführung inkl. Landerwerb	-26.0
Beitrag Wohnheim Eichholz	Neubau	-7.5
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-6.7
Alle übrigen Projekte		-44.3
Total Nettoinvestitionen		-228.8

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Tabelle 9: Finanzrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-1'391.6	-1'430.7	-1'471.0	-40.2	2.8	-1'561.7	-1'588.7	-1'601.1
Total Ertrag	1'371.1	1'360.0	1'331.9	-28.1	-2.1	1'442.4	1'489.8	1'528.7
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-20.5	-70.7	-139.1	-68.3	96.6	-119.3	-98.8	-72.4
Zuzüglich Abschreibungen	83.0	83.3	76.2	-7.1	-8.5	137.3	139.7	158.7
Veränderung Spezialfinanzierungen	4.5	5.9	11.6	5.7	97.6	-41.9	-37.8	-49.4
Veränderung Reserven	-56.3	0.0	-40.0	-40.0	-103'658.9	-46.0	-52.0	-27.0
Selbstfinanzierung	10.7	18.5	-91.3	-109.7	-594.4	-69.9	-49.0	9.9
Abzüglich Nettoinvestitionen	-77.0	-98.8	-89.8	9.1	-9.2	-202.8	-195.7	-228.8
Finanzierungsüberschuss/ Finanzierungsfehlbetrag	-66.4	-80.4	-181.0	-100.7	125.3	-272.8	-244.7	-218.9

Tabelle 10: Abschreibungen, Spezialfinanzierungen und Reserven

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Übersicht Abschreibungen und Wertberichtigungen (Verwaltungsvermögen)								
Ordentliche Abschreibungen Sachanlagen	-33.9	-42.9	-40.4	2.6	-6.0	-46.6	-49.4	-49.9
Ordentliche Abschreibungen Investitionsbeiträge	-10.0	-11.3	-10.4	0.8	-7.4	-11.4	-14.3	-20.6
Abschreibungen Spezialfinanzierung Strassenbau	-30.5	-29.1	-24.1	5.0	-17.2	-79.3	-74.1	-84.3
Wertberichtigungen Darlehen	-0.0							
Wertberichtigungen Beteiligungen	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	-25.0	-0.0	-0.0	-0.0
Zusätzliche Abschreibungen auf Sachanlagen	-8.5						-2.0	-4.0
Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen								
Zusätzliche Abschreibungen auf Darlehen								
Zusätzliche Abschreibungen auf Beteiligungen			-1.3	-1.3				
Total Abschreibungen und Wertberichtigungen	-83.0	-83.3	-76.2	7.1	-8.5	-137.3	-139.7	-158.7
Spezialfinanzierungen								
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-4.5	-5.9	-11.6	-5.7	97.6	-0.9	-1.0	-1.1
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen						42.9	38.8	50.5
Veränderung Spezialfinanzierungen	-4.5	-5.9	-11.6	-5.7	97.6	41.9	37.8	49.4
Reserven								
Einlagen in Reserven	-0.4	-0.2		0.2	-100.0			
Entnahmen aus Reserven	56.7	0.1	40.0	39.9	30'094.5	46.0	52.0	27.0
Veränderung Reserven	56.3	-0.0	40.0	40.0	-103'658.9	46.0	52.0	27.0

Tabelle 11: Planbilanz

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Aktiven								
Finanzvermögen	1'314.6	1'235.8	1'073.3	-162.5	-13.1	803.6	561.7	330.6
Verwaltungsvermögen	436.5	460.1	473.7	13.6	3.0	539.2	595.2	665.3
Total Aktiven	1'751.1	1'695.8	1'546.9	-148.9	-8.8	1'342.8	1'156.9	995.9
Passiven								
Fremdkapital	-617.5	-627.0	-645.6	-18.6	3.0	-648.7	-651.4	-639.3
Eigenkapital	-1'133.6	-1'068.8	-901.4	167.4	-15.7	-694.1	-505.4	-356.6
Spezialfinanzierungen	-203.1	-209.0	-220.6	-11.6	5.6	-178.7	-140.8	-91.4
Reserven	-436.0	-436.0	-396.0	40.0	-9.2	-350.0	-298.0	-271.0
Freies Eigenkapital	-494.6	-423.8	-284.7	139.1	-32.8	-165.4	-66.6	5.8
Total Passiven	-1'751.1	-1'695.8	-1'546.9	148.9	-8.8	-1'342.8	-1'156.9	-995.9

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

Kennzahlen

Laufende Rechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung

Investitionsrechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung

Detailinformationen
Kennzahlen

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Selbstfinanzierungsgrad						
$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Nettoinvestitionen}}$	13.9 %	18.7 %	-101.7 %	-34.5 %	-25.0 %	4.3 %

Richtwerte:

100 % = anzustrebende Zielgrösse, > 100 % = Zunahme der liquiden Mittel, < 100 % = Abnahme der liquiden Mittel

Aussage:

Anteil der Nettoinvestitionen, die der Kanton Zug aus den im Berichtsjahr erarbeiteten liquiden Mitteln finanzieren kann.

Selbstfinanzierungsanteil

$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$	0.9 %	1.4 %	-7.6 %	-5.4 %	-3.6 %	0.7 %
--	-------	-------	--------	--------	--------	-------

Richtwerte:

> 20 % = gut, 10-20 % = mittel, < 10 % = schlecht

Aussage:

Anteil des laufenden Ertrages, welcher der Kanton Zug zur Finanzierung der Nettoinvestitionen aufwenden kann.

Investitionsanteil

$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Gesamtausgaben}}$	6.6 %	8.5 %	7.1 %	14.0 %	13.5 %	15.2 %
---	-------	-------	-------	--------	--------	--------

Richtwerte:

< 7,5 % = schwache Investitionstätigkeit, > 7,5 % = mittlere bis starke Investitionstätigkeit

Aussage:

Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen.

Zinsbelastungsanteil

$\frac{\text{Nettozinsaufwand} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$	-0.6 %	-0.4 %	-0.3 %	-0.3 %	-0.3 %	-0.3 %
--	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Richtwerte:

bis 4 % = gut, 4-9 % = genügend, > 9 % = schlecht

Aussage:

Anteil des laufenden Ertrages, welcher durch den Nettozinsaufwand gebunden ist.

Kapitaldienstanteil

$\frac{\text{Kapitaldienst} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$	5.5 %	6.2 %	5.9 %	10.3 %	9.9 %	10.7 %
---	-------	-------	-------	--------	-------	--------

Richtwerte:

bis 5 % = geringe Belastung, 5-15 % = tragbare Belastung, > 15 % = hohe Belastung

Aussage:

Mass für die Belastung des Finanzhaushaltes durch den Nettozinsaufwand und die Abschreibungen.

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Total pro Direktion

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
10	Gesetzgebende Behörden								
	Aufwand	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'136'100	-59'300	5.5	-1'134'100	-1'178'200	-1'193'300
	Ertrag								
	Saldo	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'136'100	-59'300	5.5	-1'134'100	-1'178'200	-1'193'300
11	Allgemeine Verwaltung								
	Aufwand	-14'355'429.39	-14'788'790	-14'739'700	49'090	-0.3	-15'055'950	-15'242'650	-15'655'050
	Ertrag	3'264'380.40	3'247'850	3'256'000	8'150	0.3	3'135'800	2'818'800	2'800'800
	Saldo	-11'091'048.99	-11'540'940	-11'483'700	57'240	-0.5	-11'920'150	-12'423'850	-12'854'250
15	Direktion des Innern								
	Aufwand	-89'202'315.78	-96'367'050	-96'792'950	-425'900	0.4	-99'831'900	-100'843'200	-102'603'600
	Ertrag	23'324'405.13	23'457'500	22'568'200	-889'300	-3.8	22'302'600	21'683'600	21'567'400
	Saldo	-65'877'910.65	-72'909'550	-74'224'750	-1'315'200	1.8	-77'529'300	-79'159'600	-81'036'200
17	Direktion für Bildung und Kultur								
	Aufwand	-221'722'259.41	-227'129'850	-231'153'316	-4'023'466	1.8	-234'486'400	-238'634'400	-242'545'600
	Ertrag	18'731'655.32	17'209'900	18'559'700	1'349'800	7.8	18'924'300	19'405'300	19'886'200
	Saldo	-202'990'604.09	-209'919'950	-212'593'616	-2'673'666	1.3	-215'562'100	-219'229'100	-222'659'400
20	Volkswirtschaftsdirektion								
	Aufwand	-223'904'212.46	-230'861'580	-237'020'419	-6'158'839	2.7	-245'000'865	-252'441'415	-257'556'965
	Ertrag	97'303'248.11	97'264'095	101'260'000	3'995'905	4.1	102'359'400	103'917'100	104'875'800
	Saldo	-126'600'964.35	-133'597'485	-135'760'419	-2'162'933	1.6	-142'641'465	-148'524'315	-152'681'165
30	Baudirektion								
	Aufwand	-107'382'924.71	-113'651'899	-112'030'424	1'621'475	-1.4	-159'477'900	-156'573'650	-167'921'050
	Ertrag	55'265'920.67	54'541'925	54'974'388	432'463	0.8	99'659'800	94'758'700	105'264'200
	Saldo	-52'117'004.04	-59'109'974	-57'056'036	2'053'938	-3.5	-59'818'100	-61'814'950	-62'656'850
35	Sicherheitsdirektion								
	Aufwand	-76'376'402.67	-78'500'952	-79'745'162	-1'244'210	1.6	-81'418'000	-85'984'800	-89'846'600
	Ertrag	20'407'901.89	20'714'500	22'722'350	2'007'850	9.7	22'865'550	24'785'850	26'818'050
	Saldo	-55'968'500.78	-57'786'452	-57'022'812	763'640	-1.3	-58'552'450	-61'198'950	-63'028'550
40	Gesundheitsdirektion								
	Aufwand	-152'497'585.69	-167'199'600	-173'674'100	-6'474'500	3.9	-180'232'350	-183'275'350	-186'247'650
	Ertrag	38'193'953.00	39'399'100	40'481'200	1'082'100	2.7	41'822'200	43'225'200	44'725'200
	Saldo	-114'303'632.69	-127'800'500	-133'192'900	-5'392'400	4.2	-138'410'150	-140'050'150	-141'522'450
50	Finanzdirektion								
	Aufwand	-474'384'158.15	-472'113'600	-494'175'980	-22'062'380	4.7	-513'931'800	-522'542'100	-504'764'400
	Ertrag	1'105'258'549.38	1'095'496'500	1'059'250'180	-36'246'320	-3.3	1'122'480'500	1'170'390'700	1'193'934'300
	Saldo	630'874'391.23	623'382'900	565'074'200	-58'308'700	-9.4	608'548'700	647'848'600	689'169'900
61	Richterliche Behörden								
	Aufwand	-30'687'610.67	-29'045'200	-30'496'850	-1'451'650	5.0	-31'133'950	-31'939'650	-32'773'750
	Ertrag	9'353'447.17	8'660'300	8'825'700	165'400	1.9	8'825'700	8'825'700	8'825'700
	Saldo	-21'334'163.50	-20'384'900	-21'671'150	-1'286'250	6.3	-22'308'250	-23'113'950	-23'948'050
	Total Kanton								
	Aufwand	-1'391'607'496.93	-1'430'735'321	-1'470'965'001	-40'229'680	2.8	-1'561'703'215	-1'588'655'415	-1'601'107'965
	Ertrag	1'371'103'461.07	1'359'991'670	1'331'897'718	-28'093'952	-2.1	1'442'375'850	1'489'810'950	1'528'697'650
	Saldo	-20'504'035.86	-70'743'651	-139'067'283	-68'323'631	96.6	-119'327'365	-98'844'465	-72'410'315

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
1000	Kantonsrat	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'136'100	-59'300	5.5	-1'134'100	-1'178'200	-1'193'300
10	Gesetzgebende Behörden	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'136'100	-59'300	5.5	-1'134'100	-1'178'200	-1'193'300
1100	Regierungsrat	-3'445'571.84	-3'249'200	-3'353'400	-104'200	3.2	-3'410'300	-3'548'300	-3'614'700
1120	Staatskanzlei	-6'950'269.00	-5'532'840	-5'558'150	-25'310	0.5	-5'755'150	-6'049'350	-6'338'350
1126	Staatsarchiv		-1'962'750	-1'844'300	118'450	-6.0	-2'009'800	-2'060'600	-2'114'300
1128	Ombudsstelle	-299'237.38	-338'650	-316'250	22'400	-6.6	-324'150	-334'150	-344'550
1129	Datenschutz	-395'970.77	-457'500	-411'600	45'900	-10.0	-420'750	-431'450	-442'350
11	Allgemeine Verwaltung	-11'091'048.99	-11'540'940	-11'483'700	57'240	-0.5	-11'920'150	-12'423'850	-12'854'250
1500	Direktionssekretariat	-2'738'448.01	-2'940'050	-2'871'950	68'100	-2.3	-2'990'000	-3'084'000	-3'181'200
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-1'456'743.96	-1'482'100	-1'445'600	36'500	-2.5	-1'841'900	-1'811'500	-1'995'000
1530	Amt für Wald und Wild	-4'318'452.66	-4'972'200	-4'801'900	170'300	-3.4	-5'037'100	-5'212'900	-5'371'400
1550	Sozialamt	-45'168'126.82	-50'349'100	-52'107'700	-1'758'600	3.5	-53'773'200	-54'802'200	-55'899'300
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-5'599'504.42	-6'168'900	-6'107'000	61'900	-1.0	-6'725'200	-6'941'000	-7'113'000
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-6'596'634.78	-6'997'200	-6'890'600	106'600	-1.5	-7'161'900	-7'308'000	-7'476'300
15	Direktion des Innern	-65'877'910.65	-72'909'550	-74'224'750	-1'315'200	1.8	-77'529'300	-79'159'600	-81'036'200
1700	Direktionssekretariat	-36'099'529.20	-31'801'300	-32'235'603	-434'303	1.4	-32'588'100	-32'931'100	-33'275'300
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-4'026'825.09	-8'870'500	-9'359'850	-489'350	5.5	-9'823'750	-10'219'650	-10'645'350
1733	Kantonsschule Zug	-38'077'947.55	-39'210'800	-38'882'910	327'890	-0.8	-39'067'800	-40'155'300	-41'052'600
1734	Kantonsschule Menzingen	-7'681'702.98	-7'833'600	-8'758'200	-924'600	11.8	-8'903'200	-9'164'500	-9'468'500
1736	Fachmittelschule	-4'433'072.93	-5'039'900	-5'271'000	-231'100	4.6	-5'473'900	-5'681'200	-5'839'100
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-102'450'482.57	-104'174'950	-104'923'403	-748'453	0.7	-106'067'100	-107'224'100	-108'409'000
1777	Amt für Berufsberatung	-1'956'482.69	-4'294'600	-4'357'400	-62'800	1.5	-4'322'700	-4'396'700	-4'471'900
1780	Amt für Sport	-1'410'018.94	-1'441'500	-1'647'300	-205'800	14.3	-1'674'900	-1'770'200	-1'763'800
1790	Amt für Kultur	-6'854'542.14	-7'252'800	-7'157'950	94'850	-1.3	-7'640'650	-7'686'350	-7'733'850
17	Direktion für Bildung und Kultur	-202'990'604.09	-209'919'950	-212'593'616	-2'673'666	1.3	-215'562'100	-219'229'100	-222'659'400
2000	Direktionssekretariat	-1'802'051.59	-1'875'050	-1'864'200	10'850	-0.6	-1'896'800	-1'938'600	-1'982'000
2011	Amt für Berufsbildung	-16'252'277.75	-17'705'220	-18'448'340	-743'120	4.2	-20'492'740	-21'608'140	-22'237'140
2012	Amt für Brückenangebote	-4'683'173.32	-4'970'000	-4'926'200	43'800	-0.9	-5'084'400	-5'252'050	-5'439'000
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-19'168'271.98	-20'141'070	-20'551'400	-410'330	2.0	-21'272'740	-22'108'240	-22'971'440
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	-2'049'279.24	-2'101'750	-2'126'050	-24'300	1.2	-2'194'250	-2'279'550	-2'375'850
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-11'372'453.99	-12'589'900	-12'547'800	42'100	-0.3	-12'980'500	-13'495'000	-14'027'300
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-4'651'830.54	-5'025'225	-5'164'800	-139'575	2.8	-5'263'000	-5'401'700	-5'533'400
2031	Arbeitslosenkasse	-1'212'922.60	-1'348'700	-1'157'929	190'771	-14.1	-1'293'600	-1'400'200	-1'510'600
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-30'265'161.88	-30'696'080	-30'236'400	459'680	-1.5	-31'509'200	-31'538'900	-31'569'800
2040	Sozialversicherungen	-31'243'091.98	-33'640'000	-34'730'000	-1'090'000	3.2	-36'235'000	-38'825'000	-40'095'000
2050	Landwirtschaftsamt	-2'667'478.09	-2'736'800	-2'745'200	-8'400	0.3	-2'907'500	-3'015'400	-3'119'700
2065	Amt für Wohnungswesen	-2'743'295.30	-2'413'690	-2'902'500	-488'810	20.3	-3'130'235	-3'254'335	-3'381'335
2070	Handelsregisteramt	2'382'569.09	2'541'700	2'551'600	9'900	0.4	2'540'000	2'525'800	2'509'400
2071	Konkursamt	-872'245.18	-895'700	-911'200	-15'500	1.7	-921'500	-933'000	-948'000
20	Volkswirtschaftsdirektion	-126'600'964.35	-133'597'485	-135'760'419	-2'162'933	1.6	-142'641'465	-148'524'315	-152'681'165
3000	Direktionssekretariat	-2'400'381.86	-2'348'050	-2'440'600	-92'550	3.9	-2'465'650	-2'536'600	-2'610'000
3020	Tiefbauamt	-3'072'608.49	-4'348'300	-17'587'500	-13'239'200	304.5	-17'730'250	-17'979'850	-18'247'750
3023	Strassenunterhalt	-13'060'925.71	-13'840'100		13'840'100	-100.0			
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	0.00	0	0	0		0	0	0
3050	Amt für Umweltschutz	-3'892'775.89	-3'934'200	-3'907'500	26'700	-0.7	-4'064'200	-4'775'000	-4'285'700
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	0.00	0	0	0		0	0	0
3060	Hochbauamt	-24'736'479.38	-28'824'624	-27'503'836	1'320'788	-4.6	-29'884'900	-30'628'500	-31'391'900
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	0.00	0	0	0		0	0	0
3080	Amt für Raumplanung	-4'953'832.71	-5'814'700	-5'616'600	198'100	-3.4	-5'673'100	-5'895'000	-6'121'500
30	Baudirektion	-52'117'004.04	-59'109'974	-57'056'036	2'053'938	-3.5	-59'818'100	-61'814'950	-62'656'850

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
3500	Direktionssekretariat	-2'088'289.78	-2'453'700	-2'439'050	14'650	-0.6	-2'470'550	-2'494'250	-2'557'250
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'054'632.38	-2'379'500	-2'389'600	-10'100	0.4	-2'474'300	-2'550'700	-2'654'700
3541	Stabsstelle Notorganisation	-85'889.78	-133'300	-476'900	-343'600	257.8	-671'200	-930'300	-801'200
3542	Zivilschutz Spezialfinanzierung			0	0		0	0	0
3581	Strassenverkehrsamt	1'575'162.84	2'676'300	2'546'800	-129'500	-4.8	2'448'950	2'271'550	2'088'350
3587	Amt für Feuerschutz	-231'136.40	-221'152	-233'112	-11'960	5.4	-227'600	-227'600	-227'600
3590	Zuger Polizei	-44'322'562.79	-45'701'600	-44'330'600	1'371'000	-3.0	-45'279'500	-47'173'800	-48'559'800
3592	Amt für Migration	-1'266'113.71	-1'560'300	-1'653'600	-93'300	6.0	-1'716'600	-1'826'600	-1'935'600
3595	Strafanstalt	-2'488'775.28	-2'592'150	-2'840'900	-248'750	9.6	-2'921'600	-3'006'300	-3'098'100
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	-5'006'263.50	-5'421'050	-5'205'850	215'200	-4.0	-5'240'050	-5'260'950	-5'282'650
35	Sicherheitsdirektion	-55'968'500.78	-57'786'452	-57'022'812	763'640	-1.3	-58'552'450	-61'198'950	-63'028'550
4000	Direktionssekretariat	-23'172'224.25	-26'028'300	-26'225'300	-197'000	0.8	-27'187'200	-28'284'100	-29'396'900
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'720'776.39	-2'847'100	-2'987'800	-140'700	4.9	-3'165'750	-3'277'050	-3'233'850
4021	Rettungsdienst	-2'115'944.77	-2'652'200	-2'834'000	-181'800	6.9	-3'087'500	-3'258'000	-3'443'800
4030	Spitäler	-79'796'403.29	-88'450'000	-93'527'000	-5'077'000	5.7	-97'177'000	-97'177'000	-97'177'000
4050	Amt für Gesundheit			-5'830'200	-5'830'200		-5'988'900	-6'112'700	-6'187'100
4055	Gesundheitsamt	-2'815'796.28	-3'451'100		3'451'100	-100.0			
4060	Medizinalamt	-2'016'676.19	-2'376'000		2'376'000	-100.0			
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'665'811.52	-1'995'800	-1'788'600	207'200	-10.4	-1'803'800	-1'941'300	-2'083'800
40	Gesundheitsdirektion	-114'303'632.69	-127'800'500	-133'192'900	-5'392'400	4.2	-138'410'150	-140'050'150	-141'522'450
5000	Direktionssekretariat	-1'983'027.08	-2'209'300	-2'265'200	-55'900	2.5	-2'430'100	-2'503'200	-2'568'800
5001	Finanzkontrolle	-621'292.33	-690'000	-707'200	-17'200	2.5	-733'100	-757'100	-782'100
5010	Personalamt	-1'225'185.33	-1'322'700	-1'372'200	-49'500	3.7	-1'405'700	-1'450'300	-1'491'100
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-4'897'246.60	-8'583'100	-6'263'200	2'319'900	-27.0	-6'383'800	-6'495'700	-6'606'000
5020	Finanzverwaltung	-1'534'133.12	-1'749'200	-1'707'000	42'200	-2.4	-1'754'500	-1'790'800	-1'863'000
5022	Allgemeiner Finanzbereich	54'281'517.21	-8'086'100	-16'301'000	-8'214'900	101.6	-13'579'700	-18'927'800	-25'141'800
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-237'157'230.00	-243'614'100	-240'191'000	3'423'100	-1.4	-237'716'000	-239'106'000	-238'218'000
5050	Amt für Informatik und Organisation	-8'709'524.23	-9'677'000	-9'632'300	44'700	-0.5	-10'356'400	-10'765'000	-11'110'800
5060	Steuerverwaltung	-14'192'067.64	-15'648'600	-16'181'700	-533'100	3.4	-16'582'000	-17'147'500	-17'643'500
5065	Kantonssteuern	604'058'766.57	649'400'000	604'375'000	-45'025'000	-6.9	629'475'000	663'575'000	693'675'000
5068	Bundessteuern	242'853'813.78	265'563'000	259'820'000	-5'743'000	-2.2	274'515'000	287'717'000	300'920'000
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.00	0	-4'500'000	-4'500'000		-4'500'000	-4'500'000	0
50	Finanzdirektion	630'874'391.23	623'382'900	565'074'200	-58'308'700	-9.4	608'548'700	647'848'600	689'169'900
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	-5'197'528.95	-5'288'400	-5'491'100	-202'700	3.8	-5'675'900	-5'861'300	-6'053'300
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'312'244.70	2'576'000	2'496'000	-80'000	-3.1	2'496'000	2'496'000	2'496'000
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'884'885.97	-1'968'900	-2'019'500	-50'600	2.6	-2'072'900	-2'141'700	-2'213'100
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-1'104'751.38	-709'000	-759'000	-50'000	7.1	-759'000	-759'000	-759'000
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'755'664.63	-4'997'200	-5'149'650	-152'450	3.1	-5'280'850	-5'450'250	-5'625'350
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	481'428.70	348'500	358'500	10'000	2.9	358'500	358'500	358'500
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-739'748.90	-229'000	-272'000	-43'000	18.8	-272'000	-272'000	-272'000
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	58'358.95	82'000	49'000	-33'000	-40.2	49'000	49'000	49'000
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-8'156'582.55	-8'059'100	-8'383'500	-324'400	4.0	-8'575'400	-8'859'700	-9'153'900
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	168'775.83	665'000	395'000	-270'000	-40.6	395'000	395'000	395'000
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'417'411.07	-2'584'850	-2'684'950	-100'100	3.9	-2'753'850	-2'842'850	-2'935'050
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	-8'387.95	27'000	27'000	0	0.0	27'000	27'000	27'000
6183	Schätzungskommission	-90'010.28	-246'950	-236'950	10'000	-4.0	-243'850	-252'650	-261'850
61	Richterliche Behörden	-21'334'163.50	-20'384'900	-21'671'150	-1'286'250	6.3	-22'308'250	-23'113'950	-23'948'050
	Total Kanton	-20'504'035.86	-70'743'651	-139'067'283	-68'323'631	96.6	-119'327'365	-98'844'465	-72'410'315

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richterinnen und Richter	-8'561'789.37	-8'729'050	-8'823'300	-94'250	1.1	-9'054'000	-9'362'200	-9'681'700
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-171'801'118.43	-179'064'000	-180'006'500	-942'500	0.5	-184'275'200	-190'516'500	-197'002'300
302	Löhne Lehrpersonal	-67'489'101.35	-68'520'200	-69'052'300	-532'100	0.8	-70'404'100	-72'701'300	-74'887'800
304	Zulagen	-3'265'178.61	-3'468'900	-3'578'500	-109'600	3.2	-3'682'900	-3'807'900	-3'937'800
305	Arbeitgeberbeiträge	-46'972'576.50	-51'766'600	-54'947'700	-3'181'100	6.1	-56'925'100	-58'842'300	-60'786'200
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-1'284'556.70	-1'149'500	-1'182'800	-33'300	2.9	-1'127'300	-1'128'200	-1'129'200
309	Übriger Personalaufwand	-4'277'224.12	-5'330'990	-5'303'340	27'650	-0.5	-5'303'240	-5'313'590	-5'346'190
30	Personalaufwand	-303'651'545.08	-318'029'240	-322'894'440	-4'865'200	1.5	-330'771'840	-341'671'990	-352'771'190
310	Material- und Warenaufwand	-11'178'715.40	-11'953'830	-11'399'039	554'791	-4.6	-11'535'550	-11'592'800	-11'721'200
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-6'452'796.03	-8'316'272	-6'933'542	1'382'730	-16.6	-7'072'700	-7'289'100	-7'068'300
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV	-3'905'363.94	-3'939'730	-4'352'590	-412'860	10.5	-4'424'950	-4'498'600	-4'562'250
313	Dienstleistungen und Honorare	-31'716'931.02	-36'554'060	-31'725'804	4'828'256	-13.2	-34'453'700	-34'513'350	-34'769'300
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV	-21'944'409.07	-23'137'450	-22'208'000	929'450	-4.0	-23'407'600	-23'616'400	-23'859'200
315	Unterhalt Mobilien	-9'519'389.83	-11'151'090	-12'939'050	-1'787'960	16.0	-12'855'085	-12'995'285	-13'116'185
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-10'461'874.30	-10'839'431	-10'480'546	358'885	-3.3	-10'397'600	-10'553'400	-10'702'400
317	Spesenentschädigungen	-2'400'833.53	-2'550'300	-2'478'100	72'200	-2.8	-2'572'000	-2'634'750	-2'585'400
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-4'847'201.49	-5'361'000	-5'497'500	-136'500	2.5	-5'506'000	-5'507'000	-5'508'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-4'607'563.79	-4'595'526	-4'666'326	-70'800	1.5	-4'671'890	-4'767'940	-4'662'340
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	-107'035'078.40	-118'398'689	-112'680'497	5'718'192	-4.8	-116'897'075	-117'968'625	-118'554'575
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-64'405'381.19	-72'030'000	-64'440'000	7'590'000	-10.5	-125'928'000	-123'454'000	-134'169'000
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64'405'381.19	-72'030'000	-64'440'000	7'590'000	-10.5	-125'928'000	-123'454'000	-134'169'000
340	Zinsaufwand	-27'803.15	-35'000	-30'000	5'000	-14.3	-30'000	-30'000	-30'000
341	Realisierte Kursverluste	-96'549.33							
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	-917'134.90	-1'085'952	-858'470	227'482	-20.9	-875'700	-893'200	-910'900
349	Verschiedener Finanzaufwand	-10'621'290.66	-11'250'000	-11'250'000	0	0.0	-11'250'000	-11'250'000	-11'250'000
34	Finanzaufwand FV	-11'662'778.04	-12'370'952	-12'138'470	232'482	-1.9	-12'155'700	-12'173'200	-12'190'900
350	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital			-402'800	-402'800		-460'600	-499'400	-513'600
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-4'487'495.11	-5'882'740	-11'219'658	-5'336'918	90.7	-455'000	-509'500	-572'100
35	Einlagen Spezialfinanzierungen	-4'487'495.11	-5'882'740	-11'622'458	-5'739'718	97.6	-915'600	-1'008'900	-1'085'700
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-9'862'659.45	-9'315'500	-9'525'500	-210'000	2.3	-9'555'000	-9'234'000	-8'951'000
362	Finanz- und Lastenausgleich	-366'749'892.00	-354'578'200	-380'846'380	-26'268'180	7.4	-391'588'000	-392'640'000	-366'304'000
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-420'124'588.28	-442'852'000	-455'569'456	-12'717'456	2.9	-470'081'800	-479'653'200	-486'102'500
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	-36'889.00							
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-4'000.00	-4'000	-3'000	1'000	-25.0	-3'000	-3'000	-2'000
366	Abschreibungen Investitions- beiträge	-10'010'277.82	-11'252'000	-10'416'000	836'000	-7.4	-11'406'000	-14'266'000	-20'572'000
36	Transferaufwand	-806'788'306.55	-818'001'700	-856'360'336	-38'358'636	4.7	-882'633'800	-895'796'200	-881'931'500

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
370	Durchlaufende Beiträge	-80'720'513.00	-82'707'800	-86'329'400	-3'621'600	4.4	-88'035'400	-89'739'400	-91'429'400
37	Durchlaufende Beiträge	-80'720'513.00	-82'707'800	-86'329'400	-3'621'600	4.4	-88'035'400	-89'739'400	-91'429'400
383	Zusätzliche Abschreibungen	-8'529'000.00						-2'000'000	-4'000'000
387	A. o. Transferaufwand; zusätzliche Abschreibungen			-1'308'000	-1'308'000				
389	Einlagen in das Eigenkapital	-444'263.14	-171'100		171'100	-100.0			
38	Ausserordentlicher Aufwand	-8'973'263.14	-171'100	-1'308'000	-1'136'900	664.5		-2'000'000	-4'000'000
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-1'229'701.53	-1'250'000	-1'266'000	-16'000	1.3	-1'282'000	-1'298'000	-1'314'000
392	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten	-33'603.40	-32'500	-32'500	0	0.0	-32'500	-32'500	-32'500
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	-806'853.20							
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-1'028'910.18	-1'070'600	-1'113'900	-43'300	4.0	-2'313'300	-2'811'600	-2'963'200
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	-445'374.31	-430'000	-419'000	11'000	-2.6	-378'000	-341'000	-306'000
399	Übrige interne Verrechnungen	-338'693.80	-360'000	-360'000	0	0.0	-360'000	-360'000	-360'000
39	Interne Verrechnungen	-3'883'136.42	-3'143'100	-3'191'400	-48'300	1.5	-4'365'800	-4'843'100	-4'975'700
3	Aufwand	-1'391'607'496.93	-1'430'735'321	-1'470'965'001	-40'229'680	2.8	-1'561'703'215	-1'588'655'415	-1'601'107'965

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
400	Direkte Steuern natürliche Personen	398'541'506.90	458'600'000	423'400'000	-35'200'000	-7.7	439'700'000	464'900'000	486'100'000
401	Direkte Steuern juristische Personen	211'960'252.35	203'100'000	192'200'000	-10'900'000	-5.4	201'200'000	210'200'000	219'300'000
402	Übrige direkte Steuern	6'922'060.10	2'000'000	3'000'000	1'000'000	50.0	3'000'000	3'000'000	3'000'000
403	Besitz- und Aufwandsteuern	29'492'538.20	30'000'000	30'400'000	400'000	1.3	30'800'000	31'200'000	31'600'000
40	Fiskalertrag	646'916'357.55	693'700'000	649'000'000	-44'700'000	-6.4	674'700'000	709'300'000	740'000'000
410	Regalien	302'692.70	281'300	282'300	1'000	0.4	282'300	282'300	282'300
411	Schweiz. Nationalbank	9'613'984.00	9'614'000		-9'614'000	-100.0	9'657'000	9'657'000	9'657'000
412	Konzessionen	1'881'688.85	1'710'200	1'824'800	114'600	6.7	1'860'000	1'845'000	1'830'000
413	Ertragsanteile Lotterien, Sport-Toto, Wetten	52'541.00	53'000	53'000	0	0.0	53'000	53'000	53'000
41	Regalien und Konzessionen	11'850'906.55	11'658'500	2'160'100	-9'498'400	-81.5	11'852'300	11'837'300	11'822'300
420	Ersatzabgaben	1'010'169.00	990'000	985'000	-5'000	-0.5	935'000	935'000	935'000
421	Gebühren für Amtshandlungen	27'884'448.02	28'543'200	29'124'550	581'350	2.0	29'098'150	28'928'150	29'061'050
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	998'626.99	820'000	795'000	-25'000	-3.0	805'300	818'600	829'900
423	Schul- und Kursgelder	6'229'934.07	5'796'500	5'656'000	-140'500	-2.4	5'623'400	5'605'800	5'589'200
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	8'538'803.05	8'844'600	8'904'145	59'545	0.7	8'681'700	8'740'100	8'790'600
425	Erlös aus Verkäufen	2'734'465.72	2'554'950	2'573'500	18'550	0.7	2'623'500	2'622'300	2'637'100
426	Rückerstattungen	10'207'443.49	9'183'658	8'618'100	-565'558	-6.2	8'675'100	8'726'500	8'902'400
427	Bussen	6'752'258.88	6'663'500	8'424'500	1'761'000	26.4	8'428'500	8'431'500	8'434'500
429	Übrige Entgelte	2'110'711.20	1'913'800	1'947'500	33'700	1.8	1'947'600	1'947'700	1'947'800
42	Entgelte	66'466'860.42	65'310'208	67'028'295	1'718'087	2.6	66'818'250	66'755'650	67'127'550
430	Verschiedene betriebliche Erträge	132'400.13	75'000	75'000	0	0.0	75'000	75'000	75'000
431	Aktivierung Eigenleistungen	5'968'000.00	6'764'000	6'505'000	-259'000	-3.8	6'558'000	6'651'000	6'750'000
432	Bestandesveränderungen	4'950.00	2'000	-2'000	-4'000	-200.0	2'000	-2'000	2'000
439	Übriger Ertrag	70'568.16	59'000	53'000	-6'000	-10.2	45'000	58'000	48'000
43	Verschiedene Erträge	6'175'918.29	6'900'000	6'631'000	-269'000	-3.9	6'680'000	6'782'000	6'875'000
440	Zinsertrag	7'449'104.95	4'582'900	3'357'300	-1'225'600	-26.7	3'518'900	4'223'400	4'917'500
441	Realisierte Gewinne FV	36'544.00							
442	Beteiligungsertrag FV	738'000.00	738'000	813'000	75'000	10.2	813'000	813'000	813'000
443	Liegenschaftenertrag FV	1'107'174.25	1'103'330	1'073'030	-30'300	-2.7	1'094'500	1'116'400	1'138'800
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV	28'527'568.15	28'498'000	28'474'100	-23'900	-0.1	28'486'600	28'497'500	28'491'300
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	6'000.00	6'000	6'000	0	0.0	6'000	6'000	6'000
447	Liegenschaftenertrag VV	7'780'785.29	7'706'337	7'800'540	94'203	1.2	7'950'700	8'103'900	8'260'000
448	Erträge von gemieteten Liegenschaften	569'987.05	567'200	571'000	3'800	0.7	582'400	594'000	605'800
44	Finanzertrag	46'215'163.69	43'201'767	42'094'970	-1'106'797	-2.6	42'452'100	43'354'200	44'232'400
450	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im FK							2'000'000	4'000'000
451	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im EK						42'850'768	36'844'810	46'513'066
45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen						42'850'768	38'844'810	50'513'066

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
460	Ertragsanteile	253'733'238.37	276'425'100	270'629'373	-5'795'727	-2.1	285'417'232	298'659'190	311'991'934
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	16'322'972.70	15'826'900	17'090'200	1'263'300	8.0	17'236'600	17'260'100	17'464'100
462	Finanz- und Lastenausgleich	129'592'662.00	110'964'100	96'155'380	-14'808'720	-13.3	103'372'000	97'034'000	101'086'000
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	52'439'098.46	49'972'720	51'540'300	1'567'580	3.1	52'544'000	53'351'000	54'128'800
469	Verschiedener Transferertrag	45'243.15	49'000	47'300	-1'700	-3.5	51'400	50'200	51'400
46	Transferertrag	452'133'214.68	453'237'820	435'462'553	-17'775'267	-3.9	458'621'232	466'354'490	484'722'234
470	Durchlaufende Beiträge	80'720'513.00	82'707'800	86'329'400	3'621'600	4.4	88'035'400	89'739'400	91'429'400
47	Durchlaufende Beiträge	80'720'513.00	82'707'800	86'329'400	3'621'600	4.4	88'035'400	89'739'400	91'429'400
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	56'741'390.47	132'475	40'000'000	39'867'525	30'094.4	46'000'000	52'000'000	27'000'000
48	Ausserordentlicher Ertrag	56'741'390.47	132'475	40'000'000	39'867'525	30'094.4	46'000'000	52'000'000	27'000'000
491	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	1'229'701.53	1'250'000	1'266'000	16'000	1.3	1'282'000	1'298'000	1'314'000
492	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten	33'603.40	32'500	32'500	0	0.0	32'500	32'500	32'500
493	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	806'853.20							
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	1'028'910.18	1'070'600	1'113'900	43'300	4.0	2'313'300	2'811'600	2'963'200
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	445'374.31	430'000	419'000	-11'000	-2.6	378'000	341'000	306'000
499	Übrige Interne Verrechnungen	338'693.80	360'000	360'000	0	0.0	360'000	360'000	360'000
49	Interne Verrechnungen	3'883'136.42	3'143'100	3'191'400	48'300	1.5	4'365'800	4'843'100	4'975'700
4	Ertrag	1'371'103'461.07	1'359'991'670	1'331'897'718	-28'093'952	-2.1	1'442'375'850	1'489'810'950	1'528'697'650

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Total pro Direktion

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
11	Allgemeine Verwaltung								
	Ausgaben	-48'702.60	-256'000	-155'000	101'000	-39.5	-30'000		
	Einnahmen								
	Saldo	-48'702.60	-256'000	-155'000	101'000	-39.5	-30'000		
15	Direktion des Innern								
	Ausgaben	-2'248'007.08	-5'877'000	-4'591'000	1'286'000	-21.9	-4'219'000	-8'990'000	-9'590'000
	Einnahmen	1'454'891.80	497'500	377'500	-120'000	-24.1	380'000	380'000	380'000
	Saldo	-793'115.28	-5'379'500	-4'213'500	1'166'000	-21.7	-3'839'000	-8'610'000	-9'210'000
17	Direktion für Bildung und Kultur								
	Ausgaben	-854'884.75	-1'664'000	-2'102'000	-438'000	26.3	-355'000	-470'000	-470'000
	Einnahmen	350'719.35	400'000	400'000	0	0.0	360'000	360'000	250'000
	Saldo	-504'165.40	-1'264'000	-1'702'000	-438'000	34.7	5'000	-110'000	-220'000
20	Volkswirtschaftsdirektion								
	Ausgaben	-10'365'534.49	-11'860'000	-7'965'300	3'894'700	-32.8	-19'430'000	-16'930'000	-13'300'000
	Einnahmen	3'614'776.50	4'500'000	3'448'000	-1'052'000	-23.4	9'238'000	9'718'000	3'118'000
	Saldo	-6'750'757.99	-7'360'000	-4'517'300	2'842'700	-38.6	-10'192'000	-7'212'000	-10'182'000
30	Baudirektion								
	Ausgaben	-67'894'516.28	-81'554'000	-76'753'000	4'801'000	-5.9	-182'247'000	-180'568'000	-213'902'000
	Einnahmen	6'070'475.96	16'035'000	6'802'135	-9'232'865	-57.6	5'274'800	7'896'800	11'791'800
	Saldo	-61'824'040.32	-65'519'000	-69'950'865	-4'431'865	6.8	-176'972'200	-172'671'200	-202'110'200
35	Sicherheitsdirektion								
	Ausgaben	-4'242'744.65	-13'174'200	-9'638'000	3'536'200	-26.8	-2'839'200	-895'000	-720'000
	Einnahmen	578'643.85	2'000'000	1'650'000	-350'000	-17.5	780'000		
	Saldo	-3'664'100.80	-11'174'200	-7'988'000	3'186'200	-28.5	-2'059'200	-895'000	-720'000
40	Gesundheitsdirektion								
	Ausgaben	-1'083'396.08	-3'830'000	-510'000	3'320'000	-86.7	-3'390'000	-380'000	-390'000
	Einnahmen		5'000	5'000	0	0.0	5'000	3'000	5'000
	Saldo	-1'083'396.08	-3'825'000	-505'000	3'320'000	-86.8	-3'385'000	-377'000	-385'000
50	Finanzdirektion								
	Ausgaben	-2'582'350.69	-4'385'000	-1'108'000	3'277'000	-74.7	-7'070'000	-5'880'000	-6'000'000
	Einnahmen	212'974.60	340'000	376'000	36'000	10.6	708'000	32'000	
	Saldo	-2'369'376.09	-4'045'000	-732'000	3'313'000	-81.9	-6'362'000	-5'848'000	-6'000'000
	Total Kanton								
	Ausgaben	-89'320'136.62	-122'600'200	-102'822'300	19'777'900	-16.1	-219'580'200	-214'113'000	-244'372'000
	Einnahmen	12'282'482.06	23'777'500	13'058'635	-10'718'865	-45.1	16'745'800	18'389'800	15'544'800
	Saldo	-77'037'654.56	-98'822'700	-89'763'665	9'059'035	-9.2	-202'834'400	-195'723'200	-228'827'200

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
10	Gesetzgebende Behörden								
1120	Staatskanzlei	-48'702.60							
1126	Staatsarchiv		-256'000	-155'000	101'000	-39.5	-30'000		
11	Allgemeine Verwaltung	-48'702.60	-256'000	-155'000	101'000	-39.5	-30'000		
1500	Direktionssekretariat	546'789.95							
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	160'590.02	-1'590'000	-1'242'000	348'000	-21.9	-1'429'000	-150'000	-150'000
1530	Amt für Wald und Wild	-681'228.90	-1'554'500	-1'471'500	83'000	-5.3	-1'410'000	-1'460'000	-1'560'000
1550	Sozialamt	-792'251.35	-2'215'000	-1'500'000	715'000	-32.3	-1'000'000	-7'000'000	-7'500'000
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	12'960.00							
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-39'975.00	-20'000		20'000	-100.0			
15	Direktion des Innern	-793'115.28	-5'379'500	-4'213'500	1'166'000	-21.7	-3'839'000	-8'610'000	-9'210'000
1700	Direktionssekretariat	7'719.35							
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-42'023.49							
1733	Kantonsschule Zug	-422'508.31	-1'366'000	-1'698'000	-332'000	24.3	-55'000	-170'000	-170'000
1734	Kantonsschule Menzingen	-47'352.95	-60'000	-104'000	-44'000	73.3			
1777	Amt für Berufsberatung		220'000	100'000	-120'000	-54.5	60'000	60'000	-50'000
1790	Amt für Kultur		-58'000		58'000	-100.0			
17	Direktion für Bildung und Kultur	-504'165.40	-1'264'000	-1'702'000	-438'000	34.7	5'000	-110'000	-220'000
2000	Direktionssekretariat	-53'305.90	-1'000'000	-610'000	390'000	-39.0	-100'000		
2011	Amt für Berufsbildung						-1'000'000		
2012	Amt für Brückenangebote			-200'000	-200'000				
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-558'574.59	-260'000	-240'000	20'000	-7.7			
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-73'429.20	-110'000	-120'000	-10'000	9.1			
2031	Arbeitslosenkasse			-100'000	-100'000				
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-3'162'207.80	-3'420'000	-1'640'000	1'780'000	-52.0	-6'950'000	-5'400'000	-8'400'000
2050	Landwirtschaftsamt	-2'663'240.50	-1'070'000	-207'300	862'700	-80.6	-362'000	-312'000	-282'000
2065	Amt für Wohnungswesen	-240'000.00	-1'500'000	-1'100'000	400'000	-26.7	-1'500'000	-1'500'000	-1'500'000
2070	Handelsregisteramt			-300'000	-300'000		-280'000		
20	Volkswirtschaftsdirektion	-6'750'757.99	-7'360'000	-4'517'300	2'842'700	-38.6	-10'192'000	-7'212'000	-10'182'000
3000	Direktionssekretariat	-1'854'667.90	-1'400'000	-1'100'000	300'000	-21.4	-1'450'000	-1'450'000	-1'450'000
3020	Tiefbauamt	-16'487'330.10	-12'670'000	-12'152'665	517'335	-4.1	-47'932'000	-38'920'000	-43'235'000
3023	Strassenunterhalt	0.00	-400'000		400'000	-100.0			
3031	Kantonsstrassen	-30'478'003.14	-29'104'000	-17'360'000	11'744'000	-40.4	-52'648'000	-50'801'000	-52'850'000
3032	Nationalstrassen	-925.44							
3050	Amt für Umweltschutz	-1'175'521.35	1'250'000	-450'000	-1'700'000	-136.0	-300'000	-200'000	-50'000
3060	Hochbauamt	-11'801'298.23	-22'667'000	-37'695'000	-15'028'000	66.3	-74'250'000	-81'275'000	-104'500'000
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	-3'374.31		-600'000	-600'000				
3080	Amt für Raumplanung	-22'919.85	-528'000	-593'200	-65'200	12.3	-392'200	-25'200	-25'200
30	Baudirektion	-61'824'040.32	-65'519'000	-69'950'865	-4'431'865	6.8	-176'972'200	-172'671'200	-202'110'200
3541	Stabsstelle Notorganisation		-400'000	-150'000	250'000	-62.5			
3581	Strassenverkehrsamt	18'643.85	-449'000	-190'000	259'000	-57.7	-70'000	-70'000	-70'000
3587	Amt für Feuerschutz	-100'824.15	-35'200	-618'000	-582'800	1'655.7	-35'200		
3590	Zuger Polizei	-3'581'920.50	-10'290'000	-7'030'000	3'260'000	-31.7	-1'954'000	-825'000	-650'000
35	Sicherheitsdirektion	-3'664'100.80	-11'174'200	-7'988'000	3'186'200	-28.5	-2'059'200	-895'000	-720'000
4005	Amt für Verbraucherschutz	-142'972.43	-240'000		240'000	-100.0			
4021	Rettungsdienst	-516'222.85	-485'000	-505'000	-20'000	4.1	-385'000	-377'000	-385'000
4030	Spitäler	-424'200.80	-3'000'000		3'000'000	-100.0	-3'000'000		
4060	Medizinalamt		-100'000		100'000	-100.0			
40	Gesundheitsdirektion	-1'083'396.08	-3'825'000	-505'000	3'320'000	-86.8	-3'385'000	-377'000	-385'000

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
5000	Direktionssekretariat	-28'545.20	-100'000	-366'000	-266'000	266.0	-1'062'000	-48'000	
5010	Personalamt	-173'754.96							
5020	Finanzverwaltung	-50'982.35	-605'000	-198'000	407'000	-67.3			
5022	Allgemeiner Finanzbereich	7'095.60	3'000'000	3'000'000	0	0.0	-4'000'000	-5'000'000	-6'000'000
5050	Amt für Informatik und Organisation	-1'343'844.90	-4'420'000	-1'798'000	2'622'000	-59.3	-730'000	-230'000	
5060	Steuerverwaltung	-779'344.28	-1'920'000	-1'370'000	550'000	-28.6	-570'000	-570'000	
50	Finanzdirektion	-2'369'376.09	-4'045'000	-732'000	3'313'000	-81.9	-6'362'000	-5'848'000	-6'000'000
61	Richterliche Behörden								
	Total Kanton	-77'037'654.56	-98'822'700	-89'763'665	9'059'035	-9.2	-202'834'400	-195'723'200	-228'827'200

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Artengliederung

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
500	Grundstücke unbebaut	-1'536.20		-50'000	-50'000		-50'000	-50'000	-50'000
501	Strassen/Verkehrswege	-43'957'303.64	-45'359'000	-31'820'000	13'539'000	-29.8	-102'018'000	-87'601'000	-99'240'000
502	Wasserbau	-3'596'892.50	-7'690'000	-2'480'000	5'210'000	-67.8	-2'720'000	-8'850'000	-6'600'000
503	Übriger Tiefbau	-2'294'687.75	-300'000	-600'000	-300'000	100.0	-400'000	-200'000	-100'000
504	Hochbauten	-13'555'253.14	-22'467'000	-38'225'000	-15'758'000	70.1	-74'250'000	-82'275'000	-106'500'000
505	Waldungen		-30'000	-30'000	0	0.0	-30'000	-30'000	-30'000
506	Mobilien	-8'922'500.19	-24'696'000	-16'266'000	8'430'000	-34.1	-12'714'000	-7'847'000	-7'662'000
50	Sachanlagen	-72'328'173.42	-100'542'000	-89'471'000	11'071'000	-11.0	-192'182'000	-186'853'000	-220'182'000
542	Darlehen Gemeinden und Gemeindezweckverbände		-900'000	-500'000	400'000	-44.4	-900'000	-900'000	-900'000
545	Darlehen private Unternehmungen	-4'958'400.00	-2'600'000	-2'800'000	-200'000	7.7	-3'000'000	-3'000'000	-3'000'000
547	Darlehen private Haushalte	-343'000.00	-180'000	-300'000	-120'000	66.7	-300'000	-300'000	-300'000
54	Darlehen	-5'301'400.00	-3'680'000	-3'600'000	80'000	-2.2	-4'200'000	-4'200'000	-4'200'000
554	Beteiligungen öffentliche Unternehmungen	-1'308'001.00							
55	Beteiligungen und Grundkapitalien	-1'308'001.00							
561	Investitionsbeiträge Kantone und Konkordate						-1'000'000		
562	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände	-680'598.05	-980'000	-422'000	558'000	-56.9	-400'000	-400'000	-800'000
564	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen	-2'251'415.20	-3'105'200	-2'188'000	917'200	-29.5	-12'705'200	-11'100'000	-7'000'000
565	Investitionsbeiträge private Unternehmungen	-973'414.10	-5'178'000	-1'038'300	4'139'700	-79.9	-3'893'000	-560'000	-560'000
566	Investitionsbeiträge priv. Org. ohne Erwerbszweck	-792'251.35	-2'215'000	-1'500'000	715'000	-32.3	-1'000'000	-7'000'000	-7'500'000
567	Investitionsbeiträge private Haushalte	-2'238'667.90	-1'550'000	-1'250'000	300'000	-19.4	-1'600'000	-1'600'000	-1'600'000
56	Eigene Investitionsbeiträge	-6'936'346.60	-13'028'200	-6'398'300	6'629'900	-50.9	-20'598'200	-20'660'000	-17'460'000
570	Bund	-200'000.00							
572	Gemeinden und Gemeinde- zweckverbände	-444'248.00	-1'564'000	-1'010'000	554'000	-35.4	-710'000	-600'000	-730'000
575	Private Unternehmungen	-617'432.60	-2'366'000	-948'000	1'418'000	-59.9	-510'000	-500'000	-500'000
577	Private Haushalte	-2'184'535.00	-1'420'000	-1'395'000	25'000	-1.8	-1'380'000	-1'300'000	-1'300'000
57	Durchlaufende Investitions- beiträge	-3'446'215.60	-5'350'000	-3'353'000	1'997'000	-37.3	-2'600'000	-2'400'000	-2'530'000
590	Passivierungen	-12'282'482.06							
5	Investitionsausgaben	-101'602'618.68	-122'600'200	-102'822'300	19'777'900	-16.1	-219'580'200	-214'113'000	-244'372'000

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Artengliederung

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
606	Übertragung Mobilien	242'268.00	5'000	5'000	0	0.0	5'000	3'000	5'000
60	Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	242'268.00	5'000	5'000	0	0.0	5'000	3'000	5'000
611	Rückerstattungen Strassen	19'782.35							
614	Rückerstattungen Hochbauten						1'000'000	2'000'000	
61	Rückerstattungen	19'782.35					1'000'000	2'000'000	
630	Investitionsbeiträge Bund	-556'806.49	12'957'500	5'904'835	-7'052'665	-54.4	4'168'000	5'260'000	6'875'000
632	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände	5'348'997.30	2'465'000	777'800	-1'687'200	-68.4	994'800	148'800	1'266'800
634	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen	18'643.85					6'000'000	6'600'000	
635	Investitionsbeiträge private Unternehmungen	838'976.00							
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	5'649'810.66	15'422'500	6'682'635	-8'739'865	-56.7	11'162'800	12'008'800	8'141'800
645	Darlehen private Unternehmungen	2'573'686.10	2'600'000	2'618'000	18'000	0.7	2'618'000	2'618'000	2'618'000
647	Darlehen private Haushalte	350'719.35	400'000	400'000	0	0.0	360'000	360'000	250'000
64	Rückzahlung von Darlehen	2'924'405.45	3'000'000	3'018'000	18'000	0.6	2'978'000	2'978'000	2'868'000
670	Bund	3'246'215.60	5'350'000	3'353'000	-1'997'000	-37.3	2'600'000	2'400'000	2'530'000
675	Private Unternehmungen	200'000.00							
67	Durchlaufende Investitions- beiträge	3'446'215.60	5'350'000	3'353'000	-1'997'000	-37.3	2'600'000	2'400'000	2'530'000
6	Investitionseinnahmen	101'602'618.68	23'777'500	13'058'635	-10'718'865	-45.1	16'745'800	18'389'800	15'544'800

Institutionelle Gliederung

Übersicht

Leistungsauftrag

Laufende Rechnung

Investitionsrechnung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-794'796.00	-710'000	-750'000	-40'000	5.6	-770'300	-796'500	-823'500
301	Löhne Angestellte der Ver- waltung und Rechtspflege	-15'899.95	-15'500	-17'000	-1'500	9.7	-17'500	-18'100	-18'700
305	Arbeitgeberbeiträge	-49'398.60	-61'700	-66'900	-5'200	8.4	-68'700	-71'000	-73'500
309	Übriger Personalaufwand		-15'000	-15'000	0	0.0	-15'000	-15'000	-15'000
313	Dienstleistungen und Honorare	-24'852.60	-50'000	-50'000	0	0.0	-55'000	-70'000	-55'000
315	Unterhalt Mobilien		-30'000	-45'000	-15'000	50.0	-4'000	-4'000	-4'000
317	Spesenentschädigungen	-5'280.60	-7'900	-6'900	1'000	-12.7	-6'900	-6'900	-6'900
319	Übriger Betriebsaufwand	-151'870.25	-134'200	-132'800	1'400	-1.0	-144'200	-144'200	-144'200
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-52'500.00	-52'500	-52'500	0	0.0	-52'500	-52'500	-52'500
	Total Aufwand	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'136'100	-59'300	5.5	-1'134'100	-1'178'200	-1'193'300
	Saldo	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'136'100	-59'300	5.5	-1'134'100	-1'178'200	-1'193'300

Kommentar Budget

313: Für die Legislaturziele wurden zusätzlich zum Sockelbeitrag 5'000 Franken budgetiert.

315: Kauf, Anpassung und Betrieb eines neuen Kantonsratsabrechnungstools.

317: Die Spesenentschädigungen wurden auf den Durchschnitt von Rechnung 2013 und Budget 2014 reduziert.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine



Institutionelle Gliederung
Allgemeine Verwaltung
Übersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
1100	Regierungsrat	-3'445'571.84	-3'249'200	-3'353'400	-104'200	3.2	-3'410'300	-3'548'300	-3'614'700
1120	Staatskanzlei	-6'950'269.00	-5'532'840	-5'558'150	-25'310	0.5	-5'755'150	-6'049'350	-6'338'350
1126	Staatsarchiv		-1'962'750	-1'844'300	118'450	-6.0	-2'009'800	-2'060'600	-2'114'300
1128	Ombudsstelle	-299'237.38	-338'650	-316'250	22'400	-6.6	-324'150	-334'150	-344'550
1129	Datenschutz	-395'970.77	-457'500	-411'600	45'900	-10.0	-420'750	-431'450	-442'350
11	Allgemeine Verwaltung	-11'091'048.99	-11'540'940	-11'483'700	57'240	-0.5	-11'920'150	-12'423'850	-12'854'250

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
1120	Staatskanzlei	-48'702.60							
1126	Staatsarchiv		-256'000	-155'000	101'000	-39.5	-30'000		
11	Allgemeine Verwaltung	-48'702.60	-256'000	-155'000	101'000	-39.5	-30'000	0	0

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Keine Bemerkung

Institutionelle Gliederung
Allgemeine Verwaltung
1100-Regierungsrat

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-2'002'954.75	-2'009'400	-2'006'800	2'600	-0.1	-2'061'000	-2'131'000	-2'203'500
305	Arbeitgeberbeiträge	-674'901.70	-660'900	-774'600	-113'700	17.2	-795'500	-822'600	-850'500
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-99'236.10	-49'500	-82'800	-33'300	67.3	-27'300	-28'200	-29'200
313	Dienstleistungen und Honorare	-41'060.30	-30'000	-30'000	0	0.0	-30'000	-50'000	-30'000
317	Spesenentschädigungen	-338'906.07	-233'100	-210'100	23'000	-9.9	-246'500	-266'500	-251'500
319	Übriger Betriebsaufwand	-128'549.12	-148'600	-145'000	3'600	-2.4	-145'000	-145'000	-145'000
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-300'000.00	-200'000	-200'000	0	0.0	-200'000	-200'000	-200'000
	Total Aufwand	-3'585'608.04	-3'331'500	-3'449'300	-117'800	3.5	-3'505'300	-3'643'300	-3'709'700
426	Rückerstattungen	140'036.20	82'300	95'900	13'600	16.5	95'000	95'000	95'000
	Total Ertrag	140'036.20	82'300	95'900	13'600	16.5	95'000	95'000	95'000
	Saldo	-3'445'571.84	-3'249'200	-3'353'400	-104'200	3.2	-3'410'300	-3'548'300	-3'614'700

Kommentar Budget

305: Die Erhöhung hängt mit der Revision des Pensionskassengesetzes zusammen.

306: Die Erhöhung ist auf Aufgabe der Erwerbstätigkeit zurückzuführen.

426: Es wird mit mehr Rückerstattungen von axpo gerechnet.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Kantonsrats und des Regierungsrats. Sie koordiniert und unterstützt die Verwaltung in Rechts- und Verfahrensfragen. Sie ist zuständig für die operative Durchführung von Abstimmungen und Wahlen. Sie betreibt das Ausweisbüro und hat die operative Verantwortung für die Telefonie-Vermittlung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Unterstützung Kantonsrats- und Regierungsgeschäfte

- Stabsleistungen für Kantons- und Regierungsrat
- Koordination und Unterstützung der Verwaltung in formellen und rechtlichen Fragen
- Durchführung von Abstimmungen und Wahlen
- Information der Bevölkerung über Geschäfte des Regierungsrates

Leistungsgruppe 2: Ausweisbüro und Telefonie-Vermittlung

- Ausstellen von Pässen und Identitätskarten
- Vermitteln von Telefonanrufenden in die gewünschten Amtsstellen

Leistungsgruppe 3: Übrige Aufgaben

- Technische Verantwortung für den kantonalen Internetauftritt www.zg.ch
- Ausstellen von Beglaubigungen
- Betreiben der Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip

Leistungsgruppe 4: Kommunikation

- Entwicklung von Kommunikationsstrategien und -konzeptionen für Regierungsrat und Kanton
- Realisation Öffentlichkeits-/Medienarbeit für Regierungsrat
- Beratung und Begleitung bei Kommunikationsaufgaben für Regierungsrat, Kanton und Direktionsvorsteher
- Kontrollinstanz CI/CD für Kanton und Direktionen

- Leitung Fachgruppe Kommunikation für Regierungsrat und Kanton
- Anlaufstelle für Medien für Regierungsrat, Kanton und Direktionen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 22. Juni 2001 über die Ausweise für Schweizer Angehörige (Ausweisgesetz, AwG; SR 143.1)
- Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen (WAG) vom 28. September 2006 (BGS 131.1)
- Gesetz über die Organisation und Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesezt) vom 4. September 1980 (BGS 171.1)
- Datenschutzgesetz vom 28. September 2000 (BGS 157.1)
- Öffentlichkeitsgesetz (ÖffG) vom 20. Februar 2014 (BGS 158.1)
- Informatikverordnung (ITV) vom 29. Juni 2004 (BGS 153.53)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrats (GO RR) vom 21. September 2013 (BGS 151.1)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrates (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1)
- Leitlinien zur Kommunikation vom 7. Dezember 2004 (BGS 152.33)

1.4 Kommentar Grundlagen

- Mit Inkrafttreten des Öffentlichkeitsgesetzes am 10. Mai 2014 nimmt die Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip den Betrieb auf.
- Die Kommunikation wird neu in der Leistungsgruppe 4 ausgewiesen.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Unterstützung Kantonsrats- und Regierungsgeschäfte					
1	Hohe juristische und formale Qualität der Vorlagen an den Kantonsrat	Kantonsrat, Medien	Keine für Dritte relevanten Fehler	Keine für Dritte relevanten Fehler	Gleich
2	Hohe juristische und formale Qualität der Regierungsratsbeschlüsse	Adressaten der Regierungsratsbeschlüsse	Keine für Dritte relevanten Fehler	Keine für Dritte relevanten Fehler	Gleich
3	Sicherstellung der hohen Qualität von Erlasstexten	Direktionen	Keine Reklamation	Keine Reklamation	Gleich
4	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter, KdK, ZRK usw.	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
5	Fehlerfreie Durchführung von Abstimmungen und Wahlen	Einwohnerinnen und Einwohner	Keine rechtlichen, technischen, juristischen, logistischen und kommunikativen Fehler	Keine rechtlichen, technischen, juristischen, logistischen und kommunikativen Fehler	Gleich
6	Versand eines Newsletters pro Regierungsratssitzung	Abonentinnen und Abonnenten des Newsletters des Regierungsrates	Versand eines Newsletters für 35 Sitzungen nach der Sitzung	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 2: Ausweisbüro und Telefonie-Vermittlung					
7	Effizientes Ausstellen von Ausweisen	Einwohnerinnen und Einwohner	Pro Antrag max. 80 Min.	Pro Antrag max. 80 Min.	Gleich
8	Schnelles und korrektes Vermitteln von Gesprächen	Firmen, Einwohnerinnen und Einwohner	Mind. 2 Systemmessungen, Ø Vermittlungsdauer 30 Sek.	Mind. 2 Systemmessungen, Ø Vermittlungsdauer 30 Sek.	Gleich
Leistungsgruppe 3: Übrige Aufgaben					
9	Hohe Verfügbarkeit von www.zg.ch	Internetnutzende	Systemverfügbarkeit mind. 99 %	Systemverfügbarkeit mind. 99 %, d. h. die ungeplante Ausfallzeit beträgt max. 5256 Min./Jahr	Gleich
10	Schnelles Ausstellen von Apostillen und Überbeglaubigungen	Firmen, Einwohnerinnen und Einwohner	1 Apostille max. 15 Min., Grossaufträge innert 24 Std.	1 Apostille max. 15 Min., Grossaufträge innert 24 Std.	Gleich
11	Kompetente und zeitgerechte Auskünfte von der Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip	Direktionen, Gemeinden		Auskunft innert 1 Kalenderwoche; keine Reklamationen	Gleich
Leistungsgruppe 4: Kommunikation					
12	Kompetente und schnelle Abwicklung der Anfragen und Aufgaben	Regierungsrat, Direktionsvorteher, Verwaltungseinheiten, Medien		Professioneller Standard	Gleich
13	Fristgerechte Beratung und Ausführung	Regierungsrat, Direktionsvorteher, Verwaltungseinheiten, Medien		Kompetente und effiziente Ausführungen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Die Kommunikation wird neu in der Leistungsgruppe 4 ausgewiesen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
KR-/RR-Vorlagen	Anzahl	321/1'232	350/1'100	350/1'100	Gleich
KR-Sitzungen	Halbtage	24	23	23	Gleich
Wahlen/Abstimmungen	Anzahl	2/4	2/4	2/4	Gleich
Ausweisaneträge	Anzahl	14'458	16'000	17'000	Sinkend
Apostillen/Beglaubigungen	Anzahl	18'056	18'000	18'000	Gleich
Regierungsratssitzungen	Anzahl		40	40	Gleich
Mitberichte und Vernehmlassungen	Anzahl			10	Gleich
Anfragen an die Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip	Anzahl			30	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-10'074'613.20	-8'507'390	-8'525'250	-17'860	0.2	-8'601'950	-8'576'150	-8'845'150
Total Ertrag	3'124'344.20	2'974'550	2'967'100	-7'450	-0.3	2'846'800	2'526'800	2'506'800
Saldo	-6'950'269.00	-5'532'840	-5'558'150	-25'310	0.5	-5'755'150	-6'049'350	-6'338'350

Kommentar Budget

20 Stellenprozente für das Ausweisbüro, erfolgsneutral, da sie durch höhere Ausweisgebühren finanziert sind.
Höherer Aufwand und höherer Ertrag durch mehr Ausweisverkäufe.
Tiefere Frankaturausgaben durch vermehrten E-Mail-Versand.
Tiefere Konzessionsgebühren Amtsblatt wegen Verlagerung in elektronische Medien.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT1120.0002 Ausbreitung elektronische Geschäftsverwaltung						
Ausgaben	-15'460.20					
Einnahmen						
IT1120.0003 «Doppelter Pukelsheim»						
Ausgaben	-33'242.40					
Einnahmen						
IT1120.0005 Neubau Internet						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-48'702.60					
Einnahmen						
Saldo	-48'702.60					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Staatsarchiv gewährleistet die authentische Überlieferung und fachgerechte Langzeitarchivierung von administrativ, juristisch, wirtschaftlich, historisch, sozial und kulturell relevanten Unterlagen für die Bedürfnisse von Staat, Bevölkerung, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Als Gedächtnis des Kantons und der Gesellschaft stellt das Staatsarchiv sicher, dass staatliches Handeln transparent, nachvollziehbar und bei Bedarf kontrollierbar ist und der politische und gesellschaftliche Wandel nachvollzogen und historisch aufgearbeitet werden kann.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: GEVER und Aktenführung

- Verantwortung für das verwaltungswweit eingesetzte elektronische Geschäftsverwaltungssystem GEVER
- Beratung der kantonalen Verwaltung, der privaten Dritten mit Leistungsvereinbarung und der Gerichte bei Fragen der Aktenführung
- Allgemeine Hilfestellung (Grundlagenwissen, Leitfäden und Schulungen) bei der Umsetzung der zentralen Anforderungen an die Aktenführung

Leistungsgruppe 2: Aktenübernahmen und Erschliessung

- Übernahme von Unterlagen von bleibendem Wert aus der Produktion der anbietepflichtigen Stellen
- Sicherung von Unterlagen privater Herkunft mit besonderer Bedeutung für den Kanton Zug
- Bestandesnachweis des dauerhaft übernommenen Archivgutes

Leistungsgruppe 3: Analoge und digitale Langzeitarchivierung

- Dauerhafte Erhaltung der Bestände
- Dauerhafte Gewährleistung der Lesbarkeit und Benutzbarkeit aller Unterlagen

Leistungsgruppe 4: Benutzung, Vermittlung und Kundendienste

- Verfügbarmachung der Unterlagen für Berechtigte
- Auskunftserteilung zu archivischen und historischen Fragen
- Beratung aller Gemeinden in Archivfragen
- Pflege einer Fachbibliothek zu Archivmanagement und zum Verständnis des Archivguts
- Förderung und fachliche Unterstützung von Forschung und Bildungsarbeit

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Archivgesetz vom 29. Januar 2004 (BGS 152.4)
- Datenschutzgesetz vom 28. September 2000 (BGS 157.1)
- Verordnung über die Aktenführung vom 20. März 2012 (BGS 152.42)

1.4 Kommentar Grundlagen

- Das Staatsarchiv hat seit dem 1. Januar 2014 einen eigenen Leistungsauftrag. Per 2015 wurde die bisher einzige Leistungsgruppe «Staatsarchiv» in vier Leistungsgruppen aufgliedert.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfängende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: GEVER und Aktenführung					
1	Ein störungsarmer Betrieb von GEVER wird gewährleistet	Verwaltung		Systemverfügbarkeit 99,8 %; Datenerhaltung 100 %	Gleich Gleich
2	GEVER entspricht den konsolidierten User-Bedürfnissen und bleibt normenkonform	Verwaltung	1x jährlich User-Group-Treffen; Auswertung von 1 st und 2 nd Level-Support; Auswertung GEVER-Fokus iZug; DIN-ISO 15489 und eCH-Normeneinhaltung; genügend Speicherkapazität ist vorhanden (Achtsamkeitsmeldung bei Speicherfüllung 60 %)	«Fällt weg»	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfängende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
3	GEVER bleibt rechtlich und technisch normenkonform und berücksichtigt - soweit möglich - die konsolidierten User-Bedürfnisse	Verwaltung	Neue und angepasste AIO-Sicherheitsanforderungen und Datenschutznormen werden auf GEVER hin überprüft; die IT-Plattformen werden nachgepflegt	Systematische Auswertung Useranliegen; Einhaltung Records Management-Normen; genügend Speicher; Umsetzung kantonale IT-Normen	Gleich
4	Aktenführende Stellen werden kompetent bei der Aktenführung unterstützt	Verwaltung, Private Dritte mit Leistungsvereinbarung, Gerichte		Leitfäden jährlich aktualisiert; 15 Beratungsaktivitäten (Beratungen, Schulungen)	Gleich
5	Übernahme und Erschliessung archivwürdiger Unterlagen der Verwaltung	Verwaltung	Ablieferung an Archiv innerhalb 6 Wochen ab Anbietung Amt; es werden mind. gleichviele Laufmeter auf Stufe Amt erschlossen wie abgeliefert (mind. 250 Laufmeter)	«Fällt weg» Neu Ziel 7 in Leistungsgruppe 2	
A	GEVER-Ausbreitung (bei Instanzen ohne Konsul)	Verwaltung	GEVER ist bei den noch verbleibenden 12 Mandanten der kantonalen Verwaltung technisch aufgesetzt, produktiv geschaltet und eingeführt (Tests, Abnahme, Schulung)	7 neue Mandanten	Sinkend
B	GEVER-Einführung (Produktentwicklung und Ablösung Konsul)	Verwaltung	Projektabschluss (Produktentwicklung, Ablösung Konsul und Vorbereitung Ausbreitung) per 31. März 2013	«Fällt weg» Produkt ist entwickelt und System Konsul abgelöst	
Leistungsgruppe 2: Aktenübernahmen und Erschliessung					
6	Kontinuierliche Erhöhung der Aktenbildner mit Archivierungsvereinbarung	Verwaltung, Private Dritte mit Leistungsvereinbarung, Gerichte		2 neue Archivierungsvereinbarungen pro Jahr	Gleich
7	Systematische Erschliessung des Archivguts mit elektronischen Findmitteln	Verwaltung, Forschende, Schüler/innen, Studierende, Öffentlichkeit		Erfassung Ablieferungen mind. auf Amtsstufe (Inhalt, Laufzeit, Umfang) binnen 6 Wochen	Gleich
8	Überführung elektronischer Ablieferungen ins digitale Langzeitarchiv	Verwaltung, Private Dritte mit Leistungsvereinbarung, Gerichte, Öffentlichkeit		Mind. 1 elektronische Ablieferung verarbeitet	Steigend
9	Sicherung von Archiven privater Dritter als Depots oder Schenkungen	Forschende, Schüler/innen, Studierende		Erschliessung auf Bestandesebene binnen 6 Wochen; Depot-/Schenkungsvertrag archivseitig binnen 3 Monaten	Gleich
Leistungsgruppe 3: Analoge und digitale Langzeitarchivierung					
10	Bestandserhaltende Massnahmen zur Erhaltung der Lesbarkeit und Benutzbarkeit	Verwaltung, Forschende, Schüler/innen, Studierende, Öffentlichkeit		12 Klimaauswertungen; mind. 2'000 Digitalisate; 20 Restaurierungen (Bände, Pläne, Dokumente)	Gleich Steigend Gleich
C	Digitalisierungsprojekt «Historische Karten und Pläne 1803-1922»	Verwaltung, Forschende, Schüler/innen, Studierende, Öffentlichkeit		Inventarisierung Pläne; Schadenserfassung; festlegen technische Parameter; Reinigung/Restaurierung begonnen; Auftragsvergabe Digitalisierung erfolgt	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 4: Benutzung, Vermittlung und Kundendienste					
11	Fristgerechte und kompetente Erteilung von Auskünften an Amtsstellen und die Öffentlichkeit	Verwaltung, Forschende, Schüler/innen, Studierende, Öffentlichkeit		Beantwortung binnen 5 Arbeitstagen unter Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben	Gleich
12	Aktuelle Nachführung der Personen- und Ämterdatenbank PERAD	Verwaltung, Öffentlichkeit		Publikation (per 30. Januar des Folgejahres)	Gleich
13	Verwaltung wird mittels historischem Beitrag in «Personalzeitung» mit Zuger Geschichte vertraut gemacht	Verwaltung, Öffentlichkeit		In jeder Ausgabe ein gehaltvoller Beitrag	Gleich
14	Aktuellhalten der Fachbibliothek	Verwaltung, Forschende, Schüler/innen, Studierende, Öffentlichkeit		Mind. 90 % der neubeschafften Titel sind katalogisiert und online p. a.	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Das Staatsarchiv verfügt seit dem 1. Januar 2014 über einen eigenen Leistungsauftrag. Aus diesem Grund wurde die bisherige einzige Leistungsgruppe «Staatsarchiv» in vier Leistungsgruppen aufgliedert und die dazugehörigen Leistungsziele deutlich spezifiziert.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
GEVER-Mandanten/User	Anzahl			66/700	Steigend
Aktenablieferungen	Anzahl/ Laufmeter			55/300	Gleich
Schriftliche Fachauskünfte	Anzahl			400	Gleich
IT-Emergency-Interventionen	Anzahl			3	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand		-2'153'750	-2'037'300	116'450	-5.4	-2'203'800	-2'257'600	-2'313'300
Total Ertrag		191'000	193'000	2'000	1.0	194'000	197'000	199'000
Saldo		-1'962'750	-1'844'300	118'450	-6.0	-2'009'800	-2'060'600	-2'114'300

Kommentar Budget

- GEVER ist im laufenden Betrieb als Produkt und die Wartungsaufwände können reduziert werden.
- Sparauflagen im Umfang von 95'000 Franken (Kontengruppen 313, 314 und 315) gemäss Beschlüssen Entlastungsprogramm 2015–2018.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT1126.0001 Security-Audit und Ausbreitung						
Ausgaben		-106'000	-30'000			
Einnahmen						
IT1126.0002 Speicherausbau GEVER						
Ausgaben		-150'000	-35'000			
Einnahmen						
IT1126.0003 eCH-Schnittstellen Datenim-/export						
Ausgaben			-90'000	-30'000		
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben		-256'000	-155'000	-30'000		
Einnahmen						
Saldo		-256'000	-155'000	-30'000		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	1'433.00							
301	Löhne Angestellte der Ver- waltung und Rechtspflege	-235'761.15	-234'300	-235'500	-1'200	0.5	-241'900	-250'100	-258'600
305	Arbeitgeberbeiträge	-44'914.45	-45'000	-53'500	-8'500	18.9	-55'000	-56'800	-58'700
309	Übriger Personalaufwand	-2'319.60	-4'950	-4'950	0	0.0	-4'950	-4'950	-4'950
310	Material- und Warenaufwand	-8'930.15	-10'600	-10'100	500	-4.7	-10'100	-10'100	-10'100
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-800	-800	0	0.0	-800	-800	-800
313	Dienstleistungen und Honorare		-32'000	-3'000	29'000	-90.6	-3'000	-3'000	-3'000
315	Unterhalt Mobilien	-3'912.50	-5'000	-2'800	2'200	-44.0	-2'800	-2'800	-2'800
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-1'624.58	-2'000	-2'000	0	0.0	-2'000	-2'000	-2'000
317	Spesenentschädigungen	-1'940.80	-1'800	-1'800	0	0.0	-1'800	-1'800	-1'800
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'267.15	-2'200	-1'800	400	-18.2	-1'800	-1'800	-1'800
	Total Aufwand	-299'237.38	-338'650	-316'250	22'400	-6.6	-324'150	-334'150	-344'550
	Saldo	-299'237.38	-338'650	-316'250	22'400	-6.6	-324'150	-334'150	-344'550

Kommentar Budget

ad 313: Diese Budgetposition wurde bisher kaum benötigt und wird deshalb auf den Sockelbetrag reduziert.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Allgemeine Verwaltung
1129-Datenschutz

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-296'209.00	-320'900	-252'700	68'200	-21.3	-253'100	-261'700	-270'600
305	Arbeitgeberbeiträge	-62'684.85	-62'600	-52'000	10'600	-16.9	-59'700	-61'800	-63'800
309	Übriger Personalaufwand	-1'269.15	-5'100	-4'600	500	-9.8	-4'600	-4'600	-4'600
310	Material- und Warenaufwand	-21'358.22	-17'900	-18'200	-300	1.7	-17'300	-17'300	-17'300
313	Dienstleistungen und Honorare	-1'744.90	-37'000	-61'700	-24'700	66.8	-65'150	-65'150	-65'150
315	Unterhalt Mobilien	-8'835.15	-8'600	-16'000	-7'400	86.0	-16'000	-16'000	-16'000
317	Spesenentschädigungen	-493.00	-1'500	-1'000	500	-33.3	-1'000	-1'000	-1'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-3'376.50	-3'900	-5'400	-1'500	38.5	-3'900	-3'900	-3'900
	Total Aufwand	-395'970.77	-457'500	-411'600	45'900	-10.0	-420'750	-431'450	-442'350
	Saldo	-395'970.77	-457'500	-411'600	45'900	-10.0	-420'750	-431'450	-442'350

Kommentar Budget

ad 301: Das Gehalt der Datenschutzbeauftragten ist in § 45 Abs. 6 des Personalgesetzes vorgegeben.
ad 313: IT-Audits und DS-Kontrollen, Schulungskampagne, neuer Webauftritt, Newsletter

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
 Direktion des Innern
 Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
1500	Direktionssekretariat	-2'738'448.01	-2'940'050	-2'871'950	68'100	-2.3	-2'990'000	-3'084'000	-3'181'200
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-1'456'743.96	-1'482'100	-1'445'600	36'500	-2.5	-1'841'900	-1'811'500	-1'995'000
1530	Amt für Wald und Wild	-4'318'452.66	-4'972'200	-4'801'900	170'300	-3.4	-5'037'100	-5'212'900	-5'371'400
1550	Sozialamt	-45'168'126.82	-50'349'100	-52'107'700	-1'758'600	3.5	-53'773'200	-54'802'200	-55'899'300
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-5'599'504.42	-6'168'900	-6'107'000	61'900	-1.0	-6'725'200	-6'941'000	-7'113'000
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-6'596'634.78	-6'997'200	-6'890'600	106'600	-1.5	-7'161'900	-7'308'000	-7'476'300
15	Direktion des Innern	-65'877'910.65	-72'909'550	-74'224'750	-1'315'200	1.8	-77'529'300	-79'159'600	-81'036'200

Direktion des Innern

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
1500	Direktionssekretariat	546'789.95							
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	160'590.02	-1'590'000	-1'242'000	348'000	-21.9	-1'429'000	-150'000	-150'000
1530	Amt für Wald und Wild	-681'228.90	-1'554'500	-1'471'500	83'000	-5.3	-1'410'000	-1'460'000	-1'560'000
1550	Sozialamt	-792'251.35	-2'215'000	-1'500'000	715'000	-32.3	-1'000'000	-7'000'000	-7'500'000
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	12'960.00							
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-39'975.00	-20'000		20'000	-100.0			
15	Direktion des Innern	-793'115.28	-5'379'500	-4'213'500	1'166'000	-21.7	-3'839'000	-8'610'000	-9'210'000

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Laufende Rechnung

Die wesentlichsten Änderungen zum Budget 2014 ergeben sich wie schon im Vorjahr im Sozialamt. Der Aufwand steigt vor allem bei den Leistungsvereinbarungen, da neue Plätze in sozialen Einrichtungen gemäss Bedarfsplanung erforderlich sind, sowie für eine neue soziale Einrichtung (Kubeis, Cham).

Investitionsrechnung

Investitionen werden in drei der sechs Ämter getätigt. Die grössten Investitionen mit Kosten von rund einer Million Franken oder mehr betreffen die Ablösung der Grundbuchsoftware (Grundbuch- und Vermessungsamt), der Neu- und Ausbau von Gewässerschutzbauten im Wald (Amt für Wald und Wild), der Umbau der ZUWEBE-Werkstätte in Bösch/Hünenberg und der Neubau des Wohnheims Eichholz in Steinhausen (Sozialamt).

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabs-, Planungs- und Koordinationsstelle der Direktion des Innern. Es unterstützt die Vorsteherin der Direktion des Innern und berät sie fachlich. Im Weiteren nimmt das Direktionssekretariat amtsübergreifende und koordinative Aufgaben wahr und berät Amtsstellen, Einwohner-, Bürger-, Korporations- und Kirchgemeinden sowie Private in juristischen Fragen. Ihm obliegen namentlich die allgemeine Gemeinde- und Wahlaufsicht, das Zivilstands- und Bürgerrechtswesen sowie das Grundbuch- und Notariatsinspektorat.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte

- Instruktion Beschwerden
- Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Erarbeitung der Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat
- Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen
- Erarbeitung von Verfügungen und Verträgen
- Massnahmenplan Gleichstellung und Umsetzung, Führung Fachgruppe Gleichstellung

Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst

- Auskunftserteilung an Dritte insbesondere zu Fragen des Bürgerrechts, Gemeinderechts, Sachenrechts sowie des Wahl- und Abstimmungsrechts
- Gemeindeaufsicht inkl. Schulung und Beratung
- Wahl- und Abstimmungsaufsicht
- Rechtliche Unterstützung der Direktionsämter insbesondere beim Erlass von Verfügungen und bei Verträgen, Leistungs-, Subventions- und Programmvereinbarungen

Leistungsgruppe 3: Rechnungswesen und Controlling

- Rechnungsführung für Direktion des Innern
- Erstellen der Jahresrechnung für die schweizerische Bauernhausforschung

Leistungsgruppe 4: Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst

- Koordination Infostar (informatisiertes Personenstandsregister)
- Vorbereitung und Antrag an das Bundesamt für Migration zur Erteilung der eidg. Einbürgerungsbewilligung
- Bearbeitung Gesuche um Erteilung kantonales Bürgerrecht
- Schulung und Beratung Bürgergemeinden und Zivilstandsämter
- Inspektion Zivilstandsämter
- Prüfung Zivilstandsurkunden
- Führung Sonderzivilstandsamt
- Bearbeitung Gesuche um Namensänderung

Leistungsgruppe 5: Grundbuch- und Notariatsinspektorat

- Inspektion gemeindliche Urkundspersonen und Inspektion des Grundbuch- und Vermessungsamtes
- Schulungen für Urkundspersonen

- Prüfung Verfügungen der Volkswirtschaftsdirektion im Bereich des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG; Lex Koller) und des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) und Einreichung Beschwerden an das Verwaltungsgericht
- Beratung von Gemeinden und Privatpersonen in Grundbuchfragen

Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen/Kommunikation

- Allgemeine Stabsaufgaben (Strategische Planung, Steuerung, Koordination der Aufgaben)
- Direktionsinterne und -externe Kommunikation
- Führung Bibliothek (Direktion des Innern und Gesundheitsdirektion)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Bürgerrechtsgesetz, BÜG, SR 141.0) und dazugehörige Verordnung
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
- Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991 (BGBB, 211.412.11)
- Bundesgesetz vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG, 211.412.41) und dazugehörige Verordnung
- Pfandbriefgesetz vom 25. Juni 1930 (PFG, SR 211.423) und dazugehörige Verordnung
- Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG, SR 291)
- Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004 (ZStV, SR 211.112.2)
- Gesetz betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und Kantonsbürgerrechts (kantonales Bürgerrechtsgesetz, kant. BÜG) vom 3. September 1992 (BGS 121.3) und dazugehörige Verordnung
- Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) vom 28. September 2006 (BGS 131.1) und dazugehörige Verordnung
- Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindengesetz) vom 4. September 1980 (BGS 171.1)
- Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB) vom 17. August 1911 (BGS 211.1)

- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken im Ausland vom 26. November 1987 (BGS 215.11)
- Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen vom 3. Juni 1946 (BGS 223.1)
- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz, BGS 611.1) vom 31. August 2006
- Vollzugsverordnung über das Zivilstandswesen (Kantonale Zivilstandsverordnung) vom 28. April 1981 (BGS 212.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Im Bereich der Gemeindeaufsicht wird das Weiterbildungsangebot für Mitglieder der Gemeindebehörden ausgebaut. Im Rahmen einer umfassenden Überarbeitung des Leistungsauftrages mit der FD-Abteilung Projekte wurden für das Budget 2015 einzelne Leistungen neu formuliert.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte					
1	Hohe Qualität der Anträge und Aussprachepapiere	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
2	Beförderliche Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Verwaltungsgericht, Bundesgericht	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	Gleich
3	Fristgerechte Einreichung von Mitberichten und Stellungnahmen	Direktionen, Gerichte	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
4	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
A	Revision Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) im Bereich Nachbarrecht	Regierungsrat, Kantonsrat, Stimmberechtigte		Regierungsratsbeschluss liegt vor	
B	Massnahmen im Bereich Gleichstellung von Frau und Mann erarbeiten und umsetzen	Regierungsrat, Direktionen, Mitarbeitende	Massnahmenplan liegt dem Regierungsrat vor	Konzept zur Umsetzung Massnahmenplan liegt vor	
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst					
5	Rasche und kompetente Auskunftserteilung zu Fragen des Gemeinderechts und des Wahl- und Abstimmungsrechts	Verwaltungsstellen, Gemeinden und Private	Einfache Anfragen innert 2 Arbeitstagen, komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist beantwortet	Einfache Anfragen innert 2 Arbeitstagen, komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist beantwortet	Gleich
6	Zeit- und fachgerechte Aufsicht bei eidg. und kant. Abstimmungen und Wahlen	Gemeinden, Staatskanzlei	Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der Gemeinderesultate innert 30 Minuten nach Prüfungsabschluss	Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der Stimmbüroprotokolle innert 20 Minuten nach Prüfungsabschluss	Gleich
7	Zeit- und fachgerechte Aufsicht gemäss BGGB	Landwirtschaftsamt, Private	95 % der Verfügungen des LWA innert 1 Woche geprüft	95 % der Verfügungen innert 1 Woche geprüft	Gleich
8	Wahrnehmung Beschwerdeberechtigung bei Verfügungen betreffend Grundstücken durch Personen im Ausland	VD, Private	95 % der Verfügungen der VD sind hinsichtlich allfälliger Beschwerdeerhebung innert 1 Woche geprüft	95 % der Verfügungen innert 1 Woche geprüft	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
C	Revision Bürgerrechtsgesetzgebung	Regierungsrat, Bürgergemeinden, Private	Regierungsratsbeschluss liegt vor	«Fällt weg»	
D	Mitwirkung bei Vorbereitung Gesamterneuerungswahlen 2014	Staatskanzlei, Gemeinden	Teilnahme und Mitwirkung an allen Sitzungen der Steuerungsgruppe	«Fällt weg»	
E	Erfolgreiche Einführung der neuen Mitglieder in Gemeindebehörden in ihr Amt	Neu gewählte kommunale Behördenmitglieder		Bis Ende Juni Weiterbildungskurse für neu gewählte Mitglieder der Gemeinderäte und des Stadtrates Zug sowie der Rechnungsprüfungskommissionen durchgeführt	
Leistungsgruppe 3: Rechnungswesen und Controlling					
9	Fristgerechte Erstellung der Jahresrechnung der schweizerischen Bauernhausforschung	Schweizerische Bauernhausforschung	100 % innert Frist	Innert Frist	Gleich
10	Zeit- und fachgerechte formelle Prüfung Jahresrechnungen und Budgets der Gemeinden	Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden	Mitteilung Prüfungsergebnis innert 60 Tagen ab Einreichung Unterlagen	Mitteilung Prüfungsergebnis innert 60 Tagen ab Einreichung Unterlagen	Gleich
Leistungsgruppe 4: Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst					
11	Beförderliche und fachgerechte Instruktion der Einbürgerungsgesuche	Gesuchstellende, Regierungsrat, Gemeinden, Verwaltungsgericht, Bundesgericht	Anträge an RR innert 60 Tage ab Eingang aller notwendigen Unterlagen und Kostenvorschuss	Anträge an RR innert 60 Tage ab Eingang aller notwendigen Unterlagen und Kostenvorschuss	Gleich
12	Kontinuierliche Weiterbildung Behördenmitglieder Bürgergemeinden	Bürgerrätinnen und -räte, Bürgerschreiber/innen	Workshop Mitglieder Bürgergemeinden durchgeführt	Mitwirkung bei Workshop zu aktuellen Fragestellungen des Bürgerrechts	Gleich
13	Fachgerechte und beförderliche Bearbeitung der Gesuche um Namensänderung	Gesuchstellende, Zivilstandsämter	Entscheide innert 60 Tagen nach Abschluss Sachverhaltsabklärung	Entscheide innert 60 Tagen nach Abschluss Sachverhaltsabklärung	Gleich
14	Praxisnahe Vermittlung von Staatskundewissen an Einbürgerungswillige	Private, die Einbürgerungsgesuch gestellt haben	Staatsbürgerlicher Kurs durchgeführt	Staatsbürgerlicher Kurs durchgeführt	Gleich
15	Zeit- und fachgerechte Information und Beratung der Zivilstandsämter	Zivilstandsämter	Aktenprüfung und Beantwortung von Anfragen innert 1 Woche	Aktenprüfung und Beantwortung von Anfragen innert 1 Woche	Gleich
Leistungsgruppe 5: Grundbuch- und Notariatsinspektorat					
16	Regelmässige Inspektion des Grundbuch- und Vermessungsamtes	Grundbuch- und Vermessungsamt (GVA)	Inspektion im GVA durchgeführt	Inspektion im GVA durchgeführt	Gleich
17	Vermittlung neuester Wissensstand für Delegation gemeindlicher Urkundspersonen	Urkundspersonen	Workshop durchgeführt	Workshop durchgeführt	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen/Kommunikation					
18	Information und Dialog zu aktuellen Themen der Direktion. Beratung und Unterstützung der Ämter in Bereichen der Kommunikation	Medien, Öffentlichkeit, Steakholder, Mitarbeitende	Laufende und umgehende Mitteilungen an Medien; gleichentags Aufschaltung Medienmitteilungen auf Internetseite	> 30 Medienkontakte	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Bei der Wahl- und Abstimmungsaufsicht kann die Mitteilungsfrist aufgrund der Erfahrungen den Mitarbeitenden um einen Drittel verkürzt werden. Zudem wird in der Leistungsgruppe 2 Rechtsdienst neu die Durchführung von Weiterbildungskursen für neu gewählte Gemeindebehördenmitglieder in die Zielsetzung aufgenommen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
RR-Anträge der Direktion des Innern	Anzahl		150	150	Gleich
Beschwerdeeingänge	Anzahl		20-25	20-25	Gleich
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl			60	Steigend
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	12	8-12	8-12	Gleich
Jahresrechnungen und Budgets Gemeinden	Anzahl	66	66	66	Gleich
Einbürgerungsgesuche	Anzahl	240	350-400	350-400	Gleich
Namensänderungsgesuche	Anzahl	91	80-90	80-90	Gleich
Verfügungen BGGB und BewG	Anzahl		190	200	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Zahl der Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen sowie die Verfügungen BGGB und BewG haben in den letzten Jahren ständig zugenommen und zeigen auch weiterhin eine steigende Tendenz.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-3'265'826.11	-3'207'750	-3'160'250	47'500	-1.5	-3'279'300	-3'373'300	-3'470'500
Total Ertrag	527'378.10	267'700	288'300	20'600	7.7	289'300	289'300	289'300
Saldo	-2'738'448.01	-2'940'050	-2'871'950	68'100	-2.3	-2'990'000	-3'084'000	-3'181'200

Kommentar Budget

Der Aufwand für Beiträge an die ZBSA sinkt um 85'000 Franken, da im Gegensatz zum Vorjahr keine Zahlungen im Zusammenhang mit der Liquidation einer Firma in Aussicht stehen. Zudem werden weniger Aufträge an Dritte erteilt.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT1500.0001 Neue Einwohner- kontrolle						
Ausgaben	-18'148.90					
Einnahmen	564'938.85					
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-18'148.90					
Einnahmen	564'938.85					
Saldo	546'789.95					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Grundbuch- und Vermessungsamt (GVA) führt das Grundbuch als öffentliches Register, in welchem die Grundstücke, deren Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Berechtigungen an den Grundstücken (z. B. Leitungsrechte, Grundpfandrechte) geführt bzw. verwaltet werden. Es leitet die amtliche Vermessung, welche die Grundlagen des Privateigentums an Grundstücken erhebt und zur Verfügung stellt. Ebenfalls koordiniert das GVA die Geodaten des Kantons Zug und stellt die öffentlich zugänglichen Daten im GIS Zug (Geo-Informationssystem) dar. Zudem baut es den Kataster über die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) auf.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Betreuen des Grundbuchs und Sicherstellen des Grundstückverkehrs

- Anschaffen und Betreuen der Fachapplikation (Grundbuchsoftware) samt Anschlussprogrammen
- Schaffen von Rechtssicherheit beim Vollzug von Grundbuchanmeldungen
- Bereinigung alter Rechte im Hinblick auf Einführung des eidgenössischen Grundbuchs
- Mündliche und schriftliche (Grundbuchauszüge) Auskünfte aus dem Grundbuch
- Vorprüfen von Grundbuchgeschäften

Leistungsgruppe 2: Beurkundung

- Beurkundung von Rechtsgeschäften über die Errichtung und Erhöhung von Grundpfandrechten

Leistungsgruppe 3: Betreuen des Vermessungswerks

- Aufbereiten der Geoinformationsgrundlagen (Referenzdaten, Basisplan der amtlichen Vermessung)
- Vermessungswerk nach den Vorgaben des Bundes periodisch nachführen und weiterentwickeln
- Aufsicht über Leistungsvereinbarungen und Verifikation der Arbeiten der laufenden Nachführung
- Baukontrollmessungen im Auftrag der Gemeinden Zug und Menzingen sowie Sondervermessungen für kantonale Stellen und Dritte

Leistungsgruppe 4: Geo-Informationssystem Zug

- Anschaffen und Betreuen der Fachapplikationen für Vermessungswerk und GIS Zug, samt Schnittstellen
- Koordination der Geobasisdaten im GIS Zug
- GIS-Dienstleistungen im Auftrag kantonaler und kommunaler Verwaltungsstellen (Projektbegleitung, Beratung, Koordination)
- Bereitstellen der Geodaten im GIS Zug
- Abgabe von Geodaten in ausgedruckter und digitaler Form (Organisation, technische Einrichtung)
- Umsetzen und Koordinieren der Geoinformationsgesetzgebung des Bundes und des Kantons, unter Einbezug der Gemeinden, allenfalls Dritter

Leistungsgruppe 5: Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)

- Aufbau eines Katasters mit den gesetzlich vorgesehenen Themen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen
- Betreiben und Führen des ÖREB-Katasters

Leistungsgruppe 6: Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit (nach aussen und nach innen)

- Information über wichtige Ereignisse, Neuerungen und Praxis des GVA
- Weiterbildung Dritter (Urkundspersonen, GIS-Beteiligte, weitere Fachpersonen)
- Mitwirkung in Fachverbänden (z. B. KKVA, KKGeo, ALK GI)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB) vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
- Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG) vom 3. Oktober 2003 (SR 221.301)
- Bundesgesetz über Geoinformation (Geoinformationsgesetz, GeoIG) vom 5. Oktober 2007 (SR 510.62) und dazugehörige eidgenössische und kantonale Erlasse
- Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) vom 2. September 2009 (SR 510.622.4)
- Grundbuchverordnung (GBV) vom 23. September 2011 (SR 211.432.1)
- Gesetz betreffend die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 26. November 1987 (BGS 215.11)
- Gesetz über den Gebührentarif im Grundbuchwesen (Grundbuchgebührentarif) vom 27. September 2007 (BGS 215.35)
- Gesetz über Geoinformation im Kanton Zug (Geoinformationsgesetz, GeoIG-ZG) vom 29. März 2012 (BGS 215.71)
- Verordnung über Geoinformation im Kanton Zug (Geoinformationsverordnung, GeoIV-ZG) vom 18. Dezember 2012 (BGS 215.711)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Betreuen des Grundbuchs und Sicherstellen des Grundstückverkehrs					
1	Prüfung einer Grundbuchanmeldung erfolgt fehlerfrei und rechtmässig	Eigentümer/innen, dinglich Berechtigte, mögliche Rechtserwerber/innen	Innert 20 Tagen nach dem Tagebucheintrag (Ausnahme: Geschäfte mit laufendem BewG-Verfahren)	Innert 20 Tagen nach dem Tagebucheintrag (Ausnahme: Geschäfte mit laufendem BewG-Verfahren)	Gleich
2	Auskünfte werden zeitgerecht, kundenorientiert und korrekt (den gesetzlichen Grundlagen entsprechend) erteilt	Eigentümer/innen, dinglich Berechtigte, mögliche Rechtserwerber/innen, Urkundspersonen	Auskünfte oder Hinweise auf umfassenden Abklärungsbedarf erfolgen innert 2 Tagen seit Eingang	Auskünfte oder Hinweise auf umfassenden Abklärungsbedarf erfolgen innert 2 Tagen seit Eingang	Gleich
3	Grundbuchauszüge sind kundengerecht, rasch und unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen zugestellt	Eigentümer/innen, dinglich Berechtigte, mögliche Rechtserwerber/innen, Urkundspersonen	Grundbuchauszüge sind innert 2 Tagen nach Bestellung zugestellt	Grundbuchauszüge sind innert 2 Tagen nach Bestellung zugestellt	Gleich
4	Vorprüfungen von Grundbuchgeschäften sind zeitgerecht an die Hand genommen und führen zu korrekten Anmeldungen	Urkundspersonen sowie Privatpersonen zum Eigengebrauch	Kontakt zur Bestellerin bzw. zum Besteller innert 5 Tagen; keine Abweisung nicht veränderter vorgeprüfter Grundbuchgeschäfte	Kontakt zur Bestellerin bzw. zum Besteller innert 5 Tagen; keine Abweisung nicht veränderter vorgeprüfter Grundbuchgeschäfte	Gleich
A	Ein weiteres Bereinigungslos ist abgeschlossen	Eigentümer/innen, dinglich Berechtigte in unbereinigten Gemeinden	In der Grundbuchsoftware ist die Führungsart «eidgenössisch» und der Status «bereinigt» eingeschrieben	Im Grundbuch ist die Führungsart «eidgenössisch» und der Status «bereinigt» eingeschrieben	
B	Integration neue Grundbuchsoftware	Eigentümer/innen, dinglich Berechtigte, mögliche Rechtserwerber/innen	Kickoff Realisierungsprojekt: 1. Quartal 2014	Inhalt des Werkvertrags ist festgelegt	
Leistungsgruppe 2: Beurkundung					
5	Schnelle und flexible Beurkundung von Grundpfandrechten	Kreditinstitute, Grundeigentümer/innen	Die öffentliche Beurkundung ist innert 5 Tagen vollzogen (Vorprüfungszeit: 5 Tage)	Die öffentliche Beurkundung ist innert 5 Tagen vollzogen (Vorprüfungszeit: 5 Tage)	Gleich
Leistungsgruppe 3: Betreuen des Vermessungswerks					
6	Georeferenzdaten sind aktuell	Bauherren, GIS-Fachleute, Gemeinden, Öffentlichkeit	Aktualisierung der Daten erfolgt innerhalb der Frist von 6 Monaten	Aktualisierung der Daten erfolgt innerhalb der Frist von 6 Monaten. Als Massstab dient die mittlere Zeitspanne zwischen Eingang der Meldung und der Lieferung aktualisierter Daten	Gleich
7	Jährliche Leistungsvereinbarung über die amtliche Vermessung mit dem Bund ist erfüllt	Kanton, Gemeinden, Bund, Öffentlichkeit	Erfüllungsgrad 100 %	Erfüllungsgrad 100 %	Gleich
8	Korrekte Nachführung der amtlichen Vermessung	Grundeigentümer/innen, Öffentlichkeit	6 Kontrollprüfungen	6 Kontrollprüfungen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
9	Baukontrolle und Sondervermessungen sind termin-treu erfüllt	Gemeinden und Bauherren, Verwaltungsstellen des Kantons	Innerhalb vereinbarter Frist	Innerhalb vereinbarter Frist	Gleich
C	Neuer Lagebezugsrahmen (LV95) in der amtlichen Vermessung ist eingeführt	Alle Nutzer/innen der Landeskoordinaten (geografisches Bezugssystem)	Die Daten der amtlichen Vermessung werden ab Mitte Jahr vollständig im neuen Lagebezugsrahmen LV95 verwaltet und nachgeführt	«Fällt weg»	
D	Seegründe von Ägerisee und Zugersee (Zuger Teil) werden mittels Bathymetrie neu vermessen	Kanton, Gemeinden, GIS-Fachleute, Öffentlichkeit		Die Daten stehen bis Mitte August allen kantonalen Stellen zur Verfügung	
Leistungsgruppe 4: Geo-Informationssystem Zug					
10	Geodatenaktualisierung erfolgt effizienter	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen	Eine erste Aktualisierung mittels Batch-Verarbeitung ist erfolgt	Die Aktualisierung läuft automatisiert, der Ausbau der Batch-Verarbeitung ist erfolgt	Wird abgeschlossen
11	Geodienste (WMS/WFS/embedded ZugMap) werden ausgebaut	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen, Werke, Planer/innen, Öffentlichkeit sowie Anbindung zur nationalen Geodateninfrastruktur	Anzahl konsumierter Geodienste erhöht	Anzahl angebotene Geodienste erhöht	Gleich
12	Erarbeiten der Datenmodelle nach kantonalem Recht sowie Umsetzen der Datenmodelle nach Bundesrecht	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltung, Dritte	Umsetzung des Konzepts gestartet	Kommunale Geobasisdaten-kataloge sind erstellt	Gleich
E	ZUGIS-Tools sind auf die neue Softwareplattform migriert	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen	Informatikprojekt gestartet	Neue Softwareplattform ist evaluiert	
Leistungsgruppe 5: Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)					
13	Unterstützen der Fachstellen des Kantons und der Gemeinden bei der Erstellung der Daten- und der Darstellungsmodelle für Geobasisdaten	Kantonale und kommunale Verwaltungsstellen	Unterstützung ist fristgerecht erfolgt	«Fällt weg»	
F	Aufbau des ÖREB-Katasters	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltung; Öffentlichkeit	Ein erstes Thema des ÖREB-Katasters steht als Prototyp bereit	Einführungskonzept und Entwurf Verordnungstext sind erstellt	
Leistungsgruppe 6: Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit (nach aussen und nach innen)					
14	Regelmässige Information mit aktuellem Inhalt	Mitarbeitende, Öffentlichkeit, Urkundspersonen	3 Newsletter; 1 Urkundspersonentagung; in der Regel 1 GIS-Tagung	3 Newsletter; 1 GIS-Tagung; 2 Arbeitsgruppensitzungen mit der Delegation der gemeindlichen Urkundspersonen	Gleich
G	Der Datenaustausch von Objektdaten ist koordiniert	Fachstellen der kantonalen, kommunalen Verwaltungen und Dritte	Prozesse für Datenaustausch umschrieben	Anforderungen für Schnittstellen sind aufgenommen	

Kommentar Zielsetzungen
 Zielsetzung 13 gelöscht, da in Zielsetzung 12 enthalten.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Grundbuchanmeldungen	Anzahl	6'256	6'000	6'000	Gleich
Bestellungen von Grundbuchauszügen	Anzahl			2'500	Gleich
Öffentliche Beurkundungen	Anzahl			300	Gleich
Ausdrucke aus ZUGIS	Anzahl	11'403	11'000	7'000	Sinkend (läuft aus)
Ausdrucke aus ZugMap	Anzahl	49'000	50'000	60'000	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl Grundstücke wurde durch die Anzahl erstellter Grundbuchauszüge ersetzt.

Neue Grösse: Öffentliche Beurkundungen

ZugMap beinhaltet neu ZugMap.ch und ZugMap.secure. Mittelfristig wird ZUGIS durch ZugMap.secure ersetzt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-5'254'283.91	-5'998'600	-5'815'100	183'500	-3.1	-6'210'900	-6'120'500	-6'304'000
Total Ertrag	3'797'539.95	4'516'500	4'369'500	-147'000	-3.3	4'369'000	4'309'000	4'309'000
Saldo	-1'456'743.96	-1'482'100	-1'445'600	36'500	-2.5	-1'841'900	-1'811'500	-1'995'000

Kommentar Budget

Ausserordentliche Ausgaben für Bathymetrie (Seegrundvermessung).

Wegfall der Nutzungsgebühren für Daten der amtlichen Vermessung und Datenhosting aufgrund der neuen kantonalen Geoinformationsgesetzgebung. Weniger Bundesbeiträge für Operate der amtlichen Vermessung.

Kommentar Finanzplan

Keine wesentlichen Änderungen zu erwarten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT1515.0091 ISOV-Grundbuch						
Ausgaben	-3'021.05					
Einnahmen	242'268.00					
IT1515.0094 Strategie Objekt- daten						
Ausgaben	-17'426.33	-40'000	-40'000	-40'000		
Einnahmen						
IT1515.0095 Neue Grundbuch- software						
Ausgaben	-61'230.60	-1'350'000	-942'000	-1'289'000		
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Direktion des Innern
 1515-Grundbuch- und Vermessungsamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT1515.0096 Migration ZUGIS-Tools						
Ausgaben		-200'000	-260'000	-100'000	-150'000	-150'000
Einnahmen						
IT1515.0097 Objekt System Zug OSZG						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-81'677.98	-1'590'000	-1'242'000	-1'429'000	-150'000	-150'000
Einnahmen	242'268.00					
Saldo	160'590.02	-1'590'000	-1'242'000	-1'429'000	-150'000	-150'000

Direktion des Innern

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

IT1515.0097: Die Umsetzung des Projekts «Objekt System Zug OSZG» wird im laufenden Jahr entschieden.

Kommentar Finanzplan

IT1515.0094: Verlängerung Strategieplanung Objektdaten von Ende 2015 auf Ende 2016

IT1515.0095: Abschluss Realisierungs- und Einführungsphase im 2016

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Wald und Wild (AFW) ist zuständig für den Schutz der Zuger Wälder, der Gewässer- und Wildlebensräume sowie die nachhaltige Nutzung von Holz-, Fisch- und Wildbeständen. Zu den Kernaufgaben des Amtes gehören das Planen und Überwachen von Schutzmassnahmen, das Nutzungsmanagement und die Beratung und Schulung Dritter.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Wald

- Übergeordnete Waldplanung und Naturgefahrenplanung
- Erhaltung und Förderung der Waldfunktionen
- Bewirtschaftung und Pflege der staatlichen Wälder und Ufergehölze
- Gewässeraufsicht und Bau/Unterhalt von Walderschliessungen und Schutzbauten (Hang-, Bachverbauungen)

Leistungsgruppe 2: Fischerei und Jagd

- Fischereiliches und wildbiologisches Schutz- und Nutzungsmanagement
- Betrieb der Fischbrutanlage Walchwil (Fischereikonkordat Zugersee)
- Betrieb des Seereinigungs- und Uferschutzdienstes
- Patentausgabe und Verpachtungen

Leistungsgruppe 3: Entscheide und Entscheidvorbereitung

- Erarbeitung von Verfügungen und Erlassentwürfen
- Verfassen von Stellungnahmen, Mitberichten und Gutachten
- Mitarbeit in Kommissionen, Projektgruppen oder Ausschüssen

Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen und Information

- Beratung und Arbeiten für Dritte
- Planung und Durchführung von Aufsichts- und Kontrollaufgaben
- Aus- und Weiterbildung Dritter, v. a. Forstpersonal der Korporationen, Jagdlehrgängerinnen und Jagdlehrgänger
- Betreiben eines Pikettdienstes (Wildunfälle, Gewässerverschmutzungen)
- Information der Öffentlichkeit

Leistungsgruppe 5: Diverse

- Führen des Sekretariats der Natur- und Landschaftsschutzkommission
- Mitarbeit in der Notorganisation (Kantonaler Führungsstab)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB, SR 210) vom 10. Dezember 1907, Art. 699
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG, SR 451) vom 1. Juli 1966
- Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG, SR 700) vom 22. Juni 1979
- Bundesgesetz über die Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG, SR 814.20) vom 24. Januar 1991
- Bundesgesetz über den Wald (Waldgesetz, WaG, SR 921.0) vom 4. Oktober 1991
- Verordnung über den Wald (Waldverordnung, WaV, SR 921.01) vom 30. November 1992
- Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG, SR 922.0) vom 20. Juni 1986
- Bundesgesetz über die Fischerei (BGF, SR 923.0) vom 21. Juni 1991
- Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz (BGS 432.1) vom 1. Juli 1993
- Planungs- und Baugesetz (PBG, BGS 721.11) vom 26. November 1998
- Gewässergesetz (GewG, BGS 731.1) vom 25. November 1999
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz, BGS 931.1) vom 17. Dezember 1998
- Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, BGS 932.1) vom 25. Oktober 1990
- Konkordat über die Fischerei im Zugersee (BGS 933.11) vom 20. November 1969
- Ausführungsbestimmungen zum Konkordat über die Fischerei im Zugersee (BGS 933.111) vom 23. Mai 1996
- Gesetz über die Fischerei im Kanton Zug (BGS 933.21) vom 26. Januar 1995
- Kantonaler Richtplan 2004

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Qualitativer und quantitativer Erhalt der Wildlebensräume und ausgewählter Wildvorkommen im Kanton Zug	Öffentlichkeit	Vergleich der Rehwild- und Feldhasen-Bestände in definierten Zählgebieten mit den Bestandesmittelwerten	Rehwild-Zählbestand mind. 15 Rehe pro Hundert ha Wald; Feldhasen-Zähldichte Talgebiet 0,5 (+/- 0,3) Hasen/ha Offenland, Berg zwischen 3,3 (+/- 0.8) Hasen/ha Offenland	Gleich
Leistungsgruppe 1: Wald					
2	Wald erfüllt Waldfunktionen nachhaltig	Waldeigentumsberechtigte Privatwald	17'000 m ³ Holz gezeichnet	17'000 m ³ Holz durch AFW-Förster/innen zur Erfüllung der Waldfunktionen gezeichnet	Gleich
3	Wald schützt vor Naturgefahren (Hochwasser, Rutsche, Steinschläge, Erosionen)	Öffentlichkeit	140 ha Schutzwald gepflegt	140 ha Schutzwald gepflegt	Gleich
4	Ausgewogene Wald-Wild-Situation	Waldeigentumsberechtigte, Öffentlichkeit	Situationsbericht Nachwuchskontrolle der Indikatorflächen bis 30. Juni an Direktionsvorsteherin	Situationsbericht Nachwuchskontrolle der Indikatorflächen (Wald-Wild-Monitoring) bis 30. Juni an Direktionsvorsteherin	Gleich
5	Holzernte entspricht in etwa dem Holzzuwachs	Öffentlichkeit	50'000 bis 80'000 m ³ Holznutzung	50'000 bis 80'000 m ³ Holznutzung	Gleich
6	Gefahrenpotenzial der dem AFW zugeteilten Bäche ist gering	Öffentlichkeit	4 km A-Abschnitte und 85 km B-Abschnitte bis 15. Mai kontrolliert	Von den nach Gefahrenpotenzialen priorisierten Bachabschnitten sind bis 15. Dezember kontrolliert: 100 % A-Abschnitte, 30 % B-Abschnitte, 15 % C-Abschnitte	Gleich
7	Hochwertige Waldnaturschutzgebiete und besondere Lebensräume	Öffentlichkeit	Aufwertung von Auerwildlebensräumen, Waldrändern, Uferbestockungen, Altholzinseln, lichten Wäldern. Gesamthaft 115 ha aufgewertet	Aufwertung von Auerwildlebensräumen, Waldrändern, Uferbestockungen, Altholzinseln, lichten Wäldern. Gesamthaft 115 ha aufgewertet	Steigend
8	Zustand des Jungwaldes ist nachhaltig	Öffentlichkeit	110 ha Jungwald gepflegt	110 ha Jungwald gepflegt	Gleich
9	Visuell und ökologisch wertvolle kantonale Ufergehölze	Öffentlichkeit	6,1 km Uferlänge gepflegt	6,1 km Uferlänge gepflegt	Gleich
A	Für Waldnaturschutzgebiete gemäss kantonalem Richtplan bestehen Detailprojekte	Öffentlichkeit und Waldeigentumsberechtigte	Bis 31. Dezember sind 2 neue Waldnaturschutz-Detailprojekte bis zur Unterschriftsreife erstellt; Meilenstein: 1. Projekt bis 31. August	Bis 31. Dezember sind 2 neue Waldnaturschutz-Detailprojekte bis zur Unterschriftsreife erstellt; Meilenstein: 1. Projekt bis 31. August	Gleich
B	Für private Fliessgewässer bestehen Unterhaltsgenossenschaften	Öffentlichkeit	Für 75 % der privaten Fliessgewässer, welche dem AFW übertragen wurden, liegen die Unterlagen für Unterhaltsgenossenschaften unterschriftsbereit vor	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
C	Schulung und Instruktion der Gewässeraufsichts-Verantwortlichen	Öffentlichkeit	Alle Verantwortlichen geschult und Pflichtenheft erstellt bis 31. März	«Fällt weg»	
D	Gefahrenkarten sind aktuell	Öffentlichkeit		Konzept zur Aktualisierung der bestehenden Gefahrenkarten ist bis 15. Dezember erstellt	
Leistungsgruppe 2: Fischerei und Jagd					
10	Erhalt der Lokalform Zuger Rötel durch künstliche Erbrütung und Besatzmassnahmen	Öffentlichkeit	300'000 Vorsommerlings-Besatzäquivalente	300'000 Vorsommerlings-Besatzäquivalente	Gleich
11	Seeforelle Besatzmaterial für alle Zuflüsse Zuger- und Ägerisee gewinnen	Öffentlichkeit	Bruterfolg 95 % der eingelegten Eier; Sicherstellung der Seeforellenrekutierung in der Oberen Lorze im Zeitraum der Gewässerbeeinträchtigung durch den Hangrutsch Herrenmatt, Allenwinden	Bruterfolg 95 % der in der Brutanlage eingelegten Eier; Sicherstellung eines Seeforellen-Jahrgangs 2015 in der Oberen Lorze trotz verminderter oder unterbundener Naturverlaichung durch den Feinmaterialeintrag durch den Hangrutsch Herrenmatt, Allenwinden	Gleich
12	Steigerung Verkauf Ufer-Angelpatente Zugersee	Angelfischer/innen, Tourismus	350 verkaufte Ufer-Angelfischereipatente	350 verkaufte Ufer-Angelfischereipatente	Steigend
13	Effizienter Einsatz der Fischereiaufsicht für das Fischereikonkordat Zugersee	Konkordatskantone	Aufwand unter 1'000 Stunden	Maximalaufwand Fischereiaufsicht unter 1'000 Stunden	Sinkend
14	Sicherstellung einer nachhaltigen Nutzung der Wildbestände durch die Jagd	Jägerschaft, Öffentlichkeit	Jagdliche Nutzung mind. 400 Rehe oder mind. 35 % des Frühjahrsbestandes	Jagdliche Nutzung mind. 35 % des Frühjahrsbestandes	Sinkend
15	Verkauf Niederwildjagdpatente	Öffentlichkeit	225 verkaufte Patente	«Fällt weg» Wird neu unter Plangrössen geführt	Sinkend
16	Schilf- und Uferschutzintervention	Öffentlichkeit	Reaktionszeit unter 24 Std. für Beginn Schwemmholtzbergung nach Ereignis (Vorbehalt: Befahrbarkeit See verantwortlich)	Beginn der Schwemmholtzbergung spätestens 24 Std. nach Ereignis (unter Vorbehalt der Sicherheit für den Einsatz mit dem Seereinigungsboot)	Gleich
E	eGov-Angebot Online-Bezug Jagd-Gastkarten operativ	Jäger/innen, Jagdgäste	Online-Gastkartenbezüge mind. 10 %	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 3: Entscheide und Entscheidvorbereitung					
17	Fristgerechte Stellungnahmen zu direktionsinternen Vernehmlassungen	Direktionsvorsteherin, Generalsekretariat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
18	Hohe Qualität von Bewilligungen und Verfügungen des AFW	Diverse öffentliche und private Gesuchsteller	Keine gutgeheissenen Einsprachen aus formalen Gründen	Keine gutgeheissenen Einsprachen aus formalen Gründen	Gleich
19	Fristgerechte Ausarbeitung der Entwürfe von DI-Verfügungen	Direktionsvorsteherin	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
20	Fristgerechte direktionsübergreifende Stellungnahmen	Andere kantonale Fachstellen, vorab ARP Koordinationsstelle	100 % innert Frist oder zeitgerechter Antrag für Fristverlängerung	100 % innert Frist oder zeitgerechter Antrag für Fristverlängerung	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen und Information					
21	Jagdausübung ist gut betreut und kontrolliert	Öffentlichkeit	Mind. 1 Kontrollgang der Wildhut pro Hirsch- und Rehwildjagdtage bei insgesamt mind. 300 Std. Jagdaufsicht	Mind. 1 Kontrolleinsatz der Wildhut pro Hirsch- und Rehwildjagdtage bei insgesamt mind. 300 Std. Jagdaufsicht an Jagdtagen	Gleich
22	Wald ist frei von unbewilligten Bauten und Anlagen	Öffentlichkeit	Forstdienst entdeckt nicht bewilligte Bauten und Anlagen im Wald spätestens 6 Monate nach Erstellung und meldet dies binnen 3 Wochen nach Entdeckung der Amtsleitung	Forstdienst entdeckt nicht bewilligte Bauten und Anlagen im Wald spätestens 6 Monate nach Erstellung und meldet dies binnen 3 Wochen nach Entdeckung der Amtsleitung	Gleich
23	Wildhut ist rund um die Uhr bei Wildunfällen schnell vor Ort	Öffentlichkeit	Bei 95 % der Aufgebote ist der/die Mitarbeitende innert max. 15 Min. nach Erhalt Aufgebot zum Zielort unterwegs (Journalführung)	Bei 98 % der Aufgebote ist der/die Mitarbeitende innert 15 Min. nach Erhalt Meldung zum Unfallort unterwegs	Gleich
24	Zuger Forstpersonal ist gut aus- und weitergebildet	Waldeigentumsberechtigte, Öffentlichkeit	50 Vorbereitungs-, Kurs- oder Instruktionsstunden durch Zuger Forstdienst	Zuger Forstdienst leistet 50 Vorbereitungs-, Kurs- oder Instruktionsstunden	Gleich
25	Gut ausgebildete und geprüfte angehende Jäger/innen	Angehende Jäger/innen, Patentjägerverein	3 Kursangebote und Durchführung aller Prüfungen je Ausbildungsjahr	Gestaltung von mind. 2 Ausbildungskursen sowie Durchführung aller Prüfungen je Ausbildungsjahr	Gleich
26	Schüler/innen sind über die Zusammenhänge in den Bereichen Wald, Wild und Wasser gut informiert	Schulen, Schüler/innen, Öffentlichkeit	60 Führungen, Exkursionen und/oder Vorträge durch Förster/innen, Wildhüter/innen oder Fischereiaufseher/innen	Förster/innen, Wildhüter/innen oder Fischereiaufseher/innen veranstalten 60 Führungen, Exkursionen und/oder Vorträge	Gleich
F	Öffentlichkeit wird regelmässig über Wild-Themen informiert	Öffentlichkeit	Veranstaltung durchgeführt bis 31. Oktober	Forum-Wild-Veranstaltung bis Ende Jahr durchgeführt	Gleich
G	Tag des offenen Klassenzimmers im Jagdlehrgang	Öffentlichkeit	Veranstaltung durchgeführt	Bis Ende Jahr wird mind. 1 Kursabend im Jagdlehrgang als öffentliche Veranstaltung geführt	Gleich
Leistungsgruppe 5: Diverse					
27	Bedarfsgerechte beratende Tätigkeit der Natur- und Landschaftsschutzkommission für die Fachstellen der Baudirektion	Baudirektion	Erarbeiten von 95 % der unterschriftsfertigen Stellungnahmen innert Wochenfrist zuhanden des Kommissionspräsidenten/der Kommissionspräsidentin	100 % der Stellungnahmen sind binnen 7 Tagen unterschriftsfertig an den Kommissionspräsidenten/die Kommissionspräsidentin weitergeleitet	Gleich
28	Flexible Einsatzbereitschaft für Aufgaben des kantonalen Führungsstabs	Sicherheitsdirektion, Öffentlichkeit	Leisten von mind. 110 Std. zugunsten der Notorganisation des Kantons Zug	Leisten von mind. 100 Arbeitsstunden zugunsten der Notorganisation des Kantons Zug	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Die Leistungsziele B, C und E fallen weg, da die Projekte beendet wurden.

Im Rahmen einer umfassenden Überarbeitung des Leistungsauftrages mit der FD-Abteilung Projekte wurden für das Budget einige Ziele umformuliert.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Fliessgewässer-Unterhalt zur Gefahrenabwehr und -prävention	Laufmeter	910	800	800	Gleich
Bauanfragen/Vorprüfungen im Bereich Gewässer für Koordinationsstelle oder Bauherrschaften	Anzahl	58	50	50	Gleich
Beurteilung von Waldabstandsunterschreitungen zuhanden der Koordinationsstelle oder für Bauanfragen Dritter	Anzahl	61	45	45	Gleich
Bergung von Fall- und Unfallwild bei Wildunfällen sowie Wildunfallbescheinigung	Stunden	646	850	650	Gleich
Holz zeichnen durch AFW-Förster/innen für private Waldeigentumsberechtigte	m³	18'046	17'000	17'000	Gleich
Beitragsgesuche von Waldeigentumsberechtigten (Jungwaldpflege, Schutzwaldpflege, Waldnaturschutzeingriffe usw.) prüfen und bewilligen	Anzahl	347	310	310	Gleich
Beratung in Sachen Wildschadenverhütung und -vergütung für die Land- und Forstwirtschaft	Stunden	308	250	250	Gleich
Einsatz Seereinigungsboot zugunsten Freibäder Zugersee, Bootsstationierungsanlagen und Schilf- und Uferschutz	Stunden	141	125	125	Gleich
Abnahme und Streifen der Laichtiere aus der Netzfischerei	Stunden	104	110	110	Gleich
Baustellen- und Notabfischungen bei Eingriffen in die Gewässer	Stunden	191	180	180	Gleich
Verkauf Ufer-Angelpatente Zugersee	Anzahl			350	Steigend
Verkauf Niederwildjagdpatente	Anzahl			215	Gleich
Auftrag zur Erarbeitung von DI-Verfügungen	Anzahl			20	Gleich
Stellungnahmen zu direktionsinternen Vernehmlassungen	Anzahl			105	Gleich
Direktionsübergreifende Stellungnahmen	Anzahl			60	Gleich
Führen des Sekretariats für die Natur- und Landschaftsschutzkommission des Kantons Zug	Aufwandstunden			80	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-5'618'429.65	-6'295'800	-6'073'600	222'200	-3.5	-6'335'200	-6'494'000	-6'656'500
Total Ertrag	1'299'976.99	1'323'600	1'271'700	-51'900	-3.9	1'298'100	1'281'100	1'285'100
Saldo	-4'318'452.66	-4'972'200	-4'801'900	170'300	-3.4	-5'037'100	-5'212'900	-5'371'400

Kommentar Budget

Es sind weniger Planungen/Projektierungen/Untersuchungen sowie Dienstleistungen durch Dritte vorgesehen als im Vorjahr.

Kommentar Finanzplan

Beim Gewässerunterhalt und bei den forstlichen Beiträgen wird mit tendenziell höheren Aufwänden gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
DI1530.0001 Anschaffung Fahrzeuge, Maschinen, Einrichtungen						
Ausgaben		-72'000	-127'000			-50'000
Einnahmen						
DI1530.0002 Neu- und Ausbau von Gewässerschutz- bauten im Wald						
Ausgaben	-711'880.60	-1'300'000	-1'230'000	-1'300'000	-1'350'000	-1'400'000
Einnahmen	70'184.95	120'000				
DI1530.0031 Erwerb von Waldungen						
Ausgaben		-30'000	-30'000	-30'000	-30'000	-30'000
Einnahmen						
DI1530.0033 Neu-/Ausbau/ Erneuerung Erschliessung. +Schutzbauten						
Ausgaben	-68'878.70	-145'000	-130'000	-100'000	-100'000	-100'000
Einnahmen						
DI1530.0061 Beitr. an Gden f. forstl. Erschliess.+ Schutzbauten						
Ausgaben	-344'751.05	-430'000	-272'000	-300'000	-300'000	-300'000
Einnahmen						
DI1530.0062 Beitr. an Priv f. forstl. Erschliess.+ Schutzbauten						
Ausgaben	-3'403.50	-75'000	-60'000	-60'000	-60'000	-60'000
Einnahmen						
DI1530.0063 Bundesbeitrag Pro- grammvereinbarung Schutzbauten WaG						
Ausgaben						
Einnahmen	377'500.00	377'500	377'500	380'000	380'000	380'000
DI1530.0064 Durchlauf. Investitionsbeiträge für/an Waldeigent.						
Ausgaben	-200'000.00					
Einnahmen	200'000.00					
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-1'328'913.85	-2'052'000	-1'849'000	-1'790'000	-1'840'000	-1'940'000
Einnahmen	647'684.95	497'500	377'500	380'000	380'000	380'000
Saldo	-681'228.90	-1'554'500	-1'471'500	-1'410'000	-1'460'000	-1'560'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Kommentar Finanzplan

Bei den Gewässerschutzbauten wird mit tendenziell höheren Ausgaben gerechnet.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Sozialamt entwickelt Lösungen für soziale Brennpunkte und unterstützt mit seinen Dienstleistungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Zuger Bevölkerung. Es ist zuständig für die Planung, Steuerung und Aufsicht sowie die Information und Koordination wichtiger sozial- und gesellschaftspolitischer Massnahmen, insbesondere in den Bereichen Asyl, soziale Einrichtungen, Sozialhilfe, Integration, Kind, Jugend, Familie und Alter.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Soziale Dienste Asyl

- Unterbringung, Betreuung, Beratung und finanzielle Unterstützung der Asylsuchenden, Flüchtlinge und von Personen aus dem Nothilfbereich
- Akquisition und Unterhalt von Unterkünften
- Reporting und Abrechnung gegenüber Bund

Leistungsgruppe 2: Steuerung und Finanzierung von sozialen Organisationen

- Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit sozialen Organisationen
- Betriebsbewilligung, Anerkennung und Ausübung der Aufsicht über soziale Einrichtungen
- Individuelle Kostenübernahmegarantien in ausserkantonalen sozialen Einrichtungen
- Führen der kantonalen IVSE-Verbindungsstelle (Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen)
- Beurteilung und Finanzierung von Investitionsprojekten sozialer Einrichtungen
- Bedarfsanalyse und Angebotsplanung im Behindertenbereich

Leistungsgruppe 3: Beiträge an soziale Projekte

- Prüfung und Bearbeitung von Beitragsgesuchen im Bereich Jugendförderung
- Prüfung und Bearbeitung von Beitragsgesuchen im Bereich Integration
- Prüfung und Bearbeitung von Lotteriefondsgesuchen im Sozialbereich

Leistungsgruppe 4: Regierungs- und Kantonsrats-Geschäfte

- Erarbeitung Regierungsratsanträge/Kantonsratsanträge
- Erarbeitung Rechtsgrundlagen
- Verfassen von Mitberichten und Vernehmlassungen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen

Leistungsgruppe 5: Planung, Koordination und Information

- Koordination und Beratung betreffend Sozialhilfe, Kinder- und Jugendförderung, familienergänzende Kinderbetreuung, Alter und Integration
- Führung der kantonalen Fachstelle Integration und der Ansprechstelle Integration gegenüber dem Bund
- Umsetzung des kantonalen Integrationsprogrammes KIP
- Bedarfserhebung und Information über Angebote betreffend familienergänzende Kinderbetreuung

- Überprüfung und Weiterentwicklung der Qualitätsanforderungen in der familienergänzenden Kinderbetreuung
- Bereitstellung von Informationsplattformen im Internet

Leistungsgruppe 6: Entwicklung und übrige Aufgaben

- Projekte und Grundlagen
- Ausübung der Oberaufsicht Kinderbetreuung und der Aufsicht Sozialhilfe
- Sekretariat bzw. Einsitz kantonale Kommissionen
- Sekretariat Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK)
- Geltendmachung von Sozialhilfeleistungen gegenüber Bund, Kantonen und Gemeinden
- Administration und Führung Empfang Neugasse 2

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention) vom 20. November 1989 (SR 0.107)
- Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) vom 13. Dezember 2006 (ICRPD; SR 0.1xx)
- Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz) vom 16. Dezember 2005 (AuG; SR 142.20)
- Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (AsylG; SR 142.31)
- Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen vom 6. Oktober 2006 (IFEG; SR 831.26)
- Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz) vom 24. Juni 1977 (ZUG; SR 851.1)
- Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern vom 24. Oktober 2007 (VIntA; SR 142.205)
- Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (Asylverordnung 2) vom 11. August 1999 (AsylV 2; SR 142.312)
- Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption vom 19. Oktober 1977 (PAVO; SR 211.222.338)
- Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz) vom 29. September 2005 (BGS 213.4)
- Gesetz über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz) vom 16. Dezember 1982 (SHG; BGS 861.4)
- Gesetz über soziale Einrichtungen vom 26. August 2010 (SEG; BGS 861.5)
- Verordnung über die Kommission für Integrationsfragen und gegen Rassismus vom 8. August 2000 (BGS 122.72)
- Verordnung zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsverordnung) vom 14. November 2006 (KiBeV; BGS 213.42)

- Verordnung zum Sozialhilfegesetz (Sozialhilfeverordnung) vom 20. Dezember 1983 (BGS 861.41)
- Verordnung betreffend Sozialhilfe für Personen aus dem Asylbereich vom 27. Januar 2009 (BGS 861.42)
- Verordnung zum Gesetz über soziale Einrichtungen vom 16. November 2010 (SEV; BGS 861.512)

- Interkantonale Vereinbarung für Soziale Einrichtungen vom 13. Dezember 2002 (IVSE; BGS 861.52)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfängende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Soziale Dienste Asyl					
1	Regelmässige Beratungen	Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich (ohne Nothilfe)	Anzahl Beratungsgespräche/ Monat im Verhältnis zur Zielgruppe: 70 %	Anzahl Beratungsgespräche/ Monat im Verhältnis zur Zielgruppe: 70 % (315 Gespräche/ 450 Personen)	Gleich
2	Gezielte Förderung der Integration	Vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge zwischen 18-55 Jahren	Anzahl Leistungsempfängende mit 1 beruflichen Integrationsmassnahme: 40 %; Anzahl Leistungsempfängende mit 1 sprachlichen Integrationsmassnahme: 50 %	Anzahl Leistungsempfängende mit 1 beruflichen Integrationsmassnahme: 40 % (ca. 200 Personen/80 Massnahmen); Anzahl Leistungsempfängende mit 1 sprachlichen Integrationsmassnahme: 40 % (ca. 200 Personen/80 Massnahmen)	Gleich
3	Ersatz wegfallender Asyl- und Nothilfeunterkünfte	Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich inkl. Nothilfe	100 % genügend Unterkunftsplätze gemäss Fallzahlenentwicklung	100 % genügend Unterkunftsplätze gemäss Fallzahlenentwicklung	Gleich
4	Korrekte Reportings und Abrechnungen gegenüber dem Bund	Bundesamt für Migration BFM Bundesamt für Statistik BFS	100 % innert Frist gemäss Vorgaben BFM und BFS	«Fällt weg»	
5	Freiwilligenarbeit ausbauen und konsolidieren	Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, anerkannte Flüchtlinge		Mit neuen Freiwilligen (ca. 5) Eintrittsgespräch führen Mit allen Freiwilligen (ca. 15) - Vereinbarung abschliessen - Begleitungsgespräch 2x pro Jahr	Gleich
Leistungsgruppe 2: Steuerung und Finanzierung von sozialen Organisationen					
6	Kontinuierliches und systematisches Kontraktmanagement (Überprüfung Angebot, Qualität und Finanzen, Auszahlungen, Anpassungen der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen)	Soziale Einrichtungen und ihre Adressatinnen und Adressaten Beratungs- und Fachstellen und ihre Adressatinnen und Adressaten	Anzahl Controllinggespräche: 16; Anzahl Neuverhandlungen von Vereinbarungen: 2	Anzahl Controllinggespräche: 17; Anzahl Neuverhandlungen von Vereinbarungen: 4	Gespräche: gleich/ Neuverhandlungen: steigend
7	Regelmässige Überprüfung der Bewilligungs- und Anerkennungsvoraussetzungen	Soziale Einrichtungen und ihre Adressatinnen und Adressaten	Anzahl Überprüfungen: 12	Anzahl Überprüfungen: 15	Gleich
A	Einstufungssystem IBB (Individueller Betreuungsbedarf): Einführung Indikatorenraaster und Pilotphase	Soziale Einrichtungen		Einführung in zwei Einrichtungen	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016-18
B	Aufarbeitung Fürsorgerische Zwangsmassnahmen im Kanton Zug (bis 1981)	Betroffene, Öffentlichkeit		Schlussbericht liegt vor	Beschluss Massnahmen
Leistungsgruppe 3: Beiträge an soziale Projekte					
8	Fachgerechte und fristgemässe Behandlung und Zahlungsabwicklung von Beitragsgesuchen	Gemeinden, Private Organisationen, Verbände, Jugendgruppen, Bildungseinrichtungen, Migrationsorganisationen	95 % innert 2 Monaten (ab publiziertem Eingangstermin bzw. ab Eingang bis Fertigstellung Entscheidentwurf)	95 % innert 2 Monaten, ab publizierter Eingangsfrist bzw. ab Eingang bis Fertigstellung Entscheidentwurf	Gleich
Leistungsgruppe 4: Regierungs- und Kantonsrats-Geschäfte					
9	Fristgerechtes Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen und Antworten auf parlamentarische Vorstösse	Direktion	100 % innert Frist	100 % innert Frist (ø 40 Geschäfte)	Gleich
Leistungsgruppe 5: Planung, Koordination und Information					
10	Aktuelle Kinderbetreuungs-broschüre und Kinderbetreuungswebseite mit integriertem Reporting zum Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen im Kanton Zug	Gemeinden, Firmen, Fachstellen, Privatpersonen	Broschüre: aktualisiert und versandt im Mai; Reporting durchgeführt	Kinderbetreuungswebseite im April aktualisiert (ø 210 Einrichtungen); ca. 2'700 Broschüren im Mai versandt	Gleich
11	Umsetzung und Koordination des Kantonalen Integrationsprogrammes (KIP)	Bund, Kanton, Gemeinden, private Organisationen, Migrationsorganisationen, Bevölkerung	Mind. 80 % der Bundesgelder werden abgeholt und programmzielgemäss eingesetzt	Mind. 80 % der Bundesgelder werden abgeholt und programmzielgemäss eingesetzt	Steigend
C	Entwicklung einer neuen Strategie und eines angepassten Finanzierungsmodells für die Sprachförderung (Deutschkurse) ab 2015	Gemeinden, private Organisationen, Bildungseinrichtungen	Vergabekriterien sind definiert und kommuniziert	«Fällt weg» Ziel 2014 erreicht	
D	Sozialberichterstattung	Direktionen, Gemeinden, Organisationen, Institutionen		Bericht liegt Ende Jahr im Entwurf vor	Bericht ist abgeschlossen und veröffentlicht
Leistungsgruppe 6: Entwicklung und übrige Aufgaben					
12	Effiziente Durchführung, Vor- und Nachbearbeitung von kantonalen Kommissions-sitzungen	Sozialkommission, Integrationskommission, Fachkommission Projekt Jugendförderung, Verwaltungskommission	Anzahl Einladungen, Sitzungen und Protokolle: 9; jährliche Sitzungsgeldabrechnung	Anzahl Einladungen, Sitzungen und Protokolle: 9; jährliche Sitzungsgeldabrechnung von 25 Kommissionsmitgliedern	Gleich
13	Fristgerechte Prüfung und Bearbeitung der Unterstützungsanzeigen	Gemeinden, Kantone, Bund	100 % innerhalb gesetzlicher Vorgabe ZUG/Sozialhilfegesetz	100 % innerhalb gesetzlicher Vorgabe	Gleich
E	Pilotprojekt «Frühe Förderung in Kitas»	Kinderbetreuungseinrichtungen, Kinder in Kitas, Eltern, Wirtschaft und Gewerbe	Abschluss 2. Projektphase und Evaluation	«Fällt weg»	
F	Aufsicht Sozialhilfe: systematische Visitation der Sozialdienste der Einwohner- und Bürgergemeinden	Sozialdienste der Einwohner- und Bürgergemeinden		Umsetzung Konzept; Visitationsbericht von 5 Gemeinden liegt vor	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
G	Frühkindliche Förderung für benachteiligte Familien	Gemeinden, Institutionen, Organisationen, Familien mit Vorschulkindern		3 erweiterte Analysen bzw. Konzepte in den drei Handlungsfeldern liegen vor	Massnahmenumsetzung
L16	Entwicklung Leitbild und Konzept für Kinder-/Jugendförderung in Zusammenarbeit mit Gemeinden und Organisationen	Direktionen, Gemeinden, Organisationen, Institutionen, Kinder und Jugendliche		Analyse von Situation und Entwicklungsbedarf auf kantonaler und gemeindlicher Ebene bezüglich Schutz, Förderung und Partizipation liegt vor	Auf der Basis von Leitbild und Konzept werden erste Massnahmen zur Umsetzung gestartet
L24	Konzept zur Unterstützung der Betreuungs- und Pflegeleistungen Angehöriger	Angehörige von betreuten Personen		Befragung der Zuger Gemeinden, Institutionen und Verbände zur Situation der Betreuung und Pflege durch Angehörige	Bericht zu den Befragungsergebnissen, aktuellen Grundlagen und Erhebungen sowie Konzept zu möglichen Handlungsfeldern
L20	Förderung der Freiwilligenarbeit in den Gemeinden	Gemeinden, Privatpersonen	Die Webplattform zur Förderung der informellen Freiwilligenarbeit ist in der Testversion online zugänglich	Unterstützungsangebot für die Implementierung der Nachbarschaftshilfe in den Gemeinden durch Benevol ist eingeführt; Website ist angepasst	Förderprojekt wird evaluiert und abgeschlossen
L25	Veranstaltung für Fachpersonen und weitere Interessierte über Talente und Expertenwissen älterer Menschen	Fachpersonen und weitere Interessierte		Veranstaltung wird im 1. Halbjahr 2015 durchgeführt	Fällt weg
L23	Unterstützung Initiativen zur Vermeidung sozialer Brennpunkte für Jugend, Alter, Familie, Migration (Teilprojekt Familienpolitik)	Regierungsrat, Direktionen, Familien	2 Koordinationssitzungen mit allen Direktionen sind durchgeführt	«Fällt weg»	
L34	Konzept frühkindliche Förderung für benachteiligte Familien	Regierungsrat, Familien	Umsetzung Konzept gestartet	«Fällt weg»	

Kommentar Zielsetzungen

Das Legislaturziel 24 wird gemeinsam mit der Gesundheitsdirektion erarbeitet. L23 und L34 sind wegfallende Ziele aus der Legislaturperiode 2010-2014.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
RR-Anträge (KSA)	Anzahl	40	50	45	Gleich
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	18	19	19	Gleich
Asyl, zu betreuende Personen:	Anzahl	883	950	880	Steigend
- Asylsuchende N		298	330	230	Steigend
- Nothilfe		63	80	80	Steigend
- Vorläufig Aufgenommene F		149	160	160	Gleich
- Vorläufig Aufgenommene F7+		108	130	130	Gleich
- Anerkannte Flüchtlinge B		145	170	160	Gleich
- Anerkannte Flüchtlinge B5+				40	Steigend
- Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge F		84	70	70	Gleich
- Aufenthaltsstatus C		37	10	10	Gleich
Asyl, unterzubringende Personen:	Anzahl	883	950	880	Steigend
- Durchgangsstation		95	90	80	Steigend
- Dezentrale Unterkunft		512	560	500	Gleich
- Nothilfe-Unterkunft		35	40	40	Steigend
- Private Unterkunft		229	230	230	Gleich
- Andere Unterbringung		12	30	30	Gleich
Soziale Einrichtungen, Platzangebot:	Anzahl Plätze				
- Wohnen (ab 2014 auch kombiniert mit Arbeit oder Beschäftigung)		38	300	302	Steigend
- Wohnen mit Beschäftigung		166	0	fällt weg	
- Geschützte Arbeitsplätze (ab 2014 intern und extern)		234	297	296	Steigend
- Wohnen mit geschütztem Arbeitsplatz		67	0	fällt weg	
- Beschäftigung (ab 2014 intern und extern)		38	205	207	Steigend
Kostenübernahmegarantien (KÜG) für Zugerinnen und Zuger	Aufwand in Fr.		14'324'000	15'019'000	Steigend
Kostenübernahmegarantien (KÜG) für Zugerinnen und Zuger	Anzahl behandelte Gesuche	327	370	350	Steigend
Durch KÜG finanzierte Platzierungen für Zugerinnen und Zuger	Anzahl Betreute Total	198	210	220	Steigend
- davon ausserkantonale	Anzahl Betreute	166	180	180	Gleich
- davon innerkantonale	Anzahl Betreute	32	30	40	Steigend
Lotteriefondsgesuche	Anzahl	40	40	40	Gleich
Beitragsgesuche Jugendförderung	Anzahl	29	30	45	Gleich
Beitragsgesuche Integration	Anzahl	48	50	50	Gleich
Unterstützung: Zuger Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in anderen Kantonen	Anzahl Dossiers	56	70	65	Gleich
Unterstützung: Bürgerinnen und Bürger anderer Kantone mit Wohnsitz im Kanton Zug	Anzahl Dossiers	110	95	100	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Asyl

Neue Personengruppe: Anerkannte Flüchtlinge B5+, diese Personen werden seit dem 1. Februar 2014 nicht mehr vom Bund finanziert.

Mit Inbetriebnahme des temporären Bundesasylzentrums Gubel im Mai 2015 werden dem Kantonskontingent maximal 120 Asylsuchende angerechnet. Diesem Umstand wurde im Budget Rechnung getragen. Aufgrund der aktuellen Flüchtlingsströme muss trotzdem damit gerechnet werden, dass die Zahl der Asylsuchenden weiter steigt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-61'492'804.41	-67'026'500	-67'788'900	-762'400	1.1	-69'564'400	-70'051'400	-71'028'300
Total Ertrag	16'324'677.59	16'677'400	15'681'200	-996'200	-6.0	15'791'200	15'249'200	15'129'000
Saldo	-45'168'126.82	-50'349'100	-52'107'700	-1'758'600	3.5	-53'773'200	-54'802'200	-55'899'300

Kommentar Budget

- Der Aufwand für Leistungs- und Subventionsvereinbarungen nimmt im Vergleich mit dem Budget 2014 um rund 1'800'000 Franken zu. Davon sind rund 1'350'000 Franken für neue Plätze gemäss Bedarfsplanung in sozialen Einrichtungen und für eine neue soziale Einrichtung vorgesehen. Die Teuerung und individuelle Entwicklung der bestehenden Vereinbarungen machen rund 300'000 Franken des Anstiegs aus. Eine Angebotsausweitung und weitere Änderungen in einer bestehenden Leistungsvereinbarung führen zu rund 150'000 Franken Mehrkosten.
- Der Aufwand für individuelle Kostenübernahmegarantien für soziale Einrichtungen steigt um rund 700'000 Franken gegenüber dem Budget 2014. Der Anstieg wird sich voraussichtlich verflachen, nachdem im Rechnungsjahr 2013 erstmals nur eine kleine Budgetabweichung verzeichnet wurde.
- Bei den Sozialen Diensten Asyl ergibt sich eine Reduktion des Aufwands (1'640'000 Franken), da einerseits aufgrund des temporären Bundesasylzentrums Gubel mit tieferen Fallzahlen kalkuliert wurde und andererseits aufgrund des Systemwechsels bei den individuellen Prämienverbilligungen. Diese beiden Faktoren wirken sich ebenfalls auf den Ertrag aus, der entsprechend sinkt (700'000 Franken Prämienverbilligungen gehen direkt an Krankenkassen, 500'000 Franken Rückgang Bundesbeitrag aufgrund Fallzahlen).
- Es wurden 400'000 Franken von der Prof. Dr. Beisheim-Stiftung zur Aufwandsminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
DI1550.0024 Wohn- u. Werkheim Schmetterling						
Ausgaben		-280'000				
Einnahmen						
DI1550.0027 ZUWEBE, Umbau Werkstätte Bösch						
Ausgaben		-1'935'000	-1'500'000			
Einnahmen						
DI1550.0030 Wohnheim Eichholz, Neubau						
Ausgaben				-1'000'000	-7'000'000	-7'500'000
Einnahmen						
DI1550.0032 Stiftung Phönix: Kauf und Umbau Tageszentrum						
DI1550.0033 Beitrag ConSol Wäscherei Ibelweg						
DI1550.0034 ZUWEBE: Beitrag Umbau/Sanierung Wohnhaus Ried						
Ausgaben	-792'000.00					
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-792'000.00	-2'215'000	-1'500'000	-1'000'000	-7'000'000	-7'500'000
Einnahmen						
Saldo	-792'000.00	-2'215'000	-1'500'000	-1'000'000	-7'000'000	-7'500'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
DI1550.0022 Stiftung Maihof Ausbau und Sanierungen						
Ausgaben	-251.35					
Einnahmen						
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-251.35					
Einnahmen						
Saldo	-251.35					

Kommentar Budget

DI1550.0027: Der Umbau der Zuwebe-Werkstätte Bösch soll noch im Jahr 2014 gestartet werden. Der grösste Teil der Investitionen wird im 2015 anfallen und die Gesamtkosten werden auf rund 2'650'000 Franken geschätzt.

Kommentar Finanzplan

DI1550.0030: Das Wohnheim Eichholz plant einen Neubau am Standort des jetzigen Wohnhauses. Es wurde ein Antrag zur Genehmigung des Bedarfsnachweises, Standorts, Raumprogrammes und des Planungs- und Ausführungsverfahrens gemäss GAP Dritte eingereicht. Der KRB und der Baustart sind für 2016 vorgesehen. Es ist mit Gesamtkosten von rund 15'500'000 Franken zu rechnen.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES), mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und den Abteilungen Unterstützende Dienste (KESUD), Revisorat/Kanzlei (KESRK) sowie dem Mandatszentrum (KESMAZ), bildet die kantonale Fachstelle des zivilen Kindes- und Erwachsenenschutzes.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Abklärung, Errichtung oder Anordnung behördlicher Massnahmen

- Erfassung von Meldungen über Gefährdungen des Kindes- und Erwachsenenwohls
- Erfassung von Meldungen über ärztliche Unterbringung
- Formelle Prüfung der Meldungen
- Materielle Prüfung der Meldungen
- Abklärung und Prüfung der Notwendigkeit einer behördlichen Massnahme
- Errichtung einer Beistandschaft (Begleit-, Mitwirkungs- Vertretungs- oder umfassende Beistandschaft; Vormundschaft)
- Einsetzung einer Beistandsperson und Auftragserteilung
- Anordnung einer fürsorgerischen Unterbringung
- Erteilung von Weisungen
- Vernehmlassung bei Beschwerden gegen eine behördliche Massnahme vor dem Verwaltungsgericht

Leistungsgruppe 2: Überwachung der Führung und Umsetzung angeordneter behördlicher Massnahmen sowie Registeraufgaben

- Führung der Falladministration und Geschäftskontrolle
- Instruktion, Begleitung und Kontrolle der Beistandspersonen
- Prüfung und Genehmigung der im Rahmen der Beistandschaft eingereichten Inventare, Berichte und Rechnungen
- Prüfung der Einhaltung der festgelegten Vermögensanlagestrategien nach VBVV (SR 211.223.11)
- Ausrichtung und Rückforderung der Entschädigungen für die Mandatsführung
- Überprüfung der Notwendigkeit angeordneter behördlicher Massnahmen
- Beurteilung von Beschwerden über Mandatspersonen
- Erteilung von Registerauskünften für Handlungsfähigkeitszeugnisse, Waffenerwerbsscheine, Einbürgerungsgesuche, usw.

Leistungsgruppe 3: Führung und Umsetzung angeordneter behördlicher Massnahmen (Mandatsführung)

- Führung angeordneter Mandate durch das MaZ, Fachstellen oder Privatpersonen

Leistungsgruppe 4: Genehmigung von Einzelgeschäften und Mitwirkung bei zustimmungsbedürftigen Geschäften

- Bearbeitung von genehmigungspflichtigen Einzelgeschäften (z. B. Vorsorgeauftrag, Patientenverfügung, Unterhaltsvertrag, Gemeinsame elterliche Sorge, Vermögensanlagestrategie, usw.)
- Bearbeitung von zustimmungsbedürftigen Geschäfte gemäss Art. 416 und 417 ZGB

Leistungsgruppe 5: Bewilligung Pflegeplatzverhältnisse und Adoptionen

- Prüfung und Bewilligung von Pflegeplatzverhältnissen
- Betreuung und Beaufsichtigung der Pflegeeltern
- Prüfung und Zustimmung von/zu Adoptionen

Leistungsgruppe 6: Aufbau der Gesamtorganisation

- Aufbau- und Ablaufprozesse erstellen
- Schnittstellen bereinigen und festlegen
- Ausarbeitung von Dokumenten
- Aufbau von Dokumentation und Strukturierung der EDV-Applikationen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Zusammenarbeit und Vernetzung mit externen Partnerinnen und Partnern
- Organisation der Aktenführung und Archivierung

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210) insbesondere Änderung vom 19. Dezember 2008
- Verordnung über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (SR 211.223.11)
- Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1), Änderung vom 26. Januar 2012, Kantonsratsvorlage Nr. 2036.7 Laufnummer 13731 und Ausführungsverordnungen
- Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) vom 1. April 1976 (BGS 162.1)
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz, GesG) vom 30. Oktober 2008 (BGS 821.1)
- Verordnung über Entschädigung und Spesenersatz bei Beistandschaften und Vormundschaften (BGS 213.52)
- Kantonsratsbeschluss über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (BGS 641.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Nach Ablauf eines ersten Teils der Aufbauphase des KES wurde der Leistungsauftrag generell überarbeitet und im Hinblick auf die geplante Einführung der Kostenleistungsrechnung angepasst.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Abklärung, Errichtung oder Anordnung behördlicher Massnahmen					
1	Der Eingang sämtlicher Gefährdungsmeldungen ist zeitnah bestätigt	Melder/in, Betroffene, Institutionen		Innerhalb von 5 Arbeitstagen ist der Eingang einer Gefährdung bestätigt	Gleich
2	Prüfung und fristgerechte Abklärung der Notwendigkeit einer behördlichen Massnahme sind erfolgt	Betroffene, zuständiges Behördenmitglied		Die Abklärung ist innerhalb von 2 Monaten abgeschlossen und 1 Empfehlung zur Errichtung der Massnahme ausgearbeitet	Gleich
3	Die Errichtung/Anordnung einer behördlichen Massnahme ist zeitgerecht erfolgt	Betroffene		Die Massnahme ist innerhalb von 2 Monaten nach Abschluss der Abklärung errichtet/angeordnet	Gleich
Leistungsgruppe 2: Überwachung der Führung und Umsetzung angeordneter behördlicher Massnahmen sowie Registeraufgaben					
4	Inventare, Berichte und Rechnungen sind geprüft und genehmigt	Betroffene, Mandatstragende		Die Prüfung und Genehmigung sind 3 Monate nach Ablauf der Einreichungsfrist erfolgt	Gleich
5	Systematische Instruktion, Begleitung und Überwachung der Mandatstragenden	Mandatstragende, Betroffene		Mit allen neuen Privaten Mandatstragenden wird bis spätestens 6 Monate nach Mandatsübernahme ein 2. Instruktionstermin durchgeführt. Pro Jahr findet je 1 Anlass pro Region (4) statt	Gleich
Leistungsgruppe 3: Führung und Umsetzung angeordneter behördlicher Massnahmen (Mandatsführung)					
6	Die Beistandspersonen erfüllen die behördlich angeordneten Aufgaben	Betroffene		Die Beistandspersonen erledigen ihre Aufgaben nach festgelegten Standards. Ein internes Audit zeigt auf, dass die Standards zu 80 % erfüllt werden	Gleich
7	Die Privaten Mandatstragenden sind rekrutiert und hinsichtlich ihre fachlichen und persönlichen Eignung geprüft	Betroffene		Die Eignung der Privaten Mandatstragenden werden nach festgelegten Standards geprüft und sind sich der gestellten Aufgaben bewusst	Gleich
Leistungsgruppe 4: Genehmigung von Einzelgeschäften und Mitwirkung bei zustimmungsbedürftigen Geschäften					
8	Zustimmungsbedürftige Geschäfte gemäss Art. 416 und 417 ZGB sowie genehmigungspflichtige Einzelgeschäfte sind bearbeitet	Betroffene, Mandatstragende		Die Bearbeitung der eingegangenen Anträge ist nach 2 (bei gemeinsamer elterlicher Sorge: nach 3) Monaten abgeschlossen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 5: Bewilligung Pflegeplatzverhältnisse und Adoptionen					
9	Pflegeverhältnisse sind geprüft und bewilligt	Betroffene, Pflegeeltern		Pflegeverhältnisse sind innert 4 bis 6 Wochen nach Eingang der Meldung geprüft und bewilligt	Gleich
10	Die Pflegeeltern sind betreut und beaufsichtigt	Betroffene, Pflegeeltern		Die Pflegeeltern werden mind. 2 x jährlich kontaktiert und es wird 1 jährlicher Bericht erstellt	Gleich
Leistungsgruppe 6: Aufbau der Gesamtorganisation					
A	Aufbau- und Ablaufprozesse sind erstellt	KES, Ämter, Institutionen, Betroffene		Die Aufbau- und Ablaufprozesse sind definiert und festgehalten	Gleich
B	Dokumente/Vorlagen sind ausgearbeitet	KES, Ämter, Institutionen, Betroffene		Alle notwendigen Dokumente/Vorlagen sind im Klib.net eingebunden	Gleich
C	Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit externen Partnerinnen und Partnern ist aufgebaut	KES, externe Organisationen		Es besteht 1 regelmässiger Austausch	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Im Zuge der generellen Überarbeitung des Leistungsauftrages wurden die Zielsetzungen auf die neuen Leistungsgruppen und Leistungen angepasst.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Laufende Massnahmen	Fall	1'196	1'450	1'300	Steigend
Neu angeordnete Massnahmen	Fall	173	350	200	Steigend
Umwandlung der bestehenden Beirat- und Beistandschaften in das neue Massnahmen-system	Fall	85	$\frac{2}{3}$ der laufenden Massnahmen	$\frac{2}{3}$ der laufenden Massnahmen	
Anzahl durch das Mandatszentrum geführte Mandate	Mandat	400	550	520	Steigend
Gefährdungsmeldungen	Meldung			500	Steigend
Pflegeplatzverhältnisse	Pflegeplatz			50	Steigend
Unterhaltsverträge und Gemeinsame elterliche Sorge (UHV/GeS)	UHV/GeS			350	Steigend
Anzahl Mandate geführt von der Fachstelle punkto Jugend und Kind	Mandate			210	Steigend
Anzahl Mandate geführt durch die Fachstelle Kinder- und Jugendberatung Zug	Mandate			80	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die von den Gemeinden per 31. Dezember 2012 übernommenen Dossiers wurden im EDV-System bereinigt und angepasst.

Zum Zeitpunkt der Budgetierung für das Jahr 2014 konnte noch nicht vorausgesagt werden, wie viele Mandate an die Fachstellen ausgelagert bzw. von den Fachstellen zurückgenommen werden müssen. Per Ende 2014 ist mit 500 durch das Mandatszentrum geführten Massnahmen zu rechnen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-6'459'698.72	-6'728'900	-6'919'500	-190'600	2.8	-7'175'200	-7'391'000	-7'563'000
Total Ertrag	860'194.30	560'000	812'500	252'500	45.1	450'000	450'000	450'000
Saldo	-5'599'504.42	-6'168'900	-6'107'000	61'900	-1.0	-6'725'200	-6'941'000	-7'113'000

Kommentar Budget

Aufgrund der Rechnung im Jahr 2013 wurden die Dienstleistungen Dritter (Kto. 3130) um 125'000 Franken vermindert und dafür die Ausgaben für Honorare Dritte (Kto. 3132) um 59'000 Franken erhöht bzw. angepasst.
 Auf der Ertragsseite wird bei den Gebühren (Kto. 4210), bei der Rückerstattung Entschädigung Mandatsführung (Kto. 4240) und bei der Rückerstattung Dritter (Kto. 4260) eine Einnahmeerhöhung von total 252'500 Franken erwartet.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015			Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT1552.0001 Kostenberücksichtigung Fallführungs-Software								
Ausgaben	12'960.00							
Einnahmen								
Total Budgetkredite								
Ausgaben	12'960.00							
Einnahmen								
Saldo	12'960.00							

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie ist verantwortlich für den Erhalt, die Pflege, die Dokumentation und die Erforschung des archäologischen und bauhistorischen Erbes des Kantons Zug.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung

- Stellungnahmen bei Bauermittlungs- und Baugesuchen, bei Orts- und Bebauungsplanungen sowie geplanten baulichen Veränderungen hinsichtlich Ortsbildschutzzone, Inventarobjekt und Schutzobjekt sowie deren Umgebung, Weilerzone, Inventar schützenswerte Ortsbilder Schweiz ISOS
- Beraten von Gemeinden bei Bauvorhaben in den Ortsbildschutzzonen und Mitarbeit bei Planungen und Wettbewerben
- Fachliche Begleitung von Eigentümerschaften bei Umbauten, Sanierungen und Renovierungen

Leistungsgruppe 2: Bauuntersuchungen, Rettungsgrabungen und Auswertung

- Stellungnahmen bei Bauermittlungs- und Baugesuchen sowie geplanten baulichen Veränderungen hinsichtlich archäologischer Fundstätten
- Zustimmung und Durchführen von archäologischen Rettungsgrabungen und Bauuntersuchungen sowie Prospektionen (Erkunden und Aufsuchen von Fundstellen), Aushubüberwachungen und Kurzdokumentationen
- Bergen von Fundmaterial und Proben
- Aufarbeitung und Bereitstellung der Felddokumentationen zur Archivreife und archäologische Auswertung

Leistungsgruppe 3: Unterschutzstellung (Schutz und Beiträge)

- Einleitung des Verfahrens für die Unterschutzstellung
- Schutzabklärung (Beurteilung Schutzwürdigkeit, Vornahme Augenscheine, Spezialabklärungen, Nutzungsstudien)
- Mitwirkung in Beschwerdeverfahren zu Unterschutzstellungen
- Führen des Verzeichnisses der geschützten Denkmäler
- Erlass oder Vorbereitung von Zusicherungsbeschlüssen, Berechnung und Auszahlung der Beitragsgesuche gemäss Zusicherungsbeschluss
- Zustimmung für die Veränderung geschützter Denkmäler
- Organisation Sitzungen der kantonalen Denkmalkommission (Vorbereitung Unterlagen, Einladung, Durchführung, Protokoll)

Leistungsgruppe 4: Dokumentation, Inventare und Konservierung

- Führen des Inventars der schützenswerten Denkmäler sowie umfassende Revision alle zehn Jahre
- Führen der denkmalpflegerischen Objekt-Datenbank, des Kulturgüterschutzinventars (KGS), des Kunstdenkmälerinventars und der archäologischen Fundstellendatenbank

- Vorsorgliche Konservierung und Inventarisierung der archäologischen Funde
- Erfassung historischer Baubestand

Leistungsgruppe 5: Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit

- Information, Vorträge und Führungen über die Tätigkeiten von Denkmalpflege und Archäologie
- Erstellen von Publikationen
- Auskünfte an Interessierte, Medienschaffende und Fachkolleginnen und Fachkollegen
- Kulturgüterschutzmassnahmen in Zusammenarbeit mit Kulturgüterschutz-Organisation und Feuerwehren

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Übereinkommen zum Schutz des baugeschichtlichen Erbes in Europa vom 3. Oktober 1985 («Granada-Konvention», in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Juli 1996, SR 0.440.4)
- Europäische Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes (revidierte Fassung) vom 16. Januar 1992 («Malta-Konvention», für die Schweiz in Kraft getreten am 28. September 1996, SR 0.440.5)
- Bundesgesetz über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten vom 6. Oktober 1966 (SR 520.3)
- Schweizerisches Inventar der Kulturgüter von nationaler Bedeutung. Kulturgüterschutzverzeichnis gemäss Haager Abkommen vom 14. Mai 1954 für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. Ausgabe 2009 (am 27. November 2009 vom Bundesrat genehmigt)
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (SR 451)
- ISOS - Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (für den Kanton Zug in Kraft getreten am 1. Juni 2000)
- Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer (Kulturgütertransfergesetz, KG TG) vom 20. Juni 2003 (SR 444.1)
- Gesetz über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz) vom 26. April 1990 (BGS 423.11)
- Kantonaler Richtplan 2004

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung					
1	Fach- und zeitgerechte Stellungnahme abgeben	Amt für Raumplanung (ARP), Gemeinden	100 % innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	100 % innert Frist oder Kontaktaufnahme vor Ablauf Frist	Steigend
2	Fachkundige Beratung von Bauherrschaften, Planenden und Behörden	Bauherrschaften, ARP, Gemeinden	100 % innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	«Fällt weg»	
3	Zeitgerechtes Einholen von externem Spezialwissen für Stellungnahmen	Bauherrschaften, ARP, Gemeinden, Denkmalkommission	100 % Auftragserteilung innert Monatsfrist	100 % innert Frist oder Kontaktaufnahme vor Ablauf Frist	Gleich
Leistungsgruppe 2: Bauuntersuchungen, Rettungsgrabungen und Auswertung					
4	Zeitgerechte Verfügungen (Bauuntersuchungen, Rettungsgrabungen) zu Bauvorhaben und Planungen abgeben	ARP, Gemeinden	100 % innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	100 % innert Frist oder Kontaktaufnahme vor Ablauf Frist	Gleich
5	Kleine bis mittelgrosse Objektsach- und situationsgerecht dokumentieren und Funde sicherstellen	Öffentlichkeit, Kantonales Museum für Urgeschichte (KMUZ)	80 % innerhalb mit Bauherrschaft vereinbartem Termin	80 % innerhalb mit Bauherrschaft vereinbartem Termin	Gleich
6	Aufarbeitung der Dokumentation aller Untersuchungen zur Archivreife innert 24 Monaten	Öffentlichkeit, KMUZ	80 % der Objekte	80 % der Objekte	Gleich
A	Wissenschaftliche Auswertungen durchführen (Projektmanagement): - Pfahlbauten Cham-Alpenblick - Pfahlbauten Cham-Zugerstrasse 112 - Hünenberg, Burg - Kunstdenkmäler Stadt Zug	Öffentlichkeit, KMUZ, Eigentümerschaften, Gemeinden	Pfahlbauten Alpenblick: 90 % Dendroanalyse, 40 % Befund; Pfahlbauten Zugerstrasse 112: 50 % der Keramikaufnahme und Vorstudie Datierung; Hünenberg Burg: 50 % naturwissenschaftliche Untersuchungen; Zug, Seehof: Auswertung abgeschlossen	Pfahlbauten Cham-Alpenblick: 50 % des Befunds (200 Pläne) aufgearbeitet; Pfahlbauten Cham-Zugerstrasse 112: 100 % Keramikaufnahme erfolgt; Hünenberg, Burg: Bauphasen-Beschrieb abgeschlossen; Kunstdenkmäler Stadt Zug: Probemanuskript an GSK abgegeben	
Leistungsgruppe 3: Unterschutzstellung (Schutz und Beiträge)					
7	Erstellung von fundierten Unterlagen für die Beurteilung der Schutzwürdigkeit	Eigentümerschaft, Gemeinden, kantonale Denkmalkommission	80 % der neuen Gesuche werden an der nächsten Sitzung der Denkmalkommission behandelt, vorausgesetzt Gesuche treffen 3 Wochen vor Sitzung ein	Behandlung von 80 % der Gesuche, sofern die Anträge 3 Wochen vor Sitzung eingegangen sind	Steigend
Leistungsgruppe 4: Dokumentation, Inventare und Konservierung					
8	Alle Neueingänge des Verzeichnisses der geschützten Denkmäler und des Inventars der schützenswerten Denkmäler sind erfasst und auf der Homepage publiziert	Öffentlichkeit, Eigentümerschaften, Gemeinden, Kanton	Vierteljährlich auf Internet	100 %	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
9	Alle Neueingänge sind in der archäologischen Fundstellendatenbank erfasst	Öffentlichkeit, Eigentümerschaften, Gemeinden, Kanton	100 % innert Frist	100 %	Gleich
10	Erstellen der Kulturgüter-schutz-Einsatzdokumentationen und der Feuerwehr-Einsatzpläne	Zivilschutzorganisation, Feuerwehr, Polizei, Eigentümerschaft	80 % gemäss Planung	2 Einsatzdokumentationen und 2 Feuerwehr-Einsatzpläne	
11	Alle Neueingänge archäologischer Funde sind erfasst und vorsorgliche Konservierungsmassnahmen eingeleitet	KMUZ, Öffentlichkeit	80 % innert Frist	100 % innert 24 Monaten	
B	Bestandesaufnahme historischer Bauten	Öffentlichkeit, Eigentümerschaften, Gemeinden, Kanton	Bestandesaufnahme: Detailaufnahmen in Gemeinden Baar, Cham und Zug abgeschlossen sowie in Gemeinden Menzingen, Risch und Steinhausen begonnen; Inventaraufnahmen: Gemeinden Baar, Cham und Zug in Denkmalkommission traktandiert	Gemeinden Menzingen, Risch und Steinhausen abgeschlossen sowie Hünenberg und Walchwil begonnen	
C	Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler	Öffentlichkeit, Eigentümerschaften, Gemeinden, Kanton		Altstadt Zug und Gemeinden Baar und Cham abgeschlossen. Gemeinden Menzingen, Hünenberg und Walchwil begonnen	
D	Schimmelpilzbefall Funddepot: Reinigung Funde und Fundinventarrevision	Öffentlichkeit, KMUZ, Fachwelt	20 % des gesamten Fundbestandes	50 Fundkisten gereinigt und neu verpackt	
Leistungsgruppe 5: Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit					
12	Jährliche wissenschaftliche Berichterstattung	Öffentlichkeit, Fachwelt	Innert Frist	Abgabe Manuskripte: Jahrbuch Archäologie Schweiz per 31. Dezember und Tugium per 31. Mai	Gleich
13	Regelmässige Öffentlichkeitsarbeit	Öffentlichkeit	10 Anlässe	10 Anlässe durchgeführt (u. a. Vorträge, Führungen, Denkmaltag)	Gleich
14	Europäischer Denkmaltag	Öffentlichkeit	Denkmaltag durchgeführt	«Fällt weg»	Gleich
E	Monographie Archäologie Geschichte Stadt Zug	Öffentlichkeit, Fachwelt	Band 2 Pläne und Illustrationen abgeschlossen	Druckauftrag erteilt	
F	Historische Holzbauten, 2 Bände	Öffentlichkeit, Fachwelt	Buch gedruckt	«Fällt weg»	
G	Publikation Degen aus dem Zugersee «Excalibur»	Öffentlichkeit, Fachwelt	Manuskript abgeschlossen	«Fällt weg»	
H	Publikation Historische Tapeten Zuger Häuser	Öffentlichkeit, Fachwelt	Manuskript abgeschlossen, Auftrag Redaktion/Druckvorstufe erteilt	«Fällt weg»	
I	Umfrage Denkmalpflege			Konzept für Umsetzung liegt vor	

Kommentar Zielsetzungen

Das Leistungsziel «Fachkundige Beratung von Bauherrschaften, Planenden und Behörden» (bisher Nr. 2) wird nicht mehr ausgewiesen, da es mit dem Leistungsziel «Fach- und zeitgerechte Stellungnahme abgeben» (Nr. 1) besser erfasst werden kann. Zwecks besserer Übersichtlichkeit werden die Bestandesaufnahme historischer Bauten sowie die Revision des Inventars der schützenswerten Bauten als separate Zielsetzungen aufgeführt. Das Führen der denkmalpflegerischen Objekt-Datenbank bildet die Voraussetzung für die Aktualisierung des Verzeichnisses der geschützten Denkmäler und des Inventars der schützenswerten Denkmäler und wird über diese Indikatoren gemessen. Es werden nun für sämtliche wiederkehrenden Zielsetzungen Einfluss- und Plangrössen ausgewiesen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Denkmalpflege und Bauberatung: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl	308	315	330	Steigend
Einholen externer Berichte und Nutzungsstudien	Anzahl			8	Steigend
Bauuntersuchungen und Rettungsgrabungen: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl	90	70	70	Gleich
Bauuntersuchungen und Rettungsgrabungen	Anzahl	22	20	20	Gleich
Sondierung, Feldbegehung, Aushubüberwachung, Umbaubegleitung, Kurzdokumentation	Anzahl	43	45	40	Gleich
Sitzungen Kantonale Denkmalkommission	Anzahl			6	Gleich
Augenscheinprotokolle Denkmalkommission	Anzahl	10	12	12	Steigend
Unterschutzstellungen	Anzahl	16	8	12	Steigend
Denkmalpflege: Aufnahme ins Inventar	Anzahl	160	150	110	Gleich
Kulturgüterschutz-Einsatzdokumentationen, Feuerwehr-Einsatzpläne	Anzahl			4	Gleich
Neueingänge Fundkisten Archäologische Funde	Anzahl			250	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Plangrössen sind abhängig von der dynamischen Bau- und Planungstätigkeit im Kanton, werden mehrheitlich von externen Faktoren bestimmt und sind zum Zeitpunkt der Budgetierung teilweise schwer abschätzbar. Die Anzahl Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden sowie die Stellungnahmen in Bezug auf ISOS (BG Rütli ZH) werden neu zusammen erfasst. Es werden nun für sämtliche wiederkehrenden Zielsetzungen Einfluss- und Plangrössen ausgewiesen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-7'111'272.98	-7'109'500	-7'035'600	73'900	-1.0	-7'266'900	-7'413'000	-7'581'300
Total Ertrag	514'638.20	112'300	145'000	32'700	29.1	105'000	105'000	105'000
Saldo	-6'596'634.78	-6'997'200	-6'890'600	106'600	-1.5	-7'161'900	-7'308'000	-7'476'300

Kommentar Budget

Das Budget orientiert sich an den langfristigen Erfahrungswerten. In der Summe sind keine wesentlichen Änderungen festzustellen; kleinere Abweichungen liegen im üblichen jährlichen Schwankungsbereich. Der Aufwand liegt bei den Druckkosten (Abschluss von Projekten) noch einmal deutlich tiefer. Die Beiträge an die Restaurierung geschützter Denkmäler (gemäss § 34 Denkmalschutzgesetz) sinken gesamthaft leicht; deutliche Veränderungen ergeben sich bei den Gemeinden und Zweckverbänden (höhere Beiträge) sowie bei den privaten Haushalten (tiefere Beiträge). Diese Schwankungen sind zufällig; als Budgetgrundlage dienen die per Stichdatum offenen Kostengutsprachen bzw. rechtskräftig verfügbaren Beiträge. Im Globalbudget enthalten sind Gutachten bzw. Abklärungsaufträge von insgesamt 442'000 Franken. Zahlreiche Gemeinden und Hauseigentümerschaften sowie Mitglieder des Kantonsrates (Motion betreffend Neuorganisation Denkmalpflege vom 13. Januar 2014) verlangen die rasche, flächendeckende und systematische Überarbeitung des Inventars. Als Folge der erfolgten Neuaufnahmen ins Inventar stellen zahlreiche Hauseigentümerschaften den Antrag auf definitive Schutzabklärung. Das hat seit Anfang 2014 zu einer sprunghaften Zunahme der Arbeiten geführt.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT1580.0001 Ersatz für Fach- anwendung SPATZ						
Ausgaben	-39'975.00	-20'000				
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-39'975.00	-20'000				
Einnahmen						
Saldo	-39'975.00	-20'000				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Der Ersatz IMDAS-Pro für die Fachanwendung SPATZ konnte im Jahr 2014 zeit- und kostengerecht realisiert werden; das Projekt ist abgeschlossen.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Institutionelle Gliederung
 Direktion für Bildung und Kultur
 Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
1700	Direktionssekretariat	-36'099'529.20	-31'801'300	-32'235'603	-434'303	1.4	-32'588'100	-32'931'100	-33'275'300
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-4'026'825.09	-8'870'500	-9'359'850	-489'350	5.5	-9'823'750	-10'219'650	-10'645'350
1733	Kantonsschule Zug	-38'077'947.55	-39'210'800	-38'882'910	327'890	-0.8	-39'067'800	-40'155'300	-41'052'600
1734	Kantonsschule Menzingen	-7'681'702.98	-7'833'600	-8'758'200	-924'600	11.8	-8'903'200	-9'164'500	-9'468'500
1736	Fachmittelschule Zug	-4'433'072.93	-5'039'900	-5'271'000	-231'100	4.6	-5'473'900	-5'681'200	-5'839'100
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-102'450'482.57	-104'174'950	-104'923'403	-748'453	0.7	-106'067'100	-107'224'100	-108'409'000
1777	Amt für Berufsberatung	-1'956'482.69	-4'294'600	-4'357'400	-62'800	1.5	-4'322'700	-4'396'700	-4'471'900
1780	Amt für Sport	-1'410'018.94	-1'441'500	-1'647'300	-205'800	14.3	-1'674'900	-1'770'200	-1'763'800
1790	Amt für Kultur	-6'854'542.14	-7'252'800	-7'157'950	94'850	-1.3	-7'640'650	-7'686'350	-7'733'850
17	Direktion für Bildung und Kultur	-202'990'604.09	-209'919'950	-212'593'616	-2'673'666	1.3	-215'562'100	-219'229'100	-222'659'400

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
1700	Direktionssekretariat	7'719.35							
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-42'023.49							
1733	Kantonsschule Zug	-422'508.31	-1'366'000	-1'698'000	-332'000	24.3	-55'000	-170'000	-170'000
1734	Kantonsschule Menzingen	-47'352.95	-60'000	-104'000	-44'000	73.3			
1777	Amt für Berufsberatung		220'000	100'000	-120'000	-54.5	60'000	60'000	-50'000
1790	Amt für Kultur		-58'000		58'000	-100.0			
17	Direktion für Bildung und Kultur	-504'165.40	-1'264'000	-1'702'000	-438'000	34.7	5'000	-110'000	-220'000

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Laufende Rechnung

Das Budget der Direktion für Bildung und Kultur ist geprägt durch einen hohen Anteil Transferaufwand von rund 140 Millionen Franken (66 Prozent des Gesamtaufwandes) sowie Lohnkosten für das Lehrpersonal der kantonalen Mittelschulen von rund 48 Millionen Franken (22 Prozent des Gesamtaufwandes). Der Transferaufwand setzt sich im Wesentlichen zusammen aus dem Kantonsbeitrag an die Gemeinden für den Betrieb der gemeindlichen Schulen (rund 80 Millionen Franken), den Beiträgen an die Universitäten, Fachhoch- und Fachschulen für Zuger Studierende (rund 30 Millionen Franken) sowie Kosten für Sonderschulungen (rund 20 Millionen Franken). Massgebliche Einflussfaktoren für diese Kosten sind die Entwicklung der Schüler- und Studierendenzahlen im Kanton wie auch die Wahl der Studienrichtungen.

Aus dem Wechsel vom Luzerner auf das Zuger Lohnsystem bei den Mitarbeitenden der Pädagogischen Hochschule Zug (PH Zug) resultiert ein erhöhter Personalaufwand, welcher 2015 erstmals ganzjährig anfällt. Der zusätzliche jährliche Personalaufwand in der Höhe von rund 850'000 Franken schlägt sich im Kantonsbeitrag an die PH Zug, welcher im Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule budgetiert ist, nieder. Infolge Einführung des Langzeitgymnasiums an der Kantonsschule Menzingen mit zusätzlichen Klassenzügen und Lehrpersonen wird ein entsprechend höherer Aufwand budgetiert. Beim Transferaufwand, der sich hauptsächlich in den Budgets des Direktionssekretariats und des Amtes für gemeindliche Schulen niederschlägt, wird ein moderates Wachstum der Schüler- und Studierendenzahlen erwartet, welches sich in einem budgetierten Wachstum von 1,6 Prozent widerspiegelt.

Investitionsrechnung

Die Investitionen der Kantonsschule Zug betreffen wiederum den IT-Bereich, wo insbesondere der Ersatz der im Jahr 2008 angeschafften PCs für den allgemeinen Schulbetrieb bevorsteht. Bei der Kantonsschule Menzingen sind infolge Einführung des Langzeitgymnasiums bauliche Massnahmen und damit die Einrichtung eines Provisoriums notwendig.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat (DBKS) ist die juristische, betriebswirtschaftliche und kommunikatorische Stabsstelle für den Bildungsdirektor, die Ämter der Direktion für Bildung und Kultur (DBK) und die kantonalen Schulen. Insbesondere erarbeitet und koordiniert das DBKS Kantons- und Regierungsratsvorlagen der DBK und prüft Vorlagen anderer Direktionen mit Auswirkungen auf den Aufgabenbereich der DBK.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte

- Bearbeitung und Qualitätssicherung DBK-Sachgeschäfte
- Verfassen von Stellungnahmen zuhanden kantonomer Stellen
- Verfassen von Stellungnahmen an externe Dritte (wie Vernehmlassungen, Anhörungen)
- Erarbeitung Rechtserlasse
- Beantwortung parlamentarischer Vorstösse
- Prüfung von Anträgen anderer Direktionen insbesondere mit Auswirkungen auf den Zuständigkeitsbereich der DBK

Leistungsgruppe 2: Vollzug Gesetzgebung

- Erarbeiten und Qualitätssicherung von DBK-Verfügungen
- Sicherstellung der korrekten personellen Besetzung Weiterbildungs-, Übertritts-, Maturitäts- und Prüfungskommissionen
- Kenntnisnahme von Berichterstattungen Dritter

Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst

- Erarbeitung Rechtserlasse
- Beschwerdewesen (inkl. Vernehmlassungen, Beschwerdeverfahren Verwaltungsgericht)
- Beratung DBK-Ämter, kantonale Schulen und gemeindliche Rektorate

Leistungsgruppe 4: Geschäftsführung Bildungsrat und ständige parlamentarische Kommission

- Geschäftsführung des Bildungsrates
- Vor- und Nachbereitung sowie Administration der Sitzungen Bildungskommission

Leistungsgruppe 5: Beitragswesen

- Erarbeitung von Entscheiden betreffend Beiträge des Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke (Lotteriefonds)
- Gewährung von Beiträgen an Privatschulen im Kanton Zug
- Gewährung von Beiträgen an Hochschulen, Fachhoch- und Fachschulen
- Gewährung von Beiträgen an Institutionen für Unterrichtswesen
- Auskunftserteilung an gesuchstellende Personen, Schulen und Institutionen

Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen

- Administration Verfahren von Kostenübernahmen (kieferorthopädische Behandlungen)
- Mitwirkung in Projekten und Arbeitsgruppen
- Einsitz und innerkantonale Koordination regionaler, kantonomer und schweizerischer Arbeitsgruppen, Kommissionen und Konferenzen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Gesetz über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz) vom 21. Oktober 1976 (BGS 412.31)
- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)
- Konkordat über die Schulkoordination vom 29. Oktober 1970 (BGS 411.1)
- Interkantonale Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 (BGS 411.5)
- Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug vom 28. Februar 2013 (BGS 414.41)
- Interkantonale Fachhochschulvereinbarung ab 2005 vom 12. Juni 2003 (BGS 414.302)
- Regionales Schulabkommen Zentralschweiz vom 19. Mai 2011 (BGS 412.12)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Leistung «Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide (Wiedererwägungen) der Prüfungskommissionen kantonomer Schulen» ist vom Direktionssekretariat der Bildungsdirektion aus verfahrensrechtlichen Gründen dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule zugeordnet worden.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte					
1	Hohe Qualität der Anträge der DBK an RR	Regierungsrat	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
2	Fristgerechte Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Mitberichten	Regierungsrat, Direktionen, Bundesdepartemente, Direktorenkonferenzen	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
3	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse	Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
4	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit Auswirkungen auf Zuständigkeitsbereich DBK	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter, Direktorenkonferenzen usw.	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
Leistungsgruppe 2: Vollzug Gesetzgebung					
5	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Verfügungen	Antragstellende und Betroffene	Innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
6	Fach- und fristgerechte Prüfung der Schul- und Disziplinarordnungen der gemeindlichen Schulen	Schulkommissionen der Zuger Gemeinden	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst					
7	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Gerichte	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 5 Arbeitstagen eingeleitet; Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 5 Arbeitstagen eingeleitet; Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Gleich
8	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommission kantonaler Schulen	Prüfungskommission	100 % innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	«Fällt weg»	Gleich
A	Änderung Schulgesetz	Regierungsrat, Bildungsrat, Kantonsrat	Überweisung an den Kantonsrat	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 4: Geschäftsführung Bildungsrat und ständige parlamentarische Kommission					
9	Reibungslose Vor- und Nachbereitung der Sitzungen	Bildungsrat, Bildungskommission	Einladungsversand mit Traktanden 10 Tage vor Sitzung; Protokollerstellung und Lieferung von Berichten u. ä. 7 Arbeitstage nach Sitzung	Einladungsversand mit Traktanden innert 10 Tagen vor Sitzung; Protokollerstellung und Versand von Berichten usw. innert 7 Arbeitstagen nach Sitzung	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 5: Beitragswesen					
10	Fristgerechte Bearbeitung von Beitragsgesuchen (Lotteriefonds)	Private, öffentlich-rechtliche Organisationen, Regierungsrat	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
11	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Beiträgen	Gemeinden, Schulen, Institutionen des Unterrichtswesens	100 % innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen der Rechnung	100 % innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen der Rechnung	Gleich
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen					
12	Fach- und fristgerechte Unterstützung Bildungsdirektor	Bildungsdirektor	100 % innert angeordneter oder vereinbarter Frist	100 % innert angeordneter oder vereinbarter Frist	Gleich
13	Fachgerechte Auskunftserteilung an Rektorate	Rektorate	100 % innert vereinbarter Frist	100 % innert vereinbarter Frist	Gleich
14	Unterstützung der DBK-Ämter betreffend Kommunikation, IT, Sicherheit, Personelles	DBK-Ämter, Mitarbeitende, Medien/Öffentlichkeit	100 % innert vereinbarter Frist	100 % innert vereinbarter Frist	Gleich
B	Erstellung Qualitätssicherung und Prozessdokumentation mit WINFEE (RICO) für DBKS	Mitarbeitende DBKS		Umsetzung	

Kommentar Zielsetzungen

Die Zielsetzung 8 «Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommission kantonaler Schulen» ist vom Direktionssekretariat der Bildungsdirektion aus verfahrensrechtlichen Gründen dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule zugeordnet worden.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Hoch-/Fachhochschulen	Studierende	1'379	1'800	1'680	Steigend
Beiträge an Hoch-/Fachhochschulen	Aufwand in Franken			27'264'200	Steigend
Zugerische Privatschulen	Schüler/innen	995	1'100	1'100	Gleich
Beschwerdewesen	Einsprachen und Beschwerden	18	15	20	Gleich
Federführung bei Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenz	Anzahl			4	Gleich
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl			6	Gleich
Pädagogische Hochschule Zug	Studierende	227	Fällt weg		
Stipendien/Studiendarlehen	Gesuche	708	Fällt weg		

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Die Zuger Studierenden der ehemaligen PHZ-Teilschulen (ZG, LU und SZ) sind seit 2014 in der Anzahl Studierender der Hoch-/Fachhochschulen miteingeschlossen. Die daraus resultierende Erhöhung der Studierendenzahl in der Rubrik «Hoch-/Fachhochschulen» wurde bei der Budgetierung 2014 überschätzt, was eine Korrektur im aktuellen Budget notwendig macht. Nach wie vor ist gegenüber 2013 aber mit steigenden Studierendenzahlen zu rechnen. Die Entwicklung der Anzahl Studierender korreliert nur wenig mit der Entwicklung der entsprechenden Semester- und Schulgeldbeiträge, die der Kanton Zug zahlen muss. Die Kosten werden massgeblich von der Wahl der Studienrichtung beeinflusst. Ein Trend zu Geistes- und Sozialwissenschaften wirkt beispielsweise kostenbremsend, eine Zunahme in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Fächer) hingegen kostentreibend.
- Die Anzahl Einsprachen und Beschwerden wird kurz- bis mittelfristig von der Durchsetzung der Revisionen des Schul- und des Lehrpersonalgesetzes beeinflusst. Langfristig ist mit gleichbleibenden Zahlen zu rechnen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-36'498'267.00	-31'841'300	-32'275'603	-434'303	1.4	-32'628'100	-32'971'100	-33'315'300
Total Ertrag	398'737.80	40'000	40'000	0	0.0	40'000	40'000	40'000
Saldo	-36'099'529.20	-31'801'300	-32'235'603	-434'303	1.4	-32'588'100	-32'931'100	-33'275'300

Kommentar Budget

Die leichte Zunahme von 1,4 Prozent ist vollständig auf das erwartete Wachstum der Beiträge für Zuger Studierende an Universitäten, Fachhoch- und Fachschulen zurückzuführen. Es handelt sich mit Ausnahme der Pädagogischen Hochschule Zug überwiegend um ausserkantonale Bildungsinstitutionen. Die Beiträge sind durch die Universitätsvereinbarung, die Fachhochschulvereinbarung sowie durch weitere interkantonale Vereinbarungen und Verträge geregelt. Die Höhe der Beiträge wie auch die Anzahl Studierende oder deren Studienwahl sind durch die Direktion für Bildung und Kultur praktisch nicht beeinflussbar.

Kommentar Finanzplan

Analog zum Budget sind die erwarteten Ausgaben des Direktionssekretariats in den Planjahren ebenfalls massgeblich durch die Entwicklung der Beiträge für Zuger Studierende geprägt.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
DB1700.0004 Auszahlung Studiendarlehen						
Ausgaben	-343'000.00					
Einnahmen						
DB1700.0005 Rückzahlung Studiendarlehen						
Ausgaben						
Einnahmen	350'719.35					
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-343'000.00					
Einnahmen	350'719.35					
Saldo	7'719.35					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule ist zuständig für die übergeordnete Führung, Koordination, Weiterentwicklung und Qualitätsaufsicht der kantonalen Mittelschulen. Es übt die Aufsicht aus über die Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug) und koordiniert die Aufgaben zwischen der Hochschule und der kantonalen Verwaltung. Zudem leitet es den Bereich der Allgemeinen Weiterbildung im Kanton Zug und ist zuständig für die Aufsicht der Maturitätsprüfungen an den anerkannten gymnasialen Privatschulen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen

- Sicherstellung einer hohen Ausbildungsqualität
- Steuerung des Mitteleinsatzes
- Angebotsentwicklung
- Leitung von Prüfungskommissionen und Maturitätskommission
- Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommissionen kantonalen Schulen
- Geschäftsleitung Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule
- Mitwirkung in Schulkommission
- Mitwirkung in SMAK (Schweizerische Mittelschulämterkonferenz)

Leistungsgruppe 2: Leitung Allgemeine Weiterbildung

- Förderung von Qualität und Stellenwert der Allgemeinen Weiterbildung (Erwachsenenbildung)
- Unterstützung von Projekten und Vergabe von Jahresbeiträgen an gemeinnützige Anbietende
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen allen Anbietenden
- Leitung der Kommission Allgemeine Weiterbildung

Leistungsgruppe 3: Pädagogische Hochschule Zug

- Ausübung der Aufsicht über die PH Zug
- Koordination der Aufgaben zwischen der Pädagogischen Hochschule Zug und der kantonalen Verwaltung

Leistungsgruppe 4: Private Mittelschulen

- Überprüfung der Qualität der Abschlussprüfungen
- Leitung der Maturitätskommission

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug (BGS 414.41)
- Verordnung über die Kantonsschule vom 4. Dezember 2007 (414.111)
- Verordnung über das Kantonale Gymnasium Menzingen vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.112)
- Verordnung über die Fachmittelschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.19)
- Verordnung zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug vom 9. Juli 2013 (BGS 414.411)
- Verordnung über die Gebühren an der Pädagogischen Hochschule Zug vom 9. Juli 2013 (BGS 414.412)
- Reglement über die Maturitätsprüfungen an den kantonalen und an den anerkannten privaten Gymnasien vom 2. Mai 2008 (BGS 414.14)
- Reglement über die Abschlussprüfungen an der Wirtschaftsmittelschule der Kantonsschule Zug vom 2. Mai 2008 (BGS 414.151)
- Reglement über die Abschlussprüfungen an der Fachmittelschule vom 18. Juli 2008 (BGS 414.191)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Leistung «Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide (Wiedererwägungen) der Prüfungskommissionen kantonalen Schulen» ist vom Direktionssekretariat der Bildungsdirektion aus verfahrensrechtlichen Gründen dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule zugeordnet worden.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen					
1	Ausbildungsqualität sicherstellen	Schüler/innen	Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualifikation der Lehrpersonen bei Neuanstellungen sind zu 100 % eingehalten; kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualität der Lehrpläne sind zu 100 % eingehalten; Erfolgsquote bei den Abschlussprüfungen liegt bei mind. 95 %	Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualifikation der Lehrpersonen bei Neuanstellungen sind zu 100 % eingehalten; kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualität der Lehrpläne sind zu 100 % eingehalten; Erfolgsquote bei den Abschlussprüfungen liegt bei mind. 95 %	Gleich
2	Wirtschaftlicher Einsatz der finanziellen Mittel	Steuerzahler/innen	Klassengrösse: Richtzahl 18, Höchstzahl 22	Klassengrösse: Richtzahl 18, Höchstzahl 22	Gleich
3	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung (QE) und Umsetzung «Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung für die Sekundarstufe II»	Schüler/innen	Alle Standards zu Element 8 sowie Jahresziele erfüllt; Überprüfung im Rahmen der MAGs mit Rektorinnen und Rektoren; Netzwerktreffen QE Sekundarstufe II	Alle Standards zu Element 8 sowie Jahresziele erfüllt; Überprüfung im Rahmen der MAGs mit Schulleitenden; Netzwerktreffen QE Sekundarstufe II	Gleich
4	Adäquate Information über das Mittelschulangebot im Kanton Zug	Eltern, Schüler/innen, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Versand der Informationsmaterialien der Zuger Mittelschulen an gemeindliche Schulen (Broschüren der Schulen, DVD, Broschüre zur Aufnahmeprüfung)	Versand der Informationsmaterialien der Zuger Mittelschulen an gemeindliche Schulen (Broschüren der Schulen, Film, Broschüre Langzeitgymnasium/Zuteilungsverfahren)	Gleich
5	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommissionen	Prüfungskommissionen		100 % innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
A	Kantonale Schulraumplanung Mittelschulen	Schüler/innen	1. Hälfte 2014: rechtskräftige Genehmigung Kredite Neubau KSM und Provisorien/Turnhalle KSZ. Anschl. Baubeginn; Umsetzung Projektplanung Hofstrasse/FMS	«Fällt weg»	
B	Strategieprozess			Gemäss Projektplan	Gemäss Projektplan
L11	Umsetzung und Evaluation des neuen Übertrittsverfahrens von der Sekundarschule in die Mittelschulen			2. Durchführung, Evaluation und Ableitung allfälliger Massnahmen	
Leistungsgruppe 2: Leitung Allgemeine Weiterbildung					
6	Transparente und ausgewogene Vergabe von Unterstützungsbeiträgen gemäss Verordnung und Richtlinien der Kommission Allgemeine Weiterbildung	Organisationen im Bereich der Allgemeinen Weiterbildung	Vorgaben zu 100 % eingehalten	Vorgaben zu 100 % eingehalten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016-18
7	Förderung der Koordination und der Zusammenarbeit in der Allgemeinen Weiterbildung	Organisationen im Bereich der Allgemeinen Weiterbildung	Organisation 1 Netzwerktreffen; Programm zur Elternbildung im Kanton	Organisation 1 Netzwerktreffen; publiziertes Programm zur Elternbildung im Kanton Zug	Gleich
Leistungsgruppe 3: Pädagogische Hochschule Zug					
8	Aufsicht/Controlling	Studentinnen und Studenten, Lehrpersonen, Empfänger/innen Dienstleistungen	Standards zum Qualitätsmanagement-Konzept erfüllt	Erreichen der Ziele und Vorgaben gemäss Spezialgesetzgebung und strategischen Leitlinien	Gleich
Leistungsgruppe 4: Private Mittelschulen					
9	Qualität der Abschlussprüfungen sicherstellen	Schüler/innen	Maturitätskommission erstellt Bericht zu definierten Beobachtungspunkten	Maturitätskommission erstellt Bericht zu definierten Beobachtungspunkten	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Die Leistung resp. Zielsetzung 5 (Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide) ist vom Direktionssekretariat der Bildungsdirektion aus verfahrensrechtlichen Gründen dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule zugeordnet worden. - Projekt A: Planungsarbeiten KSM und KSZ auf Ebene Amt abgeschlossen.

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Gewährte Unterstützungsbeiträge Allgemeine Weiterbildung	Franken	260'000	315'000	315'000	Gleich
Klassen kantonale Mittelschulen	Anzahl	105	105	104	Gleich
Schüler/innen in kantonalen Mittelschulen	Anzahl	1'916	2'050	1'990	Gleich
Studierende der Studiengänge der Pädagogischen Hochschule Zug	Anzahl		300	300	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-4'034'546.74	-8'885'500	-9'369'850	-484'350	5.5	-9'833'750	-10'229'650	-10'655'350
Total Ertrag	7'721.65	15'000	10'000	-5'000	-33.3	10'000	10'000	10'000
Saldo	-4'026'825.09	-8'870'500	-9'359'850	-489'350	5.5	-9'823'750	-10'219'650	-10'645'350

Kommentar Budget

Per 1. August 2014 sind die Mitarbeitenden der Pädagogischen Hochschule Zug (PH Zug) nach dem Zuger Personalrecht eingereicht worden: Aus diesem Wechsel vom Luzerner auf das Zuger Lohnsystem resultierte ab 1. August 2014 ein erhöhter Personalaufwand, welcher 2015 erstmals ganzjährig anfällt. Der zusätzliche jährliche Personalaufwand in der Höhe von rund 850'000 Franken schlägt sich im Kantonsbeitrag an die PH Zug, welcher im Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule budgetiert ist, nieder. Aufgrund des Rechnungsergebnisses 2013 wurden die Erträge aus der Entschädigung von Prüfungsexpertinnen und -experten durch die Privatschule Montana nach unten korrigiert.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
DB1730.0001 Beitrag Übernahme betr. Infrastruktur PH Zug						
Ausgaben	-42'023.49					
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-42'023.49					
Einnahmen						
Saldo	-42'023.49					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Kantonsschule Zug (KSZ) führt ein 6-jähriges Gymnasium und eine Wirtschaftsmittelschule. Das Bildungsziel des 6-jährigen Gymnasiums ist die gesamtschweizerisch anerkannte Maturität. Mit der Wirtschaftsmittelschule (WMS) bietet die KSZ eine praxisorientierte Ausbildung in den Wirtschafts- und Sprachfächern an, verbunden mit einer erweiterten Allgemeinbildung. Bildungsziel ist die Vorbereitung auf eine Fachhochschule (Studierfähigkeit) und die Praxis (Arbeitsmarktfähigkeit).

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Unterricht

- Langzeitgymnasium (Schwerpunktfächer Bildnerisches Gestalten, Biologie/Chemie, Englisch, Französisch, Italienisch, Latein, Musik, Physik/Anwendungen der Mathematik, Spanisch, Wirtschaft/Recht) und alle Ergänzungsfächer gemäss Maturitätsanerkennungsreglement (Bildnerisches Gestalten, Biologie, Geografie, Geschichte, Informatik, Musik, Pädagogik & Psychologie, Philosophie, Physik, Religion, Sport)
- Zweisprachige Matura Deutsch/Englisch
- Wirtschaftsmittelschule

Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung

- Umsetzung Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung (QE) Sekundarstufe II und Jahresziele

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten

- Mediothek
- Mensa
- Hausdienst
- Sekretariat
- Informatik

Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation

- Information über Angebot und Entwicklung der Kantonsschule Zug

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung über die Kantonsschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.111)
- Promotionsordnung für die Kantonsschule Zug vom 1. Februar 1999 (BGS 414.13)
- Promotionsordnung für das Gymnasium der Kantonsschule Zug vom 10. Juni 2009 (BGS 414.130.1)
- Reglement über die Maturitätsprüfungen an den kantonalen und an den anerkannten privaten Gymnasien vom 2. Mai 2008 (BGS 414.14)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Unterricht					
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Gleich
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Schüler/innen	80 % bewerten Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Ein hoher Anteil der Schüler/innen bewerten das Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Gleich
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahler/innen	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
L4	Neubau Turnhallen und Provisorien Kantonsschule Zug	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ	Planung KSZ 2020; Planung Provisorien	Detailplanung Provisorien abgeschlossen; Beginn Planung Sporthallen	Bezug Provisorien 2016/ Sporthallen 2017
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung					
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Gleich
A	Anpassung Schulleitungsstruktur	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ	Stellenbesetzung neuer Rektor/neue Rektorin bis August 2014 abgeschlossen	«Fällt weg»	
B	Umsetzung Massnahmen «Lernförderliches Klima»	Lehrpersonen, Schüler/innen KSZ		Umsetzung bis August abgeschlossen	
C	Implementierung Leitideen und Charta	Lehrpersonen, Schüler/innen KSZ		Umsetzung der 2014 ausgearbeiteten Grundsätze	
D	Pädagogische, technische und rechtliche Aspekte der ICT werden über alle Anspruchsgruppen hinweg koordiniert	Mitarbeitende		Arbeitsgruppe entwickelt Konzepte zu den Bereichen ICT im Unterricht, Datenschutz, Cybermobbing	
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten					
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediothek	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen mind. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeiten: 45 Std.; Besucherfrequenz/Jahr: 92'000	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen mind. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeiten: 45 Std.; Besucherfrequenz/Jahr: 92'000	Gleich
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	Schüler/innen	80 % bewerten Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	Ein hoher Anteil der Schüler/innen bewertet die Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	Gleich
E	Rollout Serverraum	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ	Evaluation und Systementscheid bis März, Installation August abgeschlossen	«Fällt weg»	
F	Ersatz der 2008 angeschafften PCs	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ		Rollout bis September abgeschlossen	
G	Teilersatz der Präsentations-technik	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ		Installation bis Ende Jahr abgeschlossen	
H	VDI (Virtuelle Desktop Infrastruktur) wird als strategische Plattform für den Unterricht eingeführt	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ		VDI bis Oktober für initial 500 User ermöglicht	Abschluss Einführung VDI
I	Die neue Schulverwaltungsoftware wird implementiert	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ		Mitarbeitende in neue Software eingeführt, administrative Abläufe angepasst, Testphase termingerecht abgeschlossen	Übergang in Regelbetrieb

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation					
7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Eltern, Schüler/innen, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden, Schnuppertagen, Elternnachmittagen; jährlich aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden, Schnuppertagen, Elternnachmittagen; jährlich aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Gleich

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Klassenzahl	Anzahl	83	SJ 13/14: 83, SJ 14/15: 83–85	SJ 14/15: 81, SJ 15/16: 78–80	Sinkend
Anzahl Schüler/innen	Anzahl	1'534	mind. 1'600, max. 1'650	mind. 1'500, max. 1'550	Sinkend
Anzahl Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	158,30	161,67	155,55	Sinkend

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Mit der Inbetriebnahme des Langzeitgymnasiums Menzingen werden ab Schuljahr 2015/2016 bis zum Vollausbau jährlich zwei 1. Klassen nach Menzingen verschoben.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-38'819'057.97	-39'856'300	-39'540'410	315'890	-0.8	-39'719'400	-40'786'900	-41'663'100
Total Ertrag	741'110.42	645'500	657'500	12'000	1.9	651'600	631'600	610'500
Saldo	-38'077'947.55	-39'210'800	-38'882'910	327'890	-0.8	-39'067'800	-40'155'300	-41'052'600

Kommentar Budget

Mit der Inbetriebnahme des Langzeitgymnasiums Menzingen werden ab Schuljahr 2015/2016 bis zum Vollausbau (SJ 2020/2021) jährlich zwei 1. Klassen nach Menzingen verschoben. Damit wird die Anzahl Lehrpersonen um 6,11 Vollzeitstellen reduziert.

Kommentar Finanzplan

Aufgrund der Eröffnung von jährlich 2 Langzeitgymnasium-Klassen in Menzingen wird sich die Kantonsschule Zug in den Finanzplanjahren weiter verkleinern.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
DB1733.0003 Kantonsschule Luegeten: Sonder- anschaffungen						
Ausgaben	-24'393.75	-150'000	-50'000			
Einnahmen						
DB1733.0005 Anschaffung Audio/ Video Splitter						
Ausgaben			-200'000			
Einnahmen						
DB1733.0006 Beschallung (2. von 3 Etappen)						
Ausgaben			-45'000	-55'000		
Einnahmen						
IT1733.0007 Aktualisierung Infrastruktur Clients						
Ausgaben	-104'366.16					
Einnahmen						
IT1733.0008 Erneuerung Netz- werkverkabelung Trakt 6 + 7						
Ausgaben	-42'730.40					
Einnahmen						
IT1733.0009 Aktualisierung zen- trale Infrastruktur						
Ausgaben	-165'519.00					
Einnahmen						
IT1733.0010 Selbstverbuchungs- service Bibliothek						
Ausgaben	-85'499.00					
Einnahmen						
IT1733.0011 Erneuerung Infra- struktur Serverraum						
Ausgaben		-515'000				
Einnahmen						
IT1733.0012 Campus-Card KSZ						
Ausgaben		-110'000				
Einnahmen						
IT1733.0013 Datenhaltung						
Ausgaben		-591'000				
Einnahmen						
IT1733.0014 Ersatz Core Switches						
Ausgaben			-162'000			
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Direktion für Bildung und Kultur
 1733-Kantonsschule Zug

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT1733.0015 Ersatz Präsentations- technik						
Ausgaben			-210'000			
Einnahmen						
IT1733.0016 Ersatz PCs Schulbetrieb						
Ausgaben			-676'000			
Einnahmen						
IT1733.0017 Kauf Virtuelle Infrastruktur						
Ausgaben			-355'000		-170'000	-170'000
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-422'508.31	-1'366'000	-1'698'000	-55'000	-170'000	-170'000
Einnahmen						
Saldo	-422'508.31	-1'366'000	-1'698'000	-55'000	-170'000	-170'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

- Projekt Kantonsschule Luegeten: Sonderanschaffungen: Defekte Einrichtungsgegenstände bzw. Mobiliar wird laufend ersetzt.
- Projekt Ersatz PCs Schulbetrieb: Die mit dem letzten Rollout 2008 angeschafften PCs werden aus Altersgründen komplett ersetzt. Der Ersatz erfolgt als Hybridlösung. Es werden sog. FatClients (normale Desktopcomputer) und sog. ThinClients (einfache Computer ohne eigenes Betriebssystem, ohne Festplatte und ohne DVD-Laufwerke) angeschafft. Dies steht in direktem Zusammenhang mit dem Projekt Kauf Virtuelle Infrastruktur.
- Projekt Ersatz Präsentationstechnik: Die mit dem Bau von Trakt 9 im Jahr 2003 angeschafften Beamer werden aus Altersgründen ersetzt. Sie sind an ihrem Lebensende angekommen.
- Projekt Kauf Virtuelle Infrastruktur: VDI (Virtuelle Desktop Infrastruktur) wird als strategische Plattform mit initial 500 Benutzer eingeführt. Ein späterer Ausbau - bei entsprechender Nachfrage - über 750 Benutzer (2017) auf 1'000 Benutzer (2018) ist vorgesehen. Die Einführung von BYOD (Bring Your Own Device) wird vorangetrieben.
- Projekt Ersatz Core Switches: Die zentralen Switches müssen aus Altersgründen ersetzt werden. Ohne den Ersatz kann kein sicherer Betrieb des IT-Netzwerks gewährleistet werden.
- Projekt Beschallung: Die aus dem Jahr 1975 stammende Durchsage- und Alarmanlage wird den heutigen Anforderungen in Sache Verständlichkeit und Erreichbarkeit angepasst. Das Projekt wird über drei Jahre verteilt, dies ist die 2. Tranche.
- Projekt Anschaffung Audio/Video Splitter: Im Rahmen der IT Projekte 2015 müssen die Audio/Video Splitter ebenfalls ersetzt werden. Dieses Gerät steuert die Ausgabe auf Bildschirm oder Beamer.

Kommentar Finanzplan

Für die Jahre 2016-2018 stehen in der Informatik der KSZ mit Ausnahme der VDI Umgebung (siehe Projekt Kauf Virtuelle Infrastruktur) keine Ausbaurbeiten an. Der Fokus ist ganz klar auf Konsolidierung gerichtet. Die 2003 installierte Netzwerkverkabelung im Trakt 9 muss 2016 ersetzt werden. Gleichzeitig wird der Trakt 9 mit WLAN ausgerüstet.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Kantonsschule Menzingen (KSM) bietet ein vierjähriges, an die 2. oder 3. Sekundarklasse anschliessenden Kurzzeitgymnasium und – ab Schuljahr 2015/16 – ein sechsjähriges, an die 6. Primarklasse anschliessendes Langzeitgymnasium mit allen gymnasialen Profilrichtungen an. Das Bildungsziel der KSM ist die gesamtschweizerisch anerkannte gymnasiale Maturität. Sowohl das Kurz- als auch das Langzeitgymnasium können mit einem zweisprachigen Maturitätslehrgang Deutsch/Englisch kombiniert werden.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Unterricht

- Kurzzeitgymnasium und – ab Schuljahr 2015/16 – Langzeitgymnasium mit den Schwerpunktfächern: Bildnerische Gestaltung, Biologie und Chemie, Englisch, Musik, Physik und Anwendungen der Mathematik, Spanisch, Wirtschaft und Recht
- Zweisprachige Matura Deutsch/Englisch

Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung

- Umsetzung Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung (QE) Sekundarstufe II und Jahresziele

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten

- Mediathek
- Mensa
- Hausdienst
- Sekretariat
- Informatik

Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation

- Information über Angebot und Entwicklung der KSM

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung über das Kantonale Gymnasium Menzingen vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.112)
- Promotionsordnung für das Kantonale Gymnasium Menzingen vom 26. Juni 2002 (BGS 414.131)
- Reglement über die Maturitätsprüfungen an den kantonalen und an den anerkannten privaten Gymnasien vom 2. Mai 2008 (BGS 414.14)
- Disziplinarordnung für das Kantonale Gymnasium Menzingen vom 24. September 2007 (BGS 414.161)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkung

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Unterricht					
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Gleich
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Schüler/innen	80 % bewerten Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Ein hoher Anteil der Schüler/innen bewertet das Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Gleich
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahler/innen	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
A	Erweiterung des Bildungsangebots (neue Schwerpunktfächer, Einführung eines Langzeitgymnasiums)	Schüler/innen	Etablierung der neuen Schwerpunktfächer Physik / Anwendungen der Mathematik, Biologie/Chemie, Wirtschaft und Recht	Erfolgreiche erstmalige Umsetzung der neuen Schwerpunktfächer Physik / Anwendungen der Mathematik, Biologie/Chemie, Wirtschaft und Recht; erfolgreiche Etablierung des Langzeitgymnasiums per Schuljahr 2015/16	Abschluss erstmalige Umsetzung neue Schwerpunktfächer Ende SJ 2015/16; erfolgreiche 1. Umsetzung Langzeitgymnasium (Abschluss 1. Matur 2020/21)
L4	Neu- und Umbau Kantonsschule Menzingen	Schüler/innen	Abschluss Provisorienplanung Objektkredit des Kantonsrats	Bezug der Schulraumprovisorien per Schuljahr 2015/16; Beginn Neu- und Umbau per Schuljahr 2015/16	Provisorienbetrieb und Abschluss des Neu-/ Umbaus per Ende Schuljahr 2017/18
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung					
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Gleich
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten					
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediathek	Schüler/innen	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen mind. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeit: 31 Std.	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen mind. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeit: 31 Std.	Gleich
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	Schüler/innen	80 % bewerten Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	Ein hoher Anteil der Schüler/innen bewertet die Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	Gleich
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation					
7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Eltern, Schüler/innen, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie Besuchs- und Schnuppertagen; jährliche aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie Besuchs- und Schnuppertagen; jährliche aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Leistungsgruppe 4: Die Information über die Einführung des Langzeitgymnasiums per Schuljahr 2015/16 erfolgt im Kalenderjahr 2014. Die Informationsmaterialien der Schule werden bereits 2014 entsprechend aktualisiert.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Klassenzahl	Anzahl	11	11	13	Steigend
Schüler/innen	Anzahl	185	220	250	Steigend
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	25,34	27,50	31,25	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Bis zum Vollausbau der Schule im Schuljahr 2020/21 wird mit jährlich 3 bis 4 neuen Klassen im Kurzzeitgymnasium und 2 neuen Klassen im Langzeitgymnasium gerechnet. Im Vollausbau wird die Schule 24 bis 28 Klassen umfassen.
- Im Schuljahr 2014/15 besuchen 226 Schülerinnen und Schüler in 12 Klassen die Kantonsschule Menzingen KSM, für das Schuljahr 2015/16 wird mit rund 280 Schülerinnen und Schüler und 14 Klassen gerechnet.
- Beim Lehrpersonal ist bis zum Vollausbau mit einer Pensenzunahme von jährlich rund 3,5 Vollzeitstellen zu rechnen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 02013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-7'751'469.18	-7'915'600	-8'835'700	-920'100	11.6	-8'939'200	-9'221'500	-9'527'500
Total Ertrag	69'766.20	82'000	77'500	-4'500	-5.5	36'000	57'000	59'000
Saldo	-7'681'702.98	-7'833'600	-8'758'200	-924'600	11.8	-8'903'200	-9'164'500	-9'468'500

Kommentar Budget

- Ab Übernahme der Liegenschaft durch den Kanton entfallen jährliche Mietkosten von rund 540'000 Franken. Die bisher unter 3160.20 budgetierten Heiz- und Nebenkosten von rund 200'000 Franken fallen neu unter Konto 3120.10 an.
- Während der Provisorienphase 2015 bis 2018 muss Schulraum von der Gemeinde Menzingen (Sport, Angewandtes Gestalten, Hauswirtschaft) sowie vom Institut Menzingen (Schulleitung, Verwaltung, Lagerräume) zugemietet werden. Die Mietkosten betragen jährlich rund 140'000 Franken (130'000 Franken Gemeinde, 10'000 Franken Institut Menzingen).
- Die voraussichtliche Entwicklung der Klassenzahlen sieht im Schuljahr 2014/15 12 Klassen, im Schuljahr 2015/16 14 Klassen, im Schuljahr 2016/17 16 Klassen und im Schuljahr 2017/18 18 Klassen vor. Das Wachstum der Schule bedingt eine grössere Schulanlage für die Provisorienphase. Während im Altbau maximal 12 Klassen unterrichtet werden können, ist die Provisorienanlage für 18 Klassen konzipiert.
- Aus dem Wachstum der Schule resultiert 2015 eine Lohnkostenzunahme durch 3,75 zusätzliche Vollzeitstellen für Lehrpersonen.

Kommentar Finanzplan

- Beim Lehrpersonal ist bis zum Vollausbau im Schuljahr 2020/21 mit einer Pensenzunahme von jährlich rund 3,5 Vollzeitstellen (aufgrund der zusätzlichen zwei Klassen pro Schuljahr) zu rechnen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT1734.0095 Erneuerung der Informatikanlage						
Ausgaben	-47'352.95	-60'000				
Einnahmen						
IT1734.0096 Provisorium KSM 2015						
Ausgaben			-104'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-47'352.95	-60'000	-104'000			
Einnahmen						
Saldo	-47'352.95	-60'000	-104'000			

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Fachmittelschule (FMS) schliesst an die 3. Sekundarklasse an und bereitet die Lernenden für eine Berufsausbildung an Höheren Fachschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen vor. Sie bietet vertiefte Allgemeinbildung und eine Spezialisierung in einem berufsvorbereitenden Schwerpunkt der Profile Gesundheit, Pädagogik und Soziale Arbeit an. Das Bildungsziel nach drei Jahren ist der gesamtschweizerisch anerkannte Fachmittelschulabschluss, nach vier Jahren das gesamtschweizerisch anerkannte Fachmaturitätszeugnis.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Unterricht

- Fachmittelschule
- Fachmaturitätslehrgänge Gesundheit, Pädagogik, Soziale Arbeit

Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung

- Umsetzung Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung (QE) Sekundarstufe II und Jahresziele

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten

- Mediothek
- Administration
- Betriebsmanagement
- Informatik

Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation

- Information über Angebot und Entwicklung der Fachmittelschule Zug

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung über die Fachmittelschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.19)
- Reglement über die Abschlussprüfungen an der Fachmittelschule vom 18. Juli 2008 (BGS 414.191)
- Promotionsordnung für die Fachmittelschule vom 16. März 2005 (BGS 414.192)
- Reglement über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen vom 12. Juni 2003 (BGS 414.22)
- Disziplinarordnung für die Fachmittelschule Zug vom 26. September 2007 (BGS 414.26)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Unterricht					
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Gleich
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Schüler/innen	80 % bewerten Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Ein hoher Anteil der Schüler/innen bewertet das Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Gleich
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahler/innen	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse eingehalten	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse eingehalten	Gleich
A	Schulraumplanung Fachmittelschule/Hofstrasse	Schüler/innen	Neukonzeption Ausbau FMS (mit SBA und IBA) ohne WMS	Konsolidierte Planung Ausbau FMS (mit SBA); Umsetzung kleinerer baulicher Verbesserungen	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung					
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Gleich
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten					
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Menge und Qualität der angebotenen Dienstleistungen	Schüler/innen	80 % bewerten Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	Ein hoher Anteil der Schüler/innen bewertet die Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	Gleich
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation					
6	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Eltern, Schüler/innen, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie von Schnuppertagen; aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie von Schnuppertagen; aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Gleich

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Klassenzahl	Anzahl	11	11	11	11
Schüler/innen (inkl. Ausserkantonale)	Anzahl	197	205	190	200
Ausserkantonale Schüler/innen	Anzahl		24	18	10
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	22.3	23	23	23

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Da der Kanton Aargau eine eigene Fachmittelschule in Wohlen eröffnet hat, entsendet er keine Schülerinnen und Schüler mehr an die FMS Zug. Dadurch sinken die ausserkantonalen Schülerinnen- und Schülerzahlen. Die Neueintritte aus dem Kanton Zug verzeichnen ebenfalls einen Rückgang. Das hat zur Folge, dass per Schuljahr 2014/15 nur zwei erste Klassen eröffnet werden. Aufgrund steigender Schülerinnen- und Schülerzahlen im Lehrgang Fachmaturität Pädagogik werden zwei anstelle eines Lehrgangs eröffnet, was zur Folge hat, dass sich bei der Klassenzahl insgesamt keine Änderung ergibt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-4'882'361.63	-5'275'300	-5'362'400	-87'100	1.7	-5'522'300	-5'709'600	-5'867'500
Total Ertrag	449'288.70	235'400	91'400	-144'000	-61.2	48'400	28'400	28'400
Saldo	-4'433'072.93	-5'039'900	-5'271'000	-231'100	4.6	-5'473'900	-5'681'200	-5'839'100

Kommentar Budget

Der Aufwand wird höher, weil die Pensionskassenbeiträge um 81'000 Franken, die Personalkosten um 14'000 Franken steigen. Der Ertrag sinkt, weil die Schulgelder ausserkantonaler Schülerinnen und Schüler (vor allem aus dem Kanton Aargau) abnehmen.

Kommentar Finanzplan

Die Veränderungen im Ertrag resultieren aus dem kontinuierlichen Rückgang der Schülerinnen und Schüler aus dem Kanton Aargau. Dies führt zu sinkenden Schulgelderträgen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für gemeindliche Schulen ist zuständig für die Schulentwicklung, die Schulaufsicht, die Externe Schulevaluation und für die Belange der Sonderpädagogik. Es bietet zusätzlich einen Schulpsychologischen Dienst an und führt ein Didaktisches Zentrum. Der Auftrag des Amts bezieht sich auf die gemeindlichen Schulen, die Privat- und Sonderschulen im Rahmen der obligatorischen Schulzeit.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Schulentwicklung

- Sicherstellung einer professionellen, auf die Verhältnisse des Kantons Zug abgestimmten kantonalen Schulentwicklung
- Initiierung, Koordination und Steuerung der kantonalen Schulentwicklung in den drei Kernbereichen Beurteilen und Fördern, Fachbereiche und Strukturen für gute Schulen
- Bereitstellung und Koordination der Strukturen für die Qualitätsentwicklung der gemeindlichen Schulen

Leistungsgruppe 2: Schulaufsicht

- Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie kantonalen Vorgaben, insbesondere der Gleichwertigkeit der Angebote der einzelnen Schulen sowie der Lehrberechtigungen der Lehrpersonen
- Beratungen verschiedener Zielgruppen: Privatschulen betreffend Zulassung, Privatschulungen betreffend Bewilligung sowie Überprüfung der Zielerreichung, Eltern ausserkantonaler oder ausländischer Kinder betreffend Schuleintritt, Schulleitungen betreffend Schulgesetzgebung
- Leitung des Übertrittsverfahrens von der 6. Primarklasse in eine Schulart der Sekundarstufe I
- Durchführung von Hausbesuchen bei Privatschulungen und Anordnungen von Leistungsüberprüfungen privat geschulter Kinder

Leistungsgruppe 3: Schulpsychologischer Dienst

- Abklärung, Beratung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern im Bereich der obligatorischen Schulzeit
- Abklärung, Beratung und Begleitung von Lernenden auf der Sekundarstufe II
- Antragstellung bei laufbahnbestimmenden, bzw. verstärkten Massnahmen und periodische Überprüfung der Massnahmen

Leistungsgruppe 4: Externe Schulevaluation

- Durchführung einer systematischen Qualitätsprüfung an den privaten und öffentlich-rechtlichen Schulen
- Generierung von fundiertem Steuerungswissen für die Schulleitungen der privaten und öffentlich-rechtlichen Schulen und den Bildungsrat

- Unterstützung der privaten und öffentlich-rechtlichen Schulen im Prozess der Qualitätsbeurteilung und -entwicklung und der Rechenschaftspflicht gegenüber der operativen und strategischen Führung der Schule sowie dem Bildungsrat

Leistungsgruppe 5: Didaktisches Zentrum

- Erwerb und Aufbereitung von schulischen Medien
- Ausleihe von schulischen Medien an Lehrpersonen und Studierende der Pädagogischen Hochschulen

Leistungsgruppe 6: Sonderpädagogik

- Entscheide über Mitfinanzierung bzw. Finanzierung von verstärkten Massnahmen (Sonderschulung)
- Erarbeiten und Bewirtschaften von Leistungsvereinbarungen mit den Sonderschulen
- Umsetzung des Konzepts Sonderpädagogik

Leistungsgruppe 7: Beitragswesen

- Gewährung von Beiträgen an gemeindliche Schulen und Musikschulen im Kanton Zug

Leistungsgruppe 8: Lehrmittelzentrale

- Sicherstellung des Einkaufs der Lehrmittel und der termingerechten Auslieferung an die öffentlich-rechtlichen Schulen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Verordnung zum Schulgesetz vom 7. Juli 1992 (BGS 412.111)
- Reglement zum Schulgesetz vom 10. Juni 1992 (BGS 412.112)
- Verordnung betreffend Pauschalbeiträge an die Besoldungen des gemeindlichen Lehrpersonals und an die Privatschulen vom 25. November 2008 (BGD 412.312)
- Reglement betreffend das Übertrittsverfahren vom 17. Dezember 1991 (BGS 412.114)
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren (Reglement Bildungszentren) vom 19. Dezember 2007 (BGS 413.12)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Die gemeindlichen Schulen werden bei der Umsetzung des Rahmenkonzepts «Gute Schulen – Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» unterstützt und begleitet	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Weiterbildungen für Schulleitungen und Unterrichtsteamleitungen sind angeboten	Weiterbildungen für Schulleitungen und Unterrichtsteamleitungen sind angeboten	Gleich
A	Das Gesetz über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz) ist teilverändert	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Die Rückmeldungen aus der externen Vernehmlassung liegen im Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat vor	Der Kantonsrat hat die Anpassungen im Lehrpersonalgesetz in 2. Lesung beschlossen; der Regierungsrat hat aufgrund der Anpassungen im Lehrpersonalgesetz die Änderung der Schulsubventions-Verordnung in 2. Lesung beschlossen	fällt weg
Leistungsgruppe 1: Schulentwicklung					
2	Die Fachgruppen nehmen ihre Aufgaben gemäss Aufgabenbeschreibung wahr und werden im Sinne von Qualitätssicherung begleitet	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen	Die Fachgruppen erfüllen die in der Jahresplanung formulierten Ziele	Die Fachgruppen erfüllen die in der Jahresplanung formulierten Ziele	Gleich
B	Weiterentwicklung Arbeitsplatz Schule: Flexibilisierung der Arbeitszeit im Rahmen des Berufsauftrags der Lehrpersonen wird geprüft und entsprechend umgesetzt	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Expertise mit Lehrpersonen und Schulleitungsbefragung sowie Arbeitszeiterhebung bei allen Lehrpersonen-Berufsgruppen liegen vor; in einem Schlussbericht sind Entwicklungshinweise enthalten	Die aufgeschobene Expertise zur Weiterentwicklung des Arbeitsplatzes Schule mit Entwicklungshinweisen und Massnahmenvorschlägen liegt vor	Umsetzung Massnahmen
C	Der Lehrplan 21 dient als Lehrplan der Deutschschweiz über die ganze obligatorische Schulzeit	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Entscheidungsgrundlagen für Stundentafel und Anschlussfragen sind erarbeitet; Weiterbildungsangebote für den kompetenzorientierten Unterricht sind im Angebot der PH Zug aufgenommen; Orientierungshilfe zum kompetenzorientierten Unterricht ist erarbeitet	Der Bildungsrat hat die Entscheidung zur Umsetzung des Lehrplans 21 und zur Stundentafel gefällt	Einführung und Umsetzung
D	Die gemeindlichen Schulen werden bei der Umsetzung des Rahmenkonzepts «Gute Schulen...» unterstützt und begleitet	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Das Projekt «Gute Schulen-Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» ist abgeschlossen; eine Evaluation des Projekts hat stattgefunden	«Fällt weg»	
E	Die Strategie ICT berücksichtigt die technischen und pädagogischen Entwicklungen im Bereich ICT und ist abgestimmt auf die Bedürfnisse der Schulen und den Lehrplan 21	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden		Die Strategie ICT und Entwicklungshinweise liegen vor	Umsetzung

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
F	Die Evaluation von Leistungen und Rahmenbedingungen des Fremdsprachenunterrichts liefert Steuerungswissen für allfällig daraus abzuleitende Massnahmen	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Eltern, Behörden		Die Evaluation von Leistungen und Rahmenbedingungen des Fremdsprachenunterrichts ist erfolgt; der Evaluationsbericht liegt vor	Umsetzung Massnahmen
L11	Attraktivierung der Sekundarschule durch Neugestaltung des 9. Schuljahres	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Eltern, Behörden	Das Konzept zur Neugestaltung 9. Schuljahr liegt vor; die strategischen Entscheidungen sind gefällt	Die rechtlichen Grundlagen für die Umsetzung Neugestaltung 9. Schuljahr liegen vor; das Kernteam Sek I plus unterstützt die gemeindlichen Schulen bei der Umsetzung Neugestaltung 9. Schuljahr	Gleich
Leistungsgruppe 2: Schulaufsicht					
3	Definierte Grundsätze steuern das Vorgehen der Schulaufsicht bei der Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen	Gemeindliche Schulen, Privatschulen, Lehrpersonen	Grundsätze der Schulaufsicht zu 100 % eingehalten	Grundsätze der Schulaufsicht zu 100 % eingehalten	Gleich
4	Beratungen definierter Personenkreise erfolgen zielorientiert und schnell	Privatschulen im Anerkennungsprozess, Schulleitungen, Eltern, welche Privatschulung beantragen	Bereinigung und Vervollständigung der Unterlagen bei Gesuchen um Anerkennung als Privatschule bzw. bei Gesuchen um Bewilligung von Privatschulung innerhalb von 8 Wochen; 1. Kontaktaufnahme innert Wochenfrist	Bereinigung und Vervollständigung der Unterlagen bei Gesuchen um Anerkennung als Privatschule bzw. bei Gesuchen um Bewilligung von Privatschulung innerhalb von 8 Wochen; 1. Kontaktaufnahme innert Wochenfrist	Steigend
5	Professionelle Leitung des Übertrittsverfahrens	Gemeindliche Schulen, Kantonsschule, Eltern, Lehrpersonen	Lehrpersonen werden schriftlich über die nötigen Schritte orientiert; neuen Lehrpersonen wird 1 Weiterbildungskurs angeboten; keine gutgeheissenen Beschwerden der Übertrittskommission wegen Verfahrensmängeln	Lehrpersonen werden schriftlich über die nötigen Schritte orientiert; neuen Lehrpersonen wird 1 Weiterbildungskurs angeboten; keine gutgeheissenen Beschwerden der Übertrittskommission wegen Verfahrensmängeln	Gleich
6	Offensiv-systematische Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen (Monitoring) der gemeindlichen und privaten Schulen	Gemeindliche Schulen, Privatschulen	Das Konzept ist erarbeitet, intern vernehmfasst, konsolidiert und dem Direktionsvorsteher zum Beschluss vorgelegt	Die Vorgehensweise beim Monitoring sowie die Prüfbereiche des ersten Dreijahreszyklus sind kommuniziert und geklärt; die strategischen und operativen Führungsspitzen sind über die Überprüfung im Schuljahr 2015/16 anfangs Schuljahr schriftlich informiert; die Überprüfung wird im Spätherbst durchgeführt	Steigend
G	Das Promotionsreglement ist den Entwicklungen (Noteninitiative, Übertrittsverfahren) angepasst und überarbeitet	Gemeindliche Schulen, Bildungsrat	Die gemeindlichen Schulen werden in Bezug auf die Änderungen am Promotionsreglement im Umsetzungsprozess beraten	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 3: Schulpsychologischer Dienst					
7	Hoher Anteil der direkten Beratungsarbeit mit den Ratsuchenden	Schüler/innen, Lernenden, Beteiligte	75 % der geleisteten Arbeitszeit	75 % der ausgewiesenen Arbeitszeit	Gleich
8	Die Anmeldungen werden so rasch als möglich bearbeitet	Schüler/innen, Lernenden, Beteiligte	1. Kontaktnahme innerhalb von 3 Wochen	1. Kontaktnahme innerhalb von 3 Wochen	Gleich
9	Anträge für laufbahnbestimmende und verstärkte Massnahmen sind termingerecht gestellt	Rektor, Rektorin, Abteilung Sonderpädagogik	Versand der Anträge bis Ende Juni	Versand der Anträge bis Ende Mai	Gleich
Leistungsgruppe 4: Externe Schulevaluation					
10	Kritische Überprüfung zentraler Elemente, Verfahren, Methoden und Instrumente des abteilungsinternen Qualitätsmanagements	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Privatschulen, Bildungsrat	Interne und externe Validierung; Zufriedenheit Schulen > 90 %	Interne und externe Validierung; Zufriedenheit Schulen > 90 %	Gleich
11	Systematische und fundierte Evaluation gemeindlicher Schulen	Schulleitungen, Lehrpersonen, Bildungsrat	Pilotschule plus 2 weitere Schulen mit neuem Verfahren (2. Zyklus) evaluiert	12–15 Evaluationen (Standard plus Führungsebene) gemeindlicher Schuleinheiten	Gleich
12	Planmässige Evaluation der Sonderschulen und Privatschulen	Schulleitungen, Lehrpersonen, Sonderschulen, Bildungsrat	Konzept Sonderschule ist erarbeitet; 3 Privatschulen evaluiert	2 Sonderschulen werden als Pilot mit Fachleuten der Hochschule für Heilpädagogik (HfH) evaluiert; alle Privatschulen (mit Zuger Lehrplan) sind ein 1. Mal evaluiert	Steigend
Leistungsgruppe 5: Didaktisches Zentrum					
13	Aktueller und vielfältiger Bestand von Unterrichtsmaterialien ist im Online-Katalog such- und bestellbar	Kantonale und gemeindliche Lehrpersonen, PHZ-Studierende	Bestandespflege: Alte Zeitschriften (Jahrgänge 1980–2000) ausscheiden, entsprechende Artikelauswertungen aus Online-Katalog entfernen	Bestandespflege: Ältere Unterrichtsmaterialien und Fachbücher ausscheiden oder ersetzen	Gleich
14	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich der Ausleihe sowie Beratung und Einführung der Benutzer/innen	Kantonale und gemeindliche Lehrpersonen, PHZ-Studierende	Mind. 40'000 Medien-Ausleihen/-Verlängerungen	Rund 40'000 Medien-Ausleihen/-Verlängerungen	Gleich
Leistungsgruppe 6: Sonderpädagogik					
15	Fristgerechte Abwicklung der standardisierten Prozesse	Rektorinnen und Rektoren (Sonderschulung) Erziehungsberechtigte (Frühbereich)	Finanzierungsentscheide: 80 % innert 2 Wochen nach Eingang, 20 % innert Monatsfrist; Jahresabrechnung Sonderschulen: 1 Monat nach Eingang	Finanzierungsentscheide: 80 % innert 2 Wochen nach Eingang, 20 % innert Monatsfrist; Jahresabrechnung Sonderschulen: 1 Monat nach Eingang	Gleich
16	Die Erarbeitung der Leistungsvereinbarungen und eines Controllingkonzepts erfolgen frist- und ordnungsgemäss	Sonderschulen (inkl. Heilpädagogischen Dienst) mit Leistungsvereinbarung	Controllingkonzept erarbeitet; Neuerarbeitung Leistungsvereinbarungen 2015–2017 abgeschlossen	Das Controlling erfolgt gemäss Controllingkonzept, neu mit Finanz- und Leistungscontrolling	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
17	Anerkennung der Sonderschulen als Privatschulen und Aufsicht	Sonderschulleitende und -Trägerschaften sowie Sonderschulheimleitenden und deren Trägerschaft	Alle Sonderschulen und Sonderschulheime sind anerkannt (§ 35 Schulgesetz)	Alle Sonderschulen und Sonderschulheime sind anerkannt (§ 35 Schulgesetz)	Sinkend
H	Erarbeitung der Richtlinien Integrative Sonderschulung (IS) für alle Behinderungen	Gemeindliche Schulen, Sonderschulen, Behörden, Schulpsychologische Dienst	Umsetzung der Richtlinien	«Fällt weg»	
I	Richtlinien «Besondere Förderung» implementieren	Gemeindliche Schulen, Rektorate, Schulleitungen	Umsetzung der Richtlinien	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 7: Beitragswesen					
18	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Normpauschalen und Jahreswochenstunden-Pauschalen	Gemeinden	100 % innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen	100 % innert Frist	Gleich
Leistungsgruppe 8: Lehrmittelzentrale					
19	Lehrmittel werden rechtzeitig an die Gemeinden geliefert	Gemeindliche Schulen	Lehrmittel sind zu Schuljahresbeginn in den Schulen verfügbar	Lehrmittel sind zu Schuljahresbeginn in den Schulen verfügbar	Gleich
20	Lehrmittel werden kostengünstig beschafft	Gemeindliche Schulen	Lehrmittelkosten pro Schülerin und Schüler max. Fr. 120	Lehrmittelkosten pro Schülerin und Schüler max. Fr. 120	Gleich

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Schüler/innen gemeindliche Schulen (exkl. Schüler/innen aus Meierskappel)	Anzahl	10'975	11'100	11'000	Gleich
Schüler/innen Sonderschulen (inkl. Schüler/innen in ausserkantonalen Sonderschulen)	Anzahl			270	Gleich
Schüler/innen Privatschulen (obligatorische Schulzeit)	Anzahl			1'150	Steigend
Beiträge an Gemeinden, Normpauschalen Kindergarten und Primarstufe	Franken		44'532'900	44'637'500	Gleich
Beiträge an Gemeinden, Normpauschale Sekundarstufe I	Franken		23'786'600	23'403'000	Gleich
Beiträge an Gemeinden, Musikschulen	Franken		11'013'900	11'131'000	Gleich
Beiträge für Sonderschulung (inkl. durchlaufende Beiträge)	Franken		32'300'000	35'000'000	Steigend
Betriebsbeitrag der Gemeinden für Sonderschulung (Ertrag)	Franken		-14'500'000	-16'000'000	Steigend
Anteil Sonderschulung (integrierte bzw. separiert)	Quote	2,84 %	2,96 %	2,96 %	Gleich
Lehrmittel und Unterrichtshilfen für gemeindliche Schulen	Anzahl	801	820	830	Steigend

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Anzahl bewilligter befristeter Lehrbewilligungen				30	Steigend
Anzahl Zuweisungsentscheide der Übertritts- kommission I bei fehlenden Einigungen				45	Gleich
Anzahl begleiteter Privatschulen auf dem Weg zur Anerkennung				2	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Schülerinnen und Schüler: Neu sind auch Sonder- und Privatschülerinnen und Privatschüler ausgewiesen.
 Fälle am Schulpsychologischen Dienst: Diese Zahl ist als Kenngrösse ungeeignet und wird deshalb nicht mehr aufgeführt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-118'833'057.82	-119'323'950	-121'609'203	-2'285'253	1.9	-123'157'900	-124'814'900	-126'499'800
Total Ertrag	16'382'575.25	15'149'000	16'685'800	1'536'800	10.1	17'090'800	17'590'800	18'090'800
Saldo	-102'450'482.57	-104'174'950	-104'923'403	-748'453	0.7	-106'067'100	-107'224'100	-108'409'000

Kommentar Budget

Aufwandsteigerung bei der Sonderschulung infolge berechneter Teuerung (Leistungsvereinbarungen) und Zunahme kostenintensiver Fälle. Entsprechend höhere Beiträge der Gemeinden (Ertragssteigerung). Ansonsten keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

Kommentar Finanzplan

Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsberatung (BIZ) bietet Information und Beratung bei Fragen der Berufs-, Studien- und Laufbahnwahl an. In Zusammenarbeit mit den Schulen und Lehrpersonen unterstützt es die Berufs-, Laufbahn- und Studienwahlvorbereitung. Es wirkt aktiv mit in verschiedenen Gremien und Projekten, die in einem engen Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten stehen.

Die Stipendienstelle ist dem Amt eingegliedert. Sie ist für die Gewährung und Bewirtschaftung von kantonalen Ausbildungsbeiträgen in Form von Stipendien und Darlehen zuständig.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Berufswahl-, Studienwahl und Laufbahnvorbereitung

- Unterstützung der Berufswahl in den Oberstufen Sek I
- Unterstützung von Jugendlichen ohne Anschlusslösung
- Unterstützung der Studienwahl im Gymnasium und an den Mittelschulen
- Unterstützung der Laufbahnplanung in den Berufsfachschulen

Leistungsgruppe 2: Information zu Berufen, Studien, Aus- und Weiterbildungen

- Bereitstellung und Vermittlung von aktuellen Informationen zu Berufs-, Studien- und Laufbahnfragen
- Produktion von kantonalen, regionalen und nationalen Informationsmitteln

Leistungsgruppe 3: Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

- Individuelle Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen
- Beratung von Erwerbslosen im Auftrag des RAV (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum)
- Individuelle Unterstützung von Personen bei Formen der Nachholbildung

Leistungsgruppe 4: Stipendienstelle

- Erarbeiten von Entscheiden betreffend Stipendien und Darlehen
- Auszahlen der gewährten Beiträge
- Verwalten und einfordern der ausstehenden Darlehen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG) vom 13. Dezember 2002 (SR 412.10)
- Verordnung über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV) vom 19. November 2003 (SR 412.101)
- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen (EG Berufsbildung) vom 30. August 2001 (BGS 413.11)
- Gesetz über die Kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung zum Schulgesetz vom 7. Juli 1992 (BGS 412.111)
- Verordnung über die Kantonsschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.111)
- Verordnung über das Kantonale Gymnasium Menzingen vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.112)
- Verordnung über die Fachmittelschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.19)
- Gesetz über Ausbildungsbeiträge vom 3. Mai 1984 (BGS 416.21)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Die Angebote des Amts für Berufsberatung ist bei allen Zielgruppen bekannt	Jugendliche und Erwachsene in beruflichen Entscheidungssituationen	Umsetzung des Konzepts betreffend Einsatz von Social Media für das BIZ	Entwickeln und Implementieren eines BIZ App	Gleich
2	Das Amt für Berufsberatung ist auf kantonaler, regionaler und gesamtschweizerischer Ebene vernetzt	Organisationen der Verwaltung, der Bildung und der Arbeitswelt	8 % der zeitlichen Ressourcen	8 % der zeitlichen Ressourcen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
3	Kontinuierliche Evaluation der Angebote und Produkte	Kundinnen und Kunden des BIZ (Berufsberatungs- und Informationszentrum) Zug	Dienstleistungen des BIZ im Bereich der Berufswahlvorbereitung werden bei den Jugendlichen und Erziehungsberechtigten evaluiert und Verbesserungen umgesetzt	Die Dienstleistungen der Stipendienstelle werden evaluiert und Verbesserungen umgesetzt	Gleich
Leistungsgruppe 1: Berufswahl-, Studienwahl und Laufbahnvorbereitung					
4	Flächendeckende, fachgerechte Information über Berufs- und Schulwahlprozess und berufliche Möglichkeiten	Jugendliche der 2. Oberstufe und deren Eltern	Für alle Schüler/innen werden Klassenbesuche im BIZ Zug, für alle Eltern Berufswahlveranstaltungen angeboten; alle Schüler/innen der 2. OS erhalten und nutzen den Berufswahlordner	Für alle Schüler/innen werden Klassenbesuche im BIZ Zug, für alle Eltern Berufswahlveranstaltungen angeboten; alle Schüler/innen der 2. OS erhalten und nutzen den Berufswahlordner; Versand von regelmässigen Elternnewsletter zum Thema Berufswahl	Gleich
5	Jugendliche ohne Anschlusslösung werden zahlenmässig erfasst und intensiv begleitet	Jugendliche der 3. Oberstufe	Alle Abschlussklassen erfasst und betreut; Statistik fristgerecht weitergeleitet	Alle Abschlussklassen erfasst und betreut; Statistik fristgerecht weitergeleitet	Gleich
6	Mittelschüler/innen sind fähig, ihre weitere Ausbildung an den Hochschulen zu planen	Lernende an Gymnasien	2-teilige Workshops zur Studienwahlvorbereitung in allen Klassen ein Jahr vor der Matura durchgeführt	2-teilige Workshops zur Studienwahlvorbereitung in allen Klassen ein Jahr vor der Matura durchgeführt	Gleich
7	Berufslernende sind fähig, ihre weitere berufliche Laufbahn zu planen	Lernende des GIBZ und KBZ in der zweiten Hälfte der Ausbildung	40 Laufbahnseminare werden für Lernende des GIBZ und KBZ im BIZ durchgeführt	Für alle Lernenden an den Berufsfachschulen werden Laufbahnseminare am Ende der Grundbildung angeboten	Steigend
8	Lehrpersonen erhalten umfassenden Support bei der Berufswahlvorbereitung	Lehrpersonen der Volksschuloberstufe und des Brückenangebotes	4 Ausgaben von «Berufswahl aktuell»; Organisation «Rent a Stift» und «Rent a Boss»; 2 Weiterbildungsveranstaltung zum Zuger Angebot im Bereich Berufswahlvorbereitung für neue Lehrpersonen	4 Ausgaben von «Berufswahl aktuell»; Organisation «Rent a Stift» und «Rent a Boss»; 1 Weiterbildungsveranstaltung zum Zuger Angebot im Bereich Berufswahlvorbereitung für neue Lehrpersonen	Gleich
A	Optimierung Nahtstelle Schule Arbeitswelt. Mit der Kampagne «My top Job» Vorurteile bezüglich Geschlecht oder Prestige von Berufen oder Studienrichtungen hinterfragen und aufbrechen	Jugendliche und ihre Eltern, Lehrfirmen	Weitere 30 Klassen buchen das Theater; Medien berichten zweimal	Projektabschluss mit Gesamtevaluation und Schlussbericht	Fällt weg
B	Studienwahlfahrplan über die gesamte Gymnasialzeit zusammen mit Vertretern der Gymnasien erarbeiten	Jugendliche an Gymnasien und deren Eltern, Lehrpersonen an Mittelschulen		Empfehlungen der EDK und der zentralschweizer Studienberatungen zur Studienwahlvorbereitung an den Gymnasien für den Kanton Zug prüfen und Optimierungen angehen	
Leistungsgruppe 2: Information zu Berufen, Studien, Aus- und Weiterbildungen					
9	Die Infothek bietet aktuelle und relevante Informationsangebote an	Jugendliche und Erwachsene	Informationsmittel sind auf dem neusten Stand; eingehende Informationen innert 2 Wochen verarbeitet	Informationsmittel sind auf dem neusten Stand; eingehende Informationen innert 2 Wochen verarbeitet	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
10	Kantonale und regionale, vom BIZ Zug produzierte Informationsmittel werden regelmässig aktualisiert	Jugendliche in der Berufswahl und Erwachsene	Berufswahlordner jährlich aktualisiert; Lehrstellennachweis wird täglich aktualisiert; neue Angebote für Erwachsene sind innerhalb von 2 Wochen in der Weiterbildungsdatenbank (WAB) aktualisiert	Berufswahlordner jährlich aktualisiert; Lehrstellennachweis wird täglich aktualisiert; neue Angebote für Erwachsene sind innerhalb von 2 Wochen in der Weiterbildungsdatenbank (WAB) aktualisiert	Gleich
11	Jugendliche erhalten Einblick in die Lehrberufe und Bildungsangebote im Kanton Zug	Jugendliche in der ersten Berufswahl	BIZ Zug organisiert/koordiniert 110 berufs- und schulkundliche Veranstaltungen	BIZ Zug organisiert/koordiniert 110 berufs- und schulkundliche Veranstaltungen	Gleich
12	Das BIZ Zug gestaltet die Zukunft neuer Informationsmedien aktiv mit	Berufs- und Laufbahnberatende und ihre Kunden	Übernahme Fachredaktionen schweizerischer Informationsmittel; Beteiligung an der Weiterentwicklung der nationalen elektronischen Dokumentation (e-Doc)	Übernahme Fachredaktionen schweizerischer Informationsmittel; Beteiligung an der Weiterentwicklung der nationalen elektronischen Dokumentation (e-Doc)	Gleich
13	Optimierung Nahtstelle Schule Arbeitswelt: Information der migrantischen Bevölkerungsgruppen über das Schul- und Berufsbildungswesen der Schweiz	Migrantinnen und Migranten aus verschiedenen Nationen, Expats	In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Migration Zug finden 4 Veranstaltungen für ausländische Bevölkerungsgruppen zu Fragen der Berufs- und Schulwahl sowie des Bildungssystems in der Schweiz statt	In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Migration Zug finden 4 Veranstaltungen für ausländische Bevölkerungsgruppen zu Fragen der Berufs- und Schulwahl sowie des Bildungssystems in der Schweiz statt	Gleich
L32	Nutzung von Onlinemedien in der Beratung	Mittelschüler/innen, Studierende, Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen		Für Studienwahl- und Hochschulbereich soll geprüft werden, wie Informationen in digitaler Form aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden können	
Leistungsgruppe 3: Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung					
14	Zeitgerechte, zielorientierte Beratung anbieten, die genutzt wird	Jugendliche bei der ersten Berufswahl, Berufslernende bei der Laufbahnplanung, Mittelschüler/innen bei der Studienwahl, Erwachsene	Termine innert 2-4 Wochen, Notfälle innerhalb 1 Woche; 1'800 Einzelberatungen	Termine innert 2-4 Wochen, Notfälle innerhalb 1 Woche; 1'900 Einzelberatungen	Gleich
15	Erwerbslose Ratsuchende werden in ihrer Laufbahnplanung unterstützt, RAV-Berater erhalten fachkundigen Support	Erwerbslose, Beratende des RAV	Beratungsangebot im Auftrag des RAV wird genutzt; mind. 2 Kurse für RAV-Beratende finden statt	Beratungsangebot im Auftrag des RAV wird genutzt; mind. 2 Kurse für RAV-Beratende finden statt	Gleich
C	Erweitern der Fachkompetenz der Mitarbeitenden für internationale Klientel. Teilnahme an Mobilitätsprojekt Leonardo da Vinci	Mitarbeitende BIZ, ausländische Ratsuchende des BIZ	Das Projekt wurde erfolgreich durchgeführt und evaluiert; Publikation der Ergebnisse in mind. 1 Fachzeitschrift	«Fällt weg»	
D	Schaffen der rechtlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die Erhebung einer Gebühr für die Beratung erwachsener Personen	Beratungskunden		Projekt zur Umsetzung im Jahr 2016 bereit	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
L25	Informations- und Beratungskonzept für Arbeitskräfte über 50 Jahre	Berufstätige und Wiedereinsteigerinnen		Erste Informations- und Beratungsangeboten für diese Zielgruppe werden entwickelt und implementiert	
Leistungsgruppe 4: Stipendienstelle					
16	Fristgerechte Erarbeitung von Entscheiden für Stipendien- und Darlehensgewährung	Gesuchstellende	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
17	Qualität der Entscheide auf dem Niveau der Vorjahre halten trotz neuer personeller Besetzung	Gesuchstellende	Anzahl der Rekurse bleibt auf dem Niveau der Vorjahre (< 1,5 %)	Anzahl der Rekurse bleibt auf dem Niveau der Vorjahre (< 1,5 %)	Gleich
18	Fristgerechte Rückforderung der ausstehenden Darlehen	Steuerzahler Kanton Zug	Darlehen werden systematisch bewirtschaftet und ausstehende Rückzahlungen und Zinsen eingefordert	Darlehen werden systematisch bewirtschaftet und ausstehende Rückzahlungen und Zinsen eingefordert	Gleich

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
2. Oberstufe, IBA, Sonder- und Privatschulen	Klassen	68	64	62	Gleich
3. Oberstufe, Brückenangebote, EiB	Schüler/innen	826	1'000	970	Gleich
Jugendliche ohne Anschlusslösung	Jugendliche	146	im April 80	90	Gleich
Brückenangebote	Lernende	190	160	160	Gleich
Laufbahnseminare an Berufsfachschulen	Abschlussklassen	42	40	50	Steigend
Workshops an Gymnasien	Klassen	20	15	20	Gleich
Besuchende Infothek	Anzahl	9'500	9'000	9'500	Gleich
Einzelberatungen	Anzahl	1'889	1'800	1'900	Gleich
RAV Beratungen	Anzahl	178	150	150	Gleich
Gemeldete Lehrstellen	Anzahl	1'333	1'300	1'300	Gleich
Weiterbildungsangebote für Erwachsene	Anzahl	699	900	700	Sinkend
Berufs-, Studien- und Laufbahnordner	Anzahl	291	300	270	Sinkend
Gesuche für Stipendien und Darlehen	Anzahl		700	700	Gleich
Bewirtschaftung laufende Darlehen	Anzahl		235	230	Gleich
Auszahlung und Kontrolle gewährter Stipendien	Anzahl		420	420	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Oberstufe: leichte Abnahme der Jugendlichen, bzw. der Klassen
 Laufbahnseminare an Berufsfachschulen: Nachfrage nahm in den letzten Jahren stetig zu, alle Klassen KBZ und GIBZ -> zirka 65
 Weiterbildungsangebote für Erwachsene: Abnahme infolge Konzentrationserscheinungen auf dem Anbietermarkt (Standort Luzern favorisiert durch Migros Klubschule, KBZ)
 Berufs-, Studien- und Laufbahnordner: Abnahme bedingt durch Ersatz von Studienwahlordnern durch Perspektiven Hefte

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-2'067'335.39	-4'777'600	-4'798'400	-20'800	0.4	-4'809'700	-4'883'700	-4'958'900
Total Ertrag	110'852.70	483'000	441'000	-42'000	-8.7	487'000	487'000	487'000
Saldo	-1'956'482.69	-4'294'600	-4'357'400	-62'800	1.5	-4'322'700	-4'396'700	-4'471'900

Kommentar Budget

Anstieg Lohnkosten um 60'000 Franken durch Änderung PK Gesetz

Keine Einnahmen mehr durch die Laufbahnseminare (Budget 2014: 20'000 Franken), entsprechend keine Ausgaben budgetiert im Bereich Dienstleistungen Dritter
 Sachaufwand wie auch die Einnahmen um 30'000 Franken reduziert gegenüber Budget 2014 (Grund: Einmaliges Projekt Leonardo da Vinci)

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
DB1777.0001 Auszahlung Studiendarlehen						
Ausgaben		-180'000	-300'000	-300'000	-300'000	-300'000
Einnahmen						
DB1777.0002 Rückzahlung Studiendarlehen						
Ausgaben						
Einnahmen		400'000	400'000	360'000	360'000	250'000
Total Budgetkredite						
Ausgaben		-180'000	-300'000	-300'000	-300'000	-300'000
Einnahmen		400'000	400'000	360'000	360'000	250'000
Saldo		220'000	100'000	60'000	60'000	-50'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Die vergebenen Darlehen nehmen ab 2008 stetig ab. Deshalb werden in Zukunft auch weniger Einnahmen resultieren.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Sport fördert ein bedarfsgerechtes Sportangebot. Es unterstützt die Zuger Bevölkerung, insbesondere Zuger Sportvereine, Schulen und Institutionen durch Information, Beratung, finanzielle Beiträge sowie Aus- und Weiterbildung von Sportleitenden und Lehrpersonen. Zudem initiiert und organisiert das Amt in Koordination mit Privaten, Verbänden, Vereinen und Gemeinden Breitensportangebote und führt polysportive Jugendsportlager durch.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Jugend und Sport (J+S)

- Administration und Durchführung des J+S Bundesauftrages Kindersport, Jugendsport, Erwachsenensport der Kaderbildung
- Administration und Betreuung aller J+S Angebote der Sportvereine, Schulen und Jugendorganisationen
- Administration und Durchführung von J+S Jugendlagern

Leistungsgruppe 2: Breiten-, Schul-, Firmen- und Leistungssport

- Information, Beratung und Unterstützung beim Aufbau von Sport- und Bewegungsförderangeboten
- Organisation Kantonalen Schülermeisterschaften
- Förderung und Durchführung von Sport am Mittag (SaM)
- Beratung und Unterstützung der Zuger Nachwuchs- und Leistungssportlerinnen und -sportler

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen

- Öffentlichkeitsarbeit, Information, Kommunikation
- Erarbeiten von Vernehmlassungen, Mitberichten, Stellungnahmen und sportrelevanten Gesetzgebungen
- Mitwirkung in Kommissionen, Konferenzen, Arbeitsgruppen

- Koordination der ausserschulischen Vergabe kantonaler Sportstätten
- Bewirtschaftung Sportmaterial
- Administration und Bewirtschaftung Sport-Fonds

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport vom 17. Juni 2011
- Sportgesetz vom 29. August 2002 (BGS 417.1)
- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Sport-Toto-Verordnung vom 4. Oktober 2005 (BGS 417.16)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesezt) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)
- Regierungsratsbeschluss betreffend Beiträge an die ungedeckten Kosten der beruflichen Ausbildung von Nachwuchssportlerinnen und -sportlern vom 21. Dezember 2004 (BGS 417.13)
- Regierungsratsbeschluss: Jahresbeitrag an den Verein VINTO Zug vom 4. Juli 2008

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Sicherstellen einer höchstmöglichen Kundenzufriedenheit bei Administration und Dienstleistungen des Amtes für Sport	Zuger Bevölkerung, Zuger Schulen, Zuger Vereine	Regelmässiges Überprüfen mittels Kundenfeedback; Kritikpunkte werden aufgenommen um eine Zufriedenheit über 80 % zu erreichen	Regelmässiges Überprüfen mittels Kundenfeedback; Kritikpunkte werden aufgenommen um eine Zufriedenheit über 80 % zu erreichen	Gleich
Leistungsgruppe 1: Jugend und Sport (J+S)					
2	Organisation der J+S Kaderbildung gewährleisten	Schweizer-Bevölkerung, Schweizer-Sportvereine	Organisation von mind. 30 J+S Einführungs-, Grundausbildungs- oder Weiterbildungskursen	Organisation von mind. 36 J+S Einführungs-, Grundausbildungs- oder Weiterbildungskursen; neue Ausbildungskurse in Eiskunstlaufen und Schwimmen; Mitorganisation von 4 Schulsport- und Kindersportausbildungskursen der Pädagogischen Hochschule Zug	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
3	Proaktive Betreuung der J+S Angebote der Vereine, Schulen und Jugendorganisationen mittels Beratungsgesprächen	Zuger Sportvereine, Zuger Schulen, Jugendorganisationen	2014 werden in J+S Angeboten über 10'000 Kinder und Jugendliche bewegt (entspricht ca. 60 % der Zuger Bevölkerung)	Über 10'000 regelmässige Teilnahmen von Zuger Kindern und Jugendlichen an J+S Lagern und J+S Saison- oder Jahreskursen	Gleich
4	Durchführung des polysportiven Lagers in Tenero stetig weiterentwickeln	11-16-jährige Zuger Jugendliche	Anpassung des Lagerprogramms an die geänderte Infrastruktur des Centro Sportivo Tenero	Erfolgreiche Durchführung der beiden Jugendsportlager im Rahmen der neuen Infrastruktur des Centro Sportivo	Gleich
5	Durchführung von zwei polysportiven Wochenkursen in Zug sicherstellen	6-12-jährige Zuger Kinder		Jeweils 80 Teilnehmer/innen werden in mind. 5 Sportarten ausgebildet	Gleich
6	Organisation der J+S Kaderbildung Kindersport gewährleisten; Qualitätssicherung aller J+S Kindersportsangebote sicherstellen	5-10-jährige Zuger Kinder, Volksschulen, Sportvereine, Jugendorganisationen	2 Kaderkurse organisieren; Auftrag des BASPO zur Qualitätssicherung wird mit mind. 6 Kursbesuchen erfüllt	3 Kaderkurse organisieren; Auftrag des BASPO zur Qualitätssicherung wird mit mind. 5 Kursbesuchen erfüllt	Gleich
7	Kompetente Begleitung der Angebote und Kaderausbildung des J+S Erwachsenensports ESA	Erwachsene Zuger Bevölkerung, Zuger Sportverbände und -vereine, Pro Senectute	Zusammenarbeit mit Pro Senectute 2014 gestalten	Planung, Ausschreibung, Qualitätskontrolle und Abrechnung der ESA Weiterbildungsangebote der Pro Senectute gemäss Regierungsratsbeschluss sicherstellen	Gleich
Leistungsgruppe 2: Breiten-, Schul-, Firmen- und Leistungssport					
8	Durchführung der Kantonalen Schülermeisterschaften	Zuger Schulen, Zuger Schüler/innen bis 9. Schuljahr	2'600 Teilnehmende, entspricht 45 % der 10-14-jährigen Zuger Kinder und Jugendlichen	2'600 Teilnehmende; Planung, Koordination und Organisation der Durchführung von Kantonalen Schülermeisterschaften in 10 Sportarten	Gleich
9	Organisation und Administration des Firmensports «Sport am Mittag» weiterführen	Primär Mitarbeitende der Verwaltung von Kanton und Stadt, zusätzlich externe Firmen	Über 500 Teilnehmende, 9 externe Partnerorganisationen und 22 Sportangebote	Über 500 Teilnehmende, Zusatzkurse in 5 verschiedenen Sportarten	Gleich
A	Auf- und Ausbau der J+S Kindersportkurse in der Schule; regelmässige, polysportive Angebote für 5-6-jährige Zuger Kinder	5-6-jährige Zuger Kinder	In 2 weiteren Zuger Gemeinden wird mit den lokalen Sportvereinen zusammen 1 polysportives Ergänzungstraining angeboten	In mind. 2 Zuger Gemeinden wird mit den lokalen Sportvereinen zusammen 1 polysportives Ergänzungstraining angeboten	Steigend
B	Ehrung von erfolgreichen Zuger Sportler/innen	Erfolgreiche Zuger Sportler/innen an Schweizer-, Europa- und Weltmeisterschaften sowie an Olympischen Spielen oder ähnlichen Anlässen	Zuger Sportnacht etablieren; Sponsor für «Zuger Sports Award» finden	Umsetzung der durch die revidierte Sport-Fonds-Verordnung festgelegten Rahmenbedingungen	Gleich
C	Die in Zug im 2015 stattfindenden Grosssportanlässe werden für die Breitensportförderung aktiv genutzt	Zuger Bevölkerung, insbesondere Schulen und Sportvereine		Die mit den Organisatoren ausgearbeiteten Ziele zum aktiven Einbezug der Zuger Bevölkerung werden vollständig erfüllt	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen					
D	Information aller Benefiziare und Umsetzung der neuen Sport-Fonds-Verordnung und deren Richtlinien	Sportvereine und -verbände, Sportbetriebsorientierte Trägerschaften und Sportler/innen des Kantons Zug		Die vom Regierungsrat beabsichtigten Ziele werden erreicht	Gleich
E	Sport-Toto-Verordnung (BGS 417.16) überarbeiten	Sportvereine und Sportverbände des Kantons Zug, Sportbetriebsorientierte Trägerschaften des Kantons Zug	Publikation und Umsetzung der revidierten Sport-Toto Verordnung	«Fällt weg»	
F	Zusätzliche Öffnungszeiten Kantonalen Sportanlagen während schulfreien Zeiten sind bewilligt	Sportvereine und Sportverbände des Kantons Zug, Sportbetriebsorientierte Trägerschaften des Kantons Zug	30 % längere Öffnungszeiten	Effektiver Bedarf mittels Umfrage klären; finanzielle Konsequenzen und zusätzlicher Personalbedarf der kantonalen Schulen für Budget 2016 abklären	Steigend
L32	Kostenlose Nutzung kantonalen Sportanlagen für Zuger Vereine	Kantonale Schulen, Amt für Sport, Sportvereine der 11 Gemeinden	Vereinbarung Kanton Zug mit allen interessierten Gemeinden	«Fällt weg»	

Kommentar Zielsetzungen

2015 legt das Amt für Sport seinen Fokus auf die im Sportfördergesetz festgelegten Bundesaufträge J+S Kindersport und ESA.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Ausgebildete Sportleiter	Personen	761	1'000	800	Gleich
Betreute J+S Angebote	Kurse/10–20-jährige Jugendliche	1'087/11'646	900/11'000	1'000/11'000	Gleich
Betreute J+S Kindersport Kurse	Kurse/5–10-jährige Kinder	166/2'324	95/1'350	170/2'400	Steigend
Firmensport am Mittag	Angebote pro Woche/Personen	23/570	22/500	25/580	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Der Fokus liegt auch 2015 auf der Zunahme einer regelmässigen Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an qualitativ hochwertigen Sportaktivitäten.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-1'900'872.39	-1'914'500	-2'113'800	-199'300	10.4	-2'141'400	-2'236'700	-2'230'300
Total Ertrag	490'853.45	473'000	466'500	-6'500	-1.4	466'500	466'500	466'500
Saldo	-1'410'018.94	-1'441'500	-1'647'300	-205'800	14.3	-1'674'900	-1'770'200	-1'763'800

Kommentar Budget

Die Aufwanderhöhung ergibt sich aufgrund von 2 zusätzlichen Jugendlagern, der Unterstützung der neuen Ausbildungskurse von Vinto (Koordination von Berufslehre und Sport) sowie des im 2-Jahres-Turnus durchgeführten J+S Weiterbildungskurses Schneesport für zirka 160 Lehrpersonen der Zuger Volksschulen und Gymnasien.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Kultur fördert das freie Kulturschaffen und die Vielfalt des kulturellen Lebens im Kanton Zug. Es führt zudem das Kantonale Museum für Urgeschichte(n) (KMUZ).

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Kulturförderung

- Geschäftsstelle der kantonalen Kulturkommission
- Abwicklung Beitragsgesuche für kulturelle Projekte und Veranstaltungen
- Abwicklung Wettbewerb Förderbeiträge und Zuger Werkjahr
- Belegung und Unterhalt Ateliers für Kulturschaffende in New York und Berlin sowie Atelier Flex
- Ausrichtung Auszeichnungen
- Bewirtschaftung der Kunstsammlungen
- Erhalt und Schaffung von Infrastruktur für Kultur
- Information und Beratung Kulturschaffender

Leistungsgruppe 2: Arbeitsgruppen, Vernetzung, Dienstleistungen

- Künstlerische Verantwortung Kunst am Bau bei Bauvorhaben des Kantons
- Interkantonale und nationale Konferenzen und Arbeitsgruppen
- Kontaktpflege und Vernetzung kommunal, kantonal, national

Leistungsgruppe 3: Kulturinstitutionen

- Erarbeitung und Controlling von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit Kulturinstitutionen
- Vollzug Kulturlastenausgleich

Leistungsgruppe 4: Kantonales Museum für Urgeschichte(n)

- Sammlung, Aufbewahrung, Inventarisierung und Ausstellung von ur- und frühgeschichtlichen Bodenfunden
- Durchführung Sonderausstellungen
- Vermittlung Ausstellungsinhalte, speziell für Schulklassen
- Restaurierungswerkstatt
- Wissenschaftliche Projekte und Publikationen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens vom 25. März 1965 (BGS 421.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Vereinbarung über die Interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen vom 27. März 2008 (BGS 421.3)
- Gesetz über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz) vom 26. April 1990 (BGS 423.11)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)
- Satzungen der Stiftung «Museum in der Burg Zug» vom 11. März 1976 (BGS 423.311)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung an der Stadt- und Kantonsbibliothek vom 3. Mai 1984 (BGS 424.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Kulturförderung					
1	Rasche Abwicklung von Beitragsgesuchen	Kulturschaffende	Bestätigung über Erhalt innerhalb 1 Woche	Bestätigung über Erhalt innerhalb 1 Woche	Gleich
2	Termingerechte Abwicklung des Wettbewerbs Förderbeiträge und der Zuger Werkjahre; Ausrichtung des Zuger Anerkennungspreis	Kulturschaffende	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	Gleich
3	Wirtschaftliche Belegung und termingerechte Abwicklung der Ateliers	Kulturschaffende/Kanton	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
4	Kunstsammlungen laufend mit neuen Ankäufen ergänzen	Kulturschaffende	Ankäufe im Rahmen des Jahresbudgets tätigen	Ankäufe im Rahmen des Jahresbudgets tätigen	Gleich
5	Kunstsammlungen der Verwaltung sowie der Öffentlichkeit zugänglich machen	Mitarbeitende Kanton, Fachstellen, Öffentlichkeit	Mind. 2 Bilderwahlen à 3–4 Terminfenster; Bekanntmachung der kantonalen Kunstsammlung in der Öffentlichkeit	Mind. 2 Bilderwahlen à 3–4 Terminfenster; Bekanntmachung der kantonalen Kunstsammlung in der Öffentlichkeit	Gleich
A	Richtlinien der visarte zu Kunst am Bau werden eingehalten	Bevölkerung, Kulturschaffende	Mitwirkung bei der Planung Kunst am Bau; Theilerhaus sowie Amt für Verbraucherschutz (Neubau Steinhausen)	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 2: Arbeitsgruppen, Vernetzung, Dienstleistungen					
6	Abgeltung des Kulturlastenausgleichs ZH/LU/SZ/UR/AG	Kantone Luzern und Zürich	Sicherstellen der korrekten Abwicklung	Keine Beanstandungen aus formalen Gründen	Gleich
7	Neukonzeption der Kulturvermittlung an Schulen	Schüler/innen, Lehrer/innen, Schulbehörden, Kulturschaffende	Optimierung Kulturvermittlung an Schulen	Optimierung Kulturvermittlung an Schulen	Gleich
B	Ausbau Filmförderung im Zentralschweizer Verband	Filmschaffende/BKZ/KBKZ	Implementierung der Vergaberichtlinien	«Fällt weg»	
L21	Planungsprozess begleiten	Kunsthhaus Zug	Mitwirkung während Projektierungsphase: Teilnahme an den Sitzungen/Jury	Unterstützung der Trägerschaft bei Planung und Bau, Teilnahme an den Sitzungen/Jury	Steigend
L17	Erarbeitung Objektkredit	Bevölkerung	Umsetzung Nutzungskonzept: Begleitung der Arbeiten auf baulicher Ebene: Projektwettbewerb, Kantonsratsvorlage	Objektkredit, Begleitung Bau	Steigend
L17	Definition Trägerschaft und Betrieb	Bevölkerung		Gründung Trägerschaft; Erarbeitung Betriebskonzept	Steigend
Leistungsgruppe 3: Kulturinstitutionen					
8	Professionelle Bewirtschaftung der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Burg Zug/BBK	Jährliches Controlling; neue Leistungsvereinbarung Burg Zug	Jährliches Controlling; neue Leistungsvereinbarung Burg Zug	Gleich
C	Umbau Burg Zug	Bevölkerung	Wiedereröffnung	«Fällt weg»	
D	Zwischennutzung Shedhalle	Bevölkerung	Begleitung Betrieb (Organisation, Programm, Atelierbetreuung, Zahlungen)	Begleitung Betrieb (Organisation, Programm, Atelierbetreuung, Zahlungen)	Gleich
E	Burg Zug: Trägerschaft	Burg Zug/Stadt Zug	Trägerschaft neu strukturieren; Finanzierungsmodelle entwickeln	Trägerschaft neu strukturieren; Finanzierungsmodell mit Gemeinden ausarbeiten	Gleich
Leistungsgruppe 4: Kantonales Museum für Urgeschichte(n)					
9	Regelmässige Durchführung Sonderausstellung	Bevölkerung	1 Sonderausstellung jährlich; Umbau/Planung Projekt «KMUZ unterwegs» während der Schliessung	1 Sonderausstellung jährlich	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
F	Neues Konzept KMUZ ab 2015	Bevölkerung	Koordination Museumsplaner; Planung Wiedereröffnung	Koordination Museumsplaner; Planung Wiedereröffnung	
G	Einführung GEVER	Verwaltung	Einführung GEVER	«Fällt weg»	
H	Datenbank Fundobjekte	Verwaltung	Umstellung Datenbank für Fundobjekte auf imdas	Umstellung Datenbank für Fundobjekte auf imdas	
I	Projekt «KMUZ unterwegs» Zwischenlösung während Umbau	Verwaltung		Erarbeitung Grobkonzept	

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Beitragsgesuche	Anzahl	230	230	230	Gleich
Bauvorhaben des Kantons	Anzahl	2	3	3	Gleich
Preise und Auszeichnungen	Anzahl	13	0	11	Gleich
Bewerbungen Förderbeiträge	Anzahl	29	20	30	Gleich
Besucher/innen KMUZ	Anzahl	11'127	10'000	10'000	Gleich
Anmeldungen Schulklassen KMUZ	Anzahl	260	240	240	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-6'935'291.29	-7'339'800	-7'247'950	91'850	-1.3	-7'734'650	-7'780'350	-7'827'850
Total Ertrag	80'749.15	87'000	90'000	3'000	3.4	94'000	94'000	94'000
Saldo	-6'854'542.14	-7'252'800	-7'157'950	94'850	-1.3	-7'640'650	-7'686'350	-7'733'850

Kommentar Budget

Im IT-Bereich erfolgt eine Aufwandsteigerung um 25'000 Franken aufgrund des einmaligen Ausbaus der neuen Sammlungsdatenbank IMDAS (Anschaffung 2014) durch das Kantonale Museum für Urgeschichte(n).
 Es wurde wiederum ein Beitrag von 400'000 Franken von der Prof. Otto Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung budgetiert (RRB vom 28. Januar 2003).

Kommentar Finanzplan

Das markante Ausgabenwachstum im Jahr 2016 ergibt sich aufgrund der Inbetriebnahme des Theilerhauses und des erhöhten Engagements im Museum Burg Zug.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT1790.0001 Sammlungsdaten- bank (imdas.pro)						
Ausgaben		-58'000				
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben		-58'000				
Einnahmen						
Saldo		-58'000				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Institutionelle Gliederung
Volkswirtschaftsdirektion
Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
2000	Direktionssekretariat	-1'802'051.59	-1'875'050	-1'864'200	10'850	-0.6	-1'896'800	-1'938'600	-1'982'000
2011	Amt für Berufsbildung	-16'252'277.75	-17'705'220	-18'448'340	-743'120	4.2	-20'492'740	-21'608'140	-22'237'140
2012	Amt für Brückenangebote	-4'683'173.32	-4'970'000	-4'926'200	43'800	-0.9	-5'084'400	-5'252'050	-5'439'000
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-19'168'271.98	-20'141'070	-20'551'400	-410'330	2.0	-21'272'740	-22'108'240	-22'971'440
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	-2'049'279.24	-2'101'750	-2'126'050	-24'300	1.2	-2'194'250	-2'279'550	-2'375'850
2019	Kaufmännisches Bildungs- zentrum	-11'372'453.99	-12'589'900	-12'547'800	42'100	-0.3	-12'980'500	-13'495'000	-14'027'300
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-4'651'830.54	-5'025'225	-5'164'800	-139'575	2.8	-5'263'000	-5'401'700	-5'533'400
2031	Arbeitslosenkasse	-1'212'922.60	-1'348'700	-1'157'929	190'771	-14.1	-1'293'600	-1'400'200	-1'510'600
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-30'265'161.88	-30'696'080	-30'236'400	459'680	-1.5	-31'509'200	-31'538'900	-31'569'800
2040	Sozialversicherungen	-31'243'091.98	-33'640'000	-34'730'000	-1'090'000	3.2	-36'235'000	-38'825'000	-40'095'000
2050	Landwirtschaftsamt	-2'667'478.09	-2'736'800	-2'745'200	-8'400	0.3	-2'907'500	-3'015'400	-3'119'700
2065	Amt für Wohnungswesen	-2'743'295.30	-2'413'690	-2'902'500	-488'810	20.3	-3'130'235	-3'254'335	-3'381'335
2070	Handelsregisteramt	2'382'569.09	2'541'700	2'551'600	9'900	0.4	2'540'000	2'525'800	2'509'400
2071	Konkursamt	-872'245.18	-895'700	-911'200	-15'500	1.7	-921'500	-933'000	-948'000
20	Volkswirtschaftsdirektion	-126'600'964.35	-133'597'485	-135'760'419	-2'162'933	1.6	-142'641'465	-148'524'315	-152'681'165

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
2000	Direktionssekretariat	-53'305.90	-1'000'000	-610'000	390'000	-39.0	-100'000		
2011	Amt für Berufsbildung						-1'000'000		
2012	Amt für Brückenangebote			-200'000	-200'000				
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-558'574.59	-260'000	-240'000	20'000	-7.7			
2019	Kaufmännisches Bildungs- zentrum	-73'429.20	-110'000	-120'000	-10'000	9.1			
2031	Arbeitslosenkasse			-100'000	-100'000				
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-3'162'207.80	-3'420'000	-1'640'000	1'780'000	-52.0	-6'950'000	-5'400'000	-8'400'000
2050	Landwirtschaftsamt	-2'663'240.50	-1'070'000	-207'300	862'700	-80.6	-362'000	-312'000	-282'000
2065	Amt für Wohnungswesen	-240'000.00	-1'500'000	-1'100'000	400'000	-26.7	-1'500'000	-1'500'000	-1'500'000
2070	Handelsregisteramt			-300'000	-300'000		-280'000		
20	Volkswirtschaftsdirektion	-6'750'757.99	-7'360'000	-4'517'300	2'842'700	-38.6	-10'192'000	-7'212'000	-10'182'000

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Die Aufwendungen für die drei Leistungsvereinbarungen mit privaten Dritten bleiben unverändert. Grössere Abweichungen ergeben sich beim Amt für Berufsbildung: für das Legislaturziel «L15» (Berufsbildung International Zug) sind Aufwendungen von 550'000 Franken geplant. Das Projekt wird dem Bund zur Mitfinanzierung eingereicht, wobei dessen Beteiligungsumfang noch nicht definitiv feststeht. Bei der Fachhochschule Zentralschweiz wird eine Kostensenkung von 300'000 Franken wegen leicht tieferer Zuger Studierendenzahlen erwartet. Die Zahl der Studierenden in der Beruflichen Weiterbildung wird voraussichtlich ansteigen, was Mehrkosten von 550'000 Franken zur Folge hat. Bei den Berufsfachschulen werden allfällige Mindererträge bei den Weiterbildungsangeboten nicht mehr im bisherigen Ausmass kompensiert werden können, da ausserkantonale Konkurrenten die Preise markant gesenkt haben.

Bei den Sozialversicherungen steigen die Kantonsbeiträge bei Familienzulagen an Nichterwerbstätige wegen mehr Gesuchstellenden um 330'000 Franken. Zudem erhöhen sich die Beteiligungskosten im Bereich der Ergänzungsleistungen nach Bundesrecht wegen zunehmender Bezügerzahlen und der Anpassung an die Lohn- und Teuerungsentwicklung im Jahr 2015 durch den Bundesrat um 2,8 Millionen Franken, wobei die Erträge aus Bundesbeiträgen um 2,1 Millionen Franken steigen. Ein ähnlicher Effekt zeigt sich bei den kantonalen EL ohne Bundesbeteiligung, was Mehrkosten von 330'000 Franken zur Folge hat.

Beim Öffentlichen Verkehr sinken die Abgeltungen an Transportunternehmungen unter anderem wegen eines einmaligen Effekts bei der ZVB und aufgrund einer Tariferhöhung im Dezember 2014 um 400'000 Franken.

Durch die Erhöhung der Beitragsleistung für im Jahr 2014 geförderte Wohnbauprojekte wird die Auszahlung 2015 voraussichtlich um 500'000 Franken höher ausfallen.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die Stabsstelle der Volkswirtschaftsdirektion und teilweise für deren Ämter. Es erbringt die Führungsunterstützung für den Volkswirtschaftsdirektor, arbeitet mit Unternehmen zusammen, die staatliche Aufgaben wahrnehmen und betreut amtsübergreifende Aufgaben.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Stabsdienstleistungen

- Drehscheibenfunktion zwischen Direktion, Ämtern und Drittpartnern
- Erbringung von Stabsfunktionen für die Bereiche Personalwesen, Finanzen, Recht, Kommunikation, Informatik, Sicherheit und Infrastruktur
- Bearbeitung von Beschwerdefällen
- Aushandlung und Controlling von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen sowie Beitragsverfügungen
- Organisation Zuger Innovationspreis
- Administrative Unterstützung und fachliche Beratung des Volkswirtschaftsdirektors

Leistungsgruppe 2: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte

- Erarbeitung von Verfügungen bei Sachgeschäften der Direktion
- Erarbeitung von Anträgen an den Regierungsrat
- Erarbeitung von Erlassen des Kantonsrats
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Verfassen von Stellungnahmen an externe Dritte sowie kantonsinterne Ansprechpartner

Leistungsgruppe 3: Vollzug Gesetzgebung

- Vollzug Lex Koller
- Vollzug Konsumkreditgesetz
- Durchführung Schlichtungsverhandlungen landwirtschaftliche Pacht
- Vollzug Fremdenverkehrsgesetzgebung

Leistungsgruppe 4: Institutionelle Beziehungen und Vertretungen

- Mitwirkung bei regionalen und nationalen Trägerschaften
- Einsitz in Arbeitsgruppen und Kommissionen
- Vertretung des Kantons bei Partnern und Organisationen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 16. Dezember 1983 (BewG; SR 211.412.41)
- Bundesgesetz über den Konsumkredit vom 23. März 2001 (KKG; SR 221.214.1)
- Verordnung zum Konsumkreditgesetz vom 6. November 2002 (VKKG; SR 221.214.11)
- § 41 des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege vom 26. August 2010 (GOG; BGS 161.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 26. November 1987 (BGS 215.11)
- Tourismusgesetz vom 27. März 2003 (BGS 944.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Vergabe von Innovationspreisen im Wirtschaftsbereich vom 23. März 2000 (BGS 913.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge an das Verkehrshaus der Schweiz vom 27. Januar 2011 (BGS 423.51)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt des Kantons Zug zum Verein Metropolitanraum Zürich vom 28. Mai 2009 (BGS 916.33)
- Regierungsratsbeschluss betreffend Bezeichnung der Volkswirtschaftsdirektion als zuständige Direktion für Aussenbeziehungen (RRB vom 11. März 2003)
- Verfügung über die Delegation der Befugnis für verfahrensleitende Verfügungen der Volkswirtschaftsdirektion in Verwaltungs- und Beschwerdeverfahren vom 16. September 2005 (BGS 153.732)
- Verfügung über die Delegation von Entscheidbefugnissen der Volkswirtschaftsdirektion an das Direktionssekretariat vom 27. Januar 2010 (BGS 153.734)
- Verfügung über die Regelung der Zuständigkeit betreffend individuelle Personalgeschäfte bei der Volkswirtschaftsdirektion vom 2. Dezember 2011 (BGS 153.735)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Leistungsgruppen 1 und 3 wurden zusammengefasst, da es sich beim Rechtsdienst auch um eine Stabsdienstleistung handelt.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Stabsdienstleistungen					
1	Erfolgreiche Koordinationsfunktion zwischen Ämtern und Drittpartnern	Direktionsvorsteher, Amtsleiter, Drittpartner	90 % positive Rückmeldungen im Rahmen der Semestergespräche	90 % positive Rückmeldungen im Rahmen der Semestergespräche	Gleich
2	Fristgerechte Aufbereitung der notwendigen Unterlagen und Kennzahlen im Finanzbereich	Direktionsvorsteher, Finanzdirektion, Regierungsrat, Staatswirtschaftskommission	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
3	Gewährleistung des regelmässigen Informationsflusses in der internen und externen Kommunikation	Mitarbeitende, Amtsleiter, Direktionen, externe Partner, Öffentlichkeit	12 Gesamt- und Bereichskonferenzen sowie Wochenrapporte; > 4 direktionsübergreifende Treffen; > 30 Medienmitteilungen/-konferenzen	12 Gesamt- und Bereichskonferenzen sowie Wochenrapporte; > 4 direktionsübergreifende Treffen; > 30 Medienmitteilungen/-konferenzen	Gleich
4	Beförderliche und fachgerechte Instruktionen von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Direktionsvorsteher, Regierungsrat, Vorinstanzen, Bundesgericht, Verwaltungsgericht		Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet; Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Gleich
5	Fristgerechter Abschluss von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen sowie Beitragsverfügungen	Unternehmen mit Auftrag des Kantons oder mit Dienstleistungen zu Gunsten des Kantons		Verbindliche Aushandlung bis Ende November	Gleich
6	Zeitgerechte Organisation Zuger Innovationspreis	Bewerbende, Jury, Regierungsrat		10 Bewerbungen; Vergabeentscheid spätestens im Oktober	Gleich
7	Fristgerechte administrative Unterstützung und fachlich qualitative gute Beratung des Volkswirtschaftsdirektors	Direktionsvorsteher	Korrespondenz innert 1 Arbeitstag Durchsicht aller RR-Anträge bis Freitagmittag	Korrespondenz innert 1 Arbeitstag; Durchsicht aller RR-Anträge bis Freitagmittag	Gleich
A	Durchführung Charta Berufschance	Besucher/innen, Öffentlichkeit	30 neue Unterzeichnende der Charta	30 neue Unterzeichnende der Charta	
B	Ablösung Schulverwaltungs-Software (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «schulNetz»	Betroffene Schulen der VD und DBK, AIO	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen (Beginn Umsetzung Submissionsentscheid)	Sicherstellung der Projektausführung gemäss Projektplanung	Projektabschluss 2016
Leistungsgruppe 2: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte					
8	Formal korrekte Anträge der Direktion	Direktionsvorsteher, Regierungsrat, Kantonsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
9	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Regierungsrat, Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
10	Fristgerechte Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	Externe Dritte, kantonsinterne Ansprechpartner/innen	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
11	Fristgerechte Verfügungen der Direktion	Ämter, Dritte	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Unterlagen	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Unterlagen	Gleich
Leistungsgruppe 3: Vollzug Gesetzgebung					
12	Fristgerechte Überprüfungen und Verfügungen bei der Lex Koller	Antragstellende	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	Steigend
13	Fristgerechte Bewilligungen Konsumkredit	Antragstellende	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	Gleich
14	Führen Sekretariat Schlichtungsstelle landwirtschaftliche Pacht	Pächter, Verpächter, Gerichte	Vermittlungsquote > 50 %	«Fällt weg» aufgrund Straffung Leistungsauftrag	
Leistungsgruppe 4: Institutionelle Beziehungen und Vertretungen					
15	Schaffung von Entscheidungsgrundlagen zur Wahrnehmung der Interessen des Kantons nach aussen	Kanton, Konferenzen, Organisationen, Arbeitsgruppen, Gemeinden	Antragstellung sowie Zustimmung zu 80 % der Anträge des Kantons innerhalb des jeweiligen Gremiums; Sitzungsteilnahmequote: 80 %	Antragstellung sowie Zustimmung zu 80 % der Anträge des Kantons innerhalb des jeweiligen Gremiums; Sitzungsteilnahmequote: 80 %	
L12	Mitwirkung beim Sponsoring durch die Privatwirtschaft beim Departement Informatik Zug	Studierende, Unternehmen		Prozess zur Auswahl eines attraktiven Standorts inkl. einer Übergangslösung ist abgeschlossen und Richtplanverfahren ist gestartet; mögliche Sponsoren sind kontaktiert	Projektabschluss 2016
L12	Mitwirkung bei Auswahl eines attraktiven Standorts und Festsetzung desselben im Richtplan	Fachhochschule Zentralschweiz		Attraktiver Standort ist gefunden und im Richtplan festgesetzt	
L22	Mitwirkung bei Definition und Ansiedlung von Ankernutzern auf dem Areal des «technologyclusters-zug»	Unternehmen, Grundeigentümer, Gemeinde		Mögliche Ankernutzer sind evaluiert	Projektabschluss 2018
L30	Aktive Mitwirkung in Projektteam und Projektgruppe des Projekts «Stärkung des Schweizer Produktionsstandorts durch inländische Fachkräfte» der Metropolitan-Konferenz Zürich	Kanton, Metrokonferenz, Unternehmen		Leitung eines Teilprojekts durch einen Zuger Drittpartner; für den Kanton Zug sinnvolle Projektergebnisse sind in Bearbeitung	Projektabschluss 2016

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Anträge der Direktion	Anzahl	76	80	80	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	10	8	10	Gleich
Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	Anzahl	103	100		
Federführung bei Vernehmlassungen/Anhörungen Bund und Direktorenkonferenzen	Anzahl			30	Gleich

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl			70	Gleich
Verfügungen der Direktion	Anzahl	89	90	90	Gleich
Beschwerdeentscheide der Direktion	Anzahl	3	5	5	Gleich
Instruktionsverfahren Beschwerde an RR	Anzahl	0	2	2	Gleich
Überprüfungen Lex Koller	Anzahl	78	80	90	Steigend
Gesuche Konsumkredit	Anzahl	2	3	3	Gleich
Schlichtungsverhandlungen landwirtschaftliche Pacht	Anzahl	0	4	2	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Vernehmlassungen/Anhörungen und Mitberichte wurden neu aufgeteilt.
 Verfügungen im Bereich Lex Koller nehmen aufgrund der intensiven Immobiliertätigkeit weiter zu.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-1'826'601.59	-1'895'950	-1'890'100	5'850	-0.3	-1'922'700	-1'964'500	-2'007'900
Total Ertrag	24'550.00	20'900	25'900	5'000	23.9	25'900	25'900	25'900
Saldo	-1'802'051.59	-1'875'050	-1'864'200	10'850	-0.6	-1'896'800	-1'938'600	-1'982'000

Kommentar Budget

Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT2000.0001 Ablösung EDUC+						
Ausgaben	-53'305.90	-1'000'000	-610'000	-100'000		
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-53'305.90	-1'000'000	-610'000	-100'000		
Einnahmen						
Saldo	-53'305.90	-1'000'000	-610'000	-100'000		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Beim IT-Projekt «SchulNetz» IT 2000.0001 Ablösung EDUC+, welches die bisherige Fachapplikation ablöst, sind alle Vergaben erfolgt und das Projekt findet sich nun in der Umsetzung. Es ist aktuell davon auszugehen, dass das Projekt im Zeitplan und im Budget umgesetzt wird.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsbildung ist zuständig für die korrekte Umsetzung des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes im Kanton Zug. Es hat insbesondere den Auftrag, in der beruflichen Grundbildung ein qualitativ und quantitativ gutes Angebot zu fördern und die Angebote der höheren Berufsbildung sowie der beruflichen Weiterbildung zu koordinieren und zu beaufsichtigen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Bildungsbewilligungen und Lehrvertragsgenehmigungen
- Beratung und Begleitung der Lehrvertragsparteien
- Koordination an den drei Lernorten (Lehrbetriebe, Berufsfachschulen und überbetriebliche Kurse)
- Koordination, Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren
- Durchführung des Aufnahmeverfahrens an die lehrbegleitenden Berufsmaturitätsschulen
- Förderung, Koordination und Durchführung der Bildung von Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern
- Vollzug der Schulgeldvereinbarungen in der beruflichen Grundbildung

Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Aufsicht über die Angebote im Bereich der Höheren Fachschulen (HF)
- Kostengutsprache über Angebote der höheren Berufsbildung (höhere Fachschulen, Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen)
- Vollzug der Schulgeldvereinbarungen in der höheren Berufsbildung und beruflichen Weiterbildung

Leistungsgruppe 3: Steuerung und Entwicklung der Berufsbildung

- Positionierung und Weiterentwicklung der Berufsbildung
- Kooperation mit Bund, Kantonen, Berufsverbänden und Dritten
- Aushandlung und Controlling von Vereinbarungen mit Dritten

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 1. Dezember 2002 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10) und nachgeordnete Erlasse
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen vom 30. August 2001 (EG Berufsbildung; BGS 413.11) und nachgeordnete Erlasse
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons am Weiterbildungsinstitut für Energie- und Rohstoff-Rückgewinnung Zug (WERZ) vom 28. Januar 2010 (BGS 413.18)
- Regierungsratsbeschluss betr. Ratifizierung der neuen Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (Berufsfachschulvereinbarung, BFSV) vom 26. September 2006
- Regierungsratsbeschluss betr. Interkantonale Fachschulvereinbarung FSV: Beitragsberechtigte Schularten und Lehrgänge/Änderung der Vollziehungsverordnung zum Schulgesetz vom 15. Mai 2007
- Regierungsratsbeschluss betr. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung für Schulen mit spezifisch-strukturierten Angeboten für Hochbegabte vom 3. Juni 2008
- Regierungsratsbeschluss betr. Beitritt des Kantons Zug zum Regionalen Schulabkommen Zentralschweiz vom 13.09.2011
- Kantonsratsbeschluss betr. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) vom 21. März 2013
- Kantonsratsbeschluss betr. Beitritt zur Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 30. August 2012 (BGS 414.31/414.31-A1)
- Regierungsratsbeschluss betr. Aufbau eines Departements Informatik an der Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern) mit Standort im Kanton Zug vom 03. Oktober 2013

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung					
1	Sicherstellung der Ausbildungsqualität	Lernende, Lehrbetriebe	Besuch von 100 Lehrbetrieben	Besuch von 100 Lehrbetrieben	Gleich
2	Fristgerechte Eröffnung Prüfungsergebnisse	Lernende, Lehrbetriebe	Innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Erhalt der vollständigen Resultate	Innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Erhalt der vollständigen Resultate	Gleich
3	Fristgerechte Bearbeitung der eingegangenen Lehrverträge	Lernende, Lehrbetriebe	90 % innert Wochenfrist	90 % innert Wochenfrist	Gleich
4	Sicherstellung der Qualität der Kurse für Berufsbildner/innen	Berufsbildner/innen	80 % der Kursteilnehmer/innen bewerten den Kurs mit einem «gut» oder einem «sehr gut»	80 % der Kursteilnehmer/innen bewerten den Kurs mit einem «gut» oder einem «sehr gut»	Gleich
A	Sicherstellung Lernortkooperation	Lernende, Lehrbetriebe	90 % der Qualitätssicherungsgruppen sind gebildet und wird 2015 in Dauerbetrieb übernommen	«Fällt weg»	
B	Ablösung Schulverwaltungssoftware (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «schulNetz»	Breites Publikum, Lernende, Weiterbildungsinteressierte	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen (Beginn Umsetzung Submissionentscheid)	Beginn Umsetzung	Projektabschluss 2016
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung					
5	Fristgerechte Überprüfung Zugangsberechtigung	Studierende, Schulen	95 % innert Frist	95 % innert Frist	Gleich
6	Sicherstellung der gesetzlichen Vorgaben (Mindestverordnung HF)	HF-Schulen	Prüfung mind. einer Schule	Prüfung mind. einer der sieben Schulen	Gleich
C	Rechtzeitige Vereinbarungen mit den Höheren Fachschulen (HF)	Höhere Fachschulen (HF)		Vereinbarungen mit allen Zuger Höheren Fachschulen sind abgeschlossen (HF)	
Leistungsgruppe 3: Steuerung und Entwicklung der Berufsbildung					
7	Einflussnahme auf Akteure der Berufsbildung und Kooperation	Bund, Kantone, Berufsverbände, Dritte	Wahrnehmung 80 % der Einladungen (Engagementliste)	Wahrnehmung 80 % der Einladungen (Engagementliste)	Gleich
8	Positionierung und Stärkung der Berufsbildung	Interessierte und involvierte Berufsbildung	5 e-Bulletin; 8 Informationsanlässe	5 e-Bulletin; 8 Informationsanlässe	Gleich
D	Umsetzung Berufsreformen	Lernende, Lehrbetriebe, Berufsverbände	Start reformierte Bildungen per August	Start reformierte Bildungen per August	Letzte Reform 2016
E	Berufsbildungsmarketing Attest und way-up plus	Lernende, Lehrbetriebe	10 % der Lehrverträge im Bereich Attest, 10 neue way-up plus Lehrverträge	«Fällt weg» Aufgrund Straffung Leistungsauftrag	
F	Positionierung der Berufsbildung des Kantons Zug im internationalen Umfeld	International tätige Firmen, Lernende	Die Detailplanung ist erfolgt und genehmigt; die Vorarbeiten für die Lancierung von neuen Angeboten sind abgeschlossen; erste Aktivitäten für die Umsetzung sind eingeleitet	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
L12	Beteiligung des Kantons an der Anschubfinanzierung des Departements Informatik Zug	Informatikstudierende auf Stufe Fachhochschule, Zuger Wirtschaft		Anschubfinanzierung ist im Kantonsrat behandelt und entschieden	
L14	Förderung der dualen Berufsbildung	Ambitionierte Berufslernende, Zuger Wirtschaft		Kampagne Berufsmaturität durchgeführt; 10 neue way-up plus Lehrverträge	
L15	Aufbau «Berufsbildung International Zug»	Motivierte Berufslernende, Unternehmen mit englischer bzw. internationaler Kultur/ Unternehmenssprache		Konzepte und Informationen für 2 mehrheitlich englischsprachige Berufslehren, 1 Lehre ist gestartet; Sicherstellung der Zulassung und finanzieller Unterstützung durch den Bund	

Kommentar Zielsetzungen

Das Ziel «A» wurde in den Regelbetrieb überführt.
 Das Ziel «E» wird teilweise durch das Legislaturziel «L14» abgelöst.
 Das Ziel «F» wird durch das Legislaturziel «L15» abgelöst.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Lernende in der Grundbildung	Anzahl	3'633	3'600	3'700	Gleich
Studierende in der Weiterbildung	Anzahl	1'275	1'250	1'350	Steigend
Lehrbetriebe	Anzahl	1'390	1'400	1'410	Gleich
Berufe im Kanton Zug	Anzahl	132	140	140	Gleich
Lehrvertragsauflösungen	Anzahl	306	320	320	Gleich
Qualifikationsverfahren	Anzahl	1'674	1'800	1'800	Gleich
Einsichtnahmen bei der Lehrabschlussprüfung	Anzahl	50	60	60	Gleich
Prüfungsexpertinnen/-experten	Anzahl	888	850	850	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-28'730'492.90	-29'964'220	-31'008'340	-1'044'120	3.5	-33'232'740	-34'358'140	-34'997'140
Total Ertrag	12'478'215.15	12'259'000	12'560'000	301'000	2.5	12'740'000	12'750'000	12'760'000
Saldo	-16'252'277.75	-17'705'220	-18'448'340	-743'120	4.2	-20'492'740	-21'608'140	-22'237'140

Kommentar Budget

Für das Legislaturziel «L15» sind Aufwendungen von 550'000 Franken geplant. Das Projekt wird beim Bund zur Mitfinanzierung eingereicht. Entsprechende Beiträge für 2015 sind mit mindestens 100'000 Franken eingeplant, für die Folgejahre sind weitere Bundesbeiträge zu erwarten.
 Bei der Fachhochschule Zentralschweiz wird eine Kostensenkung (leicht sinkende Anzahl Zuger Studierende) von 300'000 Franken erwartet.
 Die Zahl der Studierenden in der Beruflichen Weiterbildung wird voraussichtlich ansteigen, was Mehrkosten von 550'000 Franken zur Folge hat.
 Bei der Finanzierung der Überbetrieblichen Kurse ist ein Kostenanstieg von 100'000 Franken eingerechnet.

Kommentar Finanzplan

Die Kosten für die Fachhochschule Zentralschweiz werden ab 2017 aufgrund erhöhter Standortabteilungskosten, ausgelöst durch das Departement Informatik mit Standort im Kanton Zug, ansteigen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
VD2011.0003 Investitionsbeitrag Departement Informatik FHZ						
Ausgaben				-1'000'000		
Einnahmen						
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben				-1'000'000		
Einnahmen						
Saldo				-1'000'000		

Kommentar Budget

Im Rahmen des Legislaturziels «L12» ist ein Investitionsbeitrag in der Höhe von einer Million Franken an das neue Departement Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz geplant, Kantonsratsbeschluss ist noch ausstehend (für Planjahr 2016 vorgesehen).

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Brückenangebote bereiten Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit auf die berufliche Grundbildung oder eine allgemeinbildende Schule vor. Sie sind für Jugendliche vorgesehen, die noch Zeit für eine erfolgreiche Anschlusslösung brauchen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Schulisches Brückenangebot (S-B-A)

- Vollzeitschule mit individualisierten Lernprogrammen
- Schülergänzende Angebote zur Förderung von Schlüsselkompetenzen
- Coaching für den Berufsfindungsprozess und Unterstützung im individualisierten Unterricht

Leistungsgruppe 2: Kombiniertes Brückenangebot (K-B-A)

- Individualisierte Schulbildung in Kombination mit Arbeit in einem Praktikumsbetrieb
- Coaching für den Berufsfindungsprozess; Unterstützung im individualisierten Unterricht und im Praktikum
- Übergangskoaching nach Abschluss des K-B-A
- Überfachliche Betreuung der Lernenden in den Praxisbetrieben

Leistungsgruppe 3: Integrations-Brückenangebot (I-B-A)

- Vollzeitschule mit individualisierten Lernprogrammen für Lernende mit Migrationshintergrund
- Übergangskoaching nach Abschluss des I-B-A
- Kursangebote zur Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit von jungen Eingewanderten über 20

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2005 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10, Art. 12)
- Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG, SR 142.20, Art. 53)
- Verordnung vom 24. Oktober 2007 über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA, SR 142.205)
- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Reglement über die Brückenangebote vom 13. Juli 2012
- Empfehlungen zur Koordination der Brückenangebote vom 25. Februar 2005 (BKZ Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz)
- Regierungsratsbeschluss RRB vom 29. Oktober 2013 zur Umsetzung des Kantonalen Integrationsprogrammes KIP

1.4 Kommentar Grundlagen

Im Integrations-Brückenangebot neu Kursangebote für junge Eingewanderte über 20.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Umsetzung Rahmenkonzept des Kantons zur Qualitätsentwicklung Sek II	Lernende	Alle Q Elemente sind eingeführt	«Fällt weg»	
2	Vernetzung und Mitwirkung in kantonalen und interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen	Geschäftsleitung, Lehrpersonen	Sitzungsteilnahmequote 80 %	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
A	Umsetzung Zentralschweizer Rahmenlehrplan, der die Heterogenität der Lernenden und den Bildungszielen gerecht wird	Lernende	Anpassung des Lernplanes auf Grund von Rückmeldungen; alle Fächer sind erfasst	Evaluation des Lernplanes	Projektabschluss 2016

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
B	Lösungen erarbeiten für Jugendliche zwischen IV und Vermittelbarkeit im ersten Arbeitsmarkt	Lernende	Der Entscheid liegt vor, wie diese Klientel nachhaltig zu einer Lösung geführt wird	Entscheid über das weitere Vorgehen liegt vor	
C	Umbau und Bezug neue Bildungsinfrastruktur für Brückenangebote: IBA	Lernende, Lehrpersonen, Mitarbeitende	Die weitere Detailplanung nach dem politischen Entscheid ist erfolgt	Bezug der Räumlichkeiten	
D	Neu und Umbau Bildungsinfrastruktur für Brückenangebote: Umbau KBA	Lernende, Lehrpersonen, Mitarbeitende	Bauvorhaben am Kombinierten-Brücken-Angebot gemäss Kantonsratsbeschluss gestartet	Umsetzung des Bauvorhabens gemäss Kantonsratsbeschluss	
Leistungsgruppe 1: Schulisches Brückenangebot (S-B-A)					
3	Jugendliche in Fach- und Schlüsselkompetenzen fördern	Lernende	> 90 % erreichen Anschlusslösung; > 70 % kommen in berufliche Grundbildung oder allgemeinbildende Schule	Anschlusslösung > 90 % erreicht; Eintritt > 70 % in berufliche Grundbildung oder allgemeinbildende Schule	Gleich
E	Standardisierung Coaching sicherstellen	Lernende	Das Beratungskonzept ist implementiert	«Fällt weg»	
F	Konzept zur Förderung von Jugendlichen in Schlüsselkompetenzen	Lernende	Das Konzept zur Förderung von Lernkompetenzen liegt vor	Konzept Schlüsselkompetenzen ist implementiert	
G	Standardisierung Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern (Kantonale Stellen, private Organisationen usw.)	Lernende, Kantonale Stellen, private Organisationen usw.		Konzept zur systematischen Zusammenarbeit mit allen Kooperationspartnern im Zusammenhang mit Berufswahl und Lehrstelle ist entwickelt	
Leistungsgruppe 2: Kombiniertes Brückenangebot (K-B-A)					
4	Jugendliche in Schlüsselkompetenzen fördern	Lernende	> 80 % erreichen Anschlusslösung	> 80 % erreichen Anschlusslösung	Gleich
5	Zeitnahe Reaktion auf Anliegen der Praktikumsstellen, Kontakt und Imagepflege	Lernende, Praktikumsbetriebe	Pro Lernenden finden mind. 2 Besuche im Betrieb statt	Pro Lernenden finden mind. 2 Besuche in Betrieben statt; Reaktionen auf Anliegen innerhalb 1 Woche	Gleich
H	Gezielte Förderung der Selbstkompetenzen	Lernende	Die Unterlagen kommen zur Anwendung	«Fällt weg»	
I	Pädagogische Grundsätze bewusst machen und begründet umsetzen in der neuen Architektur	Lernende		Pädagogische Grundsätze sind benannt und deren Umsetzung beschrieben	
Leistungsgruppe 3: Integrations-Brückenangebot (I-B-A)					
6	Jugendlichen die deutsche Sprache beibringen und sie in die hiesige Kultur integrieren	Lernende	> 70 % erreichen Anschlusslösung	> 70 % erreichen Anschlusslösung	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
J	Überarbeitung der Zeugnisse in Zusammenhang mit dem Schulentwicklungsprojekt «Beurteilen und Fördern»	Lernende	Ein neues Zeugnis liegt vor, das vergleichbare Aussagen macht und gleichzeitig der Heterogenität der Lernenden gerecht wird	Neues Zeugnis ist implementiert	
K	Einführung der Bewertung von Selbst- und Handlungskompetenzen	Lernende	Das entsprechende Tool der Selbst- und Fremdbeurteilung liegt vor	Tool ist implementiert	
L	Im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogrammes Aufbau des IBA 20+	Lernende	Die Pilotphase wird gestartet	Erster Zwischenbericht liegt vor	
M	Pädagogische Grundsätze bewusst machen und Lernlayout-Konzept erarbeiten	Lernende, Lehrpersonen		Pädagogische Grundsätze sind bekannt und deren Umsetzung ist beschrieben	

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Anmeldungen SBA und KBA	Anzahl			160	Gleich
Lernende SBA	Anzahl	68	70	65	Gleich
Lernende KBA	Anzahl	60	60	60	Gleich
Lernende IBA	Anzahl	69	70	75	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Neu separate Erfassung der Anzahl Anmeldungen für das S-B-A und K-B-A.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-5'077'490.82	-5'253'000	-5'386'200	-133'200	2.5	-5'544'400	-5'712'050	-5'899'000
Total Ertrag	394'317.50	283'000	460'000	177'000	62.5	460'000	460'000	460'000
Saldo	-4'683'173.32	-4'970'000	-4'926'200	43'800	-0.9	-5'084'400	-5'252'050	-5'439'000

Kommentar Budget

Auf der Ertragsseite kann das Budget betreffend den Schulgeldern beim Integrations-Brückenangebot um rund 77'000 Franken erhöht werden (Beiträge der Gemeinden für Schüler und Schülerinnen der Sekundarstufe I). Neu kommt eine Entschädigung des Bundes aufgrund der Einführung des Kantonalen Integrationsprogrammes von 100'000 Franken auf der Ertragsseite hinzu. Die Zunahme auf der Aufwandseite resultiert durch die Einführung des neuen Angebots I-B-A 20+ als Teil des kantonalen Integrationsprogramms.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT2012.0001 Hardwareersatz Integrations-Brü- cken-Angebot (IBA)						
Ausgaben			-200'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben			-200'000			
Einnahmen						
Saldo			-200'000			

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das GIBZ ist das Kompetenzzentrum für die schulische Grundbildung in gewerblichen, industriellen und gesundheitlichen Berufen, inklusive Allgemeinbildung (ABU), Berufsmaturität (BM) und Sport (SP). Die gleiche Funktion hat es für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und die Höhere Fachschule für Technik und Gestaltung (HFTG) sowie die Ergänzende Bildung im Rahmen der Validierung von Bildungsleistungen für Spätnachfragende.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Schulische Grundbildung für 27 gewerbliche und industrielle Berufe
- Berufsmaturitätsausbildung in 27 Berufen
- Lernförderangebote
- Begabtenförderung in allgemeiner und beruflicher Ausrichtung
- Individuelles Coaching für Berufslernende (Lernbegleitung)
- IT-Infrastruktur und Support für Lernende und Lehrpersonen
- Qualifikationsverfahren
- Mediathek

Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Vorbereitungskurse für eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen in drei Berufsfeldern
- Höhere Fachschule: Lehrgänge in Technik und Gestaltung in einem Berufsfeld
- Bildungsmodule im Rahmen der höheren Berufsbildung in drei Berufsfeldern
- Module der Ergänzenden Bildung und Validierung von Praxiserfahrungen in zwei Berufsfeldern

Leistungsgruppe 3: Bildungsdienstleistungen

- Dienstleistungen im Bereich Computer- und Internetbasiertes Unterrichten, Bilanzieren und Evaluieren auf der eigenen Bildungsplattform «Knowledge Factory»
- Durchführung von Berufsbildungsprojekten für Dritte

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10)
- Bundesgesetz vom 17. März 1972 über die Förderung von Turnen und Sport (SR 415.0)
- Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV, SR 412.101)

- Verordnung vom 24. Juni 2009 (Stand am 1. August 2009) über die eidgenössische Berufsmaturität (SR 412.103.1)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen vom 30. August 2001 (EG Berufsbildung, BGS 413.11)
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren vom 19. Dezember 2007 (Reglement Bildungszentren, BGS 413.12)
- Empfehlung der Schweiz. Berufsbildungsämter-Konferenz SBBK vom 21. November 2003: Die zweite Sprache in der Berufsbildung
- SBBK-Empfehlung zur Validierung von Bildungsleistungen; Richtlinien der Kantone vom 21. August 2007 und Empfehlung für die interkantonale Abgeltung der Validierung von Bildungsleistungen (Anhang zu den Richtlinien für die Kantone vom 21. August 2007)
- SBBK-Grundsätze zur Revision der Interkantonalen Vereinbarungen im Berufsbildungsbereich vom 6. Mai 2004
- Rahmenlehrplan für den allgemeinbildenden Unterricht des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) vom 27. April 2006 (neu: Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation; SBFI)
- Bildungsverordnungen der dem GIBZ zugewiesenen Grundbildungen gemäss Masterplan des SBFI (<http://www.sbf.admin.ch/bvz/grundbildung/index.html?lang=de>)
- Prüfungsordnungen für die relevanten Weiterbildungsabschlüsse im Rahmen der Höheren Berufsbildung HBB
- EU-Richtlinien für die Umsetzung der Massnahmen zur Förderung der Mobilitätskultur im Rahmen von «Erasmus+ für die Berufsbildung»
- Richtlinien für die Akkreditierung des International Baccalaureat Career-related Certificate IBCC

1.4 Kommentar Grundlagen

Der vorliegende Leistungsauftrag wurde entlang der Kernprozesse des GIBZ aktualisiert, respektive gestrafft.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Koordination der Bildungspartner im Sinne der Lernortkooperation optimieren	Berufslernende, Lehrbetriebe, Akteure der Berufsbildung	Konsolidierung der organisatorischen und inhaltlichen Massnahmen gemäss den Kriterien der Lernortkooperation im Kanton Zug vom 2. März 2011	Institutionalisierter Austausch in den GIBZ-Berufsfeldern; präzise Feinabstimmungen bei 27 Lehrberufen und keine Beanstandungen	Gleich
2	Qualitätsevaluationen im Rahmen des 360-Grad-Feedbacks durchführen, auswerten und Entwicklungsbedarfe aufzeigen	Berufslernende, Lehrbetriebe, Lehrpersonen Berufsbildner/innen	= 80 %-ige Zufriedenheit bei den relevanten Anspruchsgruppen	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
A	Raumnotstand am GIBZ durch umfassende Analysen und tragfähige Optimierungsmassnahmen minimieren	Berufslernende, Lehrpersonen, Fachstellen, ÜK-Bereiche	Ausreichende Unterrichts- und Vorbereitungsraum auch vor dem Hintergrund des Erweiterungsbaues im Trakt 1 für das K-B-A bereitstellen	Ausreichende Unterrichts-, Vorbereitungs- und Verwaltungszimmer während der baulichen Erweiterung im Trakt 1 für das K-B-A bereitstellen	Ab 2018 bauliche Lösung in Aussicht
B	Signaletik am GIBZ laufend den Gegebenheiten anpassen	Besuchende, Berufslernende, Lehrpersonen und Experten	Korrekte Aussen- und Innenanschriften nach den Vorgaben des Kantons	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
C	GIBZ social media Blog betreiben	Berufslernende, weitere interne und externe Anspruchsgruppen	In der Startphase regelmässig aktuelle Beiträge zum Schulgeschehen am GIBZ und an der HFTG	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
D	Ablösung Schulverwaltungssoftware (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «schulNetz»	Breites Publikum, Lernende, Weiterbildungsinteressierte	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen (Beginn Umsetzung Submissionsentscheid)	Erfolgreiche Einführung der neuen Software am GIBZ sicherstellen	Projektabschluss 2016
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung					
3	Zeitgerechte Umsetzung der Rahmenlehrpläne in Schullehrpläne sicherstellen	Berufslernende	Umsetzung der Schullehrpläne von 27 Lehrberufen	Aktualisierte Rahmenlehrpläne umgehend in Schullehrpläne transformiert, auf dem GIBZ-Netz publiziert und entsprechend umgesetzt	Gleich
4	Pflichtunterricht für die bisherigen Studiengänge «technische Berufsmatura» sowie für den neuen Studiengang «Gesundheit & Soziales» nach eidg. Richtlinien sicherstellen	Berufslernende	Umsetzung der Schullehrpläne Bestehen des eidg. Anerkennungsverfahrens für den neuen Studiengang «Gesundheit & Soziales»	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
5	Neu gestaltete Bildungsverordnungen nach den Standards der Verbundpartner der Berufsbildung für die schulischen Prozesse aufarbeiten	Berufslernende in den verschiedenen Lehrberufen	Aufbau des Lehrberufs für Entwässerungstechnologen (Wissensdiagnose, Themenstruktur, Schullehrplan und pädagogische Rhythmisierung)	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
6	Qualifikationsverfahren in der Allgemeinbildung, Berufsmatura und für Informatiker/innen nach den einschlägigen Standards durchführen	Berufslernende, Lehrpersonen	Erfüllungsgrad: 100 %; aktuelle, validierte und chancengleiche Qualifikationsverfahren	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
7	Notwendige IT-Infrastruktur für den Pflichtunterricht in der Grund- und Weiterbildung gemäss kantonalem IT-Konzept und Pädagogischem Konzept des GIBZ bereitstellen	Berufslernende der Grundbildung, Teilnehmende der Höheren Berufsbildung und Lehrpersonen am GIBZ	90 % Verfügbarkeit; Sicherstellung des First- und Second Level Supports	90 % Verfügbarkeit der Hard- und Software sowie der Internet-Kommunikationstools; Sicherstellung des First- und Second Level Supports	Gleich
8	Wirkungsvolle und effiziente Lern- und Begabtenförderung, verbunden mit der entsprechenden Lernbegleitung (Coaching und Mediation sicherstellen)	Lernschwache und lernstarke Berufslernende	0,5 % der total gehaltenen Lektionen in der Grundbildung für Stütz- und Freikurse sowie Coachings	0,5 % der total gehaltenen Lektionen in der Grund- und Weiterbildung für die Lern- und Begabtenförderung im Rahmen der Stütz- und Freikurse nach BBG	Gleich
9	Angebot der Mediation sicherstellen	Berufslernende	Zeitnahe, umgehende Betreuung der Notfälle	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
10	Ausreichendes und aktuell gehaltenes Angebot an Medien sicherstellen	Berufslernende, Lehrpersonen, Teilnehmende von Weiterbildungskursen	Ausreichendes und aktuell gehaltenes Angebot	Rund 11'000 Ausleihen	Gleich
11	PR-Massnahmen für die Berufsbildung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen umsetzen	Schüler/innen, Lehrpersonen der Sek I	Wirkungsvolle Sensibilisierungsmassnahmen für die Oberstufenklassen Sek I im Kanton Zug	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
12	Mobilitätskultur gemäss GIBZ-Konzept im Rahmen des EU-Förderprogramm «Erausmus+ für die Berufsbildung» pflegen	Berufslernende, Lehrpersonen	Umsetzung des Austauschprogramms gemäss Eingabe an die Nationale Agentur, verbunden mit dem weiteren Aufbau eines Netzwerks in Europa	26 Austauschprojekte für Lernende und Lehrpersonen gemäss EU-Richtlinien realisiert	Gleich
E	Neue Verordnung der Berufsmaturität (BM) sowie die neuen Rahmenlehrpläne umsetzen	Berufslernende, Ausbildungsbetriebe		BM-Modelle angleichen; Schullehrplan erstellen und einführen	Start August 2015
L20	Vollzeit-BM-Studiengang in Gesundheit und Soziales für ausgelernte Berufsleute entwickeln und umsetzen	Absolventinnen und Absolventen in den Bereichen Gesundheit, Hauswirtschaft und Küche	Erfolgreicher Abschluss des eidg. Anerkennungsverfahrens	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
L15	Konzeption und Entwicklung von grossmehrheitlich englischsprachigen Berufsbildungsangeboten	Ambitionierte Berufslernende, Unternehmen mit englischer bzw. internationaler Kultur/Sprache		Pilotlehrgang im Lehrberuf Informatik gestartet	
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung					
13	Kurse und Validierung der Ergänzenden Bildung, der Berufsorientierten Weiterbildung sowie der Höheren Berufsbildung unter Einhaltung der Branchenstandards sicherstellen	Teilnehmer/innen der Berufsfelder Automobil, Einrichtungsgestaltung, Coiffure, Gastro, Gesundheit, Pädagogik und Zahntechnik	Total Teilnehmerlektionen: 49'000; direkt mit den betreffenden Organisationen der Arbeitswelt abgestimmten Kurseinheiten	100 % Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen	Gleich
14	Lehrgänge im Rahmen der Höheren Fachschule (HF) Technik und Gestaltung unter Einhaltung der Branchenstandards sicherstellen	Berufsangehörige aus dem Berufsfeld Innenausbau	Total Teilnehmerlektionen: 36'000; Umsetzung der Massnahmen gemäss kantonaler Weiterbildungsstrategie; Absolvierende finden eine entsprechende Arbeitsstelle auf HF-Niveau; 2 Vollzeit-HF-Klassenzüge	100 % Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
15	Berufsbegleitende Kurse im Rahmen der berufsorientierten Weiterbildung und der ergänzenden Bildung für Spätnachfragende im Gesundheits- und Gastrobereich nach einschlägigen Standards durchführen	Berufsangehörige aus den Berufsfeldern Innenausbau und Design, Informatik, Pädagogik, Gesundheit und Soziales	Total Teilnehmerlektionen: 113'000; direkt mit den entsprechenden Branchen abgestimmte Kurseinheiten	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
16	Kompetenzbilanzierungen und Expertisen im Rahmen der ergänzenden Bildung im Gesundheitswesen nach einschlägigen Standards durchführen	Kandidatinnen und Kandidaten der ergänzenden Bildung für Fachpersonen Gesundheit	Total Teilnehmerlektionen für die Dossier Erstellung und Expertise: 4'200; Umsetzung der Massnahmen nach der Strategie der Zentralschweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
17	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben einhalten	Teilnehmende der Ergänzenden Bildung, der Berufsorientierten Weiterbildung und Höheren Berufsbildung	100 % Erfüllung des Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen; Kostendeckungsgrad mind. 85 % (Deckungsbeitrag 1)	85 % Kostendeckungsgrad (Deckungsbeitrag 1)	Gleich
F	Die Prozesse «Validieren von Bildungsleistungen» in Verbindung mit der «Ergänzenden Bildung» gemäss Richtlinien des Bundes, der Kantone und den Organisationen der Arbeitswelt sicherstellen	Personen, welche einen Grundbildungsabschluss nachholen möchten	Umsetzung gemäss Richtlinien der SBBK für die Berufsfelder Gesundheit und Gastro	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
G	Umgestaltung des HF-Lehrgänge Technik vom altrechtlichen zum neurechtlichen Status	Studierende der HFTG	Dokumentation für das eidg. Anerkennungsverfahren erarbeitet	Dokumentation für das eidg. Anerkennungsverfahren des HF-Lehrganges Technik finalisiert	Abschluss 2017
L13	Aushandlung von Vertragsgrundlagen mit den zuständigen Organisationen der Arbeitswelt	Branchenangehörige der Zahntechnik		Absichtserklärung unterzeichnet und interinstitutionelle Arbeitsgruppe für die Grundlagenbereitstellung bestellt; Nachfrageanalyse ist in der Startphase erfolgt	
Leistungsgruppe 3: Bildungsdienstleistungen					
18	Kommunikationsplattform «Knowledge Factory» für verschiedene Bildungsprojekte in den Bereichen Hybridunterricht, Kompetenzbilanzierungen, Qualitätsevaluationen und integrierende Bildungsmassnahmen einsetzen	Berufslernende Akteure der Berufsbildung	825 Einsatzstunden der Knowledge Factory; 120 verrechenbare Arbeitsstunden; 14 verrechenbare Vermietungen der Knowledge Factory	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
19	Eigene Entwicklungsprojekte rund um die Berufsbildung an Dritte vermieten und der Wissenstransfer im Sinne von Benchmark nutzen	Externe Akteure	250 verrechenbare Stunden	250 verrechenbare Arbeitsstunden; 15 verrechenbare Vermietungen aus der virtuellen GIBZ-Plattform «Knowledge Factory»	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Die Leistungsziele wurden gestrafft. L20 ist ein wegfallendes Ziel aus der Legislaturzielperiode 2010–2014.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Grundbildung	Klassen	138	138	140	Gleich
	Lernende	1'832	1'840	1'870	Gleich
	Lektionen	67'434	67'000	67'900	Gleich
Berufsmatura	Klassen	34	31	31	Gleich
	Lernende	448	400	430	Gleich
	Lektionen	21'853	20'500	21'000	Gleich
IT-Infrastruktur	PC-Stationen	660	635	635	Gleich
	User	2'810	2'700	2'700	Gleich
	Softwarepakete	100	100	100	Gleich
Mediathek und Digithek	Ausleihen	11'369	11'500	11'500	Gleich
	Artikel	19'578	19'500	19'500	Gleich
Weiterbildungskurse Höhere Berufsbildung	Module	41	42	42	Gleich
	Teilnehmende	750	800	800	Gleich
	Lektionen	3'105	2'200	2'200	Gleich
HF-Vollzeit-Studium	Klassen	2	2	2	Gleich
	Studierende	28	30	30	Gleich
	Lektionen	3'453	3'000	3'400	Gleich
Berufsorientierte Weiterbildung	Kurseinheiten	111	116	120	Steigend
	Teilnehmende	1'967	2'200	2'300	Steigend
	Lektionen	7'682	6'300	6'500	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Grundbildung: Zwei neue Klassenzüge für Entwässerungstechnologen sowie Angebot einer verkürzten, modularen Ausbildung für Assistentinnen und Assistenten Gesundheit und Soziales.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-24'904'588.28	-25'396'690	-25'918'100	-521'410	2.1	-26'633'240	-27'468'740	-28'331'940
Total Ertrag	5'736'316.30	5'255'620	5'366'700	111'080	2.1	5'360'500	5'360'500	5'360'500
Saldo	-19'168'271.98	-20'141'070	-20'551'400	-410'330	2.0	-21'272'740	-22'108'240	-22'971'440

Kommentar Budget

Zusätzliche Bildungsangebote in der Grund- und Weiterbildung (Auto- und Zahntechnik sowie Schreinerei rund 135'000 Franken) inklusive Überbetriebliche Kurse erfordern zusätzliches Unterrichtsmaterial, Einrichtungen sowie Geräte und Apparate. Der Personalaufwand steigt um 658'000 Franken, wobei 488'000 Franken auf die Revision des Pensionskassengesetzes zurückzuführen sind.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT2013.0003 PC Ersatz- und Neuanschaffungen 2012–2013						
Ausgaben	-139'661.55					
Einnahmen						
IT2013.0005 PC Ersatz- und Neuanschaffungen Schulzimmer 2014						
Ausgaben		-200'000				
Einnahmen						
IT2013.0006 PC Ersatz- und Neuanschaf. Lehrer- vorb.Zimmer 2014						
Ausgaben		-60'000				
Einnahmen						
IT2013.0007 Ersatz der Netz- werkkomponenten (Backbone)						
Ausgaben			-140'000			
Einnahmen						
IT2013.0008 PC Ersatz- und Neu- anschaffungen 2015						
Ausgaben			-100'000			
Einnahmen						
VD2013.0002 Aufbau einer WLAN- Infrastruktur am GIBZ						
Ausgaben	-214'881.44					
Einnahmen						
VD2013.0003 Lernenden- und Personalausweis mit Legicfunktion						
Ausgaben	-140'037.45					
Einnahmen						
VD2013.0004 Gebäudesignaletik In- und Outdoor						
Ausgaben	-63'994.15					
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-558'574.59	-260'000	-240'000			
Einnahmen						
Saldo	-558'574.59	-260'000	-240'000			

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum (LBBZ) Schluethof Cham ist das Kompetenzzentrum für alle Fragen rund um die Landwirtschaft und die Ökologie. Es gewährleistet - wo möglich in überkantonaler Zusammenarbeit - die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung und die landwirtschaftliche Betriebsberatung im Kanton Zug.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Schulische Grundbildung zur Ausbildung als «Landwirt/Landwirtin mit eidg. Fähigkeitszeugnis» bzw. «Landwirt/Landwirtin mit Spezialrichtung Biolandbau»
- Betreuung und Begleitung der Lernenden in der Landwirtschaft auf den Lehrbetrieben im Auftrag des Amtes für Berufsbildung
- Durchführung der Qualifikationsverfahren

Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Durchführung der Lehrgänge der Betriebsleiterschule I mit Abschluss «Landwirt/Landwirtin mit Fachausweis»; Betriebsleiterschule II mit Abschluss «diplomierter Meisterlandwirt», «Baumpflugespezialisten und Baumpflugespezialistinnen mit eidg. Fachausweis», «Agrotechniker/Agrotechnikerin HF»
- Berufsorientierte Weiterbildungsveranstaltungen

Leistungsgruppe 3: Beratung

- Beratung der Zuger Landwirtinnen und Landwirte in der Produktionstechnik, Betriebswirtschaft und Hauswirtschaft, in der Unternehmensführung und bei Betriebsanpassungen
- Beratung von Gemeinden und Landwirtschaftsbetrieben u. a. bei der Erarbeitung und Umsetzung von Landschaftsentwicklungskonzepten, Vernetzungsprojekten und bei Entschädigungsfragen

Leistungsgruppe 4: Hotellerie

- Führen eines Internats
- Mensabetrieb für Lernende, Kursteilnehmende und Hotellergäste
- Vermietung der Infrastruktur für Seminare, Anlässe und Übernachtungen an Dritte

Leistungsgruppe 5: Landwirtschaftlicher Gutsbetrieb

- Führen Versuchs- und Demonstrationsbetriebs für das Bildungszentrum
- Offener «Besuchsbetrieb» für die nichtbäuerliche Bevölkerung
- Zusammenarbeit mit den schweizerischen landwirtschaftlichen Forschungsanstalten zur Umsetzung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen auf Praxisstufe

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10)
- Bundesgesetz vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LWG, SR 910.1)
- Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV, SR 412.101)
- Bildungsverordnung für die Landwirtschaft vom 8. Mai 2008 (SR 412.101.220.83)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen vom 30. August 2001 (EG Berufsbildung, BGS 413.11)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Landwirtschaft, die landwirtschaftliche Pacht und das bäuerliche Bodenrecht vom 29. Juni 2000 (EG Landwirtschaft, BGS 921.1)
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren vom 19. Dezember 2007 (Reglement Bildungszentren, BGS 413.12)
- Reglement über die Höhere Fachschule Landwirtschaft vom 9. Juli 2012 (Reglement HFLW, BGS 921.1)
- Reglement des Schweizerischen Bauernverbandes über die Berufslehre und die Lehrabschlussprüfung für Landwirtinnen und Landwirte vom 1. August 2002 sowie die entsprechenden Weisungen
- Reglement und Weisungen des Schweizerischen Bauernverbandes über die landwirtschaftliche Meisterprüfung (Reglement vom 21. August 2000, Weisungen vom 23. Juni 2004)
- Prüfungsordnung über die Berufsprüfung für Baumpflugespezialisten und Baumpflugespezialistinnen mit eidgenössischem Fachausweis des Bundes Schweizer Baumpfleger BSB vom 23. Februar 2006
- Rahmenlehrplan dipl. Agro-Technikerin HF/dipl. Agro-Techniker HF der AgriAliForm und der fenaco vom Juni 2008

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Sicherung der Zusammenarbeit mit Landwirtschaftszentren der Nachbarkantone (Zentralschweiz, Aargau und Zürich)	Lernende, Landwirtinnen und Landwirte	Durchführung von 3 überregionalen Veranstaltungen Austausch von Lehrpersonen überregionales Wahlfachangebot	Durchführung von 3 überregionalen Veranstaltungen und Austausch von mind. 12 Lehrpersonen; überregionales Wahlfachangebot in der Grundbildung und der Höheren Berufsbildung	Gleich
2	Förderung des Verständnisses für Zusammenhänge innerhalb der Landwirtschaft (im Sinne der Nachhaltigkeit)	Übrige Bevölkerung	Öffentlichkeitsarbeit: Mind. 10 Publikationen zu landwirtschaftlichen Themen (Presse), ausgelöst durch LBBZ; mind. 1 öffentliche Veranstaltung für die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung; mind. 5 Besuche von Schulklassen auf dem Gutsbetrieb	«Fällt weg» Aufgrund Straffung Leistungsauftrag	
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung					
3	In den landwirtschaftlichen Berufen: Pflichtunterricht gemäss den geltenden Bildungsverordnungen erteilen	Lernende	Je 1 Klasse pro Lehrjahr	1 Klasse pro Lehrjahr; die rechtlichen Vorgaben sind eingehalten	Gleich
4	Qualifikationsverfahren nach den geltenden gesetzlichen Grundlagen für die Ausbildung zum Landwirt/zur Landwirtin EFZ durchführen	Lernende, Lehrpersonen	Vorgaben des Amtes für Berufsbildung sind umgesetzt	Vorgaben des Amtes für Berufsbildung sind umgesetzt	Gleich
5	Durchführung der Qualitätsevaluation gemäss den einschlägigen Richtlinien und den LBBZ-Vorgaben	Lernende		Mehr als 80 % positive Ergebnisse gemäss datenbasierter Qualitätsevaluation	Gleich
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung					
6	Führen einer Betriebsleiterschule zur Vorbereitung Berufsprüfung Landwirt und der Meisterprüfung (kombiniert mit HF-Ausbildung) nach den Vorgaben der Branche	Landwirtinnen und Landwirte	Mind. 12 Lernende; Qualifikation über den CH-Durchschnitt	Führen von 2 Klassen mit mind. 12 Teilnehmenden für die Vorbereitung der Berufsprüfung und mit mind. 5 Teilnehmenden für die Vorbereitung für die Meisterprüfung (integriert in die HF-Klasse); Qualifikation über dem CH-Durchschnitt	Gleich
7	Führen einer Betriebsleiterschule II zur Vorbereitung Meisterprüfung (kombiniert mit HF-Ausbildung) nach den Vorgaben der Branche	Landwirtinnen und Landwirte	Mind. 10 Lernende; Qualifikationen über dem CH-Durchschnitt	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
8	Führen der Vorbereitungskurse zur Ausbildung «Baumpflege-Spezialist BP» nach den Vorgaben der Branche	Fachpersonen	Start im Zweijahresrhythmus, erst Frühling 2015	Start im Frühling mit 1 Klasse mit mind. 20 Teilnehmenden	Gleich
9	Führen einer HF Landwirtschaft mit Abschluss «Agrotechnikerin HF/Agrotechniker HF» gemäss den Grundlagen des Rahmenlehrplans	Landwirtinnen und Landwirte	Führen einer zweiten Klasse mit mind. 12 Teilnehmenden	Führen von 2 Klassen mit mind. je 12 Teilnehmenden	Gleich
10	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben	Lernende	Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen, Kostendeckungsgrad mind. 85 % (Deckungsbeitrag 1)	Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen, Kostendeckungsgrad mind. 85 % (Deckungsbeitrag 1)	Gleich
11	Attraktive Wissensvermittlung bei der nicht strukturierten Weiterbildung zur Förderung der Weiterentwicklung der Betriebe in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht	Landwirtinnen und Landwirte des Kantons Zug und Umgebung	Leitung/Durchführung von mind. 12 Veranstaltungen im Winter 13/14; 3'500 Teilnehmerlektionen	Leitung/Durchführung von mind. 12 Veranstaltungen im Winter 14/15; 3'500 Teilnehmerlektionen	Gleich
12	Herausgabe des Weiterbildungsprogramms (in Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Organisationen)	Landwirtinnen und Landwirte des Kantons Zug und Umgebung	Durchführung von mind. 30 Kursen, 80 % der Kurse mind. 10 Personen	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
13	Bildungsangebot für die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung im Bereich Natur, Garten und Ernährung	Bevölkerung	Mind. 4 Angebote	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
A	Aufbauen einer einfachen Plattform für Kurse/Weiterbildungen im «Grünen Raum/Natur» für bestehende Angebote	Bevölkerung	Plattform im Juli 2014 operativ	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 3: Beratung					
14	Unterstützung und rasche Hilfestellung in produktionstechnischen, betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Fragen (Kurzberatungen)	Landwirtschaftsbetriebe im Kanton Zug	Max. Reaktionszeit: 2 Arbeitstage	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
15	Konstruktive und fachlich fundierte Beratung zur Entscheidungsfindung auf dem Landwirtschaftsbetrieb	Landwirtinnen und Landwirte, kantonale Verwaltung, Gemeinden, Behörden	35 grössere Beratungsfälle (> 1,5 Std.); Einnahmen für Beratungsarbeiten > 25'000 Franken	35 grössere Beratungsfälle (> 1,5 Std.); Einnahmen für Beratungsarbeiten > 25'000 Franken	Gleich
16	Bildung einer Schnittstelle zur Landwirtschaft für andere kantonale Ämter und Gemeinden, konstruktive Begleitung und Beratung der Zuger Landwirtschaft bei raumplanerischen und umweltrelevanten Themen. Kompetente Geschäftsführung LEK Cham gemäss Leistungsvereinbarung	Kantonale Verwaltung, Gemeinden, Landwirtinnen und Landwirte, Behörden	Qualitativ hochstehende, praxisrelevante Gutachten innert der vereinbarten Frist erledigt; 80 % positive Feedback	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 4: Hotellerie					
17	Infrastruktur für verwaltungsinterne Weiterbildungen innerhalb der verfügbaren Zeit nutzen	Mitarbeitende anderer Ämter	Mind. 30 Vermietungen Kundenzufriedenheit > 90 %	Mind. 30 Vermietungen Kundenzufriedenheit > 90 %	Gleich
18	Kostenorientierte Vermietung der Infrastruktur an Dritte	Seminarteilnehmende, Hotellerie Benutzende	Deckungsbeitrag (Verpflegung, Übernachtung und Seminare) an die Gebäudekosten, nach Abzug der Sachkosten und der Personalkosten von mind. Fr. 100'000; > 85–90 % Kundenzufriedenheit	Deckungsbeitrag (Verpflegung, Übernachtung und Seminare) an die Gebäudekosten, nach Abzug der Sachkosten und der Personalkosten von mind. Fr. 100'000; Kundenzufriedenheit > 85–90 %	Gleich
Leistungsgruppe 5: Landwirtschaftlicher Gutsbetrieb					
19	Der Versuchs- und Demonstrationsbetrieb wird nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen geführt	Schüler/innen, Landwirtinnen und Landwirte	Jahresgewinn von > Fr. 15'000; mind. 10 Betriebszweige (Kulturen); mind. 2 Auszubildende; mind. 5 Demonstrationsversuche	Jahresgewinn von > Fr. 15'000; mind. 10 Betriebszweige (Kulturen); mind. 2 Auszubildende; mind. 5 Demonstrationsversuche	Gleich
20	Gestaltung eines offenen, ansprechenden Landwirtschaftsbetriebes für die Bevölkerung als Erlebnisumfeld	Übrige Bevölkerung	> 15 Besuchende/Tag	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	
21	Führen eines kundengerechten Hofladens mit eigenen Produkten und Produkten von Nachbarbetrieben	Konsumentinnen und Konsumenten, Nachbarbetriebe	> Fr. 10'000 Direktverkaufs-Umsatz/Monat	«Fällt weg» Entlang der Kernprozesse Ziel zusammengeführt	

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Grundbildung	Klassen	3	3	3	Gleich
	Lernende	49	48	48	Gleich
Höhere Berufsbildung	Klassen	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)	Gleich
	Lernende	60	60	60	Gleich
Beratung	Anzahl grössere Fälle	60	40	50	Gleich
Hotellerie	Anzahl Mahlzeiten			18'000	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Neue Kennzahl für die Verpflegung eingeführt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-4'091'187.85	-3'934'750	-4'328'550	-393'800	10.0	-4'429'450	-4'544'450	-4'668'450
Total Ertrag	2'041'908.61	1'833'000	2'202'500	369'500	20.2	2'235'200	2'264'900	2'292'600
Saldo	-2'049'279.24	-2'101'750	-2'126'050	-24'300	1.2	-2'194'250	-2'279'550	-2'375'850

Kommentar Budget

Der Umsatz ist höher, da es im HF-Bereich im Vergleich zur sogenannten Betriebsleiterschule mehr Schülerinnen und Schüler gibt, deren Beschulung kostenintensiver ist.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das KBZ ist das Kompetenzzentrum für schulische Grundbildung in den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels; ebenso für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und die Höhere Fachschule für Wirtschaft.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Schulische Grundbildung für die kaufmännischen Berufe und die Berufe des Detailhandels
- Kaufmännische Berufsmaturität
- Lehrgang «Vinto» (Spitzensportförderung)
- Förderangebote
- Individuelles Coaching und fachindividuelle Betreuung
- Beratungsstelle (Soziale und Bildungsfragen) für Lernende
- IT-Infrastruktur und Support
- Mediathek
- Durchführung der Qualifikationsverfahren

Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Tagesseminare und Kurse zur beruflichen Weiterbildung
- Kurse und Lehrgänge zur Prüfungsvorbereitung auf international anerkannte Fremdsprachendiplome, schweizweit anerkannte Diplome im Bereich Informatik-Anwendung, Abschlüsse «edupool» (Sachbearbeiter-Diplome und Handelsschule), eidgenössische Fachausweise
- Höhere Fachschule für Wirtschaft (HFW)
- Kooperationen mit ausserkantonalen Partnerinstitutionen zur Ergänzung des Zuger Bildungsangebots

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz) vom 13. Dezember 2002 (BBG; SR 412.10)
- Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport vom 17. März 1972 (SR 415.0)
- Verordnung über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung) vom 19. November 2003 (BBV; SR 412.101)
- Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität (Berufsmaturitätsverordnung) vom 30. November 1998 (BMV; SR 412.103.1)
- Bundesrechtliche Bildungsverordnungen der dem KBZ zugewiesenen Grundbildungen
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen (EG Berufsbildung) vom 30. August 2001 (BGS 413.11)
- SBBK-Empfehlungen und Interkantonale Schulgeldabkommen
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren (Reglement Bildungszentren) vom 19. Dezember 2007 (BGS 413.12)
- Verordnung des WBF über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (BGS 412.101.61)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
A	Ablösung Schulverwaltungssoftware (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «schulNetz»	Lehrpersonen, Lernende, Weiterbildungsinteressierte	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen (Beginn Umsetzung Submissionsentscheid)	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen (Beginn Umsetzung)	Projektabschluss 2016
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung					
1	In den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels: Pflichtunterricht gemäss den geltenden Bildungsverordnungen erteilen, inkl. integrierte Berufsmaturität	Berufslernende	Umsetzung der Schullehrpläne in den 6 Berufen des KBZ	Umsetzung der Schullehrpläne in den 6 Berufen des KBZ	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
2	Individualisierte Förderung der Lernenden im Rahmen des Angebots an Stütz-, Förder- und LAP-Vorbereitungskursen (Lehrabschlussprüfung)	Lernschwache und lernstarke Lernende	60 Kursangebote	60 Kursangebote	Gleich
3	Beratung und Mediation gemäss KBZ-Konzept umsetzen	Berufslernende, Lehrpersonen	60 Beratungsgespräche pro Semester	60 Beratungsgespräche pro Semester	Gleich
4	Durchführung der Qualitätsevaluationen gemäss einschlägigen Vorgaben und KBZ-Konzept umsetzen	Berufslernende, Lehrpersonen, Mitarbeitende, Berufsbildner/innen	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Gleich
B	Einführung der neuen Bildungsverordnung der kaufmännischen Grundbildung	Berufslernende, Ausbildungsbetriebe	Ergänzende Projektschritte sind realisiert (Vertiefen und Vernetzen ist eingeführt, 2. Ausbildungsjahr erfolgreich abgeschlossen, 3. Ausbildungsjahr konzipiert)	Ergänzende Projektschritte sind realisiert (1. Lehrgang ist abgeschlossen, das Qualifikationsverfahren durchgeführt)	
C	Berufsmaturität: Einführung neue Bildungsverordnung und Rahmenlehrplan	Berufslernende, Ausbildungsbetriebe	Konzeption liegt vor	Konzeption und Umsetzung für das erste Ausbildungsjahr abgeschlossen	
D	«Lernen und neue Medien», Schulentwicklungsprojekt	Berufslernende, Ausbildungsbetriebe	Pilotklassen sind gestartet; erste Ergebnisse unter anderem im Rahmen des Projekts «Bring Your Own Device» liegen vor	Weitere Pilotklassen sind gestartet; Zwischenevaluation und Entscheidung über weiteres Vorgehen	
E	Einführung des Lehrgangs «way up plus» für die Kaufmännische Grundbildung (verkürzte Ausbildung für gymnasiale Maturi)	Lernende und Ausbildungsbetriebe		Konzeption und Umsetzung für das erste Ausbildungsjahr abgeschlossen	
L15	Marketing und Start von Berufslehren Kauffrau/Kaufmann und/oder Informatikerin/Informatiker	Ambitionierte Berufslernende, Unternehmen mit englischer bzw. internationaler Kultur/Sprache		Konzeption und Umsetzung für das erste Ausbildungsjahr abgeschlossen	
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung					
5	Durchführung der Qualitätsevaluationen	Berufslernende, Lehrpersonen, Mitarbeitende, Berufsbildner/innen, Wirtschaft der Region	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Gleich
6	Berufliche Weiterbildung im Kaufmännischen Berufsfeld und im Berufsfeld des Detailhandels gemäss den einschlägigen Standards der einzelnen Angebote umsetzen	Weiterbildungsteilnehmende, Wirtschaft der Region	Teilnehmergebühren und Abgeltungen anderer Kantone (ca. 3,65 Mio.); Kostendeckungsgrad mind. 85 % (DB 1); Überdurchschnittliche Abschlussquote bei zentralen Prüfungen	Teilnehmergebühren und Abgeltungen anderer Kantone (ca. 3,4 Mio.); Kostendeckungsgrad mind. 85 % (DB 1) sowie überdurchschnittliche Abschlussquote bei zentralen Prüfungen	Gleich
F	Einführung neuer Rahmenlehrplan HFW	Teilnehmende HFW, Wirtschaft der Region	Offizielle Anerkennung des neuen Bildungsgangs liegt vor	«Fällt weg»	
G	Pädagogisch-didaktische Schulentwicklung («KBZ Plus»): Einführung weiterer Elemente	Teilnehmende der entsprechenden Lehrgänge, die Wirtschaft der Region	Abschluss der Einführung von «Kollegiale Hospitation»; «Qualifizierungsprozesse» sowie «360-Grad-Feedback»	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
H	Neukonzeption von Angeboten (ca. deren 10) zwecks optimaler Abstimmung auf nachfolgende Lehrgänge	Teilnehmende Lehrgänge		Zu 70 % umgesetzt	
I	Optimierung der Zusammenarbeit mit der Zuger Wirtschaft und Partnern	Teilnehmende Lehrgänge, Wirtschaftspartner (Verbände und Unternehmen)		Konzept erstellt; erste Gefässe zu Kooperation und Austausch umgesetzt	

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Grundbildung ohne BMS II	Klassen	60	61	61	Gleich
	Lernende	999	1'025	990	Gleich
	Standard-Wochenlektionen (ab 2014: Einzelektionen)*		44'800	43'800	Gleich
Grundbildung BMS II	Klassen	3	4	4	Gleich
	Lernende	52	70	70	Gleich
	Standard-Wochenlektionen (ab 2014: Einzelektionen)*		3'800	3'800	Gleich
Weiterbildung: Höhere Fachschule für Wirtschaft HFW	Studierende	85	103	95	Gleich
	Klassen	5	6	6	Gleich
	Standard-Wochenlektionen (ab 2014: Einzelektionen)		3'700	3'700	Gleich
Weiterbildung: Lehrgänge mit Abschluss ohne HFW	Umsatzvolumen **	2,78 Mio.	2,55 Mio.	2,56 Mio.	Steigend
Weiterbildung: übrige Angebote	Umsatzvolumen **	0,24 Mio.	0,27 Mio.	0,30 Mio.	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

* Standard-Lektionen: Diese Masszahl ist die wesentliche Planungsgrösse, von der dann wiederum zahlreiche andere kostenrelevante Grössen abhängen. Standard-Einzelektionen = durchschnittliche Anzahl ordentliche einzelne Lektionen gemäss Lektionentafeln der Lehrgänge.

** Umsatzvolumen: Teilnehmer- und Prüfungsgebühren, inkl. teilnehmerzahl-abhängige Abgeltung von anderen Kantonen. Das Umsatzvolumen ist schwierig zu prognostizieren, weil die Art und Zahl der durchgeführten Lehrgänge und Kurse sich laufend der Nachfrage anpassen. Weil aber grundsätzlich nur kostendeckende Kurse und Lehrgänge durchgeführt werden, entwickeln sich Umsatz und Kosten grossmehrheitlich parallel.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-16'082'046.34	-17'073'400	-16'858'800	214'600	-1.3	-17'291'500	-17'806'000	-18'338'300
Total Ertrag	4'709'592.35	4'483'500	4'311'000	-172'500	-3.8	4'311'000	4'311'000	4'311'000
Saldo	-11'372'453.99	-12'589'900	-12'547'800	42'100	-0.3	-12'980'500	-13'495'000	-14'027'300

Kommentar Budget

Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT2019.0003 Ersatzbeschaffung PC						
Ausgaben	-73'429.20					
Einnahmen						
IT2019.0004 Ausbau IT-Mobility Infrastruktur						
Ausgaben		-110'000				
Einnahmen						
IT2019.0005 Bring your own Device (BYOD)						
Ausgaben			-120'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-73'429.20	-110'000	-120'000			
Einnahmen						
Saldo	-73'429.20	-110'000	-120'000			

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht verschiedene Bundesgesetze im Bereich der Unternehmen und der Arbeitnehmenden. Es betreut die Zuger Unternehmen und begleitet Ansiedlungsinteressentinnen und -interessenten in allen Fragestellungen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Markt- und Arbeitsmarktzugang

- Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU, der Bekämpfung der Schwarzarbeit, des Meldeverfahrens für Erwerbstätige aus der EU
- Erteilen von Ausländerbewilligungen an Drittstaatsangehörige und andere kontingentspflichtige Personen
- Marktzulassung für private Personalvermittlungs- und Verleihagenturen sowie für Handelsreisende und Anbietende von Risikoaktivitäten

Leistungsgruppe 2: Arbeitsbedingungen

- Beratung und Vollzug in Fragen des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes
- Beratung und Vollzug in Fragen der Arbeitssicherheit (Unfallversicherung Produktesicherheits- und Chemikaliengesetz)

Leistungsgruppe 3: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

- Aufsicht und Controlling der öffentlichen Arbeitsvermittlung (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum RAV), welche an den Verein für Arbeitsmarktmassnahmen VAM ausgelagert ist
- Verfügen der besonderen Massnahmen, der Vermittlungsfähigkeit, der Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigung, der Sanktionen und der Erlassgesuche
- Bereitstellung und Controlling der Arbeitsmarktmassnahmen (Kurse, Beschäftigungsprogramme)
- Rechtsdienst: Abklären und Beraten in juristischen Fragestellungen sowie Bearbeiten von Einsprachen

Leistungsgruppe 4: Wirtschaftspflege

- Unterstützung und Betreuung von ansässigen Firmen
- Begleitung von ansiedlungsinteressierten Unternehmen und Investoren/Investorinnen
- Durchführen des Marketings für den Wirtschaftsstandort
- Öffentlichkeitsarbeit

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG, SR 142.20)
- Bundesgesetz vom 15. Dezember 2000 über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz, ChemG, SR 813.1)
- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, SR 220, Massenentlassungen)
- Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG, SR 822.11)
- Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit, BGSA, SR 822.41)
- Bundesgesetz vom 6. Oktober 1989 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (Arbeitsvermittlungsgesetz, AVG, SR 823.11)
- Bundesgesetz vom 8. Oktober 1999 über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen (Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, SR 823.20)
- Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG, SR 832.20)
- Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG, SR 837.0)
- Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Produktesicherheit (PrSG, SR 930.11)
- Bundesgesetz vom 23. März 2001 über das Gewerbe der Reisenden (SR 943.1)
- Bundesgesetz vom 17. Dezember 2010 über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (SR 935.91)
- Gesetz über die Wirtschaftspflege im Kanton Zug (Wirtschaftspflegegesetz, BGS 151.1)
- Verordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih vom 16. November 1999 (BGS 845.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die bisherige Leistungsgruppe 5 Allgemeine Aufgaben wurde aufgehoben.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Markt- und Arbeitsmarktzugang					
1	Vollzug der flankierenden Massnahmen (FLAM) zur Personenfreizügigkeit und des BG Schwarzarbeit gemäss Leistungsvereinbarungen mit dem SECO	Arbeitnehmende, Arbeitgebende, Tripartite und Paritätische Kommissionen, SECO	100 Kontrollen FLAM	100 Kontrollen FLAM	Gleich
2	Rechtsgleiche und rechts-sichere Erteilung von Bewilligungen an Drittstaatsangehörige und andere kontingentspflichtige Ausländer	Unternehmen, Private, mandatierte Agenturen, Amt für Migration, Bundesamt für Migration (BFM)	100 % der Verfahren mit «Second eye»-Prinzip oder im Gremium abgewickelt; < 5 % Ablehnung der positiven, kantonalen Vorentscheide durch BFM	100 % der Verfahren mit «Second eye»-Prinzip oder im Gremium abgewickelt; < 5 % Ablehnung der positiven, kantonalen Vorentscheide durch BFM	Gleich
3	Zeitgerechte Bewilligungen zur Marktzulassung für private Personalvermittlungs- und Personalverleihagenturen	Private Personalvermittlungs- und Personalverleihagenturen	> 80 % AV innert 10 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier; > 80 % HR innert 3 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier	> 80 % innert 10 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier	Steigend
Leistungsgruppe 2: Arbeitsbedingungen					
4	Bedarfsgerechte Beratung und rechtssicherer Vollzug in Fragen des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes	Arbeitnehmende, Arbeitgebende, Architekturbüros, Planungsbüros, Branchenverbände, Ausbildungsstätten, SECO	System-Audit SECO erfüllen	System-Audit SECO erfüllen	Gleich
5	Bedarfsgerechte Beratung und rechtssicherer Vollzug in Fragen der Arbeitssicherheit, insbesondere Planbegutachtungen (PB), Prüfung korrekter Umsetzung der Arbeitssicherheit am Arbeitsplatz (ASA)	Arbeitnehmende, Arbeitgebende, Architekturbüros und Fachplanende, Bauherren und Gebäudeeigentümer/innen, SECO, SUVA	> 80 % PB innert 2 Arbeitswochen ab Vollständigkeit Dossier bearbeitet; 20 ASA-Kontrollen	Ab Vollständigkeit Dossier > 80 % PB innert 2 Arbeitswochen bearbeitet; 20 ASA-Kontrollen	Steigend
Leistungsgruppe 3: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit					
6	Adäquate Aufsicht und Controlling der öffentlichen Arbeitsvermittlung	VAM, SECO, ALK, stellenlose Personen, Arbeitgebende	Führungskennzahlen des SECO mit VAM analysieren und Massnahmen festlegen; nächstes Audit SECO 2015	Führungskennzahlen des SECO mit VAM analysieren und Massnahmen festlegen	Gleich
7	Rechtsgleiches und rechtssicheres Verfügen der besonderen Massnahmen, der Vermittlungsfähigkeit, der Kurzarbeits- (KAE) und Schlechtwetterentschädigung (SWE), der Sanktionen und der Erlassgesuche	Stellensuchende, Unternehmen, RAV, ALK	100 % der Verfahren gemäss «Second eye»-Prinzip abgewickelt; 100 % der Entscheide Vermittlungsfähigkeit mit rechtl. Gehör in mündlicher Form (exkl. Standardfälle mit eindeutiger Aktenlage)	100 % der Verfahren gemäss «Second eye»-Prinzip abgewickelt; 100 % der Entscheide Vermittlungsfähigkeit mit rechtl. Gehör in mündlicher Form (exkl. Standardfälle mit eindeutiger Aktenlage)	Gleich
8	Bedarfsgerechte Bereitstellung und Controlling der Arbeitsmarkt-Massnahmen	Personalberatende RAV, Kursveranstalter/innen, Dozentinnen und Dozenten, Stellensuchende	Mind. 1 Visite pro Semester und Kollektivkurs; > 80 % positive Rückmeldungen der Kursbesuchenden	Mind. 1 Visite pro Semester und Kollektivkurs; bei Kursbesuchenden > 80 % positive Rückmeldungen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
9	Rasches und juristisch stichfestes Bearbeiten von Einsprachen im Bereich AVIG	Aktuell oder ehemals Stellensuchende, Betriebe mit Einsprache	> 80 % Einsprachen AVIG in 2 Monaten ab Vollständigkeit Dossier; < 10 % Einsprachen gutgeheissen sofern keine neuen Fakten	Ab Vollständigkeit Dossier > 80 % Einsprachen AVIG in 2 Monaten; < 10 % Einsprachen gutgeheissen sofern keine neuen Fakten	Gleich
Leistungsgruppe 4: Wirtschaftspflege					
10	Proaktive Unterstützung und Betreuung von ansässigen Firmen (Wirtschaftspflege)	Ansässige Unternehmen, Wirtschaftsverbände, kantonale und gemeindliche Behörden	130 Firmenbesuche im Kanton Zug; 40 Teilnahmen an wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen	130 Firmenbesuche im Kanton Zug; 60 Teilnahmen an wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen	Gleich
11	Fokussiertes und zeitgerechtes Begleiten von ansiedlungsinteressierten Investoren und Unternehmen	Ansiedlungsinteressentinnen und -interessenten, deren Vertreter/innen, kantonale und nationale Behörden, Greater Zurich Area, Osec	3 Zielmärkte; > 90 % Anfragen bis Ende des folgenden Arbeitstages beantwortet	> 90 % Anfragen bis Ende des folgenden Arbeitstages beantwortet	Gleich
12	Durchführen eines auf das Zielpublikum orientierten Marketings für den Wirtschaftsstandort	Ansässige Unternehmen und deren Vertreter/innen, Wirtschaftsverbände, Multiplikatoren, kantonale und gemeindliche Behörden	3 Newsletter; 1 Neuunternehmer/innen-Apéro	3 Newsletter; 1 Neuunternehmer/innen-Apéro	Gleich
13	Bedarfsgerechte Information der Öffentlichkeit (Referate, Podien, öffentliche Auftritte, Berichte)	Ansässige Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Multiplikatoren, Interessensgruppierungen, kantonale und gemeindliche Behörden, Vereine, Medien		Präsentation «Jeder Zuger ein Botschafter» 2 mal jährlich aktualisiert	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Der Leistungsauftrag wurde im Rahmen der flächendeckenden Überarbeitung leicht angepasst. Dabei wurde die Öffentlichkeitsarbeit in die Leistungsgruppe 4 integriert und die Mitwirkung bei der Rechtssetzung als Plangrösse aufgenommen.

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Stellensuchende	Personen	2'353	2'300	2'300	Gleich
Ausländerbewilligungen für Drittstaatsangehörige (L- und B-Bewilligungen)	Anzahl	462	550	600	Gleich
Arbeitszeitbewilligungen	Anzahl	161	130	150	Gleich
Planbegutachtungen	Anzahl	160	140	150	Gleich
Bewilligungen für private Personalvermittlung- und -verleihagenturen	Anzahl	434	420	450	Steigend
Vernehmlassungen, Stellungnahmen, Mitberichte, parlamentarische Vorstösse	Anzahl			60	gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Je nach Umsetzung der Verfassungsabstimmung zur Masseneinwanderung ist wegen des Kontingentierungssystems für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger mit einer markanten Steigerung der Ausländerbewilligungen zu rechnen.
 Neue Planzahl für interne und externe Stellungnahmen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-16'073'771.98	-15'707'700	-16'284'800	-577'100	3.7	-16'423'000	-16'761'700	-17'093'400
Total Ertrag	11'421'941.44	10'682'475	11'120'000	437'525	4.1	11'160'000	11'360'000	11'560'000
Saldo	-4'651'830.54	-5'025'225	-5'164'800	-139'575	2.8	-5'263'000	-5'401'700	-5'533'400

Kommentar Budget

Gemäss erstmals verfügbarer Hochrechnung des SECO vom Januar 2014 erhöht sich die Beteiligung des Kantons an den Kosten für die Durchführung der öffentlichen Arbeitsvermittlung, gestützt auf Art. 92 Abs. 7bis AVIG und Art. 9 und 10 AVFV, um 270'000 Franken gegenüber Budget 2014, welches zu tief angesetzt wurde. Es können keine Entnahmen aus den Reserven für die Finanzierung der Aktivitäten der Kontaktstelle Wirtschaft mehr getätigt werden, da diese Position im Vorjahr planmässig saldiert wurde.

Kommentar Finanzplan

Gemäss erstmals verfügbarer Hochrechnung des SECO vom Januar 2014 erhöht sich die Beteiligung des Kantons an den Kosten für die Durchführung der öffentlichen Arbeitsvermittlung, gestützt auf Art. 92 Abs. 7bis AVIG und Art. 9 und 10 AVFV, auch in den folgenden Jahren. Basis ist die versicherte Lohnsumme der Stellensuchenden, anteilmässig auf die Kantone verteilt.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Arbeitslosenkasse ist verantwortlich für die Ausrichtung der Versicherungsleistungen im Rahmen des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG). Sie richtet die von den Gemeinden finanzierten Leistungen der kantonalen Arbeitslosenhilfe (ALH) aus und gewährt kantonale Mutterschaftsbeiträge. Daneben übernimmt sie verschiedene juristische Dienstleistungen für das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) bzw. das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und berät Ratsuchende in Fragen der Arbeitslosenversicherung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Bundesleistungen nach AVIG

- Entscheidung und Ausrichtung der Arbeitslosenentschädigung, Insolvenzenschädigung, Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigung
- Beratung Versicherte in AVIG- und weiteren Sozialversicherungsfragen
- Juristische Beratung von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden zum AVIG und Arbeitsrecht
- Führen des Rechnungswesens nach den Richtlinien des SECO

Leistungsgruppe 2: Kantonale und gemeindliche Unterstützungsleistungen

- Entscheidung und Ausrichtung von Arbeitslosenhilfe (ALH) und Mutterschaftsbeiträge
- Führen der Finanzbuchhaltung für die Gemeinden

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen für Dritte

- Erarbeitung von Einsprache-Entscheiden und Vernehmlassungen für das Amt für Wirtschaft und Arbeit und das RAV
- Juristische Beratung des RAV
- Referententätigkeit bei Grundinformativkursen im RAV

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG, SR 837.0)
- Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG, SR 830.1)
- Verordnung vom 31. August 1983 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsverordnung, AVIV, SR 837.02)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung vom 29. August 1996 (EG AVIG, BGS 845.5)
- Gesetz über die Ausrichtung kantonalen Mutterschaftsbeiträge vom 1. September 1988 (BGS 826.25)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Bundesleistungen nach AVIG					
1	Beurteilung der Versicherungsansprüche nach den Vorgaben des SECO	Versicherte	90 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	90 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	Gleich
2	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen Entschädigungen	Versicherte, Arbeitgebende, Träger/innen von anderen Sozialversicherungen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	Gleich
3	Lückenloses Durchführen des internen Kontrollsystems	SECO	100 % Vorgaben des SECO eingehalten	«Fällt weg» Aufgrund Straffung Leistungsauftrag	
4	Termingerechte Durchführung der Zahlungsverarbeitungen	Banken, Versicherte	Einhaltung der Valutavorgaben der Banken	«Fällt weg» Aufgrund Straffung Leistungsauftrag	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
5	Fristgerechtes Erstellen der Jahresrechnung und des Budgets	SECO	100 % Vorgaben des SECO eingehalten	100 % Vorgaben des SECO eingehalten	Gleich
6	Sicherstellen der Liquidität	Banken, SECO	100 % Vorgaben eingehalten	100 % Vorgaben des SECO eingehalten	Gleich
7	Fristgerechte Ausarbeitung fundierte Einsprache-Entscheide	Antragstellende, Arbeitgebende		Innert 3 Monaten (Durchschnitt) nach Einreichung der Einsprache	Gleich
Leistungsgruppe 2: Kantonale und gemeindliche Unterstützungsleistungen					
8	Fristgerechte Beurteilung der ALH-Leistungsgesuche	Antragstellende, Gemeinden	95 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	95 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	Gleich
9	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen ALH-Leistungen	Antragstellende, Sozialdienste der Gemeinden	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	Steigend
10	Fristgerechte Ausarbeitung Entscheide und Ausrichtung der Mutterschaftsbeiträge	Antragstellerinnen	90 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Unterlagen	90 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Unterlagen	Steigend
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen für Dritte					
11	Fristgerechte Ausarbeitung Einsprache Entscheide für AWA/RAV	Versicherte, Arbeitgebende, AWA, RAV	80 % innert 2 Monaten nach Einreichung der Einsprache	80 % innert 2 Monaten nach Einreichung der Einsprache	Gleich
12	Qualitativ hochstehende juristische Beratung des RAV	RAV	< 5 Revisionsbeanstandungen des SECO	< 5 Revisionsbeanstandungen des SECO	Gleich
13	Praxisgerechte Referententätigkeit bei RAV-Grundinformationskursen	Versicherte, RAV	Vollständige Information der wesentlichen Aspekte des AVIG; 90 % positive Rückmeldungen	Vollständige Information der wesentlichen Aspekte des AVIG; 90 % positive Rückmeldungen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Bezüger/innen Arbeitslosenentschädigung (ALE)	Anzahl	3'421	3'700	3'700	Gleich
Bezüger/innen Arbeitslosenhilfe (ALH)	Anzahl	228	250	300	Steigend
Abrechnungen Arbeitslosenentschädigungen (ALE)	Anzahl	18'325	22'000	22'000	Gleich
Verfahren Arbeitsrechtliche Forderung AVIG 29	Anzahl	21	50	40	Gleich
Eingang Einsprachen AVIG	Anzahl	283	380	300	Gleich
Mutterschaftsanträge	Anzahl	71	95	95	Steigend
Erledigung Einsprachen AVIG	Anzahl	303	330	280	Gleich
Jur. Beratung Sachbearbeitung	Stunden	2'100	1'200	1'100	Gleich
Jur. Beratung Arbeitsrecht	Stunden	782	1'000	1'000	Gleich
Jur. Bearbeitung RAV	Stunden	1'875	1'800	1'500	Gleich
Grundinformationskurse beim RAV	Anzahl	55	80	55	Gleich

Institutionelle Gliederung
Volkswirtschaftsdirektion
2031-Arbeitslosenkasse

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Bezüger/innen Insolvenzenschädigung (IE)	Anzahl			80	Gleich
Kurzarbeitende (KAE)	Anzahl			600	Gleich
Monatsabrechnungen mit Einstelltagen (ALE)	Anzahl			1'900	Gleich
Monatsabrechnungen mit Einstelltagen (ALH)	Anzahl			30	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Neue Plangrössen für IE, KAE, ALE und ALH aufgenommen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-5'865'072.68	-6'188'700	-6'237'929	-49'229	0.8	-6'313'600	-6'420'200	-6'530'600
Total Ertrag	4'652'150.08	4'840'000	5'080'000	240'000	5.0	5'020'000	5'020'000	5'020'000
Saldo	-1'212'922.60	-1'348'700	-1'157'929	190'771	-14.1	-1'293'600	-1'400'200	-1'510'600

Kommentar Budget

Ausbau Dienstleistungen Dritter (Konto 4240.10) und höhere Rückerstattung für den AVIG-Vollzug des Bundes (Konto 4610.10)

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT2031.0001 Integration ALK						
Ausgaben			-100'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben			-100'000			
Einnahmen						
Saldo			-100'000			

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für öffentlichen Verkehr sorgt nachfrageorientiert für einen attraktiven regionalen öffentlichen Bahn-, Bus- und Schiffsverkehr und setzt sich für eine attraktive überregionale Anbindung ein.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Nachfrageorientiertes öV-Angebot

- Bestellung der Bus-, Bahn- und Bergbahnleistungen für den öffentlichen Personenverkehr
- Sicherstellung der Interessen des Kantons in regionalen und überregionalen Angebotsplanungen des Bundes, der Kantone, der Transportunternehmen und Tarifverbände
- Wahrung der Interessen des Kantons nach aussen (Interessengruppen, Kommissionen)
- Erteilung von kantonalen Bewilligungen für regelmässige und gewerbmässige Personentransporte

Leistungsgruppe 2: öV-Verkehrsinfrastruktur

- Planung, Projektierung und Bauaufsicht einer zukunftsfähigen öV-Infrastruktur
- Mitwirkung bei der Schaffung einer öV- tauglichen Strassen- und Bahninfrastruktur
- Kantonale Koordination des eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahrens
- Koordinationsstelle für öV-Fragen aller Art

Leistungsgruppe 3: Öffentliche Schifffahrt

- Bestellung konzessionierte Schifffahrtsleistungen im Kanton

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Beseitigung von Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG, SR 151.3)
- Bundesgesetz vom 20. März 2009 über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEBG, SR 742.140.2)

- Gesetz über den öffentlichen Verkehr vom 22. Februar 2007 (GöV, BGS 751.31)
- Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957 (EBG, SR 742.101)
- Bundesgesetz vom 20. März 1998 über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG, SR 742.31)
- Bundesgesetz vom 20. März 2009 über die Personenbeförderung (Personenbeförderungsgesetz, PBG, SR 745.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend den kantonalen Richtplan vom 28. Januar 2004 (BGS 711.3) und nachgeführte Beschlüsse
- Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2004–2014 vom 18. Dezember 2003 (BGS 751.12)
- Gesetz über Strassen und Wege vom 30. Mai 1996 (GSW, BGS 751.14)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Festlegung der Bahnhalte stellen und der Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs vom 30. November 2006 (BGS 751.314)
- Kantonsratsbeschluss betreffend die Vorfinanzierung von Bahnprojekten vom 26. November 2009 (BGS 751.32)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die eidgenössisch konzessionierte Schifffahrt auf den Zuger Seen vom 25. November 2010 (BGS 753.16)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Planungs- und Projektierungskredite leistungsfähiger Feinverteiler im öffentlichen Verkehr vom 18. Dezember 2003
- Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredite Planung und Projektierung Bahnprojekte und Bahnbau vom 31. März 2011

1.4 Kommentar Grundlagen

Die bisherige Leistungsgruppe 4 Allgemeine Aufgaben wurde aufgehoben.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Nachfrageorientiertes öV-Angebot					
1	Rechtzeitiger Angebotsprozess	Gemeinden, Transportunternehmen	RRB im August; Verträge mit Transportunternehmen bis Fahrplanwechsel vereinbart	RRB im August; Verträge mit Transportunternehmen bis Fahrplanwechsel vereinbart	Gleich
2	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss GöV bei Verträgen mit Transportunternehmen einhalten	Kanton, Gemeinden	Kostendeckungsgrad > 40 %	Kostendeckungsgrad > 40 %	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
3	Hohe Zufriedenheit mit dem öV-Angebot	Bevölkerung	Mehr als 90 % der Umfrageteilnehmenden sind zufrieden	Mehr als 90 % der Umfrageteilnehmenden sind zufrieden (Umfrage alle 3 Jahre)	Gleich
L6	Stadtbahn Zug im Netznutzungsplan des Bundes sicherstellen	Bahnpassagiere		Vollständiges Stadtbahnangebot in Netzgrafik STEP (Ausbau schritt 2025) enthalten	Gleich
L23	Suche und Zusammenarbeit mit einem grösseren Partner wie SBB oder ZVV beim Aufbau Projekt Testregion öV-Zugangssystem	Fahrgäste, SBB, ZVB		Gemeinsamer Projektauftrag	Gleich
Leistungsgruppe 2: öV-Verkehrsinfrastruktur					
4	Keine Kostenüberschreitungen	Kanton	Halbjährliches Reporting von SBB und Tiefbauamt	Halbjährliches Reporting von SBB und Tiefbauamt	Gleich
5	Effiziente Prozesse bei der Prüfung von Bebauungsplänen (öV-Infrastruktur) und eisenbahnrechtlichen Plan genehmigungsverfahren	Gemeinden, BAV	98 % fristgerecht bearbeitet	98 % fristgerecht bearbeitet	Gleich
6	Sicherstellung gute Erschliessung der Wohn- und Arbeitsgebiete	Einwohner/innen, Pendelnde	295 Haltestellen und Bahnhöfe	295 Haltestellen und Bahnhöfe	Gleich
A	Planung, Projektierung und Bauaufsicht von Bahnprojekten	Regierungsrat, Kantonsrat	Leistungssteigerung Zug-Thalwil, Inbetriebnahme Mitte 2014; Doppelspur Freudenberg-Rotkreuz, Baubewilligung liegt auf; Bauprojekt Doppelspurinsel Walchwil in Bearbeitung; Vorprojekt Stadtbahn Zug, 2. Teilergänzung abgeschlossen	Objektstudien 3. Gleis Baar-Zug inkl. Bahnhof Baar abgeschlossen; Schlussabrechnung Steinhäusern Rigiblick liegt vor	Sinkend
L7	Finanzierung/Vorfinanzierung Projektierung 3. Gleis Baar-Zug regeln			Unterzeichneter Auftrag an SBB zur Erarbeitung eines Vorprojekts des 3. Gleis Baar-Zug inkl. Anpassungen im Bahnhof Baar	Gleich
L13	Stärkung Allianzen für verbesserte Angebote in öffentlichen Verkehr: Mehrheitsfähige (Mit-)Finanzierung von regionalen und kantonalen öV-Projekten	Regierungsrat, Kantonsrat, Bevölkerung	Inbetriebnahme Durchstich Sumpf	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 3: Öffentliche Schifffahrt					
7	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss KRB einhalten	Kanton, Gemeinden	Kostendeckungsgrad > 60 %	Kostendeckungsgrad > 60 %	Gleich
8	Angebotsvereinbarung mit SGZ und AeS	Kanton	Vereinbarung bis Dezember abgeschlossen	Vereinbarung bis Dezember abgeschlossen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

L13 ist ein wegfallendes Ziel der Legislaturperiode 2010–2014.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Bahn- und Buslinien	Anzahl Linien	34	39	39	Gleich
Bahn- und Buslinien	Länge in km	227	235	235	Gleich
Bahnhöfe/Haltestellen	Anzahl	295	297	295	Gleich
Kursangebot	Kurskilometer	6,8 Mio.	6,8 Mio.	7,0 Mio.	Gleich
öV-Tarife	Tariferhöhung	ca. 5 %	0 %	ca. 3 %	Sinkend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Tariferhöhung erfolgt im Dezember 2014.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-37'653'828.88	-38'448'080	-37'664'200	783'880	-2.0	-39'242'400	-39'272'100	-39'303'000
Total Ertrag	7'388'667.00	7'752'000	7'427'800	-324'200	-4.2	7'733'200	7'733'200	7'733'200
Saldo	-30'265'161.88	-30'696'080	-30'236'400	459'680	-1.5	-31'509'200	-31'538'900	-31'569'800

Kommentar Budget

Als einmaliger Effekt im Bereich der Abgeltung (Aufwand) für das Jahr 2015 konnten bei der Zugerland Verkehrsbetriebe AG (ZVB) 1,3 Millionen Franken aus den Vorjahren angerechnet werden. Zudem findet im Dezember 2014 eine Tariferhöhung statt.

Aufgrund des Angebotsausbaus (S24) erhöhen sich die Abgeltungen an die SBB um zirka 400'000 Franken.

Für das neue Ticketsystem wurden 200'000 Franken in der Laufenden Rechnung budgetiert. Die ZVB und die SBB werden sich am Projekt beteiligen.

Kommentar Finanzplan

Ab 2016 entfällt der einmalige Effekt bei der ZVB.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
VD2035.0027 Erwerb von Aktien der ZVB AG						
Ausgaben	-1'308'000.00					
Einnahmen						
VD2035.0028 Investitionsbeitrag Bahninfrastrukturfonds (BIF)						
Ausgaben				-5'600'000	-5'600'000	-5'600'000
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-1'308'000.00			-5'600'000	-5'600'000	-5'600'000
Einnahmen						
Saldo	-1'308'000.00			-5'600'000	-5'600'000	-5'600'000

Institutionelle Gliederung
Volkswirtschaftsdirektion
2035–Amt für öffentlichen Verkehr

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
VD2035.0001 öV-Feinverteiler Planung						
Ausgaben	-52'792.60	-300'000	-300'000	-300'000	-300'000	
Einnahmen						
VD2035.0009 1. Teilergänzung Stadtbahn (Bau)						
Ausgaben	-379.20					
Einnahmen						
VD2035.0013 Beiträge an Verknüpfungspunkte						
Ausgaben						-500'000
Einnahmen						
VD2035.0015 öV-Feinverteiler Projektierung 1. Ausbaustufe						
Ausgaben		-50'000	-50'000	-100'000	-600'000	-900'000
Einnahmen						
VD2035.0020 Bahnprojekte (Planung und Projektierung)						
Ausgaben		-1'100'000	-800'000	-900'000	-300'000	-200'000
Einnahmen						
VD2035.0022 Bahnprojekte (Bau)						
Ausgaben		-200'000	-200'000	-200'000	-200'000	-200'000
Einnahmen						
VD2035.0023 Darlehen Vorfinan- zierung Durchmes- serlinie Zürich						
Ausgaben						
Einnahmen				6'000'000	6'600'000	
VD2035.0025 Zugfolgezeit Littli-Zug (4. TE S-Bahn Zürich)						
Ausgaben	-598'596.00	-600'000	-60'000			
Einnahmen						
VD2035.0026 S-Bahnhaltestelle Steinhausen Rigiblick						
Ausgaben	-1'652'440.00	-1'170'000	-10'000	-970'000		
Einnahmen	450'000.00		280'000	120'000		
VD2035.0029 Investitionsbeitrag neues Ticketsystem						
Ausgaben			-500'000	-5'000'000	-5'000'000	-1'000'000
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Volkswirtschaftsdirektion
 2035–Amt für öffentlichen Verkehr

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-2'304'207.80	-3'420'000	-1'920'000	-7'470'000	-6'400'000	-2'800'000
Einnahmen	450'000.00		280'000	6'120'000	6'600'000	
Saldo	-1'854'207.80	-3'420'000	-1'640'000	-1'350'000	200'000	-2'800'000

Kommentar Budget

VD2035.0029 Investitionsbeitrag neues Ticketsystem: Voraussichtlich ab 2015 werden Investitionsbeiträge für die Realisierung des neuen Ticketsystems benötigt, Kantonsratsbeschluss ist noch ausstehend.

Kommentar Finanzplan

VD2035.0028 Investitionsbeitrag an Bahninfrastrukturfonds: Ab 2016 muss der Kanton Zug voraussichtlich 5,6 Millionen Franken FABI-Beiträge entrichten.
 VD2035.0023 Darlehen Vorfinanzierung Durchmesserlinie Zürich: Im 2016 erfolgt der erste Teil der Rückzahlung des Darlehens (6 Millionen Franken) und im 2017 der zweite Teil (6,6 Millionen Franken).

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
313	Dienstleistungen und Honorare	-1'324'795.96	-1'700'000	-1'525'000	175'000	-10.3	-1'600'000	-1'700'000	-1'800'000
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-41'548'792.02	-41'875'000	-45'335'000	-3'460'000	8.3	-47'275'000	-50'475'000	-52'255'000
	Total Aufwand	-42'873'587.98	-43'575'000	-46'860'000	-3'285'000	7.5	-48'875'000	-52'175'000	-54'055'000
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	11'630'496.00	9'935'000	12'130'000	2'195'000	22.1	12'640'000	13'350'000	13'960'000
	Total Ertrag	11'630'496.00	9'935'000	12'130'000	2'195'000	22.1	12'640'000	13'350'000	13'960'000
	Saldo	-31'243'091.98	-33'640'000	-34'730'000	-1'090'000	3.2	-36'235'000	-38'825'000	-40'095'000

Kommentar Budget

Familienzulagen NE: Die Fallzahlen haben sich im ersten Quartal 2014 gegenüber 2013 nochmals erhöht. Es ist nicht mit einem Rückgang im Jahre 2015 zu rechnen. Dies führt zu Mehrkosten von 330'000 Franken.

Ergänzungsleistungen nach Bundesrecht generell: Die Leistungen werden durch den Bundesrat alle zwei Jahre der Lohn- und Teuerungsentwicklung angepasst, das nächste Mal auf 2015. Dies führt zu Mehrkosten von 2,8 Millionen Franken. Davon entfallen 1,9 Millionen Franken auf die AHV (wegen steigender Fallzahlen) und 0,9 Millionen Franken bei der IV (bei stagnierenden Zahlen). Dadurch steigen auch die Bundesbeiträge auf 2,1 Millionen Franken. Der gleiche Effekt ist auch bei der kantonalen EL zur AHV und bei der kantonalen EL zur IV zu beobachten. Dies führt zu weiteren Mehrkosten von 330'000 Franken. Nicht geschätzt werden kann die Entwicklung der Heimtarife. Für die Festlegung sind die Gemeinden, bzw. der Regierungsrat zuständig.

Kommentar Finanzplan

Aufgrund der Planungen des Bundes ist mit weiteren Kostensteigerungen bei den Ergänzungsleistungen zur rechnen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Landwirtschaftsamt vollzieht die eidgenössischen und kantonalen Landwirtschaftsgesetze, fördert die Zuger Landwirtschaft und unterstützt deren Interessen, insbesondere im Rahmen der raumwirksamen Tätigkeiten des Kantons. Das Landwirtschaftsamt pflegt ein gutes Einvernehmen mit jenen Ämtern, die ebenfalls von Landwirtschaftsfragen betroffen sind.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Direktzahlungen und Beiträge an landwirtschaftliche Produktion

- Vollzug der Beiträge an die landwirtschaftliche Produktion und der Direktzahlungen
- Feststellung der Beitragsberechtigung und der Einhaltung von Bedingungen und Auflagen
- Erfassung und Verwaltung von Daten u.a. zu landwirtschaftlichen Betrieben, Nutzflächen, Kulturen, Nutztieren
- Berechnung und Auszahlung sowie Rechenschaftsablegung gegenüber Bund
- Mit dem Amt für Verbraucherschutz koordinierte Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben in Zusammenarbeit mit dem Kontrolldienst Schwyz Nidwalden Zug (KDSNZ)

Leistungsgruppe 2: landwirtschaftliche Strukturverbesserung

- Beratung von Gesuchstellenden und Geldgebenden in Finanzierungsfragen insbesondere von Bauprojekten
- Prüfung und Entscheid über Finanzierungsgesuche
- Kreditverwaltung
- Rechnungslegung gegenüber Bund

Leistungsgruppe 3: Vollzug Landwirtschaftsgesetz, Boden- und Pachtrecht

- Prüfung und Entscheid über Gesuche zu Grundstückaufteilungen, Eigentumsübertragungen, Belehnung, Anwendbarkeit des BGBB
- Kontrolle von Pachtzinsen und Genehmigung von Pachtverträgen

Leistungsgruppe 4: Förderung der Landwirtschaft

- Unterstützung und Initiierung von Projekten zur Förderung der Landwirtschaft
- Beratung, Information und Kommunikation gegenüber Landwirtinnen/Landwirten
- Dienstleistungen (Unterlagen, Software, Datenhaltung für andere Ämter)

Leistungsgruppe 5: interkantonale Vernetzung

- Interkantonale Zusammenarbeit und Vertretung in Arbeitsgruppen und Konferenzen
- Kontaktpflege zu kantonalen Branchenorganisationen, Mitwirkung bei Planungsverfahren

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 4. Oktober 1985 über die landwirtschaftliche Pacht (LPG, SR 221.213.2)
- Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB, SR 211.412.11)
- Bundesgesetz vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LWG, SR 910.1)
- Verordnung über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft vom 23. Oktober 2013 (Direktzahlungsverordnung, DZV, SR 910.13)
- Verordnung über die Koordination der Inspektionen auf Landwirtschaftsbetrieben vom 23. Oktober 2013 (VKKL, SR 910.15)
- Verordnung über landwirtschaftliche Begriffe und die Anerkennung von Betriebsformen vom 23. Oktober 2013 (Landwirtschaftliche Begriffsverordnung, LBV, SR 910.91)
- Verordnung über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft vom 7. Dezember 1998 (Strukturverbesserungsverordnung, SVV, SR 913.1)
- Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft vom 26. November 2003 (SBMV, SR 914.11)
- Verordnung über den Rebbau und die Einfuhr von Wein vom 14. November 2007 (Weinverordnung, SR 916.140)
- Verordnung über Informationssysteme im Bereich der Landwirtschaft vom 23. Oktober 2013 (ISLV, SR 919.117.71)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Landwirtschaft, die landwirtschaftliche Pacht und das bäuerliche Bodenrecht vom 29. Juni 2000 (EG Landwirtschaft, BGS 921.1)
- Reglement zum Ressourcenprojekt Ammoniak der Zentralschweizer Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug vom 5. Februar 2010 (BGS 922.31)
- Verwaltungsvereinbarung der Kantone Schwyz, Nidwalden und Zug über die Organisation und die Zusammenarbeit im Rahmen des Kontrolldienstes im Bereich des ökologischen Leistungsnachweises und der Label vom 3. Juli 2006 (BGS 924.21)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Direktzahlungen und Beiträge an landwirtschaftliche Produktion					
1	Direktzahlungen termingerecht abwickeln	Landwirtinnen und Landwirte	100 % Akontozahlungen bis 10. Juli; 100 % Hauptzahlungen bis 10. November; Schlusszahlung bis 20. Dezember	100 % Akontozahlungen bis 10. Juli; 100 % Hauptzahlungen bis 10. November; Schlusszahlung bis 20. Dezember	Gleich
2	Effiziente und koordinierte Grundkontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben in den landwirtschaftsrelevanten Bereichen nach Art. 1 VKKL	Landwirtschaftsbetriebe, Kontrollorgane, Kantons-tierarzt, Kantonschemiker	In der Regel 1 Grundkontrolle pro Landwirtschaftsbetrieb und Jahr, sofern keine Beanstandungen oder Verdachtsmomente	Auf 125 Landwirtschaftsbetrieben in der Regel 1 Grundkontrolle pro Betrieb und Jahr, sofern keine Beanstandungen oder Verdachtsmomente	Steigend
3	Zertifizierung ISO/IEC 17020	Landwirtschaftlicher Kontrolldienst SZ/NW/ZG	Reakkreditierung bestanden	«Fällt weg»	
A	Effiziente Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben; ausschliesslich elektronische Erfassung, Bearbeitung und Übermittlung von Kontrolleergebnissen	Landwirtschaftsbetriebe, KDSNZ		Kontrolleure des KDSNZ sind mit Tablets ausgerüstet; die standardisierten Kontrollpunkte sind implementiert	
B	Rationalisierung Administration von Flächen und Kulturen als Ausgangsdaten für die Beitragsberechnung	LwA		Das GIS-Tool Agrarportal als Erweiterung des Lawis funktioniert; der manuelle Datenabgleich zwischen der landw. Datenverwaltung und der Datenhaltung im GIS entfällt bzw. ist automatisiert	
C	Periodische Kontrolle von Flächen und Elementen der Biodiversitätsförderung	Landwirtinnen und Landwirte		Einhaltung der Bewirtschaftungsauflagen bei 50 % der ca. 9'000 angemeldeten Hecken kontrolliert	
Leistungsgruppe 2: landwirtschaftliche Strukturverbesserung					
4	Fristgerechter Jahresabschluss Investitionskredite (IK) und Betriebshilfe (BH)	Bundesamt für Landwirtschaft	Liegt bis 15. Januar vor	Abschluss liegt bis 15. Januar vor	Gleich
5	Stand Betriebskapital und zugesicherte aber noch nicht ausbezahlte (Investitionskredite, Betriebshilfe) fristgerecht melden	Bundesamt für Landwirtschaft	Meldung bis 15. Juli	Meldung bis 15. Juli	Gleich
6	Kreditrisiken tief halten	Kanton	100 % Rückzahlungsquote	100 % Rückzahlungsquote	Gleich
D	Publikation der Drainagepläne der Bodenverbesserungen Rotkreuzer-Foren, Tobelbach, Wuhrgraben, Auletenried auf ZugMap Aufarbeitung	Landwirtinnen und Landwirte, Baudirektion, Bodenverbesserungsgenossenschaften	Bereinigung Beitragsperimeter, Mitgliederverzeichnis, Register der öffentlich-rechtlichen Genossenschaften ausgeführt bis 30. November	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 3: Vollzug Landwirtschaftsgesetz, Boden- und Pachtrecht					
7	Gesuche zum BGGB speditiv und rechtsgleich behandeln	Gesuchstellende	Verfügung innert 20 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen; keine gutgeheissenen Beschwerden	Verfügung innert 20 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen; keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
E	Umsetzung der Agrarpolitik 2014-17: Vorbereitung Einführung Beiträge Qualitätsstufe 3 ab 2016 und Abstimmung mit Programmvereinbarung Natur & Landschaft zwischen ARP und BAFU	Landwirtschaftsamt, weitere Ämter	Bis Oktober ist die Abgeltungsrichtlinie Naturschutz in Zusammenarbeit mit der BD revidiert	Programmvereinbarung und Umsetzung Q3 sind rechtlich, finanziell und organisatorisch abgestimmt	
Leistungsgruppe 4: Förderung der Landwirtschaft					
8	Informationsfluss für allgemeine Neuerungen sicherstellen	Landwirtinnen und Landwirte	4 Informationsveranstaltungen im Frühjahr; mind. 1 aktuelle Informationsbroschüre	4 Informationsveranstaltungen im Frühjahr; mind. 1 aktuelle Informationsbroschüre und Internetauftritt aktualisiert	Gleich
9	Führen des Back-Office für die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz (LDK) und die Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz (Kolas) effizient und initiativ	LDK, Kolas	Versand der Unterlagen je 10 Tage vor den 6 Versammlungen; Arbeitsraum Back-Office ist immer aktuell	Versand der Unterlagen je 10 Tage vor den 6 Versammlungen; Arbeitsraum Back-Office ist immer aktuell	Gleich
F	Regionalentwicklungsprojekt «Zuger & Rigi Chriesi»: Die Steuerungsgruppe begleitet die Umsetzung und leitet die Schlussphase ein	Trägerverein, Kantone ZG/SZ/LU, Landwirtinnen und Landwirte, Dritte	Umsetzung resp. Weiterführung Teilprojekte 2, 3, 5, 8+9; Teilabrechnung einzelner Teilprojekte	Umsetzung/Beendigung Teilprojekte 1, 5, 6, 8, 9, 10; Schlussabrechnung oder Bewilligung des Bundes zur Projektverlängerung liegt vor	
Leistungsgruppe 5: interkantonale Vernetzung					
10	Aktive Vernetzung auf nationalen, regionalen und kantonalen Fachtagungen sowie auf kantonalen Generalversammlungen	Kolas, Kolas-Z, Sachbearbeiter Tagungen DZ & BGGB; Suissemelio, ZBV, Zuger Bäuerinnen, Zuger Tierzuchtverband	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	Gleich
11	Aktive Beteiligung an den Arbeitsgruppen des Bundes zu Vollzugsfragen der AP 2014-17	Bund, Dritte	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	Gleich
12	Mitwirkung bei Rechtssetzung, insbesondere bei Planungsverfahren, Mitberichten, Stellungnahmen	Kantonale und eidgenössische Behörden	100 % fristgereichte Eingaben an Direktion; 90 % fristgereichte Eingaben bei Fachstellenverfahren	«Fällt weg» Wegen Straffung Leistungsauftrag	

Kommentar Zielsetzungen

Das Ziel 3 «Zertifizierung ISO/IEC 17020» und das Projekt D «Publikation der Drainagepläne der Bodenverbesserungen Rotkreuzer-Foren, Tobelbach, Wuhrgaben, Auletenried auf ZugMap Aufarbeitung» fallen weg, weil umgesetzt.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Verfügungen Direktzahlungen	Anzahl	500	500	500	Gleich
Verfügungen Strukturverbesserung	Anzahl	23	20	20	Steigend
Verfügungen bäuerliches Bodenrecht	Anzahl	114	95	110	Gleich
Verfügungen landwirtschaftliches Pachtgesetz	Anzahl	36	50	50	Gleich
Verfügungen Landwirtschaftsgesetz	Anzahl	15	12	15	Gleich
Durchlaufende Bundesbeiträge	Mio. Franken		33,55	34	Steigend
Total 1'500 Betriebe davon mutiert	Anzahl			200	Gleich
Total 7'500 Bewirtschaftungseinheiten davon mutiert	Anzahl			1'500	Gleich
Total 17'000 Kulturen davon mutiert	Anzahl			2'500	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Der steigende Detaillierungsgrad des landwirtschaftlichen Beitragswesens erfordert einen hohen und wiederkehrenden Verwaltungsaufwand, dargestellt an den Grössen Bewirtschaftungseinheiten und Kulturen. Neben den Landwirtschaftsbetrieben ist das LwA verpflichtet, auch die übrigen Tierhaltungen zu führen. Dies als Grundlage für die Tierseuchenbekämpfung.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-33'546'023.19	-36'429'800	-36'888'700	-458'900	1.3	-37'045'500	-37'653'400	-37'757'700
Total Ertrag	30'878'545.10	33'693'000	34'143'500	450'500	1.3	34'138'000	34'638'000	34'638'000
Saldo	-2'667'478.09	-2'736'800	-2'745'200	-8'400	0.3	-2'907'500	-3'015'400	-3'119'700

Kommentar Budget

Die Beliebtheit des freiwilligen Programms zur Reduktion von Ammoniakverlusten aus der Landwirtschaft, der Ausbau der EDV-Fachanwendungen (als Ersatz für die vom Bund in Aussicht gestellten aber nicht erbrachten EDV-Lösungen) sowie zusätzliche Personalkosten führten zum Nettowachstum des Ausgabenüberschusses.

Kommentar Finanzplan

Das Ammoniakprogramm endet 2015. Ab 2016 wird ein 100 Prozent vom Bund finanzierter landwirtschaftlicher Beitrag hinzukommen. Dieser löst vom Kanton kofinanzierte Beiträge im Bereich Natur- und Landschaftsschutz (BD/ARP) ab.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT2050.0001 Agrarportal + Kontrolldaten						
Ausgaben			-80'000	-80'000	-30'000	
Einnahmen						
VD2050.0007 Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen						
Ausgaben	-1'109'617.00	-3'570'000	-1'095'300	-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000
Einnahmen	598'187.00	1'900'000	550'000	500'000	500'000	500'000

Institutionelle Gliederung
 Volkswirtschaftsdirektion
 2050-Landwirtschaftsamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
VD2050.0008 Investitionskredite LwG; Aus- und Rückzahlungen						
Ausgaben	-4'718'400.00	-2'000'000	-2'200'000	-2'400'000	-2'400'000	-2'400'000
Einnahmen	2'493'739.50	2'527'000	2'600'000	2'600'000	2'600'000	2'600'000
VD2050.0009 Betriebshilfedar- lehen LwG; Aus- und Rückzahlungen						
Ausgaben						
Einnahmen	72'850.00	73'000	18'000	18'000	18'000	18'000
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-5'828'017.00	-5'570'000	-3'375'300	-3'480'000	-3'430'000	-3'400'000
Einnahmen	3'164'776.50	4'500'000	3'168'000	3'118'000	3'118'000	3'118'000
Saldo	-2'663'240.50	-1'070'000	-207'300	-362'000	-312'000	-282'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

VD2050.0007: Anzahl und Grösse der Projekte bewegen sich wieder im üblichen Rahmen. Ein für 2014 vorgesehenes Grossprojekt kam wegen der Marktlage nicht zustande.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Wohnungswesen (AWW) fördert in Zusammenarbeit mit den Gemeinden den preisgünstigen Wohnraum und den Erwerb von Wohneigentum im Rahmen der kantonalen und bundesrechtlichen Wohnraumförderungsgesetzgebungen (WFG). Das AWW führt das juristische Sekretariat der Schlichtungsbehörde in Mietsachen und die Beratungsstelle für Mietfragen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Wohnraumförderung

- Beratung der Bauherrschaften und Gemeinden bei der Realisierung von Projekten
- Prüfung und Entscheid von Gesuche um WFG-Förderungsbeiträge; bautechnische Begutachtungen
- Regelmässige Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen für WFG-Förderungsbeiträge
- Förderung von alternativen Wohnformen im Alter
- Erhebung der Leerwohnungsbestände und der Baustatistik im Auftrag des Bundesamtes für Statistik

Leistungsgruppe 2: Wohneigentumsförderung

- Zinslastbeiträge bei Erwerb von Wohneigentum
- Bausparbeiträge

Leistungsgruppe 3: Mietschlichtungsbehörde

- Sekretariat Schlichtungsbehörde in Mietsachen
- Durchführung der Schlichtungsverfahren
- Koordination der Verfahren mit Parteien und Gerichten
- Formulargenehmigungen für Mietzinsänderungen und Kündigungen
- Führen der Beratungsstelle in Mietsachen
- Erhebung der Statistik über die Schlichtungsverfahren

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, OR, SR 220, Art. 253 ff.)
- Bundesgesetz vom 21. März 2003 über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG, SR 842)

- Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz vom 4. Oktober 1974 (WEG, SR 843)
- Verordnung vom 9. Mai 1990 über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG, SR 221.213.11)
- Verordnung vom 26. November 2003 über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsverordnung, WFV, SR 842.1)
- Verordnung des EVD vom 27. Januar 2004 über den Mindestumfang an Investitionen und anrechenbare Liegenschaftskosten (SR 842.11)
- Verordnung des BWO vom 27. Januar 2004 über die Kostenlimiten und Darlehensbeträge für Miet- und Eigentumsobjekte (SR 842.4)
- Verordnung vom 30. November 1987 zum Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (VWEG, SR 843.1)
- Gesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum vom 30. Januar 2003 (Wohnraumförderungsgesetz, WFG, BGS 851.211)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum vom 6. Mai 2010 (BGS 851.213)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Wohnbauförderung vom 26. März 1992 (BGS 851.211)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Wohneigentumsförderung vom 27. August 1992 (BGS 851.212)
- Verordnung über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum 25. März 2003 (Wohnraumförderungsverordnung, WFV, BGS 851.212)
- Verordnung über die Schlichtungsbehörden vom 18. Januar 2011 (BGS 161.4)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Wohnraumförderung					
1	Fristgerechtes Ausarbeiten von Finanzierungs- und Zinslastplänen	Vermietende	Innert 30 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	Innert 30 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
2	Vollständige technische Beurteilung der Gesuche	Vermietende, Architektinnen und Architekten	100 % Einhaltung der Vorgaben des WFG	100 % Einhaltung der Vorgaben des WFG	Gleich
3	Fristgerechtes Erarbeiten der Semesterzähllisten	Vermietende	Innert 30 Tagen nach Semesterende	Innert 30 Tagen nach Semesterende	Gleich
4	Fristgerechtes Abklären der Ansprüche auf Beiträge	Vermietende, Mietende	Innert 14 Tagen nach Vorliegen der Steuerveranlagung	Innert 14 Tagen nach Vorliegen der Steuerveranlagung	Gleich
5	Fristgerechtes Erarbeiten der Leistungsverfügungen für geförderte Wohnungen	Vermietende	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Gleich
L25	Schaffung altersgerechter Wohnungen bei der Förderung von preisgünstigen Wohnraumprojekten	Rentner/innen, Gemeinden, gemeinnützige Bauträger	Förderung von mind. 1 konkreten Projekt	Mindestanteil von 60 % altersgerechter Wohnungen bei der Hälfte der geförderten Projekten	Steigend

Leistungsgruppe 2: Wohneigentumsförderung

6	Fristgerechte Entscheide der Gesuche um Bausparbeiträge	Wohneigentümer/innen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Gleich
7	Zeitgerechte technische Begutachtung und Entscheid über Zinslastbeiträge	Vermietende, Architektinnen und Architekten	Innert 30 Tage nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen; 100 % Einhaltung der Vorgaben des WFG	Innert 30 Tage nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Gleich
8	Jährliche Kontrolle der Anspruchsberechtigungen auf Zinslastbeiträge	Wohneigentümer/innen	100 % Einhaltung der vorgegebenen Termine	100 % geprüft	Gleich

Leistungsgruppe 3: Mietschlichtungsbehörde

9	Fristgerechtes Planen/Durchführen der Verhandlungen	Schlichtungsbehörde	Innert 2 Monaten nach Verfahrensbeginn	Innert 2 Monaten nach Verfahrensbeginn	Gleich
10	Fristgerechte Ausarbeitung Schlichtungsentscheide	Schlichtungsbehörde, Parteien	Innert 2 Wochen seit der Verhandlung	Innert 2 Wochen seit der Verhandlung	Gleich
11	Sicherstellen inhaltlich korrekter Formulare für Kündigung und Mietzinsanpassung	Vermietende, Mietende	Genehmigung innert 2 Wochen	Genehmigung innert 2 Wochen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Zu Beratende in Mietfragen	Anzahl	430	400	400	Gleich
Wohnbauprojekte	Anzahl	11	7	9	Gleich
Mutationen Zusatzverbilligungen	Anzahl	170	180	200	Steigend
Anspruchsberechtigte auf Verbilligungsleistungen	Anzahl	692	660	700	Steigend
Schlichtungsverfahren	Anzahl	277	250	250	Gleich
Beitragsgeförderte Wohnungen	Anzahl			1'730	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Neu wird auch die Gesamtzahl der beitragsgeförderten Wohnungen als Plangrösse ausgewiesen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-2'744'795.30	-2'427'190	-2'916'000	-488'810	20.1	-3'143'735	-3'267'835	-3'394'835
Total Ertrag	1'500.00	13'500	13'500	0	0.0	13'500	13'500	13'500
Saldo	-2'743'295.30	-2'413'690	-2'902'500	-488'810	20.3	-3'130'235	-3'254'335	-3'381'335

Kommentar Budget

Die Aufwendungen für Mietzinsbeiträge werden aufgrund der Zunahme der geförderten Wohnungen (+ 150) um 500'000 Franken höher ausfallen.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
VD2065.0001 Darlehen für Wohnraumförderung WFG 03/10 (VD0002R)						
Ausgaben	-240'000.00	-100'000	-100'000	-100'000	-100'000	-100'000
Einnahmen						
VD2065.0002 Darlehen für Wohnraumförderung WFG 10 (VD0003R)						
Ausgaben		-1'400'000	-1'000'000	-1'400'000	-1'400'000	-1'400'000
Einnahmen						
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-240'000.00	-1'500'000	-1'100'000	-1'500'000	-1'500'000	-1'500'000
Einnahmen						
Saldo	-240'000.00	-1'500'000	-1'100'000	-1'500'000	-1'500'000	-1'500'000

Kommentar Budget

Gemäss Wohnraumförderungsgesetz (WFG) 851.211/851.213

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

Kommentar Rechnung

Das Amt ist derzeit inaktiv - in sogenannter ständiger Bereitschaft.

Kommentar Finanzplan

In den nächsten Jahren ist - vorbehältlich der Sicherheitslage - mit keinen Kosten zu rechnen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Handelsregisteramt prüft und erfasst einzutragende Tatsachen im Zusammenhang mit den im Geschäftsverkehr auftretenden Firmen, macht diese bekannt und erbringt damit verbundene Dienstleistungen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Registerführung

- Vornahme von Eintragungen nach Prüfung der erforderlichen Belege
- Aufforderungen bei fehlenden, falschen und mangelhaften Eintragungen (v. a. bei Organisationsmängeln und fehlender Adresse)
- Anträge an das Kantonsgericht bzw. Erlass von Verfügungen, sofern Mängel nicht behoben werden
- Rücksendung von Pendenzen nach Mahnung und unbeachtetem Fristablauf

Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen

- Erstellung und Versand von Auszügen, Bestätigungen und Belegkopien
- Auskunftserteilung
- Vorprüfungen von Registerbelegen und rechtliche Abklärungen
- Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen
- Mitwirkung bei Rechtssetzung: Mitberichte und Vernehmlassungen

- Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003 über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG, SR 221.301)
- Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG, SR 291)
- Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz, KAG, SR 951.31)
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB, SR 210)
- Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung (mit Anlage und Verzeichnissen, SR 0.172.030.4)
- Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007 (HRegV, SR 221.411)
- Verordnung vom 3. Dezember 1954 über die Gebühren für das Handelsregister (SR 221.411.1.)
- Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften (VegüV, SR 221.331)
- EG zum Schweizerischen Obligationenrecht vom 28. August 2009 (EG OR, BGS 216.1)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, OR, SR 220)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Leistungsgruppen wurden neu zusammengestellt.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Registerführung					
1	Erbringung von qualitativ hochstehenden Dienstleistungen	Private, Unternehmen, Amtsstellen, Gerichte	Max. 1 Gutheissung pro 5 Beschwerden; < 1 % Rückweisungen durch das Eidg. Amt für das Handelsregister	Max. 1 Gutheissung pro 5 Beschwerden; < 1 % Rückweisungen durch das Eidg. Amt für das Handelsregister; < 180 Berichtigungen	Gleich
2	Effiziente Erfassung der Daten und Prüfung der eingereichten Belege	Unternehmen, Anmeldende	80 % innert 5 Arbeitstagen	80 % innert 5 Arbeitstagen	Gleich
3	Zeitnahe Erstellung von Auszügen, Bestätigungen und Belegkopien		95 % innert 2 Arbeitstagen	«Fällt weg» Ziel wird in die Leistungsgruppe 2 versetzt	
4	Schnelle Erledigung von Vorprüfungen und rechtlichen Abklärungen	Anwältinnen und Anwälte, Treuhänder/innen, Unternehmen, Private	90 % Mitteilung des Ergebnisses innert 4 Arbeitstagen	«Fällt weg» Ziel wird in die Leistungsgruppe 2 versetzt	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
5	Effiziente Aufforderungen an mangelhafte oder fälschlicherweise nicht eingetragene Unternehmen	Unternehmen	80 % innert 5 Arbeitstagen seit Entdeckung des Mangels versandt	80 % innert 5 Arbeitstagen seit Entdeckung des Mangels versandt	Steigend
6	Fristgerechter Erlass von Amtsverfügungen/Anträgen an das Kantonsgericht betreffend Auflösung oder Eintragungspflicht von Unternehmen	Unternehmen, Kantonsgericht	60 % innert 1 Monat nach Fristablauf versandt	60 % innert 1 Monat nach Fristablauf versandt	Steigend
7	Fristgerechte Anmahnung pendenter und unvollständiger Anmeldungen und Zurücksendung bei ausbleibender Reaktion	Anmeldende Personen	80 % der Mahnungen nach 6 Monaten versandt; nach Ablauf der in der Mahnung gesetzten Frist erfolgt Rücksendung der Akten oder ein Aufforderungsverfahren	«Fällt weg» Wegen fehlender Auswertungsmöglichkeiten ist das Ziel nicht messbar	
8	Rasche Auskunftserteilung	Private, Amtsstellen, Gerichte	90 % innert 1 Arbeitstag	«Fällt weg» Ziel wird in die Leistungsgruppe 2 versetzt	
Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen					
9	Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen	Arbeitsgruppen, Veranstalter	90 % Sitzungs-Teilnahmequote	«Fällt weg» Wegen Straffung des Leistungsauftrags	
10	Mitwirkung bei Rechtssetzung: Mitberichte und Vernehmlassungen	Bund, Kanton	100 % fristgerechte Eingaben	«Fällt weg» Wegen Straffung des Leistungsauftrags	
11	Rasche Erstellung und Versand von Auszügen, Bestätigungen und Belegkopien	Private Kundinnen und Kunden, Ämter, Gerichte		95 % innert 2 Arbeitstagen	Gleich
12	Rasche Auskunftserteilung	Private, Amtsstellen, Gerichte		95 % innert 1 Arbeitstag	Gleich
13	Schnelle Erledigung von Vorprüfungen und rechtlichen Abklärungen	Anwältinnen und Anwälte, Treuhänder/innen, Unternehmen, Private		90 % Mitteilung des Ergebnisses innert 4 Arbeitstagen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Neu wurden die allgemeinen Dienstleistungen aus der Leistungsgruppe 1 in die Leistungsgruppe 2 verschoben. Die bisherigen verwaltungsinternen Tätigkeiten wurden gestrichen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Eintragungen im Handelsregister Zug	Anzahl	17'082	18'500	17'200	Gleich
Eingetragene Firmen	Anzahl	30'397	31'000	30'500	Gleich
Ausgestellte Registerauszüge, Bestätigungen und Belegkopien	Anzahl	15'700	16'000	16'000	Gleich
Juristische Vorprüfungen	Anzahl	800	650	800	Gleich
Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften und Belegen	Anzahl	950	950	950	Gleich
Aufforderungen zur Herstellung des gesetzmässigen Zustands	Anzahl	1'270	1'100	1'300	Steigend

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Anträge an das Kantonsgericht	Anzahl	330	300	330	Steigend
Auflösungsverfügungen wegen fehlendem Domizil	Anzahl	165	110	160	Gleich
Telefonische Auskünfte	Anzahl	22'000	21'500	21'000	Sinkend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Sofern keine einschneidenden konjunkturelle Ereignisse eintreten, wird sich der Umfang der Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändern.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-2'483'272.71	-2'519'400	-2'566'500	-47'100	1.9	-2'631'100	-2'703'300	-2'780'700
Total Ertrag	4'865'841.80	5'061'100	5'118'100	57'000	1.1	5'171'100	5'229'100	5'290'100
Saldo	2'382'569.09	2'541'700	2'551'600	9'900	0.4	2'540'000	2'525'800	2'509'400

Kommentar Budget

Unter Beachtung des Bruttoverbuchungsprinzips werden die Rechnungen der Staatskanzlei für Beglaubigungen und Apostillen erstmals im Konto 3130.10 als Aufwand budgetiert. Bisher wurden diese dem Konto 4210.10 - Gebühren belastet. Die durch den Schuldner bezahlten Betreuungskosten wurden bisher dem Konto 3130.18 als Aufwandminderung gutgeschrieben. Neu wird dies auf dem Konto 4260.10 ausgewiesen.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT2070.0099 Ablösung HR-Net						
Ausgaben			-300'000	-280'000		
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben			-300'000	-280'000		
Einnahmen						
Saldo			-300'000	-280'000		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Konkursamt führt Konkursverfahren über juristische und natürliche Personen und Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften durch. Es leistet Rechtshilfe in interkantonalen und internationalen Konkursverfahren.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Abwicklung Konkursverfahren

- Durchführung von Konkursverfahren gemäss SchKG (ordentlich, summarisch, eingestellt)
- Durchführung von Konkursverfahren aufgrund von Organisationsmängeln (Art. 731b OR)
- Liquidationen von ausgeschlagenen und überschuldeten Erbschaften (Art. 566 ZGB und Art. 597 ZGB)
- Durchführung von Konkursverfahren von im Ausland eröffneten Konkursen (Art. 166 ff. IPRG)
- Spezialliquidationen bei eingestellten Verfahren gemäss Art. 230a SchKG

Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen

- Rechtshilfe zu Gunsten anderer Konkursämter
- Amtliche (Negativ-)Bestätigungen
- Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht
- Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen
- Mitwirkung bei Rechtssetzung: Mitberichte und Vernehmlassungen
- Entgegennahme, Verarbeitung und Versand von digital signierten Dokumenten

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, OR, SR 220)
- Bundesgesetz vom 2. April 1908 über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz, VVG, SR 221.229.1)
- Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, SR 281.1)
- Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG, SR 291)

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB, SR 210)
- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB, SR 311.0)
- Verordnung vom 5. Juni 1996 über die im Betreibungs- und Konkursverfahren zu verwendenden Formulare und Register sowie die Rechnungsführung (VFRR, SR 281.31)
- Verordnung des Bundesgerichts 13. Juli 1911 über die Geschäftsführung der Konkursämter vom (KOV, SR 281.32)
- Verordnung vom 5. Juni 1996 über die Aufbewahrung der Betreibungs- und Konkursakten (VABK, SR 281.33)
- Gebührenverordnung vom 23. September 1996 zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (GebV SchKG, SR 281.35)
- Verordnung des Bundesgerichts vom 17. Januar 1923 über die Pfändung und Verwertung von Anteilen an Gemeinschaftsvermögen (VVAG, SR 281.41)
- Verordnung des Bundesgerichts vom 23. April 1920 über die Zwangsverwertung von Grundstücken vom (VZG, SR 281.42)
- Verordnung vom 10. Mai 1910 betreffend die Pfändung, Arrestierung und Verwertung von Versicherungsansprüchen nach dem Bundesgesetz vom 2. April 1908 über den Versicherungsvertrag (VPAV, SR 281.51)
- Verordnung des Bundesgerichts vom 20. Dezember 1937 über den Genossenschaftskonkurs (VGeK, SR 281.52)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 30. Januar 1997 (EG SchKG, BGS 231.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Zuständigkeit für Schuldbetreibungen gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts wurde vom Konkursamt auf das Betreibungsamt Zug übertragen.
Neue Bezeichnung der Leistungsgruppe 2.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Abwicklung Konkursverfahren					
1	Beförderliche Erledigung der Konkursverfahren und Spezialliquidationen	Gläubiger/innen, Schuldner/innen, Dritte, Ämter, Gerichte	Mind. 80 % der Verfahren sind innert < 12 Monaten erledigt; höchstens 20 % der Verfahren dauern länger als 1 Jahr; davon sind 90 % der über-jährigen Verfahren innert 3 Jahren erledigt; Fristerstreckungsgesuche an Aufsichtsbehörde bei 100 % der Verfahren > 12 Monate	Mind. 80 % der Verfahren sind innert < 12 Monaten erledigt; von den verbleibenden 20 % der Verfahren sind 90 % innert 3 Jahren erledigt	Gleich
2	Erfolgreiche Erledigung der Klage- und Beschwerdeverfahren	Gläubiger/innen, Schuldner/innen	Max. 1 Gutheissung pro 5 Verfahren	Max. 1 Gutheissung pro 5 Verfahren	Gleich
Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen					
3	Zeitgerechte Abwicklung der Rechtshilfeverfahren	Andere Konkursämter	99 % innert eines Jahres	100 % innert eines Jahres	Gleich
4	Zeitgerechte Erteilung von Bestätigungen und Auskünften	Gläubiger/innen, Dritte	99 % innert gesetzlicher bzw. vereinbarter Frist	100 % innert vereinbarter Frist	Gleich
5	Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen	Arbeitsgruppen, Veranstalter	90 % Sitzungsteilnahmequote	«Fällt weg» Aufgrund Straffung Leistungsauftrag	
6	Mitwirkung bei Rechtssetzung, Mitberichten und Vernehmlassungen	Bund, Kanton, VD	100 % fristgerechte Eingaben	«Fällt weg» Wegen Straffung Leistungsauftrag	
7	Entgegennahme, Verarbeitung und Versand von digital signierten Dokumenten	Gläubiger/innen, Dritte	100 % fristgerechte Reaktion	«Fällt weg» Da keine elektronischen Dokumente eingehen	

Kommentar Zielsetzungen

In der Leistungsgruppe 2 werden nur noch gegenüber Dritten erbrachte relevante Dienstleistungen aufgeführt.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Konkurse nach Art. 159 ff/177 ff/190 ff SchKG	Anzahl	223	230	225	Gleich
Konkurse nach Art. 731b/941 OR (Organisationsmangel)	Anzahl	223	220	225	Gleich
Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften nach Art. 566 ZGB	Anzahl	33	30	30	Gleich
Konkurse nach Art. 166 ff IPRG (im Ausland eröffnete Konkurse)	Anzahl	0	2	2	Gleich

Institutionelle Gliederung
 Volkswirtschaftsdirektion
 2071-Konkursamt

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Rechtshilfe an andere Konkursämter nach Art. 4 SchKG	Anzahl	9	5	7	Gleich
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Private (NAP) für Einbürgerungen usw.	Anzahl	550	420	550	Gleich
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Firmen (JUP) für Submissionen usw.	Anzahl	80	50	60	Gleich
Telefonische Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht nach Art. 8a SchKG	Anzahl	14'000	15'500	14'000	Sinkend
Spezialliquidationen	Anzahl	1	3	3	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Aufgrund der konjunkturellen Lage sind keine wesentlichen Veränderungen zu erwarten.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-1'951'451.96	-2'047'700	-2'212'200	-164'500	8.0	-2'272'500	-2'334'000	-2'399'000
Total Ertrag	1'079'206.78	1'152'000	1'301'000	149'000	12.9	1'351'000	1'401'000	1'451'000
Saldo	-872'245.18	-895'700	-911'200	-15'500	1.7	-921'500	-933'000	-948'000

Kommentar Budget

Unter Beachtung des Bruttoverbuchungsprinzips werden Mieten von Aussenlagern für Aktenaufbewahrung im Konto 3160.30 und die Verrechnung der Aktenaufbewahrungskosten im Konto 4210.10 budgetiert. Dies wurde bisher in einem Kontokorrent geführt und am Jahresende als Gebühren verbucht. Neu ist auch das Konto 4290.10. Hier werden nachträglich bezahlte Debitorenverluste und nicht zustellbare Treffnisse erfasst.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

■

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
3000	Direktionssekretariat	-2'400'381.86	-2'348'050	-2'440'600	-92'550	3.9	-2'465'650	-2'536'600	-2'610'000
3020	Tiefbauamt	-3'072'608.49	-4'348'300	-17'587'500	-13'239'200	304.5	-17'730'250	-17'979'850	-18'247'750
3023	Strassenunterhalt	-13'060'925.71	-13'840'100		13'840'100	-100.0			
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	0.00	0	0	0		0	0	0
3050	Amt für Umweltschutz	-3'892'775.89	-3'934'200	-3'907'500	26'700	-0.7	-4'064'200	-4'775'000	-4'285'700
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	0.00	0	0	0		0	0	0
3060	Hochbauamt	-24'736'479.38	-28'824'624	-27'503'836	1'320'788	-4.6	-29'884'900	-30'628'500	-31'391'900
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	0.00	0	0	0		0	0	0
3080	Amt für Raumplanung	-4'953'832.71	-5'814'700	-5'616'600	198'100	-3.4	-5'673'100	-5'895'000	-6'121'500
30	Baudirektion	-52'117'004.04	-59'109'974	-57'056'036	2'053'938	-3.5	-59'818'100	-61'814'950	-62'656'850

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
3000	Direktionssekretariat	-1'854'667.90	-1'400'000	-1'100'000	300'000	-21.4	-1'450'000	-1'450'000	-1'450'000
3020	Tiefbauamt	-16'487'330.10	-12'670'000	-12'152'665	517'335	-4.1	-47'932'000	-38'920'000	-43'235'000
3023	Strassenunterhalt		-400'000		400'000	-100.0			
3031	Kantonsstrassen	-30'478'003.14	-29'104'000	-17'360'000	11'744'000	-40.4	-52'648'000	-50'801'000	-52'850'000
3032	Nationalstrassen	-925.44	0		0				
3050	Amt für Umweltschutz	-1'175'521.35	1'250'000	-450'000	-1'700'000	-136.0	-300'000	-200'000	-50'000
3060	Hochbauamt	-11'801'298.23	-22'667'000	-37'695'000	-15'028'000	66.3	-74'250'000	-81'275'000	-104'500'000
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	-3'374.31		-600'000	-600'000				
3080	Amt für Raumplanung	-22'919.85	-528'000	-593'200	-65'200	12.3	-392'200	-25'200	-25'200
30	Baudirektion	-61'824'040.32	-65'519'000	-69'950'865	-4'431'865	6.8	-176'972'200	-172'671'200	-202'110'200

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Die Kostenstellen 3031 «Kantonsstrassen» sowie 3032 «Nationalstrassen» werden neu in die Kostenstelle 3020 «Tiefbauamt» integriert. Die bereits gestarteten Projekte werden allerdings noch bis auf weiteres in den ursprünglichen Kostenstellen geführt. Die geplante Struktur-anpassung führt zu einer erheblichen administrativen Vereinfachung und ermöglicht es künftig, ohne Konsolidierung die effektiven Kosten direkt pro Investition/Projekt auswerten zu können.

Bei der Investitionsrechnung schlagen diverse Grossprojekte zu Buch. Im Hochbau erfolgen insbesondere Investitionen für die Ausführung des Neubaus des Amtes für Verbraucherschutz, die Bauausführung samt Landerwerb der Kantonsschule Menzingen, die Planung des Projekts Fokus, die Provisorien bei der Kantonsschule Zug sowie die baulichen Massnahmen bei der landwirtschaftlichen Liegenschaft Chamau. Beim Tiefbauamt gibt es erste Investitionen in den Stadttunnel samt ZentrumPlus, sofern dieses Projekt den Zuspruch des Kantonsrats sowie des Souveräns erhält. Im Jahr 2015 werden nach der Annahme des Objektkredits Stadttunnel samt ZentrumPlus erste Entschädigungen für den Land- und Rechtserwerb fällig. Weitere Investitionen fallen bei der Tangente Zug/Baar sowie bei der Sanierung von Kunstbauten an.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat der Baudirektion (BDS) ist die Stabsstelle des Baudirektors und unterstützt ihn in administrativer und fachlicher Hinsicht. Das BDS besorgt amtsübergreifende Aufgaben der Baudirektion und erbringt für die Ämter der Baudirektion juristische und administrative Dienste. Zudem sorgt es für die externe Kommunikation, tätigt den Land- und Rechtserwerb für den Kanton und berät die Einwohnergemeinden und andere öffentlich-rechtliche Organisationen im Planungs- und Baurecht, im Umweltrecht und im Energierecht.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Kantonsratsgeschäfte

- Vorbereitung von Kantonsratsvorlagen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen vorbereiten
- Administrative und fachliche Begleitung von Kantonsratskommissionen

Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst und Regierungsgeschäfte

- Vorbereitung von Regierungsgeschäften
- Behandlung von Verwaltungsbeschwerden und anderen Eingaben in Rechtsmittelverfahren
- Vorbereitung neuer Erlasse oder Änderungen zu geltenden Erlassen
- Rechtsberatung der Ämter und der Einwohnergemeinden
- Beratung von öffentlichen Auftraggebern in Submissionsfragen
- Verfassen von Mitberichten, Stellungnahmen und Vernehmlassungen

Leistungsgruppe 3: Energiefachstelle

- Grundlagen für die kantonale Energiepolitik erarbeiten
- Umsetzung von energiepolitischen Massnahmen
- Koordination energierechtlicher Aufgaben mit Behörden
- Austausch und Zusammenarbeit mit Meinungsträgerinnen und Meinungsträgern
- Sicherstellung der Energieberatung durch Dritte

Leistungsgruppe 4: Allgemeine Stabsaufgaben

- Landerwerb und Immobiliengeschäfte
- Öffentlichkeitsarbeit für die Baudirektion und den Baudirektor

- Führung Empfang im Verwaltungszentrum 1
- Geschäftsführung der Parkleitsystem Zug AG

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Raumplanung vom 22. Juni 1979 (RPG; SR 700)
- Energiegesetz vom 26. Juni 1998 (EnG; SR 730.0)
- Einführungsgesetz zum Umweltschutzgesetz vom 29. Januar 1998 (EG USG; SR 811.1)
- Energieverordnung vom 7. Dezember 1998 (EnV; SR 730.01)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1, § 46)
- Planungs- und Baugesetz vom 26. November 1998 (PBG; BGS 721.11)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG; BGS 731.1)
- Energiegesetz vom 1. Juli 2004 (BGS 740.1)
- Submissionsgesetz vom 2. Juni 2005 (SubG; BGS 721.51)
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 (IVöB; BGS 721.52)
- Submissionsverordnung vom 20. September 2005 (SubV; BGS 721.53)
- Verordnung über die Ämterzuteilung vom 9. Dezember 1998 (BGS 153.2)
- Verordnung zum Energiegesetz vom 12. Juli 2005 (BGS 740.11)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Gesamtzielsetzung					
A	Effiziente Arbeitserledigung bei Stellvertretungen	Bevölkerung, Direktionssekretariat, Ämter		Führungs- und Organisationssystem zur Erfassung und Verwaltung der Arbeitsprozesse ist eingeführt	Alle wesentlichen Prozesse erfasst

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Kantonsratsgeschäfte					
1	Zeitgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Regierungsrat, Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
B	Teilrevision Gewässergesetz abschliessen	Regierungsrat, Kantonsrat	Allfällige Referendumsabstimmung erfolgreich bestanden und Gesetz in Kraft getreten	«Fällt weg» Revision bis zur Klärung des Bundesrechts sistiert	
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst und Regierungsgeschäfte					
2	Hohe Qualität der Anträge der BD an den RR	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
3	Zeitgerechte Beantwortung von Mitberichten und Stellungnahmen	Regierungsrat, Direktionen, Behörden, Direktorenkonferenz usw.	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
4	Verwaltungsbeschwerdeentscheide zeitgerecht fällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Verwaltungsgericht, Bundesgericht	100 % innert Frist	Bei 100 % der Beschwerden sind die Entscheide innert 3 Monaten seit Abschluss des Schriftenwechsels gefällt	Gleich
C	Neues Gesetz betreffend Nutzung des Untergrundes	Regierungsrat, Kantonsrat	Der Kantonsrat hat mind. in 1. Lesung darüber beraten	Allfällige Referendumsabstimmung erfolgreich bestanden und Gesetz in Kraft getreten	
D	Teilrevision Planungs- und Baugesetz	Regierungsrat, Kantonsrat, Öffentlichkeit		1. Entwurf liegt vor; Vernehmlassung durchgeführt	In Kraft treten
Leistungsgruppe 3: Energiefachstelle					
5	Öffentlichkeit kennt und nutzt aktiv die vom Kanton finanzierte Energieberatung	Bevölkerung	Mind. 50 Beratungen	Mind. 70 Beratungen	Gleich
6	Öffentlichkeit für die energiepolitischen Ziele sensibilisieren	Bevölkerung	1 Sensibilisierungsmassnahme realisiert	1 Sensibilisierungsmassnahme realisiert	Gleich
7	Verstärkte Zusammenarbeit Wirtschaft/Verwaltung in Energiefragen	Behörden, Wirtschaft	Mind. 2 Veranstaltungen zur Koordination der Energiepolitik	Mind. 2 Veranstaltungen zur Koordination der Energiepolitik	Gleich
E	Kantonale Energiepolitik ist transparent und wird periodisch überprüft	Behörden, Bevölkerung	Grundlagen für die Erneuerung des Energieleitbilds sind erarbeitet	Neues Energieleitbild liegt vor	
Leistungsgruppe 4: Allgemeine Stabsaufgaben					
8	Konsensorientierte, erfolgreiche Landerwerbsverhandlungen	Direktionen, dinglich Berechtigte in Einzelfällen	Max. 1 vollzogene Enteignung pro Jahr	Max. 1 vollzogene Enteignung pro Jahr	Gleich
9	Aktive und transparente Kommunikation – Gute Wahrnehmung der Baudirektion und ihrer Arbeit	Medien, Öffentlichkeit	80 Medienmitteilungen, 12 Medienkonferenzen	70 Medienmitteilungen, 10 Medienkonferenzen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Ziel 7 ersetzt das ehemalige Legislaturziel L30 der Periode 2010–2014. Die Zielsetzung wird als Daueraufgabe weitergeführt.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
RR-Anträge Baudirektion	Anzahl	155	180	155	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	16	16	16	Gleich
Von der BD begleitete Sitzungen von Kantonsratskommissionen	Anzahl	18	15	15	Gleich
Publikationen für den Kanton Zug auf der Submissionsplattform simap.ch	Anzahl	107	70	100	Gleich
Beitragsgesuche für kantonale Energiefördermittel	Anzahl	103	150	100	Gleich
Beschwerdeeingänge	Anzahl	34	50	50	Gleich
Mitberichte, Stellungnahmen insbesondere an andere Direktionen	Anzahl			130	Gleich
Öffentliche Informationsveranstaltungen der Baudirektion	Anzahl			10	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Zur Vereinheitlichung der Einfluss-/Plangrössen bei den Direktionssekretariaten wurden einige Formulierungen angeglichen. Einzelne Budgetwerte sind an die Erfahrungswerte von 2013 angepasst worden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-2'505'063.36	-2'358'050	-2'465'600	-107'550	4.6	-2'490'650	-2'561'600	-2'635'000
Total Ertrag	104'681.50	10'000	25'000	15'000	150.0	25'000	25'000	25'000
Saldo	-2'400'381.86	-2'348'050	-2'440'600	-92'550	3.9	-2'465'650	-2'536'600	-2'610'000

Kommentar Budget

Die Abweichung beim Globalbudget ergibt sich aus den ordentlichen Lohnanpassungen und höheren Pensionskassenbeiträgen.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
BD3000.0005 Durchlauf. Beiträge Bund Teilzweckb. CO ₂ -Abgabe						
Ausgaben	-2'184'535.00	-1'300'000	-1'300'000	-1'300'000	-1'300'000	-1'300'000
Einnahmen	2'184'535.00	1'300'000	1'300'000	1'300'000	1'300'000	1'300'000
BD3000.0006 Investitionsbeiträge gemäss § 5 Energiegesetz						
Ausgaben		-50'000	-100'000	-100'000	-100'000	-100'000
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-2'184'535.00	-1'350'000	-1'400'000	-1'400'000	-1'400'000	-1'400'000
Einnahmen	2'184'535.00	1'300'000	1'300'000	1'300'000	1'300'000	1'300'000
Saldo	0.00	-50'000	-100'000	-100'000	-100'000	-100'000

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3000-Direktionssekretariat

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
BD3000.0001 Förderung Massnahmen für geringeren Energiebedarf						
Ausgaben	9'241.35					
Einnahmen						
BD3000.0003 Anschlussprogramm Energiebeiträge						
Ausgaben	-2'247'909.25	-1'500'000	-1'150'000	-1'500'000	-1'500'000	-1'500'000
Einnahmen	384'000.00	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-2'238'667.90	-1'500'000	-1'150'000	-1'500'000	-1'500'000	-1'500'000
Einnahmen	384'000.00	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000
Saldo	-1'854'667.90	-1'350'000	-1'000'000	-1'350'000	-1'350'000	-1'350'000

Kommentar Budget

BD3000.0006: zusätzliche Investitionsbeiträge zur besseren Erreichung der Ziele der Energiepolitik.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Tiefbauamt ist verantwortlich für die Planung, den Bau sowie den Unterhalt des Kantonsstrassennetzes. Dazu gehören auch die Planung und der Bau von kantonalen Radwegen.

Das Tiefbauamt ist ausserdem verantwortlich für wasserbauliche Massnahmen und hat die generelle Aufsicht über die öffentlichen sowie privaten Fliessgewässer, sofern diese ausserhalb der Bauzonen liegen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Planung und Bau von kantonalen Tiefbauten

- Strassen, Radwege und Anlagen für den öffentlichen Verkehr
- Wasserbauten und Schilfschutzanlagen

Leistungsgruppe 2: Unterhalt von kantonalen Tiefbauten

- Betrieblicher Unterhalt von Strassen und Anlagen für den öffentlichen Verkehr
- Baulicher Unterhalt von Strassen und Anlagen für den öffentlichen Verkehr
- Betrieblicher und baulicher Unterhalt von Wasserbauten und Schilfschutzanlagen

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen

- Bewilligungen und Konzessionen
- Dienstleistungen für Dritte

- Elektrizitätsgesetz vom 24. Juni 1902 (EleG; SR 734.0)
- Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung vom 18. Mai 2005 (ChemRRV; SR 814.81)
- Signalisationsverordnung vom 5. September 1979 (SSV)
- Gesetz über Strassen und Wege vom 30. Mai 1996 (GSW; BGS 751.14)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG; BGS 731.1)
- Gesetzliche Submissionsvorgaben (BGS 721.5)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1, § 46)
- Verordnung zum Gesetz über Strassen und Wege vom 18. Februar 1997 (V GSW; BGS 751.141)
- Verordnung zum Gesetz über die Gewässer vom 17. April 2000 (V GewG; BGS 731.11)
- Delegationsverordnung vom 23. November 1999 (BGS 153.3, § 7)
- Verfügung über die Delegation von Zuständigkeiten der Baudirektion in diversen Bereichen vom 12. Mai 2003 (BGS 153.741, Ziff. 4)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG; SR 741.01)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz) vom 24. Januar 1991 (GSchG; SR 814.20)
- Bundesgesetz über den Wasserbau vom 21. Juni 1991 (SR 721.100)

1.4 Kommentar Grundlagen

Zusammenlegung der Leistungsaufträge und Globalbudgets der Abteilungen 3020 Tiefbau und 3023 Strassenunterhalt neu in 3020 Tiefbauamt gemäss RRB vom 18. Februar 2014.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Fortlaufende Umsetzung des Strassenbauprogramms 2004–2014	Bevölkerung	Abschluss	«Fällt weg»	
2	Umsetzung Strassenbauprogramm 2014–2022	Bevölkerung	Realisierungsgrad der Projekte 20 %	Realisierungsgrad der Projekte 20 %	Steigend
3	Betriebssicheres Strassen-netz sicherstellen	Bevölkerung	Anzahl berechnete Werkhaf-tungsklagen infolge mangelnder Betriebssicherheit max. 3	Anzahl berechnete Werkhaf-tungsklagen infolge mangelnder Betriebssicherheit max. 3	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
4	Werterhaltung des Strassen-netzes sicherstellen	Bevölkerung	Mittelwert des Strassen-zustandes gemäss VSS-Norm 640 925b Index I1 max. 2,2	Mittelwert des Strassen-zustandes gemäss VSS-Norm 640 925b Index I1 max. 2,2	Gleich
Leistungsgruppe 1: Planung und Bau von kantonalen Tiefbauten					
5	Kredit- und Termineinhaltung bei Ausführungsprojekten	Bevölkerung	Keine Beanstandungen	Keine Beanstandungen	Gleich
6	Schilfbestand erhalten oder optimieren	Bevölkerung	Realisierung neue Zäunung bei Schloss Buonas; Überwachung	Realisierung neue Zäunung bei Schloss Buonas; Überwachung	
A	Ausbau Grindel-Bibersee	Bevölkerung	Realisierung abschliessen	Realisierung abschliessen	Projekt-abschluss
B	KS P, Sihlbrugg-Neuheim, 1. Etappe	Bevölkerung	Detailprojekt	Realisierung	Realisierung
C	Radweg Alpenblick-Koller-mühle, Cham/Zug	Bevölkerung	Baubeginn	Realisierung	Projekt-abschluss
D	KS 25, Artherstrasse, Casino-Fridbach, elektronische Busspur	Bevölkerung Öffentlicher Verkehr	Realisierung	Realisierung abschliessen	
E	KS H, Kreisel Knonauer-/In-dustriestrasse, Steinhausen	Bevölkerung	Realisierung	Projektabschluss	
F	KS N, Lättich-Baarburgrank, Baar	Bevölkerung	Projektierung	Projektierung	Öffentliche Auflage
G	KS L, Ausbau Ägeristrasse inkl. Kreisel Talacher und Knoten Moosrank	Bevölkerung	Projektierung (Studie)	Projektierung	Realisierung
H	Busunterführung Sumpf, Steinhausen	Öffentlicher Verkehr	Bauende	Projektabschluss	
I	KS F, A, Steinhauser-/Hinter-bergstrasse, Cham/Steinhausen	Verkehrsteilnehmende, öffentlicher Verkehr	Bauende	Projektabschluss	
J	KS 381, Lorzentobelbrücke bis Schmittli, Baar/Menzingen-Ausbau Ägeristrasse	Bevölkerung	Ausbau Ägeristrasse mit Radstreifen, Lorzentobelbrücke-Schmittli: Baubewilligungsverfahren, Detailprojekt	Baubewilligungsverfahren, Detailprojekt	Realisierung
K	KS 381, Chiematt bis Teufi, Oberägeri-Ausbau KS mit Rad-/Fussweg	Verkehrsteilnehmende, Öffentlichkeit	Ausbau Kantonsstrasse mit Rad-/Fussweg, Chiematt-Teufi, Oberägeri: Öffentliche Auflage	Öffentliche Auflage	Baubewilligungsverfahren, Detailprojekt
L	Umfahrung Unterägeri	Verkehrsteilnehmende, Öffentlichkeit	Weiterbearbeitung gemäss Richtplanauftrag	Planung starten	Projektierung
M	Reussdammsanierung, Sinslerbrücke-Reussshalde, Hünenberg	Bevölkerung	Projektierung	Projektierung	Realisierung
N	Renaturierung Tobelbach, Cham	Bevölkerung	Baubeginn 1. Etappe	Realisierung	
O	Hochwasserschutz Renaturierung Littibach	Bevölkerung	Baubeginn	Realisierung	
P	Hochwasserschutz Höllbach, Neuheim	Bevölkerung	Baubeginn	Projektabschluss	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
L5	Tangente Zug/Baar	Bevölkerung	Vergabe der neuen Ingenieurleistungen (Generalplanermandat)	Baubeginn	Realisierung
L5	Umfahrung Cham-Hünenberg	Bevölkerung	Öffentliche Auflage	Baubewilligungsverfahren	Realisierung
L5	Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus	Verkehrsteilnehmende, Öffentlichkeit	Vorarbeiten (Ingenieursubmission) für die nächste Projektphase (bei positiver Volksabstimmung)	Vorarbeiten (Ingenieursubmission) für die nächste Projektphase (bei positiver Volksabstimmung)	Bauprojekt
Leistungsgruppe 2: Unterhalt von kantonalen Tiefbauten					
7	Kredit- und Termineinhaltung bei Ausführungsprojekten	Bevölkerung	Keine Beanstandung	80 % der Projekte ohne Beanstandung	Gleich
8	Fach- und termingerechten Winterdienst sicherstellen	Bevölkerung	Max. 2 berechnete Werkhaftungsklagen	Max. 2 berechnete Werkhaftungsklagen	Gleich
9	Ständige Einsatzbereitschaft im Winter-Pikettendienst	Bevölkerung	Innerhalb von 30 Min. in mind. 95 % der Fälle nach Aufgebot durch Pikettchef	Innerhalb von 30 Min. in mind. 95 % der Fälle nach Aufgebot durch Pikettchef	Gleich
10	Fachgerechte Reinigung sicherstellen	Bevölkerung	Max. 10 berechnete Reklamationen über mangelhafte Reinigung; Abweichung Reinigungskosten vom 5-Jahresmittel max. ± 20	Max. 15 berechnete Reklamationen über mangelhafte Reinigung; Abweichung Reinigungskosten vom 5-Jahresmittel max. ± 25 %	Gleich
11	Fach- und termingerechte Grünpflege sicherstellen	Bevölkerung	Sicherheitsgrünschnitt bis Ende Juli ausgeführt; Abweichung Grünpflegelkosten vom 5-Jahresmittel max. ± 20 %	Sicherheitsgrünschnitt bis Ende Juli ausgeführt; Abweichung Grünpflegelkosten vom 5-Jahresmittel max. ± 25 %	Gleich
12	Fachgerechten Unfalldienst sicherstellen	Schadenverursachende	Reparaturkosten der Drittschäden zu mind. 80 % gedeckt	Reparaturkosten der Drittschäden zu mind. 80 % gedeckt	Gleich
13	Fachgerechte bauliche Reparaturen sicherstellen	Bevölkerung	Max. 10 berechnete Reklamationen über mangelhafte Reparaturen; Abweichung Reparaturkosten vom 5-Jahresmittel max. ± 20 %	Max. 15 berechnete Reklamationen über mangelhafte Reparaturen; Abweichung Reparaturkosten vom 5-Jahresmittel max. ± 25 %	Gleich
14	Einhalten der Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS)	Mitarbeitende	Max. 20 Ausfalltage wegen Betriebsunfällen	Max. 20 Ausfalltage wegen Betriebsunfällen	Gleich
15	Genauigkeit bei Kostenschätzungen oder -voranschlägen bei Erhaltungsprojekten	Bevölkerung	Abweichung max. ± 20 %	Abweichung max. ± 20 %	Gleich
16	Fristgerechte Reparatur Winterschäden	Bevölkerung	Schäden bis Ende Oktober behoben	Schäden bis Ende Oktober behoben	Gleich
17	Normgerechte Beleuchtung der Kantonsstrassen sicherstellen	Bevölkerung	Anzahl berechnete Reklamationen über mangelhafte Beleuchtung max. 5	Anzahl berechnete Reklamationen über mangelhafte Beleuchtung max. 10	Gleich
18	Fachgerechten Betrieb der Lichtsignalanlagen sicherstellen	Bevölkerung	Störungsbehebungszeit gemäss Wartungsverträgen bei Totalausfall bei mind. 90 % der Fälle eingehalten	Störungsbehebungszeit gemäss Wartungsverträgen bei Totalausfall bei mind. 90 % der Fälle eingehalten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Q	KS 25, Sanierung Sinsers- strasse, Lindenstrasse-Herren- wald (1. Etappe), Cham	Bevölkerung		Projekt ausgeführt	
R	KS 4, Sanierung Luzernerstrasse, Bahnhof- strasse-Zythus, Cham/ Hünenberg	Bevölkerung		Projekt ausgeführt	
S	KS J, Sanierung Schochen- mühlestrasse, Schochen- mühle, Baar	Bevölkerung		Projekt ausgeführt	
T	KS 25, Sanierung Arther- strasse, Mühlebach-Brunnen- bach, Zug	Bevölkerung		Projekt ausgeführt	

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen

19	Termingerechte Bearbeitung von Gesuchen Kantons- strassen	Dritte	Keine berechtigten Reklamationen	Keine berechtigten Reklamationen	Gleich
20	Speditive Bearbeitung der Grabenaufbruchgesuche	Gesuchstellende	95 % der Gesuche nach Ein- gang aller notwendigen Unterlagen/Informationen innerhalb von 10 Arbeitstagen bearbeitet	95 % der Gesuche nach Ein- gang aller notwendigen Unterlagen/Informationen innerhalb von 10 Arbeitstagen bearbeitet	Gleich
21	Termingerechte Bearbeitung von Bewilligungen für wasser- bauliche Gesuche und Mass- nahmen	Dritte	Keine berechtigten Reklamationen	Keine berechtigten Reklamationen	Gleich
22	Termingerechte Unterlagen- erarbeitung für die Baudirekti- on bei Parlamentsgeschäften und Anfragen Dritter	Direktionsvorsteher	Keine berechtigten Reklamationen	Keine berechtigten Reklamationen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Kantonsstrassennetz	km	137	136,5	138,3	Gleich
Kunstabenobjekte	Anzahl	487	482	485	Steigend
Entwässerungsleitungen	km	113	113	113	Gleich
Grünflächen	m ²	337'000	337'000	337'000	Gleich
Lichtsignalanlagen	Anzahl	39	41	42	Steigend
Beleuchtungskandelaber	Anzahl	2'619	2'619	2'600	Gleich
Strassenabwasserbehandlungsanlagen (SABA)	Anzahl	27	27	27	Steigend
Behandelte Gesuche an Kantonsstrassen	Anzahl	57	90	80	Gleich
Grabenaufbruchgesuche	Anzahl	136	100	120	Gleich
Drittschäden im Strassenraum	Anzahl	125	130	130	Gleich
Länge öffentlicher Gewässer (ohne Seen)	km	80	80	80	Gleich

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3020-Tiefbauamt

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Länge privater Gewässer (ausserhalb Wald und Bauzonen)	km	100	250	200	Gleich
Bewilligungen für wasserbauliche Gesuche und Massnahmen	Anzahl			5	Gleich
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl	2'060	2'400	4'800	Steigend
Unterlagenerarbeitung für die Baudirektion bei Parlamentsgeschäften und Anfragen Dritter	Anzahl			250	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Strassennetz: Bereinigung Unterhaltspemeter Nationalstrassen/Kantonsstrassen und kantonale Autobahn A4a.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-5'819'878.34	-6'363'300	-25'056'300	-18'693'000	293.8	-25'272'250	-25'614'850	-25'981'750
Total Ertrag	2'747'269.85	2'015'000	7'468'800	5'453'800	270.7	7'542'000	7'635'000	7'734'000
Saldo	-3'072'608.49	-4'348'300	-17'587'500	-13'239'200	304.5	-17'730'250	-17'979'850	-18'247'750

Kommentar Budget

Durch die Zusammenlegung der beiden Ämter 3020 Tiefbau und 3023 Strassenunterhalt resultieren gegenüber dem Vorjahresbudget insgesamt keine wesentlichen Veränderungen.

Im Globalbudget enthalten sind Abklärungsaufträge, Gutachten und Mandate von insgesamt 500'000 Franken.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT3020.0001 IT Projekt Mistra						
Ausgaben	-53'183.70	-50'000				
Einnahmen						
IT3020.0002 Beratung Software-anschaffung						
Ausgaben		-75'000				
Einnahmen						
IT3020.0003 PBA Projekt-controlling						
Ausgaben		-150'000				
Einnahmen						
IT3020.0004 Digitalisierung Dossier VTBP/Stab						
Ausgaben		-125'000				
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3020-Tiefbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT3020.0005 Fallführungssoftware						
Ausgaben		-100'000				
Einnahmen						
TB3020.0006 Strassenbeleuchtungen						
Ausgaben	-373'739.55	-500'000				
Einnahmen						
TB3020.0018 Reussdamm, Risch						
Ausgaben	-150'000.00	-180'000	-50'000			
Einnahmen		140'000				
TB3020.0019 Ausbau Mülibach, Zug						
Ausgaben	-216'124.95					
Einnahmen						
TB3020.0021 Ausbau Lorze Schwelli, Unterägeri						
Ausgaben	-200'000.00					
Einnahmen						
TB3020.0022 Ausbau Sulzmattbach, Oberägeri						
Ausgaben					-500'000	
Einnahmen					500'000	
TB3020.0023 Div. Studien, Vor- und Bauprojekte Wasserbau						
Ausgaben	-183'172.00	-200'000	-300'000	-200'000	-200'000	-200'000
Einnahmen	30'000.00					
TB3020.0024 Ausbau Höllbach, Neuheim						
Ausgaben		-600'000				
Einnahmen		210'000				
TB3020.0028 Bundesbeiträge Aggloprogramm 1. Generation						
Ausgaben		-1'490'000	-1'140'000	-560'000	-500'000	-730'000
Einnahmen		1'490'000	1'140'000	560'000	500'000	730'000
TB3020.0034 Anschaffung Maschinen und Fahrzeuge						
Ausgaben			-300'000	-400'000	-300'000	-140'000
Einnahmen						
TB3020.0206 Helgenhüslibach, Unterägeri						
Ausgaben			-150'000			
Einnahmen			150'000			
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-1'176'220.20	-3'470'000	-1'940'000	-1'160'000	-1'500'000	-1'070'000
Einnahmen	30'000.00	1'840'000	1'290'000	560'000	1'000'000	730'000
Saldo	-1'146'220.20	-1'630'000	-650'000	-600'000	-500'000	-340'000

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3020-Tiefbauamt

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
TB3020.0002 Öffentlicher Verkehr						
Ausgaben	-1'439'801.50	-2'700'000	-160'000	-200'000	-300'000	
Einnahmen		230'000	40'000	80'000	120'000	
TB3020.0003 Alte LTB, Sanierung, Menzingen/Baar						
Ausgaben		-50'000	-50'000	-500'000	-2'000'000	-1'400'000
Einnahmen					800'000	
TB3020.0004 Radstrecken						
Ausgaben	-1'863'119.45	-2'700'000	-1'870'000	-2'050'000	-2'000'000	
Einnahmen	-54'860.05	160'000	187'335			
TB3020.0012 Renaturierung Lorze Spinnerei, Baar						
Ausgaben	-1'550'539.15	-10'000				
Einnahmen	56'213.10					
TB3020.0013 Reussdamm, Reusshalde-Sinser- brücke, Hünenberg						
Ausgaben					-4'000'000	-3'000'000
Einnahmen					1'000'000	900'000
TB3020.0014 Renaturierung Reuss, Reusspitz, Hünenberg						
Ausgaben					-2'000'000	-1'800'000
Einnahmen					450'000	
TB3020.0016 Tobelbach, Cham						
Ausgaben	-161'844.00	-2'000'000	-500'000	-50'000	-50'000	-150'000
Einnahmen	193'956.30	800'000	200'000	120'000		
TB3020.0017 Littibach, Baar						
Ausgaben	-583'926.75	-3'000'000	-200'000	-20'000		
Einnahmen		480'000	100'000			
TB3020.0020 Div. Landerwerb 11-16						
Ausgaben	-155'471.90	-100'000				
Einnahmen						
TB3020.0025 Renaturierung Edlibach, Menzingen						
Ausgaben				-500'000	-500'000	
Einnahmen				200'000	200'000	
TB3020.0026 Ausbau Hinterburg- mühlebach, Neuheim						
Ausgaben		-500'000		-600'000	-200'000	
Einnahmen					70'000	
TB3020.0043 Brücke Städtlerwald						
Ausgaben	-1'068'430.75					
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3020-Tiefbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
TB3020.0045 UF im Sumpf, Cham/Steinhausen						
Ausgaben	-8'888'781.65	-5'100'000	-500'000			
Einnahmen	175'495.90	3'450'000	1'200'000			
TB3020.0203 Div. Projekte Lärmschutz						
Ausgaben			-50'000	-50'000	-50'000	-30'000
Einnahmen				600'000	600'000	600'000
TB3020.0204 Div. Projekte Lokale Korrekturen (FP 2019-2032)						
Ausgaben			-150'000	-150'000	-150'000	-150'000
Einnahmen						
TB3020.0205 Div. Projekte Techn. Einrichtungen (ohne Beleuch.)						
Ausgaben			-420'000	-500'000	-500'000	-500'000
Einnahmen						
TB3020.0207 KS 25, Brücke Seefeld, Walchwil						
Ausgaben				-100'000	-100'000	-100'000
Einnahmen						
TB3020.0208 KS 25, Knoten Zollhus, Hünenberg						
Ausgaben			-50'000	-50'000	-1'000'000	-2'000'000
Einnahmen						
TB3020.0210 Div. Projekte Strassenbeleuchtung						
Ausgaben			-650'000	-500'000	-500'000	-500'000
Einnahmen						
TB3020.0211 KS 25, Sinsenstr., FG-Übergang Grobenmoos, Cham						
Ausgaben			-300'000	-500'000		
Einnahmen						
TB3020.0212 KS 368, Drälikerstr., Chamerstr.-Drälikon, Hünenb.						
Ausgaben				-350'000		
Einnahmen						
TB3020.0213 KS 368, Drälikerstr., GW-Schutz, Hünenberg						
Ausgaben			-20'000	-1'000'000	-200'000	
Einnahmen						
TB3020.0214 KS 381, Ägeristr., LTB-Schmittli, Baar/ Menzingen						
Ausgaben			-200'000	-200'000	-250'000	-3'500'000
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3020-Tiefbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
TB3020.0215 KS 381, Schulhaus- Denkmal Morgarten, A/B, Oberäg.						
Ausgaben			-70'000	-850'000		
Einnahmen				150'000		
TB3020.0216 KS 381, LS Hauptstr., Oberägeri						
Ausgaben			-30'000	-350'000	-1'000'000	
Einnahmen					290'000	
TB3020.0217 KS 381, Oberägeri- Morgarten, Oberägeri						
Ausgaben				-100'000	-7'550'000	-8'300'000
Einnahmen						
TB3020.0218 KS 381, Quellschutz LTB, Menzingen						
Ausgaben			-500'000	-300'000		
Einnahmen						
TB3020.0224 KS 4, Kollermühle- Alpenblick, Zug/ Cham						
Ausgaben			-50'000	-50'000	-3'500'000	-4'500'000
Einnahmen						
TB3020.0225 KS 4, Industriestr.- Berchtwilerstr., Rotkreuz						
Ausgaben			-100'000	-50'000	-1'000'000	-2'000'000
Einnahmen						
TB3020.0226 KS 4, Marktgasse mit LSA, Baar						
Ausgaben			-80'000	-2'400'000		
Einnahmen						
TB3020.0227 KS 4b, Umgestaltung Zuger-/Baarerstr., Zug/Baar						
Ausgaben				-100'000	-200'000	-2'100'000
Einnahmen						1'250'000
TB3020.0229 KS H, Schochen- mühlestr.-Kreisel Bossard, Zug						
Ausgaben				-20'000	-50'000	-400'000
Einnahmen						
TB3020.0232 KS J, LSA Schochen- mühle, Baar						
Ausgaben			-400'000			
Einnahmen						
TB3020.0234 KS K, Langsamver- kehr Neugasse, Baar						
Ausgaben			-50'000	-100'000	-100'000	-1'000'000
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3020-Tiefbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
TB3020.0235 KS K, Lorzenbrücke Baar						
Ausgaben			-50'000	-100'000	-800'000	-500'000
Einnahmen						
TB3020.0236 KS K, LS Neugasse/ Blickensdorferstr., Baar						
Ausgaben			-70'000	-600'000	-120'000	
Einnahmen						195'000
TB3020.0237 KS L, Ägeristr., Margel-Talacher, Baar						
Ausgaben			-100'000	-2'850'000	-3'600'000	-500'000
Einnahmen						
TB3020.0238 KS N, Neuheimerstr., Lättich-Baar- burgrank, Baar						
Ausgaben			-130'000	-200'000	-300'000	-7'500'000
Einnahmen						
TB3020.0240 KS Q, Bushaltestelle Institut, Menzingen						
Ausgaben			-500'000	-820'000		
Einnahmen						
TB3020.0241 KS Q, LS Nidfuren- Finsterseebrugg, Menzingen						
Ausgaben			-150'000	-150'000	-100'000	-100'000
Einnahmen						
TB3020.0242 KS Q/P, Knoten Edlibach, Menzingen						
Ausgaben					-50'000	-100'000
Einnahmen						
TB3020.0243 KS S, Durchlass Egg, Allenwinden						
Ausgaben			-100'000	-100'000	-1'000'000	-300'000
Einnahmen						
TB3020.0245 Beschaffung Land- reserven Wasserbau						
Ausgaben			-50'000	-50'000	-50'000	-50'000
Einnahmen						
TB3020.0246 Alte LTB, Rutschhang Zufahrt, Menzingen/ Baar						
Ausgaben			-300'000	-300'000		
Einnahmen						
TB3020.0247 RW Altgasse-Lorze, Baar						
Ausgaben					-100'000	-2'050'000
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3020-Tiefbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
TB3020.0248 RW Baarerstr.-Indus- triestr., Zug						
Ausgaben				-50'000	-300'000	
Einnahmen					100'000	
TB3020.0250 RW Bösch-Ober- ehretstr., Hünenberg						
Ausgaben			-50'000	-50'000	-50'000	
Einnahmen						
TB3020.0251 RW Lüssi-Göbli, Baar/Zug						
Ausgaben			-150'000	-200'000		
Einnahmen						
TB3020.0252 RW PU Südstr., Baar						
Ausgaben			-1'000'000	-2'000'000	-800'000	
Einnahmen						
TB3020.0253 RW SBB UF Widenstr., Oberwil						
Ausgaben				-120'000	-200'000	-200'000
Einnahmen						
TB3020.0254 RW UF Brüggl, Zug						
Ausgaben			-100'000	-1'500'000	-350'000	
Einnahmen				1'058'000		
TB3020.0256 KS T4, Anschluss Baar-Walterswil, Baar						
Ausgaben			-30'000	-3'000'000	-200'000	
Einnahmen						
TB3020.0258 Div. Sanierungen Fussgängerstreifen						
Ausgaben			-100'000	-200'000	-200'000	-200'000
Einnahmen						
TB3020.0259 KS Q, Umgestaltung Zentrum, Menzingen						
Ausgaben				-300'000	-2'700'000	
Einnahmen						
TB3020.0260 Westzufahrt Bahnhof Zug						
Ausgaben			-100'000	-150'000		
Einnahmen						
TB3020.0261 Alte LTB, Zufahrts- strecke, Menzingen/ Baar						
Ausgaben				-1'000'000	-1'000'000	
Einnahmen						
TB3020.0262 KS 368/C, LS Holzhäusern-/ Chamerstr., Hünenberg						
Ausgaben			-100'000	-150'000		
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3020-Tiefbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
TB3020.0263 Stadttunnel Zug						
Ausgaben			-3'000'000	-23'000'000	-2'000'000	-2'000'000
Einnahmen						
TB3020.5000 Allgemeine Projektierung/ Generelle Planung						
Ausgaben			-750'000	-1'010'000	-930'000	-910'000
Einnahmen						
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-15'711'915.15	-16'160'000	-13'230'000	-49'540'000	-42'050'000	-45'840'000
Einnahmen	370'805.25	5'120'000	1'727'335	2'208'000	3'630'000	2'945'000
Saldo	-15'341'109.90	-11'040'000	-11'502'665	-47'332'000	-38'420'000	-42'895'000

Kommentar Budget

Zusammenlegung der Kostenstellen 3031 und 3032 neu mit der Kostenstelle 3020 gemäss RRB vom 29. April 2014. Bereits gestartete Projekte werden bis auf weiteres in der ursprünglichen Kostenstelle geführt.

Kantonsratsbeschluss für folgende Projekte ist noch ausstehend:

- TB3020.0003, Sanierung alte Lorzentobelbrücke
- TB3020.0026, Renaturierung Hinterburgmühlebach
- TB3020.0214, KS 381, Ägeristrasse, LTB-Schmittli, Baar/Menzingen
- TB3020.0224, KS 4, Chamer-/Zugerstr., Kollermühle-Alpenblick, Zug, Cham
- TB3020.0225, KS 4, Chamerstr., Industriestr.-Berchtwilerstr., Rotkreuz
- TB3020.0227, KS 4b, Umgestaltung Zuger-/Baarerstr., Zug/Baar
- TB3020.0237, KS L, Ägeristrasse, Margel-Talacher, Baar
- TB3020.0238, KS N, Neuheimerstr., Lättich-Baarburgrank, Baar
- TB3020.0256, T4 Anschluss Baar-Walterswil, Baar.

Kommentar Finanzplan

Kantonsratsbeschluss für folgende Projekte ist noch ausstehend:

- TB3020.0013, Reussdamm: Reusshalde-Sinserbrücke
- TB3020.0014, Renaturierung Reusspitz
- TB3020.0025, Renaturierung Edlibach
- TB3020.0217, KS 381, Oberägeri-Morgarten, Oberägeri
- TB3020.0226, KS 4, Umgestaltung Marktgasse mit LSA, Baar
- TB3020.0259, Umgestaltung Zentrum Menzingen
- TB3020.0261, Zufahrtsstrecke alte Lorzentobelbrücke, Menzingen/Baar.

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3023-Strassenunterhalt

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-18'339'614.01	-19'223'300		19'223'300	-100.0			
Total Ertrag	5'278'688.30	5'383'200		-5'383'200	-100.0			
Saldo	-13'060'925.71	-13'840'100		13'840'100	-100.0			

Kommentar Budget

Zusammenlegung der Leistungsaufträge und Globalbudgets der Abteilungen 3020 Tiefbau und 3023 Strassenunterhalt neu in 3020 Tiefbauamt gemäss RRB vom 18. Februar 2014.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
TB3023.0034 Anschaffung Maschinen und Fahrzeuge						
Ausgaben		-400'000				
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben		-400'000				
Einnahmen						
Saldo		-400'000				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Zusammenlegung der Leistungsaufträge und Globalbudgets der Abteilungen 3020 Tiefbau und 3023 Strassenunterhalt neu in 3020 Tiefbauamt gemäss RRB vom 18. Februar 2014.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3030-Strassenbau Spezialfinanzierung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-30'478'928.58	-29'104'000	-24'085'000	5'019'000	-17.2	-79'298'000	-74'091'000	-84'275'000
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-4'096'550.82	-5'603'600	-10'812'673	-5'209'073	93.0			
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-1'179'701.53	-1'200'000	-1'216'000	-16'000	1.3	-1'232'000	-1'248'000	-1'264'000
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	-188'344.25							
	Total Aufwand	-35'943'525.18	-35'907'600	-36'113'673	-206'073	0.6	-80'530'000	-75'339'000	-85'539'000
403	Besitz- und Aufwandsteuern	29'492'538.20	30'000'000	30'400'000	400'000	1.3	30'800'000	31'200'000	31'600'000
451	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im EK						42'850'768	36'844'810	46'513'066
460	Ertragsanteile	4'845'309.05	4'878'600	4'677'673	-200'927	-4.1	4'700'232	4'668'190	4'660'934
493	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	618'508.95							
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	987'168.98	1'029'000	1'036'000	7'000	0.7	2'179'000	2'626'000	2'765'000
	Total Ertrag	35'943'525.18	35'907'600	36'113'673	206'073	0.6	80'530'000	75'339'000	85'539'000
	Saldo	0.00	0	0	0		0	0	0

Kommentar Budget

Die Abschreibungen entsprechen den Investitionen.

Kommentar Finanzplan

Die Abschreibungen entsprechen den Investitionen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
TB3031.0015 Eigenleistung TBA/STU						
Ausgaben	-5'968'000.00	-6'764'000	-6'505'000	-6'558'000	-6'651'000	-6'750'000
Einnahmen						
TB3031.0046 Globalbeiträge Hauptstrassen						
Ausgaben						
Einnahmen	700'000.00	600'000	600'000	600'000	600'000	600'000
TB3031.0053 KS T4, Anschluss Baar-Walterswil, Baar						
Ausgaben		-1'200'000				
Einnahmen						
TB3031.0054 KS 4, Nordzufahrt						
Ausgaben	-350'136.00		-60'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-6'318'136.00	-7'964'000	-6'565'000	-6'558'000	-6'651'000	-6'750'000
Einnahmen	700'000.00	600'000	600'000	600'000	600'000	600'000
Saldo	-5'618'136.00	-7'364'000	-5'965'000	-5'958'000	-6'051'000	-6'150'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
TB3031.0013 Nordzufahrt Zug/Baar						
Ausgaben	-681'596.75					
Einnahmen	-3'198'749.20					
TB3031.0014 Neueinrichtung						
Ausgaben	-340'369.00	-1'100'000	-100'000			
Einnahmen						
TB3031.0018 Zug/Kolinplatz – Schmittli/Neuägeri						
Ausgaben		-250'000				
Einnahmen						
TB3031.0020 Lokale Korrekturen						
Ausgaben	-4'961'944.37	-5'500'000	-1'550'000			
Einnahmen	1'578'787.50	3'700'000	950'000			

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3031-Kantonsstrassen

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
TB3031.0026 KS P, Sihlbrugg-Sand AG, Neuheim						
Ausgaben	-2'319'927.40	-850'000	-1'500'000	-5'200'000	-2'700'000	-650'000
Einnahmen						
TB3031.0030 Kunstbauten						
Ausgaben	-85'935.55	-2'000'000	-3'000'000	-250'000		
Einnahmen						
TB3031.0031 Lärmschutz						
Ausgaben	-102'624.40	-500'000	-425'000	-50'000		
Einnahmen	403'375.00	400'000				
TB3031.0037 Nachtrags-Rg. Strassenbauprogramm 2004-2014						
Ausgaben	-59'140.30	-40'000	-40'000	-40'000		
Einnahmen						
TB3031.0039 Umfahrung Cham-Hünenberg						
Ausgaben	-3'550'144.13	-2'200'000	-300'000	-1'000'000	-2'000'000	-10'000'000
Einnahmen						4'000'000
TB3031.0041 Grindel-Bibersee						
Ausgaben	-6'434'533.65	-5'500'000	-2'200'000	-100'000		
Einnahmen	19'782.35					
TB3031.0042 Technische Einrichtungen						
Ausgaben	-166'644.10	-400'000	-80'000			
Einnahmen						
TB3031.0044 KS N, Neuheimerstr., Lättich-Baarburg-rank, Baar						
Ausgaben	-124'939.35	-50'000	-100'000			
Einnahmen						
TB3031.0047 Tangente Zug/Baar						
Ausgaben	-1'585'819.90	-1'200'000	-3'000'000	-40'000'000	-40'000'000	-40'000'000
Einnahmen						
TB3031.0050 Beschaffung von Landreserven Strassenbau (SF)						
Ausgaben	-1'536.20	-50'000	-50'000	-50'000	-50'000	-50'000
Einnahmen						
TB3031.0051 Studien-, Vor- und Bauprojekte Strassenbau						
Ausgaben	-2'044'353.84	-2'200'000				
Einnahmen	-38.20					
TB3031.0052 Stadttunnel Zug						
Ausgaben	-1'203'515.65	-4'000'000				
Einnahmen						

Baudirektion

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3031–Kantonsstrassen

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-23'663'024.59	-25'840'000	-12'345'000	-46'690'000	-44'750'000	-50'700'000
Einnahmen	-1'196'842.55	4'100'000	950'000			4'000'000
Saldo	-24'859'867.14	-21'740'000	-11'395'000	-46'690'000	-44'750'000	-46'700'000

Kommentar Budget

Zusammenlegung der Kostenstellen 3031 und 3032 neu mit der Kostenstelle 3020 gemäss RRB vom 29. April 2014. Bereits gestartete Projekte werden bis auf weiteres in der ursprünglichen Kostenstelle geführt.

Kantonsratsbeschluss für folgende Projekte ist noch ausstehend:

- TB3031.0026, Sihlbrugg-Neuheim-Edlibach-Schmittli/Neuägeri
- TB3031.0030, Kunstbautensanierung
- TB3031.0052, Stadttunnel Zug, Generelles Projekt

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
TB3032.0022 Nationalstrassenbau						
Ausgaben	-5'784.00					
Einnahmen	4'858.56					
TB3032.0040 Nationalstrassenbau (100 %)						
Ausgaben	99'715.80	-10'000				
Einnahmen	-99'715.80	10'000				
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	93'931.80	-10'000				
Einnahmen	-94'857.24	10'000				
Saldo	-925.44	0				

Kommentar Budget

Zusammenlegung der Kostenstellen 3031 und 3032 neu mit der Kostenstelle 3020 gemäss RRB vom 29. April 2014.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Umweltschutz (AfU) trägt zur Erhaltung und Wiederherstellung einer intakten Umwelt bei. Zu den Kernaufgaben des Amtes gehören insbesondere die Überwachung der Umweltqualität und die Orientierung der Öffentlichkeit über den Zustand der Umwelt. Es ist Ansprech- und Beratungsstelle für Umweltfragen. Dabei pflegt es eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Gemeinden, Unternehmen und Privaten sowie mit Fachstellen anderer Kantone und des Bundes. Es setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung des Kantons und seiner Energie- und Klimapolitik ein.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Vollzug Umwelt- und Gewässerschutzgesetz

- Kontrollen von Betrieben und Anlagen
- Erteilung von Bewilligungen
- Massnahmenplanung bzw. Anordnung von Sanierungsmassnahmen
- Erstellung von Vollzugshilfen
- Beurteilungen von Umweltverträglichkeitsberichten

Leistungsgruppe 2: Umweltbeobachtung

- Erfassung von Umweltdaten
- Darstellung von Umweltdaten

Leistungsgruppe 3: Information, Beratung und Koordination

- Erteilen von Auskünften und Kurzberatungen
- Öffentlichkeitsarbeit, zielgruppengerechte, verständliche Kommunikation
- Erstellung von Stellungnahmen
- Mitwirkung in Arbeitsgruppen und interdisziplinäre kantonsübergreifende Zusammenarbeit

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983 (USG; SR 814.01)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991 (GSchG; SR 814.20)
- Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen vom 23. Dezember 2011 (CO₂-Gesetz; SR 641.71)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 29. Januar 1998 (EG USG; BGS 811.1)
- Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 5. Mai 1998 (V EG USG; BGS 811.11)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG; BGS 731.1)
- Verordnung zum Gesetz über die Gewässer vom 17. April 2000 (V GewG; BGS 731.11)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Altlastensanierung bei Schiessanlagen vom 29. Januar 2009

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Umweltqualität bleibt erhalten oder verbessert sich	Mensch und Umwelt	Anzahl Schadenfälle höchstens = Niveau Vorjahr; Phosphorgehalt im Zugersee < als Vorjahr; 1 belasteter Zufluss des Zugersees wird untersucht; spezifische Luftschadstoffemissionen < als Vorjahr	«Fällt weg» Wird ersetzt durch die Zielsetzungen Nr. 2–5	
2	Schutz der Gewässer vor nachteiligen Einwirkungen	Mensch und Umwelt		Phosphorgehalt im Zugersee < letzte Vergleichsperiode	Nächste Beurteilung 2015
3	Förderung der Nutzung von erneuerbaren Energien	Private, Unternehmen, Behörden		Anteil erneuerbarer Energien im Kanton Zug steigt	Nächste Beurteilung 2016

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
4	Schutz vor schädlichen und lästigen Luftverunreinigungen	Mensch und Umwelt		Der Anteil der Wohnbevölkerung mit PM10 und NO ₂ -Belastung über dem IGW nimmt gegenüber der letzten Messperiode ab	Nächste Beurteilung 2017
5	Schonung der natürlichen Ressourcen	Mensch und Umwelt		Der Anteil der recycelten Siedlungs- und Bauabfälle erhöht sich	Nächste Beurteilung 2018
Leistungsgruppe 1: Vollzug Umwelt- und Gewässerschutzgesetz					
6	Fristgerechte Beurteilung von Umweltverträglichkeitsberichten	Bewilligungsbehörden, private Bauherrschaften	80 % der Voruntersuchungen innerhalb von 30 Tagen; 80 % der Hauptuntersuchungen innerhalb von 90 Tagen	80 % der Voruntersuchungen innerhalb von 30 Tagen; 80 % der Hauptuntersuchungen innerhalb von 90 Tagen	Gleich
7	Fristgerechte und konsequente Überprüfung von Betrieben und Anlagen mittels Branchenvereinbarungen	Unternehmen, Bauherrschaften, Gemeinden, Private	95 % der Betriebsanlagen im Rahmen von Branchenlösungen überprüft; bei 90 % der nicht konformen Anlagen werden Massnahmen eingeleitet	95 % plangemäss überprüft; bei 90 % der nicht konformen Betriebe oder Anlagen werden bis Ende des Berichtsjahrs Massnahmen eingeleitet	Gleich
8	Fristgerechtes Erteilen von Bewilligungen für Tankanlagen und Erdsondenanlagen	Unternehmen, Bauherrschaften, Gemeinden, Private	90 % innerhalb von 3 Wochen	90 % innerhalb von 3 Wochen	Steigend
9	Hohe Qualität der erteilten Bewilligungen	Anlagen, Betriebe, Bauherrschaften, Gemeinden, Private	95 % der vom AfU erteilten Bewilligungen erwachsen unverändert in Rechtskraft	95 % der vom AfU erteilten Bewilligungen erwachsen unverändert in Rechtskraft	Steigend
10	Einhaltung der Grenzwerte der NISV	Gemeinden, Bevölkerung	95 % der Kontrollberichte des Mobilfunk QS-Systems der Betreibenden überprüft; mind. 1 Stichprobenkontrolle pro massgebenden Anbietenden durchgeführt; Überschreitungen der Betriebs- von den Bewilligungsdaten werden mittels QS-System erkannt und rapportiert (für Anlagen > 6 Watt ERP)	95 % der QS-Kontrollberichte der Mobilfunkanbieter sind fristgerecht eingegangen; festgestellte Mängel sind fristgerecht behoben; mind. 1 Stichprobe des QS-Kontrollsystems pro Mobilfunkanbieter durchgeführt	Gleich
11	Einhaltung der Grenzwerte der LRV für grosse Feuerungsanlagen	Gemeinden, Bevölkerung		50 % der Anlagen sind alternierend überprüft; bei 90 % der nicht konformen Anlagen bis Ende Jahr Massnahmen eingeleitet	Gleich
12	Schutz vor schädlichen Schalleinwirkungen und Laserstrahlen	Publikum bei Veranstaltungen		1 % der Veranstaltungen kontrolliert; bei 90 % der nicht konformen Veranstaltungen bis Ende Jahr Massnahmen eingeleitet	Gleich
13	Unterstützung des Bundes beim Vollzug der CO ₂ -Gesetzgebung, fristgerechte Beantwortung von Anfragen des BAFU	BAFU, Unternehmen		90 % innert Frist	Steigend
A	Umsetzung Bodenschutzkonzept	Öffentlichkeit, Behörden, Verwaltung	Massnahmen zur Minimierung von Bodenverdichtungen realisiert	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
B	Umsetzung des revidierten EG USG	Betreiber von Abfallanlagen	Alle Abfallanlagen im Kanton Zug haben eine gesetzeskonforme Bewilligung	«Fällt weg»	
C	Deponieplanung	Behörden, Grundeigentümer, Deponiebetreiber, Bauwirtschaft	Phase 2 der Deponieplanung ausgelöst	«Fällt weg»	
D	Abschluss der Restwasser-sanierung	Öffentlichkeit, Behörden, Private	Ausstehende Sanierungen abgeschlossen; Gesamtbericht der Restwasser-sanierung liegt vor	Ausstehende Sanierungen abgeschlossen; Gesamtbericht Restwasser-sanierung liegt vor	
E	Lärmsanierung Eisenbahnen: Schallschutzmassnahmen Gemeinde Baar	Gemeinde, lärmbelastete Anwohnerschaft	Einbau Schallschutzfenster abgeschlossen	«Fällt weg»	
F	Schutz vor Umweltgefährdung durch Altlasten	Verursacher, Eigentümer Umwelt		Priorisierung KbS-Standorte hinsichtlich Untersuchungsbedarf liegt vor	
G	Sicherstellung der umweltgerechten Entsorgung von Abfällen	Behörden, Private		Konzept zur Aktualisierung der Abfallplanung liegt vor	
H	Lärmsanierung Eisenbahnen: Schallschutzmassnahmen Stadt Zug	Lärmbelastete Anwohnerschaft der Stadt Zug		1. Teil Einbau Schallschutzfenster abgeschlossen	2. Teil 2016 abgeschlossen
Leistungsgruppe 2: Umweltbeobachtung					
14	Überwachung der Umweltqualität nach eidgenössischer Gesetzgebung	Öffentlichkeit, Behörden, Private	Daten des Vorjahres im ersten Halbjahr ausgewertet und publiziert; 95 % der geplanten Messungen sind durchgeführt; Homepage wird von Leistungsempfängern und -empfängerinnen benutzt und die Fachstelle als Auskunftsdienst entlastet	95 % der geplanten Messungen durchgeführt	
15	Energiemonitoring	Private, Unternehmen, Behörden		Konzept zur Erfassung von Energieverbrauch nach Energieträger liegt vor	Aufwand steigend
I	Wärmemonitoring Grundwasser	Öffentlichkeit, private Bauherrschaften	Modellierung des unteres Grundwasserstockwerks des Baarerbeckens liegt vor	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 3: Information, Beratung und Koordination					
16	Aktuelle und regelmässige Orientierung über den Zustand der Umwelt sowie Beratung	Öffentlichkeit, Behörden, Private	Ereignisorientierte Berichterstattung inklusive 2-malige Herausgabe von «Umwelt Zug»	2-malige Herausgabe von «Umwelt Zug»; Verfügbarkeit der Messdaten auf der Webseite www.inluft.ch ist zu 95 % gewährleistet; Webseite AfU wird mind. halbjährlich aktualisiert	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
17	Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltanliegen durch Öffentlichkeitsarbeit	Öffentlichkeit, Behörden, Private	Mind. 1 grösserer Event	Aus Budgetgründen 2015 keine Aktion vorgesehen	Neubeurteilung im Rahmen Budget 2016
18	Fristgerechte und effiziente Stellungnahmen zu Geschäften	Bewilligungsbehörden, private Bauherrschaften	90 % der Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb von Bauzonen erfolgen innert 2 Wochen	90 % der Stellungnahmen innert 2 Wochen	Stark steigend
19	Optimierung und Unterstützung des Vollzugs im Bereich Umwelt- und Gewässerschutz auf Gemeindeebene unter Berücksichtigung der bestehenden Info-Gefässe	Gemeinden	Mind. 3 Info- bzw. Schulungsanlässe	Mind. 3 Info- bzw. Schulungsanlässe	Steigend
20	Koordination nach kantonalem Umsetzungsplan «Invasive Organismen»	Kantonale Fachstellen, Gemeinden	Mind. 1 Info-Anlass der kantonalen Plattform	«Fällt weg»	
21	Prävention von Schädenfällen durch Beratung und Information	Behörden, Private, Unternehmen		Mind. 1 Informationsveranstaltung oder -kampagne zu einem schadenrelevanten Thema	Gleich
J	Erfolgreiche Zusammenarbeit mit Gemeinden im Bereich Entwässerung	Gemeinden	Begleitung der Gemeinden bei der Nachführung der generellen Entwässerungsplanung	«Fällt weg»	
K	Umsetzen des Konzepts Energiefachstelle	Gemeinden, Dritte, Investoren	Verfahren, Abläufe eingespielt; Aufgabenteilung bereinigt	«Fällt weg»	
L	Wahrnehmen der spezifischen Aufgaben der Energiefachstelle	Behörden, Private, Unternehmen		Mitarbeit in Arbeitsgruppen der Energiefachstellenkonferenz	Steigend

Kommentar Zielsetzungen

Abkürzungsverzeichnis:

- BAFU Bundesamt für Umwelt
- IGW Immissionsgrenzwert
- KbS Kataster der belasteten Standorte
- LRV Luftreinhalteverordnung
- NISV Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung
- NO₂ Stickstoffdioxid
- PM10 Feinstaub kleiner als 10 µm
- QS Qualitätssicherungssystem
- WOGA Wohn- und Gartenausstellung

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Umweltverträglichkeitsberichte zur Beurteilung eingereicht	Anzahl	2	2-4	2-4	Gleich
Kontrolle von Betrieben mittels Branchenvereinbarungen (Garagen- und Malerbetriebe, Tankstellen, Chemische Reinigungen, Kompostier- und Bauabfallanlagen, Kiesgruben)	Anzahl	312	320	310	Gleich
Eingereichte Gesuche für Erdsonden	Anzahl	121	170-190		
Erteilte Bewilligungen für Erdsondenanlagen				120-140	Gleich
Eingereichte Gesuche für Tankanlagen	Anzahl	16	20-30		

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Erteilte Bewilligungen für Tankanlagen				20–30	Gleich
Erteilte Bewilligungen/Entscheide	Anzahl			250–300	Steigend
Eingehende Kontrollberichte NIS	Anzahl		18	18	Gleich
Kontrollen von grossen Feuerungsanlagen	Anzahl			50–60	Gleich
Kontrollen von Musikveranstaltungen	Anzahl			1'000–2'000	Gleich
Überprüfung der Umweltqualität	Anzahl Messungen (ohne kontinuierliche Messungen)		700	1'000–1'200	Gleich
Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb Bauzonen	Anzahl	340	260–280	300–320	Stark steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Sowohl bei den Tankanlagen wie auch bei den Erdsondenanlagen werden neu nicht die Anzahl der Gesuche, sondern die erteilten Bewilligungen als Plangrössen verwendet. Dies weil bei Erdsonden oft auch «Gesuche» in telefonischer Form als Anfrage ans AfU gerichtet wurden. Diese werden nicht statistisch erfasst.

Da Erdsondenanlagen oft auch mehrere Erdsonden umfassen können und bewilligt werden, wurde die Plangrösse ebenfalls angepasst. Daher ist die Plangrösse nominell gesunken.

Die Steigerung bei der Anzahl der Messungen zur Umweltqualität ist v. a. auf eine Änderung der Zählmethode zurückzuführen und nicht auf eine wesentliche Ausweitung der Messnetze.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-4'343'724.34	-4'363'200	-4'320'500	42'700	-1.0	-4'481'200	-5'193'000	-4'708'700
Total Ertrag	450'948.45	429'000	413'000	-16'000	-3.7	417'000	418'000	423'000
Saldo	-3'892'775.89	-3'934'200	-3'907'500	26'700	-0.7	-4'064'200	-4'775'000	-4'285'700

Kommentar Budget

Der höhere Aufwand ist primär auf die höheren Beiträge an die Pensionskasse zurückzuführen. Im Globalbudget enthalten sind Abklärungsaufträge, Gutachten und Mandate von insgesamt 175'000 Franken.

Kommentar Finanzplan

Im Jahr 2017 ist eine einmalige Abgeltung der Restwassersanierung der oberen Lorze im Umfang von 600'000 Franken geplant.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
BD3050.0002 Sanierung Kehrichtdeponie Baarburg						
Ausgaben	-2'294'687.75	-300'000				
Einnahmen	1'455'013.40	1'900'000				
BD3050.0007 Durchlaufende Beiträge Sanierung Schiessanlagen						
Ausgaben	-444'248.00	-450'000	-200'000	-150'000	-100'000	
Einnahmen	444'248.00	450'000	200'000	150'000	100'000	

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3050–Amt für Umweltschutz

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
BD3050.0008 BAV Vereinbarung Lärmsanierungen SBB, Baar						
Ausgaben	-19'245.60	-70'000	-18'000			
Einnahmen	19'245.60	70'000	18'000			
BD3050.0009 BAV Vereinbarung Lärmsanierungen SBB, Zug						
Ausgaben		-140'000	-145'000	-90'000		
Einnahmen		140'000	145'000	90'000		
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-2'758'181.35	-960'000	-363'000	-240'000	-100'000	
Einnahmen	1'918'507.00	2'560'000	363'000	240'000	100'000	
Saldo	-839'674.35	1'600'000	0	0	0	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
BD3050.0005 Sanierung Schiessanlagen						
Ausgaben	-335'847.00	-350'000	-150'000	-100'000	-100'000	
Einnahmen						
BD3050.0010 Nachfolgeschäden des National- strassenbaus						
Ausgaben			-600'000	-400'000	-200'000	-100'000
Einnahmen			300'000	200'000	100'000	50'000
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-335'847.00	-350'000	-750'000	-500'000	-300'000	-100'000
Einnahmen			300'000	200'000	100'000	50'000
Saldo	-335'847.00	-350'000	-450'000	-300'000	-200'000	-50'000

Kommentar Budget

Im 2015 entfallen die Bundesbeiträge an die Sanierung der Deponie Baarburg, da diese Arbeiten bis Ende 2014 abgeschlossen sind.

Kommentar Finanzplan

Die Investitionen sind in den nächsten Jahren rückläufig.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-49'090.20	-62'600	-59'000	3'600	-5.8	-60'500	-62'000	-66'400
	Total Aufwand	-49'090.20	-62'600	-59'000	3'600	-5.8	-60'500	-62'000	-66'400
420	Ersatzabgaben	27'879.00	40'000	35'000	-5'000	-12.5	35'000	35'000	35'000
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	21'211.20	22'600	24'000	1'400	6.2	25'500	27'000	31'400
	Total Ertrag	49'090.20	62'600	59'000	-3'600	-5.8	60'500	62'000	66'400
	Saldo	0.00	0	0	0		0	0	0

Kommentar Budget

Die angegebenen Budgetzahlen basieren auf Schätzungen der abgelagerten Mengen in den Deponien Alznach und Tännlimoos. Diese können je nach Konjunktur, aktuellen Bauvorhaben usw. stark schwanken.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Hochbauamt ist verantwortlich für kantonseigene Gebäude und bebaute Liegenschaften. Dazu gehören die Planung und Realisierung von Neubauten sowie die Werterhaltung der Hochbauten und deren Betrieb. Das Hochbauamt ist zudem verantwortlich für die Zumietung von Liegenschaften und erbringt diverse weitere Dienstleistungen (Sicherheit, Telekommunikation, Postdienst, Restaurant usw.).

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Strategisches Immobilienportfolio-management

- Objektstrategie, Instandhaltungsstrategie und langfristige Büroraumplanung

Leistungsgruppe 2: Planung und Realisierung von Bauten

- Planung und Realisierung Neubauten
- Planung und Realisierung von Erweiterungen und Umbauten

Leistungsgruppe 3: Fläche und Infrastruktur

- Bauliche und technische Instandhaltung, Energie- und Betriebsoptimierung sowie Energieversorgung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- Bauliche und technische Instandsetzung und Mieterausbauten der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- Ökonomische, qualitätsgesicherte Reinigung, Pflege, Ver- und Entsorgung für zugeteilte Liegenschaften
- Planung und Einrichtung von Arbeitsplätzen in den zugeteilten Liegenschaften
- Vermietungen von Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- Bewirtschaftung und Vermietung der Liegenschaften des Finanzvermögens
- Zumietung von Immobilien und Flächen für die kantonale Verwaltung

Leistungsgruppe 4: Mensch und Organisation

- Festnetzkommunikation sowie Beschaffung und technischer Support für die Mobilgeräte (Handys)
- Betrieb des Dienstleistungszentrums (DLZ) und des Restaurants Aabächli

- Bewirtschaftung von Parkplätzen; Bewirtschaftung von Dienstfahrzeugen für die Baudirektion
- Durchführung von Sicherheitskursen und Fachstelle für Sicherheitsfragen für die kantonale Verwaltung und Gerichte

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden vom 31. August 2006 (Finanzhaushaltsgesetz; BGS 611.1, § 39)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1, § 46)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992 (BGS 721.252)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Gewährleistung der Sicherheit der kantonalen Behörden, der kantonalen Verwaltung und der Gerichte vom 17. April 2003 (BGS 154.51)
- Reglement über die Bewirtschaftung und Zuteilung von Parkplätzen in der kantonalen Verwaltung vom 4. Juli 1995 (BGS 154.219)
- Submissionsgesetz vom 2. Juni 2005 (SubG; BGS 721.51)
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 (IVöB; BGS 721.52)
- Submissionsverordnung vom 20. September 2005 (SubV; BGS 721.53)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Gesamtzielsetzung					
1	Sicherstellung eines funktionierenden Qualitätsmanagementsystems (QMS)	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Durchführung von zwei internen Audits; Durchführung 1 externes Audit	Durchführung von zwei internen Audits; Durchführung 1 externes Audit	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Strategisches Immobilienportfoliomanagement					
A	Instandsetzungsplanung 2015-2020 unter Berücksichtigung von Neubauten und Provisorien	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Ist erarbeitet	«Fällt weg»	
B	Zustandsbewertung gemäss Stratus für ausgewählte Objekte	Kantonale Verwaltung und Gerichte		Ist abgeschlossen	
Leistungsgruppe 2: Planung und Realisierung von Bauten					
2	Einhaltung der Kosten bei abgerechneten Verpflichtungskrediten	Kantonale Verwaltung und Gerichte	100 %	Keine Kostenüberschreitungen	Gleich
3	Hohe Zufriedenheit der Leistungsabnehmenden von Neubauten/Umbauten	Kantonale Verwaltung und Gerichte	90 % mit Status gut/sehr gut	90 % mit Status gut/sehr gut	Gleich
C	Neubau Labor- und Verwaltungsgebäude, Steinhausen	Amt für Verbraucherschutz	Baubeginn erfolgt	Rohbau erstellt	Abschluss
D	Brückenangebot KBA, Umbau und Aufstockung Trakt 1 GIBZ	Amt für Brückenangebote	Baubeginn erfolgt	Rohbau erstellt	Abschluss
E	Erweiterungsbau GIBZ Trakt 5	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	GU-Ausschreibung abgeschlossen	GU-Ausschreibung abgeschlossen	Abschluss
F	Kantonsspital-Areal, Zug	Diverse	Wettbewerb wird gestartet	Bebauungsplanverfahren abgeschlossen	Vermarktung
G	Instandsetzung und Erweiterung Ausbildungszentrum Schönau	Amt für Zivilschutz und Militär	Generalplanersubmission abgeschlossen	Start Projektierung	Realisierung
L4	Planung Neubau Gymnasium Cham	Kantonsschule Zug	Machbarkeitsstudie abgeschlossen	Programm Projektwettbewerb erarbeitet	Projektplanung
L4	Neubau Turnhallen und Provisorien Kantonsschule Zug	Kantonale Verwaltung und Gerichte	KRB Objektkredit «Provisorien und Turnhalle» genehmigt	Baugesuche erstellt	Abschluss
L4	Neu- und Umbau Kantonales Gymnasium Menzingen	Kantonale Verwaltung und Gerichte	KRB Objektkredit genehmigt	Provisorien erstellt, Baubeginn erfolgt	Abschluss
L2	Planung Verwaltungszentrum 3	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Start Projektierung	Vorprojekt erarbeitet	Bauprojekt erarbeitet
L2	Planung Hauptstützpunkt ZVB	Zugerland Verkehrsbetriebe	Start Projektierung	Vorprojekt erarbeitet	Bauprojekt erarbeitet
Leistungsgruppe 3: Fläche und Infrastruktur					
4	Instandhaltung und Instandsetzung des Liegenschaftensportfolios	Kantonale Verwaltung und Gerichte	1,20 % vom Gebäudeversicherungswert	1,25 % vom Gebäudeversicherungswert	Steigend
5	Hohe Zufriedenheit von Leistungsabnehmenden im Bereich von Mieterausbauten	Kantonale Verwaltung und Gerichte	90 % mit Stratus gut/sehr gut	90 % mit Stratus gut/sehr gut	Gleich
6	Guter Zustand des Gebäudeparks	Kantonale Verwaltung und Gerichte	86 % (Zustandswert zu Neuwert nach Stratus)	85 % (Zustandswert zu Neuwert nach Stratus)	Sinkend
7	Tiefer Energieverbrauch Standort an der Aa	Kantonale Verwaltung und Gerichte	98 kWh/m ² pro Jahr (Elektro); 34 kWh/m ² pro Jahr (Wärme); 50 CO ₂ /t pro Jahr	98 kWh/m ² pro Jahr (Elektro); 35 kWh/m ² pro Jahr (Wärme); 49 CO ₂ /t pro Jahr	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
8	Hohe Auslastung Vermietung Objekte Liegenschaften des FV (ohne Artherstrasse 27 und Zugerbergstasse 22, Zug)	Kantonale Verwaltung und Gerichte	100 %	100 %	Gleich
Leistungsgruppe 4: Mensch und Organisation					
9	Hohe Auslastung des Restaurants Aabächli	Interne und externe Gäste	53'000 verkaufte Mahlzeiten	53'000 verkaufte Mahlzeiten	Gleich
10	Hohe Qualität der Sicherheitskurse	Kantonale Verwaltung und Gerichte	> 3.5 (1 = ungenügend; 2 = genügend; 3 = gut; 4 = sehr gut)	> 3.5 (1 = ungenügend; 2 = genügend; 3 = gut; 4 = sehr gut)	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Zielsetzung 6 (guter Zustand des Gebäudeparks): Angesichts der Tatsache, dass 2015 keine grösseren Sanierungen und Neubauten abgeschlossen werden, ist ein leicht sinkender Zustandswert normal. (Skala: 85-100 % = «sehr gut»; 70-85 % = «gut» usw.)

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Kantonseigene Objekte VV	Anzahl	104	109	119	Steigend
Kantonseigene Objekte FV	Anzahl	17	17	15	Gleich
Gemietete Objekte	Anzahl	41	36	36	Steigend
Gebäudeversicherungswert der staatseigenen Gebäude	in Mio. Fr.	999	1'000	1'000	Steigend
Betreute Telefonanschlüsse	Anzahl	4'470	4'350	4'470	Steigend
Bewirtschaftete Parkplätze	Anzahl	2'026	2'000	2'000	Sinkend
Durchgeführte Sicherheitskurse	Anzahl	16	48	40	Gleich
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl	7'192	6'500	7'200	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl Objekte verändert sich bis Ende 2015 aufgrund folgender Vorgänge (im Vergleich zum Bestand per Ende 2013, Objekte Chamau sind noch nicht berücksichtigt, da auf der Liegenschaft diverse Rück- und Neubauten geplant sind):

- Sanierung Kantonsschule Menzingen (KSM): + 5 Objekte im VV; - 5 Mietobjekte;
- Neubau Provisorium Kantonsschule Zug: + 1 neues Objekt VV;
- Wechsel ins Verwaltungsvermögen wegen Sanierung Artherstrasse 25, Zug: + 1 Objekt im VV; - 1 Objekt im FV;
- Wechsel ins Verwaltungsvermögen der Asylunterkunft Dorfring 30, Allenwinden: + 1 Objekt im VV; - 1 Objekt im FV;
- Neue Funkstationen für Polycor: + 7 neue Objekte im VV.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-32'786'290.73	-36'750'749	-35'439'551	1'311'198	-3.6	-37'977'600	-38'881'500	-39'808'300
Total Ertrag	8'049'811.35	7'926'125	7'935'715	9'590	0.1	8'092'700	8'253'000	8'416'400
Saldo	-24'736'479.38	-28'824'624	-27'503'836	1'320'788	-4.6	-29'884'900	-30'628'500	-31'391'900

Kommentar Budget

Das Globalbudget 2015 reduziert sich im Vergleich zum Vorjahresbudget um 4,6 %. Dank grosser Budgetdisziplin können fast alle Leistungen zu tieferen Kosten erbracht werden. Ein kleines Wachstum verzeichnet die Leistung 3.1 (Bauliche und technische Instandhaltung, Energie- und Betriebsoptimierung sowie Energieversorgung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögen): Dieses begründet sich insbesondere durch den Wechsel des Objektes Artherstrasse 25, Zug, vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen. Aus gleichem Grund reduzieren sich die Kosten bei der Leistung 3.6 Bewirtschaftung der Liegenschaften des Finanzvermögens in ähnlicher Grössenordnung. Bei der LG2 Planungen und Projektierungen von Neubauten reduziert sich das Budget um rund 0,5 Mio. Franken. Hier ist zu erwähnen, dass die Planung Sanierung Kantonsschule Zug, Planung LBBZ Schluecht und Planung Strassenverkehrsamt vorerst zurückgestellt wurden.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
HB3060.0088 Umbau Cafeteria Aabächli						
Ausgaben	1'453.50					
Einnahmen						
HB3060.0099 Kant. Zeughaus: Umgebungs- gestaltung						
Ausgaben	1'881.60					
Einnahmen						
HB3060.0116 Hinterbergstr. 41, Steinhausen Sanierung Flachdach						
Ausgaben	-224'522.80					
Einnahmen	58'080.00					
HB3060.0118 Museum Burg Lagerräume Lorzenweg 30, Zug						
Ausgaben	-679'898.65					
Einnahmen						
HB3060.0124 Erneuerungsbeitrag Sporthalle Zug						
Ausgaben		-205'000				
Einnahmen						
HB3060.0125 Ersatz Heizanlage LBBZ Schluetch						
Ausgaben	-877'302.57					
Einnahmen						
HB3060.0127 Fertigstellung kant. Zeughaus Umbau Obergericht						
Ausgaben	-117'453.50					
Einnahmen						
HB3060.0129 Kantonsschule Zug, Trennsystem Kanalisation						
Ausgaben		-550'000	-440'000			
Einnahmen						
HB3060.0130 Integration Gebäude- technik GIBZ						
Ausgaben	-499'600.79					
Einnahmen						
HB3060.0132 Mieterausbau PDS, Luzernerstr. 9, Cham						
Ausgaben	-1'117'081.55					
Einnahmen						
HB3060.0133 Mieterausbau PDS, Kolinplatz 4 + 14, Zug						
Ausgaben	-424'521.80	-500'000				
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3060-Hochbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
HB3060.0134 Instandsetzung Gebäudeleitsystem GIBZ Trakt 1						
Ausgaben		-680'000				
Einnahmen						
HB3060.0135 Anschaffung und Installation Defibrillatoren						
Ausgaben		-470'000	-470'000			
Einnahmen						
HB3060.0136 Anzeigesystem Kantonsratssaal						
HB3060.0139 Optimierung Kühlung Zuger Kantonsspital, Baar						
Ausgaben		-500'000				
Einnahmen						
HB3060.0140 Mieterausbau Landis & Gyr-Strasse 1, Zug						
Ausgaben			-1'600'000			
Einnahmen						
HB3060.0141 Grundwasser- bohrungen GIBZ Energiezentrale						
Ausgaben			-120'000			
Einnahmen						
HB3060.0142 Instandsetzung Energiezentrale GIBZ						
Ausgaben			-990'000			
Einnahmen						
HB3060.0143 Erneuerung Glasfassade GIBZ Zwischentrakt 3						
Ausgaben			-850'000			
Einnahmen						
HB3060.0144 Erneuerung Aussen- beleuchtung KSZ						
Ausgaben			-570'000			
Einnahmen						
HB3060.0145 Ersatz Wärmepumpen und Wärmeverteilung KSZ						
Ausgaben			-850'000			
Einnahmen						
HB3060.0146 Flachdach- sanierungen KSZ						
Ausgaben			-800'000			
Einnahmen						
HB3060.0148 Neue Werkräume Schulhaus Athene						
Ausgaben				-950'000		
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3060-Hochbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
HB3060.0149 Asylunterkunft Artherstrasse 27, Zug						
IT3060.0005 Modul Belegungs- planung						
Ausgaben	-12'287.95					
Einnahmen						
IT3060.0006 Auftrags- und Instandhaltungs- management						
Ausgaben		-200'000	-70'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-3'949'334.51	-3'105'000	-6'760'000	-950'000		
Einnahmen	58'080.00					
Saldo	-3'891'254.51	-3'105'000	-6'760'000	-950'000		
Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)						
Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
HB3060.0081 Museum in der Burg, Umbau						
Ausgaben	-2'773'296.15	-300'000				
Einnahmen						
HB3060.0082 WMS/FMS Hofstrasse Zug, Projektierung						
Ausgaben	-9'000.00					
Einnahmen						
HB3060.0085 Kantonales Zeughaus, Umbau Obergericht						
Ausgaben	-40'935.00					
Einnahmen	89'548.00					
HB3060.0087 KSM Menzingen, Projektierung						
Ausgaben	-48'270.05					
Einnahmen						
HB3060.0095 AVS Steinhausen, Projektwettbewerb						
Ausgaben	-934'529.50					
Einnahmen						
HB3060.0100 Kant. Zeughaus: Ausbau Studien- bibliothek						
Ausgaben						
Einnahmen	115'240.55					
HB3060.0101 Kulturwerkstatt Theilerhaus						
Ausgaben				-7'600'000	-4'000'000	-3'000'000
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3060-Hochbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
HB3060.0105 AVS Steinhausen: Bauausführung						
Ausgaben		-3'000'000	-6'000'000	-11'000'000	-4'800'000	
Einnahmen						
HB3060.0106 KSM Menzingen: Bauausführung inkl. Landerwerb						
Ausgaben		-1'000'000	-8'000'000	-32'000'000	-30'000'000	-26'000'000
Einnahmen						
HB3060.0115 Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)						
Ausgaben	-1'232'595.37	-9'000'000	-4'200'000			
Einnahmen						
HB3060.0117 Erweiterungsbau GIBZ, Trakt 5 Zug						
Ausgaben		-1'000'000	-1'000'000	-7'500'000	-10'000'000	-6'700'000
Einnahmen						
HB3060.0119 Kantonsschule Zug, Neubau Provisorien						
Ausgaben		-1'000'000	-4'000'000	-5'000'000	-1'000'000	
Einnahmen						
HB3060.0120 Kantonsschule Zug, Neubau Turnhalle						
Ausgaben				-3'000'000	-2'700'000	-4'800'000
Einnahmen						
HB3060.0121 Brückenangebot KBA, Aufstockung Trakt 1 GIBZ						
Ausgaben		-700'000	-3'500'000	-3'500'000	-500'000	
Einnahmen						
HB3060.0122 Stadtgarten Zug, Bauausführung						
Ausgaben	-2'595'306.50	-300'000				
Einnahmen	1'500'000.00					
HB3060.0123 Bau Lüssihaus Zugerstr. 42, Baar						
Ausgaben	-1'366'754.95	-230'000				
Einnahmen						
HB3060.0126 Sanierung/Umbau Artherstr. 25, Zug						
Ausgaben		-2'000'000	-3'235'000			
Einnahmen						
HB3060.0128 Erweiterungsbau Malerei/Ablaugerei Bostadel						
Ausgaben	-600'000.00	-382'000				
Einnahmen						
HB3060.0137 Instandsetzung AZ Schönau: Planungskredit						
Ausgaben	-14'144.75	-650'000	-500'000	-550'000		
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3060-Hochbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
HB3060.0138 Instandsetzung AZ Schönau: Bauausführung						
Ausgaben					-3'000'000	-6'000'000
Einnahmen					1'000'000	2'000'000
HB3060.0147 Wettbewerb Kantonsschule Cham						
Ausgaben			-500'000	-400'000		
Einnahmen						
HB3060.0150 Kauf und bauliche Massnahmen Chamau						
Ausgaben				-2'750'000	-6'775'000	
Einnahmen						
HB3060.0151 Fokus: Hauptstütz- punkt ZVB Bauausführung						
Ausgaben					-19'500'000	-60'000'000
Einnahmen						
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-9'614'832.27	-19'562'000	-30'935'000	-73'300'000	-82'275'000	-106'500'000
Einnahmen	1'704'788.55				1'000'000	2'000'000
Saldo	-7'910'043.72	-19'562'000	-30'935'000	-73'300'000	-81'275'000	-104'500'000

Kommentar Budget

Kantonsratsbeschluss für folgendes Projekt ist noch ausstehend:
 - Projekt HB3060.0147 Wettbewerb Kantonsschule Cham

Kommentar Finanzplan

Kantonsratsbeschluss für folgendes Projekt ist noch ausstehend:
 - Projekt HB3060.0138, Instandsetzung AZ Schönau: Bauausführung

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3061-Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
310	Material- und Waren-aufwand	-11'180.05	-15'000	-14'000	1'000	-6.7	-14'300	-14'600	-14'900
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV	-34'557.64	-29'900	-35'400	-5'500	18.4	-36'100	-36'800	-37'500
313	Dienstleistungen und Honorare	-210'781.31	-209'400	-226'350	-16'950	8.1	-230'900	-235'500	-240'200
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV	-211'685.91	-285'100	-242'000	43'100	-15.1	-246'900	-251'800	-256'900
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-333'261.28	-335'060	-321'265	13'795	-4.1	-327'700	-334'300	-341'000
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-341'854.09	-216'540	-347'985	-131'445	60.7	-394'500	-447'500	-505'700
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-50'000.00	-50'000	-50'000	0	0.0	-50'000	-50'000	-50'000
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-20'530.00	-19'000	-14'000	5'000	-26.3	-25'000	-26'000	-20'000
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	-445'374.31	-430'000	-419'000	11'000	-2.6	-378'000	-341'000	-306'000
	Total Aufwand	-1'659'224.59	-1'590'000	-1'670'000	-80'000	5.0	-1'703'400	-1'737'500	-1'772'200
426	Rückerstattungen	5'492.60							
429	Übrige Entgelte	2'040.00							
447	Liegenschaftenertrag VV	1'651'691.99	1'590'000	1'670'000	80'000	5.0	1'703'400	1'737'500	1'772'200
	Total Ertrag	1'659'224.59	1'590'000	1'670'000	80'000	5.0	1'703'400	1'737'500	1'772'200
	Saldo	0.00	0	0	0		0	0	0

Kommentar Budget

Die Leistungen im Zusammenhang mit der Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung werden vom Hochbauamt erbracht und sind im entsprechenden Leistungsauftrag (inkl. Kennzahlen) enthalten.

Kommentar Finanzplan

Insbesondere wegen der degressiven Abschreibung steigen die Überschüsse über die Planjahre laufend.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
HB3061.0023 Neugestaltung PP und Umgebung LBBZ Schluecht						
Ausgaben			-600'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben			-600'000			
Einnahmen						
Saldo			-600'000			

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3061-Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
HB3061.0022 Parkleitsystem Zug						
Ausgaben	-3'374.31					
Einnahmen						
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-3'374.31					
Einnahmen						
Saldo	-3'374.31					

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Raumplanung sorgt für eine zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens und trägt den Natur- und Kulturlandschaften des Kantons Sorge. Es koordiniert und steuert die räumliche Entwicklung im Kanton, erarbeitet die Gesamtverkehrsplanung, erstellt die Agglomerationsprogramme und führt die kantonale Statistik.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Übergeordnete Planungen

- Kantonale Richtplanung
- Sachplanungen und Konzepte des Bundes
- Interkantonale Zusammenarbeit
- Raubeobachtung

Leistungsgruppe 2: Verkehr und Agglomerationen

- Kantonale Verkehrsplanung
- Kantonales Verkehrsmodell
- Fachstellen kantonale Wanderwege und Radwege
- Agglomerationsprogramme

Leistungsgruppe 3: Natur und Landschaft

- Landschaftsschutz
- Arten- und Biotopschutz
- Gartendenkmalpflege

Leistungsgruppe 4: Kantonale Koordinationsstelle

- Ortsplanungen und Bebauungspläne
- Baugesuche und Plangenehmigungsverfahren
- Konzessionen und Nutzung Gewässer
- Kantonale Nutzungszonen Kies- und Abfallanlagen

Leistungsgruppe 5: Fachstelle Statistik

- Erhebung
- Koordination
- Berichterstattung

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Raumplanung vom 22. Juni 1979 (RPG, SR 700) und Raumplanungsverordnung vom 28. Juni 2000 (SR 700.1)

- Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (Registerharmonisierungsgesetz, RHG; SR 431.02) und dazu gehörende Verordnung
- Bundesgesetz vom 22. Juni 2007 über die eidgenössische Volkszählung (Volkszählungsgesetz; SR 431.112) und dazu gehörende Verordnung
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1996 (NHG; SR 451)
- Gewässerschutzgesetz vom 24. Januar 1991 (GSchG; SR 814.20)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister vom 30. Oktober 2008 (EG RHG; BGS 251.1) und dazu gehörende Verordnung
- Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz vom 1. Juli 1993 (GNL; BGS 432.1)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG; BGS 731.1)
- Gesetz über Strassen und Wege vom 30. Mai 1996 (GSW; BGS 751.14)
- Kantonaler Richtplan vom 28. Januar 2004 (BGS 711.3)
- Planungs- und Baugesetz vom 26. November 1998 (PBG; BGS 721.11)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Leistungsgruppen werden gegenüber dem Leistungsauftrag 2014 neu strukturiert. Die Zielsetzungen in den einzelnen Leistungsgruppen sind auf die wichtigen Projekte fokussiert. Daueraufgaben und wiederkehrende Ziele wie das Erstellen von Stellungnahmen oder der Einsatz in Arbeitsgruppen von Bund, Metropolitanraum Zürich und anderen Direktionen werden nicht mehr speziell aufgeführt. Das Amt erteilt in allen Leistungsgruppen ausgewiesenen Planungsbüros externe Aufträge.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Übergeordnete Planungen					
1	Haushälterische Bodennutzung durch Interessenabwägungen im Richtplan	Bund, Kantonsrat, Regierungsrat	Bericht und Antrag an den Regierungsrat spätestens 6 Wochen nach Eingang der Stellungnahmen	Regierungsratsbeschluss 6 Wochen nach Abschluss der öffentlichen Mitwirkung	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
2	Fördern der grenzüberschreitenden, interkantonalen Zusammenarbeit	Nachbarkantone, Gemeinden	Mind. 1 Treffen mit den interessierten Nachbarkantonen	«Fällt weg»	
3	Termingerechtes Bearbeiten von Stellungnahmen zu Sachplänen, Konzepten, Projekten, Gesetzen und Verordnungen des Bundes	Bund, Regierungsrat	Fristen werden zu 100 % eingehalten	«Fällt weg»	
A	Unterirdische Verlegung der 380-kV-Leitung Mettlen-Benken in Absprache mit Bund	Bund, Kantonsrat, Regierungsrat, Gemeinden, Dritte		Öffentliche Auflage der Anpassung des Richtplans 2015	Genehmigung Bund
L1	Beschluss RR des neuen Raumordnungskonzepts (ROK)	Bund, Kantonsrat, Regierungsrat, Direktionen, Gemeinden, Dritte		Aktualisierung der Bauzonensstatistik 2014 bis März; öffentliche Auflage ROK 16 bis November	Genehmigung Bund
Leistungsgruppe 2: Verkehr und Agglomerationen					
4	Optimieren Verkehrsmodell und informieren über Verkehrsentwicklungen	Bund, Direktionen, Gemeinden, Dritte	Mind. 70 Verkehrserhebungen pro Jahr mit sofortiger Auswertung; auf mind. 95 % aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innerhalb 24 Stunden reagieren	Verkehrsmodell zu 100 % einsatzfähig; 70 Verkehrserhebungen mit Auswertung	Gleich
5	Termingerechtes Erarbeiten von Grundlagen für die Verkehrsplanung, Mobilität	Bund, Kantonsrat, Regierungsrat, Gemeinden	Fristen werden zu 100 % eingehalten	«Fällt weg»	
6	Aufsicht über die kantonalen Radstrecken und die allgemeinen Belange des Zweiradverkehrs	Bund, Direktionen, Gemeinden, Dritte	Laufende Projektüberprüfungen aus Sicht des Zweiradverkehrs in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt	«Fällt weg»	
B	Anpassen Zuger Wanderwegnetz	Bund, Direktionen, Gemeinden, Dritte	Umsetzung Neusignalisation aller kantonalen Wanderwege	Kantonsratsbeschluss Wanderwegnetz im Zuger Richtplan bis Mitte Jahr	Genehmigung Bund, Signalisation
C	Erarbeiten Agglomerationsprogramme	Bund, Regierungsrat	Vorbereitungsarbeiten für die Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung Agglomerationsprogramm 2. Generation nach den Vorgaben des Bundes durchgeführt	Unterschrift Bund zum Programm 2. Generation bis Anfang Jahr; Start Erarbeitung Programm 3. Generation ab Mitte Jahr	Steigend
Leistungsgruppe 3: Natur und Landschaft					
7	Ökologisches Aufwerten der Hoch- und Flachmoore und Bekämpfung der Neophyten in Mooren	Bund, Direktionen, Gemeinden, Korporationen, Dritte	Fristgerechte Auszahlung der Beiträge bis Ende 2014	Betreuen von 5 Aufwertungsprojekten; 50 % Reduktion der Neophyten in ausgewählten Mooren	Steigend
8	Vermindern der Interessenkonflikte Naturschutz, Erholung und Landwirtschaft auf dem Zugerberg	Direktionen, Gemeinden, Korporationen, Dritte	Beschilderung im Gebiet Eigenried erneuert; Machbarkeit Bike-Trail geklärt	Eröffnung Bike-Trail und Regeln des Betriebes; Umlegung Loipe Zugerberg	Aufgaben steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
9	Moorregenerationen in Mooren von nationaler Bedeutung	Korporationen, Dritte	Umsetzen in mind. 5 Mooren	«Fällt weg»	
10	Koordinieren und Umsetzen von Artenschutz- und Fördermassnahmen	Bund, regionale Koordinationsstellen, Dritte	Vertiefte Untersuchungen in ausgewählten Schwerpunktbereichen	«Fällt weg»	
D	Erstellen Konzept vielfältige und vernetzte Landschaft	Bund, Direktionen, Dritte	Konzept liegt vor	Regierungsratsbeschluss bis Mitte Jahr; Start von 2 konkreten Umsetzungen	Umsetzungen
L7	Projekt «Zuger Chriesi»	Bund, Direktionen, Nachbarkantone, Dritte	Umsetzung Teilprojekt Landschaft läuft	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 4: Kantonale Koordinationsstelle					
11	Zeitgerechte Gesuchsbehandlung	Bund, Gemeinden, Dritte		80 % Einhalten der Fristen; Entscheide Verwaltungsgericht zu 90 % im Sinne des Amtes	Steigend
12	Termingerechtes Vorprüfen und Genehmigen von Ortsplanungen und Bebauungsplänen	Gemeinden	3 Monate bei Gesamtrevisionen und neuen Bebauungsplänen; 2 Monate bei Teilrevisionen	«Fällt weg»	
13	Termingerechtes Behandeln von Bauanfragen und Baugesuchen (ausserhalb der Bauzone, innerhalb des Gewässerabstandes, Starkstromanlagen)	Gemeinden, Dritte	Fristen: innert 1 Monat Schreiben beziehungsweise Verfügung; Bauanzeigen innert 10 Tagen	«Fällt weg»	
14	Termingerechtes Behandeln von Gesuchen für den Kiesabbau und Deponien	Gemeinden, Dritte	Fristen: innert 6 Monaten verfügen	«Fällt weg»	
15	Termingerechtes Erteilen von Konzessionen	Gemeinden, Dritte	Fristen: innert 2 Monaten Schreiben beziehungsweise Verfügung; bei neuen Konzessionsgesuchen 4 Monate	«Fällt weg»	
E	Vereinfachen GemDat (Baubewilligungsverfahren)	Direktionen, Gemeinden, Dritte		Installation neuer Schnittstellen zwischen GemDat und Zahlungssoftware und weiteren Anwendungen	Weitere Optimierungen
Leistungsgruppe 5: Fachstelle Statistik					
16	Fristgerechter Datenaustausch	Bund		Liefern Volkszählungsdaten und Bildungsstatistik zu 100 % innert Frist	Gleich
17	Kundenorientierter Betrieb EKV4 (Einwohnerkontrolle)	Gemeinden		Beantwortung 90 % der Kundenanfragen innert 24 Stunden	Gleich
18	Orientierung zu Entwicklungen mit statistischen Daten	Kantonsrat, Regierungsrat, Direktionen, Dritte		Zug in Zahlen bis Oktober; 4 elektronische Newsletter; Beantwortung 95 % aller Anfragen innert 24 Stunden	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
19	Erbringen von statistischen Dienstleistungen und Auskünften für die Verwaltung und die Öffentlichkeit	Kantonsrat, Regierungsrat, Direktionen, Gemeinden, Dritte	Auf mind. 95 % aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innert 24 Stunden reagieren	«Fällt weg»	
20	Verfassen von statistischen Publikationen	Dritte	Mind. 3 öffentliche Publikationen (Medienmitteilungen, Analysen, Newsletter) pro Jahr	«Fällt weg»	
21	Überwachen der Bauzonenreserven-Entwicklung	Bund, Kantonsrat, Regierungsrat, Gemeinden, Dritte	Aktualisieren der unbebauten Bauzonen in allen Gemeinden per Ende Jahr	«Fällt weg»	
22	Lieferung Volkszählungsdaten an Bundesamt für Statistik	Bundesamt für Statistik	100 % innert Frist (vierteljährlich)	«Fällt weg»	
23	Erarbeiten der statistischen Grundlagen für die Raumbeobachtung	Kantonsrat, Regierungsrat	Grundlagen sind bis Ende Jahr aktualisiert	«Fällt weg»	
24	Produktion «Kanton Zug in Zahlen» in Zusammenarbeit mit der Zuger Kantonalbank	Kantonsrat, Regierungsrat, Dritte	Print-Publikation «Zug in Zahlen» bis September	«Fällt weg»	
25	Koordinieren der Bildungsstatistik für Volkswirtschafts-direktion und Direktion für Bildung und Kultur	Bundesamt für Statistik, Direktionen, Dritte	Termingerechte Datenlieferung aller Schulen ans Bundesamt für Statistik	«Fällt weg»	
F	Gesetzliche Grundlage zur Statistik	Kantonsrat, Direktionen	Der Vernehmlassungsprozess für die gesetzliche Grundlage läuft	Kantonsratsbeschluss zum Statistikgesetz	Abgeschlossen

Kommentar Zielsetzungen

Siehe Punkt 1.4 Kommentar Grundlagen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Baugesuche und Bauanfragen	Anzahl	557	450	450	Gleich
Zonen- und Bebauungspläne	Anzahl	46	30	30	Gleich
Baugesuche Kies- und Abfallanlagen	Anzahl			10	Gleich
Konzessionsgesuche	Anzahl		25	30	Gleich
Entscheide des ARP vor Verwaltungsgericht	Anzahl			10	Steigend
Anfragen zu Verkehrserhebungen	Anzahl			30	Steigend
Neophytenbekämpfung in ausgewählten Mooren	Reduktion			50 %	Steigend
Anfragen zu Statistik und EKV4	Anzahl			600	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Nach einer markanten Zunahme der Baugesuche und Bebauungspläne gehen wir von einer Stabilisierung auf hohem Niveau im Jahr 2015 aus. Diese Zahl ist stark von der wirtschaftlichen Situation und den gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängig und kann vom Amt für Raumplanung nicht beeinflusst werden.

Im Jahr 2015 werden wir eine Analyse des Erfolgs der Neophytenbekämpfung in drei ausgewählten Mooren durchführen. Ziel ist, dass mit den eingeleiteten Massnahmen der Bewuchs mit Neophyten um 50 % reduziert wird.

Die statistischen Anfragen werden erstmals aufgenommen. In den vergangenen zwei Jahren wurden jeweils rund 350 Anfragen gestellt. Dabei handelt es sich um kurze Anfragen für eine gewisse Zahl bis hin zu komplexen Fragestellungen. Wir gehen von einer eher steigenden Anzahl von Anfragen aus, da in der politischen Diskussion die statistischen Aussagen immer zentraler werden. Zudem rechnen wir mit rund 250 Anfragen von Gemeinden zum Programm EKV4.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-5'936'513.96	-7'033'100	-6'905'800	127'300	-1.8	-6'962'300	-7'184'200	-7'409'700
Total Ertrag	982'681.25	1'218'400	1'289'200	70'800	5.8	1'289'200	1'289'200	1'288'200
Saldo	-4'953'832.71	-5'814'700	-5'616'600	198'100	-3.4	-5'673'100	-5'895'000	-6'121'500

Kommentar Budget

Das Budget 2015 korrespondiert mit dem Budget 2014. Die Erhöhung des Aufwands von der Rechnung 2013 zum Budget 2014/15 hat mit neuen Aufgaben im Amt zu tun. Konkret liegt die Verantwortung für die EKV4 (EDV-Support) und der Baubewilligungssoftware GemDat (EDV-Support) neu beim ARP. Auch wurde eine Stelle von der Direktion des Innern zum ARP transferiert. Zudem erarbeitete das ARP im Jahr 2014 die 1. Etappe des neuen Zuger Verkehrsmodells sowie des neuen ROK 2016. Die Erhöhung des Budgets für den EDV-Support und die Weiterentwicklung von GemDat bleibt in den nächsten Jahren bestehen.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT3080.0001 GemDat Raum						
Ausgaben		-60'000	-60'000	-34'000		
Einnahmen						
IT3080.0002 GemDat Rubin Phase 2						
Ausgaben		-390'000	-222'000	-42'000	-42'000	-42'000
Einnahmen		156'000	88'800	16'800	16'800	16'800
Total Budgetkredite						
Ausgaben		-450'000	-282'000	-76'000	-42'000	-42'000
Einnahmen		156'000	88'800	16'800	16'800	16'800
Saldo		-294'000	-193'200	-59'200	-25'200	-25'200

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

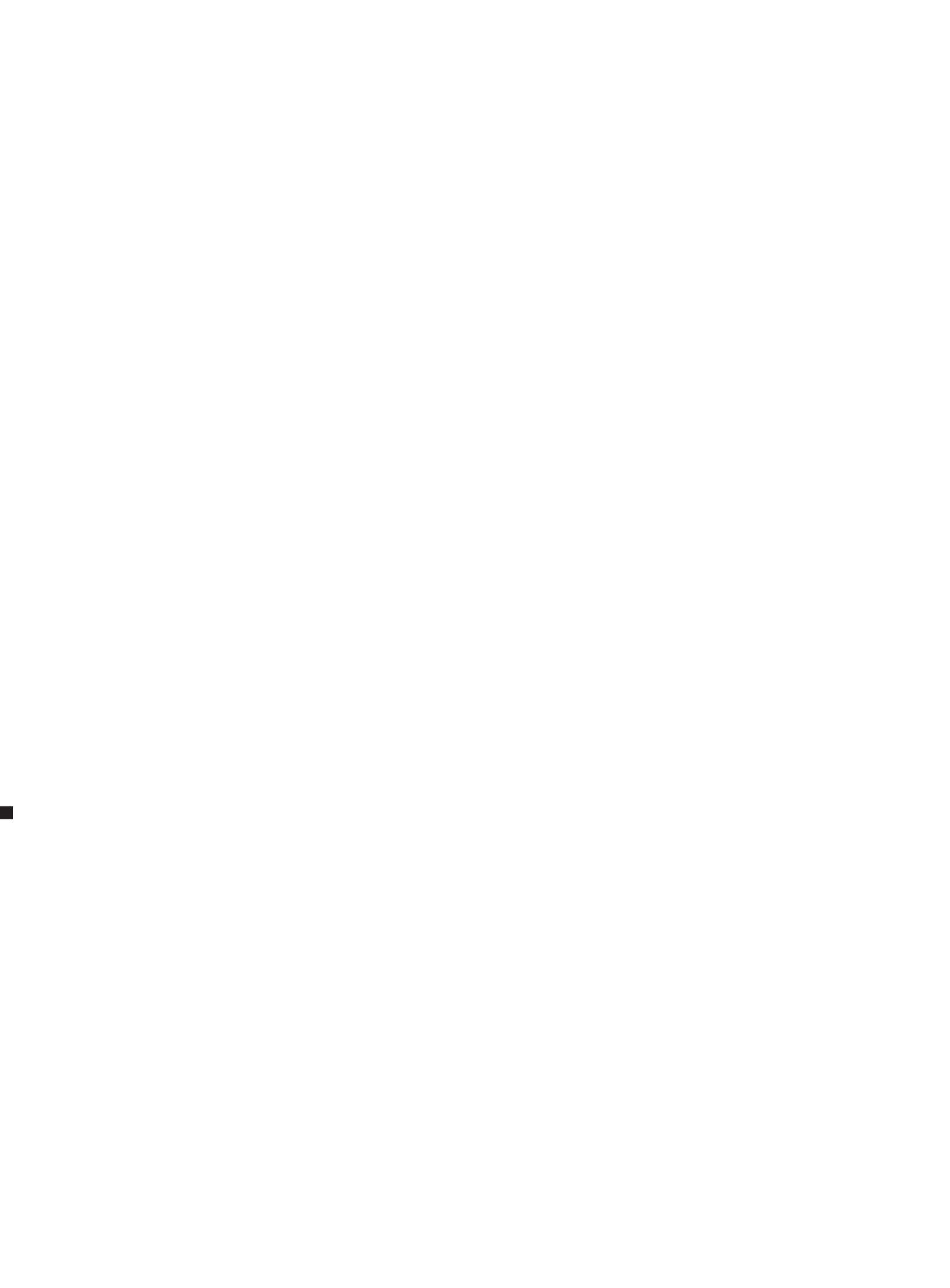
Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
BD3080.0006 Hochspannungsltg. Entschädigung, Landschaftsschutz						
Ausgaben	-34'379.80	-100'000	-100'000			
Einnahmen	11'459.95	33'000	33'000			
BD3080.0009 Unterirdische Führung elektr. Übertragungsleitungen						
Ausgaben		-333'000	-333'000	-333'000		
Einnahmen		166'000				
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-34'379.80	-433'000	-433'000	-333'000		
Einnahmen	11'459.95	199'000	33'000			
Saldo	-22'919.85	-234'000	-400'000	-333'000		

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.



Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
3500	Direktionssekretariat	-2'088'289.78	-2'453'700	-2'439'050	14'650	-0.6	-2'470'550	-2'494'250	-2'557'250
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'054'632.38	-2'379'500	-2'389'600	-10'100	0.4	-2'474'300	-2'550'700	-2'654'700
3541	Stabsstelle Notorganisation	-85'889.78	-133'300	-476'900	-343'600	257.8	-671'200	-930'300	-801'200
3542	Zivilschutz Spezialfinanzierung			0	0		0	0	0
3581	Strassenverkehrsamt	1'575'162.84	2'676'300	2'546'800	-129'500	-4.8	2'448'950	2'271'550	2'088'350
3587	Amt für Feuerschutz	-231'136.40	-221'152	-233'112	-11'960	5.4	-227'600	-227'600	-227'600
3590	Zuger Polizei	-44'322'562.79	-45'701'600	-44'330'600	1'371'000	-3.0	-45'279'500	-47'173'800	-48'559'800
3592	Amt für Migration	-1'266'113.71	-1'560'300	-1'653'600	-93'300	6.0	-1'716'600	-1'826'600	-1'935'600
3595	Strafanstalt	-2'488'775.28	-2'592'150	-2'840'900	-248'750	9.6	-2'921'600	-3'006'300	-3'098'100
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	-5'006'263.50	-5'421'050	-5'205'850	215'200	-4.0	-5'240'050	-5'260'950	-5'282'650
35	Sicherheitsdirektion	-55'968'500.78	-57'786'452	-57'022'812	763'640	-1.3	-58'552'450	-61'198'950	-63'028'550

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
3541	Stabsstelle Notorganisation		-400'000	-150'000	250'000	-62.5			
3581	Strassenverkehrsamt	18'643.85	-449'000	-190'000	259'000	-57.7	-70'000	-70'000	-70'000
3587	Amt für Feuerschutz	-100'824.15	-35'200	-618'000	-582'800	1655.7	-35'200		
3590	Zuger Polizei	-3'581'920.50	-10'290'000	-7'030'000	3'260'000	-31.7	-1'954'000	-825'000	-650'000
35	Sicherheitsdirektion	-3'664'100.80	-11'174'200	-7'988'000	3'186'200	-28.5	-2'059'200	-895'000	-720'000

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Die Reduktion gegenüber dem Vorjahresbudget (- 1,3 Prozent) ergibt sich einerseits durch eine moderate Aufwandszunahme und andererseits durch wesentlich mehr Erträge. Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Aufwand der SD-Ämter gesamthaft um rund 1,6 Prozent an. Die Zunahme des Personalaufwandes (2,2 Prozent) ist grossmehrheitlich auf die neue Pensionskassengesetzgebung zurückzuführen, die neu nach Alter gestaffelte Sparbeiträge vorsieht (- 870'800 Franken; + 17,1 Prozent). Es wurden einzig Personalstellen genehmigt, die vollumfänglich von Dritten finanziert und somit kostenneutral sind. Der Sach- und übrige Betriebsaufwand sinkt auf die ganze Direktion gesehen um 1,0 Prozent. Der Aufwand der Stabsstelle Notorganisation steigt erheblich an, da neu die Betriebskosten von Polycom zu budgetieren sind (+ 337'000 Franken). Nachdem der Transferaufwand seit 2013 stetig angewachsen ist, wird für 2015 eine Stabilisierung bzw. eine leichte Reduktion erwartet (- 2,9 Prozent). Entsprechend sind die Vollzugskosten für Freiheitsstrafen im Vollzugs- und Bewährungsdienst um 200'000 Franken tiefer budgetiert (- 4,1 Prozent). Auf der Ertragsseite rechnet die Sicherheitsdirektion mit wesentlich höheren Erträgen (+ 9,7 Prozent). Ausschlaggebend sind die Bussenerträge der Zuger Polizei, welche um rund 1,7 Millionen Franken höher ausfallen. Hintergrund dieser Zunahme bilden die neuen technischen Mittel für Radarkontrollen, die Einführung des Ordnungsbussenverfahrens für kantonale Übertretungen (z. B. Littering) als auch für den Konsum von Cannabis (seit Herbst 2013). Die Spezialfinanzierung Zivilschutz im Fremdkapital wird neu mit eigener Kostenstelle geführt (Kostenstelle 3542 Zivilschutz Spezialfinanzierung). Dadurch reduziert sich Aufwand als auch Ertrag generell um 1,2 Millionen Franken.

Die Sicherheitsdirektion plant Investitionen in der Höhe von rund 8 Millionen Franken. Das grösste Vorhaben - mit einer Jahrestanche von netto 6,15 Millionen Franken - wird mit der Umsetzung des neuen Funksystems der Notorganisation (Projekt Polycom) realisiert.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat erfüllt Stabs-, Planungs-, Koordinations- und Beratungsfunktionen für den Sicherheitsdirektor und die Ämter der Sicherheitsdirektion. Es nimmt Aufgaben in der Funktion als Rechtsdienst des Regierungsrates und der Sicherheitsdirektion wahr. Es erarbeitet Berichte und Anträge an den Regierungsrat und an den Kantonsrat. Das Direktionssekretariat ist auch Opferhilfestelle und führt das Eichamt.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst

- Juristische Auskünfte und Unterstützung im Zuständigkeitsbereich der Sicherheitsdirektion (SD)
- Instruktion Beschwerden und Staatshaftung
- Erarbeitung und Qualitätssicherung von Verträgen der SD
- Rechtsdienst des Regierungsrates
- Parteistellung in Verfahren gemäss Verantwortlichkeitsgesetz

Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte

- Qualitätssicherung Anträge der SD
- Erarbeitung Erlasse
- Beantwortung parlamentarischer Vorstösse
- Verfassen von Mitberichten und Vernehmlassungen
- Sekretariat parlamentarischer Kommissionen

Leistungsgruppe 3: Vollzugsaufgaben

- Verfügungen und Stellungnahmen im Bereich Strassenverkehrsrecht
- Bewilligungen Lotteriewesen
- Beiträge aus dem Lotteriefonds

Leistungsgruppe 4: Stabsdienstleistungen

- Interne und externe Kommunikation
- Planung und Koordination der Aufgaben und Aufträge der SD
- Mitwirkung in Projekten und Arbeitsgruppen
- Informatikkoordination der SD
- Submissionswesen der SD
- Personalwesen der SD
- Direktionsrechnungsführung

Leistungsgruppe 5: Opferhilfe (OH)

- Vollzug der Opferhilfegesetzgebung des Bundes
- Verhandlung und Controlling von Leistungsvereinbarungen
- Instruktion Gesuche betreffend staatliche finanzielle Leistungen an Opfer schwerer Straftaten

Leistungsgruppe 6: Eichamt

- Nacheichung Messmittel
- Marktüberwachung
- Füllmengenkontrollen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die Verantwortlichkeit der Gemeinwesen, Behördenmitglieder und Beamten vom 1. Februar 1979 (Verantwortlichkeitsgesetz, BGS 154.11)
- Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen vom 1. April 1976 (Verwaltungsrechtspflegegesetz, BGS 162.1)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten vom 6. Juli 1978 (Lotteriegesezt, BGS 942.41)
- Gesetz über Spielautomaten und Spiellokale vom 25. Februar 1982 (BGS 942.48)
- Polizeigesetz vom 30. November 2006 (BGS 512.1)
- Gesetz über die Organisation der Polizei vom 30. November 2006 (Polizei-Organisationsgesetz, BGS 512.2)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz vom 30. September 2010 (Bereich Zivilschutz, EG ZGB, BGS 531.1)
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen vom 22. Dezember 1983 (Notorganisationsgesetz, BGS 541.1)
- Gesetz über die Gebäudeversicherung vom 20. Dezember 1979 (BGS 722.1)
- Gesetz über den Feuerschutz vom 15. Dezember 1994 (BGS 722.2)
- Einführungsgesetz vom 31. Januar 2013 zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG, BGS 122.5)
- Verordnung über die Militärverwaltung vom 2. Dezember 2003 (BGS 521.1)
- Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation (BGS 752.21)
- Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über das Messwesen vom 5. April 1982 (BGS 942.11)
- Verordnung betreffend Einführung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (BGS 315.1)
- Verordnung über die Strafanstalt vom 6. Mai 2003 (BGS 331.1)
- Verordnung über den strafrechtlichen Justizvollzug gegenüber Erwachsenen vom 7. Dezember 2010 (BGS 331.2)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Gesamtzielsetzung					
1	Effiziente und nachhaltige Arbeiterledigung	Bevölkerung, Direktionssekretariat, Ämter	Arbeitsprozesse sind überprüft und aktualisiert	Arbeitsprozesse des Organisations- und Managementhandbuchs sind überprüft und aktualisiert	Gleich
Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst					
2	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Gerichte	90 % der Anträge innert 3 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	90 % der Anträge innert 3 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	Gleich
3	Umgehende Einleitung von verfahrensleitenden Schritten als Rechtsdienst des Regierungsrates	Direktionen, Regierungsrat, Justiz, Bundesverwaltung, Bundesparlament	Verfahrensleitende Schritte innert 4 Arbeitstagen eingeleitet	Innert 4 Arbeitstagen	Gleich
4	Fristgerechte Stellungnahme als Partei im Staatshaftungsverfahren	Beschwerdeführende, Vorinstanzen, Gerichte	Vorverfahren innert 6 Monaten abgeschlossen; Fristen des Gerichts eingehalten	Vorverfahren innert 6 Monaten abgeschlossen; Fristen des Gerichts eingehalten	Gleich
L46a	Ermöglichung kurzer Wege im Verwaltungsverfahren	Beschwerdeführende, Vorinstanzen, Gerichte	Umsetzung der vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen begonnen	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte					
5	Hohe Qualität der Anträge der SD	Regierungsrat	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	Gleich
6	Fristgerechte Bearbeitung der parlamentarischen Vorstösse	Regierungsrat, Kantonsrat	Gesetzliche Fristen eingehalten	Gesetzliche Fristen eingehalten	Gleich
7	Fristgerechte Durchführung von Vernehmlassungen	Bund, Direktorenkonferenz	Fristen sind eingehalten	100 % innert Frist	Gleich
8	Fristgerechte Einreichung von Mitberichten und Stellungnahmen	Direktionen, Gerichte		100 % innert Frist	Gleich
A	Totalrevision Filmgesetz	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat	Parlamentarisches Verfahren abgeschlossen	«Fällt weg»	
B	Öffentlichkeitsgesetz	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat	Checklisten erstellt; Schulungen durchgeführt	«Fällt weg»	
C	Erledigung der Motion Übelhart und Wicky zur Aufhebung der Feuerwehrlaufpflicht und Ersatzabgabe	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat	Parlamentarisches Verfahren abgeschlossen	«Fällt weg»	
D	Erledigung des Postulats Hürlimann zur Revision der Strassensignalisationsverordnung	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat	Bericht und Antrag des Regierungsrats zur Umsetzung des Postulats an KR überwiesen	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
E	Erledigung des Postulats der Justizprüfungskommission betreffend Schaffung einer zentralen Informationsstelle für Personen mit erhöhtem Gewalt-/Konfliktpotential	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat		Vernehmlassungsverfahren eröffnet	Projekt abgeschlossen
F	Totalrevision Gesetz über die Gebäudeversicherung (BGS 722.11)	Hauseigentümer, Bevölkerung		RR-Vorlage dem KR überwiesen	Inkraftsetzung und Umsetzung
L24	Gewährleistung Sicherheit im öffentlichen Raum	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat	Teilprojekt Übertretungsstrafrecht: Fortsetzung der Informationskampagne durchgeführt	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 3: Vollzugsaufgaben					
9	Beförderliche Bearbeitung der eingehenden Gesuche für Verkehrsanordnungen	Antragstellende	90 % der Gesuche innert 3 Wochen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	90 % innert 15 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Gleich
10	Beförderliche Bearbeitung eingehender Gesuche im Lotteriewesen	Antragstellende	Gesuche innert 14 Tagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Gleich
11	Rasche Bearbeitung der eingehenden Beitragsgesuche unter Fr. 10'000 aus dem Lotteriefonds	Antragstellende	Gesuche unter Fr. 10'000 innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Gleich
Leistungsgruppe 4: Stabsdienstleistungen					
12	Gewährleistung des internen Informationsflusses	Amtsleiter SD	11 Amtsleitersitzungen; 12 Teamsitzungen des Direktionssekretariats; 1 Klausurtagung Amtsleitende	11 Geschäftsleitungssitzungen; 1 Klausurtagung	Gleich
13	Aktive Information über aktuelle Themen der Sicherheitsdirektion	Medien, Öffentlichkeit	12 Vorträge; 50 Medienkontakte; 2 Medienkonferenzen	12 Vorträge; 50 Medienkontakte; 2 Medienkonferenzen	Gleich
14	Fristgerechte und korrekte Direktionsrechnungsführung	Ämter SD	Fristen FD eingehalten; keine schwerwiegenden Beanstandungen der Finanzkontrolle	Fristen FD eingehalten; keine schwerwiegenden Beanstandungen der Finanzkontrolle	Gleich
Leistungsgruppe 5: Opferhilfe (OH)					
15	Rasche Beurteilung von Gesuchen für Soforthilfe	Opferberatungsstellen, Opfer, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Frauenhäuser	90 % innert 3 Arbeitstagen nach Eingang der Entscheid relevanten Unterlagen	90 % innert 3 Arbeitstagen nach Eingang der Entscheid relevanten Unterlagen	Gleich
16	Rasche Beurteilung von Gesuchen für längerfristige Hilfe	Opferberatungsstellen, Opfer, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Therapeutinnen und Therapeuten, Frauenhäuser, Dolmetscher/innen	90 % der Verfügungen innert 3 Wochen nach Eingang der Entscheid relevanten Unterlagen	90 % innert 15 Arbeitstagen nach Eingang der Entscheid relevanten Unterlagen	Gleich
17	Beförderliche und fachgerechte Beurteilung von Gesuchen betreffend Entschädigungen und Genugtuungen	Opferberatungsstellen, Opfer, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte	90 % innert 2 Monaten nach Eingang der Entscheid relevanten Unterlagen	90 % innert 3 Monaten nach Eingang der Entscheid relevanten Unterlagen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
18	Effiziente und effektive Aufsicht/Controlling Opferberatungsstellen	Opferberatungsstellen, Öffentlichkeit	Prüfung der von Opferberatungsstellen gesprochenen Kostengutsprachen innert 3 Arbeitstagen	Prüfung der von Opferberatungsstellen gesprochenen Kostengutsprachen innert 3 Arbeitstagen; jährliche Überprüfung der Abrechnungen im Bereich der direkten Opferhilfe	Gleich
Leistungsgruppe 6: Eichamt					
19	Messmittel sind gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm geeicht	Öffentlichkeit, Ämter	1'350 Messmittel gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm geeicht	1'350 Messmittel innert Frist	Gleich
20	Fach- und termingerechte Füllmengenkontrollen nach Mengenangabeverordnung (MEAV)	Öffentlichkeit	35 Hersteller von Fertig-/und Zufallspackungen gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm kontrolliert	30 Hersteller von Fertig-/und Zufallspackungen gemäss Fälligkeit Eichverwaltungsprogramm kontrolliert	Gleich
21	Vorgaben des Bundesamts für Metrologie Metas sind erfüllt	Öffentlichkeit	Jahresziele Metas erreicht	Jahresziele Metas erreicht	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Zu Ziel 1: Die effiziente und nachhaltige Arbeitserledigung wurde mit der Einführung des Qualitätsmanagements sichergestellt. Das Projekt ist abgeschlossen, doch handelt es sich um eine Daueraufgabe, die eine jährliche Überprüfung der Arbeitsprozesse nach sich zieht.

Zu Ziel 7 und 8: Die federführende Bearbeitung von Vernehmlassungen einerseits und die Mitberichte an andere Direktionen andererseits werden neu separat aufgeführt und mit einer entsprechenden Ziel- und Plangrösse hinterlegt.

Zu Ziel 17: Die Frist für die Beurteilung von Entschädigung und Genugtuungen von Opfern wird von zwei auf drei Monate erhöht, da die Zielgrösse sowohl 2013 wie auch 2014 nicht mit den bestehenden Ressourcen erreicht werden konnte.

L24 + L46a sind umgesetzte Ziele aus der Legislaturzielperiode 2010-2014.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Beschwerden und Einsprachen	Anzahl	21	55	45	Gleich
Staatshaftung	Anzahl	10	15	12	Gleich
Aufsichtsbeschwerden	Anzahl	7	5	5	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	12	8	10	Gleich
Federführung in Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenzen	Anzahl	41	20	20	Gleich
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl			25	Gleich
Bearbeitung RR-Geschäfte	Anzahl	93	90	90	Gleich
Verkehrsanordnungen	Anzahl	71	100	150	Gleich
OH-Gesuche und Kostengutsprachen Soforthilfe	Anzahl			75	Gleich
OH-Gesuche Längerfristige Hilfe	Anzahl			30	Gleich
OH-Gesuche Entschädigung/Genugtuung/Vorschuss	Anzahl			15	Gleich
Eichpflichtige Messmittel (Eichamt)	Anzahl	2'690	2'800	2'600	Gleich
Hersteller Fertig-/Zufallspackungen (Eichamt)	Anzahl	70	65	65	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die ehemalige Plangrösse «Gesuche Opferhilfe» wurde in drei Kategorien unterteilt und entspricht somit der Aufteilung der Zielsetzungen im Bereich Opferhilfe. Neu werden Mitberichte zuhanden anderer Direktionen oder der Gerichte als Einfluss- und Plangrössen aufgeführt.

Der Anstieg der Plangrösse «Verkehrsanordnungen» ist auf die Übernahme der dauernden Verkehrsanordnungen auf Kantonsstrassen der Stadt Zug per 1. Januar 2015 zurückzuführen (Erledigung des Postulats Hürlimann; Vorlage Nr. 1863.1-13208).

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-2'257'067.93	-2'620'400	-2'599'800	20'600	-0.8	-2'631'300	-2'655'000	-2'718'000
Total Ertrag	168'778.15	166'700	160'750	-5'950	-3.6	160'750	160'750	160'750
Saldo	-2'088'289.78	-2'453'700	-2'439'050	14'650	-0.6	-2'470'550	-2'494'250	-2'557'250

Kommentar Budget

Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Zivilschutz und Militär vollzieht den Zivilschutz im Kontroll-, Aufgebots-, Ausbildungs-, Einsatz- und Alarmierungswesen sowie die baulichen Vorschriften. Die Zivilschutzorganisation unterstützt die Bevölkerung und die Partner des Bevölkerungsschutzes. Das Amt bearbeitet die vom Bund dem Kanton übertragenen militärischen Aufgaben im Kontroll-, Rekrutierungs-, Schiess- und ausserdienstlichen Disziplinarstrafwesen, die Wehrpflichtersatzabgabe und führt eine Retablierungsstelle.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Militärverwaltung

- Führt das Kontrollwesen
- Führt Orientierungstage durch und bietet zur Rekrutierung auf
- Bearbeitet und veranlagt die Wehrpflichtersatzabgabe
- Betreibt im Auftrag des Bundes eine Retablierungsstelle
- Kontrolliert die Erfüllung der ausserdienstlichen Pflichten und vollzieht das Disziplinarstrafwesen

Leistungsgruppe 2: Zivilschutzverwaltung

- Stellt den baulichen Zivilschutz sicher
- Stellt die Alarmierung der Bevölkerung sicher
- Plant die Zuweisung der Bevölkerung auf die Schutzräume
- Unterhält die vom Kanton genutzten Zivilschutzanlagen

Leistungsgruppe 3: Zivilschutzorganisation

- Führt das Kontrollwesen des Zivilschutzes
- Bildet die Angehörigen des Zivilschutzes aus
- Stellt die Einsatzbereitschaft der Zivilschutzorganisation sicher
- Verwaltet und betreibt ein Ausbildungszentrum
- Bewirtschaftet das Material und die Fahrzeuge
- Stellt die Betreuung von schutzsuchenden Personen sicher
- Unterstützt Führungsorgane und Partnerorganisationen
- Stellt den Schutz der Kulturgüter sicher
- Leistet Instandstellungsarbeiten und Einsätze zugunsten der Gemeinschaft

Leistungsgruppe 4: Öffentlichkeitsarbeit und besondere Aufgaben

- Informiert und berät Behörden, Verwaltung und die Bevölkerung
- Führt den zugerischen Winkelriedfonds
- Führt die Entlassung aus der Dienstpflicht durch (Armee und Zivilschutz)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 3. Februar 1995 über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG, SR 510.10)
- Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008 über die militärischen Informationssysteme (MIG, SR 510.91)
- Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über den Bevölkerungsschutz und Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG, SR 520.1)
- Bundesgesetz vom 12. Juni 1959 über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG, SR 661)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bereich Zivilschutz, EG BZG) vom 30. September 2010 (BGS 531.1)
- Verordnung zum EG betr. Zivilschutz vom 28. Juni 2011 (BGS 531.11)
- Verordnung über die Militärverwaltung vom 2. Dezember 2003 (BGS 521.1)
- Verordnung über den Wehrpflichtersatz vom 26. November 1996 (BGS 521.4)
- Verordnung über die Alarmorganisation in Friedenszeiten vom 28. Juni 2011 (BGS 531.14)
- Verwaltungsvereinbarung betreffend gemeinsamer Durchführung der Grund, Kader und Spezialistenausbildung im Zivilschutz (Ausbildungsvereinbarung Zivilschutz) vom 12. Februar 2004 (BGS 531.17)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Militärverwaltung					
1	Stellt aktuellen Datenbestand des Kontrollwesens sicher	Wehr-, schutz- und zivildienstpflichtige Personen	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Gleich
2	Führt jährlich Orientierungstage für alle 18-jährigen Schweizer durch und bietet zur Rekrutierung auf	Armee, Stellungspflichtige	10 Orientierungstage	10 Orientierungstage, 15 Rekrutierungszyklen	Gleich
3	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Angehörige der Armee	Innert 2 Wochen bearbeitet	Innert 2 Wochen bearbeitet	Gleich
4	Veranlagt und bewirtschaftet die Wehrpflichtersatzabgabe korrekt und vollständig	Wehr-, schutz- und zivildienstpflichtige Personen	100 % bewirtschaftet; Revision stellt keine gravierenden Mängel fest	100 % bewirtschaftet; Revision stellt keine gravierenden Mängel fest	Gleich
5	Kontrolliert die korrekte und zeitgerechte Erfüllung der Schiesspflicht der Angehörigen der Armee	Armee	Im Januar Liste der Säumigen kontrolliert und bearbeitet	Im Januar Liste der Säumigen kontrolliert und bearbeitet	Gleich
6	Vollzieht das Disziplinarstrafwesen fristgerecht	Angehörige der Armee	100 % innert der Verjährungsfrist (1 Jahr) vollzogen	100 % innert der Verjährungsfrist (1 Jahr) vollzogen	Gleich
7	Retablierungsstelle erfüllt den Leistungsauftrag Logistikbasis der Armee (LBA) in hoher Qualität	Angehörige der Armee, des Zivilschutzes und der Notorganisation	3 Tage pro Woche geöffnet; keine Beanstandungen durch VBS	3 Tage pro Woche geöffnet; keine Beanstandungen durch LBA	Gleich
Leistungsgruppe 2: Zivilschutzverwaltung					
8	Bearbeitet und verfügt über Baugesuche zeitgerecht	Bauherrschaft	Innert 2 Wochen	Innert 2 Wochen	Gleich
9	Hält die Zuweisungsplanung der Bevölkerung auf die Schutzräume aktuell	Bevölkerung, Zivilschutzorganisation	1 Überarbeitung	1 Überarbeitung	Gleich
10	Führt periodische Schutzraumkontrollen gemäss Checkliste in hoher Qualität durch	Hauseigentümer/innen	350 Objekte	600 Objekte	Gleich
A	Schnittstelle zwischen Software baulicher Zivilschutz und Software Bauverwaltung	Zivilschutzverwaltung	Realisierung im 3. Quartal	«Fällt weg»	
B	Sanierung Anlage Sternmatt	Zivilschutzorganisation	Abschluss der Arbeiten im 4. Quartal	«Fällt weg»	
C	Sirenenalarm mit Polyalert realisieren	Bevölkerung, Zivilschutzorganisation		Projektstart 2. Quartal	Projektabschluss
D	Rückbau von Schutzanlagen und Überführung in öffentliche Schutzräume	Bevölkerung, Zivilschutzorganisation		5 Anlagen	Projektabschluss

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 3: Zivilschutzorganisation					
11	Stellt aktuellen Datenbestand des Kontrollwesens sicher	Zivilschutzorganisation, Angehörige des Zivilschutzes	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Gleich
12	Stellt hohe Qualität der Ausbildung sicher	Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes und Bevölkerung	80 % der Teilnehmenden beurteilen die Ausbildung mit gut	80 % der Teilnehmenden beurteilen die Ausbildung mit gut	Gleich
13	Unterstützt TixiTaxi mit regelmässigem Fahrdienst	TixiTaxi, Menschen mit Behinderung	700 Einsatztage	700 Einsatztage	Gleich
14	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Angehörige des Zivilschutzes	Innert 1 Woche	Innert 1 Woche	Gleich
15	Leistet nach Bedarf Unterstützungseinsätze zugunsten der Gemeinschaft	Organisationskomitees, soziale Einrichtungen und Bevölkerung	800 Einsatztage	1'200 Einsatztage	Sinkend
16	Stellt den zeitgerechten Ersatz der persönlichen Ausrüstung, des Materials und der Fahrzeuge gemäss Sicherheitsanforderungen und Beschaffungskonzepte sicher	Zivilschutzorganisation	Kontrolle des Inventars gemäss Planung durchgeführt	Kontrolle des Inventars gemäss Planung durchgeführt	Gleich
E	Einführung Personal-Informationen-System der Armee und des Zivilschutzes (PISA ZS)	Bundesamt für Bevölkerungsschutz, Sozialversicherung, Zivilschutzorganisation		Mitwirkung im Pilotprojekt; Daten der Angehörigen des Zivilschutzes im PISA ZS erfasst	Projektabschluss
Leistungsgruppe 4: Öffentlichkeitsarbeit und besondere Aufgaben					
17	Bearbeitet Gesuche des Winkelriedfonds effizient	Angehörige der Armee und des Zivilschutzes	100 % der Betroffenen innert 2 Wochen nach der Beförderung angeschrieben	«Fällt weg»	
18	Betreibt eine aktive und offene Öffentlichkeitsarbeit	Bevölkerung, Angehörige der Armee und des Zivilschutzes	Umgehende Medienmitteilungen nach Zivilschutzeinsätzen	Umgehende Medienmitteilungen nach Zivilschutzeinsätzen	Gleich
19	Aktive Mitwirkung bei den kantonalen Verantwortlichen für Militär, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Zentralschweiz	Kantone	Leitung von 4 Koordinations-sitzungen	Leitung von 4 Koordinations-sitzungen	Gleich
F	Feierlichkeiten 700 Jahr Morgarten, 2015	Bevölkerung	Konzept und Projektierung abgeschlossen	Erfolgreiche Umsetzung	Projektabschluss
G	Sanierung und Erweiterung Ausbildungszentrum Schönau	Projektleitung Hochbauamt	Nutzerbedürfnisse eingebracht	Nutzerbedürfnisse eingebracht	Gleich
L18	Umsetzung Strategie Zivilschutz 2015+	Bundesamt für Bevölkerungsschutz	1. Teil-Konzept erarbeitet, 5 Projektsitzungen	Konzept erstellt	Projektumsetzung

Kommentar Zielsetzungen

zu 15: Anstieg der Einsatztage aufgrund verschiedener Grossanlässe im 2015 (Street Hockey WM, 700-Jahr-Feier Morgarten, Tour de Suisse)

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Stellungspflichtige	Pflichtige	560	500	540	Gleich
Meldepflichtige Armee	Pflichtige	7'252	7'300	7'300	Gleich
Meldepflichtige Zivilschutz	Pflichtige	2'048	2'000	2'000	Gleich
Wehrpflichtersatzpflichtige	Pflichtige	3'136	3'000	3'000	Gleich
Disziplinarstrafen Armee	Pflichtige			200	Gleich
Gesuche baulicher Zivilschutz (Schutzraumbaupflicht oder Ersatzabgabe)	Gesuche	160	150	150	Gleich
Dienstverschiebungsgesuche Armee	Gesuche	966	1'100	1'000	Gleich
Dienstverschiebungsgesuche Zivilschutz	Gesuche	442	400	450	Gleich
Kunden Retablierungsstelle	Kunden	1'347	1'500	1'300	Gleich
Kurstage im Zivilschutz	Teilnehmertage	8'367	8'000	8'300	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Disziplinarstrafen Armee neu erfasst ab 2015

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-4'171'803.42	-4'407'100	-3'430'400	976'700	-22.2	-3'515'400	-3'591'800	-3'695'800
Total Ertrag	2'117'171.04	2'027'600	1'040'800	-986'800	-48.7	1'041'100	1'041'100	1'041'100
Saldo	-2'054'632.38	-2'379'500	-2'389'600	-10'100	0.4	-2'474'300	-2'550'700	-2'654'700

Kommentar Budget

Die Reserve Zivilschutzaufwendungen wird neu als Spezialfinanzierung im Fremdkapital mit eigener Kostenstelle geführt (Kostenstelle 3542 Zivilschutz Spezialfinanzierung). Dies führt zu einer Reduktion beim Aufwand und beim Ertrag von je rund 1 Million Franken.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Stabsstelle Notorganisation koordiniert und plant die Vorbereitungen und die Ausbildung für den Einsatz der Notorganisation und ist verantwortlich für den Betrieb und die Bewirtschaftung des Alarmierungssystems.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Notorganisation

- Informiert und berät Behörden, Verwaltung und die Bevölkerung
- Koordiniert die Ausbildung der Partnerinnen und Partner der Notorganisation
- Ist verantwortlich für die Ausbildung des Kantonalen Führungsstabes (KFS) und des Katastrophenstabes (KS)
- Unterstützt die Gemeinden in der Vorbereitung und Ausbildung der Gemeindeführungsstäbe
- Betreibt und bewirtschaftet das Alarmierungssystem
- Bewirtschaftet das Material der Sanitätshilfsstelle (San Hist)
- Koordiniert Aufgaben und Projekte im Bereich der Notorganisation

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzrecht, BZG, SR 520.1)
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen vom 22. Dezember 1983 (Notorganisationsgesetz, BGS 541.1)
- Verordnung über die Alarmorganisation in Friedenszeiten vom 28. Juni 2011 (BGS 531.14)
- Verordnung über die Notorganisation vom 15. Januar 1985 (BGS 541.11)
- Katastrophenplan für den Kanton Zug vom 15. Januar 1985 (BGS 541.13)
- Kantonsratsbeschluss betreffend sofortige Hilfeleistung bei Katastrophen und Kriegen vom 25. April 2002 (BGS 542.12)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Notorganisation					
1	Regelmässige erfolgreiche Durchführung der Probealarme	Partner/innen des Bevölkerungsschutzes	Pro Organisation 3 Probealarme	Pro Organisation 3 Probealarme	Gleich
2	Regelmässige Durchführung von Informations- und Planungsrapporten	Mitglieder der Notorganisation, Führungsstäbe und Sanitätshilfsstelle	Mind. 2 Informations- und Planungsrapporte	Mind. 2 Informations- und Planungsrapporte	Gleich
3	Regelmässige Durchführung von Gemeindeführungsstabsübungen	Gemeinden, Gemeindeführungsstäbe	4 Übungen	4 Übungen	Gleich
4	Stellt die Einsatzbereitschaft der San Hist auf hohem Niveau sicher	Gesundheitswesen und Bevölkerung	Mittelbedarf kontrolliert; Ausbildungsstand aktuell; Mutationen des San Hist Personal innert 2 Wochen bearbeitet	Mittelbedarf kontrolliert; Ausbildungsstand aktuell; Mutationen des San Hist Personal innert 2 Wochen bearbeitet	Gleich
5	Hohe Qualität bei der betrieblichen Sicherheit im Bereich Notfall- und Ereignismanagement sowie Krisenmanagement gewährleisten	Personal kantonale Verwaltung und Gerichte	Standards sind aktualisiert; 1 Ausbildung für neue Führungspersonen durchgeführt	Standards sind aktualisiert; 1 Ausbildung für neue Führungspersonen durchgeführt	Gleich
6	Regelmässige Durchführung von Ausbildungen	Kantonaler Führungsstab (KFS) und seine Abteilungen	5–7 Ausbildungen	5–7 Ausbildungen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
A	Informations- und Kommunikationstechnik-Planung (IKT-Planung) Notorganisation erarbeiten	Führungsorgane, Partner/innen Notorganisation	Konzept erstellt	IKT-Planung NO ZG erarbeiten und aktualisieren	Bewirtschaften
B	Ersatzbeschaffung Container mobile Sanitätshilfsstelle	Bevölkerung, Partner/innen Notorganisation	Durchführung Submissionsverfahren; Antrag zur Beschaffung initialisiert	Abgeschlossen und eingeführt	
C	Sicherheitsverbundübung 2014 (SVU 14)	Kantonaler Führungsstab (KFS)	KFS hat Übung erfolgreich absolviert	«Fällt weg»	
L18	Totalrevision des Bevölkerungsschutzgesetzes	Kantonsrat	Gesetzesvorlage erarbeitet und an Kantonsrat überwiesen; Verordnung im Entwurf erarbeitet	Gesetzesvorlage erarbeitet und an Kantonsrat überwiesen; Verordnung im Entwurf erarbeitet	Gesetz in Kraft
L18	Umsetzung Strategie Bevölkerungsschutz 2015+	Bundesamt für Bevölkerungsschutz	1. Teil-Konzept erarbeitet; 5 Projektsitzungen	Konzept erstellt	Projektumsetzung
L18	Umsetzung Massnahmen ABC-Schutz Schweiz	Bevölkerung, Partner/innen Notorganisation	Umsetzung Pendenzenliste	Umsetzung Pendenzenliste	Umsetzung

Kommentar Zielsetzungen
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Kantonaler Führungsstab (KFS)	Anzahl	1	1	1	Gleich
Gemeinde Führungsstäbe (GFS)	Anzahl	11	11	11	Gleich
Sanitätshilfestelle (San Hist)	Angehörige	157	170	150	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-215'602.48	-261'000	-595'600	-334'600	128.2	-789'900	-940'500	-811'400
Total Ertrag	129'712.70	127'700	118'700	-9'000	-7.0	118'700	10'200	10'200
Saldo	-85'889.78	-133'300	-476'900	-343'600	257.8	-671'200	-930'300	-801'200

Kommentar Budget
Einführung Polycom erzeugt einen Mehraufwand von 337'000 Franken.

Kommentar Finanzplan

2016: Ganzjähriger Betrieb Polycom verursacht einen zusätzlichen Mehraufwand von 195'000 Franken.
2017: Übergabe Bewirtschaftung Alarmierung an Zuger Polizei erzeugt eine Ertragsminderung von 110'000 Franken. Durchführung Einsatzübung Notorganisation ergibt einen Mehraufwand von 150'000 Franken.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
SD3541.0002 Container Sanitätshilfsstelle Notorganisation						
Ausgaben		-400'000	-150'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben		-400'000	-150'000			
Einnahmen						
Saldo		-400'000	-150'000			

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Ersatz Container Sanitätshilfsstelle: Lieferung 2015, keine Erhöhung der Gesamtkosten.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
311	Nicht aktivierbare Anlagen			-331'900	-331'900		-332'000	-332'000	-332'000
313	Dienstleistungen und Honorare			-135'400	-135'400		-125'000	-115'000	-115'000
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV			-237'600	-237'600		-120'000	-70'000	-70'000
315	Unterhalt Mobilien			-83'000	-83'000		-10'000	-10'000	-10'000
350	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital			-402'800	-402'800		-460'600	-499'400	-513'600
361	Entschädigungen an Gemeinwesen			-1'200	-1'200		-1'200	-1'200	-1'200
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			-10'000	-10'000		-5'000	-5'000	-5'000
383	Zusätzliche Abschreibungen							-2'000'000	-4'000'000
	Total Aufwand			-1'201'900	-1'201'900		-1'053'800	-3'032'600	-5'046'800
420	Ersatzabgaben			950'000	950'000		900'000	900'000	900'000
450	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im FK							2'000'000	4'000'000
461	Entschädigungen von Gemeinwesen			212'000	212'000		70'000		
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand			39'900	39'900		83'800	132'600	146'800
	Total Ertrag			1'201'900	1'201'900		1'053'800	3'032'600	5'046'800
	Saldo			0	0		0	0	0

Kommentar Budget

Die Anbindung von 15 Sirenen an Polyalert verursacht einen Mehraufwand und eine Rückerstattung des Bundes von 75'000 Franken. Die Erneuerung der Informations- und Kommunikationstechnik-Infrastruktur in der Zivilschutzanlage Schönau ergibt einen Mehraufwand von 80'000 Franken und eine Rückerstattung des Bundes von 67'000 Franken. Der Teilrückbau von fünf Zivilschutzanlagen in Gemeinden führt zu einem Mehraufwand und eine Rückerstattung des Bundes und der Gemeinden von 70'000 Franken.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Strassenverkehrsamt (StVA) ist ein Dienstleistungsbetrieb, welcher im Rahmen der schweizerischen und europäischen Gesetzgebung zur Sicherheit in der Mobilität und zu umweltschonendem Verkehr auf Strassen und Gewässern beiträgt. Es erteilt und entzieht Ausweise und Bewilligungen im Fahrzeug-, Schiffs- und Führerbereich, führt dabei theoretische und praktische Prüfungen durch und ist für den Vollzug der Verkehrssteuergesetzgebung zuständig.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Fahrzeug- und Führerprüfungen

- Fahrzeugprüfungen
- Schiffsprüfungen
- Theorieprüfungen (Motorfahrzeuge und Schiffe)
- Praktische Führerprüfungen (Strassenfahrzeuge)
- Praktische Schiffsführerprüfungen

Leistungsgruppe 2: Fahrzeug- und Führerausweise

- Lernfahr- und Führerausweise
- Fahrzeugausweise
- Kontrollschilder
- Schiffs- und Schiffsführerausweise
- Sonderbewilligungen und Spezialbewilligungen

Leistungsgruppe 3: Weitere Vollzugsaufgaben

- Motorfahrzeugsteuern
- Pauschale Schwerverkehrsabgabe
- Vignetten und Versicherungen

Leistungsgruppe 4: Administrativmassnahmen/Recht

- Verwarnungen
- Führerausweis-Entzüge
- Sonstige Verfügungen

- Verkehrsregelverordnung (VRV) vom 13. November 1962 (SR 741.13)
- Verkehrsversicherungsverordnung (VVV) vom 20. November 1959 (SR 741.31)
- Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr (Verkehrszulassungsverordnung, VZV) vom 27. Oktober 1976 (SR 741.51)
- Signalisationsverordnung (SSV) vom 5. September 1979 (SR 741.21)
- Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS) vom 19. Juni 1995 (SR 741.41)
- Verordnung über die Schifffahrt auf schweizerischen Gewässern (Binnenschifffahrtsverordnung, BSV) vom 8. November 1978 (SR 747.201.1)
- Gesetz über Strassen und Wege (GSW) vom 30. Mai 1996 (BGS 751.14)
- Gesetz über die Steuern im Strassenverkehr vom 30. Oktober 1986 (BGS 751.22)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt vom 29. September 1988 (BGS 753.1)
- Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassen-signalisation vom 22. Februar 1977 (BGS 751.21)
- Verordnung über die Gebühren im Strassenverkehr vom 13. Dezember 2005 (BGS 751.221)
- Verordnung über die Gebühren im Schiffsverkehr vom 13. Dezember 2005 (BGS 753.11)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Strassenverkehrsgesetz (SVG) vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01)
- Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (BSG) vom 3. Oktober 1975 (SR 747.201)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Gesamtzielsetzung					
1	Aufrechterhaltung der ISO-Zertifizierung und Akkreditierung der Schweizerischen Akkreditierungsstelle (SAS)	Kundinnen und Kunden	Periodisches Audit durch die Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) und SAS	Keine Auflagen bei den periodischen Audits durch Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) und SAS	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
2	Deckungsgrad durch Gebühreneinnahmen nach Kosten- und Leistungsrechnung sowie nach Verrechnung über die Strassenbau-Spezialfinanzierung	Kanton	100 %	100 %	Gleich
Leistungsgruppe 1: Fahrzeug- und Führerprüfungen					
3	Hohe Qualität bei Fahrzeug- und Schiffsprüfungen einhalten	Fahrzeughalter/innen, Autogewerbe, Schiffshalter/innen, Schiffsgewerbe	Keine Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
4	Hohe Auslastungsquote der Fahrzeug- sowie theoretischen und praktischen Führerprüfungen	Fahrzeughalter/innen, Fahrzeugführer/innen	Durchschnittliche Auslastung von 95 %	Durchschnittliche Auslastung von 95 %	Gleich
5	Hohes aber faires Leistungsniveau bei praktischen Führer- und Schiffsführerprüfungen	Fahrzeug- und Schiffslenker/innen	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
6	Hohes aber faires Leistungsniveau bei praktischen Schiffsführerprüfungen	Zu prüfende Schiffsführer/innen	Keine gutgeheissenen Beschwerden	«Fällt weg»	
A	Ausdehnung des Reparaturbestätigungsverfahrens (RBV) auf Kurzprüfungen	Fahrzeughalter/innen, Autogewerbe, StVA	Eingeführt	«Fällt weg»	
B	Überprüfung der Bewilligungen für Händlerschilder	Betriebe mit Händlerschilder		25 % aller Betriebe (58 von 230 Betrieben)	Gleich
Leistungsgruppe 2: Fahrzeug- und Führerausweise					
7	Rasches und korrektes Ausstellen von Ausweisen	Fahrzeughalter/innen, Fahrzeugführer/innen	Keine gutgeheissenen Beschwerden; Fahrzeugzulassung: Tages à jour; Führerzulassung: 5 Arbeitstage	Keine gutgeheissenen Beschwerden; Fahrzeugzulassung: Tages à jour; Führerzulassung: 5 Arbeitstage	Gleich
8	Rasche Bearbeitung und Erteilung von Sonder- und Spezialbewilligungen	Transportgewerbe, Fahrzeugführende	Innert 24 Stunden	Innert 24 Stunden	Gleich
9	Elektronische Eingaben der periodischen, verkehrsmedizinischen Gutachten der Fahrzeugführer durch die Zuger Ärztinnen und Ärzte	Zuger Ärztinnen und Ärzte, die über eine Berechtigung zur Ausstellung von verkehrsmedizinischen Gutachten verfügen, StVA		75 % aller Gutachten werden elektronisch eingereicht	Steigend
C	Kundenstamm aller natürlichen Personen mit der Schnittstelle «Zentrale Personenkoordination (ZPK)» zusammenführen	Fahrzeughalter/innen, Fahrzeugführer/innen, StVA	Alle Datensätze (94'000) sind mit der ZPK-Schnittstelle verbunden	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 3: Weitere Vollzugsaufgaben					
D	Integration der computerunterstützten Schiffsprüfung (CUSI) in die Geschäftsprozesse der Schifffahrt	Schiffshalter/innen, StVA	Eingeführt	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
E	Ersatz der PDA-Endgeräte für die computerunterstützte Fahrzeugprüfung (CUFA)	Fahrzeughalter/innen, StVA		Eingeführt	
F	Ausarbeitung sowie Einführung des technischen Redesign der Hauptfachapplikation im Finanz- und Rechnungswesen	Kundinnen und Kunden, StVA		Eingeführt	
Leistungsgruppe 4: Administrativmassnahmen/Recht					
10	Kurze Durchlaufzeit von Führerausweis-Verwarnungen	Fahrzeugführer/innen	Innert 8 Wochen ab Rapport- eingang bis Versand Verfü- gung	Innert 8 Wochen ab Rapport- eingang bis Versand Verfügung	Gleich
11	Kurze Durchlaufzeit von Führerausweis-Entzügen	Fahrzeugführer/innen	Innert 8 Wochen ab Rapport- eingang bis Versand Verfügung	Innert 8 Wochen ab Rapport- eingang bis Versand Verfügung	Gleich
12	Speditiver Versand von vorsorglichen Entzügen ab Zweifel an Fahreignung	Fahrzeugführer/innen	Innert 1 Arbeitstag	Innert 1 Arbeitstag	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Das Leistungsziel 6 wurde ins Leistungsziel 5 integriert.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Theorieprüfungen (Motorfahrzeuge und Schiffe)	Anzahl			2'600	Gleich
Führerprüfungen	Anzahl			2'900	Gleich
Lernfahrausweise	Stück	2'384	2'350	2'400	Steigend
Führerausweise	Stück	7'983	8'500	8'550	Steigend
Führerausweis-Verwarnungen	Anzahl			900	Gleich
Führerausweis-Entzüge	Anzahl			900	Gleich
Fahrzeugprüfungen	Anzahl		32'500	33'000	Steigend
Fahrzeugausweise	Stück	31'188	31'300	32'000	Steigend
Kontrollschilder Paare	Stück	7'443	7'550	7'550	Steigend
Kontrollschilder Einzel	Stück	2'257	2'400	2'400	Steigend
Schiffsführerausweise	Stück	273	270	300	Steigend
Schiffsausweise	Stück	322	330	340	Steigend
Provision aus Verkauf Autobahnvignetten	Franken	91'024	91'500	91'000	Gleich
Provision aus Einzug Pauschale Schwerverkehrsabgabe	Franken	148'070	155'000	150'000	Gleich
Erhebung Fahrzeugsteuern	Franken	29'492'538	30'000'000	30'400'000	Steigend
Verkehrsmedizinische Gutachten (elektronische Eingaben)	Anzahl			4'420	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Diese Kennzahlen werden mit dem Budget 2015 neu ausgewiesen:

- Theorieprüfungen (Motorfahrzeuge und Schiffe)
- Führerprüfungen
- Führerausweis-Verwarnungen
- Führerausweis-Entzüge
- Verkehrsmedizinische Gutachten (elektronische Eingaben)

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-7'232'216.91	-6'884'200	-6'980'400	-96'200	1.4	-7'094'250	-7'287'650	-7'486'850
Total Ertrag	8'807'379.75	9'560'500	9'527'200	-33'300	-0.3	9'543'200	9'559'200	9'575'200
Saldo	1'575'162.84	2'676'300	2'546'800	-129'500	-4.8	2'448'950	2'271'550	2'088'350

Kommentar Budget

- Die Gebührenerträge sind um 33'300 Franken tiefer budgetiert als im Vorjahr (Anpassung an Realerträge, basierend aus der Rechnung 2013 sowie den Erkenntnissen des laufenden Jahres 2014).
- Der Betriebsaufwand ist um 96'200 Franken höher budgetiert als im Vorjahr (Ersatz Eingabegeräte für die Fahrzeugprüfungen, Anbindung Word an Fachapplikation Viacar).
- Der Ertragsüberschuss des Strassenverkehrsamtes wird durch die internen Verrechnungen/Querschnittsleistungen konsumiert. Der Kostendeckungsgrad soll nach Abschluss der Finanzbuchhaltung sowie der Kosten- und Leistungsrechnung 100 % betragen, wie das beim Leistungsziel 2 gefordert wird.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet. Erklärung zu den ausgewiesenen Saldi siehe Kommentar Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT3581.0101 CUFA Phase 2						
IT3581.0103 Redesign Fachapplikation Viacar						
Ausgaben		-249'000				
Einnahmen						
IT3581.0104 Einführung CUSI mit Weiterentwicklung CUFA						
Ausgaben		-200'000				
Einnahmen						
IT3581.0105 Rückzahlung CUFA-Softwareentwicklung 2009						
Ausgaben						
Einnahmen	18'643.85					
IT3581.0106 Weiterentw. computerunterstützte Schiffsprüfung						
Ausgaben			-90'000			
Einnahmen						
IT3581.0107 Redesign Fachapplikation Viacar						
Ausgaben			-100'000	-70'000	-70'000	-70'000
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben		-449'000	-190'000	-70'000	-70'000	-70'000
Einnahmen	18'643.85					
Saldo	18'643.85	-449'000	-190'000	-70'000	-70'000	-70'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

- IT3581.0106 (Weiterentwicklung computerunterstützte Schiffsprüfung): Die Geschäftsprozesse der computerunterstützten Schiffsprüfung (CUSI) werden weiterentwickelt (Ausbau der technischen Umgebung).
- IT3581.0107 (Redesign Fachapplikation Viacar): Die Fachapplikation Viacar ist ein integriertes IT-System zur Erfüllung aller Aufgaben im Umfeld des Strassenverkehrsamtes. Um den hohen Anforderungen für die kommenden zehn Jahre zu genügen, muss Viacar gestaffelt einem technischen Redesign unterzogen werden.

Kommentar Finanzplan

IT3581.0107: Das technische Redesign der Fachapplikation Viacar erstreckt sich bis zum Jahr 2018. Für die Jahre 2016 bis 2018 werden voraussichtlich je zirka 70'000 Franken in der Investitionsrechnung budgetiert.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-25'525.10	-48'552	-35'512	13'040	-26.9	-30'000	-30'000	-30'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-11'079.20		-10'000	-10'000		-10'000	-10'000	-10'000
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-202'600.00	-202'600	-202'600	0	0.0	-202'600	-202'600	-202'600
	Total Aufwand	-239'204.30	-251'152	-248'112	3'040	-1.2	-242'600	-242'600	-242'600
426	Rückerstattungen	8'067.90	30'000	15'000	-15'000	-50.0	15'000	15'000	15'000
	Total Ertrag	8'067.90	30'000	15'000	-15'000	-50.0	15'000	15'000	15'000
	Saldo	-231'136.40	-221'152	-233'112	-11'960	5.4	-227'600	-227'600	-227'600

Kommentar Budget

Kto 311: Investitionen: Kostenanteile für diverses Einsatzmaterial des Stützpunktes (ABC/Strassenrettung/Tech. Hilfeleistung/Hilfe in Notlagen)
Kto 319: Ungedeckte Einsatzkosten, da Verursacher unbekannt; Aufwand je nach Anzahl und Art der Einsätze
Kto 361: Jährliche Betriebskostenpauschale an den Stützpunkt (RRB vom 3. Februar 2011/5. November 2013)
Kto 426: Ertragsanteile aus verrechneten Einsatzkosten (Regelung Gebührenbezug Stützpunkt SD vom 9. November 2012/Angleichung an Ertrag 2013)

Kommentar Finanzplan

Kto 361: Neubeurteilung ab 2017 gemäss Auftrag RRB; Betrag dürfte sich im selben Rahmen bewegen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
SD3587.0001 Ersatz Messfahrzeug						
Ausgaben	-100'824.15					
Einnahmen						
SD3587.0002 Beiträge Ersatz Fahrzeuge Feuerwehr						
Ausgaben		-35'200	-618'000	-35'200		
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-100'824.15	-35'200	-618'000	-35'200		
Einnahmen						
Saldo	-100'824.15	-35'200	-618'000	-35'200		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

SD3587.0002: Ersatzbeschaffung des Wechselladerfahrzeuges für den Transport des Containers San Hist der Notorganisation Zug; Investition zu 100 % zu Lasten Kanton (490'000 Franken)
Ersatzbeschaffung des Wechselladerfahrzeuges des Stützpunktes; Kostenanteil Kanton gemäss Investitionsregelung 32 % (ABC/Strassenrettung/Tech. Hilfeleistung/Hilfe in Notlagen: 128'000 Franken)

Kommentar Finanzplan

2016: Gemäss Investitionsplanung Ersatz eines Fahrzeuges; Kostenanteil Kanton 35'200 Franken; weitere Ersatzbeschaffungen gemäss Investitionsplan erst nach 2018

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Zuger Polizei trägt im Rahmen des gesetzlichen Auftrages durch Information, Beratung, Präsenz und andere geeignete Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Verhütung von Unfällen bei. Sie trifft Massnahmen zur Abwehr unmittelbar drohender Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt und beseitigt eingetretene Störungen. Weiter trifft sie Massnahmen zur Verhinderung, Verfolgung und Aufklärung von Straftaten und wirkt bei der Strafuntersuchung mit. Die Polizei vollzieht zudem das Ordnungsbussenwesen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben arbeitet sie mit anderen Organen der Strafverfolgung der Kantone und des Bundes zusammen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Sicherheit

- Polizeipräsenz und Community Policing
- Hilfeleistung, Amts- und Vollzugshilfe
- Fahndung und Vermisstensuche
- Umsetzung Strassenverkehrsgesetz (SVG)
- Gewässerpolizei und Umwelt
- Sicherheitsdienstleistungen für Dritte

Leistungsgruppe 2: Ermittlungen

- Gerichtspolizeiliche Verfahren (exkl. SVG)
- Rechtshilfe und Informationsbearbeitung
- Spezialermittlung und Kriminalanalyse
- Wahrung innere Sicherheit und Massnahmen gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen
- Kriminaldienstleistungen für Dritte

Leistungsgruppe 3: Spezialeinsätze

- Ordnungsdienst
- Bewältigung Sonderlagen

Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen

- Einsatzleitzentralendienst
- Justizvollzugshilfe und Transporte
- Verwaltungspolizeiaufgaben
- Information und Prävention
- Instruktion an Polizeibildungseinrichtungen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 311.0)
- Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung) vom 5. Oktober 2007 (StPO; SR 312.0)
- Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz) vom 20. Juni 2003 (JStG; SR 311.1)
- Schweizerische Jugendstrafprozessordnung (Jugendstrafprozessordnung) vom 20. März 2009 (JStPO; SR 312.1)
- Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG; SR 741.01)
- Ordnungsbussengesetz vom 24. Juni 1970 (OBG; SR 741.03)
- Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit vom 21. März 1997 (BWIS; SR 120)
- Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Waffengesetz) vom 20. Juni 1997 (WG; SR 514.54)

- Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz) vom 16. Dezember 2005 (AuG; SR 142.20)
- Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt vom 3. Oktober 1975 (BSG; SR 747.201)
- Verordnung über die Kontrolle des Strassenverkehrs (Strassenverkehrskontrollverordnung) vom 28. März 2007 (SKV; SR 741.013)
- Ordnungsbussenverordnung vom 4. März 1996 (OBV; SR 741.031)
- Gesetz über die Organisation der Zivil und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz) vom 26. August 2010 (GOG; BGS 161.1)
- Polizeigesetz vom 30. November 2006 (BGS 512.1)
- Gesetz über die Organisation der Polizei (Polizeiorganisationsgesetz) vom 30. November 2006 (BGS 512.2)
- Übertretungsstrafgesetz vom 23. Mai 2013 (ÜStG; BGS 312.1)
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen (Notorganisationsgesetz) vom 22. Dezember 1983 (BGS 541.1)
- Datenschutzgesetz vom 28. September 2000 (BGS 157.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt vom 29. September 1988 (BGS 753.1)
- Verordnung über Datenbearbeitungssysteme für die Polizei vom 16. Dezember 2008 (BGS 512.15)
- Verordnung zur Bundesgesetzgebung über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 15. Dezember 1998 (BGS 514.1)
- Verordnung über die Notorganisation vom 15. Januar 1985 (BGS 541.11)
- Verordnung betreffend das Übersetzungswesen im behördlichen Verkehr (Übersetzungsverordnung) vom 12. November 2013 (BGS 161.15)
- Verordnung über den Kostenersatz für polizeiliche Leistungen vom 11. Dezember 2007 (BGS 512.26)
- Konkordat über die Grundlagen der Polizei-Zusammenarbeit in der Zentralschweiz (Polizeikonkordat Zentralschweiz) vom 6. November 2009 (BGS 511.1)
- Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007 (BGS 511.3)
- Übereinkunft betreffend die Polizeitransporte vom 23. Juni 1909 (BGS 332.1)
- Katastrophenplan für den Kanton Zug vom 15. Januar 1985 (BGS 541.13)
- Nach dem Inkrafttreten:
- Videoüberwachungsgesetz

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Gesamtzielsetzung					
L28	Gesamtschweizerische Vereinbarung zur Verbesserung der Polizeizusammenarbeit	Bevölkerung, Vereinbarungs-partner/innen	Konzepte a) nationale Bildungs-plattform der Schweizer Polizei, b) schweizweit harmo-nisierte Vorgangsbearbeitung, c) Lageverbundsystem sowie für die Zusammenarbeit mit der Kapo Schwyz d) IT Forensik und e) Sonderelektronik erstellt	Grundsatzentscheid Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD); Mitarbeit Vereinbarung	Genehmi-gung und Umsetzung
L28	Programm Harmonisierung Polizei-Informatik (HPI): Waffenplattform, Vorgangsbearbeitung, Nationale Bildungsplattform Polizei (NBPP)	Bevölkerung, Strafverfol-gungsbehörden, Aus- und Weiterzubildende		Inbetriebnahme und Abschluss Waffenplattform; Grobkonzept Vorgangsbearbeitungssystem; NBPP: Realisierung zentrales Kurswesen	Umsetzung Vorgangsbearbeitungssystem
L28	Vernetzung Zentralschweizer Polizei-Einsatzzentralen	Bevölkerung, Partner/innen im Sicherheitsverbund und Dienstleister/innen (Auf-gebotsstelle und Einsatz-disposition)		Realisierung Notrufüberlauf; Konzept technisch-betriebliche Redundanz	Umsetzung Redundanz
L28	Gemeinsame Beschaffungen	Bevölkerung, Kooperations-partner/innen		Konzept Ersatz Ordnungsdienst-Ausrüstung	2016: Evaluation 2017: Beginn Umsetzung
L24	Gewährleistung Sicherheit im öffentlichen Raum	Bevölkerung, Firmen	Neue Strukturen der Sicherheitspolizei umgesetzt	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 1: Sicherheit					
1	Hohe sichtbare Präsenz und Community Policing-Tätigkeit	Bevölkerung	15'000 CP- und 5'000 Präsenz-Stunden durch Sicherheits-polizei	5'000 Präsenz- und 15'000 CP-Std. durch Sicherheits-polizei	Gleich
2	Schwerpunktmässige Bekämpfung Littering	Bevölkerung	1'500 Std. Unterstützung Littering-Aktionen	1'500 Std. Unterstützung Littering-Aktionen	Gleich
3	Kurze Interventionszeiten bei dringenden Einsätzen	Gefährdete, verletzte oder geschädigte Personen, Unfall-beteiligte, Bevölkerung	80 % in max. 10 Min., nicht mehr als 1 % über 15 Min.	«Fällt weg»	
4	Wirksame Bekämpfung der Kriminalität durch Festnahmen in flagranti	Geschädigte Personen, Leistungsnehmende Wertschutzobjekte	12 vorläufige Festnahmen von Einbrecherinnen/Einbrechern oder Diebinnen/Dieben	18 vorläufige Festnahmen von Einbrecherinnen/Einbrechern oder Diebinnen/Dieben	Steigend
5	Erfolgreiche Suche vermisster Personen und Fahndung nach Straftäterinnen und -tätern	Vermisste Personen, ausschreibende Amtsstellen, Bevölkerung	9'000 Std. Personenfahndung, Anhaltung von 30 aus-geschriebenen Personen	30 Personen	Steigend
6	Verhinderung offener Drogenszenen	Bevölkerung, insbesondere Anwohnerschaft und Passan-tinnen und Passanten	150 Sicherstellungen von Drogen	200 Sicherstellungen von Drogen	Steigend
7	Wirksame Bekämpfung von Diebstählen	Bevölkerung, Versicherungen	8 Sicherstellungen von Motor-fahrzeugen, 50 Fahrrädern, 12 Beuten	Sicherstellung von 8 Motor-fahrzeugen, 50 Fahrrädern, 16 Beuten	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
8	Gewährleistung einer guten Verkehrssicherheit	Bevölkerung und Pendler/innen, Verkehrsteilnehmende, Gemeinden	Kontrolltätigkeit: 3'000 Std. Fahrtauglichkeit/Fahrzeugzustand, 750 Std. Radar/Laser, 700 Std. ViDistA	Zahl Verkehrstoter und Schwerverletzter nicht höher als der Durchschnitt der 5 Vorjahre	Steigend
9	Effiziente Bearbeitung von Rechtshilfeersuchen	Ersuchende Amtsstellen (für 2015 anpassen)	75 % der Ersuche innert 30 Tagen erledigt, max. 2 % in mehr als 6 Monaten	«Fällt weg»	
10	Hohe Verkehrssicherheit auf den zugerischen Seen	Gewässernutzende	300 Std. Gewässerpolizei-Patrouillendienst	Personenschäden < 3	Gleich
11	Hohe Aufklärungsrate bei Umweltdelikten	Bevölkerung, Tiere und Natur	Aufklärung von 50 % der angezeigten Umweltdelikte	«Fällt weg»	
12	Einführung von Verkehrsinstruktion an anerkannten Privatschulen	Schüler/innen von Privat- und Sonderschulen, Eltern	400 Std. Verkehrsunterricht	«Fällt weg»	
A	Videoüberwachung im öffentlichen Raum	Bevölkerung, Gemeinden	Technische Installationen und betriebliche Regelungen abgeschlossen; Pilot-Betrieb mit 3–4 Gemeinden durchgeführt	Vorbereitung Pilotbetrieb	Durchführung Pilotbetrieb
Leistungsgruppe 2: Ermittlungen					
13	Hohe Aufklärungsquote bei strafbaren Handlungen, insbesondere Kapitalverbrechen	Strafverfolgungsbehörden, geschädigte Personen, Versicherungen	Über dem schweizerischen Mittel liegende Aufklärungsquote; Leib-und-Leben-Delikte: Aufklärungsquote von > 90 %	Aufklärungsquote allgemein > schweizerisches Mittel; Aufklärungsquote Leib-und-Leben-Delikte > 90 %	Gleich
14	Rasche Bearbeitung der Jugenddelikte	Geschädigte Personen, Jugendstaatsanwaltschaft, jugendliche Täter/innen, Eltern	Bei 98 % der meldepflichtigen Fälle ist die Jugendanwaltschaft innert 24 Std. informiert; 95 % der Rapportakten sind bei normalen Ermittlungen innert einem Monat der Jugendanwaltschaft überwiesen	95 % der Fallakten mit geringer Komplexität innert 1 Monat und 85 % bei komplexen Ermittlungen innert 3 Monaten der Staatsanwaltschaft überwiesen	Gleich
15	Speditive Erledigung der Rechtshilfe	Staatsanwaltschaft Zug, Polizei- und Strafverfolgungsbehörden anderer Kantone, des Bundes und Auslandes	95 % der Aufträge und Anfragen innert Frist	95 % der Aufträge und Anfragen innert Frist	Steigend
16	Hohe Qualität in der Bearbeitung der Anfragen und Aufträge des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)	Nachrichtendienst des Bundes und andere Polizeikorps	80 % innert 3 Arbeitstagen	Keine Beanstandungen durch NDB und deren Aufsicht	Steigend
17	Höchste Qualität bei kriminaltechnischen Untersuchungen	Strafverfolgungsbehörden, geschädigte Personen	Keine Aussetzung der Akkreditierung nach europäischer Norm (EN) 17020	Keine Aussetzung der Akkreditierung nach europäischer Norm (EN) 17020	Steigend
18	Fristgerechte Zustellung elektronischer Beweismittel	Staatsanwaltschaft	95 % in max. 4 Wochen	95 % in max. 4 Wochen	Steigend
19	Verbesserung der Aufklärungsquote bei Einbrüchen	Geschädigte, Strafverfolgungsbehörden		Erreichen des schweizerischen Mittels	Steigend
B	Konsequente Einziehung kriminell erwirtschafteter Vermögenswerte	Geschädigte, Bevölkerung (Kanton), Versicherungen	20 % Kostendeckung (Einführungsphase)	50 % Kostendeckung (Aufbauphase)	2016: Abschluss

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016-18
L19	Kompetenzzentrum IT-Forensik	Bevölkerung, juristische Personen, Strafverfolgungsbehörden, Vereinbarungspartner		Vereinbarung mit 2 Partnerinnen und Partnern abgeschlossen	Abschluss
L19	Kooperation mit Departement Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz in Zug	Bevölkerung, Strafverfolgungsbehörden, Studierende der Fachhochschule Zentralschweiz		Entscheid Projektidee	Projek- tierung
Leistungsgruppe 3: Spezialeinsätze					
20	Möglichst geringer Schaden bei Ordnungsdiensteseinsätzen	Bevölkerung, Anlassverantwortliche, Gemeinden	Personenschäden < 3; Sachschäden < 12	Personenschäden < 3; Sachschäden < 12	Gleich
21	Wirkungsvoller Schutz von prominenten Personen (VIP-Schutz)	Anlassverantwortliche	Keine verletzten VIP	Keine verletzten VIP	Gleich
22	Sicherstellung des Schutzes von Personen bei Interventionen	Geschädigte Personen (Opfer), Täter/innen, unbeteiligte Personen	Keine unverhältnismässigen Risiken für Opfer und Dritte	Untersuchungen oder Urteile bestätigen keine Unverhältnismässigkeit	Gleich
23	Hohe Präsenzzeit der Dienst-hunde im Aussendienst	Bevölkerung, geschädigte und vermisste Personen, verlorene Sachen, verstecktes Deliktgut oder Drogen	Diensthunde leisten 3'000 Einsatzstunden im Patrouillen-Dienst	Diensthunde leisten 3'000 Einsatzstunden im Patrouillen-Dienst	Gleich
C	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Vereinbarung Intervention und Ordnungsdienst	Bevölkerung, Zentralschweizer Kantone	Betriebliche Umsetzung konkordatsweit abgeschlossen	«Fällt weg»	
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen					
24	Präzise Entgegennahme von Notrufen mit sofortigem Alarmieren und Aufbieten der erforderlichen Einsatzkräfte	Bevölkerung, Verunfallte, Notorganisationsangehörige, Vertragspartner/innen von der auf der Einsatzleitzentrale aufgeschalteten Wertschutzanlagen, Bundesstellen	99 % innerhalb 2 Minuten nach Meldungseingang; beanstandete Mängel < 1 % der Einsatzabwicklungen	99 % innerhalb 2 Minuten nach Meldungseingang; gerechtfertigt beanstandete Mängel < 1 % der Notruf-abwicklungen	Gleich
25	Sichere und termintreue Erfüllung der Transportaufträge	Staatsanwaltschaften, Gerichte, Justiz-Vollzugsbehörden, Gemeinden, Rettungsdienst, Bundesstellen	90 % der Aufträge innert Fristen; keine Entweichungen	90 % der Aufträge innert Fristen; keine Entweichungen	Gleich
26	Konsequenter Vollzug der Waffen- und Sprengstoff-gesetzgebung	Bevölkerung, gesuchstellende Gemeinden, ersuchende Behörden, Gerichte, Staats-anwaltschaft	50 % Waffenhändler/innen, 33 % Seriefirewaffenbesitzer/innen und 33 % Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen kontrolliert	50 % Waffenhändler/innen, 33 % Seriefirewaffenbesitzer/innen und 33 % Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen kontrolliert	Gleich
27	Speditive Leumundsabklärungen und Personensicherheitsüberprüfungen	Gemeinden, Behörden der Kantone und des Bundes	95 % innert 1 Monat	95 % innert 1 Monat	Gleich
D	Online-Abfrage Waffenregister	Bevölkerung, Strafverfolgungsbehörden, Opfer von Gewaltdelikten, Bundesstellen	Kantonale Waffendatenbank in das Online-Abfragesystem eingebunden	Produktiver Betrieb, Abschluss	
E	Schweizerisches Sicherheitsfunknetz/Teilnetz Zug (Polycom)	Bevölkerung, Partner/innen der Zuger Notorganisation, Teilnehmende des Sicherheitsfunknetzes (BORS)	Funkinfrastruktur betriebsbereit	Operative Inbetriebnahme im 4. Quartal mit 2-4 Wochen Parallel-Betrieb	Operativer Betrieb; Rückbau altes Funk-system

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
F	Zentralschweizer Polizei-konkordat: Zusammenarbeit im Bereich Logistik	Bevölkerung, Mitarbeitende	Einführung Web-Shop abgeschlossen, Pflichtenheft für gemeinsame Beschaffung der neuen OD-Ausrüstung erstellt	«Fällt weg»	
L18	Lageverbundsystem	Bevölkerung, Partnerorganisationen auf Stufe Bund, Kanton und Gemeinde (Sicherheitsverbund)		Grundsatzentscheid (KKJPD) und Regierungskonferenz Zivilschutz Militär und Feuerwehr (RZ ZMF); Mitwirkung bei der Ausarbeitung der Grundlagen	2016: Detailkonzept 2017: Beginn Umsetzung
L28	Ausbau e-Government-Angebote	Bevölkerung	Inbetriebnahme von 3 Online-Formularen	«Fällt weg»	

Kommentar Zielsetzungen

Das bisherige Ziel «Intensivierung der Polizeizusammenarbeit auf regionaler und nationaler Ebene» wird neu als Teilziel «Gesamtschweizerische Vereinbarung zur Verbesserung der Polizeizusammenarbeit» zum Legislaturziel 28 aufgeführt.

L24 «Gewährleistung Sicherheit im öffentlichen Raum» und L28 (Ausbau e-Government-Angebote) sind wegfallende Ziele aus der Legislaturperiode 2010–2014.

B «Konsequente Einziehung kriminell erwirtschafteter Vermögenswerte» wird im Jahr 2015, in der Aufbauphase, als Projekt aufgeführt.

Das Projekt «F» ist noch nicht abgeschlossen, wird aber im L28 «Intensivierung interkantonale Polizeizusammenarbeit» der neuen Legislatur 2015–2018 integriert.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Wirtschaftliche Bevölkerung, ab 2015 ständige Wohnbevölkerung	Anzahl	120'652	123'000	120'000	Steigend
Immatrikulierte Fahrzeuge, jeweils Stand 30. September	Anzahl	91'360	93'500	94'000	Steigend
Im Handelsregister eingetragene Firmen	Anzahl	30'397	32'000	32'000	Gleich
Verkehrsunfälle/Tote und Schwerverletzte	Anzahl	869	950	950/300	Gleich
Erfasste Straftaten/Leib und Leben	Anzahl	8'223	8'500	8'500/350	Steigend
Delikte mit jugendlichen Beschuldigten: geringe Komplexität/komplexe Ermittlungen	Anzahl			170/200	Gleich
Rechtshilfeersuchen, ohne Amtshilfeersuchen und Strassenverkehrsgesetz	Anzahl		1'500	1'550	Steigend
Elektronische Datenträger/Datenmenge	Anzahl/Terabyte (TB)			525/75	Steigend
Ausserkantonale Einsatzstunden (Interkantonale Polizeieinsätze und für Zentralschweizer Polizei-konkordat)	Anzahl		3'000	3'200	Steigend
Telefonanrufe auf Einsatzleitzentrale/Notrufe (112, 117, 118)	Anzahl	111'289	116'500	118'000/18'000	Steigend
Personentransporte	Anzahl			2'600	Steigend
Waffenhändler/innen	Anzahl			13	Gleich
Seriefeuerwaffenbesitzer/innen	Anzahl			68	Gleich
Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen	Anzahl			14	Gleich
Leumundsabklärungen und Personensicherheitsüberprüfungen	Anzahl			580	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-50'109'357.87	-51'552'600	-52'295'600	-743'000	1.4	-53'531'500	-55'446'800	-56'822'800
Total Ertrag	5'786'795.08	5'851'000	7'965'000	2'114'000	36.1	8'252'000	8'273'000	8'263'000
Saldo	-44'322'562.79	-45'701'600	-44'330'600	1'371'000	-3.0	-45'279'500	-47'173'800	-48'559'800

Kommentar Budget

Aufwand:

Die Zunahme des Aufwands im Personalbereich setzt sich wie folgt zusammen:

- 5 PE Erfolgsneutrale Stellen (2 PE L19, Kompetenzzentrum IT-Forensik, 1 PE LG2/16 Nachrichtendienst des Bundes, 1 PE LG4/26 BUK Gubel, 1 PE SiAss)

Ertrag:

Erwartete Mehreinnahmen bei folgenden Positionen:

- Bussenertrag aufgrund von Ersatzbeschaffung von zwei semistationären Messanlagen im Jahr 2014

- Aus den oben aufgeführten, erfolgsneutralen Aufgaben (Bund, Zentralschweizerische Strafverfolgungsbehörden/Konkordate und Gemeinden)

Kommentar Finanzplan

Aufwand:

- Plan 2016: Wegfall der Betriebskosten für das alte Funksystem

- Plan 2017 und 2018 L28: Je 160'000 Franken für den Ersatz der Ordnungsdiensttausrüstung

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT3590.0165 Projekte aus SIP ZUPO						
Ausgaben	-134'154.85					
Einnahmen						
IT3590.0166 Polizei XXI						
Ausgaben	-20'162.10	-100'000	-150'000	-100'000	-100'000	
Einnahmen						
IT3590.0170 Erweiterung Einsatz- leitsystem AVANTI						
Ausgaben	-163'888.56					
Einnahmen						
IT3590.0171 ePolice						
Ausgaben	-71'318.95					
Einnahmen						
IT3590.0172 Umsetzung Harmonisierung Polizei Informatik						
Ausgaben		-60'000	-100'000	-150'000	-150'000	
Einnahmen						
IT3590.0173 Speichermanagement Fachanwendung						
Ausgaben	-6'048.00	-100'000				
Einnahmen						
IT3590.0174 Ablösung Sprach- aufzeichnung ELZ						
Ausgaben		-84'000				
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3590-Zuger Polizei

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT3590.0175	Ersatz OB-Verwaltung (Back-Office)						
	Ausgaben		-180'000				
	Einnahmen						
IT3590.0176	Ersatz Vorgangs- bearbeitungssystem						
	Ausgaben			-200'000	-356'000	-200'000	-300'000
	Einnahmen						
IT3590.0177	iMACS Mobile						
	Ausgaben			-120'000			
	Einnahmen						
IT3590.0178	Elektronische Arbeitsplanung						
	Ausgaben			-50'000			
	Einnahmen						
IT3590.0179	ICT Strategie						
	Ausgaben			-50'000	-75'000	-75'000	
	Einnahmen						
SD3590.0048	Ersatz pers. Dienstwaffe						
	Ausgaben	-5'225.40					
	Einnahmen						
SD3590.0062	Ersatz mobile Geschwindigkeits- messgeräte						
	Ausgaben	-226'926.72	-100'000				
	Einnahmen						
SD3590.0063	Öffentliche Videoüberwachung						
	Ausgaben	-31'438.80	-566'000	-80'000	-80'000		
	Einnahmen						
SD3590.0064	Ersatz Spezialfahr- zeug Intervention						
	Ausgaben		-110'000				
	Einnahmen						
SD3590.0065	Polizeiboot						
	Ausgaben				-300'000		
	Einnahmen						
SD3590.0066	Smartphone, Ersatz Pager/Fachappli- kation						
	Ausgaben	-198'070.30					
	Einnahmen						
SD3590.0067	Digitalisierung Akten						
	Ausgaben	-43'200.00					
	Einnahmen						
SD3590.0068	Fahrzeugfahndung (KS-Erkennung)						
	Ausgaben		-240'000				
	Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3590-Zuger Polizei

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
SD3590.0069 GMS-Telefonserver						
Ausgaben	-108'024.75					
Einnahmen						
SD3590.0070 Schiesskeller, Erneuerung Kugelfänge						
Ausgaben	-249'762.35					
Einnahmen						
SD3590.0072 Forensische Datensicherung						
Ausgaben		-50'000	-30'000	-50'000		
Einnahmen						
SD3590.0073 Personenfahndung, Fingerabdruck- erkennung						
Ausgaben				-260'000		
Einnahmen						
SD3590.0074 Erneuerung Videostudio und OHG-Raum						
Ausgaben					-100'000	
Einnahmen						
SD3590.0075 Ersatz stationäre Geschwindigkeits- messanlagen						
Ausgaben						-350'000
Einnahmen						
SD3590.0076 Ausweisprüfsystem						
Ausgaben					-100'000	
Einnahmen						
SD3590.0078 ELZ Monitorwand, Ersatz						
Ausgaben				-120'000		
Einnahmen						
SD3590.0079 Reorganisation Zentrale Dienste						
Ausgaben				-100'000	-100'000	
Einnahmen						
SD3590.0081 Ersatz Multaradar CD						
Ausgaben			-100'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-1'258'220.78	-1'590'000	-880'000	-1'591'000	-825'000	-650'000
Einnahmen						
Saldo	-1'258'220.78	-1'590'000	-880'000	-1'591'000	-825'000	-650'000

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3590-Zuger Polizei

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
SD3590.0044 Polycom, Umsetzung						
Ausgaben	-2'883'699.72	-10'700'000	-7'800'000	-1'143'000		
Einnahmen	560'000.00	2'000'000	1'650'000	780'000		
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-2'883'699.72	-10'700'000	-7'800'000	-1'143'000		
Einnahmen	560'000.00	2'000'000	1'650'000	780'000		
Saldo	-2'323'699.72	-8'700'000	-6'150'000	-363'000		

Kommentar Budget

- SD3590.0044 «Polycom, Umsetzung» Die jährlichen Tranchen der Investition wurden neu berechnet.

Kommentar Finanzplan

- SD3590.0044 «Polycom, Umsetzung» Die jährlichen Tranchen der Investition wurden neu berechnet.
- SD3590.0075 «Ersatz stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen» Ersatz von sieben stationären Geschwindigkeitsmessanlagen durch eine semi-stationäre Anlage

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Migration (AFM) vollzieht das Ausländer- und Asylrecht des Bundes. Insbesondere regelt es die Ein- und Ausreise sowie den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit aller ausländischen Personen im Kanton Zug. Weiter ist es dafür verantwortlich, dass Ausländerinnen und Ausländer, die sich unrechtmässig im Kanton Zug aufhalten oder deren Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist, das Kantonsgebiet verlassen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Einreise/Aufenthalt

- Kurzaufenthalts-, Aufenthalts-, Niederlassungs- und Grenzgängerbewilligungen für ausländische Staatsangehörige
- Ausstellung von Ausländerausweisen
- Aufenthaltsnachforschungen und Wegzugsmeldungen
- Prüfung und Bewilligung von Besuchseinladungen und Ausstellen von Visa
- Rechtsdienst
- Erfassung und Weiterleitung biometrischer Daten von Nicht-EU/EFTAStaatsangehörigen

Leistungsgruppe 2: Asylverfahren und freiwillige Ausreise

- Anmeldung Neuzugänge
- Ausstellung von Asylausweisen
- Überwachung des Asylverfahrens
- Bearbeitung der Gesuche um Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen (Härtefälle)
- Rückkehrberatung und Rückkehrhilfe
- Organisation der freiwilligen Ausreise

Leistungsgruppe 3: Zwangsmassnahmen

- Sicherstellung des zwangsweisen Vollzugs von Wegweisungen
- Verfügung Rayonverbote
- Papierbeschaffung
- Beantragung und Eröffnung der Einreiseverbote

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG, SR 142.20)
- Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Freizügigkeitsabkommen, FZA, SR 0.142.112.681)
- Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (AsylG, SR 142.31)
- Einführungsgesetz vom 31. Januar 2013 zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG, BGS 122.5)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Kundenfreundliche Erbringung umfassender Dienstleistungen im Ausländer- und Asylrecht	Im Kanton Zug wohnhafte oder erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer	Keine berechtigten Reklamationen	Keine berechtigten Reklamationen	Gleich
A	Einführung eines elektronischen Archivs	Amtsstelle		Voranalyse erstellt	Grundsatzentscheid/Umsetzung
Leistungsgruppe 1: Einreise/Aufenthalt					
2	Effiziente Bearbeitung eingehender Gesuche	Gesuchsteller/innen	80 % innerhalb 10 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	In der Stichprobe: 80 % innert 10 Arbeitstagen ab Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Gleich
3	Fristgerechte Stellungnahmen zu Beschwerden	Instruierende Behörde, Beschwerdeführer/innen	100 %	100 %	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
4	Umgehende Ausstellung von Visa	Nicht-EU/EFTA-Staatsangehörige	Ausstellung innert 2 Arbeitstagen	Ausstellung innert 2 Arbeitstagen	Gleich
5	Sicherstellen der telefonischen Erreichbarkeit	Kundschaft	Uneingeschränkt während den Schalteröffnungszeiten	Während den Schalteröffnungszeiten	Gleich
Leistungsgruppe 2: Asylverfahren und freiwillige Ausreise					
6	Beförderliche Vorprüfung von Gesuchen um Stellenantritt Asylsuchender und vorläufig Aufgenommener	Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Arbeitgebende, Amt für Wirtschaft und Arbeit	Berichtabgabe innert 5 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	Berichtabgabe innert 5 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	Gleich
7	Rasche Durchführung der Ausreisegespräche	Abgewiesene und ausreisepflichtige Asylsuchende	Vorladungen innert 10 Tagen ab Rechtskraft Asylentscheid	Vorladungen innert 10 Tagen ab Rechtskraft Asylentscheid	Gleich
8	Fristgerechte Vornahme der Abschlussmeldungen an das Bundesamt für Migration	Bundesamt für Migration	Meldung innert 14 Tagen	Meldung innert 14 Tagen	Gleich
Leistungsgruppe 3: Zwangsmassnahmen					
9	Konsequenter Vollzug der möglichen zwangsweisen Rückführungen	Abgewiesene Asylsuchende, Ausländer/innen ohne legalen Aufenthalt	100 %	100 %	Gleich
10	Umgehende Einreichung der Gesuche um Vollzugsunterstützung zwecks Beschaffung der notwendigen Reisepapiere	Ausreisepflichtige Ausländer/innen, Bundesamt für Migration	Gesuch innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch	Innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch	Gleich
11	Umgehende Anwendung der Zwangsmassnahmen unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen	Ausländer/innen ohne Aufenthaltsberechtigung, Verwaltungsgericht	Mündliche Haftanordnung innert 24 Stunden; schriftliche Begründung innert 72 Stunden	Mündliche Haftanordnung innert 24 Stunden; schriftliche Begründung innert 72 Stunden	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen	30'425	32'000	32'500	Steigend
Bestand nicht ständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen	1'475	1'300	1'500	Steigend
Bestand Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene	Personen	651	730	700	Gleich
Stellungnahmen zu Beschwerden	Anzahl			15	Gleich
Zwangsweise Rückführungen	Anzahl			130	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-3'043'442.41	-3'155'300	-3'178'600	-23'300	0.7	-3'241'600	-3'351'600	-3'460'600
Total Ertrag	1'777'328.70	1'595'000	1'525'000	-70'000	-4.4	1'525'000	1'525'000	1'525'000
Saldo	-1'266'113.71	-1'560'300	-1'653'600	-93'300	6.0	-1'716'600	-1'826'600	-1'935'600

Kommentar Budget

Voraussichtliche Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Bundesbeiträge an die Kosten von Administrativhaften im Umfang von 30'000 Franken.
Rückgang der Verwaltungskostenpauschale im Umfang von 100'000 Franken als Folge der Abnahme der Neuzugänge im Asylbereich bedingt durch die Bundesunterkunft Gubel auf dem Kantonsgebiet.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die kantonale Strafanstalt zählt zum Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz. Sie dient einerseits der Unterbringung von Personen, die in Untersuchungs-, Polizei-, Sicherheits-, Auslieferungs- oder in ausländerrechtliche Administrativhaft versetzt worden sind. Andererseits dient die Anstalt dem geschlossenen und offenen Vollzug von Freiheitsstrafen von in der Regel jeweils höchstens einem Jahr, die von Gerichten aus den Kantonen des Konkordates ausgesprochen sind.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Aufsicht

- Aufsicht und Betreuung von Gefangenen
- Leistungsvereinbarung Nachtdienst

Leistungsgruppe 2: Besondere Dienste

- Sozialdienst
- Ärztlicher Dienst
- Seelsorge

Leistungsgruppe 3: Verpflegung

- Verpflegung der Gefangenen

**Leistungsgruppe 4: Beschäftigungsmassnahmen/
Gewerbearbeitsplätze**

- Holzbetrieb
- Küchenarbeitsplätze

Leistungsgruppe 5: Bildung im Strafvollzug

- Allgemeinbildung
- Gruppenunterricht für ausgewählte Gefangene

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
- Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO) vom 5. Oktober 2007 (SR 312.0)
- Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 26. August 2010 (BGS 161.1)
- Reglement des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und Innerschweiz vom 24. April 2008
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen vom 31. Januar 1985 (BGS 332.61)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (EG ANAG) vom 28. November 1996 (BGS 122.5)
- Verordnung über die Strafanstalt vom 6. Mai 2003 (BGS 331.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
A	Machbarkeitsstudie betreffend bauliche Erweiterung Strafanstalt	Bevölkerung Gefangene		Projekt Erweiterung liegt vor	Bauprojekt liegt vor
L29	Aktive Mitarbeit zur Realisierung einer interkantonalen Lösung zur Schaffung von Haftplätzen für den Vollzug des Ausländerrechts	Bevölkerung, Strafanstalt, Amt für Migration	Teilnahmepräsenz von 90 %	Teilnahmepräsenz von 90 %; Mitarbeit am Detailkonzept für eine interkantonale Lösung, Leitung Projektgruppe Betriebskonzept/Businessplan; Vorlage Detailkonzept im Frühjahr	Standort und Bauprojekt liegen vor

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfängende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 1: Aufsicht					
1	Vollumfängliche Sicherheit gewährleisten	Gefangene, Mitarbeitende, Besuchende, Bevölkerung	0 Ausbrüche 0 Übergriffe 0 Brände 0 länger dauernde technische Störungen	0 Ausbrüche 0 Übergriffe 0 Brände 0 länger dauernde technische Störungen	Gleich
2	Keine grobe Verletzung von Aufsichtspflichten	Gefangene	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
3	Nachtdienst: 5 Min. Interventionszeit	Gefangene	100 % erfüllt	100 % erfüllt	Gleich
Leistungsgruppe 2: Besondere Dienste					
4	Ärztliche Grundversorgung gemäss medizinisch-ethischen Richtlinien anbieten	Gefangene	Pro Woche 2 ärztliche und/oder psychiatrische Visiten	Pro Woche 2 ärztliche und/oder psychiatrische Visiten	Gleich
5	Vollzugsplanung, Urlaubswesen und Vermögensverwaltung der Gefangenen in hoher Qualität umsetzen	Gefangene	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
Leistungsgruppe 3: Verpflegung					
6	Kostengünstige und gesunde Verpflegung	Gefangene	Kostensteigerung muss mit Anzahl Belegungstage korrelieren	Kostensteigerung muss mit Anzahl Belegungstage korrelieren	Gleich
Leistungsgruppe 4: Beschäftigungsmassnahmen/Gewerbearbeitsplätze					
7	Genügend Beschäftigungsangebote gemäss Vorgaben StGB und Konkordat gewährleisten	Gefangene	Keine Verletzung der Vorgaben	Keine Verletzung der Vorgaben	Gleich
8	Wirtschaftlicher Holzverkauf	Kundinnen und Kunden	Erlös mind. Fr. 175'000	Erlös mind. Fr. 175'000	Gleich
Leistungsgruppe 5: Bildung im Strafvollzug					
9	Schulungs- und Sportangebote gemäss Vorgaben StGB und Konkordat	Gefangene im Strafvollzug	Angebot an 46 Halbtagen	«Fällt weg»	
10	Professionelles Bildungsangebot BiST (Bildung im Strafvollzug) ausreichend gewährleisten	Gefangene im Strafvollzug		1 Lerngruppe an 40 Halbtagen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Ziel 9 und 10: Ab Mai 2014 Inanspruchnahme des Angebotes BiST (Bildung im Strafvollzug) basierend auf der Leistungsvereinbarung der KKJPD und des SAH Zentralschweiz. Kostenersparnis, da BiST über Kostgeldzuschlag national finanziert wird.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Eintritte	Anzahl	524	500	530	Steigend
Belegungstage	Anzahl	12'806	13'500	13'500	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-3'633'255.88	-3'752'150	-3'790'900	-38'750	1.0	-3'877'600	-3'975'300	-4'079'100
Total Ertrag	1'144'480.60	1'160'000	950'000	-210'000	-18.1	956'000	969'000	981'000
Saldo	-2'488'775.28	-2'592'150	-2'840'900	-248'750	9.6	-2'921'600	-3'006'300	-3'098'100

Kommentar Budget

Konto 3135.50 Arztkosten: Die Behandlungskosten sind gestiegen, da mehr Gefangene inhaftiert worden sind. Zudem können häufig keine externen Kostenträger (Krankenkasse, Sozialamt, Asyldienste usw.) eruiert werden.

Konto 4220.91 Kostgelder: Mit der erhöhten Belegung von Gefangenen im Strafvollzug, bei denen der Kanton Zug für den Vollzug der Strafe verantwortlich ist, können weniger ausserkantonale Gefangene aufgenommen werden, bei denen die Kostgelder als Erträge ins Budget einfließen.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Der Vollzugs und Bewährungsdienst (VBD) ist im Erwachsenenstrafrecht verantwortlich für die Planung, das Aufgebot, die Platzierung und Kontrolle von Strafen, Massnahmen, Bewährungshilfen, Weisungen sowie sozialen Betreuungen bei nicht inhaftierten Erwachsenen während des Strafverfahrens.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Strafvollzug

- Vollzug von Freiheitsstrafen
- Vollzug von Halbgefängnissen
- Vollzug von gemeinnütziger Arbeit

Leistungsgruppe 2: Massnahmenvollzug

- Vollzug von stationären Massnahmen
- Vollzug von ambulanten Behandlungen
- Vollzug von Ersatzmassnahmen

Leistungsgruppe 3: Bewährungsdienst

- Vollzug von Bewährungshilfen
- Vollzug von Weisungen
- Vollzug von sozialen Betreuungen bei nicht inhaftierten Erwachsenen während des Strafverfahrens

- Verordnung zum Strafgesetzbuch und zum Militärstrafgesetz vom 19. September 2006 (V-StGB-MStG; SR 311.01)
- Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO; SR 312.0)
- Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 26. August 2010 (BGS 161.1)
- Verordnung über den strafrechtlichen Justizvollzug gegenüber Erwachsenen vom 7. Dezember 2010 (BGS 331.2)
- Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Konkordats der Kantone der Nordwest und Innerschweiz vom 5. Mai 2006 über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugskonkordat) vom 30. November 2006 (BGS 332.33)
- Verfügung über die Delegation der Befugnisse der Sicherheitsdirektion im Bereich des strafrechtlichen Justizvollzugs gegenüber Erwachsenen an den Vollzugs und Bewährungsdienst (VBD) vom 17. Dezember 2010 (BGS 153.752)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101)
- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 311.0)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Gesamtzielsetzung					
1	Effiziente/korrekte Vollzugsdurchführung	Verurteilte	Keine Beanstandungen in Kontrollberichten SD/JPK	Keine Beanstandungen in Kontrollberichten SD/Justizprüfungskommission (JPK)	Gleich
Leistungsgruppe 1: Strafvollzug					
2	Formell/materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Beschwerdeführende	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch zuständige Beschwerdebehörde	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch zuständige Beschwerdebehörde	Gleich
3	Vollzug gemeinnützige Arbeit gemäss Standard Konkordat	Verurteilte, Arbeitgeber Sozialarbeitsplätze	Pro Fall/Vollzugswoche werden in 80 % der Fälle mind. 8 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet	Pro Fall/Vollzugswoche werden in 80 % der Fälle mind. 8 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet	Gleich
4	Formelle/materielle Überprüfung Versetzung auf Sicherheitsabteilung	Verurteilte, Anstalten		Halbjährliche Überprüfung Versetzung auf Sicherheitsabteilung ist erfolgt	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 2: Massnahmenvollzug					
5	Formell/materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Beschwerdeführende	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch zuständige Beschwerdebehörde	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch zuständige Beschwerdebehörde	Gleich
6	Formelle/materielle Überprüfung stationäre Massnahmen/ambulante Behandlungen	Verurteilte, Anstalten	Jährliche Überprüfung ist erfolgt	Jährliche Überprüfung ist erfolgt	Gleich
Leistungsgruppe 3: Bewährungsdienst					
7	Beförderliche Sicherstellung Betreuung	Klientschaft	Nach Falleröffnung ist Erstgespräch innerhalb 1 Monats erfolgt	Nach Falleröffnung ist Erstgespräch innerhalb 1 Monats erfolgt	Gleich
8	Konsequente periodische Überprüfung Weisungen	Klientschaft	Weisungen sind halbjährlich überprüft	Weisungen sind halbjährlich überprüft	Gleich
A	Anpassung Bewährungsdienstprozesse an konkordantische Standards	Klientschaft, Konkordat		Bewährungsdienstprozesse sind angepasst	Abgeschlossen

Kommentar Zielsetzungen
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Vollzugstage	Anzahl	20'448	20'000	21'000	Gleich
Urteilseingänge	Anzahl	1'200	1'100	1'100	Gleich
Vollzugsaufträge	Anzahl	299	340	340	Gleich
Verfügungen	Anzahl	62	90	90	Gleich
Überprüfungen Massnahmen/Weisungen	Anzahl	17	22	18	Gleich
Vollzugsgespräche	Anzahl	150	160	150	Gleich
Gemeinnützige Arbeit	Anzahl			32	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-5'474'451.47	-5'617'050	-5'423'850	193'200	-3.4	-5'440'050	-5'460'950	-5'482'650
Total Ertrag	468'187.97	196'000	218'000	22'000	11.2	200'000	200'000	200'000
Saldo	-5'006'263.50	-5'421'050	-5'205'850	215'200	-4.0	-5'240'050	-5'260'950	-5'282'650

Kommentar Budget

Der geringere Aufwand ist auf eine tiefere Fallzahl bei den stationären Massnahmen zurückzuführen. Dies trotz einer Zunahme bei den Strafvollzugskosten.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
4000	Direktionssekretariat	-23'172'224.25	-26'028'300	-26'225'300	-197'000	0.8	-27'187'200	-28'284'100	-29'396'900
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'720'776.39	-2'847'100	-2'987'800	-140'700	4.9	-3'165'750	-3'277'050	-3'233'850
4021	Rettungsdienst	-2'115'944.77	-2'652'200	-2'834'000	-181'800	6.9	-3'087'500	-3'258'000	-3'443'800
4030	Spitäler	-79'796'403.29	-88'450'000	-93'527'000	-5'077'000	5.7	-97'177'000	-97'177'000	-97'177'000
4050	Amt für Gesundheit			-5'830'200	-5'830'200		-5'988'900	-6'112'700	-6'187'100
4055	Gesundheitsamt	-2'815'796.28	-3'451'100		3'451'100	-100.0			
4060	Medizinalamt	-2'016'676.19	-2'376'000		2'376'000	-100.0			
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'665'811.52	-1'995'800	-1'788'600	207'200	-10.4	-1'803'800	-1'941'300	-2'083'800
40	Gesundheitsdirektion	-114'303'632.69	-127'800'500	-133'192'900	-5'392'400	4.2	-138'410'150	-140'050'150	-141'522'450

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
4005	Amt für Verbraucherschutz	-142'972.43	-240'000		240'000	-100.0			
4021	Rettungsdienst	-516'222.85	-485'000	-505'000	-20'000	4.1	-385'000	-377'000	-385'000
4030	Spitäler	-424'200.80	-3'000'000		3'000'000	-100.0	-3'000'000		
4060	Medizinalamt		-100'000		100'000	-100.0			
40	Gesundheitsdirektion	-1'083'396.08	-3'825'000	-505'000	3'320'000	-86.8	-3'385'000	-377'000	-385'000

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Das Budget der Gesundheitsdirektion steht im Zeichen der steigenden Spitalkosten sowie der Optimierung der Notfall- und Grundversorgung, weshalb die Aufwendungen um rund 5,4 Millionen Franken oder 4,2 Prozent zunehmen. Zu den grössten Kostentreibern zählen:

- Die Erhöhung des kantonalen Anteils (Kostenteiler) an den stationären Spitalkosten von 51 Prozent auf 53 Prozent. Sie verursacht eine Aufwandssteigerung von 3,4 Millionen Franken.
- Die steigenden Fallzahlen bei den innerkantonalen Kliniken aufgrund der demographischen und medizinischen Entwicklung. Lediglich die AndreasKlinik rechnet mit tieferen Patientenzahlen, dafür mit einem höheren durchschnittlichen Schweregrad bei den Patientenfällen (Stichwort Multimorbidität). Insgesamt rechnet die Gesundheitsdirektion bei den inner- und ausserkantonalen Hospitalisationen mit einem Kostenanstieg von 1,7 Millionen Franken.
- Die Aufwände für die individuelle Prämienverbilligung. Sie sind aufgrund des Bevölkerungswachstums und der anhaltend steigenden Prämien um 0,3 Millionen Franken zu erhöhen.
- Die Beiträge an die Pflegebetriebe zur Förderung der Ausbildung von Pflegefachkräften. Mit zusätzlichen 130'000 Franken sollen die innerkantonalen Pflegebetriebe einen zusätzlichen Anreiz erhalten, noch mehr Nachwuchskräfte auszubilden und somit einen Beitrag zum sich abzeichnenden Pflegekräftemangel zu leisten und die Grundversorgung im Bereich Pflege zu sichern.

Im Gegenzug zur Aufwanderhöhung sucht die Gesundheitsdirektion nach Lösungen, ihre Leistungen kostengünstiger zu erbringen, indem sie intern Synergien nutzt oder Leistungsaufträge an Dritte vergibt, wenn diese sie kostengünstiger erfüllen können. Zu nennen sind etwa die Fusion des Gesundheitsamtes und des Medizinalamtes zum Amt für Gesundheit.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Als Querschnittsamt der Gesundheitsdirektion lenkt und führt das Direktionssekretariat die Geschäfte der Direktion. Es unterstützt den Direktionsvorsteher bei fachlichen und politischen Fragen des Gesundheitswesens. Das Direktionssekretariat ist Anlaufstelle für juristische Fragen rund um das öffentliche Gesundheitswesen und bearbeitet verschiedene Sachgebiete wie Krankenversicherung, Spitalwesen und die Pflegeversorgung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte

- Erarbeitung der Gesundheitsdirektions-Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat
- Verfassung von Mitberichten und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen
- Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen und Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Erarbeitung von Verfügungen, Verträgen und Reglementen der Gesundheitsdirektion

Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst

- Abklärungen zu Rechtsfragen des öffentlichen Gesundheitswesens
- Prüfung von Anträgen, gesundheitspolizeilichen Bewilligungen und Rechtsakten der Direktionsämter
- Beratung der Gemeinden zum Vollzug und zur Durchsetzung der obligatorischen Krankenversicherungspflicht
- Beschwerdewesen und Disziplinarverfahren

Leistungsgruppe 3: Spitäler und Pflege

- Statistik und Benchmarking im Spitalbereich und in der Langzeitpflege
- Spital- und Pflegeheimplanung
- Leistungseinkäufe und Controlling Spitäler
- Beratung der Gemeinden und Institutionen im Bereich Pflege

Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling

- Unterstützung der Direktionsämter im Rechnungswesen
- Koordination der Jahres- und Budgetabschlüsse
- Direktionscontrolling und Qualitätssicherung
- Personaladministration für die Gesundheitsdirektion
- EDV-Koordination
- Prüfung und Bearbeitung von Lotteriefondsgesuchen im Gesundheitsbereich

Leistungsgruppe 5: Individuelle Prämienverbilligung (IPV)

- Grundlagen zur Durchführung der IPV festlegen
- Strategische Planung und Kontrolle
- Überwachung der Durchführung

Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen

- Öffentlichkeitsarbeit und Führungsunterstützung für den Gesundheitsdirektor
- Unterstützung der Präsidien und der Mitgliedschaften in inner- und interkantonalen Gremien

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 (TSchG, SR 455) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz, MedBG, SR 811.11) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG, SR 812.121) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 15. Dezember 2000 über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG, SR 812.21) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vom 9. Oktober 1992 (Lebensmittelgesetz, LMG, SR 817.0) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG, SR 832.10)
- Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (TSG, SR 916.40) und die nachgeordneten Erlasse
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz; GesG) vom 30. Oktober 2008 (BGS 821.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (EG BetmG) vom 6. September 1979 (BGS 823.5)
- Spitalgesetz vom 29. Oktober 1998 (BGS 826.11)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die Psychiatrische Klinik Oberwil-Zug (Psychiatriekonkordat) vom 16. Dezember 1982 (BGS 826.162)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG) vom 29. Februar 1996 (BGS 842.1)
- Gesetz betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung vom 15. Dezember 1994 (BGS 842.6)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Leistungsgruppen wurden gestrafft und die wesentlichen rechtlichen Grundlagen nach den entsprechenden Vorgaben neu sortiert.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
L26	Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten Versorgung unter Berücksichtigung des Verfassungsauftrags zur Förderung der Hausarztmedizin	Grundversorger/innen, Bevölkerung		Bericht und Antrag Regierungsrat	
L26	Anerkennung der Medizinischen Praxisassistentinnen bzw. Praxisassistenten (MPA) als Gesundheitsberuf	Med. Praxisassistentinnen und Med. Praxisassistenten, Ärzteschaft, Bevölkerung		Verordnung tritt in Kraft; Erlass Reglement über Voraussetzungen zur gesundheitspolizeilichen Zulassung	
Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte					
1	Gesundheitsdirektions-Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat gemäss formellen Vorgaben	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
2	Zeitgerechte Mitberichte und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Steigend
3	Zeitgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
4	Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen gemäss formellen Vorgaben	Regierungsrat, Kantonsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
5	Rechtzeitige Genehmigung/Festlegen von Tarifen der Leistungserbringer OKP	Verbände Leistungserbringer, Spitäler, Krankenversicherer, Regierungsrat		80 % der Anträge an den Regierungsrat innert 4 Monaten nach Abschluss des Schriftenswechsels	Steigend
A	Gesamtprojektleitung über Projekte zur Umsetzung der Leitlinien	Regierungsrat, Kantonsrat, Bevölkerung	Frist- und fachgerechte Umsetzung der Projekte	Fristgerechter Abschluss eines Projektes	
B	Erarbeiten von drei Instrumenten zur Förderung der Grundversorgung im Kanton Zug (Co-Leitung MedA)	Grundversorger/innen, Bevölkerung	Ein Instrument einführungsreif; Planungsarbeiten für die anderen beiden abgeschlossen	«Fällt weg» Wird in L26 (Gesamtzielsetzung) integriert	
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst					
6	Zeitgerechte Rechtsauskünfte	Direktionsämter, Gesundheitsdirektor, Gemeinden, Dritte	Einfache Anfragen umgehend; komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist	«Fällt weg»	
7	Rechtzeitige Genehmigung/Festlegen von Tarifen der Leistungserbringer OKP	Verbände Leistungserbringer, Spitäler, Krankenversicherer, Regierungsrat	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss des Schriftenswechsels	«Fällt weg» Wird neu in Leistungsgruppe 1 integriert	
8	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Gerichte	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss des Instruktionsverfahrens	80 % der Entscheide innert 4 Monaten nach Abschluss des Instruktionsverfahrens	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016-18
C	Änderung zum Einführungs-gesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel beschlossen	Regierungsrat, Kantonsrat	Kantonsratsbeschluss liegt vor	Gesetz in Kraft gesetzt	
D	Regelung Rettungsorgani-sation im Kanton Zug	Regierungsrat, Kantonsrat, Rettungsorganisationen	1. Lesung Kantonsrat	Überweisung an den Kantonsrat	
Leistungsgruppe 3: Spitäler und Pflege					
9	Fristgerechte Sicherstellung des Statistikwesens für die Spital- und Pflegeheim-planung	Gesundheitsdirektor, Spitäler, Alters- und Pflegeheime, Gemeinden, Bundesämter	Jährlich	Jährlich	Gleich
10	Kompetente und rasche Beratung durch den Bereich Spitäler und Pflege	Gesundheitsdirektor, Gemein-den, Spitäler, Alters- und Pflegeheime, Spitex	Einfache Anfragen umgehend; komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist	«Fällt weg»	
11	Bedarfsgerechte Pflegeheim-planung und Sicherstellung des Controllings	Regierungsrat, Pflegeheime, Gemeinden	Bedarfsgerechte Versorgung	Bettenauslastung 80 bis 100 % im Jahresdurchschnitt	Gleich
12	Bedarfsgerechte Spitalplanung und zeitgerechte Erteilung von Leistungsaufträgen	Regierungsrat, Spitäler	Bedarfsgerechte Versorgung	Bettenauslastung 80 bis 100 % im Jahresdurchschnitt	Gleich
L27	Bericht und Antrag zur integ-rierten Psychiatrieversorgung UR/SZ/ZG	Kantonsrat		Überweisung an den Kantonsrat	
Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling					
13	Rechtzeitiger Jahresabschluss; Koordination der Informa-tionen an die Ämter, Über-prüfung der Resultate der gesamten Direktion	Direktionsämter, Gesund-heitsdirektor, Regierungsrat, Kantonsrat	Fristgerecht	Sicherstellen, dass die Ab-weichung der Rechnung zum Budget bei allen durch die Direktion beeinflussbaren Positionen pro Amt max. 5 % beträgt	Gleich
14	Rechtzeitiges Budget; Koordination der Budgetie-rung innerhalb der Gesundheitsdirektion	Gesundheitsdirektor, Regierungsrat, Kantonsrat	Fristgerecht	Alle durch die Direktion beeinflussbaren Positionen vom Kantonsrat genehmigt	Gleich
15	Ordnungsgemässe Führung der Buchhaltung	Regierungsrat	Einhalten der gesetzlichen Vorgaben	«Fällt weg»	
16	Fristgerechte Beantwortung der Lotteriefondsgesuche	Direktionsämter, Gesund-heitsdirektor, Regierungsrat		Beantwortung aller Gesuche innert 2 Monaten	Gleich
E	Fristgerechte Umsetzung der KLR	Finanzdirektion, Gesundheits-direktor		Vorbereitungsarbeiten abge-schlossen für Inkraftsetzung im Jahr 2016	
Leistungsgruppe 5: Individuelle Prämienverbilligung (IPV)					
17	Gewährleistung eines ange-messenen Versicherungs-schutzes zu finanziell trag-baren Bedingungen	Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen	Sozialpolitische Wirksamkeit im obersten Quartil aller Kantone – unter Einhaltung der Budgetvorgaben	Sozialpolitische Wirksamkeit im obersten Quartil aller Kantone – unter Einhaltung der Budgetvorgaben	Gleich
18	Sicherstellung einer effizienten und korrekten IPV-Durch-führung	Ausgleichskasse	Stichprobenweise Evaluation von 2 Zielsetzungen gemäss Leistungsvereinbarung	Stichprobenweise Evaluation von 2 Zielsetzungen gemäss Leistungsvereinbarung	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
F	Periodische Überprüfung und Weiterentwicklung des IPV-Systems	Gesundheitsdirektor, Regierungsrat	Evaluationsbericht zu 1 Teilbereich des IPV-Systems inkl. allfälligen Anpassungsvorschlägen	Evaluationsbericht zu 1 Teilbereich des IPV-Systems inkl. allfälligen Anpassungsvorschlägen	
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen					
19	Gewährleistung des internen Informationsflusses und der Vernetzung in der internen und externen Kommunikation	Ämter, Mitarbeitende, externe Partner, Öffentlichkeit	Monatliche GL-Sitzungen, Klausurtagungen, Mitarbeiterveranstaltungen	«Fällt weg»	
20	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des ZGSDK-Präsidiums sicherstellen	Präsident ZGSDK, ZGSDK-Mitglieder, GDK	100 % innert Frist	Versand Protokoll innert 14 Tagen	Gleich
21	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des Präsidiums des Psychiatrie-Konkordats	Präsident Psychiatrie-Konkordat, Mitglieder Psychiatrie-Konkordat	100 % innert Frist	Versand Protokoll innert 14 Tagen	Gleich
G	Förderung der Aus- und Weiterbildung in Gesundheitsbetrieben	Regierungsrat, Gesundheitsbetriebe, Bevölkerung	Massnahmen sind definiert	Überweisung an den Kantonsrat: Antrag Änderung § 29 Abs. 1 Gesundheitsgesetz	
H	Erarbeiten und umsetzen eines Kommunikationskonzeptes	Ämter, Gesundheitsdirektor, Partnerorganisationen, Bevölkerung	Prozesse für die interne und externe Kommunikation sind definiert	«Fällt weg» Erledigt	

Kommentar Zielsetzungen

Das Direktionssekretariat und das Amt für Gesundheit der Gesundheitsdirektion setzen die Teilziele zum Legislaturziel 26 (Sicherstellung einer bedarfsgerechten stationären und ambulanten Versorgung mit Kooperationen) gemeinsam um.
Die Zielsetzungen 6, 10, 15 und 19 werden weiter verfolgt, da es sich aber um generelle Alltagsaufgaben handelt, werden sie nicht mehr speziell ausgewiesen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
RR-Anträge Gesundheitsdirektion	Anzahl	84	81	80	Gleich
Mitberichte, Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl	29	30	30	Steigend
Federführung in Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenz	Anzahl	17	13	15	Gleich
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	3	3	3	Gleich
Beschwerdeeingänge	Anzahl	10	10	10	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	3	3	3	Gleich
Kantonsrätliche Kommission für das Gesundheitswesen	Sitzungen	1	4	3	Gleich
Nationale und regionale Arbeitsgruppen (u. a. ZGSDK, ZFG, GDK, verschiedene Arbeitsgruppen der GDK)	Sitzungen			30	Steigend
Psychiatriekonkordat	Sitzungen	9	9	8	Gleich
Diverse institutionalisierte Jahrestreffen (Leistungserbringer, Verbände usw.)	Sitzungen	20	20	20	Gleich
Öffentlichkeitsarbeit (u. a. Medienkonferenzen/Medienmitteilungen)	Vorgänge	25	20	25	Gleich
Kantonale Arbeitsgruppen (Informatik, VZ3, KGS, Kommunikation usw.)	Sitzungen	22	19	27	Steigend

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Empfänger/innen einer individuellen Prämienverbilligung (IPV)	Anzahl		30'000	31'000	Steigend
Kantonsanteil an der Prämienverbilligung	Mio. Franken		22,5	22,8	Steigend
Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung	Mio. Franken			33,4	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Einfluss- und Plangrössen «ZGSDK/ZFG» und die «Erfa Controller-Meetings» wurden in die neu gebildete Grösse «Nationale und regionale Arbeitsgruppen» integriert. Zusätzlich neu abgebildet werden die durchlaufenden Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung. Die Sitzungen mit der Delegation der Staatswirtschaftskommission sind Bestandteil des regulären Budget- und Geschäftsberichtsprozesses, weshalb sie nicht mehr separat ausgewiesen werden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-54'568'579.85	-58'037'100	-59'650'300	-1'613'200	2.8	-61'912'200	-64'409'100	-67'021'900
Total Ertrag	31'396'355.60	32'008'800	33'425'000	1'416'200	4.4	34'725'000	36'125'000	37'625'000
Saldo	-23'172'224.25	-26'028'300	-26'225'300	-197'000	0.8	-27'187'200	-28'284'100	-29'396'900

Kommentar Budget

Das Globalbudget steigt hauptsächlich aus folgenden Gründen um 197'000 Franken:

- Der Kantonsanteil bei der Prämienverbilligung wird aufgrund des Bevölkerungswachstums um 0,3 Millionen Franken auf 22,8 Millionen Franken erhöht. Beim Bundesanteil, ein durchlaufender Beitrag ohne Wirkung auf die kantonale Rechnung, wird eine Erhöhung von 1,4 Millionen Franken auf 33,4 Millionen Franken prognostiziert. Zählt man die kantonalen und die Bundesbeiträge zusammen, schlägt die Prämienverbilligung mit rund 56,2 Millionen Franken zu Buche. Bei den Durchführungskosten (fallbezogene Pauschalentschädigung für die Ausgleichskasse) ist ein Wachstum von 2,2 Prozent budgetiert (+ 20'000 Franken).
- Um sicherzustellen, dass genügend Pflegefachkräfte ausgebildet werden, sollen die Weiterbildungsbeiträge an die Pflegebetriebe erhöht werden. Die entsprechende Aufwandsposition nimmt um rund 130'000 Franken zu.
- Im Gegenzug sinkt der Personalaufwand trotz höherer Arbeitgeber-Pensionskassenbeiträge und aufgrund direktionsinterner Stellenverschiebungen zum RDZ um rund 178'000 Franken. Ausserdem fällt der im Jahr 2014 einmalig budgetierte Aufwand von 60'000 Franken für die Durchführung und Publikation der Gesundheitsbefragung der Zuger Bevölkerung weg.
- Die Position Honorare für Verwaltungsratsmandate steigt um 15'000 Franken, weil die entsprechenden Erträge ab 2015 neu dezentral auf den Kostenstellen der Ämter budgetiert und verbucht werden.

Kommentar Finanzplan

Der Kantonsanteil bei der Prämienverbilligung steigt bis zum Jahr 2018 voraussichtlich auf 25,7 Millionen Franken. Ansonsten wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Verbraucherschutz vollzieht die Gesetzgebung in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Chemikalien, Bäder und Badewasserüberwachung, Veterinärmedizin und Tierschutz. Für alle Vollzugsbereiche gilt das Ziel, die rechtlich vorgegebene Verbrauchersicherheit sowie den Schutz von Mensch und Tier aktiv zu unterstützen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Verbraucherschutz im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände

- Betriebskontrolle (Inspektion, Probenerhebung und -untersuchung)
- Untersuchungen und Expertisen für Dritte

Leistungsgruppe 2: Verbraucherschutz bei Bädern und Badewasser

- Kontrolle der Badeanlagen und Untersuchung von Badewasser sowie Beurteilung von Neu- und Umbauten

Leistungsgruppe 3: Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen sowie Radon

- Betriebskontrollen, Probenerhebung und Untersuchung nach Chemikalienrecht sowie Führen der Chemikalienfachstelle
- Führen der kantonalen Radonkontaktstelle (Informieren und Umsetzen der Vorgaben des Bundes)

Leistungsgruppe 4: Gewässer- und Abwasseruntersuchungen

- Analytische Dienstleistung und Probenahmen von Gewässern und Abwässern im Rahmen der Zielsetzung für das Amt für Umweltschutz
- Weitere Aufträge gemäss Dienstleistungsvereinbarungen mit kantonsinternen und externen Stellen

Leistungsgruppe 5: Veterinärdienst

- Tiergesundheitsüberwachung und Zoonosenkontrolle
- Tierschutzkontrolle: Tierwohl fördern und erhalten
- Meldestelle für Findeltiere überwachen
- Gewinnung von Lebensmitteln tierischer Herkunft überwachen
- Vorfälle mit gefährlichen Hunden abklären und Massnahmen anordnen
- Bereich Tiergesundheit an der LBBZ Schluechthof unterrichten

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 (TSchG, SR 455)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 29. Januar 1998 (BGS 811.1)
- Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe vom 23. Juni 2006 (Medizinalberufegesetz, MedBG, SR 811.11)
- Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe vom 3. Oktober 1951 (Betäubungsmittelgesetz, BetmG, SR 812.121)
- Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte vom 15. Dezember 2000 (Heilmittelgesetz, HMG, SR 812.21)
- Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen vom 15. Dezember 2000 (Chemikaliengesetz, ChemG, SR 813.1)
- Strahlenschutzverordnung vom 22. Juni 1994 (StSV, SR 814.501)
- Verordnung zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten, besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen vom 18. Mai 2005 (Chemikalien-Risiko-reduktions-Verordnung, ChemRRV, SR 814.81)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vom 9. Oktober 1992 (Lebensmittelgesetz, LMG, SR 817.0)
- Eidgenössische Verordnung über die biologische Landwirtschaft und die Kennzeichnung biologisch produzierter Erzeugnisse und Lebensmittel vom 22. September 1997 (Bio-Verordnung, SR 910.18)
- Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (TSG, SR 916.40)
- Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten vom 18. April 2007 (EDAV, SR 916.443.10)
- Eidgenössische Verordnung über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion vom 26. November 2003 (LDV, SR 916.51)
- Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse vom 6. Oktober 1995 (THG, SR 946.51)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aktiv unterstützen	Bevölkerung	Anzahl amtlicher Tätigkeiten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr oder höher; mind. 6 ereignisorientierte Medienbeiträge	Anzahl amtlicher Tätigkeiten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr oder höher; mind. 6 ereignisorientierte Medienbeiträge	Gleich
2	Die Laborkapazität und das Analysenangebot decken einen wesentlichen Teil der kantonal wichtigen Betriebe ab	Bevölkerung, Betriebe	Kontrolle in 60 % der identifizierten Schlüsselbetrieben; jährlich werden mind. 8 Methoden aktualisiert bzw. entsprechend den Bedürfnissen neu entwickelt	50 % der bedeutendsten Betriebe (= 351) sind kontrolliert; jährlich werden mind. 8 Methoden aktualisiert bzw. entsprechend den Bedürfnissen neu entwickelt	Steigend
3	Information und Fachsupport interessierten Personen und Gruppen anbieten	Bevölkerung	60 Arbeitstage für Schnupperlernende, Maturandinnen und Maturanden, Praktikantinnen und Praktikanten sowie interessierte Kreise	60 Arbeitstage für Schnupperlernende, Maturandinnen und Maturanden, Praktikantinnen und Praktikanten sowie interessierte Kreise	Gleich
A	Neubau Labor- und Verwaltungsgebäude, AVS	Verwaltung, Bevölkerung		Nutzerbedürfnisse in Bauprozess eingebracht	
Leistungsgruppe 1: Verbraucherschutz im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände					
4	Schutz vor Gesundheitsgefährdung und Täuschung sowie den hygienischen Umgang mit Lebensmitteln sicherstellen	Konsumenten, Konsumentinnen	30 % (= 430) der Betriebe sind kontrolliert; flexible und angepasste Reaktion auf Aktualitäten	30 % (= 450) der Betriebe sind inspiziert; flexible und angepasste Reaktion auf Aktualitäten	Steigend
5	Gute Wasserqualität gewährleisten	Konsumenten, Konsumentinnen, Betriebe	100 % der Proben (= ca. 1'000) inklusive Berichterstattung innert 3 Wochen untersucht und abgeschlossen	100 % der Proben (= ca. 1'000) sind zeitnah untersucht	Gleich
6	Überwachung der im Kanton ansässigen Handelsfirmen betreffend Verbrauchersicherheit	Bevölkerung, Handelsbetriebe	10 % (= 20 Betriebe) der im Kanton ansässigen, zum Teil internationalen Grosshandelsfirmen kontrollieren	«Fällt weg» Wird in Ziel 4 integriert	
B	Elektronische Erfassung der Inspektionsberichte und Abgabe vor Ort inkl. automatischer Abgleich der Daten mit der Fachanwendung	Betriebe	Keine Abgabe mehr von handschriftlichen Inspektionsberichten	Vertiefte Evaluation des Projektes aufgrund neuer EDV-Sicherheitsvorgaben	
C	Anpassung der risikobasierten Kontrollfrequenzen an das schweizweite Konzept	Vollzugsbehörden, Betriebe		Implementierung des schweizweit verwendeten Konzeptes	
D	Analysenangebot für Mikroverunreinigen sicherstellen	Bevölkerung		Adaptieren und Validieren von max. 3 Methoden	
Leistungsgruppe 2: Verbraucherschutz bei Bädern und Badewasser					
7	Hygiene in Badebetrieben sicherstellen	Badebetriebe, Bevölkerung	Mind. 1 Kontrolle pro Badebetrieb und Jahr	Mind. 1 Kontrolle pro Badebetrieb und Jahr	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
8	Information über die Badewasserqualität an öffentlichen See- und Flussbädern	Bevölkerung	4 Untersuchungen pro Badeplatz und Jahr; zeitgerechtes Veröffentlichen der Resultate	4 Untersuchungen pro Badeplatz und Jahr; zeitgerechtes Veröffentlichen der Resultate	Gleich
Leistungsgruppe 3: Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen sowie Radon					
9	Schutz des Lebens und der Gesundheit des Menschen vor schädlichen Einwirkungen durch Stoffe und Zubereitungen gewährleisten	Bevölkerung, Umwelt	10 % (= 30 Betriebe) der wichtigsten Betriebe kontrolliert; Teilnahme an regionalen und nationalen Überwachungsprogrammen von kantonalem Nutzen	10 % (= 25 Betriebe) der wichtigsten Betriebe sind kontrolliert; Teilnahme an regionalen und nationalen Überwachungsprogrammen von kantonalem Nutzen (max. 3 Kampagnen)	Gleich
10	Radon (Strahlenschutz): Gesundheitsgefährdung durch Radonkonzentration wird gemäss Bundesvorgaben vorgebeugt	Bevölkerung	Empfehlungen des Bundes werden umgesetzt sofern sie für den Kanton von Interesse sind	Empfehlungen des Bundes werden umgesetzt, sofern sie für den Kanton von Interesse sind (max. 1 Kampagne)	Gleich
E	Liste der Vollzugsaufgaben und Zuständigkeiten an die aktuelle Gesetzgebung als bezeichnete Koordinationsstelle anpassen	Hersteller/innen, Händler/innen, Bevölkerung	Konsolidierter Vorschlag an das DS weitergeleitet	«Fällt weg» Anpassung an Gesetzgebung erfolgt	
F	GHS Umstellung für Zubereitungen kundennah begleiten	Hersteller/innen, Händler/innen		Fachspezifische Software implementieren und Kenntnisse sicherstellen	
Leistungsgruppe 4: Gewässer- und Abwasseruntersuchungen					
11	Die vereinbarte Leistung für das Amt für Umweltschutz (AfU) wird erbracht	Mensch, Umwelt	Alle Aufträge sind gemäss Vereinbarung fristgerecht erfüllt	Alle Aufträge sind gemäss Vereinbarung erfüllt	Gleich
Leistungsgruppe 5: Veterinärdienst					
12	Bekämpfung Seuchenfälle gemäss Tierseuchengesetzgebung	Tierhaltende, Bevölkerung	100 % der Seuchenfälle bekämpft; keine Seuchenverschleppungen	100 % der gemeldeten Seuchenfälle bekämpft	Gleich
13	Freiheit des zugerischen Nutztierbestandes vor spezifischen Tierseuchen nachweisen	Tierhaltende, Bundesamt für Veterinärwesen, Bevölkerung	100 % der Seuchenuntersuchungen (ca. 800 Proben) durchgeführt	100 % der Seuchenuntersuchungen (ca. 800 Proben) durchgeführt	Gleich
14	Tierschutzkontrolle: Tierwohl fördern und erhalten	Tiere, Tierhaltende, Bevölkerung	25 % Tierhaltungen kontrolliert (ca. 150 Betriebe); 100 % der Meldungen über Missstände in Tierhaltungen bearbeitet	25 % Tierhaltungen kontrolliert (ca. 150 Betriebe); 100 % der Meldungen über Missstände in Tierhaltungen bearbeitet (ca. 50 Meldungen)	Gleich
15	Verbrauchersicherheit bei Lebensmitteln tierischer Herkunft durch regelmässige Kontrollen gewährleisten	Schlachtbetriebe, Milchproduktionsbetriebe, Geflügelhalter/innen, Bienenhalter/innen	Alle Schlacht- und Fleischuntersuchungen in allen 3 Schlachtbetrieben durchgeführt; 100 % der Zerlegereien kontrolliert; 25 % Milchproduktionsbetriebe kontrolliert (ca. 75 Betriebe); Fremdstoffmonitoring gemäss Bundesvorgaben durchgeführt; alle Importgeflügelbetriebe kontrolliert	100 % aller Schlacht- und Fleischuntersuchungen in allen 3 Schlachtbetrieben durchgeführt; 25 % Milchproduktionsbetriebe kontrolliert (ca. 75 Betriebe); Fremdstoffmonitoring gemäss Bundesvorgaben durchgeführt (ca. 10 Untersuchungsprogramme)	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
16	Vorfällen mit Hunden vorbeugen	Hundehalter/innen, Bevölkerung	90 % der gemeldeten Vorfälle abgeklärt und Massnahmen zur Vermeidung zukünftiger Ereignisse angeordnet	100 % der gemeldeten Vorfälle abgeklärt und Massnahmen zur Vermeidung zukünftiger Ereignisse angeordnet	Gleich
17	Tiergesundheit in der Nutztierhaltung fördern	Tiere, Tierhaltende, Bevölkerung	50 Lektionen an der LBBZ erteilt	50 Lektionen an der LBBZ erteilt	Gleich
G	Seuchenprophylaxe gemäss Bundesvorgaben durchführen	Tierhaltende	Bundesevorgaben zur Bekämpfung der Bovinen Virusdiarrhöe (BVD) erfüllt	Bundesevorgaben zur Überwachung der Bovinen Virusdiarrhöe (BVD) erfüllt (ca. 200 Betriebe beprobt)	

Kommentar Zielsetzungen
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–8
Betriebe: Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	Betriebe	1'592	1'500	1'600	Steigend
Bedeutende Betriebe Lebensmittelsicherheit	Betriebe			705	Steigend
Badeanlagen	Betriebe	23	23	23	Gleich
Untersuchungen Lebensmittelbereich	Anzahl Proben	3'031	2'800	2'900	Gleich
Untersuchungen Nichtlebensmittel (Badewasser, AfU)	Anzahl Proben	1'460	1'700	1'500	Gleich
Wichtigste Händler und Importeure (Chemikalien)	Betriebe	245	250	220	Gleich
Seuchenfälle	Fälle			7	Gleich
Schlachthanlagen/geschlachtete Tiere	Betriebe/Tiere	3	3	3 / 4'000	Gleich
Milchproduzenten	Betriebe	295	300	290	Sinkend
Bienenstände	Stände	275	260	260	Gleich
Hundehaltungen	Haltungen/Vorfälle	4'366	4'250	4'250 / 60	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Reduktion der Anzahl Betriebe im Chemikalienbereich von 250 (Budget 2014) auf 220 (Budget 2015) beruht auf einer Bereinigung der Adresskartei, welche aufgrund gesetzlicher Änderungen erfolgte.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-3'382'323.49	-3'474'300	-3'620'000	-145'700	4.2	-3'797'950	-3'909'250	-3'866'050
Total Ertrag	661'547.10	627'200	632'200	5'000	0.8	632'200	632'200	632'200
Saldo	-2'720'776.39	-2'847'100	-2'987'800	-140'700	4.9	-3'165'750	-3'277'050	-3'233'850

Kommentar Budget

Die Aufwandssteigerung begründet sich hauptsächlich durch höhere Personalaufwendungen (rund 47'000 Franken) sowie durch Ersatz- und Neuanschaffungen von einzelnen Laborgeräten (90'000 Franken), die gemäss Budgetvorgabe in der laufenden Rechnung und nicht mehr in der Investitionsrechnung zu verbuchen sind.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
GD4005.0010 Ersatzinvestitionen AVS						
Ausgaben	-142'972.43	-240'000				
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-142'972.43	-240'000				
Einnahmen						
Saldo	-142'972.43	-240'000				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Ersatz- und Neuinvestitionen von einzelnen Laborgeräten unter 100'000 Franken werden ab 2015 in der Laufenden Rechnung und nicht mehr in der Investitionsrechnung verbucht.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Zu den Kernaufgaben gehören Hilfeleistungen (Rettungseinsätze und Krankentransporte) im ganzen Kanton Zug sowie ausserkantonale Verlegungen. Die Bearbeitung der Notrufe 144 und die Disposition der Einsätze erfolgt durch eine überregionale Einsatzzentrale. Innerhalb der Notorganisation ist der Rettungsdienst für die mobile Sanitätshilfsstelle und die Bereichsleitung Sanität verantwortlich.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

**Leistungsgruppe 1: Hilfeleistungen
 (Primär- und Sekundäreinsätze)**

- Rettungseinsätze
- Krankentransporte
- Unterstützen des Notrufsystems des SRK Sektion Zug
- Sondereinsätze
- Einsatzleitung
- First Responder Gruppen

Leistungsgruppe 2: Grossereignisse

- Mobile Sanitätshilfsstelle: Ausbildung und Material
- Bereichsleitung Sanität

Leistungsgruppe 3: Aus- und Weiterbildung

- Praktischer Teil der Ausbildung «Diplomierter Rettungssanitäterin HF»/«Diplomierter Rettungssanitäter HF»
- Einsatzbezogene Ausbildungen für Partnerorganisationen

Leistungsgruppe 4: Sanitätsnotruf 144 (Leistungsvereinbarung mit Schutz und Rettung Zürich)

- Sicherstellen der Disposition durch den Anschluss an eine Sanitätsnotrufzentrale
- Sicherstellen der Infrastruktur für die Alarmierung und die Datenübermittlung

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 30. Oktober 2008 (Gesundheitsgesetz, GesG, BGS 821.1)
- Verordnung über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 30. Juni 2009 (Gesundheitsverordnung, GesV, BGS 821.11)
- Gebührentarif für die Benützung des Rettungsdienstes vom 17. Oktober 1995 (BGS 826.192)
- Gebührentarif des Rettungsdienstes für Hilfeleistungseinsätze ohne medizinische Versorgung bei Alarmierung über das Notrufsystem des Schweizerischen Roten Kreuzes vom 12. Januar 2004 (BGS 826.192.2)
- Reglement über den Rettungsdienst vom 25. Mai 2000
- Katastrophenplan für den Kanton Zug vom 15. Januar 1985 (BGS 541.13)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die bisherige Leistungsgruppe 5 «Schlüsseldienst» wurde aufgehoben und in die Leistungsgruppe 1 «Hilfeleistungen» integriert.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Effiziente Dienstleistung durch ein aktuelles Qualitätsmanagementsystem gewährleisten	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung, Partnerorganisationen	Überwachungsaudit bestanden	Überwachungsaudit bestanden	Gleich
2	Kundenorientierte Arbeitsweise	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung, Lieferantinnen und Lieferanten, Zuweiser/innen, Spitäler	Gute bis sehr gute Zufriedenheit der Patienten bei Primäreinsätzen gemäss Umfrage > 95 %	Gute bis sehr gute Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten bei Primäreinsätzen gemäss Umfrage > 95 %	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Hilfeleistungen (Primär- und Sekundäreinsätze)					
3	Sicherstellen eines 24-Stunden-Rettungsdienstes gemäss Leistungsauftrag	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung	An 3 Tagen pro Woche sind rund um die Uhr 2 Rettungsteams eingeplant	An 5 Tagen pro Woche sind rund um die Uhr 2 Rettungsteams eingeplant	Steigend
4	Die Hilfsfrist bei Notfalleinsätzen (gemäss Interverband für Rettungswesen) wird im Kanton Zug eingehalten	Patientinnen und Patienten	Bei > 90 % der Notfalleinsätze ist innert 15 Minuten nach Alarmierung ein Einsatzmittel an Ort	Bei > 90 % der Notfalleinsätze ist innert 15 Minuten nach Alarmierung ein Einsatzmittel an Ort	Gleich
5	Qualitativ einwandfreie Leistungen an Patientinnen und Patienten sicherstellen	Patientinnen und Patienten	> 99 % der Behandlungen erfüllen die Kriterien eines Angemessenheitsmonitorings gemäss Interverband für Rettungswesen	> 99 % der Behandlungen erfüllen die Kriterien eines Angemessenheitsmonitorings gemäss Interverband für Rettungswesen	Gleich
6	Sicherstellen der Einsatzleitung innert 30 Min. ab Alarm bei allen Aufgeböten	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung, Partnerorganisationen	Bei 100 % der Aufgeböte ist die Zeit eingehalten	Bei 100 % der Aufgeböte ist die Zeit eingehalten	Gleich
7	Sicherstellen der reibungslosen Zusammenarbeit der First Responder Gruppen mit dem RDZ durch Prüfen des Betriebskonzeptes und Durchführen gemeinsamer Trainingseinheiten	Patientinnen und Patienten, First Responder Gruppen	Prüfen der vorgelegten Betriebskonzepte; Schnittstellentrainings im Umfang von 20 Stunden	Prüfen der vorgelegten Betriebskonzepte; Schnittstellentrainings im Umfang von 20 Stunden	Gleich
8	Bereitstellen der Türschlüssel der angemeldeten Haushalte	Angeschlossene Personen, SRK Zug		100 % fehlerfreie Verwaltung der Schlüssel	Gleich
A	Erneuern Fahrzeugflotte	Patientinnen und Patienten	Inbetriebnahme eines Fahrzeuges	Inbetriebnahme eines Fahrzeuges mit Allradantrieb	Gleich
Leistungsgruppe 2: Grossereignisse					
9	Sicherstellen der raschen medizinischen Erstversorgung der Bevölkerung bei Grossereignissen oder Katastrophen	Bevölkerung	Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle ist sichergestellt; Übungspräsenz des Milizpersonals > 65 %	Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle ist sichergestellt; Übungspräsenz der rund 150 Milizpersonen ist > 65 %	Gleich
10	Sicherstellen der Bereichsleitung Sanität durch ausgebildete Führungskräfte	Bevölkerung, Partnerorganisationen gemäss Katastrophenplan	100 % Verfügbarkeit bei Ernstfällen innert 45 Min.	Es sind mind. 4 Personen für diese Führungsstufe ausgebildet	Gleich
Leistungsgruppe 3: Aus- und Weiterbildung					
11	Fördern des Berufsnachwuchses im Rettungswesen	Bevölkerung	Besetzung der Ausbildungsplätze und ein erfolgreicher Diplomabschluss	Besetzung des Ausbildungsplatzes	Gleich
12	Fördern der Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Ereignissen	Partnerorganisationen und andere Institutionen mit Bezug zum Einsatz	Ausbildungen im Umfang von 80 Stunden durchgeführt	Ausbildungen im Umfang von 80 Stunden durchgeführt	Gleich
Leistungsgruppe 4: Sanitätsnotruf 144 (Leistungsvereinbarung mit Schutz und Rettung Zürich)					
13	Anrufe von hilfeschenden Personen werden schnell angenommen	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung, Partnerorganisationen		Die beauftragte Zentrale nimmt > 90 % der Notrufe innerhalb von weniger als 10 Sekunden entgegen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016-18
14	Gewährleisten einer zeitgerechten Disposition durch eine effiziente Ablauforganisation	Patientinnen und Patienten, Partnerorganisationen		Die Rettungsmittel sind im Durchschnitt in weniger als 180 Sekunden alarmiert	Gleich
15	Die beauftragte Notrufzentrale orientiert sich am Stand der Technik und überwacht die Qualität systematisch	Bevölkerung	Quartalsweise Evaluation und Überprüfung im jährlichen Treffen der Steuergruppe	Quartalsweise Evaluation und Überprüfung im jährlichen Treffen der Steuergruppe	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Ziel 3: Dank den 1,5 zusätzlichen Personaleinheiten (siehe Kommentar zum Budget) wird die Sicherheit für Patientinnen und Patienten sowie Mitarbeitende erhöht, der Risikoindikator verbessert und die Zahl der Freizeitalarme gesenkt.

Ziel A: Siehe Kommentar zur Investitionsrechnung.

Ziel 10: Die Bereichsleitung kommt bei Grossereignissen zum Tragen. Diese sind selten, daher wird neu die minimale Anzahl ausgebildeter Personen vorgegeben.

Ziel 11: Obwohl bisher alle Personen die Diplomausbildung erfolgreich bestanden haben, wird das Ziel angepasst (Schutz der Person bei einem allfälligen Misserfolg).

Leistungsgruppe 4 (Ziele 13 bis 15): Mit der neuen Notrufzentrale wurden klar messbare Indikatoren ausgehandelt.

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Einsätze	Anzahl	4'291	> 4'300	> 4'300	Steigend
Anteil Nachteinsätze	Anzahl	1'500	> 1'500	> 1'500	Gleich
Betreute Personen	Anzahl	3'772	> 4'200	> 3'800	Steigend
Indikator für Risikofall (Tag)	Wert	3,4	< 3,5	< 3,5	Risiko gleich
Indikator für Risikofall (Nacht)	Wert	7,3	> 9,0	> 12,0	Risiko sinkt
Freizeitalarme	Anzahl	44	> 35	> 25	Sinkend
Schlüssel im Depot	Anzahl			150	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Der Bedarf an Rettungsmitteln kann statistisch (POISSON-Verteilung) berechnet werden. Falls die vorhandenen Mittel bei einem gleichzeitigen Auftreten mehrerer Einsätze nicht ausreichen, entsteht ein Nachfrageüberhang und somit ein Risikofall. Der Indikator zeigt an, in welchem Zeitintervall (entspricht hier Tagen/Nächten) sich ein solcher Risikofall statistisch wiederholt. Lesebeispiel: Im Jahr 2013 trat der Risikofall im Durchschnitt alle 7,3 Nächte ein. Im Jahr 2015 soll sich dieser Indikator dank mehr Personal und entsprechend voll ausgestatteter Rettungswagen auf 12 Nächte verbessern, d. h. das Risiko sinkt entsprechend.

Die Kennzahl Einsätze durch ausserkantonale Organisationen kann nicht einwandfrei gemessen werden. Die Angabe dieser Plangrösse bewährte sich nicht. Sie wird nicht mehr angegeben.

Die Anzahl betreute Personen war im Budget 2014 aufgrund eines Berechnungsfehlers mit > 4'200 zu hoch angegeben.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-4'583'846.40	-5'164'200	-5'346'000	-181'800	3.5	-5'599'500	-5'770'000	-5'955'800
Total Ertrag	2'467'901.63	2'512'000	2'512'000	0	0.0	2'512'000	2'512'000	2'512'000
Saldo	-2'115'944.77	-2'652'200	-2'834'000	-181'800	6.9	-3'087'500	-3'258'000	-3'443'800

Kommentar Budget

Direktionsinterne Stellenverschiebungen erlauben im Rettungsdienst 1,5 zusätzliche Personaleinheiten (Rettungssanität), welche für den Einsatzdienst vorgesehen sind und häufiger das Einplanen eines zweiten Rettungsteams im Nachtdienst zulassen (siehe Leistungsgruppe 1, Ziel 3).

Der Personalaufwand nimmt um rund 262'000 Franken zu. Ausschlaggebend dafür sind hauptsächlich die 1,5 zusätzlichen Personaleinheiten. Aufwandsminderungen sind bei folgenden Positionen vorgesehen: Kauf Dienstkleider (durch die Ersatzbeschaffung aller Uniformen in der Investitionsrechnung kann auf den Austausch einzelner Teile verzichtet werden, was zu einem Minderaufwand von rund 21'000 Franken führt), Dienstleistungen Dritter und Honorare (rund 35'000 Franken) und verschiedene Einzelpositionen (rund 24'000 Franken).

Kommentar Finanzplan

Im Planjahr 2016 sind wiederum 1,5 zusätzliche Personaleinheiten (Rettungssanität) für den Einsatzdienst vorgesehen, womit die Optimierung der Notfallversorgung (zwei vollbesetzte Rettungswagen rund um die Uhr) abgeschlossen wird. Ansonsten wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
GD4021.0001 Ersatzanschaffung RTW ZG 74005						
Ausgaben	-138'000.00					
Einnahmen						
GD4021.0004 Ersatzanschaffung Defibrillatoren						
Ausgaben	-378'222.85					
Einnahmen						
GD4021.0005 Anschaffung Reanimationsgeräte						
Ausgaben		-110'000				
Einnahmen						
GD4021.0008 Ersatzanschaffung RTW ZG 74001						
Ausgaben		-380'000				
Einnahmen		5'000				
GD4021.0010 Ersatzbeschaffung RTW ZG 74003						
Ausgaben			-390'000			
Einnahmen			5'000			
GD4021.0012 Ersatzanschaffung RTW ZG 74002						
Ausgaben				-390'000		
Einnahmen				5'000		
GD4021.0013 Ersatzanschaffung ZG 74006 (Anästhesiefahrzeug)						
Ausgaben					-180'000	
Einnahmen					3'000	
GD4021.0017 Ersatzanschaffung RTW ZG 74004						
Ausgaben						-390'000
Einnahmen						5'000
GD4021.0018 Materialfahrzeug						
Ausgaben					-200'000	
Einnahmen						
GD4021.0019 Bekleidung (Ersatz Uniformen)						
Ausgaben			-120'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-516'222.85	-490'000	-510'000	-390'000	-380'000	-390'000
Einnahmen		5'000	5'000	5'000	3'000	5'000
Saldo	-516'222.85	-485'000	-505'000	-385'000	-377'000	-385'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Im 2015 ist der dritte Rettungswagen zu ersetzen. Dabei handelt es sich um ein Fahrzeug mit Allradantrieb, das vor allem für Einsätze in den Berggemeinden, bei winterlichen Strassenverhältnissen und abseits asphaltierter Strassen Vorteile bringt. Die Kosten des Grundfahrzeuges sind rund 10'000 Franken höher als bei einem Fahrzeug mit Hinterradantrieb.

Die Basisbekleidung (Uniform, Wärmeschutz und Regenjacke) aller Mitarbeitenden muss komplett ausgetauscht werden. Nach rund 15 Jahren sind funktionale Anpassungen notwendig und die Regenjacken sind nicht mehr wasserdicht. Alle Mitarbeitenden sollen gleichzeitig neu ausgerüstet werden. Dafür kann im Beschaffungsjahr auf den Austausch einzelner Kleidungsstücke verzichtet werden.

Kommentar Finanzplan

Der 2013 begonnene Ersatz der Rettungsfahrzeuge (im Mittel 220'000 gefahrene Kilometer und acht Jahre alt) wird in jährlichen Tranchen durchgeführt und dauert bis 2018.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-80'021'734.39	-88'650'000	-93'750'000	-5'100'000	5.8	-97'400'000	-97'400'000	-97'400'000
	Total Aufwand	-80'021'734.39	-88'650'000	-93'750'000	-5'100'000	5.8	-97'400'000	-97'400'000	-97'400'000
426	Rückerstattungen	225'331.10	200'000	223'000	23'000	11.5	223'000	223'000	223'000
	Total Ertrag	225'331.10	200'000	223'000	23'000	11.5	223'000	223'000	223'000
	Saldo	-79'796'403.29	-88'450'000	-93'527'000	-5'077'000	5.7	-97'177'000	-97'177'000	-97'177'000

Kommentar Budget

Der Aufwand steigt hauptsächlich aus folgenden Gründen um rund 5,1 Millionen Franken:

- Der kantonale Anteil (Kostenteiler) an den stationären Spitalkosten wird von 51 Prozent auf 53 Prozent erhöht, was rund 3,4 Millionen Franken (4 Prozent) ausmacht. Bereinigt um den kantonalen Kostenteiler steigen die gesamten Aufwendungen lediglich um rund 1,8 Prozent.
- Das Budget 2015 der ausserkantonalen Hospitalisationen basiert auf den Fallzahlen aus dem Jahr 2013. Unter Berücksichtigung des auf 53 Prozent erhöhten Kostenteilers steigen die Aufwände gegenüber dem Budget 2014 um rund 1,4 Millionen Franken.
- Da sich die Kantone immer noch nicht auf einen schweizweit gültigen Ausgleichsmechanismus zur Vergütung der universitären Lehre und Forschung einigen konnten, werden auch im 2015 nur die Listenspitäler für diese Leistung vergütet, was zu einer Aufwandsreduktion von rund 1 Million Franken führt.
- Das Zuger Kantonsspital budgetiert rund 0,8 Millionen Franken mehr wegen zunehmender Fallzahlen.
- Die Klinik Adelheid geht von einem Mehraufwand von rund 0,3 Millionen Franken aus. Grund dafür sind zunehmende Fallzahlen und Tariferhöhungen.
- Aufgrund eines erwarteten höheren CMI (durchschnittlich höherer Schweregrad pro Fall) budgetiert die AndreasKlinik zusätzliche Aufwendungen von rund 1,2 Millionen Franken. Im Gegenzug geht sie von sinkenden Fallzahlen und damit Minderaufwendungen in der Höhe von rund 1 Million Franken aus.
- Die Klinik Meissenberg geht von einer Erhöhung der Pflegeetage aus und budgetiert Mehraufwendungen von rund 0,2 Millionen Franken.
- Die Psychiatrische Klinik Zugersee weist gegenüber dem Vorjahresbudget keine Veränderung aus.
- Von sinkenden Tarifen und Pflegeetagen geht lediglich die Clenia Littenheid AG aus und budgetiert Minderaufwendungen von 0,2 Millionen Franken.

Kommentar Finanzplan

Im Planjahr 2016 ist die letzte Erhöhung des kantonalen Kostenteilers von 53 auf 55 Prozent berücksichtigt. Obwohl die Tarife in Zukunft voraussichtlich sinken werden, nehmen die Kosten wegen der Mengenausweitung aufgrund der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts weiter zu.

2 Investitionsrechnung

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
GD4030.0008 Pflegezentrum Luegeten						
Ausgaben	-101'565.50	-3'000'000		-3'000'000		
Einnahmen						
GD4030.0009 Pflegezentrum Baar						
Ausgaben	-252'442.75					
Einnahmen						
GD4030.0010 Pflegezentrum Ennetsee, Cham						
Ausgaben	-70'192.55					
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-424'200.80	-3'000'000		-3'000'000		
Einnahmen						
Saldo	-424'200.80	-3'000'000		-3'000'000		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Der Regierungsrat hat dem Pflegezentrum Luegeten mit Beschluss vom 1. April 2014 bis Ende September 2016 Zeit eingeräumt, das definitive Projekt einzureichen. Der im Jahr 2014 budgetierte Subventionsbeitrag verschiebt sich deshalb auf das Planjahr 2016.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Gesundheit beaufsichtigt die Berufe im Gesundheitswesen, Praxen, Spitäler, Kliniken, Pflegeheime und Heilmittelbetriebe und ist zuständig für die Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten des Menschen. Es überprüft und rechnet den kantonalen Anteil bei Spitalaufenthalten, stationären Drogenentzügen und -therapien ab. Das Amt initiiert, unterstützt und vernetzt Projekte und Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention sowie der Kinder- und Jugendgesundheit. Die Suchtberatung berät Jugendliche, Erwachsene und ihre Bezugspersonen bei Suchtproblemen. Der Beauftragte für Suchtfragen nimmt im Auftrag der Drogenkonferenz die operative Leitung und Koordination in der Suchthilfe wahr. Der Kantonsarzt ist Schularzt der kantonalen Schulen. Der Heilmittelinspektor überwacht den Verkehr und die Abgabe von Heilmitteln.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Gesundheitspolizei

- Bewilligung, Aufsicht und Kontrolle der humanmedizinischen Gesundheitsberufe inkl. bewegungseinschränkende Massnahmen und straflose Schwangerschaftsabbrüche
- Bewilligung, Aufsicht und Kontrolle der Spitäler, Kliniken und Pflegeheime
- Bewilligung und Kontrolle des Handels mit Arzneimitteln und Medizinprodukten inkl. Aufsicht über Lagerung und Vernichtung von Betäubungsmitteln
- Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen

Leistungsgruppe 2: Gesundheitsversorgung

- Medizinische Überprüfung und Abrechnung des kantonalen Anteils bei Spitalaufenthalten, stationären Drogenentzügen und -therapien
- Führen der Abteilung Gesundheitswesen im kantonalen Führungsorgan inkl. Koordinierter Sanitätsdienst und der Abteilung Heilmittel im Amt für wirtschaftliche Landesversorgung
- Sachverständigen-, amts- und vertrauensärztliche Tätigkeit zugunsten von Behörden, Gerichten und Institutionen
- Fachliche Vertretung der Gesundheitsdirektion
- Teilnahme an nationalen und Durchführung von kantonalen Gesundheitsstudien und -befragungen

Leistungsgruppe 3: Gesundheitsförderung und Prävention

- Prävention von (sexuell) übertragbaren Krankheiten beim Menschen inkl. Überwachung des Impfwesens und Organisation des kantonalen Programms zur Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs
- Prävention von nicht übertragbaren Krankheiten
- Förderung der ausgewogenen Ernährung, der körperlichen Aktivität und der psychischen Gesundheit
- Fachliche Koordination der gemeindlichen und privaten Schulärztinnen und -ärzte
- Schulärztliche Tätigkeit an den kantonalen Schulen

Leistungsgruppe 4: Suchthilfe und -beratung

- Koordination und Überprüfung der Suchthilfe inkl. Führen des Sekretariats der Drogenkonferenz und der Kommission für Suchtprobleme
- Meldestelle für suchtbedingte Störungen
- Beratung und subsidiäre Behandlung zu allen Aspekten einer Suchterkrankung
- Vollzug von Massnahmen des Strassenverkehrs-, Straf- und Jugendstrafrechts
- Entwickeln und Einführen von Früherkennungs- und Frühinterventionsprozessen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz, MedBG) vom 23. Juni 2006 (SR 811.11) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG) vom 3. Oktober 1951 (SR 812.121) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG) vom 15. Dezember 2000 (SR 812.21) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) vom 18. Dezember 1970 (SR 818.101) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz über die gebrannten Wasser (Alkoholgesetz) vom 21. Juni 1932 (SR 680)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz, LMG) vom 9. Oktober 1992 (SR 817.0)
- Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008 zum Schutz vor Passivrauchen (SR 818.31)
- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) vom 18. März 1994 (SR 832.10) und nachfolgende Erlasse
- Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz (Gesundheitsvorsorge, ArGV) vom 18. August 1993 (SR 822.113)
- Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (BGS 154.21) [vertrauensärztliche Tätigkeit für das Staatspersonal]

- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11) und nachfolgende Erlasse
- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11) und nachfolgende Erlasse
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen (Notorganisationsgesetz) vom 22. Dezember 1983 (BGS 541.1) und nachfolgende Erlasse
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz, GesG) vom 30. Oktober 2008 (BGS 821.1) und nachfolgende Erlasse
- Gesetz über das Gastgewerbe und den Kleinhandel mit gebrannten Wassern (Gastgewerbegesetz) vom 25. Januar 1996 (BGS 943.11)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel vom 6. September 1979 (BGS 823.5)
- Vollziehungsverordnung zu Art. 119 f. StGB über die Durchführung des straflosen Schwangerschaftsabbruchs vom 22. Oktober 2002 (BGS 321.4)
- Verordnung über den Verkehr mit Heilmitteln (Heilmittelverordnung, H MV) vom 30. Juni 2009 (BGS 823.2)
- Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen vom 8. Juli 1980 (BGS 825.31)
- Verordnung über das Krebsregister vom 14. Dezember 2010 (BGS 821.13)
- Verfügungen über die Delegation von Entscheidbefugnissen der Gesundheitsdirektion an das Amt für Gesundheit (28. Juli 2003 BGS 153.761, 20. November 2003 BGS 153.763, 14. Dezember 2005 BGS 153.764)

1.4 Kommentar Grundlagen

Das Amt für Gesundheit geht per 1. Januar 2015 aus der Zusammenlegung des Medizinalamtes und des Gesundheitsamtes hervor und steht unter der Leitung des Kantonsarztes (Regierungsratsbeschluss vom 1. April 2014). Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (EG BetmG) tritt in revidierter Form voraussichtlich im Frühjahr 2015 in Kraft und überträgt dem Kantonsarzt die Meldestelle für suchtbedingte Störungen (§ 4).

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
L24	Konzept zur Unterstützung der Betreuungs- und Pflegeleistungen Angehöriger	Angehörige von betreuten Personen		Befragung der Zuger Gemeinden, Institutionen und Verbände zur Situation der Betreuung und Pflege durch Angehörige	Bericht zu den Befragungsergebnissen, aktuellen Grundlagen und Erhebungen sowie Konzept zu möglichen Handlungsfeldern
L26	Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten Versorgung unter Berücksichtigung des Verfassungsauftrags zur Förderung der Hausarztmedizin	Grundversorger/innen, Bevölkerung		Bericht und Antrag Regierungsrat	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
L26	Anerkennung der Medizinischen Praxisassistentinnen bzw. Praxisassistenten (MPA) als Gesundheitsberuf	Med. Praxisassistentinnen und Praxisassistenten, Ärzteschaft, Bevölkerung		Verordnung tritt in Kraft; Erlass Reglement über Voraussetzungen zur gesundheitspolizeilichen Zulassung	
Leistungsgruppe 1: Gesundheitspolizei					
1	Zeitgerechte Auslösung epidemiologischer Massnahmen	Bevölkerung, Ärzteschaft, Bundesamt für Gesundheit	100 % der Meldungen zu den übertragbaren Krankheiten innert gesetzlicher Frist verarbeitet	100 % der Meldungen zu den übertragbaren Krankheiten innert gesetzlicher Frist verarbeitet	Gleich
2	Wirksame Aufsicht	In den Gesundheitsberufen Tätige, Kranke, Bevölkerung	Alle Aufsichtsfälle mit Tragweite innert Dreimonatsfrist verfügsreif	Alle Aufsichtsfälle mit Tragweite innert Dreimonatsfrist verfügsreif	Gleich
3	Effiziente Durchführung der Grosshandelsinspektionen	Pharmazeutischer Handel	90 % der Aufträge von Swissmedic für die Inspektion von Grosshandelsbetrieben erledigt	90 % der Aufträge von Swissmedic für die Inspektion von Grosshandelsbetrieben erledigt	Gleich
4	Speditive Erteilung der Detailhandelsbewilligungen	Detailhandelsbetriebe	80 % der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügsreif	80 % der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügsreif	Gleich
Leistungsgruppe 2: Gesundheitsversorgung					
5	Effiziente Abwicklung der Spitalrechnungen	Kranke, Leistungserbringende, Krankenkassen	100 % der Spitalrechnungen rechnerisch, 10 % stichprobenweise fachlich kontrolliert	100 % der Spitalrechnungen rechnerisch, 25 % stichprobenweise fachlich kontrolliert	Steigend
6	Konsequente Kostenkontrolle	Kanton, Kranken-, Unfall-, Haftpflichtversicherer, Schaden Service Schweiz AG	100 % der erkannten Regressfälle der Schaden Service Schweiz AG gemeldet	100 % der erkannten Regressfälle der Schaden Service Schweiz AG gemeldet; Wohnsitzkontrolle zu 100 % vorgenommen	Steigend
A	Elektronische Abwicklung der Spitalrechnungen	Spitäler		Elektronische Rechnungsabwicklung eingeführt	
Leistungsgruppe 3: Gesundheitsförderung und Prävention					
7	Organisationen mit Leistungs- oder Subventionsvereinbarung vernetzen: Kooperation, Synergien	Gesundheitsligen, Vereine, Stiftungen, Bevölkerung		Jährliches Netzwerktreffen; jährliche bilaterale Zielvereinbarungs- und Zielerreichungsgespräche mit allen Vereinbarungspartnern geführt	Gleich
8	Vernetzung der Institutionen im Altersbereich	Ältere Bevölkerung, Angehörige		Jährliche Organisation und Durchführung des Forums für Altersfragen	Gleich
B	Anfragen Kinder- und Jugendgesundheits systematisch erfassen	Lehrpersonen, Jugendarbeitende, Schulsozialarbeitende und andere		Festlegen von Messgrössen zur systematischen Erfassung (Anzahl Anfragen, bearbeitete Themen, Art der Intervention)	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
C	Konzept für die Abteilung Kinder- und Jugendgesundheit entwickeln	Kinder und Jugendliche des Kantons Zug		Konzept liegt am 31. März vor	
D	Vor der schulärztlichen Untersuchung die Schüler/innen der 2. Oberstufe zu gesundheitsrelevanten Themen informieren und sensibilisieren	Schüler/innen der 2. Oberstufe		Information und Sensibilisierung an mind. 3 Schulen erfolgt	
E	Kantonales Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen (KNGS) lancieren	Gemeindliche Schulen		Im Verlauf des Jahres findet eine Kickoff-Veranstaltung statt	
F	Mitfinanzierung und Durchführung der Zuger Gesundheitstage 2015	Bevölkerung		Indikatoren zur Erfolgsmessung definieren (Anzahl Besuchende, durchgeführte fremdsprachige Führungen, Ausstellende, Angebote)	
G	Kantonales Tabakpräventionsprogramm 2012-2015: Entwicklung Folgeprogramm	Bevölkerung		Mind. 2 Workshops mit Partnern; Gesuch für weitere Finanzierung beim Tabakpräventionsfonds eingereicht	
H	Programm «Gesundes Körpergewicht 2012-2015»: Entwicklung Folgeprogramm	Kindergärten, Kinderbetreuung, Tagesstätten, Familien		Gesuch für weitere Finanzierung bei Gesundheitsförderung Schweiz eingereicht	
I	Beteiligung an der Maserneliminierungskampagne des Bundes und der Kantone (drei Jahre)	Ärztinnen und Ärzte, Bevölkerung		Mind. 95 % Durchimpfung (eine Dosis) Ende zweites Altersjahr und im Schulalter	
L27	Einführung einer Vernetzungsplattform mit Partnerorganisationen im Handlungsfeld der psychischen Gesundheit	Partnerorganisationen im Bereich «psychische Gesundheit»		Jährliche Durchführung Netzwerktreffen «Psychische Gesundheit»	
Leistungsgruppe 4: Suchthilfe und -beratung					
9	Koordinierte Suchthilfe	Institutionen der Suchthilfe	Organisation und Durchführung 1 Weiterbildung für die methadonsubstituierende Ärzteschaft; 15 Fachbesprechungen mit den 5 Suchthilfeinstitutionen	13 Besprechungen mit den Suchthilfeinstitutionen; 4 Sitzungen vom Netzwerk Suchthilfe Zug abgehalten	Gleich
10	Betrieb der neuen Meldestelle für suchtbedingte Störungen	Nach EG BetmG gemeldete Suchtkranke		Meldungen innert Wochenfrist geprüft und an die geeignete Beratungs- oder Behandlungsstelle weitergeleitet	
11	Suchtprobleme und -prävention am Arbeitsplatz	Vorgesetzte und Personalverantwortliche von Zuger Unternehmen	2 Business-Lunches zum Thema Sucht finden für Zuger Unternehmen statt. Daran nehmen je mind. 25 Personen teil	Durchführung von 2 Business-Lunches mit je 25 Teilnehmenden; 2 x jährlich Versand von Informationsmaterial	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
12	Beratung zu Suchtentwicklung und Abhängigkeits-erkrankung	Bevölkerung (Betroffene und Angehörige), Fachpersonen	550 Personen beraten; 2'100 Beratungsgespräche geführt	550 Personen beraten; 1'600 Beratungsgespräche geführt	Gleich
13	Früherkennung und Frühintervention bei Cannabis konsumierenden Jugendlichen (ForMe-Kurse)	Jugendliche, Eltern		5 ForMe-Kurse und 5 Elternabende durchgeführt	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

- Die Zielsetzungen mit Vorjahreswerten wurden aus den bisherigen Ämtern Gesundheitsamt und Medizinalamt übernommen.
- Das Legislaturziel 24 wird gemeinsam mit der Direktion des Innern erarbeitet.
- Das Amt für Gesundheit und das Direktionssekretariat der Gesundheitsdirektion setzen die Teilziele zum Legislaturziel 26 (Sicherstellung einer bedarfsgerechten stationären und ambulanten Versorgung mit Kooperationen) gemeinsam um.
- Nur markante Steigerungen werden in der Tendenz als solche bezeichnet.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Epidemiologische Fälle	Anzahl	357	350	350	Gleich
Bewilligungen (Berufsausübung, Betriebe) inkl. Aufsichtsfälle	Anzahl	933	800	800	Gleich
Spitalrechnungen	Anzahl	4'417	16'000	16'000	Steigend
Gutachten	Anzahl (inkl. Leichenschauen)	80	70	70	Gleich
Bewilligungen/Inspektionen HMK	Anzahl	107	110	110	Gleich
HPV-Impfungen	Anzahl Impfdosen	695	700	700	Gleich
Schuluntersuchungen	Anzahl Schülerinnen und Schüler (Kanton)	235	240	240	Gleich
Präventionsgespräch zur Vorbereitung der schulärztlichen Untersuchung (achte Klasse)	Anzahl Klassen			7	Steigend
Drogenentzüge und -therapien	Aufenthaltsstage	2'796	3'010	3'080	Steigend
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit Zielvereinbarungen und Controlling	Anzahl	9	9	13	Gleich
Netzwerktreffen mit Partnerorganisationen	Anzahl teilnehmende Partnerorganisationen			30	Gleich
Meldungen von suchtbedingten Störungen	Anzahl			5	Steigend
Suchtberatungen	Anzahl Beratungsgespräche	1'629	1'600	1'600	Gleich
Massnahmen der Administrativverfahren und StGB-Massnahmen	Anzahl	37	50	40	Gleich
Massnahmenvollzug der Staatsanwaltschaft	Anzahl	40	80	40	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Einfluss-/Plangrössen mit Vorjahreswerten wurden aus den bisherigen Ämtern Gesundheitsamt und Medizinalamt übernommen: Die Umstellung auf die elektronische Abrechnung mit den Spitälern, inklusive der Zuger Kliniken, die zurzeit noch mittels Sammelrechnung vergütet werden, erfährt eine zeitliche Verzögerung. Entsprechend liegen noch keine Erfahrungswerte vor, wie sich die Anzahl Rechnungen verändern wird, weshalb der letztjährige Budgetwert beibehalten wird. Die erwartete Beschwerdewelle im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung bleibt weiterhin aus, weshalb die Grösse Spitalrechnungen/Beschwerdefälle nicht weitergeführt wird. Neu sind die Einflussgrössen Meldungen von suchtbedingten Störungen, Netzwerktreffen mit Partnerorganisationen sowie Präventionsgespräche zur Vorbereitung der schulärztlichen Untersuchung in der achten Klasse.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand			-6'826'200	-6'826'200		-6'986'900	-7'113'700	-7'188'100
Total Ertrag			996'000	996'000		998'000	1'001'000	1'001'000
Saldo			-5'830'200	-5'830'200		-5'988'900	-6'112'700	-6'187'100

Kommentar Budget

Das Budget des neuen Amtes für Gesundheit setzt sich zusammen aus den addierten Einzelbudgets des Gesundheits- und des Medizinalamtes. Folgende Positionen haben das Budget gegenüber dem Vorjahr beeinflusst:

- Für Lehrmittel und Drucksachen sinkt der Aufwand um 83'000 Franken.
- Als Folge der Fusion können im Bereich Bürogeräte, Büromaterial, Dienstleistungen Dritter und Betriebsaufwand Synergien zwischen dem Gesundheits- und dem Medizinalamt von rund 26'000 Franken genutzt werden.
- Um 6'000 Franken nehmen die Aufwände für medizinisches Verbrauchsmaterial ab.
- Trotz höherer Arbeitgeber-Pensionskassenbeiträge und aufgrund direktionsinterner Stellenverschiebungen zum RDZ sinkt der Personalaufwand um 132'000 Franken.
- Bei den Drogenentzügen werden 6'000 Franken weniger budgetiert. Grund dafür sind sinkende Therapietage.
- Im Gegenzug nehmen die Aufwendungen für die verschiedenen Leistungs- und Subventionsvereinbarungen (158'000 Franken) und für die elektronische Abwicklung der Spitalrechnungen und EDV-Anpassungen (47'000 Franken) um insgesamt 205'000 Franken zu.
- Zusätzlich sind 45'000 Franken für die Befragung der Zuger Gemeinden und Institutionen zur Umsetzung des Legislaturziels 24 (welches gemeinsam mit der Direktion des Innern erarbeitet wird) budgetiert.
- Die Eidg. Alkoholverwaltung und der Tabakpräventionsfonds schütten den Kantonen weniger Mittel aus. Beim Kanton Zug führt dies voraussichtlich zu Mindereinnahmen von 24'000 Franken bzw. 27'000 Franken.
- Bei den Inspektionen und Berufsausübungsbewilligungen in der Heilmittelkontrolle und bei den Weiterverrechnungen an Dritte wird mit einer Ertragssteigerung von insgesamt rund 43'000 Franken gerechnet.
- 200'000 Franken werden von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung budgetiert (RRB vom 28. Januar 2003).

Kommentar Finanzplan

Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-3'523'813.48	-4'094'900		4'094'900	-100.0			
Total Ertrag	708'017.20	643'800		-643'800	-100.0			
Saldo	-2'815'796.28	-3'451'100		3'451'100	-100.0			

Kommentar Budget

Das Gesundheitsamt wird per 1. Januar 2015 mit dem Medizinalamt zum neuen Amt für Gesundheit zusammengelegt.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-2'292'549.66	-2'736'300		2'736'300	-100.0			
Total Ertrag	275'873.47	360'300		-360'300	-100.0			
Saldo	-2'016'676.19	-2'376'000		2'376'000	-100.0			

Kommentar Budget

Das Medizinalamt wird per 1. Januar 2015 mit dem Gesundheitsamt zum neuen Amt für Gesundheit zusammengelegt.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT4060.0002 Elektronische Rechnungsabwicklung						
Ausgaben		-100'000				
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben		-100'000				
Einnahmen						
Saldo		-100'000				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Ambulanten Psychiatrischen Dienste (APD) gewährleisten mit ihrem Beratungs- und Therapieangebot die ambulante psychiatrische Versorgung im Kanton Zug für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche. Das Leistungsangebot der APD ergänzt bestehende Hilfsangebote (Hausärztinnen und -ärzte, Psychiater/innen und Psychotherapeutinnen und -therapeuten in Praxis, Beratungsstellen u.a.) und strebt mit diesen eine enge Zusammenarbeit an. Die APD leisten einen Beitrag an die Ausbildung von Fachpersonen im Gesundheitswesen und stellen dazu nach Massgabe der betrieblichen Möglichkeiten Ausbildungsplätze zur Verfügung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Erwachsene (APD-E)

- Ambulante psychiatrisch-psychotherapeutische Abklärungen, Beratungen und Behandlungen psychisch kranker Erwachsener
- Prävention und Früherfassung psychischer Störungen
- Suizidprävention
- Beratung Angehöriger und weiterer Bezugspersonen von Betroffenen
- Konsiliartätigkeit (u.a. am Zuger Kantonsspital, in Alters- und Pflegeeinrichtungen sowie im Bereich der Suchtberatung und -behandlung)
- Beratung von Fachpersonen, Institutionen und Behörden des Gesundheits- und Sozialwesens im Kanton Zug
- Begutachtungen im Auftrag von Versicherungen, Behörden und Gerichten
- Öffentlichkeitsarbeit

Leistungsgruppe 2: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ)

- Ambulante kinder- und jugendpsychiatrische und -psychotherapeutische Abklärungen, Beratungen und Behandlungen von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungen oder Verhaltensauffälligkeiten
- Prävention und Früherfassung psychischer Störungen
- Suizidprävention
- Beratung von Angehörigen, Lehrpersonen und weiterer Bezugspersonen betroffener Kinder und Jugendlicher
- Konsiliartätigkeit in anderen Institutionen
- Beratung von Fachpersonen, Institutionen und Behörden des Gesundheits- und Sozialwesens im Kanton Zug
- Begutachtungen im Auftrag von Versicherungen, Behörden und Gerichten
- Öffentlichkeitsarbeit

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) vom 18. März 1994 (SR 832.10)
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 30. Oktober 2008 (Gesundheitsgesetz, GesG, BGS 821.1)
- Reglement über die Ambulanten Psychiatrischen Dienste vom 5. April 2006 (BGS 821.15)
- Reglement über die Fort- und Weiterbildung des therapeutisch tätigen Personals in den Ambulanten Psychiatrischen Diensten des Kantons Zug vom 6. Dezember 2006
- Regierungsratsbeschluss zur Entwicklung der ambulanten und teilstationären Psychiatrie im Kanton Zug vom 9. Juli 2002
- Regierungsratsbeschluss vom 4. Mai 2004 zur Genehmigung des Vertrages über den Taxpunktwert zu TARMED und Faktor x1 zwischen den ambulanten psychiatrischen Diensten und santésuisse Zentralschweiz vom 15. Januar 2004
- Regierungsratsbeschluss vom 22. Februar 2011 zur Genehmigung des Tarifvertrags betreffend Vergütung der nichtärztlichen Leistungen für die ambulanten Behandlungen von Patientinnen und Patienten in den Ambulanten Psychiatrischen Diensten vom 17. Dezember 2010
- Regierungsratsbeschluss vom 26. Juni 2012 zur Genehmigung des Vertrages über den TARMED-Taxpunktwert für die Spitalvertragsgemeinschaft des Kantons Zug vom 21. Dezember 2011 (Vertragsverhandlungen Herbst 2014)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Leistungen der einzelnen Leistungsgruppen wurden für den Leistungsauftrag 2015 auf die wesentlichsten Leistungen zusammengefasst. Auf die Einführung einer neuen Leistungsgruppe 3: Tagesambulatorium für Erwachsene wurde bis zum Vorliegen der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen verzichtet.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Fachgerechte Behandlung	Patientinnen und Patienten		Kontinuierliche Fort- und Weiterbildung aller Mitarbeitenden; regelmässige Supervision/ Intervention aller Mitarbeitenden	Gleich
2	Fristgerechte Behandlung	Patientinnen und Patienten		Die durchschnittliche Anmelde- dauer beträgt weniger als 16 Tage; notfallmässige Kontakte erfol- gen innerhalb von 24 Stunden	Gleich
3	Wirtschaftliche Leistungs- erbringung	Patientinnen und Patienten		Kostendeckungsgrad der APD insgesamt mind. 60 % (ohne interne Verrechnungen) bzw. 45 % der Vollkosten nach KLR	Sinkend
4	Ausbildung von Fachpersonen im Gesundheitswesen	Assistenzärztinnen und Assistenzärzte, Psychologin- nen und Psychologen		APD-E: 3 Assistenzärzte (Weiterbildungsstätte Kategorie A, 3 Jahre); APD-KJ: 1 Assistenzarzt (Weiterbildungsstätte Kategorie C, 2 Jahre); je Leistungsgruppe 1 PG- Psychologin (Jahresstellen)	Gleich
A	Früherkennung und Suizid- prävention	Bevölkerung		Interne Expertengruppe: Abklärungen, Fall-Kolloquien, Fortbildungen; externe Begleitgruppe: 2 Sitzungen pro Jahr; externe Evaluation der Strategie «Früherkennung & Suizid- prävention im Kanton Zug 2010–2015»; Planung Nachfolgestrategie «Früherkennung & Suizid- prävention im Kanton Zug 2016–2020»	
B	Beitrag zum Projekt Integrierte Psychiatrie Uri, Schwyz und Zug (Projekt «IP-3»)	Konkordat		Mitwirkung in Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Regle- menten der Bereiche Personal und Organisation, von Arbeits- verträgen, Stellenbeschrei- bungen, Leistungsangeboten, Behandlungspfaden und Leis- tungsaufträgen	
Leistungsgruppe 1: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Erwachsene (APD-E)					
5	Fristgerechte Behandlung	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungs- gruppe 1 APD-E	Die durchschnittliche Anmelde- dauer beträgt weniger als 16 Tage	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
6	Fachgerechte Behandlung	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 1 APD-E	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD; alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Interventionen teil	«Fällt weg»	
7	Fristgerechte Behandlung: Der APD-E erbringt fristgerechte Behandlungen	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 1 APD-E	Notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb 1 Arbeitstages (24 Stunden)	«Fällt weg»	
8	Wirtschaftliche Leistungserbringung	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 1 APD-E	Der Kostendeckungsgrad der APD beträgt gesamthaft mind. 63 % (ohne interne Verrechnungen)	«Fällt weg»	
C	Früherkennung und Suizidprävention	Bevölkerung, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene	Umsetzung der Erkenntnisse der interdisziplinären AG von 2013 gemäss festzulegenden Zielsetzungen	«Fällt weg»	
D	Tagesambulatorium für Erwachsene	Akut psychisch erkrankte Erwachsene	Schaffung von 6–8 Behandlungsplätzen nach dem Modell eines integrierten psychiatrischen Tagesambulatoriums	«Fällt weg»	
E	Gerontopsychiatrischer Dienst	Altersbevölkerung, Alters- und Pflegeheime	Konsolidierung des gerontopsychiatrischen Angebotes, Ausbau des Konsiliarangebots für weitere Alters- bzw. Pflegeheime entsprechend dem Grundsatz «Ambulant vor Stationär»	Ambulante interdisziplinäre Demenz-Abklärungen; Konsilien und Fallbesprechungen in Alters- und Pflegeheimen	
F	Projekt «ambulanter Alkoholentzug» in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft und der Suchtberatung des Kantons Zug	Suchtgefährdete und -kranke Erwachsene		Präsentation ZUGHAM; bei 10 Patientinnen und Patienten Behandlung abgeschlossen	

Leistungsgruppe 2: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ)

9	Fachgerechte Behandlung: Der APD-KJ gewährleistet unter Anwendung allgemein anerkannter Therapieverfahren eine zeitgemässe psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung auf der Basis aktuell gültiger wissenschaftlicher Erkenntnisse	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 2 APD-KJ	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD; alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Interventionen teil (intern und/oder extern)	«Fällt weg»	
10	Fristgerechte Behandlung: Der APD-KJ erbringt fristgerechte Behandlungen	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 2 APD-KJ	Die durchschnittliche Anmelde-dauer beträgt weniger als 16 Tage; notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb eines Arbeitstages (24 Stunden)	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
11	Wirtschaftliche Leistungserbringung: Der APD-KJ erbringt seine Leistungen nach wirtschaftlichen Kriterien. Er stellt verrechenbare Leistungen den Vertragspartnern in Rechnung	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 2 APD-KJ	Der Kostendeckungsgrad der APD beträgt gesamthaft mind. 63 % (ohne interne Verrechnungen)	«Fällt weg»	
G	Früherkennung psychischer Störungen	Bevölkerung, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene	Umsetzung der Erkenntnisse der interdisziplinären AG von 2013 gemäss festzulegenden Zielsetzungen	«Fällt weg»	
H	Neuropsychologie	Kinder und Jugendliche	Fortsetzung der Ausbildung	«Fällt weg» Projekt abgeschlossen	
I	Konsiliar- und Liaisondienst für sonderpädagogische Einrichtungen im Kanton Zug	Schüler/innen von sonderpädagogischen Einrichtungen	Konsolidierung des Konsiliar- und Liaison-Angebotes (nach Neubesetzung der vakanten Facharztstelle)	Ausbau der Zusammenarbeit bezüglich Institutionen und Nutzung	
J	Tagesambulante und stationäre psychiatrische Versorgung	Psychisch kranke Kinder und Jugendliche	Sicherstellung der erweiterten ambulanten und stationären psychiatrischen Versorgung für Kinder und Jugendliche aus dem Kanton Zug innerhalb des Psychatriekonkordates Uri, Schwyz und Zug, bzw. der Zentralschweiz (in Zusammenarbeit mit der Luzerner Psychiatrie LUPS)	Sicherstellung der stationären psychiatrischen Versorgung für Kinder und Jugendliche in Kooperation mit ausserkantonalen Institutionen; Übergangslösung tagesambulante Behandlung planen	

Kommentar Zielsetzungen

Die in beiden Leistungsgruppen APD-E und APD-KJ genannten wegfallenden Zielsetzungen bzw. Projekte 2014 wurden in neue, für beide Leistungsgruppen gemeinsame Zielsetzungen zusammengefasst.
 Das Projekt Tagesambulatorium für Erwachsene verzögert sich wegen einer notwendigen gesetzlichen Anpassung und wird voraussichtlich von der Psychiatrischen Klinik Zugersee realisiert.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Patientinnen und Patienten	Anzahl	1'919	1'950		
Konsultationen	Anzahl	13'514	14'500		
Patientinnen und Patienten APD-E	Anzahl			1'400	Steigend
Konsultationen APD-E	Anzahl			9'000	Steigend
Patientinnen und Patienten APD-KJ	Anzahl			540	Steigend
Konsultationen APD-KJ	Anzahl			4'600	Steigend
Taxpunktwert (Tarmed)	Franken	0.89/0.88	0.87	0.87	Sinkend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Ab 2015 werden die Einfluss- und Plangrössen der Leistungsgruppen Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche gesondert ausgewiesen. Die Taxpunktwerte für 2015 müssen erst noch mit den Versicherern ausgehandelt werden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-4'124'738.42	-5'042'800	-4'481'600	561'200	-11.1	-4'535'800	-4'673'300	-4'815'800
Total Ertrag	2'458'926.90	3'047'000	2'693'000	-354'000	-11.6	2'732'000	2'732'000	2'732'000
Saldo	-1'665'811.52	-1'995'800	-1'788'600	207'200	-10.4	-1'803'800	-1'941'300	-2'083'800

Kommentar Budget

Das Projekt Tagesambulatorium wird voraussichtlich nicht mehr unter der Federführung der Ambulanten Psychiatrischen Dienste realisiert, sondern von der Psychiatrischen Klinik Zugersee mittels Leistungsauftrag. Entsprechend wurde der Aufwand um 561'200 Franken und der Ertrag um 354'000 Franken bereinigt.

Kommentar Finanzplan

Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
5000	Direktionssekretariat	-1'983'027.08	-2'209'300	-2'265'200	-55'900	2.5	-2'430'100	-2'503'200	-2'568'800
5001	Finanzkontrolle	-621'292.33	-690'000	-707'200	-17'200	2.5	-733'100	-757'100	-782'100
5010	Personalamt	-1'225'185.33	-1'322'700	-1'372'200	-49'500	3.7	-1'405'700	-1'450'300	-1'491'100
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-4'897'246.60	-8'583'100	-6'263'200	2'319'900	-27.0	-6'383'800	-6'495'700	-6'606'000
5020	Finanzverwaltung	-1'534'133.12	-1'749'200	-1'707'000	42'200	-2.4	-1'754'500	-1'790'800	-1'863'000
5022	Allgemeiner Finanzbereich	54'281'517.21	-8'086'100	-16'301'000	-8'214'900	101.6	-13'579'700	-18'927'800	-25'141'800
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-237'157'230.00	-243'614'100	-240'191'000	3'423'100	-1.4	-237'716'000	-239'106'000	-238'218'000
5050	Amt für Informatik und Organisation	-8'709'524.23	-9'677'000	-9'632'300	44'700	-0.5	-10'356'400	-10'765'000	-11'110'800
5060	Steuerverwaltung	-14'192'067.64	-15'648'600	-16'181'700	-533'100	3.4	-16'582'000	-17'147'500	-17'643'500
5065	Kantonssteuern	604'058'766.57	649'400'000	604'375'000	-45'025'000	-6.9	629'475'000	663'575'000	693'675'000
5068	Bundessteuern	242'853'813.78	265'563'000	259'820'000	-5'743'000	-2.2	274'515'000	287'717'000	300'920'000
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.00	0	-4'500'000	-4'500'000		-4'500'000	-4'500'000	0
50	Finanzdirektion	630'874'391.23	623'382'900	565'074'200	-58'308'700	-9.4	608'548'700	647'848'600	689'169'900

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
5000	Direktionssekretariat	-28'545.20	-100'000	-366'000	-266'000	266.0	-1'062'000	-48'000	
5010	Personalamt	-173'754.96							
5020	Finanzverwaltung	-50'982.35	-605'000	-198'000	407'000	-67.3			
5022	Allgemeiner Finanzbereich	7'095.60	3'000'000	3'000'000	0	0.0	-4'000'000	-5'000'000	-6'000'000
5050	Amt für Informatik und Organisation	-1'343'844.90	-4'420'000	-1'798'000	2'622'000	-59.3	-730'000	-230'000	
5060	Steuerverwaltung	-779'344.28	-1'920'000	-1'370'000	550'000	-28.6	-570'000	-570'000	
50	Finanzdirektion	-2'369'376.09	-4'045'000	-732'000	3'313'000	-81.9	-6'362'000	-5'848'000	-6'000'000

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Laufende Rechnung

Die Finanzdirektion weist einen markant tieferen Ertragsüberschuss aus als in den vergangenen Jahren. Die wichtigsten Ursachen für den tieferen Saldo sind sowohl höhere Aufwände wie auch tiefere Erträge. Ein bedeutender Mehraufwand ergibt sich durch den erneut steigenden Beitrag des Kantons Zug an den Nationalen Finanzausgleich (NFA). Die Nettoausgleichszahlung erhöht sich auf 316,6 Millionen Franken, eine Zunahme um 37,1 Millionen Franken respektive 13,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Gemeinden beteiligen sich am Beitrag des Kantons mit 36,4 Millionen Franken, einer Zunahme von 0,5 Millionen Franken respektive 1,5 Prozent. Der Mehraufwand gegenüber dem NFA-Beitrag des Jahres 2013 wird durch eine Entnahme aus der Reserve Ressourcenausgleich NFA in der Höhe von 40 Millionen Franken kompensiert. Weiter steigt der Aufwand durch die Einführung eines Kantonsbeitrags an den Zuger Finanzausgleich (ZFA) in der Höhe von 4,5 Millionen Franken für die Jahre 2015–2017. Zudem führen höhere Investitionen zu steigenden Abschreibungen. Ein Minderaufwand ergibt sich beim Allgemeinen Personalaufwand. Dieser resultiert aus dem Wegfall der zentral budgetierten Mittel für die höheren Pensionskassenbeiträge, die ab 2015 direkt bei den Ämtern budgetiert werden.

Institutionelle Gliederung

Finanzdirektion

Direktionsübersicht

Auf der Ertragsseite fallen insbesondere die sinkenden Steuererträge ins Gewicht. Die Kantonssteuern und der Kantonsanteil an den Bundessteuern (Netto Steuererträge) reduzieren sich gegenüber dem Budget 2014 um knapp 51 Millionen Franken. Zudem wird 2015 mit keiner Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an die Kantone gerechnet. Weitere Mindererträge ergeben sich durch tiefe Zinserträge bei der Bewirtschaftung der liquiden Mittel.

Um seine Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, will der Kanton Zug mit dem Entlastungsprogramm 2015–2018 jährlich 80 bis 100 Millionen Franken einsparen. Erste Sofortmassnahmen werden mit dem Budget 2015 umgesetzt.

Investitionsrechnung

Die Finanzdirektion verfolgt verschiedene Projekte zur Umsetzung der E-Government-Strategie des Kantons Zug. Speziell zu erwähnen ist die Einführung eines zentralen Identifikationssystems, welches die elektronische Übermittlung von unterschriftsbedürftigen Eingaben und Entscheiden in Verwaltungsverfahren ermöglicht sowie den Zugriff auf eigene Geschäftsfälle und Daten erlaubt. Weiter stehen ab 2015 grössere Investitionen für das Neue Einwohnerregister Zug (NERZ) an.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat der Finanzdirektion (FDS) ist die juristische und betriebswirtschaftliche Stabsstelle für den Finanzdirektor und die Ämter der Finanzdirektion (FD). Es erarbeitet Regierungsrats- und Kantonsratsvorlagen zu Finanzthemen und prüft Vorlagen aus anderen Direktionen mit finanziellen Auswirkungen. Weiter ist das FDS verantwortlich für die Erarbeitung und Umsetzung der Finanzstrategie sowie die Prozesse zur Erstellung des Budgets und Finanzplans und des Geschäftsberichts.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst

- Beschwerden
- Fachfragen Leistungs- und Subventionsvereinbarungen
- Qualitätssicherung von Verträgen der Finanzdirektion
- Submissionen der Finanzdirektion

Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte

- Erarbeitung von Rechtserlassen
- Beantwortung parlamentarischer Vorstösse
- Durchführung von Vernehmlassungen
- Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen
- Bearbeitung und Qualitätssicherung übriger Sachgeschäfte der Finanzdirektion
- Prüfung von Anträgen anderer Direktionen insbesondere mit finanziellen und personellen Auswirkungen

Leistungsgruppe 3: Finanzen und Steuerung

- Koordination der Prozesse Budget/Finanzplan und Geschäftsbericht
- Strategisches Finanz-Controlling (Finanzstrategie, Finanzhaushaltsgesetz, Finanzhaushaltsmodell)
- Beratung und Unterstützung der Ämter in der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget
- Fachverantwortung Nationaler Finanzausgleich (NFA) und Zuger Finanzausgleich (ZFA), inkl. Vollzugsaufgaben
- Leitung und Unterstützung von komplexen Projekten
- Beitragswesen (Ertragsüberschuss, Soforthilfe, Lotteriefonds)
- Unterstützung Präsidium der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK)

Leistungsgruppe 4: Sekretariat ständiger kantonsrätlicher Kommissionen

- Sekretariat Staatswirtschaftskommission (Stawiko)
- Sekretariat Konkordatskommission (KoKo)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. März 2001 (BGS 721.52)
- Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (BGS 154.21)
- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz; FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1)
- Gesetz über den direkten Finanzausgleich vom 30. August 2007 (BGS 621.1)
- Submissionsgesetz (SubG) vom 2. Juni 2005 (BGS 721.51)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1)
- Kantonsratsbeschluss über die Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich vom 30. August 2007 (BGS 621.2)
- Submissionsverordnung (SubV) vom 20. September 2005 (BGS 721.53)
- Informatikverordnung (ITV) vom 29. Juni 2004 (BGS 153.53)

1.4 Kommentar Grundlagen

Neue Leistung in Leistungsgruppe 3: Die Koordination der Prozesse Budget/Finanzplan und Geschäftsbericht wird neu vom FDS wahrgenommen (bisher Finanzverwaltung).

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Gesamtzielsetzung					
A	Einführung eines Internen Kontrollsystems (IKS) im Direktionssekretariat		IKS ist eingeführt	«Fällt weg» IKS ist in Betrieb	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst					
1	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Bundesgericht, Verwaltungsgericht	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet. Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet, Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Gleich
2	Zeitgerechte Auskünfte und Mitberichte zum Abschluss von Leistungsvereinbarungen (inkl. MWST)	Direktionen, Ämter	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert 2 Wochen beantwortet, Mitberichte innert Frist	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert 2 Wochen beantwortet, Mitberichte innert Frist	Gleich
3	Hohe Qualität der Verträge und Submissionen der Finanzdirektion sicherstellen	Ämter Finanzdirektion	Keine gutgeheissenen Beschwerden und keine Haftungsfälle im Prüfbereich	Keine gutgeheissenen Beschwerden und keine Haftungsfälle im Prüfbereich	Gleich
Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte					
4	Hohe Qualität der Anträge der FD sicherstellen	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
5	Fristgerechte Bearbeitung der parlamentarischen Vorstösse	Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
6	Fristgerechte Durchführung von Vernehmlassungen	Bund, Direktorenkonferenz		100 % innert Frist	Gleich
7	Fristgerechte Einreichung von Mitberichten und Stellungnahmen	Direktionen, Ämter	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
8	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit finanziellen Auswirkungen	Finanzdirektor	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
B	Teilrevision Finanzhaushaltsgesetz	Kantonsrat, Regierungsrat, Direktionen, Gemeinden	Gesetzesvorlage durch Arbeitsgruppe erarbeitet; 1. Lesung Regierungsrat	1. Lesung Kantonsrat	Inkrafttreten per 1. Januar 2017
C	Teilrevision Gesetz über den direkten Finanzausgleich	Gemeinden	Umsetzung Massnahmen gemäss Beschluss Kantonsrat	Umsetzung 1. Paket; Beginn Erarbeitung 2. Paket	Erarbeitung 2. Paket
D	Revision Gesetz über Zuger Kantonalbank	Zuger Kantonalbank	Beschluss KR über Anpassung Alterslimite und Amtsdauer; Einleitung Revision der übrigen Bestimmungen	Bericht und Antrag an den Kantonsrat	2016 Beschluss KR; 2017 Inkrafttreten
L32	Elektronische Übermittlung unterschäftsbedürftiger Eingaben und Entscheide in Verwaltungsverfahren sowie Zugriff auf eigene Geschäftsfälle und Daten	Verwaltung, Bevölkerung	Teilrevision Verwaltungsverfahrensgesetz: Verabschiedung im Kantonsrat; Erlass einer Verordnung über die elektronische Übermittlung im Verwaltungsverfahren; 2. Lesung Regierungsrat	Inkrafttreten Gesetzesrevision und Verordnung	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 3: Finanzen und Steuerung					
9	Bericht und Antrag an KR zu Budget/Finanzplan und Geschäftsbericht fristgerecht und in guter Qualität eingereicht	Regierungsrat, Kantonsrat	Terminplan und Vorgaben RR eingehalten; keine Rückweisung aus formalen Gründen	Terminplan und Vorgaben RR eingehalten; keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
10	Kompetente und rasche Auskünfte zur Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget	Ämter	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Gleich
11	Kompetente und rasche Auskünfte zum Finanzhaushaltgesetz	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Gleich
12	Fristgerechte Prüfung der eingehenden Beitragsgesuche um Auslandhilfe, Koordination des Auswahlverfahrens	Auswahlkommission, Kantonsrat	100 % der Gesuche bis zum 1. März bearbeitet; Aufstellungen für Auswahlkommission bis 31. März erarbeitet	«Fällt weg» Ziel wird weiterverfolgt, aber nicht mehr separat ausgewiesen	
13	Reibungslose Zusammenarbeit mit BAK Basel bei jährlicher Aktualisierung des Finanzhaushaltmodells	Finanzdirektor	Gemeinsamer Terminplan erarbeitet und eingehalten	«Fällt weg» Ist institutionalisiert und wird nicht mehr separat ausgewiesen	
14	Fehlerfreier und fristgerechter Vollzug Zuger Finanzausgleich	Gemeinden	Korrekte Berechnungen erstellt; alle Fristen eingehalten	Korrekte Berechnungen erstellt; alle Fristen eingehalten	Gleich
15	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung von komplexen Projekten	Direktionen, Ämter	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Gleich
16	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des FDK-Präsidiums sicherstellen	Präsident FDK	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Gleich
17	Professionelle und interessante Gestaltung des Amtsleitendenanlass	Amtsleitende, Regierungsrat		Gesamtbeurteilung des Anlasses mind. 2,5 von 3 möglichen Punkten	Gleich
E	Neues Einwohnerregister Zug (NERZ)	Gemeinden	Ausschreibung fertiggestellt; Zuschlag erteilt	Detailkonzeptphase abgeschlossen; System implementierbereit	Einführung Software ab Herbst 2016
L9	Umsetzung der Positionen der NFA-Geberkantone	NFA-Geberkantone	Aktive Interessenvertretung in den zuständigen Behörden und Gremien	Entlastung der Geberkantone ab 1. Januar 2016	Gleich
L10	Entlastungsprogramm 2015–2018	Regierungsrat		Umsetzung Sofortmassnahmen; Einleitung mittel- und langfristige Massnahmen	Umsetzung mittel- und langfristige Massnahmen
L10	Steuerung der kantonalen Investitionsvorhaben unter Berücksichtigung ihrer Finanzierbarkeit	Regierungsrat, Kantonsrat		Budgetvorgaben 2016 basierend auf Finanzierungsprognose erstellt und verabschiedet	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
L31	Klärung der künftigen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Kanton im Bereich Informatik	Gemeinden		Grundsatzvereinbarung bestätigt oder überarbeitet	Umsetzung Grundsatzvereinbarung
L45	Umsetzung Projekt Pragma für Wirkungsorientierte Verwaltung	Ämter	Projektabschluss und Evaluation	«Fällt weg»	

Leistungsgruppe 4: Sekretariat ständiger kantonsrätlicher Kommissionen

18	Zeitgerechte und kompetente Vor- und Nachbereitung Sitzungen Stawiko	Stawiko	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll und Berichte 7 Tage nach Sitzung	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll und Berichte 7 Tage nach Sitzung	Gleich
19	Zeitgerechte und kompetente Vor- und Nachbereitung Sitzungen KoKo	KoKo	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll 30 Tage nach Sitzung; Bericht 30 Tage nach Sitzung	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll und Bericht 30 Tage nach Sitzung	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Ziele 7 und 8: Die Ziele wurden bei allen Direktionssekretariaten vereinheitlicht, um klarer zwischen durchgeführten Vernehmlassungen einerseits und Mitberichten sowie Stellungnahmen an andere Direktionen andererseits zu unterscheiden.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Beschwerdeeingänge	Anzahl	13	10	10	Gleich
Gepürfte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	28	15	15	Gleich
Verträge	Anzahl	11	10	11	Steigend
Submissionsverfahren	Anzahl	9	3	7	Steigend
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	17	10	15	Gleich
Federführung bei Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenz	Anzahl	21	15	20	Gleich
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl	50	40	50	Gleich
RR-Anträge Finanzdirektion	Anzahl	102	80	100	Gleich
RR-Anträge übriger Direktionen	Anzahl	766	750	750	Gleich
Referate, Medienmitteilungen	Anzahl	70	50	70	Gleich
Staatwirtschaftskommission	Anzahl Sitzungen/Geschäfte	10/24	12/30	12/30	Gleich
Konkordatskommission	Anzahl Sitzungen/Geschäfte	0/0	3/3	3/3	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-1'984'756.18	-2'209'300	-2'265'200	-55'900	2.5	-2'499'100	-2'572'200	-2'637'800
Total Ertrag	1'729.10					69'000	69'000	69'000
Saldo	-1'983'027.08	-2'209'300	-2'265'200	-55'900	2.5	-2'430'100	-2'503'200	-2'568'800

Kommentar Budget

Sachaufwand: Die Druckkosten für Budget und Geschäftsbericht in der Höhe von 86'000 Franken werden neu beim FDS budgetiert, welches die Verantwortung für die beiden Prozesse trägt. Das Globalbudget der Staatskanzlei wird um diesen Betrag entlastet. Gleichzeitig reduziert sich der Aufwand um 81'000 Franken, welche 2014 einmalig für den Bericht der BAKBASEL zum Finanzhaushalt des Kantons Zug budgetiert waren.

Externes Gutachten: Im Zusammenhang mit der Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes (ZFA, 2. Paket) wird ein Ergänzungsauftrag zum bestehenden Wirksamkeitsbericht vergeben. Das Kostendach beträgt 70'000 Franken, 35'000 Franken davon fallen 2015 an.

Kommentar Finanzplan

Ab 2016 zusätzlicher Aufwand für Wartung und Support des Neuen Einwohnerregisters Zug (NERZ) von jährlich 173'000 Franken. Davon werden 40 Prozent von den Gemeinden zurückerstattet (siehe Ertrag).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT5000.0001 Neugestaltung Planungs- und Berichtsinstrumente						
Ausgaben	-28'545.20					
Einnahmen						
IT5000.0002 Neues Einwohnerregister Zug						
Ausgaben		-100'000	-610'000	-1'770'000	-80'000	
Einnahmen			244'000	708'000	32'000	
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-28'545.20	-100'000	-610'000	-1'770'000	-80'000	
Einnahmen			244'000	708'000	32'000	
Saldo	-28'545.20	-100'000	-366'000	-1'062'000	-48'000	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Finanzkontrolle ist das Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons. Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht über den Staatshaushalt sowie den Regierungsrat, die Direktionen, die Staatskanzlei und die obersten kantonalen Gerichte bei der Ausübung der Finanzaufsicht. Die Finanzkontrolle übt diese Funktion durch die Wahrnehmung externer und interner Revisionsaufgaben aus.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Finanzaufsicht Staatsrechnung

- Prüfung der Jahresrechnung des Kantons inkl. Fondsrechnungen
- Prüfung der separaten Rechnungen der Ämter und Anstalten des Kantons
- Prüfung von Projekt- und Kreditabrechnungen

Leistungsgruppe 2: Prüfungen bei Dritten

- Finanzprüfungen bei Drittorganisationen, an deren Tätigkeit ein öffentliches Interesse besteht
- Prüfung der Zweckverwendung von Kantonsbeiträgen an Organisationen

Leistungsgruppe 3: Sonderaufträge und Beratung

- Sonderaufträge von Bund, Staatswirtschaftskommission (Stawiko) und Regierungsrat
- Andere Prüf-, Abklärungs- und Beratungsanfragen (z.B. Anfragen zu Finanzthemen, Mitberichte) von Direktionen, Ämtern, Gemeinden, Drittinstitutionen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Finanzhaushaltsgesetz vom 30. August 2006 (FHG; BGS 611.1)
- Revisionsaufsichtsgesetz vom 16. Dezember 2005 (RAG; SR 221.302)
- Revisionsaufsichtsverordnung vom 22. August 2007 (RAV; SR 221.302.3)
- Obligationenrecht vom 30. März 1911 (Stand 1. Januar 2011; OR; SR 220)
- Schweizer Prüfungsstandards (PS) der Treuhandkammer, Ausgabe 2013 (www.treuhand-kammer.ch)
- Standard zur Eingeschränkten Revision der Treuhandkammer, Ausgabe 2007 (www.treuhand-kammer.ch)
- Schweizer Handbuch der Wirtschaftsprüfung, Ausgabe 2009 (Bezug: www.verlagskv.ch)
- Schweizer Handbuch der Wirtschaftsprüfung. Band «Eingeschränkte Revision», Ausgabe 2013
- Empfehlungen der Treuhandkammer (www.treuhand-kammer.ch)
- Empfehlungen der Fachvereinigung der Finanzkontrollen

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Zweckmässige Einhaltung der Prüfungsstandards (Planung, Durchführung, Dokumentation, Berichterstattung)	Kantonsrat, Regierungsrat, Direktionen, Staatskanzlei, Gerichte, Ämter	Professionelle Anwendung der Qualitätssicherung und des Internen Kontrollsystems im operativen Bereich der Finanzkontrolle	«Fällt weg» Ziel wird nicht mehr separat ausgewiesen	
Leistungsgruppe 1: Finanzaufsicht Staatsrechnung					
2	Termingerechte Prüfung der Jahresrechnung des Kantons und der Fondsrechnungen	Stawiko, Regierungsrat, Finanzdirektion	Prüfungen durchgeführt und Termine eingehalten	Prüfungen durchgeführt und Termine eingehalten	Gleich
3	Risikoorientierte Prüfung der separaten Rechnungen der Ämter (mind. alle 4 Jahre)	Stawiko, Regierungsrat, Finanzdirektion, Direktionen, Gerichte, Ämter	Jahresplanung eingehalten	Jahresplanung eingehalten	Steigend
4	Jährliche Prüfung der Anstalten des Kantons	Stawiko, Regierungsrat, Finanzdirektion, Direktionen, Anstalten	Alle geprüft	Alle geprüft	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
5	Prüfung der bis Ende 3. Quartal eingereichten Projektkreditabrechnungen	Regierungsrat, Stawiko, Direktionen, Finanzdirektion, Ämter	Mind. 80 % vollständig, restliche formell geprüft	Mind. 80 % vollständig, restliche formell geprüft	Steigend
Leistungsgruppe 2: Prüfungen bei Dritten					
6	Termingerechte Prüfungen bei Konkordaten und Regierungskonferenzen gemäss Jahresplanung	Vorstandsgremien	Alle geprüft und Termine eingehalten	Alle geprüft und Termine eingehalten	Gleich
7	Termingerechte Prüfungen bei Stiftungen und Vereinen gemäss Jahresplanung	Stiftungsrat, Vorstand/GV, Stawiko	Alle geprüft und Termine eingehalten	Alle geprüft und Termine eingehalten	Gleich
8	Risikoorientierte Prüfung der Zweckverwendung von Kantonsbeiträgen an Organisationen	Regierungsrat, Stawiko, Direktionen, Finanzdirektion, Ämter	Jahresplanung eingehalten	Jahresplanung eingehalten	Gleich
Leistungsgruppe 3: Sonderaufträge und Beratung					
9	Sonderaufträge von Bund, Staatswirtschaftskommission oder Regierungsrat fristgerecht bearbeiten	Regierungsrat, Stawiko, Bundesämter	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen	Alle innert Frist	Steigend
10	Prüf-, Abklärungs-, Beratungsanfragen fristgerecht beantworten	Finanzdirektion, Stawiko, Direktionen, Gemeinden, Anstalten, Ämter, private Leistungserbringer	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen	Alle innert Frist	Gleich

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Kontrollbereich (Direktionen, Ämter, Gerichte)	Anzahl	70	71	68	Gleich
Anstalten (Gebäudeversicherung, Strafanstalt Bostadel, Pädagogische Hochschule Zug)	Anzahl			3	Gleich
Eingereichte Kreditabrechnungen	Anzahl	45	30	35	Steigend
Revisionsmandate Konkordate und Regierungskonferenzen	Anzahl	10	9	9	Gleich
Revisionsmandate Stiftungen, Vereine	Anzahl	11	11	10	Gleich
Prüfobjekte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	40	40	40	Gleich
Sonderaufträge und Anfragen für Abklärungen und Beratungen	Anzahl	63	60	60	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-631'792.33	-695'300	-712'700	-17'400	2.5	-738'600	-762'600	-787'600
Total Ertrag	10'500.00	5'300	5'500	200	3.8	5'500	5'500	5'500
Saldo	-621'292.33	-690'000	-707'200	-17'200	2.5	-733'100	-757'100	-782'100

Kommentar Budget

Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Personalamt unterstützt die Ämter in der effizienten Abwicklung der Personalprozesse und ist verantwortlich für die zentrale Personaladministration und das Lohnwesen. Es informiert und berät die Führungsverantwortlichen, die Mitarbeitenden und die Gemeinden sowie weitere Institutionen im Kanton Zug in allen Belangen des Personalwesens und sorgt für die einheitliche Anwendung des Personalrechts. Das Personalamt ist federführend bei der Entwicklung und Umsetzung der Personalstrategie, sorgt für ein zeitgemässes Weiterbildungsangebot und koordiniert die Berufsbildung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Personaladministration

- Beratung und Unterstützung der Ämter bei Ein- und Austritten (Inserate, Arbeitsverträge usw.)
- Lohn- und Versicherungswesen, Zulagen
- Zusatzangebote (Beratung Kinderbetreuung, Reka-Checks usw.)
- Fachverantwortung Personalinformations-, Lohn- und Zeiterfassungssysteme
- Personalcontrolling (Stellenübersicht, Auswertungen und Analysen)
- Redaktion Personalzeitung
- Koordination externer Sozialstellenpool

Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst und Führungsunterstützung

- Beratung und Unterstützung von Führungspersonen in personalrechtlichen Fragen
- Beratung und Unterstützung der Gemeinden sowie weiterer Institutionen im Kanton Zug in personalrechtlichen Fragen
- Mitberichte bei personalrelevanten Beschwerden
- Koordination und Unterstützung der Ämter bei der Budgetierung des Personalaufwands sowie im Beförderungsprozess
- Elektronisches Personalhandbuch

Leistungsgruppe 3: Personalentwicklung

- Entwicklung und Umsetzung der Personalstrategie
- Koordination interne Weiterbildung für Führungspersonen

- Strategische und operative Mitarbeit beim zentralschweizerischen Weiterbildungsangebot

Leistungsgruppe 4: Berufsbildung

- Unterstützung der Ämter bei der Gewinnung von Lernenden
- Unterstützung und Beratung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner und der Lernenden
- Koordination der Berufsbildung im kaufmännischen Bereich
- Angebot Erfahrungsjahr für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (BGS 154.21)
- Vollziehungsverordnung zum Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalverordnung) vom 12. Dezember 1994 (BGS 154.211)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Inhalte der ehemaligen Leistungsgruppe 3 «Stabsarbeit» wurden in andere Leistungsgruppen verschoben. Die Inhalte der bisherigen Leistungsgruppe 4 «Berufsbildung und Personalentwicklung» wurden neu aufgeteilt in Leistungsgruppe 3 «Personalentwicklung» und Leistungsgruppe 4 «Berufsbildung». Die Inhalte der Leistungsgruppen wurden teilweise gestrafft und ergänzt.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfängende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
A	Einführung eines Internen Kontrollsystems (IKS)	Finanzdirektion		IKS Konzept ist erarbeitet; mind. 3 Prozesse sind dokumentiert	Übrige Prozesse sind dokumentiert; IKS ist in Betrieb

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Personaladministration					
1	Fristgerechte und fehlerfreie Abwicklung der Rekrutierungs- und Anstellungsprozesse	Ämter	Arbeitsverträge innert Wochenfrist; Erfassung von Neueintretenden im Lohnsystem spätestens 1 Monat vor Stellenantritt	Arbeitsverträge innert Wochenfrist; Erfassung von Neueintretenden im Lohnsystem spätestens 1 Monat vor Stellenantritt	Gleich
2	Fristgerechte und fehlerfreie Auszahlung der monatlichen Lohnabrechnungen	Mitarbeitende, verwaltungs-externe Lohnempfangende	Auszahlung spätestens am 25. jeden Monats, Fehlerquote durchschnittlich < 0,1 %	Auszahlung spät. am 25. jeden Monats, durchschnittliche Fehlerquote max. 0,1 %	Gleich
3	Überwachen und fristgerechtes Nachführen der Stellenentwicklung	Regierungsrat, Ämter	Rechtzeitige Aktualisierung der Stellenübersicht für Budget und Geschäftsbericht	Stellenübersicht aktualisiert für Budget und Geschäftsbericht	Gleich
4	Personalziitig erscheint quartalsweise	Aktive und pensionierte Mitarbeitende	Personalziitig erscheint 4 x pro Jahr	4 Ausgaben gemäss Jahresplanung publiziert	Gleich
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst und Führungsunterstützung					
5	Aktuelles und bedürfnisorientiertes Personalhandbuch	Mitarbeitende, Gemeinden	Alle Hauptprozesse geklärt und abgebildet	Geprüfte Anregungen und erkannte Anpassungen innert Wochenfrist publiziert	Gleich
6	Fristgerechte und kompetente Begleitung von Personalgewinnungsprozessen	Regierungsrat, Direktionen, Ämter	Einhaltung der gewünschten Fristen bei Begleitung von Kaderrekrutierungen	Alle vereinbarten Fristen eingehalten	Gleich
7	Zeitgerechte und kompetente Beratung in personalrechtlichen Fragen	Vorgesetzte bei Kanton und Gemeinden	Bearbeitung mündliche und einfache schriftliche Anfragen am selben Tag, komplexe Anfragen innerhalb 1 Woche	Einfache Anfragen innert 2 Tagen, komplexe Anfragen innerhalb 2 Wochen beantwortet	Gleich
8	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen, Mitberichten und Stellungnahmen	Finanzdirektion	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
B	Überarbeiteter und neu informatikgestützter Bogen für Mitarbeiter/innen-Gespräche	Vorgesetzte, Mitarbeitende	Inbetriebnahme erfolgt	Ausbreitung auf Gesamtverwaltung	
C	Revision Personalrecht	Regierungsrat, Direktionen, Mitarbeitende	Überarbeitung/Revision Personalverordnung: Beschluss RR	Inkrafttreten Personalverordnung	
Leistungsgruppe 3: Personalentwicklung					
9	Umsetzung des Weiterbildungskonzepts für Führungspersonen	Führungspersonen	Ausbau des Kursangebotes	1 zusätzlicher interner Kurs	Gleich
10	Bedürfnisgerechtes Weiterbildungsangebot mit hoher Beteiligung	Mitarbeitende	Das Weiterbildungsbudget ist zu mind. 90 % ausgeschöpft	Das Weiterbildungsbudget ist zu mind. 90 % ausgeschöpft	Gleich
11	Stufengerechte Schulung der Vorgesetzten in konformer Anwendung des Personalrechts aus Sicht des Arbeitgebers	Vorgesetzte Kanton und Gemeinden	2 bis 3 ganztägige Kolloquien	Mind. 2 ganztägige Kolloquien	Gleich
L33	Durchführung einer Mitarbeitendenbefragung	Regierung, Mitarbeitende	Die Befragung ist durchgeführt und die Auswertungen liegen vor	Die Befragung ist durchgeführt und die Auswertungen liegen vor	Aktualisierung der Personalstrategie

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 4: Berufsbildung					
12	Gewinnung geeigneter Jugendlicher als Lernende	Jugendliche vorwiegend mit Wohnsitz im Kanton Zug	Jährliche Besetzung sämtlicher offener Lehrstellen	Alle offenen Lehrstellen sind gemäss Stellenprofil besetzt	Gleich
13	Gewinnung von geeigneten Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten und Praxis- oder Berufsbildenden für interkantonale Arbeitsgruppen	Wirtschaft, Lernende	Mind. 10 Expertinnen und Experten und Berufsbildende	Mind. 5 Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten, Praxis- oder Berufsbildende	Gleich
14	Guten Übergang in die Berufspraxis für Lehrabgänger/innen sicherstellen	Lehrabgänger/innen, Ämter		Alle Lehrabgänger/innen verfügen über eine interne oder externe Anschlusslösung	Gleich
15	Gewinnung von neuen geeigneten Praxisbildnerinnen und Praxisbildnern	Wirtschaft, Lernende		3 zusätzliche Praxisbildner/innen sind rekrutiert	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

7: Aufgrund von mehr und komplexeren Anfragen bei gleichbleibendem Personalbestand verlängern sich deren Bearbeitungsfristen.
 L33: Die Durchführung der Mitarbeitendenbefragung wurde vom 2014 ins 2015 verschoben.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Personalbestand ganze Verwaltung (inkl. Hilfskräfte und Fachpersonen)	Personen	2'824	2'800	3'000	Steigend
Lohnausweise	Anzahl	4'836	4'750	5'000	Steigend
Mitberichte bei Beschwerden	Anzahl		10	5	Gleich
Übrige Mitberichte und Stellungnahmen	Anzahl		10	12	Gleich
Interne Kurse für Führungspersonen	Anzahl			8	Gleich
Ausbildungsverhältnisse	Personen		42	43	Gleich
Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten, Praxis- oder Berufsbildende	Personen			5	Gleich
Praxisbildner/innen	Personen			40	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Planannahme für das Budget 2014 von 10 Mitberichten bei Beschwerdefällen in Personalbelangen war zu hoch.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-1'317'830.48	-1'408'700	-1'456'200	-47'500	3.4	-1'489'700	-1'534'300	-1'575'100
Total Ertrag	92'645.15	86'000	84'000	-2'000	-2.3	84'000	84'000	84'000
Saldo	-1'225'185.33	-1'322'700	-1'372'200	-49'500	3.7	-1'405'700	-1'450'300	-1'491'100

Kommentar Budget

Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT5010.0109 Erweiterungen Fachanwendungen PA (EFAPA)						
Ausgaben	-173'754.96					
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-173'754.96					
Einnahmen						
Saldo	-173'754.96					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-1'941'515.80	-2'641'700	-2'683'200	-41'500	1.6	-2'721'000	-2'813'600	-2'909'200
305	Arbeitgeberbeiträge	-264'236.30	-2'734'400	-374'000	2'360'400	-86.3	-418'800	-433'100	-447'800
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-1'185'320.60	-1'100'000	-1'100'000	0	0.0	-1'100'000	-1'100'000	-1'100'000
309	Übriger Personalaufwand	-1'422'945.05	-1'675'000	-1'694'000	-19'000	1.1	-1'695'000	-1'700'000	-1'700'000
310	Material- und Warenaufwand	-125'026.85	-93'000	-93'000	0	0.0	-93'000	-93'000	-93'000
313	Dienstleistungen und Honorare	-8'019.00	-357'000	-320'000	37'000	-10.4	-357'000	-357'000	-357'000
317	Spesenentschädigungen	-105.00	-1'000	-1'000	0	0.0	-1'000	-1'000	-1'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-880.00	-11'000	-3'000	8'000	-72.7	-3'000	-3'000	-3'000
	Total Aufwand	-4'948'048.60	-8'613'100	-6'268'200	2'344'900	-27.2	-6'388'800	-6'500'700	-6'611'000
426	Rückerstattungen	50'802.00	30'000	5'000	-25'000	-83.3	5'000	5'000	5'000
	Total Ertrag	50'802.00	30'000	5'000	-25'000	-83.3	5'000	5'000	5'000
	Saldo	-4'897'246.60	-8'583'100	-6'263'200	2'319'900	-27.0	-6'383'800	-6'495'700	-6'606'000

Kommentar Budget

305: 2014 waren aufgrund der Revision des Pensionskassengesetzes pauschal 2,4 Millionen Franken Mehraufwand zentral auf die Kostenstelle 5011 budgetiert, da das Gesetz zum Zeitpunkt der Budgetierung noch in Bearbeitung war. Ab 2015 ist der Mehraufwand nun auf die Ämter verteilt.
 309: Weiterbildung: Mehraufwand von 10'000 Franken für zusätzlichen Englischkurs.
 313: Mehraufwand von 100'000 Franken für die Durchführung einer Mitarbeitendenbefragung.
 426: Minderertrag von 25'000 Franken durch die neu dezentrale Verbuchung von Verwaltungsratsentschädigungen an Mitarbeitende.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Finanzverwaltung ist zuständig für die ordnungsgemässe Führung der Staatsbuchhaltung und der Separatfondsbuchhaltung sowie für die Bewirtschaftung und Verwaltung des Staatsvermögens und der Separatfonds. Die Kernaufgaben der Finanzverwaltung beinhalten den Abschluss der Jahresrechnung, die Aufbereitung der Finanzzahlen zum jährlichen Budget und Finanzplan, die Betreuung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und des Versicherungswesens.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Staatsrechnung

- Zentrale Führung der Staatsbuchhaltung
- Aufbereiten der Finanzzahlen und Erstellen von Analysen und Auswertungen
- Fachliche Unterstützung in Finanzfragen für Kanton und Gemeinden
- Zentrale Koordinationsstelle für Mehrwertsteuerfragen

Leistungsgruppe 2: Budget/Finanzplan

- Aufbereiten und Plausibilisieren der Finanzzahlen
- Erstellen von Analysen und Auswertungen
- Fachliche Unterstützung und Beratung der Direktionen und Ämter

Leistungsgruppe 3: Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

- Unterstützung der Ämter bei der Einführung
- Sicherstellung des KLR-Betriebs (inkl. Anlagebuchhaltung und Leistungserfassung)
- Fachliche Unterstützung in Controlling-Fragen

Leistungsgruppe 4: Separatfondsverwaltung

- Zentrale Führung der Separatfondsbuchhaltung
- Aufbereiten der Finanzzahlen und Erstellen von Analysen und Berichten
- Berichterstattung aller gesprochenen Lotteriefondsbeiträge

Leistungsgruppe 5: Versicherungswesen

- Verwaltung und Betreuung der Versicherungspolizen
- Zentrale Koordinationsstelle für Versicherungsfragen

Leistungsgruppe 6: Cash-Management

- Sicherstellung der Liquidität für die Zahlungsverpflichtungen des Kantons
- Vermögensbewirtschaftung für die Staatsrechnung und die Separatfonds
- Controlling und Berichterstattung für die Staatsrechnung und die Separatfonds

Leistungsgruppe 7: Fachanwendungen

- Unterhalt und Weiterentwicklung der Finanzsoftwarelösung
- Anwendersupport zur Finanzsoftwarelösung für Kanton und Gemeinden

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz, FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1)
- Verordnung über die Zeichnungs- und Anweisungsberechtigung vom 20. November 2007 (BGS 153.7)
- Verfügung über die Zeichnungsberechtigung und die Delegation von Zuständigkeiten in der Finanzdirektion vom 17. Februar 2012 (BGS 153.771)
- Weisungen der Finanzdirektion zum Finanz- und Rechnungswesen
- Richtlinien für die Liquiditätsbewirtschaftung des Kantons vom 13. April 2004
- Anlagestrategie des Kantons Zug für die Separatfonds vom 25. September 2013
- Empfehlungen aus dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2) der Finanzdirektorenkonferenz (FDK)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Gesamtzielsetzung					
1	Kompetente Ansprechpartner in allen Fragen rund um das Finanz- und Rechnungswesen	Gesamtverwaltung, Gemeinden, Politik	100 % der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet	Max. 5 berechnete Reklamationen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
2	Förderung der Zusammenarbeit und Fachaustausch mit den gemeindlichen Finanzabteilungen	Kanton, Gemeinden	Mind. 2 protokollierte Sitzungen pro Jahr (Fachgruppe Finanzen Zug)	Mind. 2 protokollierte Sitzungen der Fachgruppe Finanzen pro Jahr	Gleich
A	Elektronischer Kreditorenprozess «OKP» (Scanning, Workflow, Archivierung)	Direktionen, Ämter	Flächendeckende Ausbreitung des neuen Kreditorenprozesses sichergestellt, sofern sich der RR für die Ausbreitung entscheidet	Alle Ämter arbeiten produktiv mit der Lösung	
Leistungsgruppe 1: Staatsrechnung					
3	Planung, Koordination und Erstellung des Jahresabschlusses sowie zur Verfügung stellen der Finanzzahlen für die Publikation zum Geschäftsbericht	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat, Gesamtverwaltung	Wesentliche Fehler im Zahlenmaterial = 0	«Fällt weg» Siehe Zielsetzung 4	
4	Zeitgerechte Erstellung des Jahresabschlusses inkl. Aufbereitung der Finanzaufgaben für den Geschäftsbericht	Öffentlichkeit, Kantonsrat, Regierungsrat, Gesamtverwaltung		Terminplan des Regierungsrats eingehalten	Gleich
5	Sicherstellung der hohen Qualität und der Ordnungsmässigkeit	Öffentlichkeit, Kantonsrat, Regierungsrat, Gesamtverwaltung	Genehmigungsempfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht erteilt	Genehmigungsempfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht erteilt	Gleich
6	Sicherstellung eines zeitgerechten Inkassos	Ämter	Einleitung der Betreuung spätestens innert 60 Tagen nach Ablauf der zweiten Mahnfrist, sofern kein begründeter Mahnstopp gesetzt wird	Einleitung der Betreuung spätestens innert 10 Arbeitstagen nach Erhalt aller notwendigen Unterlagen	Gleich
7	Der Kanton Zug ist ein verlässlicher Zahler	Zahlungsempfänger		Wöchentlicher Zahlungslauf für verbuchte Lieferantenrechnungen	Gleich
8	Betreuung und zeitgerechte Nachführung der Unterschriftenkarten der Finanzinstitute und Kontrolle des «Verzeichnis der Anweisungsberechtigten»	Ämter	Mutationen innert Wochenfrist nach Kenntnis	«Fällt weg» Ziel wird weitergeführt, aber aufgrund des geringen Volumens nicht mehr separat ausgewiesen	
Leistungsgruppe 2: Budget/Finanzplan					
9	Einhaltung des RR-Terminplans sicherstellen	Regierungsrat, Stawiko, Kantonsrat	0 Tage Überschreitung der Ecktermine	«Fällt weg» Siehe Zielsetzung 10	
10	Zeitgerechte Aufbereitung der Finanzaufgaben	Öffentlichkeit, Kantonsrat, Regierungsrat, Gesamtverwaltung	Wesentliche Fehler im Zahlenmaterial = 0	Terminplan des Regierungsrats eingehalten	Gleich
11	Sicherstellung der hohen Qualität der Finanzaufgaben	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat, Gesamtverwaltung		Plausibilisierung gemäss Prüfungsvorgaben durchgeführt	Gleich
Leistungsgruppe 3: Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)					
12	Kompetente Beratung und Unterstützung	Ämter	100 % der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet	Max. 3 berechnete Reklamationen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
13	Termingerechter Quartalsabschluss	Ämter	Abschluss innerhalb 30 Tagen nach Quartalsende erstellt	Abschluss innerhalb 30 Tagen nach Quartalsende erstellt	Gleich
B	Schrittweise Ausbreitung	Ämter	Umsetzung gemäss RRB vom 26. Februar 2013 sichergestellt	Terminplan gemäss RRB vom 26. Februar 2013 eingehalten	Gleich
Leistungsgruppe 4: Separatfondsverwaltung					
14	Einhaltung des RR-Terminplans betreffend Jahresabschluss sicherstellen	Regierungsrat, Stawiko, Kantonsrat	0 Tage Überschreitung der Ecktermine	«Fällt weg» Siehe Zielsetzung 15	
15	Zeitgerechte Erstellung des Jahresabschlusses inkl. Aufbereitung der Finanzaufgaben für den Geschäftsbericht	Öffentlichkeit, Kantonsrat, Regierungsrat, Gesamtverwaltung		Terminplan des Regierungsrats eingehalten	Gleich
16	Sicherstellung der hohen Qualität und der Ordnungsmässigkeit	Öffentlichkeit, Kantonsrat, Regierungsrat, Gesamtverwaltung		Genehmigungsempfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht erteilt	Gleich
Leistungsgruppe 5: Versicherungswesen					
17	Sicherstellung eines aktuellen Versicherungsportfolios	Gesamtverwaltung	Meldung an Broker bzw. an Versicherer innert 10 Arbeitstagen nach Bekanntgabe	Mutationsmeldung an Broker bzw. an Versicherer innert 10 Arbeitstagen nach Bekanntgabe	Gleich
18	Sämtliche Schadenmeldungen werden an Versicherung bzw. Broker weitergeleitet	Ämter	100 % innert Wochenfrist nach Bekanntgabe weitergeleitet	«Fällt weg» Schadenmeldung geht direkt an Broker	
C	Update Risikoinventar Kanton Zug erstellen	Regierungsrat, Direktionen	Massnahmen aus Update Risikoinventar 2013 sind umgesetzt	«Fällt weg» Ist umgesetzt	
Leistungsgruppe 6: Cash-Management					
19	Sorgfältige Bewirtschaftung der Liquidität des Staatsvermögens	Kanton		Performance beträgt mind. 0,25 %	Steigend
20	Überwachung der Liquidität mittels rollender Mehrjahresplanung	Finanzdirektion		Keine Aufnahme von Bankkrediten	Gleich
21	Regelmässige Berichterstattung zur Liquidität	Finanzdirektor	Wöchentliche und monatliche Berichterstattung in der Regel per 1. Wochenarbeitsstag bzw. 1. Woche des Folgemonats	Wöchentliche und monatliche Berichterstattung erfolgt	Gleich
22	Sorgfältige Bewirtschaftung und Überwachung des Fondsvermögens gemäss Anlage Richtlinien	Kanton	Aktienperformance > SPI- Performance per Stichtag 31. Dezember	Benchmarkvorgaben der Anlagenstrategie sind erreicht	Gleich
23	Quartalsweise Erstellung eines Kapitalanlageverzeichnisses der Separatfondsbuchhaltung	Finanzdirektor	Performancebericht innert 60 Tagen nach Quartalsende	Berichterstattung innert 60 Tagen nach Quartalsende	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 7: Fachanwendungen					
24	Interner Support für die Finanzsoftware Navision, das Kreditoren-Workflow-System und das Leistungserfassungsmodul SIAXMA sicherstellen	Gesamtverwaltung, Gemeinden	Reaktionszeit nach Eingang innert 2 Arbeitstagen	«Fällt weg» Siehe Zielsetzung 26	
25	Sicherstellung des Betriebs der Finanzsoftwarelösung	Gesamtverwaltung, Gemeinden	Keine Systemausfälle	Verfügbarkeit der Systeme während Bürozeiten mind. 99 %	Gleich
26	Kompetenter Support für die Finanzsoftwarelösung	Gesamtverwaltung, Gemeinden		Max. 5 berechnete Reklamationen	Gleich
D	Erfolgreiche Einführung newsystem® public (Release-wechsel Navision)	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Das neue System steht für den Kanton und die Gemeinden zur Verfügung	Gesamtabnahme erfolgt; Bericht der Finanzkontrolle zur Schlussabrechnung liegt vor	
E	Migration der elektronischen Kreditorenprozesslösung	Gesamtverwaltung, Gemeinden		System steht für den Kanton und die Gemeinden zur Verfügung	

Kommentar Zielsetzungen

Ziel 3 fällt weg, da die Koordination der Prozesse Budget/Finanzplan und Geschäftsbericht neu vom FDS wahrgenommen wird.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Navision-User (ohne Gemeinden)	Anzahl	475	475	500	Steigend
KLR-Ämter	Anzahl	17	20	23	Steigend
Kreditorenbelege	Anzahl	56'623	53'000	57'000	Steigend
Mahnungen	Anzahl	9'512	8'900	9'600	Gleich
Betreibungsverfahren	Anzahl	277	300	300	Gleich
Gesuche für Auslandhilfe	Anzahl	51	55	55	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-1'742'933.12	-1'952'800	-1'923'400	29'400	-1.5	-1'996'900	-2'023'200	-2'097'400
Total Ertrag	208'800.00	203'600	216'400	12'800	6.3	242'400	232'400	234'400
Saldo	-1'534'133.12	-1'749'200	-1'707'000	42'200	-2.4	-1'754'500	-1'790'800	-1'863'000

Kommentar Budget

Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT5020.0049 Optimierung Kreditorenprozess						
Ausgaben	-60'982.35					
Einnahmen	10'000.00					
IT5020.0052 Optimierter Kredi- torenprozess; Ausbau + Optimierg.						
Ausgaben		-95'000				
Einnahmen						
IT5020.0053 Releasewechsel Navision/Migration nsp						
Ausgaben		-850'000				
Einnahmen		340'000				
IT5020.0054 Migration elektro- nischer Kreditoren- prozess						
Ausgaben			-330'000			
Einnahmen			132'000			
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-60'982.35	-945'000	-330'000			
Einnahmen	10'000.00	340'000	132'000			
Saldo	-50'982.35	-605'000	-198'000			

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
313	Dienstleistungen und Honorare	-469'756.35	-480'000	-439'000	41'000	-8.5	-446'000	-451'000	-457'000
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	829'834.93							
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-33'926'452.61	-42'926'000	-40'355'000	2'571'000	-6.0	-46'630'000	-49'363'000	-49'894'000
340	Zinsaufwand	-27'803.15	-35'000	-30'000	5'000	-14.3	-30'000	-30'000	-30'000
341	Realisierte Kursverluste	-96'549.33							
349	Verschiedener Finanzaufwand	9.23							
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	-36'889.00							
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-4'000.00	-4'000	-3'000	1'000	-25.0	-3'000	-3'000	-2'000
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-10'010'277.82	-11'252'000	-10'416'000	836'000	-7.4	-11'406'000	-14'266'000	-20'572'000
383	Zusätzliche Abschreibungen	-8'529'000.00							
387	A.o. Transferaufwand; zusätzliche Abschreibungen			-1'308'000	-1'308'000				
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-1'008'380.18	-1'051'600	-1'099'900	-48'300	4.6	-2'288'300	-2'785'600	-2'943'200
	Total Aufwand	-53'279'264.28	-55'748'600	-53'650'900	2'097'700	-3.8	-60'803'300	-66'898'600	-73'898'200
410	Regalien	34'317.70	33'000	34'000	1'000	3.0	34'000	34'000	34'000
411	Schweiz. Nationalbank	9'613'984.00	9'614'000		-9'614'000	-100.0	9'657'000	9'657'000	9'657'000
426	Rückerstattungen	103'553.85	90'000	90'000	0	0.0	90'500	90'500	91'000
429	Übrige Entgelte	144'974.40		20'000	20'000		20'000	20'000	20'000
440	Zinsertrag	6'102'733.58	3'077'500	2'152'500	-925'000	-30.1	2'314'100	3'018'600	3'712'700
441	Realisierte Gewinne FV	36'544.00							
442	Beteiligungsertrag FV	738'000.00	738'000	813'000	75'000	10.2	813'000	813'000	813'000
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV	28'524'622.65	28'492'000	28'468'100	-23'900	-0.1	28'480'600	28'491'500	28'485'300
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	6'000.00	6'000	6'000	0	0.0	6'000	6'000	6'000
460	Ertragsanteile	5'135'988.00	5'114'000	5'286'000	172'000	3.4	5'354'000	5'423'000	5'560'000
469	Verschiedener Transferertrag	45'243.15	49'000	47'300	-1'700	-3.5	51'400	50'200	51'400
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	56'608'915.85							
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	20'530.00	19'000	14'000	-5'000	-26.3	25'000	26'000	20'000
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	445'374.31	430'000	419'000	-11'000	-2.6	378'000	341'000	306'000
	Total Ertrag	107'560'781.49	47'662'500	37'349'900	-10'312'600	-21.6	47'223'600	47'970'800	48'756'400
	Saldo	54'281'517.21	-8'086'100	-16'301'000	-8'214'900	101.6	-13'579'700	-18'927'800	-25'141'800

Kommentar Budget

330: Die Abschreibungen steigen in Folge der höheren Investitionen an.

387: Die 2013 zugekauften Aktien der Zugerland Verkehrsbetriebe AG werden auf einen Pro-Memoria-Franken abgeschrieben.

411: Da die Schweizerische Nationalbank (SNB) eine negative Gewinnausschüttungsreserve ausweist, wird erst wieder ab 2016 mit einer Ausschüttung an die Kantone gerechnet.

440: Aufgrund tiefer Zinsen ist es weiterhin schwierig, die liquiden Mittel (Kontokorrent und Festgelder) zu attraktiven Konditionen anzulegen.

Kommentar Finanzplan

330 und 366: Die Abschreibungen steigen in Folge der höheren Investitionen leicht an.

411: Ab Planjahr 2016 wird wieder mit einer Gewinnausschüttung der SNB gerechnet.

440: Aufgrund der Prognosen kann erst ab den Planjahren 2017 und 2018 wieder mit höheren Zinserträgen aus der Bewirtschaftung der liquiden Mittel gerechnet werden.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
FD5022.0005 Darlehen SwissDRG AG, Rückzahlung						
Ausgaben						
Einnahmen	7'096.60					
FD5022.0006 Beteiligung SelfFin Invest AG						
Ausgaben	-1.00					
Einnahmen						
IT5022.0001 Pauschalkorrektur IT-Projekte						
Ausgaben		3'000'000	3'000'000	-4'000'000	-5'000'000	-6'000'000
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-1.00	3'000'000	3'000'000	-4'000'000	-5'000'000	-6'000'000
Einnahmen	7'096.60					
Saldo	7'095.60	3'000'000	3'000'000	-4'000'000	-5'000'000	-6'000'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Die Erfahrung zeigt, dass 20 bis 30 Prozent der budgetierten Informatikprojekte jeweils aus verschiedenen Gründen nicht im Budgetjahr realisiert werden. Aus diesem Grund wird im Allgemeinen Finanzbereich eine Pauschalkorrektur budgetiert.

Kommentar Finanzplan

Die Erfahrung zeigt, dass in den Planjahren jeweils zu wenige Informatikprojekte eingeplant werden. Deshalb werden im Allgemeinen Finanzbereich Pauschalkorrekturen erfasst.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
362	Finanz- und Lastenausgleich	-276'504'770.00	-279'491'000	-316'613'000	-37'122'000	13.3	-322'873'000	-328'305'000	-304'028'000
	Total Aufwand	-276'504'770.00	-279'491'000	-316'613'000	-37'122'000	13.3	-322'873'000	-328'305'000	-304'028'000
462	Finanz- und Lastenausgleich	39'347'540.00	35'876'900	36'422'000	545'100	1.5	39'157'000	37'199'000	38'810'000
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital			40'000'000	40'000'000		46'000'000	52'000'000	27'000'000
	Total Ertrag	39'347'540.00	35'876'900	76'422'000	40'545'100	113.0	85'157'000	89'199'000	65'810'000
	Saldo	-237'157'230.00	-243'614'100	-240'191'000	3'423'100	-1.4	-237'716'000	-239'106'000	-238'218'000

Kommentar Budget

489: Der Mehraufwand gegenüber dem NFA-Beitrag des Jahres 2013 wird durch eine Reservenentnahme kompensiert.

Kommentar Finanzplan

489: Der Mehraufwand gegenüber dem NFA-Beitrag des Jahres 2013 wird in jedem Planjahr durch eine Reservenentnahme kompensiert.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das AIO plant, beschafft, betreibt und überwacht die Informatikinfrastruktur der kantonalen Verwaltung. Es entwickelt und vollzieht die Informatikverordnung und Informatikstrategie, stellt die Koordination mit dem Bund und den Gemeinden sicher und ist verantwortlich für die Sicherheit der Informationstechnologie (IT). Als Querschnittsamt koordiniert und unterstützt es alle kantonalen Stellen, die Gerichte und die elf Zuger Gemeinden beim Einsatz ihrer Informations- und Kommunikationstechnologie.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Beschaffung und Entwicklung der IT

- Entwicklung und Vollzug der Informatikverordnung, Informatikstrategie und der konzeptionellen Grundlagen und Standards
- Beschaffung von Infrastruktur und Dienstleistungen
- Leitung und Begleitung von Projekten
- Beratung und Unterstützung in der Anforderungsdefinition und technischen Prozessgestaltung
- Erstellen des Informatikportfolios
- Führung und Weiterentwicklung des Serviceportfolios für die kantonale Informatik
- Strategisches und operatives Controlling inkl. Reporting
- Behördenübergreifende IT-Koordination (Bund, Kanton, Gemeinden)

Leistungsgruppe 2: Betrieb und Support

- Betrieb und Support der Basisinfrastruktur
- Betrieb und Support von IT-Arbeitsplätzen und benötigten Fachanwendungen
- Betrieb und Support der zentral betriebenen Fachanwendungen
- Betrieb und Support des Identifikationssystems
- Support der Anwenderinnen und Anwender

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Datenschutzgesetz vom 28. September 2000 (BGS 157.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Textverarbeitung und Büroautomation in der kantonalen Verwaltung vom 1. September 1988 (BGS 153.5)
- Informatikverordnung (ITV) vom 29. Juni 2004 (BGS 153.53)
- Datensicherheitsverordnung (DSV) vom 16. Januar 2007 (BGS 157.12)
- Informatikstrategie 2011-2017 (RRB vom 28. September 2010)
- E-Government-Strategie Zug (RRB vom 8. April 2008)
- Grundsatzvereinbarung zwischen dem Kanton Zug und den Einwohnergemeinden des Kantons Zug betreffend Zusammenarbeit im Informatikbereich und E-Government vom 1. Dezember 2011
- Informatikstrategie 2016 Kanton und Gemeinden Zug, Informatikkonferenz Kanton-Gemeinden, 19. November 2009
- Zusammenarbeitsvereinbarung Zentralschweizer Informatik (ZIK)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Leistung Betrieb und Support des Identifikationssystems wurde neu eingefügt.
 Neu wird im Leistungsauftrag der Begriff «IT-Arbeitsplätze» statt «PC-Arbeitsplätze» verwendet. Mit «IT-Arbeitsplätzen» sind sämtliche vom AIO betreuten Desktops (PC), Notebooks, Smartphones und VDI-Arbeitsplätze (Virtual-Desktop-Infrastruktur) gemeint.

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfängende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
Gesamtzielsetzung					
1	Die Gesamtleistung des AIO hinsichtlich Leistungsumfang, Verfüg- und Erreichbarkeit optimal ausgestaltet	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Gute Bewertung bei Umfrage	«Fällt weg» Ziele 1 und 2 werden neu unter Ziel 2 zusammengeführt	
2	Kompetenter Ansprechpartner in allen Belangen der IT und der IT-Organisation	Direktionen, Ämter, Gemeinden	100 % der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet	Regelmässige Kundenbefragungen durchgeführt und notwendige Massnahmen eingeleitet	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
3	Die Leistungen werden kostenbewusst erbracht und transparent weiterverrechnet	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Informatikkennzahlen entsprechen mind. den durchschnittlichen Werten der Schweizerischen Informatikkonferenz	Die finanziellen Informatikkennzahlen entsprechen mind. den durchschnittlichen Werten der Schweizerischen Informatikkonferenz	Gleich
4	Konsequente Umsetzung der Datensicherheitsverordnung (DSV)	Kanton, Gemeinden	Vorgaben der Regierung und der IT-Konferenz Kanton-Gemeinden umgesetzt; mind. 4 IT-Security Audits veranlasst und durchgeführt	Vorgaben der Regierung und der IT-Konferenz Kanton-Gemeinden umgesetzt; IT-Security Audits durchgeführt und allfällige Massnahmen eingeleitet	Steigend
A	Einführung eines Internen Kontrollsystems (IKS)	Finanzdirektion		Bestehendes Qualitätsmanagement nach ISO 9001 und ISO 27001 um Vorgaben Internes Kontrollsystem (IKS) ergänzt	
Leistungsgruppe 1: Beschaffung und Entwicklung der IT					
5	Zeitgerechtes Controlling und Reporting	Finanzdirektor	Reporting gemäss Handbuch erfolgt	Anwendungscontrollingbericht jährlich erstellt; Informatikprojektportfoliobericht quartalsweise erstellt; IT-Sicherheitsstandortbestimmungsbericht jährlich erstellt	Gleich
6	Pflege und Weiterentwicklung der Informatikstrategie und Konzepte	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Alle strategischen Konzepte sind überprüft und wo nötig angepasst	Die Informatikstrategie ist überarbeitet und dem RR vorgelegt	2016 Verabschiedung durch Regierungsrat
7	Pflege der Zusammenarbeit mit den relevanten Ansprechpartnern	Bund, Kanton, Gemeinden	Regelmässige Absprachen sind durchgeführt worden, relevante Ergebnisse auf iZug publiziert; Mitarbeit in den etablierten Gremien erfolgt	Regelmässige Absprachen sind durchgeführt worden; Mitarbeit in den etablierten Gremien erfolgt	Steigend
8	Aktive Bewirtschaftung des Informatikportfolios	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Das Portfolio ist aktiv bewirtschaftet und quartalsweise aktualisiert	Das Portfolio wird jährlich erstellt und quartalsweise aktualisiert	Gleich
9	Zeit- und kundengerechte Projektunterstützung sicherstellen	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Die Leistungsvereinbarungen sind quartalsweise überprüft	Die Leistungserbringung ist quartalsweise überprüft und Massnahmen sind eingeleitet	Gleich mit steigendem Aufwand
10	Umsetzung der AIO-Projekte gemäss Informatikportfolio sicherstellen	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Die in der Verantwortung des AIO liegenden Infrastrukturprojekte aus dem Projektportfolio 2014 sind gemäss Plan umgesetzt	Projekte aus dem Portfolio 2015 sind gemäss Plan umgesetzt	Gleich
B	Weisungen und Richtlinien zur kantonalen Informatik aktualisiert	Finanzdirektor	Alle Weisungen überprüft und notwendige Anpassungen ausgewiesen; Richtlinien zur Projektführung und Beschaffung aktualisiert	Weisung zum Projektcontrolling ist erarbeitet	
L32	Umsetzung E-Portfolio sicherstellen	Finanzdirektion, Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat		Projekte aus dem E-Portfolio sind gemäss Plan umgesetzt	Steigend
L28	Auf- und Ausbau E-Government-Angebote	Finanzdirektion, Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Die Umsetzung der Fortsetzung des E-Government-Programms gemäss RR-Strategie 2018 verläuft gemäss Roadmap	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 2: Betrieb und Support					
11	Sicherstellen der IT-Sicherheit	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Keine Schäden und/oder kein Verlust von Daten durch Eindringlinge; < 10 Unterbrüche an den Arbeitsplätzen wegen Virenbefalls; keine Datenverluste von > 1 Arbeitstag; Recovery und Restart in < 1 Arbeitstag	Max. Datenverlust beim täglichen Backup 1 Arbeitstag; Sicherheitsupdates zeitnah durchgeführt; der DSV unterliegende Daten auf den internen Laufwerken sind verschlüsselt; jährlich ein Blackouttest durchgeführt	Steigender Aufwand zur Sicherstellung der IT-Sicherheit
12	Betrieb und Support der IT-Arbeitsplätze sicherstellen	Direktionen, Ämter	98 % Standard-PC-Arbeitsplätze im Verhältnis zur Gesamtzahl an PC-Arbeitsplätzen (exkl. Ausnahmen gemäss IT-Verordnung); Verfügbarkeit des Servers > 99 %; 98 % Störungen am PC-Arbeitsplatz (Hardware/Basissoftware) in < ½ Arbeitstag behoben; die Servicequalität der Ersterledigungsrate ist 60 %	98 % Standard-IT-Arbeitsplätze (exkl. Ausnahmen gemäss IT-Verordnung); Verfügbarkeit der Server mind. 99 %; 98 % der Störungen am IT-Arbeitsplatz (Hardware/Basissoftware) in max. ½ Arbeitstag behoben; die Ersterledigungsrate beträgt mind. 60 %	Gleich
13	Betrieb und Support der Fachanwendungen sicherstellen	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Übereinstimmung Servicekatalog mit Leistungsvereinbarungen und Verträgen überprüft; Verfügbarkeit der Server > 99,5 %	Übereinstimmung Servicekatalog mit Leistungsvereinbarungen und Verträgen überprüft; Verfügbarkeit der Server mind. 99,5 %	Gleich
14	Verfügbarkeit und Leistung des Kommunikationsnetzwerkes gewährleistet	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Kommunikationsbedürfnisse laufend verfolgt und mit anderen Netzbauern besprochen; Umsetzungsplanung Integrierte Kommunikationsplattform erstellt	Kommunikationsbedürfnisse laufend verfolgt und mit anderen Netzbauern besprochen; Verfügbarkeit des Netzwerkes mind. 99,5 %	Gleich mit steigendem Aufwand
L32	Elektronische Übermittlung unterschriftsbedürftiger Eingaben und Entscheide in Verwaltungsverfahren sowie Zugriff auf eigene Geschäftsfälle und Daten	Finanzdirektion, Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat		Aufbau und Etablierung der Leistungen zum zentralen Identifikationssystem	Steigend

Kommentar Zielsetzungen

Das Legislaturziel 28 endet 2014 und wird abgelöst durch das Legislaturziel 32.

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Anzahl E-Mail-Accounts	Anzahl	3'551	3'600	3'650	Steigend
Externe Benutzende (Dritte, Einwohner/innen, Firmen)	Anzahl	2'473	2'000	3'000	Steigend
Anzahl IT-Arbeitsplätze	Anzahl	2'630	2'600	2'750	Steigend

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Registrierte Fachanwendungen	Anzahl	568	550	560	Gleich
Betreute Kundenprojekte	Anzahl	27	25	25	Gleich
Supportaufträge	Anzahl	12'305	9'000	13'000	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Plangrösse «Externe Benutzende» steigt aufgrund der Inbetriebnahme des zentralen Identifikationssystems und der damit verbundenen Möglichkeit der elektronischen Übermittlung im Verwaltungsverfahren in den kommenden Jahren an (siehe Legislaturziel 32).

Die Plangrösse Supportaufträge enthält seit dem Geschäftsbericht 2013 alle Anfragen und Kleinstaufträge gemäss Qualitätsvorgaben aus ISO 9001.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-9'404'090.23	-10'377'000	-10'282'300	94'700	-0.9	-11'026'400	-11'455'000	-11'820'800
Total Ertrag	694'566.00	700'000	650'000	-50'000	-7.1	670'000	690'000	710'000
Saldo	-8'709'524.23	-9'677'000	-9'632'300	44'700	-0.5	-10'356'400	-10'765'000	-11'110'800

Kommentar Budget

Im Rahmen des Legislaturzieles 32 «Ausbau E-Government» und der Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes wird ein Identifikationssystem eingeführt, dessen Aufwand in der Laufenden Rechnung 2015 für den Betrieb und die Wartung rund 400'000 Franken beträgt.

Übriger Sachaufwand: Minderaufwand von rund 500'000 Franken für den Kauf von Hard- und Software und weniger Dienstleistungen.

Ertrag: Minderertrag von 50'000 Franken. Die Erträge der IT-Leistungen für die Pensionskasse fallen weg, da diese ihre Anwendung und IT-Arbeitsplatzinfrastruktur nicht mehr beim Kanton Zug betreibt (Aufwand bleibt gleich).

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT5050.0174 Reserven						
Ausgaben	-49'684.30					
Einnahmen						
IT5050.0180 Umsetzung E-Government-Strategie						
Ausgaben	-280'736.05					
Einnahmen						
IT5050.0191 Erneuerung Supportinfrastruktur AIO/ZUPO						
Ausgaben	-3'732.75					
Einnahmen						
IT5050.0197 Umsetzung Org. Anpassung IT-Strategie 2015 (M1-3)						
Ausgaben	-105'008.75	-50'000				
Einnahmen						
IT5050.0198 Ersatz Backup Infrastruktur						
Ausgaben	-190'395.30					
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Finanzdirektion
 5050–Amt für Informatik und Organisation

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT5050.0202 Fachanwendung Bau- bewilligungswesen						
Ausgaben	-148'072.95					
Einnahmen	195'878.00					
IT5050.0204 Ausbau eGovernment						
Ausgaben	-46'434.50	-400'000	-200'000	-200'000	-200'000	
Einnahmen						
IT5050.0205 Benutzerkonto						
Ausgaben	-208'153.55	-500'000	-180'000	-30'000	-30'000	
Einnahmen						
IT5050.0206 Submission Clientersatz						
Ausgaben	-81'356.40					
Einnahmen						
IT5050.0207 Harmonisierung Support-Werkzeuge						
Ausgaben	-90'154.85					
Einnahmen						
IT5050.0208 Ersatz zentraler Speicher						
Ausgaben	-47'706.70					
Einnahmen						
IT5050.0209 Konsolidierung Infrastruktur aus Strategie-Phase 1						
Ausgaben	-25'488.00					
Einnahmen						
IT5050.0210 Integration Telefonie						
Ausgaben	-102'937.65					
Einnahmen						
IT5050.0211 Umsetzung DSV mobile Devices						
Ausgaben	-96'808.85					
Einnahmen						
IT5050.0212 Reserven						
Ausgaben	-63'052.30	-100'000	-100'000			
Einnahmen						
IT5050.0213 Vorprojekt Druckerersatz						
Ausgaben		-70'000	-70'000			
Einnahmen						
IT5050.0214 Ersatz PC-Arbeits- platz						
Ausgaben		-2'900'000				
Einnahmen						
IT5050.0215 Review Technologie- architektur						
Ausgaben		-100'000				
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Finanzdirektion
 5050–Amt für Informatik und Organisation

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT5050.0216 Integration Telefonie/Phase II						
Ausgaben		-300'000				
Einnahmen						
IT5050.0217 Druckerersatz						
Ausgaben				-500'000		
Einnahmen						
IT5050.0218 Optimierung Supportprozesse						
Ausgaben			-113'000			
Einnahmen						
IT5050.0219 Studie/Evaluation Dokumentenmanage- mentsystem						
Ausgaben			-60'000			
Einnahmen						
IT5050.0220 Signierungs- und Validierungs-Service						
Ausgaben			-130'000			
Einnahmen						
IT5050.0221 Ablösung Personen- mutationsprozess						
Ausgaben			-235'000			
Einnahmen						
IT5050.0222 Integration Telefonie (IKP) - Phase III						
Ausgaben			-150'000			
Einnahmen						
IT5050.0223 Ersatz Checkpoint Firewall						
Ausgaben			-150'000			
Einnahmen						
IT5050.0224 Versionenanpassung Front- und Backendsysteme						
Ausgaben			-410'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-1'539'722.90	-4'420'000	-1'798'000	-730'000	-230'000	
Einnahmen	195'878.00					
Saldo	-1'343'844.90	-4'420'000	-1'798'000	-730'000	-230'000	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

IT5050.0221: Ablösung des bestehenden Workflows iFlow (Personen-/Benutzermutationsprozess)

IT5050.0224: Aktualisierung diverser Basissoftwares im Rechenzentrum und auf den IT-Arbeitsplätzen auf aktuelle Versionen

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Steuerverwaltung veranlagt und bezieht die Kantons-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern für alle im Kanton Zug steuerpflichtigen Privatpersonen und Unternehmen. Sie rechnet mit den Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden, den anderen Kantonen und dem Bund gegenseitige Steuerguthaben ab. Zudem stellt sie zahlreichen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Behörden Steuerdaten und spezielle Auswertungen zur Verfügung. Die Steuerverwaltung berät und unterstützt bei der Budgetierung der Steuererträge, bei der Wirtschaftspflege, bei Ansiedlungen und bei steuer- und finanzpolitischen Fragen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Veranlagung natürliche Personen (NP)

- Führung Steuerregister der im Kanton Zug steuerpflichtigen natürlichen Personen
- Veranlagung periodische Steuern, Sondersteuern, Nachsteuern und Ordnungsbussen inkl. steuerliche Vorbescheide, Bescheinigungen und Repartitionsgrundlagen
- Abrechnung Rückerstattungssteuern, d. h. Verrechnungssteuern, besondere Steuerrückbehalte und pauschale Steueranrechnungen
- Abrechnung bzw. Veranlagung von Quellensteuern
- Durchführung von Buchprüfungen bei Selbständigerwerbenden

Leistungsgruppe 2: Veranlagung juristische Personen (JP)

- Führung Steuerregister der im Kanton Zug steuerpflichtigen juristischen Personen
- Veranlagung periodische Steuern, Nachsteuern und Ordnungsbussen inkl. steuerliche Vorbescheide, Bescheinigungen und Repartitionsgrundlagen
- Durchführung von Buchprüfungen bei juristischen Personen
- Bewertung nichtkotierter Wertpapiere
- Pauschale Steueranrechnungen

Leistungsgruppe 3: Besondere Steuern und Verfahren

- Veranlagung Erbschafts- und Schenkungssteuern zugunsten der Gemeinden inkl. Inventarkontrolle und Nachsteuern daraus
- Steuerstrafen bei Hinterziehung und Steuerbetrug und Strafanzeigen an Strafbehörden
- Steuerbefreiung von juristischen Personen wegen Verfolgung von öffentlichen, gemeinnützigen oder Kultuszwecken und von BVG-Einrichtungen mit späterer periodischer Überprüfung
- Nationaler und internationaler Amts- und Rechtshilfeverkehr sowie Auskünfte aus den Steuerakten
- Einsprachen und gerichtliche Rechtsmittelverfahren

Leistungsgruppe 4: Inkasso und Rechnungswesen

- Inkasso der Steuerforderungen inkl. Verlustscheinbewirtschaftung
- Entscheid über Steuererlass-Gesuche
- Abrechnungen mit Bund, anderen Kantonen, Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden inkl. Repartitionen
- Erstellen der Jahresabschlüsse und Statistiken über die Steuererträge für Kanton und Gemeinden, Unterstützung bei Budget und Finanzplan zugunsten Finanzdirektion und Gemeinden

Leistungsgruppe 5: Externe Dienstleistungen

- Bereitstellung der NFA-Ressourcen-Daten an Bundesbehörden und Prüfung der Rückmeldungen und Berechnungen des Bundes
- Bereitstellung von Steuerdaten an diverse kommunale, kantonale und eidgenössische Behörden
- Bereitstellung von Formularen und elektronischen Medien an Bevölkerung, Unternehmen und andere Behörden
- Zentrale Verlustscheinbewirtschaftung für den Grossteil der kantonalen Ämter und Gerichte

Leistungsgruppe 6: Gesetzgebung und Standortentwicklung

- Mitwirkung bei der Gesetzgebung, bei der Beantwortung parlamentarischer Vorstösse, bei Vernehmlassungen und Mitberichten
- Mitwirkung bei der Wirtschaftspflege und bei Ansiedlungsprojekten
- Beratung und Unterstützung des Finanzdirektors bei Gesetzgebung, nationaler und internationaler Steuerpolitik und Standortentwicklung
- Kontaktpflege mit lokalen und nationalen Verbänden und Interessengruppen, Vertretung der Kantonsinteressen in Arbeitsgruppen des Bundes und der Kantone

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) vom 14. Dezember 1990 (SR 642.11) und rund 20 darauf aufbauende Verordnungen und Ausführungserlasse des Bundesrats und des Eidg. Finanzdepartements
- Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) vom 14. Dezember 1990 (SR 642.14)
- Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (VStG) vom 13. Oktober 1965 (SR 642.21) und darauf aufbauende Verordnungen des Bundesrats und des Eidg. Finanzdepartements
- Rund 70 Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) des Bundes mit ausländischen Staaten sowie darauf aufbauende Protokolle und Notenwechsel
- Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit (BGSA) vom 17. Juni 2005 (SR 822.41)
- Steuergesetz (StG) vom 25. Mai 2000 (BGS 632.1)
- Verordnung zum Steuergesetz (Vo-StG) vom 30. Januar 2001 (BGS 632.11)

- Verordnung über die Verlustscheinbewirtschaftung für die kantonale Verwaltung und die Gerichte vom 20. April 2012 (BGS 632.15)
- Diverse Bestimmungen zur Übermittlung von Steuerdaten oder zur Bereitstellung von Abfragemöglichkeiten in zahlreichen Gesetzen des Bundes und des Kantons

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 1: Veranlagung natürliche Personen (NP)					
1	Aktuelle Registerführung NP	Steuerpflichtige	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	Gleich
2	Effiziente Veranlagung der periodischen Steuern NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Steuerpflichtige	2009: 100 % 2010: 99 % 2011: 98 % 2012: 95 % 2013: 60 %	2010: 100 % 2011: 99 % 2012: 98 % 2013: 95 % 2014: 60 %	Gleich
3	Effiziente Veranlagung der Sondersteuern NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Steuerpflichtige	Veranlagung i. d. R. innert Wochenfrist	Veranlagung i. d. R. innert Wochenfrist	Gleich
4	Zeitgerechte Abrechnung der Rückerstattungssteuern	Steuerpflichtige	57'000 Wertschriftenverzeichnisse/Anträge abrechnen	61'000 Wertschriftenverzeichnisse/Anträge abrechnen	Gleich
5	Zeitgerechte Abrechnung der Quellensteuern	Steuerpflichtige, Arbeitgebende, übrige Abrechnungspflichtige	100 %	100 % innert Frist	Gleich
6	Externe Buchprüfung bei Selbständigerwerbenden vor Ort	Steuerpflichtige	Prüfung 90-100 Steuerjahre	Prüfung 90-100 Steuerjahre	Gleich
Leistungsgruppe 2: Veranlagung juristische Personen (JP)					
7	Aktuelle Registerführung JP	Steuerpflichtige	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	Gleich
8	Effiziente Veranlagung Steuern JP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Steuerpflichtige	2008: 100 % 2009: 99,5 % 2010: 98 % 2011: 90 % 2012: 66 % 2013: 20 %	2009: 100 % 2010: 99,5 % 2011: 98 % 2012: 90 % 2013: 66 % 2014: 30 %	Gleich
9	Externe Buchprüfung bei Gesellschaften vor Ort	Steuerpflichtige	Prüfung 100 Steuerjahre	Prüfung 100 Steuerjahre	Gleich
10	Zeitgerechte Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	Steuerpflichtige	8'500 Bewertungen	8'500 Bewertungen	Gleich
11	Zeitgerechte Abrechnung von pauschalen Steueranrechnungen	Steuerpflichtige	120 Fälle	100 Fälle	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Leistungsgruppe 3: Besondere Steuern und Verfahren					
12	Zeitgerechte Inventarkontrolle, Veranlagung Erbschafts- und Schenkungssteuern zugunsten Gemeinden, Nachsteuern aus Inventarkontrolle	Steuerpflichtige, Erbinnen und Erben sowie andere Begünstigte, Gemeinden	Inventare innert 30 Tagen kontrolliert	Inventare innert 30 Tagen kontrolliert	Gleich
13	Zeitgerechte Entscheide über Steuerstrafen, Strafanzeigen	Steuerpflichtige, Strafbehörden und Gerichte	Strafbefehle max. 4 Monate nach Rechtskraft der Nachsteuer	Strafbefehle max. 4 Monate nach Rechtskraft der Nachsteuer	Gleich
14	Fristgerechte Beurteilung von Steuerbefreiungsgesuchen infolge öffentlicher, gemeinnütziger oder Kultuszwecke oder BVG, periodische Überprüfung	Antragstellende	Entscheid innert 30 Tagen nach vollständigen Unterlagen	Entscheid innert 30 Tagen nach vollständigen Unterlagen	Gleich
15	Fristgerechte Antworten im nationalen und internationalen Amts- und Rechtshilfeverkehr sowie auf Begehren um Auskünfte aus Steuerakten	ESTV, kantonale und eidg. Behörden und Gerichte	100 %	100 % innert Frist (ca. 7'500 Anfragen)	Gleich
16	Zeitgerechte Behandlung von Einsprachen und gerichtlichen Rechtsmittelverfahren	Steuerpflichtige, kantonale und eidg. Behörden und Gerichte	90 % aller 2013 oder früher eingegangenen Einsprachen spätestens im August 2014 entschieden; gerichtlicher Rechtsmittelverkehr immer innert Frist	90 % aller 2014 oder früher eingegangenen Einsprachen spätestens im August 2015 entschieden; gerichtlicher Rechtsmittelverkehr immer innert Frist	Gleich
Leistungsgruppe 4: Inkasso und Rechnungswesen					
17	Zeitgerechtes und vollständiges Inkasso aller Steuerforderungen; Verlustscheinbewirtschaftung	Steuerpflichtige	Inkasso laufend aktuell	Inkasso laufend aktuell	Gleich
18	Zeitgerechte Entscheide über Erlassgesuche	Antragstellende	Entscheid über 90 % der Gesuche innert 3 Monaten	Entscheid über 90 % der Gesuche innert 3 Monaten	Gleich
19	Zeitnahe fehlerfreie Abrechnung mit den verschiedenen Gemeinwesen inkl. Repartitionen	Bund, andere Kantone, Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden	100 % innert Frist	100 % innert Frist (ca. 800 Abrechnungen)	Gleich
20	Fristgerechtes Erstellen der Jahresabschlüsse und Statistiken über die Steuererträge für Kanton und Gemeinden, zeitgerechte Unterstützung bei Budget und Finanzplan	Kanton und Gemeinden, Finanzdirektion, Regierung, Gemeinden	100 % innert Frist	Terminplan und alle vereinbarten Fristen eingehalten	Gleich
A	Erstmaliger Aufbau und Betrieb einer kantonsweiten zentralen Verlustscheinbewirtschaftung	Gerichte und andere Ämter des Kantons Zug	Im 2014 Intensivierung der Bewirtschaftung der 2012 und 2013 übernommenen Verlustscheine des Obergerichts und der Finanzverwaltung (und damit indirekt auch der rund 40 weiteren Ämter, deren Inkasso über die Finanzverwaltung läuft)	«Fällt weg» Wird ersetzt durch neues Ziel zur Verlustscheinbewirtschaftung unter Leistungsgruppe 5	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 5: Externe Dienstleistungen					
21	Fristgerechte Bereitstellung der Ressourcen-Daten für den Finanzausgleich, Prüfung der Rückmeldungen und Berechnungen des Bundes	Bund, andere Kantone	100 % innert Frist	Alle vereinbarten Fristen eingehalten	Gleich
22	Fristgerechte Bereitstellung von Steuerdaten an diverse kommunale, kantonale und eidgenössische Behörden	AHV, Prämienverbilligung, Militär, Landwirtschaft, Stipendien, Wohnungswesen, Musikschulen, Schulzahn-pflege, Bürgergemeinden	100 % innert Frist	Alle vereinbarten Fristen eingehalten	Gleich
23	Rechtzeitige Bereitstellung der Steuerformulare und elektronischen Medien, u.a. Steuerdeklarationssoftware eTax.zug und E-Government-Anwendungen	Bevölkerung, Unternehmen, andere Behörden, Berater/innen	Alles rechtzeitig bereit	Alles rechtzeitig bereit	Gleich
24	Aktive Bewirtschaftung der Verlustscheine eines Gross-teils der kantonalen Ämter und Gerichte	Kantonale Ämter und Gerichte		Ein Drittel der bis Ende 2013 übernommenen total 3'084 Verlustscheine ist bewirtschaftet. Prioritär zu behandeln ist dabei die Hälfte jener total 334 Verlustscheine, welche im 2016 verjähren	Gleich
L32	Einführung des elektronischen Steuerdossiers	Bevölkerung und Unternehmen		Weiteres Vorgehen ist geklärt, falls notwendig sind Sub-missionen vorbereitet und durchgeführt	Steigend
Leistungsgruppe 6: Gesetzgebung und Standortentwicklung					
25	Fristgerechte Beiträge zu Gesetzgebung, parlamentarischen Vorstössen, Vernehm-lassungen und Mitberichte	Finanzdirektion, andere Direk-tionen, Regierungsrat, Kantonsrat, Bundesbehörden	100 % innert Frist	100 % innert Frist (ca. 50 Beiträge)	Gleich
26	Kundenorientierte Mitwirkung bei der Wirtschaftspflege und bei Ansiedlungsprojekten, d. h. Beratung und Betreuung von Ansässigen und Zuzugs-interessierten	Ansässige, Zuzugsinteres-sierte, Berater/innen, Kontaktstelle Wirtschaft	Rückmeldung und Unter-stützung zu 100 % innert der vereinbarten Termine	Rückmeldung und Unter-stützung innert der verein-barten Termine	Gleich
27	Zeitgerechte Beratung und Unterstützung des Finanz-direktors bei Gesetzgebung, nationaler und internationaler Steuerpolitik und Standort-entwicklung	Finanzdirektor	Laufende Beratung und Unterstützung, proaktiv und auf Anfrage	Laufende Beratung und Unterstützung, proaktiv und auf Anfrage	Gleich
28	Laufende Kontaktpflege mit lokalen und nationalen Ver-bänden und Interessengruppen, Vertretung der Kantonsinter-essen in Arbeitsgruppen des Bundes und der Kantone	Verbände und Interessen-gruppen, Kanton, Bevölkerung, Unternehmen, Berater/innen	Laufende Kontaktpflege und Interessenvertretung, u. a. durch externe Referate und Schulungen	Die wesentlichen Kontakte sind gepflegt und die Interessen des Kantons werden aktiv vertreten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016-18
L8	Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III des Bundes ins kantonale Steuerrecht unter Wahrung national und international konkurrenzfähiger Unternehmenssteuern	Bevölkerung und Unternehmen, politische Entscheidungsinstanzen		Zuger Interessen sind in Arbeitsgruppen auf Bundesebene vertreten; konzeptionelle Vorarbeiten für Teilrevision des Zuger Steuergesetzes zur Umsetzung der Reform sind geleistet	Steigend

Kommentar Zielsetzungen

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016-18
Periodische Veranlagungen Einkommens- und Vermögenssteuern natürliche Personen	Anzahl	75'389	71'400	73'800	Steigend
Sondersteuer-Veranlagungen natürliche Personen	Anzahl	3'751	3'700	3'800	Gleich
Quellensteuerabrechnungen im Kanton Zug Ansässige	Anzahl	10'307	10'800	11'100	Steigend
Quellensteuerabrechnungen im Ausland Ansässige	Anzahl	15'634	13'800	15'900	Steigend
Verrechnungssteuerabrechnungen	Anzahl	60'537	57'000	61'000	Steigend
Abrechnungen übrige Rückerstattungssteuern	Anzahl	3'861	3'100	3'900	Steigend
Periodische Veranlagungen Gewinn- und Kapitalsteuern juristische Personen	Anzahl	29'432	26'500	27'000	Steigend
Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	Anzahl	8'686	8'500	8'500	Gleich
Erbschafts- und Schenkungssteueranlagungen	Anzahl	161	180	180	Gleich
Nachsteueranlagungen	Anzahl	213	180	180	Gleich
Steuerstrafen und Strafanzeigen	Anzahl	150	140	150	Gleich
Einsprachen	Anzahl	910	800	900	Steigend
Gerichtliche Rechtsmittelverfahren	Anzahl	28	25	30	Steigend
Provisorische und definitive Steuerrechnungen	Anzahl	485'944	480'000	500'000	Steigend
Ratenzahlungsvereinbarungen	Anzahl	7'924	8'300	8'200	Steigend
Betreibungen	Anzahl	4'197	4'100	4'300	Steigend
Pfändungsbegehren	Anzahl	2'726	3'200	3'000	Steigend
Erlassentscheide	Anzahl	262	300	270	Gleich
Bewirtschaftung von Verlustscheinen der Steuerverwaltung	Anzahl			1'000	Steigend
Bewirtschaftung von Verlustscheinen anderer Ämter und Gerichte	Anzahl			1'000	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Bei Veranlagungen sind immer definitive Veranlagungen gemeint. Die zusätzlichen provisorischen Veranlagungen werden nicht separat erwähnt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-19'333'864.09	-20'430'600	-21'045'700	-615'100	3.0	-21'476'000	-22'130'500	-22'807'500
Total Ertrag	5'141'796.45	4'782'000	4'864'000	82'000	1.7	4'894'000	4'983'000	5'164'000
Saldo	-14'192'067.64	-15'648'600	-16'181'700	-533'100	3.4	-16'582'000	-17'147'500	-17'643'500

Kommentar Budget

Sachaufwand: Mehraufwand von 80'000 Franken durch eine Umlagerung von Kosten der Investitionsrechnung in die Laufende Rechnung für die jährliche Anpassung und Bereitstellung der elektronischen Deklarationshilfe eTax zum Ausfüllen der Steuererklärung.
 Ertrag: Der moderate Anstieg beim Ertrag ist vor allem auf höhere Erträge aus Gebühren (z. B. für Mahnungen wegen unbezahlten Rechnungen, Betreibungen, Frist-erstreckungen usw.) sowie Bussen zurückzuführen. Rückläufig sind dagegen die Entschädigungen der Zuger Gemeinden für die Veranlagungstätigkeit der Steuerverwaltung. Diese Entschädigungen betragen jeweils 0,7 Prozent der Steuererträge des vorletzten Jahres. Im Jahr 2015 werden die Entschädigungen also basierend auf den Steuererträgen 2013 in Rechnung gestellt. Weil die Steuererträge im 2013 tiefer waren als jene im 2012, sinken nun mit Verzögerung auch die Entschädigungen für die Veranlagungstätigkeit.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
FD5060.0001 Beschaffung und Einführung Kuvertiermaschine						
Ausgaben		-200'000				
Einnahmen						
IT5060.0105 Weiterentwicklung e-Tax						
Ausgaben	-41'073.48					
Einnahmen						
IT5060.0175 CH-Meldewesen						
Ausgaben	-90'987.00					
Einnahmen						
IT5060.0180 eKonto						
Ausgaben	-275'011.20	-690'000	-200'000	-200'000	-200'000	
Einnahmen						
IT5060.0181 Zentrale Verlustscheinbewirtschaftung						
IT5060.0184 eDossier						
Ausgaben	-356'720.60	-750'000	-800'000	-370'000	-370'000	
Einnahmen						
IT5060.0185 Erweiterungen für Statistiken und Datenlieferungen						
Ausgaben	-15'552.00					
Einnahmen						
IT5060.0187 Weiterentwicklung eTax.zug NP und JP						
Ausgaben		-80'000				
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung
 Finanzdirektion
 5060–Steuerverwaltung

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
IT5060.0188 Ablösung IPV Schnittstelle						
Ausgaben		-200'000				
Einnahmen						
IT5060.0189 Optimierung der Fachanwendungen						
Ausgaben			-200'000			
Einnahmen						
IT5060.0190 Externe Daten- bezüger – Ablösung HRA-Schnittstelle						
Ausgaben			-170'000			
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-779'344.28	-1'920'000	-1'370'000	-570'000	-570'000	
Einnahmen						
Saldo	-779'344.28	-1'920'000	-1'370'000	-570'000	-570'000	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Die Projekte eKonto und eDossier sind Teil der E-Government-Strategie des Regierungsrats und hängen mit dem Legislaturziel 32 zusammen.

Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
313	Dienstleistungen und Honorare	-2'179'489.55	-2'350'000	-1'975'000	375'000	-16.0	-2'175'000	-2'275'000	-2'475'000
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-2'190'920.24	-2'500'000	-2'500'000	0	0.0	-2'500'000	-2'500'000	-2'500'000
349	Verschiedener Finanzaufwand	-10'621'277.05	-11'250'000	-11'250'000	0	0.0	-11'250'000	-11'250'000	-11'250'000
	Total Aufwand	-14'991'686.84	-16'100'000	-15'725'000	375'000	-2.3	-15'925'000	-16'025'000	-16'225'000
400	Direkte Steuern natürliche Personen	398'541'506.90	458'600'000	423'400'000	-35'200'000	-7.7	439'700'000	464'900'000	486'100'000
401	Direkte Steuern juristische Personen	211'960'252.35	203'100'000	192'200'000	-10'900'000	-5.4	201'200'000	210'200'000	219'300'000
402	Übrige direkte Steuern	6'922'060.10	2'000'000	3'000'000	1'000'000	50.0	3'000'000	3'000'000	3'000'000
429	Übrige Entgelte	283'481.74	300'000	300'000	0	0.0	300'000	300'000	300'000
440	Zinsertrag	1'343'152.32	1'500'000	1'200'000	-300'000	-20.0	1'200'000	1'200'000	1'200'000
	Total Ertrag	619'050'453.41	665'500'000	620'100'000	-45'400'000	-6.8	645'400'000	679'600'000	709'900'000
	Saldo	604'058'766.57	649'400'000	604'375'000	-45'025'000	-6.9	629'475'000	663'575'000	693'675'000

Kommentar Budget

313: Bei den Dienstleistungen und Honoraren handelt es sich ausschliesslich um gesetzliche Entschädigungen an Arbeitgebende für die Abrechnung und Ablieferung von Quellensteuern.

318: Die Wertberichtigungen auf Forderungen beinhalten sowohl die gesetzlich geregelten Erlasse und Teilerlasse für Steuerpflichtige, welche aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse nicht in der Lage sind, ihre Steuerrechnungen zu begleichen, als auch die Abschreibungen von uneinbringlichen Forderungen infolge Konkurses oder vergeblicher Inkassomassnahmen.

400: Bei den Steuererträgen natürlicher Personen zeichnet sich im laufenden Jahr 2014 ab, dass für das Budget 2014 zu optimistische Wachstumsannahmen getroffen wurden. Ausgehend von den nun nach unten korrigierten, im 2014 tatsächlich zu erwartenden Steuererträgen wurde für das Budget 2015 anschliessend mit einer Zunahme von 4 % gerechnet.

401: Bei den Steuererträgen juristischer Personen wurde für 2015 von einem grundsätzlichen Wachstum von rund 4 % ausgegangen. Bekannte grössere Einzelfälle wurden gesondert hinzu- oder abgerechnet. Zudem wurde berücksichtigt, dass sich die gestaffelte Gewinnsteuersenkung in drei Schritten per 2012, 2013 und 2014 mit zeitlicher Verzögerung auch auf das Budget 2015 auswirkt.

402: Bei den übrigen direkten Steuern handelt es sich ausschliesslich um Erträge aus Nachsteuern und Steuerstrafen. Sie sind im Voraus jeweils schwer abschätzbar und im Gesamtergebnis oft von einigen wenigen grossen Fällen abhängig.

429: Bei den übrigen Entgelten handelt es sich um wieder eingebrachte ehemals wertberichtigte Forderungen (die Wertberichtigung erfolgte ursprünglich zulasten Konto 318).

Kommentar Finanzplan

Für die Finanzplanjahre 2016 bis 2018 wird bei den Steuererträgen grundsätzlich mit einer Zunahme von 4 bis 5 % pro Jahr gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
460	Ertragsanteile	242'853'813.78	265'563'000	259'820'000	-5'743'000	-2.2	274'515'000	287'717'000	300'920'000
	Total Ertrag	242'853'813.78	265'563'000	259'820'000	-5'743'000	-2.2	274'515'000	287'717'000	300'920'000
	Saldo	242'853'813.78	265'563'000	259'820'000	-5'743'000	-2.2	274'515'000	287'717'000	300'920'000

Kommentar Budget

Die bisherigen Erträge im laufenden Jahr 2014 zeigen, dass das Budget 2014 voraussichtlich nicht ganz erreicht werden kann. Für das Budget 2015 ist daher zwar von einem Wachstum von etwa 4 bis 5 % auszugehen, jedoch auf der etwas tieferen effektiven Ausgangsbasis 2014. Zusätzliche Effekte aus bekannten grösseren Einzelfällen wurden separat hinzu- oder abgerechnet.

Kommentar Finanzplan

Bei den Erträgen aus dem Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer wurde von einem grundsätzlichen Wachstum von rund 4 bis 5 % pro Jahr ausgegangen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
362	Finanz- und Lastenausgleich	-90'245'122.00	-75'087'200	-64'233'380	10'853'820	-14.5	-68'715'000	-64'335'000	-62'276'000
	Total Aufwand	-90'245'122.00	-75'087'200	-64'233'380	10'853'820	-14.5	-68'715'000	-64'335'000	-62'276'000
462	Finanz- und Lastenausgleich	90'245'122.00	75'087'200	59'733'380	-15'353'820	-20.4	64'215'000	59'835'000	62'276'000
	Total Ertrag	90'245'122.00	75'087'200	59'733'380	-15'353'820	-20.4	64'215'000	59'835'000	62'276'000
	Saldo	0.00	0	-4'500'000	-4'500'000		-4'500'000	-4'500'000	0

Kommentar Budget

Das Gesetz über den direkten Finanzausgleich wird per 1. März 2015 teilrevidiert (Vorlage Nr. 2375.2 – 14636). Neu wird mit der ständigen Wohnbevölkerung und einem tieferen Normsteuerfuss gerechnet, was zu tieferen Ausgleichszahlungen führt. Zudem beteiligt sich der Kanton über drei Jahre mit jährlich 4,5 Millionen Franken.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen bei der Ausgleichssumme gerechnet. Die Beteiligung des Kantons fällt ab 2018 wieder weg.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
Übersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	-5'197'528.95	-5'288'400	-5'491'100	-202'700	3.8	-5'675'900	-5'861'300	-6'053'300
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'312'244.70	2'576'000	2'496'000	-80'000	-3.1	2'496'000	2'496'000	2'496'000
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'884'885.97	-1'968'900	-2'019'500	-50'600	2.6	-2'072'900	-2'141'700	-2'213'100
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-1'104'751.38	-709'000	-759'000	-50'000	7.1	-759'000	-759'000	-759'000
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'755'664.63	-4'997'200	-5'149'650	-152'450	3.1	-5'280'850	-5'450'250	-5'625'350
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	481'428.70	348'500	358'500	10'000	2.9	358'500	358'500	358'500
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-739'748.90	-229'000	-272'000	-43'000	18.8	-272'000	-272'000	-272'000
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	58'358.95	82'000	49'000	-33'000	-40.2	49'000	49'000	49'000
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-8'156'582.55	-8'059'100	-8'383'500	-324'400	4.0	-8'575'400	-8'859'700	-9'153'900
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	168'775.83	665'000	395'000	-270'000	-40.6	395'000	395'000	395'000
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'417'411.07	-2'584'850	-2'684'950	-100'100	3.9	-2'753'850	-2'842'850	-2'935'050
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	-8'387.95	27'000	27'000	0	0.0	27'000	27'000	27'000
6183	Schätzungskommission	-90'010.28	-246'950	-236'950	10'000	-4.0	-243'850	-252'650	-261'850
61	Richterliche Behörden	-21'334'163.50	-20'384'900	-21'671'150	-1'286'250	6.3	-22'308'250	-23'113'950	-23'948'050

Investitionsrechnung

keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6101-Kantonsgericht: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-2'088'673.55	-2'128'900	-2'213'700	-84'800	4.0	-2'273'400	-2'350'600	-2'430'700
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'193'456.65	-2'223'100	-2'218'600	4'500	-0.2	-2'291'700	-2'366'500	-2'443'800
305	Arbeitgeberbeiträge	-830'138.20	-828'500	-931'700	-103'200	12.5	-983'700	-1'017'100	-1'051'700
309	Übriger Personalaufwand	-7'962.90	-8'000	-8'400	-400	5.0	-8'400	-8'400	-8'400
310	Material- und Warenaufwand	-46'071.60	-49'500	-49'500	0	0.0	-49'500	-49'500	-49'500
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-1'400	-19'900	-18'500	1321.4	-19'900	-19'900	-19'900
313	Dienstleistungen und Honorare	-2'352.85	-7'000	-3'500	3'500	-50.0	-3'500	-3'500	-3'500
315	Unterhalt Mobilien	-18'529.25	-23'500	-29'800	-6'300	26.8	-29'800	-29'800	-29'800
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsggebühren	-12'719.65	-21'000	-18'500	2'500	-11.9	-18'500	-18'500	-18'500
317	Spesenentschädigungen	-4'506.45	-3'000	-3'000	0	0.0	-3'000	-3'000	-3'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-556.25	-1'000	-1'000	0	0.0	-1'000	-1'000	-1'000
	Total Aufwand	-5'204'967.35	-5'294'900	-5'497'600	-202'700	3.8	-5'682'400	-5'867'800	-6'059'800
421	Gebühren für Amtshandlungen	6'525.70	5'000	5'000	0	0.0	5'000	5'000	5'000
440	Zinsertrag	912.70	1'500	1'500	0	0.0	1'500	1'500	1'500
	Total Ertrag	7'438.40	6'500	6'500	0	0.0	6'500	6'500	6'500
	Saldo	-5'197'528.95	-5'288'400	-5'491'100	-202'700	3.8	-5'675'900	-5'861'300	-6'053'300

Kommentar Budget

- 300: Verlängerung der a. o. Ersatzrichterstelle um ein Jahr
- 301: Aushilfe für Mutterschaftsurlaub
- 305: Höhere Arbeitgeberbeiträge wegen des neuen PK-Gesetzes
- 311: Neue IT-Lizenzen (Tribuna VT+ und SQL-Client für Server)

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art und Streitwert der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
 Richterliche Behörden
 6102–Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-224'059.00	-255'000	-255'000	0	0.0	-255'000	-255'000	-255'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-725'785.60	-600'000	-700'000	-100'000	16.7	-700'000	-700'000	-700'000
	Total Aufwand	-949'844.60	-855'000	-955'000	-100'000	11.7	-955'000	-955'000	-955'000
421	Gebühren für Amtshandlungen	3'066'386.05	3'300'000	3'300'000	0	0.0	3'300'000	3'300'000	3'300'000
426	Rückerstattungen	195'703.25	130'000	150'000	20'000	15.4	150'000	150'000	150'000
427	Bussen		1'000	1'000	0	0.0	1'000	1'000	1'000
	Total Ertrag	3'262'089.30	3'431'000	3'451'000	20'000	0.6	3'451'000	3'451'000	3'451'000
	Saldo	2'312'244.70	2'576'000	2'496'000	-80'000	-3.1	2'496'000	2'496'000	2'496'000

Kommentar Budget

Anpassungen an die bisherige und zu erwartende Entwicklung:

- 319: Höhere Kosten für unentgeltliche Rechtspflege
- 426: Höhere Einnahmen aus Rückerstattungen, v. a. aus früherer unentgeltlicher Rechtspflege

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art und Streitwert der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6106–Strafgericht: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-908'992.15	-956'500	-945'200	11'300	-1.2	-970'800	-1'003'700	-1'037'900
301	Löhne Angestellte der Ver- waltung und Rechtspflege	-651'064.60	-657'000	-670'700	-13'700	2.1	-676'500	-699'400	-723'200
304	Zulagen	-8'092.00	-8'000	-8'000	0	0.0	-8'200	-8'500	-8'800
305	Arbeitgeberbeiträge	-299'014.70	-311'100	-351'400	-40'300	13.0	-373'200	-385'900	-399'000
309	Übriger Personalaufwand	-2'442.80	-2'500	-2'500	0	0.0	-2'500	-2'500	-2'500
310	Material- und Warenaufwand	-6'130.05	-17'500	-17'500	0	0.0	-17'500	-17'500	-17'500
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-500	-7'700	-7'200	1440.0	-7'700	-7'700	-7'700
313	Dienstleistungen und Honorare	-28.00	-1'500	-300	1'200	-80.0	-300	-300	-300
315	Unterhalt Mobilien	-6'430.20	-7'800	-9'700	-1'900	24.4	-9'700	-9'700	-9'700
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-3'550.87	-5'000	-5'000	0	0.0	-5'000	-5'000	-5'000
317	Spesenentschädigungen	-48.00	-1'000	-1'000	0	0.0	-1'000	-1'000	-1'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-226.35	-1'500	-1'500	0	0.0	-1'500	-1'500	-1'500
	Total Aufwand	-1'886'019.72	-1'969'900	-2'020'500	-50'600	2.6	-2'073'900	-2'142'700	-2'214'100
421	Gebühren für Amtshandlungen	1'036.00	500	500	0	0.0	500	500	500
440	Zinsertrag	97.75	500	500	0	0.0	500	500	500
	Total Ertrag	1'133.75	1'000	1'000	0	0.0	1'000	1'000	1'000
	Saldo	-1'884'885.97	-1'968'900	-2'019'500	-50'600	2.6	-2'072'900	-2'141'700	-2'213'100

Kommentar Budget

- 305: Höhere Arbeitgeberbeiträge wegen des neuen PK-Gesetzes
- 311: Neue IT-Lizenzen (Tribuna VT+ und SQL-Client für Server)

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden, da diese von der Anzahl, dem Umfang und dem Ausgang der gerichtlichen Verfahren abhängig sind. Die seit 2011 in Kraft stehende Schweizerische Strafprozessordnung brachte erheblichen Mehraufwand mit sich und verkompliziert die Verfahren. Insgesamt ist wohl auch in den nächsten Jahren mit einem weiter steigenden Aufwand zu rechnen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
 Richterliche Behörden
 6107–Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-880'979.63	-700'000	-700'000	0	0.0	-700'000	-700'000	-700'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-770'712.50	-420'000	-470'000	-50'000	11.9	-470'000	-470'000	-470'000
	Total Aufwand	-1'651'692.13	-1'120'000	-1'170'000	-50'000	4.5	-1'170'000	-1'170'000	-1'170'000
421	Gebühren für Amtshandlungen	429'299.40	290'000	290'000	0	0.0	290'000	290'000	290'000
426	Rückerstattungen	5'700.00	1'000	1'000	0	0.0	1'000	1'000	1'000
427	Bussen	105'140.00	100'000	100'000	0	0.0	100'000	100'000	100'000
430	Verschiedene betriebliche Erträge	6'801.35	20'000	20'000	0	0.0	20'000	20'000	20'000
	Total Ertrag	546'940.75	411'000	411'000	0	0.0	411'000	411'000	411'000
	Saldo	-1'104'751.38	-709'000	-759'000	-50'000	7.1	-759'000	-759'000	-759'000

Kommentar Budget

Anpassungen an die bisherige und zu erwartende Entwicklung:
 – 319: Höhere Kosten für amtliche Verteidigungen

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden, da diese von der Anzahl, dem Umfang und dem Ausgang der gerichtlichen Verfahren abhängig sind. Die seit 2011 in Kraft stehende Schweizerische Strafprozessordnung brachte erheblichen Mehraufwand mit sich und verkompliziert die Verfahren. Insgesamt ist wohl auch in den nächsten Jahren mit einem weiter steigenden Aufwand zu rechnen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6111–Obergericht: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-1'385'674.55	-1'406'700	-1'391'300	15'400	-1.1	-1'429'000	-1'477'500	-1'527'700
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'345'219.00	-2'572'300	-2'598'300	-26'000	1.0	-2'668'500	-2'759'200	-2'853'000
305	Arbeitgeberbeiträge	-703'534.00	-759'400	-865'300	-105'900	13.9	-888'600	-918'800	-949'900
309	Übriger Personalaufwand	-70'473.30	-104'400	-95'150	9'250	-8.9	-95'150	-95'150	-95'150
310	Material- und Warenaufwand	-25'227.39	-29'500	-29'500	0	0.0	-29'500	-29'500	-29'500
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-2'019.60	-3'100	-11'700	-8'600	277.4	-11'700	-11'700	-11'700
313	Dienstleistungen und Honorare	-259'181.89	-103'900	-155'100	-51'200	49.3	-155'100	-155'100	-155'100
315	Unterhalt Mobilien	-20'563.50	-37'000	-29'800	7'200	-19.5	-29'800	-29'800	-29'800
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsggebühren	-11'299.10	-22'000	-15'000	7'000	-31.8	-15'000	-15'000	-15'000
317	Spesenentschädigungen	-893.80	-2'000	-2'000	0	0.0	-2'000	-2'000	-2'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-19'068.65	-25'000	-25'000	0	0.0	-25'000	-25'000	-25'000
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			-17'000	-17'000		-17'000	-17'000	-17'000
	Total Aufwand	-4'843'154.78	-5'065'300	-5'235'150	-169'850	3.4	-5'366'350	-5'535'750	-5'710'850
421	Gebühren für Amtshandlungen	84'635.35	65'000	82'000	17'000	26.2	82'000	82'000	82'000
425	Erlös aus Verkäufen	2'380.00	3'000	3'000	0	0.0	3'000	3'000	3'000
440	Zinsertrag	474.80	100	500	400	400.0	500	500	500
	Total Ertrag	87'490.15	68'100	85'500	17'400	25.6	85'500	85'500	85'500
	Saldo	-4'755'664.63	-4'997'200	-5'149'650	-152'450	3.1	-5'280'850	-5'450'250	-5'625'350

Kommentar Budget

- Anpassungen an die bisherige und zu erwartende Entwicklung:
- 305: Höhere Arbeitgeberbeiträge wegen des neuen PK-Gesetzes
 - 311: Neue IT-Lizenzen (Tribuna VT+ und SQL-Client für Server)
 - 313: Höheres Budget für Experten aufgrund der Erfahrung der vergangenen Jahre
 - 363: Neu; Beitrag an den Bund für den Betrieb der Zeugenschutzstelle

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und teilweise vom Streitwert der Fälle ab. Die neue Schweizerische Strafprozessordnung hat dazu geführt, dass die Strafverfahren aufwändiger sind.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
 Richterliche Behörden
 6112–Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
313	Dienstleistungen und Honorare		-1'000	-1'000	0	0.0	-1'000	-1'000	-1'000
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-34'841.50	-70'000	-60'000	10'000	-14.3	-60'000	-60'000	-60'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-30'579.80	-36'000	-36'000	0	0.0	-36'000	-36'000	-36'000
	Total Aufwand	-65'421.30	-107'000	-97'000	10'000	-9.3	-97'000	-97'000	-97'000
421	Gebühren für Amtshandlungen	544'730.00	450'000	450'000	0	0.0	450'000	450'000	450'000
426	Rückerstattungen	2'120.00	5'000	5'000	0	0.0	5'000	5'000	5'000
427	Bussen		500	500	0	0.0	500	500	500
	Total Ertrag	546'850.00	455'500	455'500	0	0.0	455'500	455'500	455'500
	Saldo	481'428.70	348'500	358'500	10'000	2.9	358'500	358'500	358'500

Kommentar Budget

Keine wesentlichen Abweichungen.

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und Streitwert der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
 Richterliche Behörden
 6113–Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-638'911.50	-230'000	-250'000	-20'000	8.7	-250'000	-250'000	-250'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-194'951.60	-80'000	-120'000	-40'000	50.0	-120'000	-120'000	-120'000
	Total Aufwand	-833'863.10	-310'000	-370'000	-60'000	19.4	-370'000	-370'000	-370'000
421	Gebühren für Amtshandlungen	80'165.00	60'000	80'000	20'000	33.3	80'000	80'000	80'000
426	Rückerstattungen		1'000	1'000	0	0.0	1'000	1'000	1'000
427	Bussen	1'800.00	15'000	12'000	-3'000	-20.0	12'000	12'000	12'000
430	Verschiedene betriebliche Erträge	12'149.20	5'000	5'000	0	0.0	5'000	5'000	5'000
	Total Ertrag	94'114.20	81'000	98'000	17'000	21.0	98'000	98'000	98'000
	Saldo	-739'748.90	-229'000	-272'000	-43'000	18.8	-272'000	-272'000	-272'000

Kommentar Budget

Anpassungen an die bisherige und zu erwartende Entwicklung:

- 318: Höhere Kostenübernahmen durch den Staat
- 319: Höhere Kosten für amtliche Verteidigungen
- 421: Höhere Gebührenerträge

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art und Umfang der Fälle ab. Die neue Schweizerische Strafprozessordnung hat dazu geführt, dass die Strafverfahren aufwändiger sind.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
 Richterliche Behörden
 6114–Obergericht: Beschwerdeabteilung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-32'415.15	-45'000	-45'000	0	0.0	-45'000	-45'000	-45'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-26'719.45	-30'000	-33'000	-3'000	10.0	-33'000	-33'000	-33'000
	Total Aufwand	-59'134.60	-75'000	-78'000	-3'000	4.0	-78'000	-78'000	-78'000
421	Gebühren für Amtshandlungen	112'483.20	150'000	120'000	-30'000	-20.0	120'000	120'000	120'000
426	Rückerstattungen	4'610.35	5'000	5'000	0	0.0	5'000	5'000	5'000
427	Bussen	400.00	2'000	2'000	0	0.0	2'000	2'000	2'000
	Total Ertrag	117'493.55	157'000	127'000	-30'000	-19.1	127'000	127'000	127'000
	Saldo	58'358.95	82'000	49'000	-33'000	-40.2	49'000	49'000	49'000

Kommentar Budget

Anpassungen an die bisherige und zu erwartende Entwicklung:
 – 421: Tiefere Gebührenerträge

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und teilweise vom Streitwert der Fälle ab. Die neue Schweizerische Strafprozessordnung hat dazu geführt, dass die Strafverfahren aufwändiger sind.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6141–Staatsanwaltschaft: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-6'641'232.65	-6'530'100	-6'634'500	-104'400	1.6	-6'801'300	-7'032'500	-7'271'800
304	Zulagen	-46'766.40	-55'000	-50'000	5'000	-9.1	-51'400	-53'100	-54'900
305	Arbeitgeberbeiträge	-1'285'596.25	-1'270'900	-1'459'600	-188'700	14.8	-1'511'300	-1'562'700	-1'615'800
309	Übriger Personalaufwand	-12'702.00	-13'000	-13'500	-500	3.8	-13'500	-13'500	-13'500
310	Material- und Warenaufwand	-48'029.80	-60'000	-60'000	0	0.0	-60'000	-60'000	-60'000
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-2'123.30	-2'000	-38'800	-36'800	1840.0	-10'800	-10'800	-10'800
313	Dienstleistungen und Honorare	-9'940.31	-17'600	-20'300	-2'700	15.3	-20'300	-20'300	-20'300
315	Unterhalt Mobilien	-31'361.00	-38'700	-38'000	700	-1.8	-38'000	-38'000	-38'000
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-61'283.79	-50'000	-60'000	-10'000	20.0	-60'000	-60'000	-60'000
317	Spesenentschädigungen	-18'901.95	-25'000	-20'000	5'000	-20.0	-20'000	-20'000	-20'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-8'772.85	-5'000	-8'000	-3'000	60.0	-8'000	-8'000	-8'000
	Total Aufwand	-8'166'710.30	-8'067'300	-8'402'700	-335'400	4.2	-8'594'600	-8'878'900	-9'173'100
421	Gebühren für Amtshandlungen	8'097.35	7'000	8'000	1'000	14.3	8'000	8'000	8'000
426	Rückerstattungen	827.10		10'000	10'000		10'000	10'000	10'000
440	Zinsertrag	1'203.30	1'200	1'200	0	0.0	1'200	1'200	1'200
	Total Ertrag	10'127.75	8'200	19'200	11'000	134.1	19'200	19'200	19'200
	Saldo	-8'156'582.55	-8'059'100	-8'383'500	-324'400	4.0	-8'575'400	-8'859'700	-9'153'900

Kommentar Budget

- 301: Aushilfe für Mutterschaftsurlaub budgetiert.
- 305: Höhere Arbeitgeberbeiträge wegen des neuen PK-Gesetzes
- 311: Ersatzbeschaffung Pikettfahrzeug und neue IT-Lizenzen (SQL-Client für Server)
- 316: Zusätzliches Multifunktionsgerät (Kopierer/Drucker)

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art und Umfang der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
313	Dienstleistungen und Honorare	-40'000.00	-5'000	-5'000	0	0.0	-5'000	-5'000	-5'000
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'324'159.44	-1'150'000	-1'300'000	-150'000	13.0	-1'300'000	-1'300'000	-1'300'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-254'911.85	-130'000	-210'000	-80'000	61.5	-210'000	-210'000	-210'000
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-2'600'005.70	-1'850'000	-2'020'000	-170'000	9.2	-2'020'000	-2'020'000	-2'020'000
	Total Aufwand	-4'219'076.99	-3'135'000	-3'535'000	-400'000	12.8	-3'535'000	-3'535'000	-3'535'000
421	Gebühren für Amtshandlungen	2'116'770.64	1'700'000	1'800'000	100'000	5.9	1'800'000	1'800'000	1'800'000
426	Rückerstattungen	214'902.60	50'000	80'000	30'000	60.0	80'000	80'000	80'000
427	Bussen	1'942'730.00	2'000'000	2'000'000	0	0.0	2'000'000	2'000'000	2'000'000
430	Verschiedene betriebliche Erträge	113'449.58	50'000	50'000	0	0.0	50'000	50'000	50'000
	Total Ertrag	4'387'852.82	3'800'000	3'930'000	130'000	3.4	3'930'000	3'930'000	3'930'000
	Saldo	168'775.83	665'000	395'000	-270'000	-40.6	395'000	395'000	395'000

Kommentar Budget

Anpassungen an die bisherige und zu erwartende Entwicklung:

- 318: Höhere Kostenübernahmen durch den Staat und mehr uneinbringliche Verfahrenskosten, Bussen, Geldstrafen
- 319: Höhere Kosten für amtliche Verteidigungen und höhere Parteikostenentschädigungen
- 361: Höhere Beiträge an andere Kantone für Straf- und Massnahmenvollzug
- 421: Höhere Gebührenerträge
- 426: Höhere Einnahmen aus Rückerstattungen, v. a. aus früheren amtlichen Verteidigungen

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art und Umfang der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6181-Verwaltungsgericht: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-961'575.30	-969'900	-975'200	-5'300	0.5	-1'001'500	-1'035'600	-1'070'900
301	Löhne Angestellte der Ver- waltung und Rechtspflege	-985'507.45	-1'065'700	-1'129'500	-63'800	6.0	-1'160'000	-1'199'500	-1'240'200
304	Zulagen	-986.00							
305	Arbeitgeberbeiträge	-369'062.95	-375'100	-445'900	-70'800	18.9	-458'000	-473'400	-489'600
309	Übriger Personalaufwand	-9'347.05	-9'250	-10'250	-1'000	10.8	-10'250	-10'250	-10'250
310	Material- und Warenaufwand	-28'276.65	-33'500	-31'500	2'000	-6.0	-31'500	-31'500	-31'500
311	Nicht aktivierbare Anlagen			-2'400	-2'400		-2'400	-2'400	-2'400
313	Dienstleistungen und Honorare	-47'746.80	-66'400	-75'000	-8'600	13.0	-75'000	-75'000	-75'000
315	Unterhalt Mobilien	-6'147.35	-7'100	-7'300	-200	2.8	-7'300	-7'300	-7'300
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-4'173.12	-3'900	-3'900	0	0.0	-3'900	-3'900	-3'900
317	Spesenentschädigungen	-3'021.15	-2'500	-2'500	0	0.0	-2'500	-2'500	-2'500
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'567.25	-52'500	-2'500	50'000	-95.2	-2'500	-2'500	-2'500
	Total Aufwand	-2'417'411.07	-2'585'850	-2'685'950	-100'100	3.9	-2'754'850	-2'843'850	-2'936'050
421	Gebühren für Amtshandlungen		1'000	1'000	0	0.0	1'000	1'000	1'000
	Total Ertrag		1'000	1'000	0	0.0	1'000	1'000	1'000
	Saldo	-2'417'411.07	-2'584'850	-2'684'950	-100'100	3.9	-2'753'850	-2'842'850	-2'935'050

Kommentar Budget

305: Höhere Beiträge wegen des neuen Pensionskassengesetzes

319: Mehraufwand im Budget 2014 infolge einmaliger Aufwendungen für die Schweizerische Verwaltungsrichtertagung in Zug

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
313	Dienstleistungen und Honorare	-101'293.60	-60'000	-60'000	0	0.0	-60'000	-60'000	-60'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-36'075.25	-53'000	-53'000	0	0.0	-53'000	-53'000	-53'000
	Total Aufwand	-137'368.85	-113'000	-113'000	0	0.0	-113'000	-113'000	-113'000
421	Gebühren für Amtshandlungen	109'820.00	140'000	140'000	0	0.0	140'000	140'000	140'000
426	Rückerstattungen	19'160.90							
	Total Ertrag	128'980.90	140'000	140'000	0	0.0	140'000	140'000	140'000
	Saldo	-8'387.95	27'000	27'000	0	0.0	27'000	27'000	27'000

Kommentar Budget

Keine Abweichungen zum Vorjahr.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen Veränderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-82'749.95	-120'000	-100'000	20'000	-16.7	-103'200	-107'400	-111'800
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-90'831.60	-91'400	-101'900	-10'500	11.5	-104'700	-108'200	-111'900
305	Arbeitgeberbeiträge	-22'576.85	-27'200	-31'700	-4'500	16.5	-32'600	-33'700	-34'800
309	Übriger Personalaufwand	-2'280.00	-5'350	-5'350	0	0.0	-5'350	-5'350	-5'350
310	Material- und Warenaufwand	-1'918.72	-2'000	-2'500	-500	25.0	-2'500	-2'500	-2'500
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-17'000	-17'700	-700	4.1	-17'700	-17'700	-17'700
313	Dienstleistungen und Honorare	-44'208.85	-60'000	-50'000	10'000	-16.7	-50'000	-50'000	-50'000
315	Unterhalt Mobilien	-648.00	-11'700	-15'600	-3'900	33.3	-15'600	-15'600	-15'600
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-2'724.11	-2'700	-2'700	0	0.0	-2'700	-2'700	-2'700
317	Spesenentschädigungen	-2'206.80	-3'000	-3'000	0	0.0	-3'000	-3'000	-3'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-2'801.00	-6'600	-6'500	100	-1.5	-6'500	-6'500	-6'500
	Total Aufwand	-252'945.88	-346'950	-336'950	10'000	-2.9	-343'850	-352'650	-361'850
421	Gebühren für Amtshandlungen	162'935.60	100'000	100'000	0	0.0	100'000	100'000	100'000
	Total Ertrag	162'935.60	100'000	100'000	0	0.0	100'000	100'000	100'000
	Saldo	-90'010.28	-246'950	-236'950	10'000	-4.0	-243'850	-252'650	-261'850

Kommentar Budget

301: Die höhere Summe ist auf die notwendige temporäre Anstellung einer Kammerschreiberin zurückzuführen.
305: Höhere Beiträge wegen des neuen Pensionskassengesetzes
313: Es werden weniger Aufträge an Dritte erwartet.

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten

Pädagogische Hochschule Zug

Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Gebäudeversicherung Zug

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug) bildet Lehrpersonen für die Volksschule der Stufen Kindergarten/Unterstufe und der Primar aus, bietet bedarfsorientierte Weiter- und Zusatzausbildungen an und vermittelt und erbringt Beratungsleistungen. Sie betreibt Forschung und Entwicklung in den Bereichen Bildungsmanagement und Bildungsökonomie, Interkulturalität und pädagogische Entwicklungszusammenarbeit, Mündlichkeit in Schule und Unterricht sowie allgemeine Schul- und Unterrichtsentwicklung. Sie sorgt für den Wissenstransfer zwischen Forschung, Lehre und Praxis.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Lehre

- Studiengänge Kindergarten/Unterstufe und Primarstufe
- Stufen- und Fachweiterungsprogramme im Bereich Kindergarten/Unterstufe und Primarstufe
- Weiterbildungen in Bereichen Volksschule und Schulentwicklung
- Zusatzausbildungen (MAS, DAS, CAS) in den Bereichen Volksschule und Schulentwicklung
- Vorbereitungskurs für Quereinsteigende und Kurse im Bereich schulergänzende Betreuung

Leistungsgruppe 2: Forschung und Entwicklung

- Unterrichts-, Praxisforschungs- sowie Entwicklungsprojekte in den Schwerpunktbereichen der PH Zug
- Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen für die Praxis und in der Lehre
- Expertentätigkeiten (Vorträge, Gutachten, Prüfungsexpertisen)

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen

- Beratungen in den Bereichen Lehre (Aus- und Weiterbildung) und Schulentwicklung
- Veranstaltungen (Tagungen, Kongresse)
- Mediothek
- Studierendenaustausch (Mobilität)
- EDV- und IT-Support
- Kanzleidienste
- Mensa

Leistungsgruppe 4: Kommunikation und Vernetzung

- Information über Angebot und Entwicklung der PH Zug
- Vernetzung mit anderen Hochschulen, dem Praxisfeld und weiteren Partnerinnen und Partnern

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, HFKG) vom 30. September 2011 (SR 414.20)
- Reglement über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarschule vom 10. Juni 1999 (BGS 411.214)
- Gesetz über die Pädagogische Hochschule vom 28. Februar 2013 (BGS 414.41)
- Verordnung zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug vom 9. Juli 2013 (BGS 414.411)
- Verordnung über die Gebühren an der Pädagogischen Hochschule Zug vom 9. Juli 2013 (BGS 414.412)
- Reglement über die Studiengänge der Pädagogischen Hochschule Zug (Studienreglement) vom 14. Juni 2013 (BGS 414.413)
- Vertrag über die Kooperation zwischen der Pädagogischen Hochschulen Luzern und der Pädagogischen Hochschule Zug vom 11. Oktober 2012

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016-18
Gesamtzielsetzung					
1	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahler/innen	Der Kostendeckungsgrad von 45 % ist erreicht; die Zusatzausbildung sowie die kostenpflichtigen Kurse und Dienstleistungen werden kostendeckend angeboten	Der Kostendeckungsgrad von 45 % ist erreicht; die Zusatzausbildung sowie die kostenpflichtigen Kurse und Dienstleistungen werden kostendeckend angeboten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2014	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Tendenz 2016-18
A	Etablierung Qualitätssicherungssystem	Studierende, Kundinnen und Kunden	Erarbeitung Stufe «Recognised for Excellence»	Das HFKG-orientierte Qualitätssicherungssystem wird umgesetzt	
B	Institutionalisierung der Kooperation mit PH Luzern	Schulen, Lehrpersonen, Bildungsregion Zentralschweiz	Abschluss von Kooperationsvereinbarungen	«Fällt weg»	
C	Strategieprozess	Schulen, Lehrpersonen, Studierende, Kundinnen und Kunden		Gemäss Projektplan	Gemäss Projektplan
D	Einführung eines Ressourcenmanagementtools	Kundinnen und Kunden, Steuerzahler/innen		Die Implementierung des Tools und die Einführung in den Regelbetrieb sind abgeschlossen	
Leistungsgruppe 1: Lehre					
2	Festigung der Studierendenzahlen	Schulen, Studierende	70 bis 90 Abschlüsse pro Studienjahr	70 bis 90 Abschlüsse pro Studienjahr	Gleich
3	Absolventinnen und Absolventen der PH Zug finden Zugang zum Arbeitsmarkt	Studierende, Schulen	Unter Berücksichtigung der Bewerbungslage verläuft der Einstieg in den Lehrberuf bei 80 % der Absolventinnen und Absolventen, die sich für eine Stelle als Lehrer/in bewerben, erfolgreich	«Fällt weg»	
4	Qualitativ hochstehendes Aus-, Weiter- und Zusatzbildungsangebot: – Positive Kompetenzentwicklung der Studierenden und Teilnehmenden – starker Berufsfeldbezug	Studierende, Kursteilnehmende, Schulen, Schulleitungen, Lehrpersonen, Bildungsregion Zentralschweiz	Ausbildung: Die Resultate der Erhebung über PaLea sind positiv (Benchmarking der PH Zug, Luzern und St. Gallen); Weiter- und Zusatzausbildung: Die Rückmeldungserhebung WBZA ist positiv	Ausbildung: Die Resultate der Erhebung über PaLea sind positiv (Benchmarking der PH Zug, Luzern und St. Gallen); Weiter- und Zusatzausbildung: Die Rückmeldungserhebung ist positiv	Gleich
E	Konzeption und Etablierung der Weiter- und Zusatzausbildungen unter den neuen Rahmenbedingungen des Kantons Zug	Kursteilnehmende, Schulen, Schulleitungen, Lehrpersonen, Bildungsregion Zentralschweiz	Die Verhandlungen mit der PH Luzern betreffend der Neukonzeption werden fortgeführt/abgeschlossen; die Gemeinden des Kantons Zug steigen in die neu konzipierte Weiterbildung ein	Mind. 80 % der Kursanmeldungen können berücksichtigt werden	
F	Umsetzung der Studienreform Ausbildung	Studierende, Schulen, Schulleitungen		Die Auswirkungen der Studienreform werden von Praxislehrpersonen und Schulleitungen als für die Schule förderlich eingeschätzt	Gleich
Leistungsgruppe 2: Forschung und Entwicklung					
5	Mitgestaltung des akademischen Diskurses in den Schwerpunktbereichen der PH Zug	Studierende, Fachkreise	Eingeworbene Projekte werden fristgerecht bearbeitet	Eingeworbene Projekte werden fristgerecht bearbeitet.	Gleich
6	Nutzbarmachung des erarbeiteten Wissens, Sicherstellung des Praxistransfers	Studierende, Fachkreise	Mind. 50 Publikationen sind veröffentlicht; mind. 40 Präsentationen an Kongressen, Tagungen usw. werden abgehalten	Mind. 50 Publikationen sind veröffentlicht; mind. 40 Präsentationen an Kongressen, Tagungen usw. werden abgehalten	Gleich
G	Förderung von Praxisforschung	Studierende, Lehrpersonen, Fachkreise		Aufgleisen von ersten Projekten (Videoprojekt Kompetenzorientierung)	Gleich

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Pädagogische Hochschule Zug

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Tendenz 2016–18
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen					
7	Die PH Zug ist ein Kompetenzzentrum für Beratungen im Bildungsbereich	Kundinnen und Kunden	Die Aufträge werden fristgerecht erledigt	Die Aufträge werden fristgerecht erledigt	Gleich
8	Durchführung von Veranstaltungen (Tagungen, Kongresse usw.)	Kundinnen und Kunden	Pro Jahr 2 Veranstaltungen (Tagung, Kongress usw.) an der PH Zug	Pro Jahr 2 Veranstaltungen (Tagung, Kongress usw.) an der PH Zug	Gleich
H	Beratungsangebot im Bereich Weiterbildung	Schulen, Schulleitungen, Lehrpersonen	Das Konzept Fachberatung wird umgesetzt	Das Konzept Fachberatung wird umgesetzt; das fachdidaktische Zentrum «Musik & Gestaltung» ist aufgebaut	
Leistungsgruppe 4: Kommunikation und Vernetzung					
9	Adäquate und gezielte Information über Angebote und Entwicklungen der PH Zug	Studierende, Praxispartner/innen (insb. Volksschulen), Kundinnen und Kunden, Öffentlichkeit	80 bis 100 Neuanmeldungen für die Studiengänge pro Studienjahr; die Veranstaltungen und Angebote sind ausgelastet	80 bis 100 Neuanmeldungen für die Studiengänge pro Studienjahr; die Veranstaltungen und Angebote sind ausgelastet	Gleich
10	Synergien durch Zusammenarbeit mit externen Partnerinnen und Partnern	Bildungsregion Zentralschweiz, Bildungsinstitutionen des Kantons Zug, Kooperationschulen in und ausserhalb des Kantons Zug	Projekte werden in Kooperation durchgeführt; die Vereinbarungen der Kooperation mit Luzern werden umgesetzt	Die Vereinbarungen der Kooperation mit der PH Luzern werden umgesetzt; es werden neue Praxiscoaches gewonnen; jährlich 4 Koordinationsgespräche PH, Rektorenkonferenz, AgS	Gleich
11	Mitgestaltung des Schweizerischen Hochschulraums	Lehrerinnen- und Lehrerbildung der Schweiz, Schweizer Hochschulwesen		Leitungspersonen sowie Fachexpertinnen und Fachexperten der PH Zug arbeiten in den Gremien der COHEP mit	Gleich

Kommentar Zielsetzungen

Projekt A: Art. 30 HFKG (Bundesgesetz vom 30. September 2011 über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich) sieht als Voraussetzung für die institutionelle Akkreditierung einer Hochschule das Vorhandensein eines Qualitätssicherungssystems vor. Bevor nicht absehbar ist, ob die EFQM-Zertifizierung im Rahmen des HFKG sinnvoll ist, werden die Arbeiten den PH Zug im Zusammenhang mit dem EFQM-Stufenmodell sistiert.
 Zielsetzung 3: entfällt, da der Indikator nicht von der PH Zug beeinflusst werden kann.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Tendenz 2016–18
Studierende der Studiengänge	Anzahl	275	300	300	300
Studierende des Vorkurses	Anzahl	25	50	50	50
Kursangebote Weiterbildung	Anzahl	134	130	160	150
Mitarbeitende	Vollzeitstellen	67	64	69	69
Praxiscoaches (Lehrpersonen in berufspraktischer Ausbildung)	Anzahl			400	400

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die im Leistungsauftrag 2014 ausgewiesenen 64 Vollzeitstellen berücksichtigen nur die Mitarbeitenden der Tertiärstufe. In die Vollzeitstellen 2015 sind die Dozierenden der Sekundarstufe II resp. des Vorbereitungskurses (zirka 3,5 Personaleinheiten) eingerechnet.
 Für das Budget 2015 wird mit einer Vollzeitstelle mehr gerechnet. Das ist auf Schwankungen im Geschäftsgang zurückzuführen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Total Aufwand	-7'415'945.31	-18'333'000	-19'557'000	-1'224'000	6.7	-19'788'000	-20'214'000	-20'939'000
Total Ertrag	7'640'790.60	10'590'000	11'309'000	719'000	6.8	11'094'000	11'146'000	11'468'000
Saldo	224'845.29	-7'743'000	-8'248'000	-505'000	6.5	-8'694'000	-9'068'000	-9'471'000

Kommentar Budget

Per 1. August 2014 sind die Mitarbeitenden der Pädagogischen Hochschule Zug (PH Zug) nach dem Zuger Personalrecht eingereicht worden: Aus diesem Wechsel vom Luzerner auf das Zuger Lohnsystem resultierte ab 1. August 2014 ein erhöhter Personalaufwand, welcher 2015 erstmals ganzjährig anfällt. Der zusätzliche jährliche Personalaufwand beträgt rund 850'000 Franken.

Kommentar Finanzplan

Da sich die PH Zug auch 2015 in der Umstrukturierungsphase befindet (z. B. laufender Strategieprozess, Aktualisierung Führungsprozesse), sind den Finanzplanjahren die aktuellen Grössenordnungen (Anzahl Studierende, Anzahl Dozierende usw.) hinterlegt. Daraus ergibt sich für 2016 bis 2018 eine weitgehend lineare Budgetentwicklung.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Entschädigungen an Kommissionen	-6'612.10	-6'000	-6'000	0	0.0
301	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	-7'841'975.15	-8'096'600	-7'840'000	256'600	-3.2
303	Sozialversicherungsbeiträge	-478'966.85	-478'500	-466'100	12'400	-2.6
304	Personalversicherungsbeiträge	-1'116'971.20	-1'159'400	-1'134'800	24'600	-2.1
305	Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	-151'423.00	-159'000	-150'500	8'500	-5.3
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	-166'680.20	-163'300	-159'300	4'000	-2.4
307	Rentenleistungen	-13'176.00	0	0	0	
308	Entschädigung temporäres Aushilfspersonal	0.00	-6'000	-6'000	0	0.0
309	Übriger Personalaufwand	-173'325.95	-252'500	-206'100	46'400	-18.4
310	Büromaterial und Drucksachen	-18'687.46	-25'000	-25'000	0	0.0
311	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-175'624.65	-202'700	-174'800	27'900	-13.8
312	Wasser, Energie, Heizmaterialien	-286'274.75	-307'000	-309'000	-2'000	0.7
313	Verbrauchsmaterialien und DL Dritter für Gefangene	-1'609'736.32	-1'853'700	-1'855'250	-1'550	0.1
314	Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt	-313'669.46	-290'000	-385'000	-95'000	32.8
315	Dienstleistungen Dritter für den übrigen Unterhalt	-369'147.82	-366'200	-353'900	12'300	-3.4
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	-26'212.50	-36'000	-36'000	0	0.0
317	Spesenentschädigungen	-57'084.10	-61'600	-61'600	0	0.0
318	Dienstleistungen und Honorare	-1'471'256.73	-1'589'300	-1'593'400	-4'100	0.3
319	Übriger Sachaufwand	-25'446.54	-49'500	-52'000	-2'500	5.1
320	Passivzinsen	-37'648.62	-60'000	-50'000	10'000	-16.7
330	Abschreibungen Finanzvermögen	-652.10	-5'000	-5'000	0	0.0
331	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-701'241.20	-716'500	-734'000	-17'500	2.4
	Total Aufwand	-15'041'812.70	-15'883'800	-15'603'750	280'050	-1.8
420	Vermögensertrag Banken	210.75	1'000	1'000	0	0.0
421	Vermögensertrag Guthaben	12.05	100	100	0	0.0
427	Übrige Vermögenserträge	2'534.00	3'300	2'700	-600	-18.2
432	Kostgelder und Kostenanteile	13'077'742.10	12'711'000	12'507'000	-204'000	-1.6
435	Verkäufe	2'957'631.98	3'252'000	3'290'450	38'450	1.2
436	Rückerstattungen	40'101.22	53'500	53'500	0	0.0
437	Entgeltsminderungen	-9'240.06	-12'000	-12'000	0	0.0
	Anteil Kanton Basel-Stadt (4/5)	-821'743.47	-100'080	-191'200	-91'120	91.0
	Anteil Kanton Zug (1/5)	-205'435.87	-25'020	-47'800	-22'780	91.0
	Total Ertrag	15'041'812.70	15'883'800	15'603'750	-280'050	-1.8
	Saldo	0.00	0	0	0	

Kommentar Budget

Versuchsweise wird der psychologische Dienst neu ausgerichtet, dadurch fallen Personalkosten und Einnahmen aus Kostgeldern tiefer aus. Der übrige Personalaufwand für 2014 beinhaltet die Nachfolgeregelung des Direktors. Diverse Elektro-Verteilschränke müssen aufgrund neuer Vorschriften erneuert werden, was die Steigerung bei der Position 314 erklärt.

Ohne Leistungsauftrag

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015
5030.01	Betriebsgebäude inkl. feste Einrichtungen Hochbauten	-207'574.75	-300'000	-730'000
6030.01	Betriebsgebäude inkl. feste Einrichtungen Hochbauten			215'000
5060.01	EDV-Anlage	0.00	-11'000	-335'000
5060.02	Möblierungen (Haus und Gewerbe)	-17'487.55	-80'000	-50'000
5060.03	Maschinen, Apparate und Anlagen	-340'749.95	-59'000	0
5060.04	Fahrzeuge	-80'140.30	0	-50'000
5060.05	Büromaschinen und Einrichtungen	0.00	0	-10'800
5060.06	Maschinen und Apparate Gewerbe	-117'230.25	-395'000	-232'000
	Saldo	-763'182.80	-845'000	-1'192'800

Kommentar Budget

Der Ausbau des Spazierhofs für die Sicherheitsabteilung wird vom Bund und vom Baufonds des Konkordats mitfinanziert. Das über 14 Jahre alte EDV-System muss dringend ersetzt werden. Maschinen und Apparate Gewerbe werden nach Bedarf und gemäss Investitionsplanung erneuert bzw. ersetzt.

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Gebäudeversicherung Zug

Ohne Leistungsauftrag

1 Erfolgsrechnung

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Bruttoprämienertrag	27'668'270.24	28'420'000	28'740'000	320'000	1.1
Stempelsteuer	-1'106'679.15	-1'150'000	-1'160'000	-10'000	0.9
Präventionsanteil	-4'427'985.50	-4'470'000	-4'590'000	-120'000	2.7
Prämienaufwand Rückversicherung	-6'579'693.55	-7'930'000	-7'960'000	-30'000	0.4
Verdiente Prämien für eigene Rechnung	15'553'912.04	14'870'000	15'030'000	160'000	1.1
Schaden- und Leistungsaufwand für eigene Rechnung ¹⁾	-11'956'967.55	-7'540'000	-11'333'000	-3'793'000	50.3
Veränderung der versicherungstechnischen Schwankungs- und Sicherheitsrückstellungen ²⁾	-3'297'020.00	-4'500'000	-1'800'000	2'700'000	-60.0
Betriebsaufwand für eigene Rechnung	-1'998'444.05	-1'964'500	-1'947'500	17'000	-0.9
Übriger betrieblicher Ertrag	777'051.45	120'000	65'000	-55'000	-45.8
Übriger betrieblicher Aufwand	-6'499.94	-33'000	-9'000	24'000	-72.7
Technisches Ergebnis	-927'968.05	952'500	5'500	-947'000	-99.4
Ertrag Prävention und Intervention ³⁾	5'926'086.78	5'593'400	6'214'500	621'100	11.1
Aufwand Prävention und Intervention ³⁾	-3'522'943.25	-3'614'000	-3'986'600	-372'600	10.3
Personal- und Verwaltungsaufwand Prävention und Intervention	-2'404'097.53	-2'186'000	-2'225'900	-39'900	1.8
Veränderung nicht versicherungstechnische Rückstellungen Prävention und Intervention ⁴⁾	954.00	206'600	-2'000	-208'600	-101.0
Ergebnis Prävention und Intervention	0.00	0	0	0	
Ertrag aus Kapitalanlagen	3'974'923.53	4'075'000	3'980'000	-95'000	-2.3
Aufwand aus Kapitalanlagen ⁵⁾	-1'608'153.80	-1'050'000	-1'306'000	-256'000	24.4
Vermögensverwaltungsaufwand	-40'854.04	-43'500	-48'500	-5'000	11.5
Ergebnis aus Kapitalanlagen vor Veränderung Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen	2'325'915.69	2'981'500	2'625'500	-356'000	-11.9
Veränderung Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen ⁶⁾	0.00	-434'000		434'000	-100.0
Ergebnis aus Kapitalanlagen	2'325'915.69	2'547'500	2'625'500	78'000	3.1
Betriebliches Ergebnis	1'397'947.64	3'500'000	2'631'000	-869'000	-24.8
Ausserordentliches Ergebnis	0.00	0	0	0	
Gewinn/Verlust	1'397'947.64	3'500'000	2'631'000	-869'000	-24.8

Kommentar Budget

- ¹⁾ Zum Schadenaufwand werden hier neu die Rückstellungen verbucht.
²⁾ Verschiebung der Rückstellungen
³⁾ Neu werden hier zusätzlich die Erträge/Aufwendungen der Stützpunktfeuerwehr verbucht.
⁴⁾ Im 2014 wurden Auflösungen von Rückstellungen budgetiert.
⁵⁾ Erhöhter Liegenschaften-Unterhalt ist zu erwarten.
⁶⁾ Keine weiteren Rückstellungen budgetiert, da Zielwert 2013/2014 erreicht.

